

Helge Dvorak †

**Biographisches Lexikon
der
Deutschen Burschenschaft**

Band I: Politiker

Teilband 9: Nachträge

Biographisches Lexikon
der Deutschen Burschenschaft
Band I: Politiker
Teilband 9: Nachträge

**Gesellschaft für burschenschaftliche
Geschichtsforschung e. V.**
(GfbG)

Vorstand

Verwaltungsdirektor Christian Oppermann
Vorsitzender

Franz Egon Rode

Dipl.-Ing. Dipl.-Kfm. (FH) Jörg Dreier

Herausgeberkreis

Prof. Dr. phil. Günter Cerwinka

Dr. phil. Peter Kaupp

Prof. Dr. phil. Dr. phil. h. c. Klaus Malettke

Dipl.-Ing. Jörg Mayer

Dr. phil. Klaus Oldenhage

Beirat

Dr. phil. Helma Brunck

Prof. Dr. phil. Günter Cerwinka

Dr. phil. Peter Kaupp

Prof. Dr. iur. Dr. phil. Harald Lönnecker

Prof. Dr. phil. Dr. phil. h. c. Klaus Malettke

Dr. phil. Klaus Oldenhage

Dr. phil. Bernhard Reinhold Pilz

Prof. Dr. iur. Klaus-Peter Schroeder

Helge Dvorak †

Biographisches Lexikon
der
Deutschen Burschenschaft

Im Auftrag der
Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung e. V.
(GfbG)

herausgegeben von

Peter Kaupp

Band I: Politiker
Teilband 9: Nachträge

Koblenz 2021

© 2021 Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung e. V.
Geschäftsstelle
Franz Egon Rode
Postfach 1151
D-97931 Tauberbischofsheim
E-mail: burschenschaftsgeschichte@gmail.com
Internet: www.burschenschaftsgeschichte.de

ISBN 978-3-00-067996-4

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Herausgebers	IX
Abkürzungsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis der Verfasser und Mitverfasser	XIII
Politiker	1
Literaturverzeichnis	197
Abbildungsverzeichnis	203

Vorwort des Herausgebers

Mit diesem Nachtrag ist das von Helge Dvorak herausgegebene „Biographische Lexikon der Deutschen Burschenschaft“ (Bd. I „Politiker“, Teilbände 1-8, 1996-2014, Bd. II „Künstler“, 2018) vorerst abgeschlossen. Aufgrund des geringen Umfangs wird dieser Nachtragsband zunächst in digitaler Fassung erscheinen. Die Drucklegung des umfangreichen 2. Bandes „Künstler“ (2018) hat der Herausgeber Helge Dvorak (gest. 2017) nicht mehr erlebt. Ihm für sein umfangreiches Lebenswerk sehr zu dankbar zu sein, ist unser aller Verpflichtung und Auftrag.

Der Titel „Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft“ wurde beibehalten, auch wenn die Burschenschaften vieler hier Gewürdigter nicht mehr der DB, sondern der ADB, der NDB oder keinem Verband mehr angehören. Wie in den vergangenen Bänden wurden auch Mitglieder von der Burschenschaft nahestehenden Verbänden (z. B. Thomas Dehler und Robert Ferdinand Piloty im Burschenbund-Convent, Nikolaus Simmer im Verband Deutscher Burschen) und Verbindungen (z. B. Roigl/Königsgesellschaft Tübingen) gewürdigt. Das gilt auch für Mitglieder heute erloschener Burschenschaften, z. B. Pappenhemia-Königsberg. Wie bisher haben, soweit sie als Politiker hervortraten, auch Mitglieder burschenschaftlicher Penälerverbindungen (z. B. ██████████ Gerd Honsik oder Josef Friedrich Perkonig) Aufnahme gefunden.

Davon ausgehend, dass schon in der Aktivenzeit eine prägende burschenschaftliche Sozialisation erfolgte, wurden auch Burschenschafter aufgenommen, die z. T. schon früh wieder austraten (z. B. Friedrich Bindewald, Emil Fuchs, Ernst Gritzbach und Karl Kleinschmidt) bzw. sich später Landsmannschaften oder Corps anschlossen (z. B. Willy Borngässer oder Thomas Dehler). Ebenfalls aufgenommen wurden Persönlichkeiten, die erst nach ihrer Studentenzeit das Ehrenband einer Burschenschaft erhielten (z. B. Robert Ferdinand Piloty). Nicht immer ist das Jahr, in dem sie das Ehrenband erhielten, genau belegbar, z. B. bei Hans Kudlich.

Das Neue in diesem Lexikon und damit auch in diesem Nachtrag liegt weniger darin, dass verstorbene prominente Burschenschafter des 19. und 20. Jahrhunderts aufgenommen wurden. Diese wurden vielfach bereits in (Auto-)Biographien sowie in zahlreichen allgemeinen und speziellen biographischen Nachschlagewerken hinreichend berücksichtigt. Neu ist vielmehr die Aufnahme von Lebensläufen auch solcher Burschenschafter, die in unseren Reihen und in der externen Öffentlichkeit in ganz anderen Zusammenhängen, aber nicht als Politiker hervorgetreten sind. In diesem Sinne wurden nicht nur „Berufspolitiker“ wie z. B. Minister, Staatssekretäre, Abgeordnete, Oberbürgermeister, Diplomaten, Landräte, Oberkreisdirektoren etc., sondern auch solche Burschenschafter aufgenommen, die in ganz anderer Profession oder nur zeitweise politische Ämter innehatten, z. B. der Historiker Heinrich v. Srbik als Minister, der Jurist Edmund Bernatzik als Mitglied des Landtags von Niederösterreich, der Schriftsteller Gerhard Storz als Kultusminister, Helmut Nies als General der Bundeswehr und der Reiter Reiner Klimke, 1990-1995 Abgeordneter des Landtags von Nordrhein-Westfalen.

Der Zugang zur Geschichte der Burschenschaft und zu den burschenschaftlichen Biographien ist für alle, die sich damit etwas näher befassen, keineswegs einfach. Unter Burschenschaftern finden sich keineswegs nur „Rechte“, sondern auch „Linke“ (was immer man unter diesen Metaphern versteht), Revolutionäre und Liberale, Sozialisten und Konservative, Kommunisten und Demokraten, Juden (z. B. Wilhelm Aron im KZ Dachau und Siegfried Kann im KZ Theresienstadt verstorben) und Antisemiten, Bekenner und Leugner von NS-Kriegsverbrechen (z. B. ██████████ Gerd Honsik), Verfechter und Gegner der Weimarer Republik, überzeugte Anhänger und Gegner des Nationalsozialismus, die für ihren Widerstand das Leben geopfert haben (z. B. Ernst von Harnack), sowie solche, die aus der DDR flüchteten und andere, die dort Karriere machten (z. B. Karl-Heinrich Barthel, Emil Fuchs und Karl

Kleinschmidt). Wie bisher wurde bei Mitgliedern der NSDAP auch deren Mitgliedsnummer angegeben, soweit diese ermittelt werden konnten.

Das Wort von Helge Dvorak hat nach wie vor Gültigkeit: „Die Burschenschaft bekennt sich zu ihrer Vergangenheit. Sie verleugnet diese Vergangenheit nicht, auch dort nicht, wo Bundesbrüder – oftmals in gutem Glauben – irrten“ (Vorwort Bd. 1, 1995. S. XI). Dem Gebot einer objektiven Geschichtsschreibung verpflichtet, haben sich auch die Autoren dieses Nachtrags um eine möglichst wertfreie Darstellung aller komprimiert skizzierten Lebensläufe bemüht, wobei – wie immer bei lexikographischen Werken – subjektive Aspekte nicht immer ganz auszuschließen sind. Streng genommen enthält jede Auswahl immer schon eine Wertung. Der Umfang der einzelnen Beiträge erlaubt keine Rückschlüsse auf die Bedeutung der jeweiligen Persönlichkeit und schon gar nicht auf die der jeweiligen Burschenschaft. Besonderer Wert wurde auf die weiterführenden Literaturangaben (möglichst immer mit Seitenangaben) gelegt. In einigen wenigen Fällen sind sie umfangreicher als der eigentliche Beitrag. Wikipedia-Beiträge sind hilfreich, aber nicht immer fehlerfrei. Auch der Nachtrag erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sicher ist uns mancher „Politiker“ entgangen, der noch aufgenommen werden müsste und auch in Zukunft Aufnahme finden könnte.

In den einzelnen Biographien sollte alles vermieden werden, was zum Vorwurf des Verschweigens oder der Schönfärberei führen könnte, der sowohl bei der Nichtbenennung NS-belasteter Burschenschafter als auch bei der radikalen Kürzung ihrer „Verdienste“ in jener Zeit erhoben werden könnte. Dies geschah nicht aus taktischen Gründen, sondern aus innerer Überzeugung. Dabei ist uns bewusst, dass böswillige Unterstellungen immer möglich sind, um liebgewordene Klischees pflegen zu können – nach dem Motto: eine Besinnung der Burschenschaft auf ihre demokratischen Traditionen kann nicht sein, weil sie nicht sein darf. Die ganz überwiegende Mehrzahl der Mitglieder seit Gründung der Burschenschaft 1815 steht in der demokratischen Tradition. Viele Burschenschafter waren – das belegen einzelne Lebensläufe sehr anschaulich – aktiv an der Entwicklung beteiligt, die zu unserer heutigen freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung geführt hat.

Ohne die tatkräftige und sachkundige Unterstützung zahlreicher Burschenschafter hätte auch dieser Nachtrag nicht geschrieben werden können. Mein besonderer Dank gebührt Klaus Oldenhage, der mit viel Geduld und Sachkenntnis alle Entwürfe begleitet hat. Für die konstruktive und sachkundige Mitarbeit bin ich außerdem Ernst Anger, Jens Carsten Claus, Gerd Cramer, Karl Gundermann, Harald Lönnecker, Jörg Mayer, Gernot Schäfer, Henning Tegtmeyer und Björn Thomann zu großem Dank verpflichtet.

Dieburg, im Mai 2021

Peter Kaupp

Abkürzungsverzeichnis

Bezüglich der Abkürzungen wird auf Teilbd. 8, Supplement L-Z (2014), S. XIII f., verwiesen, ebd. S. 417-446 auch ein ausführlicheres Literaturverzeichnis.

Abt.	Abteilung
ADB	Allgemeine Deutsche Biographie
ä. L.	ältere Linie
AH	Alter Herr
a. m. O.	an mehreren Orten
a. o. Prof.	außerordentlicher Professor
AStA	Allgemeiner Studentenausschuss
Aufl.	Auflage
BA	Bezirksamt
BAK	Bundesarchiv, Koblenz
BArch	Bundesarchiv
BBl	Burschenschaftliche Blätter
Bd., Bde.	Band, Bände
BDC	Berlin Document Center
BdS	Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
BHE	Bund der Heimattreuen und Entrechteten
BIORAB-Frankfurt	Die Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung 1848-1849
BIORAB-Kaiserreich	Die Abgeordneten des Norddeutschen Reichstags, des Zollparlaments und der und der Deutschen Reichstage 1867-1918
BIORAB-Weimar	Die Abgeordneten der Deutschen Nationalversammlung und der Deutschen Reichstage 1919-1933
BIOSOP	Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1876-1933
BIOWEIL	Schröder/Weege/Zech: Kollektive Biographien der Landtagsabgeordneten der Weimarer Republik 1918-1933
BJ	Biographisches Jahrbuch und Deutscher Nekrolog
BL, Bl	Burschenschaftlerlisten
BNSDJ	Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen
BUMAST	Parlamentarierportal Deutscher Bundestag
BVK	Bundesverdienstkreuz
DB	Deutsche Burschenschaft
DBE	Deutsche Biographische Enzyklopädie
DbJ	Deutsches Biographisches Jahrbuch
DDP	Deutsche Demokratische Partei
ders.	derselbe
dies.	dieselbe(n)
DP	Deutsche Partei
d. R.	der Reserve
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DuQ	Darstellungen und Quellen zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert
DVP	Deutsche Volkspartei
Einj.-Freiw.	Einjährig-Freiwilliger
EK I	Eisernes Kreuz 1. Kl.
EK II	Eisernes Kreuz 2. Kl.
E.M., EM	Ehrenmitglied
ev.	evangelisch
gen.	genannt
GfbG	Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung e. V.
GStA	Geheimes Staatsarchiv
Hrsg.	Herausgeber
HStA	Hauptstaatsarchiv
IDS	Inspekteur der Sicherheitspolizei
imm.	immatrikuliert
i. O.	in Oldenburg
i. V.	in Vertretung

JVH	Jahresverzeichnis der Hochschulschriften
kath.	katholisch
kgf.	königlich
k. k.	kaiserlich(-österreichisch) königlich(-böhmisch)
Kosch BStHB	Kosch, Biographisches Staatshandbuch
Kosch LL	Kosch, Deutsches Literatur-Lexikon
Kosch LL 20. Jahrhundert	Kosch, Deutsches Literatur-Lexikon. 20. Jahrhundert
Kosch KD	Kosch, Das Katholische Deutschland
Kosch ThL	Kosch, Deutsches Theater-Lexikon
Kr.	Kreis
K. u. K., k. u. k.	Kaiserlich(-Österreichisch) und Königlich(-Ungarisch), kaiserlich und königlich
Kürschner DGK	Kürschner, Deutscher Gelehrten-Kalender
Kürschner DLK	Kürschner, Deutscher Literaturkalender
Kürschner DLK Nekrolog	Kürschner, Deutscher Literaturkalender Nekrolog
KVK	Kriegsverdienstkreuz
LArch	Landesarchiv
LDP	Liberaldemokratische Partei
Lt.	Leutnant
luth.	lutherisch
MArch Freiburg	Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg i. Br.
MV	Mitgliederverzeichnis
NDB	Neue Deutsche Biographie
NF	Neue Folge
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDStB	Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
NSFK	Nationalsozialistisches Fliegerkorps
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
OA	Oberamt
Oblt.	Oberleutnant
ÖBL	Österreichisches Biographisches Lexikon
ÖVP	Österreichische Volkspartei
o. J.	ohne Jahresangabe
OLG	Oberlandesgericht
Olt.	Oberleutnant
P	Porträt, Bild
PEN	poets essayists novellists (internat. Schriftstellervereinigung)
Prov.	Provinz
Ps.	Pseudonym
QuD	Quellen und Darstellungen zur Geschichte der Burschenschaft und der deutschen Einheitsbewegung
Reg.	Regiment
Reg.-Bez.	Regierungsbezirk
RGG	Religion in Geschichte und Gegenwart
Rgt.	Regiment
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
SA	Sturm-Abteilung (der NSDAP)
SD	Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS
Sp.	Spalte
SPÖ	Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs
SS	Schutzstaffel
StA	Staatsarchiv
StadtA	Stadtarchiv
SV	Sondershäuser Verband
TI	Totenliste
UA	Universitätsarchiv
u. d. T.	unter dem Titel
VaB	Vereinigung alter Burschenschafter
VB	Verwaltungsbezirk
VDA	Volksbund für das Deutschtum im Ausland

Abkürzungsverzeichnis der Verfasser und Mitverfasser

B.T.	Björn Thomann
E.A.	Ernst Anger
G.C.	Gerd Cramer
C.O.	Christian Oppermann
G.Sch.	Gernot Schäfer
H.D.	Helge Dvorak †
H.L.	Harald Lönnecker
H.T.	Henning Tegtmeyer †
J.C.C.	Jens Carsten Claus
K.G.	Karl Gundermann
K.O.	Klaus Oldenhage
P.K.	Peter Kaupp

Ackermann, (Heinrich Ludwig) Oskar, geb. 06.10.1836 in Leipzig als Sohn eines Pfarrers gest. 05.01.1913 in Dresden



(Dresdensia-Leipzig 1855). Nach Besuch des Gymnasiums 1850-1855 in Meißen ab 16.04.1855 (imm.) Studium der ev. Theologie in Leipzig, ebd. Dr. theol. et phil. Nach Antritt einer Stelle als Katechet an der kgl. Heilanstalt Sonnenstein (1861) bereits im folgenden Jahr Religionslehrer am Gymnasium in Zwickau und 1866 Religionslehrer und Professor an der kgl. Landesschule St. Afra in Meißen; 1883 Pfarrer in Meißen und Superintendent der dortigen Ephorie. 1888 zum Oberkonsistorialrat ernannt, bekleidete er 1898-1910 das einflussreiche Amt des Oberhofpredigers in Dresden. Von Amts wegen war er Abgeordneter der I. Kammer des Sächsischen Landtags, zudem Vizepräsident des ev.-luth. Landeskonsistoriums. 1905 schenkte ihm König Friedrich August III. ein goldenes Kreuz, das noch heute als Bischofskreuz von den sächsischen Bischöfen getragen wird. Veröffentlichungen: „Das Heidentum nach der heiligen Schrift neuen Testaments“ (Gymnasialprogramm 1864), „Die Evangelienkritik. Übersicht über ihre Entwicklung und ihren gegenwärtigen Stand“ (Gymnasialprogramm

1866), „Die Bedingungen einer gesegneten Synodalarbeit“ (Predigt, 1901), „Lasset uns halten an dem Bekenntnis der Hoffnung!“ (Predigt, 1906); zahlreiche weitere Predigten.

Lit.: Archiv der Burschenschaft Dresdensia Leipzig (Stammrolle von 1853 bis 1899); Haan (1875), S. 1; Zeitgenossenlexikon (1905), Sp. 3 f.; Wer ist's? (1908), S. 4; BJ 18 1913 (1917) TI 1913, Sp. 73*; Reinhold Grünberg, Sächsisches Pfarrerbuch (1940), Abt. 1, A-L, S. 2; Josef Matzerath, Aspekte Sächsischer Landtagsgeschichte – Präsidenten und Abgeordnete von 1833 bis 1952 (2001), S. 37; DBE 1 (2005), S. 31. Internet (02.01.2018): O. A. (Wikipedia), Stammbaum von Elisabeth Ackermann – O. A. 1836-1913 (P). Mitteilung des StadtA Dresden (Frau Hoppe, mit Sterbeurkunde und Angabe des Geburtsortes) v. 15.06.2016. H.D.

Anton, Richard (Friedrich Lorenz), geb. 11.03.1887 in Darmstadt als Sohn eines Maschinenfabrikanten, gest. 02.09.1977 ebd. (Rhenoguestfalia-Darmstadt 1905/06). Nach Besuch der Vorschule des Ludwig-Georg-Gymnasiums (1893-1896) und des Realgymnasiums Darmstadt (1896-1906) Militärdienst als Einj.-Freiw. im 1. Großherzogl. Hessischen Leibgarde-Inf.-Rgt. Nr. 115 in Darmstadt (1906-1907) sowie Studium der Chemie an der TH Darmstadt (mit Verbandsexamen), an der Universität München mit Ergänzungsprüfung in Mineralogie sowie an der Universität Heidelberg; dort 1916 Promotion zum naturwissenschaftlich-mathematischen Dr. („Über Kampheranile“, gedruckt 1915) bei Theodor Curtius (1857-1928) und Emil Koevenagel (1865-1921); seit 1914 Betriebschemiker in der Verwaltung der zur Fried. Krupp AG gehörenden Zeche Hannover-Hannibal in Hordel/Kr. Bochum; Kriegsdienst in seinem Regiment im Ersten Weltkrieg und danach, zuletzt als Oblt. d. R., zweimal schwer verwundet; 11.10.1914 EK II, 23.03.1915 hessisches Allgemeines Ehrenzeichen für Tapferkeit und 03.11.1918 EK I; Verwundetenabzeichen in Schwarz. Nach Kriegsende Rückkehr in die alte Stellung bis Juni 1920; danach Fabrikleiter der Teerdestillation der Nebenprodukteverwertungsgesellschaft Deutsche Gaswerke in Offenbach a. M.; ab Mai 1922 bei den Rütgerswerken AG Berlin tätig,

zunächst in Bismarckhütte b. Beuthen (OS), ab Nov. 1922 als Leiter der ebenfalls Kruppschen Karbolsäurefabrik „Chemische Fabrik Weyl AG“ in Mannheim-Waldhof, ab 1926 bis Juni 1933 bei den Rütgerswerken in Castrop-Rauxel(-Bladenhorst); Mitglied der NSDAP seit 01.05.1929 (Nr. 130431), Mitglied der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO), der NSV, des Reichskolonialbunds (RKB) und des Reichsbunds der Deutschen Beamten (RDB); NSDAP-Funktionär seit 29.11.1929; Stellv. Ortsgruppenleiter (OGL) in Castrop-Rauxel, seit 1930 auch Bezirksleiter von Castrop-Rauxel/Herne/Wanne-Eickel; seit Jan. 1931 OGL in Castrop-Rauxel, Juni 1932 bis Mai 1936 Kreisleiter (KL) ebd., dann KL z. b. V.; ab 1929 in mehreren Kommissionen und Ausschüssen der Stadtverwaltung, am 12.03.1933 Wahl zum Stadtverordneten, 31.03.1933 Stadtverordnetenvorsteher; Kandidat für den Preußischen Landtag und den Reichstag 1932; ab 10.06.1933 Stellv. Oberbürgermeister bzw. Oberbürgermeister von Castrop-Rauxel (bis Apr. 1945); 1941 KVK II. Als Belege für die von Objektivität geprägte Haltung A.s als Chef der Stadtverwaltung nannte der Stadthistoriker Scholz vor allem zwei dokumentierte Vorgänge. A. forderte eine gesetzliche Grundlage für Euthanasie-Aktionen (Scholz 2013, S. 97, 134, 180-184, 201-208) und weigerte sich gegenüber dem NSDAP-Kreisleiter Karl Nieper 1944, den bereits entwidmeten Jüdischen Friedhof an der Oberen Münster-Straße einebnen und als Gartenland nutzen zu lassen (ebd. S. 97 f.). Am 01.04.1945 beschlossen Oberbürgermeister A. sowie die höchsten Beamten und Angestellten einstimmig, den „Führerbefehl“ zu ignorieren, bei Anrücken des Feindes alle Brücken, Versorgungsleitungen und Produktionsbetriebe zu zerstören (ebd. S. 214 f.); Verhaftung am 09.04.1945; Transport nach Namur und Cherbourg; dort ernsthafte Erkrankung (Wirbelsäulentuberkulose), am 03.07.1945 im Lazarettzug nach Deutschland, ab 03.04.1946 in der Landeskirchlichen Orthopädischen Anstalt Volmarstein/Ruhr;

Entlassung nach Castrop-Rauxel am 10.07.1948; entnazifiziert in Kategorie III „Minderbelastete“ unter Kürzung der Pension um 50 Prozent. Ein kath. Dechant bescheinigte A., er habe „sein evangelisches Christentum – vielleicht als einziger unter allen Oberbürgermeistern Deutschlands – unbeugsam und standhaft betätigt ... (er hat) in den 12 Jahren seiner Amtstätigkeit stets ein großes, wohlwollendes Verständnis für die kath. Confession gezeigt“ (ebd. S. 228). Seit Okt. 1952 bei der Alten Leipziger als Versicherungsvertreter tätig.

Lit.: Nachlass und Personalakten im StadtA Castrop-Rauxel; NSDAP-Unterlagen, insbes. des ehem. BDC im BArch Berlin; Spruchkammerakten im LArch NRW, Abt. Rheinland, Duisburg, NW 1037-B VI Nr. 4473, NW 1039-A, Nr. 1176, NW 1047, Nr. 52; von ihm erarbeiteter Stammbaum der Familie (1921) im StadtA Darmstadt (im StA). Burschenschaftler-Stammrolle 1934 (1934), S. 9; Wolfgang Stelbrink, Die Kreisleiter der NSDAP in Westfalen und Lippe. Versuch einer Kollektivbiographie mit biographischem Anhang, (2003), S. 211-213 (auch digital); Dietmar Scholz, Unrecht und Leid. Castrop-Rauxel in der Zeit der Herrschaft der Nationalsozialisten 1932-1946 (2013); ders., „Ein tapferer Oberbürgermeister ...“: Zu einem Bericht des Oberbürgermeisters Dr. Anton vom 10. November 1941, in: Vestische Zeitschrift 94-96 (1995-1997), S. 387-394, auch in: Kultur und Heimat, 49. Jg. (1998), S. 136-145; Michael Fritsch, NS-Vergangenheit. Verwaltung war nicht unschuldig am Massenmord (Bericht über einen Vortrag des Stadthistorikers Dietmar Scholz, in: Ruhr-Nachrichten v. 19.01.2012); Gerd Cramer, Darmstädter Burschenschaften Rheno-Guestfalia (und Markomania. Mitglieder 1894/96 bis 1936 (2015), S. 64; ders., Darmstädter Burschenschaft Rheno-Markomania. Mitglieder 1894/96 bis 2015 (2015), S. 64; ders., Burschenschaft Rheno-Markomania. Nachrufe 2015, S. 251 f. Internet (24.02.2017): www.europeonline-magazine.eu (19.11.2015); www.gerstenkoeper.de (19.11.2015). Mitteilungen des StadtA Castrop-Rauxel (Thomas Jasper) v. 18.11., des BArch Berlin (Heinz Fehlauer) v. 27.11. und des LA NRW, Abt. Rheinland, Duisburg (Martin Schlemmer) v. 11.12.2015. G.C.

Arnold, Christoph, geb. 17.09.1839 in Waldmichelbach/Odenwald als Sohn eines Gastwirts, gest. 18.09.1893 in Darmstadt (Germania-Gießen 1858/59). Nach Studium der Rechtswissenschaften in Gießen zunächst Gerichtsakzessist in Waldmichelbach; 1869 Landgerichtsassessor in Offenbach a. M., ab 1871 in Lorsch und 1875 in

Darmstadt; 1879 zum Richter am Amtsgericht Darmstadt II berufen; 1881-1893 Abgeordneter der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen (Wahlkreis Starkenburg 4/Waldmichelbach, 1884-1893 Schriftführer, nationalliberal); 1883 Oberamtsrichter in Darmstadt; 1887 vorsitzendes Mitglied der Zivildieners-Witwenkasse-Kommission; 1888 Landgerichtsrat beim Landgericht Darmstadt, Erster Staatsanwalt ebd.; 1892 Mitglied der Kommission für die Prüfung der Gerichtsschreiber und Gerichtsvollzieher-Aspiranten in Darmstadt; 1892 Ritterkreuz 1. Kl. des Verdienstordens Philipps des Großmütigen.

Lit.: HStA Darmstadt, Bestand G 18, 10/6 und S 1; BL 2 (1940) Gießen, S. 101; Kalkoff (1917), S. 407; Ruppel/Groß (1980), S. 55; Lengemann (1996), S. 56; Gießener Burschenschaft Germania, Mitgliederliste von 1851 bis 2001 (2001), Nr. 103; Rack/Vielsmeier (2008), S. 125 f. Internet (23.12.2018): C. A., Gießener Burschenschaft Germania, bekannte Mitglieder (beide Wikipedia), Hessische Biografie LAGIS Hessen. G.Sch./P.K.

Aron, Wilhelm (Willy), geb. 03.06.1907 in Bamberg als Sohn eines jüdischen Justizrates, gest. 19.05.1933 in Dachau (Wirceburgia im Burschenbunds-Convent 1925 – seit 1993 nennt sich die Abiturientenverbindung Abituria „Abituria Wirceburgia“, um die Erinnerung an die ehemalige Verbindung Wirceburgia wachzuhalten – und Südmark-Monachia München). Bereits als 14-Jähriger Mitglied der Bamberger Sozialistischen Arbeiter-Jugend (SAJ), ebd. Solidarisierung mit dem Kampf der Arbeiter für bessere Lebensbedingungen und frühe Führungsfunktionen; ab 1925 Studium der Rechtswissenschaften in Würzburg, Erlangen und 1927 München; auch während des Studiums Kontakte zum SAJ; in den Semesterferien Versuche, in Vorträgen sein erworbenes Wissen an die Arbeiterjugend weiterzugeben; nach juristischer Staatsprüfung Gerichtsreferendar in Bamberg; in dieser Position Anfang der 1930er Jahre in den sich verschärfenden Auseinandersetzungen zwischen der SAJ und dem aufkommenden Nationalsozialismus Verteidigung zahlreicher Sozialisten; mit schnellem Aufstieg in die Leitungsebene An-

schluss an das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold; prägende Persönlichkeit der Arbeiterbewegung in Bamberg; von den Nationalsozialisten in Bamberg als „Roter



Hund“ verfemt, mehrfach tätlichen Übergriffen ausgesetzt; 10.03.1933 in „Schutzhaf“ genommen, am 15.05.1933 ins neu eröffnete KZ Dachau deportiert und dort am 19.05.1933 an den Folgen brutaler Misshandlungen verstorben. Um Folterspuren nicht zu erkennen, wurde A.s Leichnam mit Benzin übergossen und angezündet sowie die Öffnung des Sarges verboten. In örtlichen Tageszeitungen wurde Herzschlag als Todesursache angegeben. In einem Prozess gegen seine Mörder 1948 erhielten die Täter milde Strafen und zeigten kein Unrechtsbewusstsein. Wilhelm-Aron-Straße in Bamberg-Ost, 2002 Gedenktafel am Bamberger Justizgebäude; 2003 Gründung einer W.-A. Gesellschaft e. V. in Bamberg; seit 2004 Stolperstein vor seinem einstigen Wohnhaus in der Leopold-Straße 32.

Lit.: Verfahren der Staatsanwaltschaft München II gegen Johann Unterhuber – Ks 9/51 bzw. 2 Js Gen 58/49 (StA München – Staatsanwaltschaften 34464/1-4); Georg Grolsch, W. A., in: Gerhard C. Krischke (Hrsg.), Bambergs unbequeme Bürger (1987); Monika Biber, Gedenkrede zum 70. Todestag W. A.s am 15. Mai 2003 (2003); Thomas Schindler,

Sie waren Juden, Sozialisten und – Korporierte. Vor 70 Jahren wurden W. A. und Viktor Chajim Arlosoroff ermordet, in *Studenten-Kurier* 18 (2003), S. 12 f.; Andreas Dornheim/Thomas Schindler, W. A. (1907-1933). Jude, NS-Gegner, Sozialdemokrat und Verbindungsstudent (2007); Axel Bernd Kunze/Hendrik Lettner, W. A.: Aufruf zur Zivilcourage: ein Themenabend am 8. Mai 2008 (2008); Wolfgang Adler u. a.: Gedenkfeier zum 75. Todestag W. A.s im OLG Bamberg am 19. Mai 2008 (2008); Antje Tael Dusel/Portwein Beiabart/Franz Fichte, Gedenkbuch der jüdischen Bürger Bambergs. Opfer des nationalsozialistischen Terrors 1933-1945 (2. Aufl. 2010), S. 125-128, 131-135 und a. m. O. (P); Axel Bernd Kunze, Wilhelm (Willy) Aron, Justizreferendar und erstes Bamberger Opfer des Nationalsozialismus ... (2010, auch digital); Zum 78. Todestag von W. A.: Gedenkakte von und mit der W.-A.-Gesellschaft (2011); Edith Raum, Justiz zwischen Diktatur und Demokratie: Wiederaufbau und Ahnung von NS-Verbrechen in Westdeutschland 1945-1949 (2013), S. 673 (auch digital); Timotheus W. Payback, Hitlers First Victims: The Quest for Justice (2014); Manfred Blänkner, W. A., in: Manfred Rebländer/Axel Bernd Kunze (Hrsg.), Rote Fahnen, bunte Bänder. Korporierte Sozialdemokraten von Lassalle bis heute (2016), S. 51-54. Internet (17.10.2020): W. A.; Burschenbunds-Convent/Mitglieder (beide Wikipedia), Liste korporierter Sozialdemokraten, W.-A.-Gesellschaft Bamberg e. V. (mit Lebenslauf), Lassalle-Kreis, Aron, Wilhelm-teufelsmoor.eu. Mitteilung des StA München (Christoph Bachmann) v. 29.04. und des Instituts für Hochschulkunde Würzburg (Maximilian Kriwet) v. 07.05.2019. P.K.

Asmis, (Adolf Karl) Gottlieb, geb. 18.08.1798 in Woldegk/Meckl. als Sohn eines Pastors, gest. 29.01.1882 ebd. (Jenaische Burschenschaft 1818). Seit SS 1818 Studium der ev. Theologie in Jena, danach seit 21.09.1820 in Göttingen. Mitglied des Ausschusses der Jenaer Burschenschaft; Anhänger der radikalen „Gießener Schwarzen“, engster Freund und Stubengenosse von → Karl Ludwig Sand; Sand soll Briefe mit der Aufschrift „Briefe zu bestellen“ in seinem unverschlossenen Pult in Jena hinterlegt haben, wo A. sie gefunden haben soll. Nach den Verhandlungsprotokollen sollen Dokumente und Briefe an drei Zeitungsredaktionen von S. selbst an A. übergeben worden sein. Am 27.03.1819 reiste A. zu Sands Eltern, um ihnen einen Abschiedsbrief ihres Sohnes und die Nachricht des Attentats zu überbringen. In einem Brief Karl Augusts von Sachsen-

Weimar-Eisenach an Goethe v. 19.09.1819 wird erwähnt, dass → Karl Follen und G. A. „freywillig nach Mannheim gereiset“ seien, um sich Sand gegenüberstellen zu lassen. Der Mitwisserschaft an der Ermordung Kotzebues verdächtigt und vorübergehend inhaftiert, suchte A. im SS 1819 in Göttingen, eine Burschenschaft nach Jenaer Vorbild zu gründen; dort wie in Jena Mitglied eines geheimen „engeren Vereins“; Weihnachten 1820 Initiator eines Treffens Göttinger, Hallescher und Jenaer Studenten in Sondershausen; vom Konsistorium in Neustrelitz nicht zum theologischen Examen zugelassen, später Hauslehrer, 1829 Kantor und Organist in Woldegk; 1860 im Ruhestand.

Lit.: Heinrich von Treitschke, *Deutsche Geschichte im Neunzehnten Jahrhundert* 3 (1894), a. m. O. (auch digital); MV Arminia a. d. B. (1935), S. 24; QuD 6 (1919), S. 319, 8 (1925), S. 49, 10 (1927) und 13 (1932), jeweils a. m. O.; DuQ 12 (1986), S. 57, 71; Georg Krüger, *Die Pastoren im Lande Stargard seit der Reformation* (Mecklenburgische Jahrbücher, 69. Jg. (1904), S. 239; Karl Alexander Müller, *Karl Sand* (3. Aufl. 1925), S. 155; Hermann Schüßler, *Woldegk, Stadt der Windmühlen* 2 (2003), S. 103-107; *Stamm-Buch der Jenaischen Burschenschaft* (2005), S. 136, Nr. 662; Varnhagen von Ense und Cotta. *Briefwechsel 1810-1848*, hrsg. von Konrad Feilchenfeldt, Bernhard Fischer und Dietmar Pravida, Bd. 2 Kommentar (2006), S. 383 und 627; Grewolls (2011); *Briefe an Goethe. Gesamtausgabe in Regestform*, Bd. 8, Tl (2011), S. 11; Tilman Röhrig, *Funke der Freiheit. Historischer Roman* (2013), a. m. O.; Lönnecker (2015), S. 159, Nr. 47. Internet (02.02.2017): Asmis, Adolf Karl Gottlieb (Wikipedia), GEDBAS: Kegebein in Mecklenburg. Mitteilung des Kirchenbuchamts Schwerin (Rauchegger) v. 04.05.2005. H.D./P.K.

Asmussen, Roger, geb. 06.09.1936 in Bremerhaven, gest. 07.06.2015 in Heide (?) (Franconia-Freiburg 1956). Nach Abitur Studium der Wirtschaftswissenschaften in Freiburg i. Br.; 1960 Dipl.-Volkswirt; zunächst in einer Unternehmensgruppe in Fulda und 1963-1965 bei der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände e. V. in Köln tätig; 1966-1967 Verbandsarbeit beim Hauptverlag Baumwollwebereien in Frankfurt/Main; 1968-1983 Geschäftsführer des Unternehmensverbandes Westküste e. V. in Schleswig-Holstein; Mitglied der Geschäftsführung der Büroge-

meinschaft der Schleswig-Holsteinischen Unternehmensverbände beim Bundesverband der Deutschen Industrie in Köln; seit 2004 Verwaltungsratsvorsitzender der AOK Schleswig-Holstein; 1964 Eintritt in die Junge Union, 1968 in die CDU; 1974-1987 CDU-Kreisvorsitzender in Dithmarschen; 1970-1978 ebd. Kreistagsabgeordneter; 1971-1988 Landtagsabgeordneter in Schleswig-Holstein (Wahlkreis Dithmarschen-Süd); 1975 Mitglied des Fraktionsvorstands; 1979-1983 Stellv. Fraktionsvorsitzender; 18.05.1973 bis zu seiner Berufung in die Landesregierung Vorsitzender des Finanzausschusses des Landtags; 13.04.1983-31.05.1988 Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein; seit 09.06.1987 außerdem Landesminister für Wirtschaft und Verkehr; seit 23.06.2005 Naturschutzbeauftragter der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung; 04.01.2006 Rücktritt aus Protest gegen die Naturschutzpolitik der großen Koalition; 13.10.1978 BVK am Band.

Lit.: Wer ist wer? (2013/14), S. 30 f.; Burschenschaftler-Stammrolle (1991), S. 106; Dithmarschen 2000. Dokumentation der Dithmarscher Landeszeitung, Brunsbütteler Zeitung (1994, mit Kurzbiographie); Ehemaliger Finanzminister R. A. tot, in: Kölnische Rundschau v. 15. Juni 2015. Internet (23.05.2020): R. A., Kabinett Barschel I und II, Kabinett Schwarz (alle Wikipedia), Munzinger-Archiv IBA. P.K.

Bachmann, Bernhard, geb. 18.12.1939 in Falkenau an der Eger (Sudetenland) als Sohn des Obermagistratsrates Dr. Hans Bachmann (Thessalia-Prag), gest. 11.06.2018 in Lich (Frankonia-Gießen 1962). Nach der Vertreibung aus dem Sudetenland in Wetzlar aufgewachsen; Besuch des Gymnasiums in Gießen und Hameln (Weser); nach Besuch des Schiller-Gymnasium in Hameln Studium der Germanistik und Geschichte in Gießen; Mitarbeit als studentische Hilfskraft am „Sudetendeutschen Wörterbuch“, einem Sonderinstitut der Germanistik in Gießen unter der Leitung von Prof. Dr. Franz Beranek (VDSSt Saxonia Prag, VDSSt Gießen); Mitglied des Studentenparlaments und ein Jahr AStA-Referent für Gesamtdeutsche Fragen; 1968 Erste Staatsprüfung für das Lehramt an Gym-

nasien („Untersuchung zu Begriffen aus dem Bereich des Hausbaus in den sudetendeutschen Mundarten. Arbeit zur Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen“, Manuskript 1968); ab 1969 Ausbildung in der Kreisredaktion der Gießener Allgemeinen Zeitung; gleichzeitig von deren damaligem



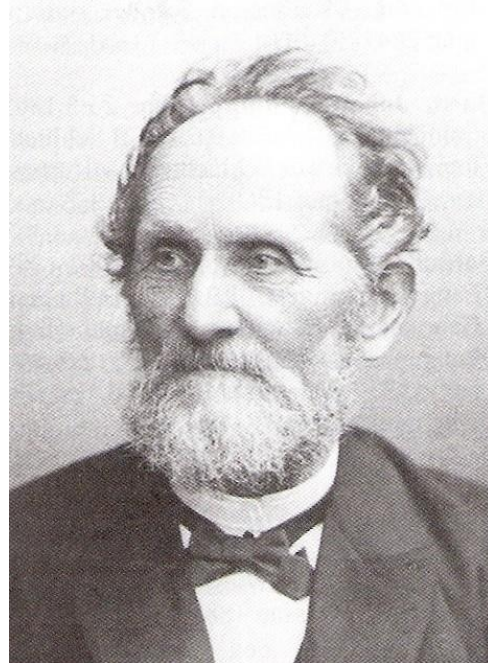
Hrsg. Dr. Hans Rempel mit der Redaktionsleitung des neu gegründeten Geschichtsmagazins „Damals“ beauftragt, das er zur führenden populärwissenschaftlichen historischen Zeitschrift in Deutschland ausbaute; 1980 Wechsel in den Dienst der Stadt Gießen als Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Oberhessischen Museums und später als Mitarbeiter des Hochbauamtes; zuständig für den Denkmalschutz sowie die Stadtbild- und Denkmalpflege in Gießen. In dieser Eigenschaft nahm er eine Bestandsaufnahme der denkmalwürdigen Gebäude und Straßenzüge in Gießen vor als Grundlage für den 1993 erschienenen Band „Kulturdenkmäler in Hessen/Universitätsstadt Gießen“ im Rahmen der Denkmaltopographie der Bundesrepublik Deutschland. Für dieses amtliche Denkmaltopographie der Stadt verfasste B. B. unter dem Titel „Gießen – Stadtgestalt und Stadtentwicklung“ auch die stadtgeschichtliche Einleitung. Schon früh wurde die CDU seine politische Heimat, für die er fast 27 Jahre lang kommunalpolitische Mandate innehatte. 1972-1976 und erneut

1979-1980 Mitglied der Gießener Stadtverordnetenversammlung; zwischenzeitlich vorübergehend Fusion der Städte Gießen und Wetzlar zur „Stadt Lahn“, in der er Stellv. Bezirksvorsteher Gießen war; 1980-1997 CDU-Abgeordneter im Kreistag des Landkreises Gießen; Mitglied der Kreistagsausschüsse für Bauen, Schulen und Kultur sowie des Ausschusses für Frieden, Antifaschismus und multikulturelle Beziehungen; Mitglied des Denkmalbeirates für den Landkreis Gießen; in der Wahlperiode 1997-2001 ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter sowie 1980-2001 Mitglied des Ortsbeirats Allendorf/Lahn der Stadt Gießen. Als bekennender Sudetendeutscher gehörte er der Sudetendeutschen Landsmannschaft an und war über 25 Jahre lang deren Kreisvorsitzender. Zusätzlich übernahm er 1998 auch den Kreisvorsitz des Bundes der Vertriebenen (BdV), der Dachorganisation der Heimatvertriebenen im Kr. Gießen. Nach einem Schlaganfall im Aug. 1999, der zu schwerwiegenden körperlichen Beeinträchtigungen führte, gab er sukzessive alle beruflichen und ehrenamtlichen Aktivitäten auf und lebte zuletzt in einer Seniorenresidenz in Lollar; 1992 Bronzene Ehrenplakette und 2001 Silberne Ehrenplakette des Landkreises Gießen für sein ehrenamtliches Engagement; 2012 Verleihung des 100-Semester-Ehrenbandes der Frankonia-Gießen.

Lit.: Frankonia (Gießen) (1997), S. 268; Nachrufe in der Gießener Allgemeinen Zeitung v. 26.06.2018 und in der Gießener Franken-Zeitung Nr. 133 (2018), S. 31 ff. G. Sch.

Backhaus(en), Hermann (Christian Dietrich), geb. 07.01.1817 auf der Domäne Selbach in Waldeck als Sohn eines Konduktors, Amtmanns und Gutsbesitzers, gest. 21.02.1901 in Görlitz (Jenaische Burschenschaft 1837, Fürstenkeller Jena 1839/40); Fürstenkeller-Kneipname ‚Kravatte‘. Nach Besuch des Landesgymnasiums in Korbach (1833–1834) seit 1837 zunächst in Bonn, dann in Jena (imm. 22. 11.1837) und Leipzig (1840) Studium der Philologie, Geschichte und Philosophie; seit 1840 Studium der Staats- und Kameralwissenschaften in Leipzig; 1840 Dr. phil. in Jena; seit

den 1840er Jahren Privatgelehrter in Selbach, Kassel und Göttingen, 1847/48 Habilitand in Jena, 20.05.1848-30.05.1849 Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung Wahlkreis Waldeck (Korbach, Wildungen, Arolsen); Württemberger Hof,



Märzverein; wählte Friedrich Wilhelm IV. zum Kaiser der Deutschen; Ausschuss für völkerrechtliche und internationale Fragen; 1849-1851 Mitglied (II. Wahlkreis) und Präsident des Landtags der Fürstentümer Waldeck und Pyrmont; seit 1851 landwirtschaftliches Praktikum in Selbach; 1855-1860 Oberlehrer an der Landwirtschaftlichen Lehranstalt in Beberbeck (Hessen), 1860-1871 Pächter des Ritterguts Geppelwitz bei Oppeln; 1872 Berufung auf den neu errichteten Lehrstuhl für Landwirtschaftslehre an der Universität Kiel, 1873 ebd. Gründer und Direktor des Landwirtschaftlichen Instituts; beschäftigte sich vor allem mit Saatgutuntersuchungen und Keimfähigkeitsprüfungen, Vorlesungen über landwirtschaftliche Produktions- und Betriebslehre sowie über Methoden der Bodenuntersuchung; 1877-1891 auch Professor für Nationalökonomie an der Marineakademie in Kiel; Geh. Regierungsrat, 1891 aus Gesundheitsgründen beurlaubt. und 1894 entpflichtet. Mitarbeiter verschiedener Zeitschriften und Zeitungen,

u. a. der „Göttinger Gelehrten Anzeigen“, der Augsburger „Allgemeinen Zeitung“, der Heidelberger „Deutschen Zeitung“, der Breslauer „Schlesischen Zeitung“, der „Hessischen landwirtschaftlichen Zeitschrift“ und des „Norddeutschen Landwirts“. Verfasser zahlreicher volkswirtschaftlicher, landwirtschaftlicher und kulturgeschichtlicher Schriften. Der Geburtseintrag im Kirchenbuch lautet auf „Backhausen“, die Sterbeurkunde auf „Backhaus“, so auch in den Wahlunterlagen der waldeckischen Regierung (StArch Marburg, Bestand 121 Nr. 4013), doch wird er nicht nur im Album Trebitz als „Backhausen“ bezeichnet; er unterzeichnete seine Berichte aus Frankfurt an die Regierung in Arolsen im Mai 1848 mit „Backhaus“, von Juni bis Sept. 1848 mit „Backhausen“ und ab 1849 wieder mit „Backhaus“, so auch später als Professor in Kiel.

Lit.: BAK, DB 9: A. 2. Stammbuch-Sammlung, Album Trebitz, S. 22; ebd., M.: Burschenschaftlisten Jena; UAJ, Ms. Prov. f. 118b, Bl. 30v-31r; UAJ, 8 Hist. lit. VI, 76 b: WS 1837/38-WS 1838/39; Schneider (1897), S. 559; Die Gartenlaube Jg. 49, 1901, Nr. 10, Beilage 2, S. 2 (mit Bild); BJ 6 1901 (1904) Tl 1901, S. 9*; Friedrich Volbehr/Richard Weyl, Professoren und Dozenten der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel 1665-1954 (4. Aufl. 1956), S. 145; Hilmar G. Stoecker (Bearb.), Schülermatrikel des Landesgymnasiums Korbach 2 (1977), S. 6, Nr. 69; Die Matrikel der Universität Leipzig, hrsg. von Jens Blecher und Gerald Wiemers, 2 (1977), S. 175, Nr. 0071; Reinhard König, Die Abgeordneten des Waldeckischen Landtags von 1848 bis 1929 (1985), S. 30; Lengemann (1996), S. 59; Best/Weege (1998), S. 87 f.; Lexikon Greifswalder Hochschullehrer 1775 bis 2003 3 (2004), S. 11 f.; Lönnecker (2015), S. 162, Nr. 64; ders. (2015), S. 571 f. Internet (20.12.2018): BIORAB-Frankfurt. Mitteilungen des Ratsarchivs Görlitz (Kathrin Reimann) v. 08.10., des LArch Schleswig-Holstein (Dagmar Bickelmann) v. 10.10., des StA Marburg (Karl Murk) v. 13.10. und des Landeskirchlichen Archivs Kassel (Bernd Breidenbach) v. 14.10.2014. H.L./K.O.

Barthel, Karl-Heinrich, geb. 23.08.1905 in Neubrandenburg als Sohn eines Volksschullehrers, gest. 19.08.1975 in Wittenberg (Arminia auf dem Burgkeller 1924). Nach dem Besuch des Staatl. Gymnasiums in Neubrandenburg Studium der Medizin 1924-1926 in Jena und 1926-1929 in Ber-

lin; in seiner Aktivenzeit „ein gewaltiger Sänger, spielte aber auch gekonnt Cello“ (Nachruf 1975); Repetitor an der Universität Berlin; 01.08.1932 Eintritt in die NSDAP (Nr. 1277229), Dienst bei der Reichswehr; 1935 medizinische Staatsprüfung und 1936 Dr. med. Berlin („Über die Maßregeln zur Sicherung und Besserung bei der Bekämpfung von Suchtkrankheiten“); nach praktischer Tätigkeit an der Universitätspoliklinik und am Institut für Gerichtliche Medizin in Berlin 1936 Eintritt in den öffentlichen Gesundheitsdienst und 1938 Kreisarzt-Examen; anschließend Leiter der Gesundheitsämter in Aurich, Fraustadt, Jauer b. Liegnitz und Glogau; Sanitätssturmbannführer der SA, Kreisbildungsleiter der NSDAP, Kreisredner für Rassefragen; 1938-1941 Vorsitzender des NSDAP-Kreisparteigerichts in Fraustadt, anschließend bis 1942 in Jauer; Ende 1945 „Luftschutzarzt“ bei Kriegsgefangenen; nach dem Zweiten Weltkrieg 1945-1947 Abteilungsarzt im polnischen Kreis Krankenhaus Glogau; 1947 mit den letzten 13 Deutschen nach Bernburg/Sachsen-Anhalt evakuiert; ebd. 1947-1951 Prakt. Tierarzt; 1948 Eintritt in die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD) und Gründer des Kreisverbandes Bernburg; 1951-1967 Kreisarzt (Obermedizinalrat) und Facharzt für Sozialhygiene beim Rat des Kreises Wittenberg; 1952 Mitglied des Kreisfriedensrates, 1953 des Kreis Ausschusses für Jugendweihe; seit 1957 Vorsitzender des Kreiskomitees des Deutschen Roten Kreuzes; ab 1954 für die NDPD Mitglied des Bezirkstages Halle/Saale und der Ständigen Kommission für Gesundheitswesen und Sozialfürsorge; 1956 (nachgerückt)-1963 Abgeordneter der Volkskammer (NDPD); Medaille „Für ausgezeichnete Leistungen“ (1952, 1953 und 1955), Ehrenzeichen der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft, II. Stufe (1954), Ehrenzeichen der NDPD (1958), Ehrennadel der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands, Ehrenzeichen des DRK der DDR in Bronze (alle 1958) und Vaterländischer Verdienstorden in Bronze (1960), Ehrentitel Obermedizinalrat (1961).

Lit.: Mitglieder-Verzeichnis der Burschenschaft Arminia auf dem Burgkeller 14. Aufl. (1933), S. 38 und 83, (1986), S. 63; Burschenschaftler-Stammrolle 1934 (1934), S. 19; Die Kandidaten zur Volkswahl, in: Berliner Zeitung v. 23. Sept. 1954, S. 3; Handbuch der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik 3. Wahlperiode (1959), S. 123 und 245; Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen (Hrsg.), Ehemalige Nationalsozialisten in Pankows Diensten (1960, auch digital), S. 7; Neues Deutschland v. 20. Dez. 1960, S. 7; SBZ-Biographie (1964), S. 24; Ehemalige Nationalsozialisten in Pankows Diensten (5. erg. Aufl. 1965), S. 14 f.; Burgkeller-Zeitung 4/1975, S. 300-302 (Nachruf); Otto Kappelt, Braunbuch DDR – Nazis in der DDR (1981), S. 143 f. (ebd. als „Angehöriger der Deutschen Burschenschaft“ erwähnt); Stockhorst (1967), S. 43; Harry Waibel, Diener vieler Herren. Ehemalige NS-Funktionäre in der SBZ/DDR (2011), S. 30. Internet (20.12.2020): K.-H. B., Volkskammer der DDR 2. Wahlperiode (1954-1958) und 3. Wahlperiode (1958-1960) (alle Wikipedia). Mitteilung von Tim Lehmann (Ratsarchiv Wittenberg) v. 07.01.2021. P.K.

Bauer, Friedrich (Max), geb. 05.09.1906 in Calw als Sohn eines Spediteurs, gest. 04.03.1990 in Öhringen (Roigel/Königsgesellschaft-Tübingen 1925). Nach Besuch des Realgymnasiums in Calw (1915-1925) Studium der Rechtswissenschaften 1925-1930 in Tübingen, Kiel und Berlin; 1930 Erste höhere Justizdienstprüfung sowie Vorbereitungsdienst im OLG-Bezirk Stuttgart; 1933/34 Zweite höhere Justizdienstprüfung; seit 01.05.1933 Mitglied der NSDAP (Nr. 3224651); Eintritt in den höheren Verwaltungsdienst Württembergs mit Erstverwendung beim Landratsamt Waldsee b. Ravensburg (1934-1937), dann Regierungsrat bei den Polizeidirektionen Ulm und Friedrichshafen (bis 1943). Nach Teilnahme am Zweiten Weltkrieg (1939-1945) und Rückkehr aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft (bis 1949) Einsatz bei den Landratsämtern Waiblingen (1950) und Crailsheim (1950-51), 1951-1952 Stellv. Landrat des Landkreises Öhringen; 1952-1971 Landrat von Öhringen; 1971 Ruhestand und BVK 1. Kl.

Lit.: Personalakten im LArch Baden-Württemberg (HStA Stuttgart) EA 2/150 Bü 40; Burschenschaftler-Stammrolle 1934 (1934), S. 21 und 1098; BL 1 (1941), S. 156; Angerbauer (1996), S. 167 f.; MV Tübinger Königsgesellschaft Roigel (Dez. 2015, ungedruckt), Nr. 1152. Internet (26.11.2016): F. B.

(Landrat), Tübinger Königsgesellschaft Roigel/Bekanntete Mitglieder (beide Wikipedia), LArch Baden-Württemberg, Hohenlohe Kreis, ehemalige Mitglieder (P). Mitteilungen der Stadtverwaltung Calw (Lena Wörsdörfer) v. 03.09.2014, des BArch Berlin (Heinz Fehlauer) v. 08.10. 2014 und von Burckhardt Ludescher (Freudenstadt) v. 01.10.2019. K.O.

Baumgarten, Karl Wilhelm Ludwig, geb. 15.08.1815 in Wolfenbüttel als Sohn eines Actuars beim Kreisgericht Wolfenbüttel, späteren Oberlandesgerichtsrats und Hofrats in Wolfenbüttel, gest. 04.09.1896 in Bad Harzburg (Göttinger und Jenaische Burschenschaft 1835). Nach Besuch der Großen Schule in Wolfenbüttel 1832-1835 Studium der Rechtswissenschaften in Göttingen imm. 30.10.1835, gehörte dort zu jenen Studenten, die nach dem Stadtverweis der sieben verfassungstreuen Professoren deren Kutsche feierlich aus der Stadt zogen; 1835-1838 Fortsetzung des Studiums in Heidelberg und Jena; anschließend Auditor beim Kreisgericht Wolfenbüttel und bei der Kreisdirektion in Holzminden; 1844 Zweites Examen, 1845 Kreissekretär in Holzminden und 1850 Kreisassessor. Seit 01.09.1855 führte er kommissarisch die Amtsgeschäfte des verstorbenen Stadtdirektors Kubel in Wolfenbüttel weiter und wurde am 09.12.1855 als dessen Nachfolger zum Stadtdirektor ernannt, zugleich bis 1873 Direktor der Landesstrafanstalten; am 04.02.1856 erwarb er das Wolfenbütteler Bürgerrecht. In der Hoffnung auf Beförderung bewarb er sich 1873 vergeblich auf die Stelle eines Kreisdirektors in Blankenburg und kurz darauf auf jene in Holzminden. In diesem Jahr wurde das Amt eines Direktors der Strafanstalt von dem des Stadtdirektors getrennt und anderweitig besetzt. 1877 bis 01.02.1891 Mitglied, dann Vorsitzender des Kuratoriums der Großen Schule. Am 01.09.1880 konnte B. sein 25-jähriges Dienstjubiläum begehen, zwei Gedichte zu diesem Anlass sind überliefert. Nachdem ihm ein Augenleiden die Ausübung seiner Amtspflichten unmöglich machte, bat er 1886 um Versetzung in den Ruhestand, was ihm am 01.01.1887 bewilligt wurde; lebte zuletzt in Bad Harzburg.

Lit.: NLA, Standort Wolfenbüttel, 12 Neu 5, Nr. 1335; 12 Neu 13, Nr. 5633, 109 Neu 186 (2 Ge-

dichte zu seinem 25jährigen Dienstjubiläum; 34 N Nr. 4370 (Denkschrift über die reichliche Versorgung der Stadt Wolfenbüttel mit gutem Wasser); 34 N Fb 9, Nr. 4079; 103 Neu Nr. 438, Bd. 1 und 15; 103 N Nr. 440, Bd. 2; 222 N Nr. 70; 38 E Slg. B 177; Lönnecker (2015), S. 166, Nr. 99; Silke Wagner-Fimpel, Die Bürgermeister, Stadt- und Oberstadtdirektoren der Stadt Wolfenbüttel. Biographien im 20. Jahrhundert (Stadtdirektoren/Stadtdirektoren/Bürgermeister/Hauptgemeindebeamte), in: Amt und Verantwortung. Träger kommunaler Selbstverwaltung im Wirkungskreis der Braunschweigischen Landschaft. Im Auftrag der Braunschweigischen Landschaft hrsg. von Brage bei der Wieden und Henning Steinführer (2015), S. 511-512 (P). Mitteilungen des NLA, Standort Wolfenbüttel (Silke Wagner-Fimpel) v. 25. und 26.05.2016. H.L./H.D.

Baur, Ludwig, geb. 28.01.1828 in Lindenfels/Odenwald als Sohn eines Revierförsters, gest. 10.02.1893 in Darmstadt (Cattia-Gießen 1846/47). Nach Studium der



Kameralistik in Gießen 1849 Obersteuer-Registrierung-Akzessist in Darmstadt; 1855 Obersteuer-Sekretär; 1862 Nebenstelle eines Sekretärs und Registrators bei der Münzdeputation; 1865 Mitglied und Obersteuerrat der Obersteuerdirektion; 1876 Oberleitung der Steuerkontrolle und Kalkulator; 1878-1886 (23.-25. Wahlperiode) Abgeordneter der Zweiten Kammer der Landstände im Großherzogtum Hessen

(Starkenburg 13/Griesheim, nationalliberal); 1879 Vortragender Rat im Finanzministerium, 1880 Geh. Obersteuerrat; 1886 Ministerialrat im Finanzministerium, Abt. Steuerwesen; 1881-1887 Mitglied der Zentralstelle für die Landesstatistik, 1881 der Brandversicherungskommission; 1886 Ministerialrat im Finanzministerium, Abt. Steuerwesen; Vorsitzender der Steuerverwaltungen bei der Münzdeputation; 1893 Pensionierung; 1878 Ritterkreuz I. Kl., 1890 Komturkreuz II. Kl. des Verdienstordens Philipps des Großmütigen. Veröffentlichungen (u. a.): „Handbuch des direkten Steuerwesens und der damit in Beziehung stehenden Gegenstände der Gesetzgebung und Verwaltung im Großherzogtum Hessen“ (1868).

Lit.: HStA Darmstadt, Bestand R 4 Nr. 2044 (P) und S 1; Bestand 061 Rößling Nr. 679; Deutsches Geschlechterbuch 32 (1920), S. 32; BL 2 (1942), O. Cattia, Nr. 37; Ruppel/Groß (1980), S. 60; Lengenmann (1996), S. 63; Rack/Vielsmeier (2008), S. 143 f. Internet (24.12.2018): L. B. (Wikipedia), Hessische Biografie LAGIS Hessen. P.K.

Becher, Georg, geb. 10.02.1885 in Breslau als Sohn eines Eisenbahnbetriebssekretärs, gest. 23.04.1944 in Berlin (Arminia-Breslau 1906). Nach Besuch des Auguste-Viktoria-Gymnasiums in Posen Studium der Rechtswissenschaften in Breslau; dort 1910 Rechtsreferendar und Dr. iur. („Die rechtliche Natur der Volksvertretung im Deutschen Reich und in Preußen“, auch gedruckt); 03.08.1914 Große Staatsprüfung; 19.07.1919 Beendigung des Justizdienstes und Stadtrat in Gera; 1926-1933 Bürgermeister in Sangerhausen (Prov. Sachsen); dann als ehem. Mitglied der DNVP Kompromisskandidat zu Gunsten der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot Zweiter Bürgermeister in Magdeburg; 1935/36 zunächst suspendiert, dann in den Ruhestand versetzt, da er 1925-1932 einer Loge angehört hatte und daher für die NSDAP nicht tragbar erschien; bis zu seinem Tode nicht mehr verwendet.

Lit.: BArch, Akten des Reichsjustizministeriums (R 3001/51034); JVH; Burschenschaftler-Stammrolle 1934 (1934), S. 25; Detlef Schmiechen-Ackermann/Steffi Kaltenborn (Hrsg.), Stadtgeschichte in der NS-Zeit. Fallstudien aus Sachsen-Anhalt und

vergleichende Perspektiven 13 (2005), S. 45 f.; Hans Wagner, Bürgermeister von Sangerhausen 1831-2010 (2015), S. 136-142. Mitteilungen des BArch Berlin (Heinz Fehlauer) v. 10. und 13.07. 2015. K.O/B.T.

Beck, Anton, geb. 11.01.1805 in Oberwinden im Elztal als Sohn eines Geheimen Rats und kath. Oberkirchenratsdirektors, Vater des Reichstagsabgeordneten → Anton Joseph Beck (1857-1922), gest. 02.12. 1876 in Karlsruhe (Academisch-Gesetzlicher Verein („Neutralia“) Freiburg i. Br. 1824); stud. phil., dann iur.; imm. Freiburg WS 1822-1825, 1827/28 und 1828; Nov. 1829 Rechtspraktikant (Note „vorzüglich“); anschl. Aktuar beim BA Bühl, Apr. 1831 desgl. beim BA Baden-Baden; ab 11.04.1833 Sekretariatspraktikant beim Hofgericht des Mittelrheinkreises in Rastatt; 09.07.-24.12.1834 Amtsverweser beim BA Oberkirch; 30.04.1835 Amtsassessor und zweiter Beamter beim BA Bretten; 14.01.1839 desgl. beim BA Rastatt; 29.05.1841 Regierungsassessor bei der Regierung des Mittelrheinkreises in Rastatt; ab 15.12.1842 Oberamtmann beim BA Rheinbischofsheim, desgl. 07.06.1844 beim BA Ettlingen; ab 08.09.1849 Regierungsrat bei der Regierung des Mittelrheinkreises in Karlsruhe; dort 15.07.1864 in den Ruhestand versetzt; 1855/56 und 1857/58 Abgeordneter der Ständeversammlung des Badischen Landtags während der 17. und 18. Wahlperiode für den Wahlbezirk 23 (Ämter Achern und Bühl).

Lit.: Karl August von Wechmar/Eugen Huhn, Handbuch für Baden und seine Diener oder Verzeichnis aller badischen Diener vom Jahr 1790 bis 1840 nebst Nachtrag bis 1845 (1846), S. 149, 314; Bauer (1891), S. 10 f.; Roth/Thorbecke (1907), S. 287, 330; Angerbauer (1996), S. 174 (P); Breitkopf (1997), S. 99. Internet (10.06.2020), Gundermann (o. J.), A. B. (Wikipedia); Matrikel der Universität Freiburg (1991), S. 308; Digitale Sammlung badischer Landtagsprotokolle bei den Badischen Landesbibliotheken. Verzeichnis der Mitglieder beider Kammern. K.G./P.K.

Beck, Joseph, geb. 18.11.1803 in Baden-Baden als Sohn eines Schreinermeisters, gest. 03.11.1883 in Stuttgart (Academisch-Gesetzlicher Verein („Neutralia“) Freiburg i. Br. 1824); 1820-1822 Studium der kath.

Theologie und der Philologie in Tübingen; 28.07.1825 Dr. theol., Dr. iur.; Ordination 1824, 1825 Benefiziat in Philippsburg, 1826 Pfarramtsvertreter in Schwetzingen; 1829 Prof. (Lehrer) für Geschichte und Philosophie am Gymnasium in Konstanz, 1832 in Offenburg, 1833 Wirkl. Lehrer in Freiburg; 1834 Professor am Gymnasium in Freiburg, 1837-1844 am Lyzeum in Rastatt, 1844 geistl. Rat und Oberkirchenrat in Karlsruhe; 1846 Geh. Hofrat, Oberstudienrat in Heidelberg, 1850 Prof. für Geschichte am Polytechnikum im Karlsruhe; 1852 einstweiliger Ruhestand; Heirat, 1864 Exkommunikation; 1865 Eintritt in die ev. Kirche; 1862-1868 Abgeordneter der Zweiten Kammer des Badischen Landtages (Wahlkreis: Ämter Ettlingen und Rastatt), 1867-1868 Alterspräsident der Zweiten Kammer; 1862-1868 Wohnort Heidelberg; Verfasser zahlreicher historischer und biographischer Werke.

Lit.: Internet (10.06.2020): Gundermann (o. J.), Matrikel der Universität Freiburg (1991), S. 208. Digitale Sammlung badischer Landtagsprotokolle bei den Badischen Landesbibliotheken. Verzeichnis der Mitglieder beider Kammern. K.G./P.K.

Begle, Gottlieb (auch Theophile), geb. 08.02.1818 in Liestal, Kanton Basel-Landschaft/Schweiz als Sohn eines aus Satteins (Vorarlberg) stammenden Maurers, gest. 29.09.1891 in Domdidier, Kanton Fribourg/Schweiz (Burgkeller-Jena 1840, Fürstenteller-Jena). Erlebte als Heranwachsender die Basler Trennungswirren; Studium der Rechtswissenschaften 1839/40 in Jena, war in der Folge als Advokat und Redakteur tätig, März-Apr. 1845 Teilnahme am 2. Freischarenzug, wobei er in Gefangenschaft geriet. Von Mai bis Juli dieses Jahres als Redakteur des regierungstreuen „Basellandschaftlichen Wochenblatts“ in Liestal angestellt, dann Gründer der gemäßigt oppositionellen „Vaterländischen Zeitung“. Sein erstes politisches Amt übte B. von 1844 bis 1848 als Baseliener Landrat aus und fungierte bis 1866 als Statthalter des Bezirks Waldenburg, ehe er in den Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft gewählt wurde (bis 1872). Dort leitete er zuerst das Militär-

und Polizei-, anschließend das Finanzdepartement. Zudem war er 1850 sowie 1863 im Verfassungsrat vertreten. Daneben amtierte er 1853 als erster Direktor der Société d'horlogerie de Waldenburg. In seiner Jugend radikal gesinnt, stand er später zwischen Ordnungs- und Bewegungspartei. Als Mitglied des Patriotischen Vereins und der Antirevisionisten von 1862 war er ein Gegner von Christoph Rolles (1806-1870) demokratischer Bewegung. Er trat als Förderer der Uhrenindustrie im Waldenburger Tal hervor.

Lit.: Schneider (1897), S. 559; K[arl] Gauss u. a., Geschichte der Landschaft Basel und des Kantons Basellandschaft, Bd. 2: Geschichte der Landschaft Basel von 1633-1798. Das Birseck vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Übergang an Basel. Entstehung und Entwicklung des Kantons Basellandschaft, 1798-1932 (1932), S. 551, 604; Roger Blum, Die politische Beteiligung des Volkes im jungen Kanton Baselland (1832-1875), in: Quellen und Forschungen zur Geschichte und Landeskunde des Kantons Baselland Bd. 16 (1977), S. 196, 202, 313 f., 378, 381 und 422; Lönnecker (2015), S. 168, Nr. 118. Internet (02.02.2017): G. B. (Wikipedia), Historisches Lexikon der Schweiz Online (Kaspar Birkhäuser), Personenlexikon des Kantons Basellandschaft; Liste der Regierungsräte des Kantons Basellandschaft. P.K.

Bergmann, Gustav (Hermann Carl Diedrich Maria), geb. 13.11.1890 in Sternberg/Meckl. als Sohn eines Stadtsekretärs, gest. 23.07.1973 in Aurich (Derendingia-Tübingen 1912). Nach Besuch des Gymnasiums in Schwerin zunächst Teilnahme am Ersten Weltkrieg; Leutnant des Rostocker Füsilier-Rgt. Nr. 90, in der Somme-Schlacht 1916 verwundet; anschließend Studium der Rechtswissenschaften in Rostock, Tübingen, Leipzig; nach der Zweiten Staatsprüfung in Rostock seit 1923 Assessor am Amtsgericht Rostock; 02.08.1925 für sechs Jahre zum Bürgermeister in Schwaan/Mecklenburg gewählt, Amtszeit bis 1932 verlängert; bei einer erneuten Ausschreibung des Bürgermeisterpostens durch die von Nationalsozialisten bestimmte Stadtverordnetenversammlung erhielt B. zwar die Mehrheit, jedoch galt die Wahl nicht, weil er nicht im Wahlvorschlag aufgeführt war; 26.04.1932 als Rechtsanwalt beim Amtsgericht Schwaan und beim Landge-

richt in Rostock zugelassen; 16.01.1946 auch zum Notar im Bezirk des OLG Schwerin mit Dienstsitz in Schwaan ernannt; 1946 bis 15.05.1951 Abgeordneter der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) im Landtag Mecklenburg(-Vorpommern); Niederlegung des Mandats aus gesundheitlichen Gründen; wegen des verschärften Passgesetzes, dem seine Partei zugestimmt hatte, Austritt aus der LDP und drohendes Berufsverbot. Nach Vorladung ins Justizministerium der DDR floh er im Apr. 1959 in den Westen und arbeitete in Aurich wieder als Rechtsanwalt und Notar.

Lit.: MV Derendingia (1967), Nr. 490; Burschschafter-Stammrolle 1934 (1934), S. 33; BL 1 (1940), S. 206; MV Derendingia (1967), S. 52; Handbuch für den Mecklenburgischen Landtag: 1. Wahlperiode (1947), S. 70; Bürgermeister B. (früher Schwaan) wurde 80 Jahre alt, in: Unser Mecklenburg (1970), Nr. 355, S. 22; Klaus Schwabe, Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern 1946: Begleitheft zu einer Ausstellung ... (1996), S. 76; Grewolls (2011). Internet (04.02.2017): G. B. (Wikipedia), Liste der Mitglieder des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern (1946-1952), 1. Wahlperiode; Rostocker Matrikelportal. Mitteilung des NLA, Standort Aurich (Michael Hermann) v. 03.02.2017. H.D.

Bernatzik, Edmund, geb. 28.09.1854 in Mistelbach (Niederösterreich) als Sohn eines Notars und Landesadvokaten, Vater des Ethnologen, Fotografen und Begründers der angewandten Völkerkunde Hugo B. (1897-1953), „Begründer der österreichischen Verwaltungsrechtsdogmatik“, gest. 30.03. 1919 in Wien (Silesia-Wien 1873). Nach der Matura am Josefstädter Gymnasium ab 1871 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Wien und Graz, 1876 Dr. iur. Wien; trotz konstatiertes Untauglichkeit Freiwilligenjahr bei der k. k. Landwehr; 1880 Richteramtprüfung und Richteramtswärter am Bezirksgericht in Mistelbach; 1885 Studienreise nach Straßburg zu Paul Laband (1838-1918; Arminia-Breslau 1855) und Otto Mayer (1846-1924; Allemannia-Heidelberg 1866). Die in seiner Habilitation für öffentliches Recht („Rechtsprechung und materielle Rechtskraft; verwaltungsrechtliche Studien“, 1886, Nachdruck 1964) vertrete-

ne Lehrmeinung wurde auf dem 26. Deutschen Juristentag 1902 zum Beschluss erhoben. Nach einigen Jahren als Gerichtsadjunkt an mehreren Gerichten in Niederösterreich. ab 1887 Juristenpräfekt am



Gymnasium Theresianum in Wien; bereits 1888 Erweiterung seiner Lehrbefugnis auf das Verwaltungsrecht; nach einigen Jahren als Privatdozent und einem halben Jahr in Innsbruck (Vertretung für Kirchenrecht, 1891) 1891 Berufung als o. Professor nach Basel (1893 Dekan), wo er insbesondere Staatsrecht, Völkerrecht und Schweizer Bundesverfassungsrecht lehrte; 1893-1894 o. Prof. in Graz; 1894 Prof. für allgemeines und österreichisches Staatsrecht und Verwaltungsrecht in Wien bis zu seinem Tod; ebd. 1896/97 und 1906/07 Dekan; 1910/11 Rektor und damit kraft dieses Amtes Mitglied des Landtags von Niederösterreich; Ablehnung von Berufungen nach Berlin, Königsberg und Göttingen, was das Wissenschaftsministerium mit einer jährlichen Personalzulage von 4000 Kronen honorierte; unterstützte trotz dessen jüdischer Herkunft 1911 die Habilitation von Hans Kelsen (1881-1973) und dessen Veröffentlichungen; neben Otto Mayer Begründer der juristischen Methode in der deutschen Verwaltungswissenschaft; große Verdienste um die Umgestaltung des altösterreichischen Polizeistaates zum Rechtsstaat; an der Jahrhundertwende führender österrei-

chischer Staatsrechtslehrer; Verfechter des Frauenstudiums; setzte sich als Mitglied des „Vereins für erweiterte Frauenbildung“ 1900 in einem Gutachten dafür ein, Frauen als o. Hörer an der juristischen Fakultät Wien zuzulassen; trotz Zustimmung der juristischen Fakultät erst 1919 Öffnung des Studiums für Rechtswissenschaften für Frauen in Österreich; mit seiner Tochter Marie Hafferl-Bernatzik (1887-1971) und Eugenie Schwarzwald (1872-1940) bereits 1917 Mitgründer einer Rechtsakademie für Frauen als außeruniversitäre Fortbildungseinrichtung; 1900 Ersatzmitglied, 1905 Mitglied des k. k. Reichsgerichts; 1911-1914 Mitglied der Kommission zur Förderung der Verwaltungsreform; 1919 bis zu seinem Tod Mitglied des neu gegründeten deutschösterreichischen Verfassungsgerichtshofes; befreundet mit → Max Burckhardt. Seine Tochter Marie wurde 1922 als eine der ersten Frauen Österreichs an der Wiener juristischen Fakultät promoviert. Bestattung auf dem Heiligenstädter Friedhof in Wien. Weitere Veröffentlichungen u. a.: „Republik und Monarchie“ (1892, 2. Aufl. 1919), „Das Proportionalwahlrecht“ (1894), „Gutachten über die Frage: die Rechtskraft der Entscheidungen der Verwaltungsbehörden“ (1902), „Die österreichischen Verfassungsgesetze mit Erläuterungen“ (Hrsg., 1906, 2. sehr verm. Aufl. 1911 (auch digital), „Über nationale Matriken“ (Inaugurationsrede, 1910), „Die Ausgestaltung des Nationalgefühls im 19. Jahrhundert“ und „Rechtsstaat und Kulturstaat“ (zwei Vorträge, 1912), „Neues über die pragmatische Sanction“ (1915), „Kritische Studien über den Begriff der juristischen Person“ (1890, Neudruck 1996 mit biographischer Einleitung von G. Winkler); zahlreiche Beiträge in Fachzeitschriften.

Lit.: Hans Katholnigg [vulgo Tell]/[alte] Wiener B! Germania, Tagebuch [eines Salzburger Studenten in Wien] Okt. 1870 bis Apr. 1871 (handschriftliche Aufzeichnungen in einem Taschenkalender, Archiv der Wiener akad. B! Gothia-Wien); Helene Pfersmann [Tochter von E. B.], E. B. Jugenderinnerungen [Kopie eines maschinenschriftlichen Manuskripts, Privatbesitz Christian Neschwara]. Wer ist's? (1912), S. 104; Kürschner DLK 36 (1914), S. 108 f.; Nachrufe: Juristische Blätter, Jg. 48 (1919), S. 109 f., Wiener Zeitung v. 03.04.1919, Neue Freie

Presse v. 03.04.1919, Österreichische Rundschau, Bd. 59 (1919), S. 116, Zeitschrift für öffentl. Recht, Bd. 1 (1919/20), S. VII, Wiener Rektoratsberichte 1919/20. S. 66; Edmund Bechmann, Die Wiener Akademische Burschenschaft „Silesia“ II. Von 1870-1885 (1931), S. 27; Berka (1959), S. 18, 109 (P); DbJ 2 1917-1920 (1928), Tl 1919, S. 712; NDB 2 (1955), S. 103 (Ludwig Adamovich); Wilhelm Brauner (Hrsg.), Juristen in Österreich. 1200-1980 (1987), S. 312 f.; Peter Goller, Georg Jelinek und E. B. Zwei österreichische Staatsrechtslehrer an der Universität Basel (1889-1893), in: Zeitschrift für öffentliches Recht (1999), S. 475-528; Gernot Hasiba, E. B. (1854-1919). Begründer der Theorie des österreichischen Verwaltungsrechts, in: Helfried Valentinitz/Markus Stepan, Festschrift für Gernot Kocher zum 60. Geburtstag (2002), S. 93-109; DBE 1 (2005), S. 577; Gerhard Strejcek (Hrsg.), E. B. (1854-1919): Zyniker und Staatsrechtslehrer, in: ders. (Hrsg.), Gelebtes Recht. 29 Juristenporträts (2012). S. 1-4; ders., Der unvollendete Staat – Adolf Julius Merkl und die Verfassung der Republik Deutschösterreich 1919/20 (2018); Christian Reinhardt, E. B. – Leben, Wirken und Werk (Diss. Wien 2017); Herbert Kalb, E. B. (1854-1919), in: Peter Häberle/Michael Kilian/Heinrich Wolff (Hrsg.), Staatsrechtslehrer des 20. Jahrhunderts. Deutschland, Österreich, Schweiz (2. Aufl. 2018), S. 89-105; Christian Neschwara, Zum 100. Todestag von E. B. (Silesia-Wien), in: BBl 2/2019, S. 74 f. (P). Internet (19.07.2019): E. B. (Wikipedia); Czeike, Historisches Lexikon Wien; ÖBL; AEIOU Österreich-Lexikon, Wien Geschichte Wiki (P), E. B., Prof. Dr./650 plus-Geschichte der Universität Wien (Klaus Zeleny, P). Mitteilung von Prof. Dr. Christian Neschwara v. 24.08.2019 sowie v. 15.06. und 10.09.2020. P.K.

Beyer, Rudolf (Theodor), geb. 12.01.1891 in Leipzig als Sohn eines Kaufmanns, 1945 untergetaucht, Sterbedaten unbekannt (Danubia-München 1910). Nach Abitur am Nikolaigymnasium in Leipzig (1910) Studium der Rechtswissenschaften in München; 1911 bis 1921 Mitglied des Alldeutschen Verbands; Erstes jur. Staatsexamen 1913 in Leipzig („bestanden“), Referendar am Amtsgericht Neustadt in Sachsen; Apr. 1914 zum Dienstjahr als Einj.-Freiw. zum 8. Inf.-Rgt. „Prinz Johann Georg“ Nr. 107 in Leipzig einberufen; diente unmittelbar nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs als Soldat an der Front in Frankreich, im Mai 1915 schwer verwundet und am 31.05.1916 als Vizefeldwebel d. R., weil nicht mehr kriegsverwendungsfähig, entlassen; EK II, Schwarzes Verwundeten-Abzeichen

und EK I; mit Unterbrechungen Fortsetzung des Referendariats bis zum Zweiten Examen am 15.02.1919 („gut“), dann Verwendung im sächsischen Justizdienst, seit Apr. 1933 zeitweise auch im Justizministerium in Dresden; Herbst 1918 bis zur Auflösung nach Ausbruch der Revolution Mitglied der Deutschen Vaterlandspartei, 1919 bis zur Auflösung Mitglied des Sächsischen Richtervereins, 01.05.1932 Eintritt in die NSDAP (Nr. 1128976); seit 16.07.1932 Mitglied der SA als Obersturmführer im Stab Gruppe Sachsen, dann SA-Standardenführer; seit 08.09.1933 im Nationalsozialistischen Richterbund (NSRB) Stellv. Gausachbearbeiter der Gruppe Richter und Staatsanwälte (Gau Sachsen), 01.08.1935 Mitglied der NSV (Nr. 4303192), des Reichsluftschutzbundes (RLB) seit 01.09.1934 (Nr. 46756); seit 01.12.1934 Amtsgerichtspräsident in Dresden, seit 01.11.1936 Präsident des Landgerichts Zwickau, 1938 Austritt aus der ev. Kirche und Treudienst-Ehrenzeichen 2. Stufe; vom 01.08.1939 bis 1945 Präsident des OLG Dresden; nahm u. a. am 23./24.04.1941 an einer Tagung der führenden Juristen des Reiches in Berlin teil, bei der die Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ mittels Gas und über die Scheinlegalisierung des Krankentods durch Staatssekretär Franz Schlegelberger (1941/42 Geschäftsführender Justizminister) diskutiert wurde (Js 17/59 GStA Ffm.). Über B.s weiteren Verbleib nach 1945 ist nichts bekannt.

Lit.: Personalakten (30093/20) im Sächs. StA Chemnitz; Burschenschafter-Stammrolle 1934 (1934), S. 37; Danubia (1998), S. 319; Klee (2003), S. 47; Moritz von Köckritz, Die deutschen Oberlandesgerichtspräsidenten im Nationalsozialismus (1933-1945) (Rechtshistorische Reihe, Bd. 413) (2011), S. 50-58, 549 (mit ausführlichem Lebenslauf und Nachweis der ihn betreffender Archivalien im BArch). Internet (02.01.2018): R. T. B. (Wikipedia). Mitteilung des Sächs. StA Chemnitz (Karola Scherf) v. 21.02.2017. H.D.

Bibra, Bertold (Wilhelm Herrmann Friedrich Karl August) Frhr. von, geb. 15.06.1804 in Romrod (Kr. Alsfeld) als Sohn des aus einem thüringisch-fränkischen Adelsgeschlecht stammenden Landjägermeisters und Landtagsabgeordneten Christian Frhr.

v. B. und dessen Frau Luise Charlotte Henriette Freiin Riedesel zu Eisenbach, gest. 17.07.1878 in Darmstadt (Alte Germania-Gießen 1822). Nach Studium der Forstwis-



senschaft 1824 Kammerjunker, 1830 Revierförster in Wahlen, 1831 in Romrod; 1845 Forstinspektor in Heppenheim; 15. und 16. Landtag (1856-1862) Abgeordneter der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen (gewählter Vertreter des grundherrlichen Adels); 1849 Forstmeister in Darmstadt, 1862 Vice-Oberst-Jägermeister und Kammerherr, 1863 Mitglied der Oberforstdirektion Darmstadt, 1870 Pension und Ernennung zum Oberst-Jägermeister; 21. und 22. Landtag (1873-1878) gewähltes Mitglied der Ersten Kammer; Ritterkreuz, Komturkreuz und Großkreuz des Verdienstordens Philipps des Großmütigen, Russ. St. Stanislausorden II. und I. Kl., Russ. St. Annen-Orden II. und I. Kl.; Grab auf dem Alten Friedhof in Darmstadt.

Lit.: HStA Darmstadt Bestand S 1. BL 2 (1942) Gießen, S. 62; Ruppel/Groß (1980), S. 65, Erg.bd. (1995), S. 39 f.; Rack/Vielsmeier (2008), Nr. 53. Internet (24.12.2018): B. v. B. (Wikipedia), Hessische Biografie LAGIS Hessen. G.Sch./P.K.

Bilfinger, Rudolf, geb. 20.05.1903 in Eschenbach (OA Göppingen), einer württ. Pastorenfamilie entstammend, gest. 05.08.1996 in Hechingen (Roigel/Königs-gesellschaft-Tübingen 1925). Nach Abitur und einer Banklehre bereits 1923 Eintritt in die NSDAP (Nr. 5892661) und die SS (Nr. 335627); 1925-1929 Studium der Rechtswissenschaften in Tübingen und Berlin; ebd. 1932 Dr. iur. („Der Schutz des Kunden im Konkurs des sogen. Lokalbankiers, vornehmlich nach dem Depotgesetz“, auch digital) und Rechtsanwalt in Tübingen; 1934 Eintritt in den württ. Staatsdienst, zunächst im Landratsamt Balingen; Mai 1934 Wechsel zur Staatspolizei nach Stuttgart, Nov. 1934 Versetzung zum Hauptamt Staatspolizei nach Berlin und Übernahme des Referats 1 B1 (Organisation der Sicherheitspolizei/Sipo) im entstehenden RSHA; 1937 Übernahme in den Dienst der Gestapo; 1940 Regierungsrat; Sept.-Dez. 1940 Verwaltungsleiter beim Befehlshaber der Sipo und des SD in Krakau; 1941 SS-Obersturmbannführer und Gruppenleiter im Amt IIA (Organisation und Recht des RSHA); 06.03 und 27.10.1942 Teilnahme an zwei Nachfolgebekundungen der „Wannsee-Konferenz“ (20. Jan. 1942); Mai 1942 Erarbeitung der „juristischen Grundlagen“ der Enteignung jüdischen Eigentums; Juni-Dez. 1943 Leiter des SD-Einsatzkommandos Toulouse; 1944/45 erneut Verwaltungsleiter beim BdS in Krakau; 1945 in Frankreich interniert; 1953 wegen seiner Tätigkeit in Toulouse von einem französischen Militärgericht zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt; bei Anrechnung der Internierungshaft Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland; Übernahme in den Staatsdienst, zuletzt Oberverwaltungsgerichtsrat am bad.-Württ. Verwaltungsgerichtshof in Mannheim; März 1965 wegen seiner Tätigkeit während der NS-Zeit suspendiert und im Juni 1965 in den Ruhestand versetzt. Der Staatsverlag der DDR machte 1965 im „Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik“ (3. überarb. und erw. Aufl. 1978) B.s Berufsleben während der NS-Zeit bekannt.

Lit.: LA Baden-Württemberg, Abt. HStA Stuttgart, M 707, Nr. 101, Bildnissammlung; Mappe mit

Abschriften der Sitzungsprotokolle v. 18.-23. Apr. 1946 vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg-Sachkonvolut Nürnberger Prozesse (digital); Burschenschaftler-Stammrolle 1934 (1934), S. 39; BL 1 (1940), S. 156; Der Fall B., in: Die Zeit v. 19.03.1965 (aktualisiert auch digital); Michael Wildt, „Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes“ (2003, a. m. O., auch digital); Bernhard Brunner, Der Frankreich-Komplex. Die nationalsozialistischen Verbrechen in Frankreich und die Justiz der Bundesrepublik Deutschland (2004), S. 130-134 und a. m. O. (auch digital); Klee (2003), S. 49 f.; MV des Roigel (Stand 2015) Nr. 1167; Horst Junginger, Die Verwissenschaftlichung der „Judenfrage“ im Nationalsozialismus (2019, auch engl. und digital), a. m. O. Internet (02.01.2019): R. B., Tübinger Königsgesellschaft Roigel/Bekanntes Mitglieder (Wikipedia), leobw. P.K.

Bindewald, Friedrich (Ludwig Julius Otto), geb. 31.01.1862 in Busenborn/Kr. Schotten (Oberhessen) als Sohn des Pfarrers, Heimatforschers und Schriftstellers → Theodor B. (1829-1880), gest. 01.02.1940 in Berlin (Arminia-Gießen 1886 EM, ausgeschieden 1890). 1879-1880 Besuch des Gymnasiums in Laubach/Kr. Schotten; 1880-1888 als Historienmaler an der Kunstakademie Düsseldorf imm.; dort u. a. Schüler der Professoren Hugo Crola (1841-1910), Peter Janssen (1844-1908) und Eduard von Gebhardt (1838-1925); Examen in Anatomie und Perspektive; dort ab 1885 Mitglied des akademischen Künstlervereins „Tartarus“ und des Kunstvereins „Malkasten“; ab 1888 in Gießen; 1888-1889 Einj.-Freiw. im Infanterie-Rgt. „Kaiser Wilhelm“ (2. Großherzogl. Hessisches) Nr. 116 in Gießen; ab 1889 selbstständiger Porträt-, Figuren- und Landschaftsmaler in Gießen und Marburg (besonders Waldbilder vom Vogelsberg und von der Rhön), seit 1895 in Berlin; 1893-1903 und 1907-1912 jeweils im 2. Wahlgang Abgeordneter des Deutschen Reichstags (Deutsche Reformpartei/Wirtschaftliche Vereinigung) für den Wahlkreis Hessen 3 (Alsfeld, Lauterbach); Mitglied der Ausschüsse Zollvereinigungsvertrag, Postdampfschiffsverbindungen, Finanzwesen und Zolltarif sowie der Fraktionen Deutsche Reformpartei, Deutschsoziale Reformpartei bzw. Wirtschaftliche Vereinigung; Mitglied im Füh-

rungskreis der Partei und im „Mitteldeutschen Bauernverein“; Mitarbeiter von → Otto Böckel; gewann seine Reichstagsmandate vor allem durch antisemitische



Propaganda im ländlichen Raum Oberhessens; veröffentlichte in der von ihm mitgestalteten „Deutschen Volkswacht“ v. 18.11.1894 einen Artikel [→] „Heine als Antisemit“ („erzjüdischer Judenhasser“); Arminia-Gießen geriet bereits in den ersten Jahren seiner wegen in eine schwere Krise: „WS 1889/90 Antisemitenkrach unter Führung des damaligen E.M., späteren Reichstagsabgeordneten B“ (Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Burschenbundes 1906, S. 49 f.). Bereits in der 1899 veröffentlichten Chronik der ersten zehn Jahre der Arminia-Gießen ist die Rede von „E.M. Maler B., ein waschechter Vertreter des Antisemiten- und Deutschtums“ (Geschichte der Burschenschaft Arminia im A.D.B. (1899), S. 35; 1909 im Streit Austritt aus der Partei; Bilder u. a.: „Wassermühle an der Rhön“ (1852).

Lit.: Karl Ludwig Barthels, Geschichte der Burschenschaft Arminia im A.D.B. zu Giessen von ihrer Gründung im November 1885 bis zum zehnjährigen Stiftungsfest im Juli 1895 (1899), S. 35; Nachtrag zum aml. Reichstags-Handbuch für die Legislatur-Periode 1893/98 (1896), S. 9; Die Antisemiten im Reichstag (2. Aufl., 1903), S. 32 f.; Deutschlands, Österreich-Ungarns und der Schweiz Gelehrte (1908), S. 47; Wer ist's? (1909), S. 112, (1912), S. 123 f., (1914), S. 126, (1934), S. 126,

und (1935), S. 126; Siegfried Rösch, Die Familie Buff. Einblick in eine mehr als vierhundertjährige Familiengeschichte (1953), S. 90; Schwarz (1965), S. 269; Carl Bantzer, in: Hessen in der Deutschen Malerei (1979), S. 67; Inge Schlotzhauer, Ideologie und Organisation des politischen Antisemitismus in Frankfurt am Main (1989), S. 73; Carola Runge, Theodor, Friedrich und Erwin B., eine Vogelsberger Künstlerfamilie in drei Generationen, in: Hessische Heimat 40 (1990), H. 3/4, S. 144-148; Matthias Piefel, Antisemitismus und völkische Bewegung im Königreich Sachsen. 1879-1914 (2004), S. 160; Carl Wilhelm Reibel, Handbuch der Reichstagswahlen 1890-1918. Bündnisse, Ergebnisse, Kandidaten, 2. Halbbd. (2007), S. 1327-1331; Roland Demme, Vom Pfarrhaus in die antisemitische Politik. Agitation durch F. B. und sein Vorbild Dr. Otto Böckel gegen die jüdische Bevölkerung in der Wilhelminischen Epoche und ihre Auswirkungen bis heute (2015), a. m. O. (mit einem Porträt B.s von dem Maler R. H. von Volkmann 1890, ebd. S. 81 (auch digital); Schäfer (2017), S. 80 f. (P). Internet (10.10.2015): F. B. (Wikipedia), Hessische Biografie, BIORAB-Kaiserreich. Mitteilungen von Gernot Schäfer (Bad Nauheim) v. 03.09.2015 (mit umfangreichen Details) und 12.11.2018. G.Sch./P.K.

Blell, Theodor Johannes, geb. 01.12.1827 in Königsberg i. Pr. als Sohn eines Rittergutsbesitzers, Nachkomme etwa ab 1650 nach Ostpreußen eingewanderter kath. Niederländer, gest. 03.06.1902 in Groß Lichterfelde b. Berlin (Germania-Königsberg 1849). Nach Besuch des Friedrichs-Kollegiums in Königsberg und des kath. Gymnasiums in Culm 1849-1853 Studium der Rechtswissenschaften in Königsberg, Heidelberg und Breslau; bereits während seiner Studienzeit ausgedehnte Reisen in die Schweiz, nach Italien, Frankreich und Österreich; nach dem juristischen Staatsexamen 1853-1855 Referendar am Appellationsgericht in Königsberg; 1855 Abbruch der juristischen Laufbahn und Übernahme des väterlichen Güter, ohne diese jedoch selbst zu bewirtschaften; Privatgelehrter und bedeutender Waffensammler; Investition der Erträge in eine umfangreiche Waffensammlung (über 500 exzellente Exponate von Schutz-, Trutz- und Fernwaffen vom 15.-18. Jahrhundert) und Forschungen zu historischen Fertigungstechniken; Kreisdeputierter und Amtsvorsteher; Teilnahme am Deutsch-Französischen Krieg 1870/71; März 1871-Jan. 1874 Abgeordne-

ter des Deutschen Reichstags für den Wahlkreis Königsberg 6 (Braunsberg-Heilsberg), ebd. Gründungsmitglied der Zentrumsfraktion; 1874 Rückzug auf das Gut Tüngen; 1882 Überlassung des Rittergutes an seinen Sohn und Umzug nach Groß Lichterfelde b. Berlin; 1892 Verkauf eines Teils seiner Waffensammlung an den Museumsverein zum Wiederaufbau der Marienburg unter Conrad Steinbrech (1849-1923); 1940 Versteigerung des Hauptteils der „Waffensammlung Blell“ (Auktionskatalog mit ca. 450 Positionen). B. trat auch als Verfasser waffenhistorischer Veröffentlichungen hervor. Veröffentlichungen (u. a.): „Zwei Vorlegeschlösser des jüngeren Eisenalters aus dem Grabfeld zu Löbertshof in Ostpr.“ (1878), „Die fränkischen Rundschilde des 6. Jahrh. n. Chr.“ (um 1870), „Reconstruction eines germanischen Rundschildes aus der Eisenzeit ...“ (1873), „Die Eisenalterthümer unserer heidnischen Vorfahren in den Sammlungen Deutschlands und ihre Konservierung“ (1887).

Lit.: Programm des Kgl. kath. Gymnasiums zu Culm (1862), S. 66; Deutscher Parlaments-Almanach, Bd. 9, 1871, S. 139 und 286; Mitgliederlisten Germania-Königsberg 1883 bis 1903; Fritz Specht/Paul Schwabe, Die Reichstagswahlen von 1867 bis 1903 (2. Aufl., 1904); Hans Schedelmann, Die Waffensammlung Blell, Zeulenroda, mit zwei Beiträgen aus anderem Besitz. Trutz-, Schutz- und Fernwaffen vom 15. bis 18. Jahrhundert (1940), S. 4; Altpreußische Biographie 1 (1941), S. 61; Kube 1 (2018), S. 58-60 (P). Internet (03.01.2019): T. J. B., Burschenschaft Germania Königsberg/Bekanntes Mitglieder (beide Wikipedia), Datenbank der deutschen Parlamentsabgeordneten, BIORAB-Kaiserreich. Mitteilung der B. Germania Königsberg zu Hamburg (Marvin Mielke) v. 10.03.2019. P.K.

Borngässer, Willy, geb. 20.06.1905 in Mörstadt b. Worms als Sohn eines Lehrers, gest. 21.10.1965 in Wiesbaden (Arminia-Gießen 1925, Saxonia-Berlin 1927, später Turnerschaft Arminia-Gießen). Nach Besuch des Humanistischen Gymnasiums in Worms Studium der ev. Theologie in Gießen und Berlin; 1929 Erstes theol. Examen, Predigerseminar in Friedberg, 1930 Zweites theol. Examen; 1938 Dr. theol. Heidelberg („Vertragen sich der Totalitätsanspruch des Staates und der Totalitätsan-

spruch der Kirche?“); 14.12.1930 Ordination in der Markusgemeinde Offenbach a. M., anschließend Pfarrassistent und Pfarrverwalter; 1932 Verwalter der Pfarrstelle in Groß-Gerau II; 1934 Berufung als Pfarrer an die Bergkirche in Wiesbaden; 1935 bis zu seinem Tod als Nachfolger des zum Landesbischof berufenen Pfarrers Ernst Ludwig Dietrich Pfarrer der Marktkirche ebd.; beliebter Kanzelredner und Publizist; heftige Auseinandersetzungen mit Vertretern der Bekennenden Kirche, deren Bruderräte er sogar als „illegale Meutererorganisationen“ bezeichnete, die „der geordneten legalen Kirche entgegenarbeiten würden“ (Faber/Ulrich); B. gehörte während des Nationalsozialismus nicht zur „Bekennenden Kirche“, sondern war i. S. „der Vermittlung oberster Werte und der helfenden Begleitung an den Wendepunkten und in Krisen des Lebens“ ein „Vertreter einer liberalen Theologie und Anwalt der Volkskirche“ (Karl Dienst) und wurde schon früh von der Gestapo überwacht. Unter dem Einfluss des Landesbischofs Dietrich wich seine anfängliche Begeisterung für den Nationalsozialismus allmählich einer Ernüchterung. Gemeinsam verfassten beide Geistliche im Aug. 1939 einen von der Gestapo beschlagnahmten Aufruf an die Gemeindeglieder der Marktkirchengemeinde, in dem sie zum treuen Festhalten am Glauben der Väter aufriefen und vor einem Ersatz des Christentums durch die in viele Richtungen zerfallende Gottgläubigkeit warnten. Auch ein von beiden verfasster Aufruf an neu zugezogene Gemeindeglieder wurde von der Gestapo beschlagnahmt. „Bekannt für seine lockere und unvorsichtige Art, sich auch über politische Dinge zu äußern“ (Geißler) und wegen „zersetzender Äußerungen“ angezeigt, wurde er am 14.12.1943 von der Gestapo verhaftet. Zunächst im Gestapogefängnis in Frankfurt a. M. inhaftiert, wurde er im Jan. 1944 nach Berlin verlegt. Ein seine Haftunfähigkeit bestätigendes ärztliches Gutachten blieb erfolglos. Der Volksgerichtshof verurteilte ihn am 28.07.1944 nicht, wie befürchtet, zum Tode, sondern wegen „Wehrkraftzersetz-

zung“ zu sechs Jahren Zuchthaus, die er bis zur Befreiung durch die US-Amerikaner im Zuchthaus Butzbach verbrachte.



Rückkehr nach Wiesbaden; ebd. 1946-1948 CDU-Stadtverordneter; Vorstandsmitglied des Evangelischen Presseverbandes in Hessen und Nassau; Beteiligung am Wiederaufbau polit. Institutionen und Engagement für das Rote Kreuz (zuletzt als Vizepräsident des DRK-Landesverbands Hessen); starb während eines Vortrags im Wiesbadener Kurhaus an Herzversagen; Grab auf dem Wiesbadener Nordfriedhof; seit 1968 Borngässer-Straße in Wiesbaden-Klarenthal. Veröffentlichungen (u. a.): „Christus zum Tode Hindenburgs: Gedanken anlässlich des Todestages des Reichspräsidenten Generalfeldmarschall v. Hindenburg“ (1934), „Gehorsam gegen Gott und Staat? Ein Mahnruf in letzter Stunde“ (1936), „Mein Abschiedswort an die Groß-Gerauer Gemeinde“ (1937), „Die evangelische Kirche vor der Entscheidung. Beleuchtung einer Reihe von Grundfragen der theologischen und kirchlichen Lage in den heutigen evangel. Landeskirchen“ (1952), „Festschrift zur Erinnerung an die Einweihung der Marktkirche vor 100 Jahren“ (mit anderen, 1962), „Blick hinter Gitter“ (auto-

biographisch, 1965), zahlreiche gedruckte Predigten.

Lit.: Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Burschenbundes 1927, S. 93; Der Spiegel v. 07.02.1948, S. 34 f.; Gerhard Lietz, 90 Jahre Turnerschaft Saxonia im CC zu Marburg (1976), S. 91; Clemens Vollnhals, Evangelische Kirche und Entnazifizierung 1945-1949. Die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit (1989), S. 110 f.; Renkhoff (1992), S. 72; Rolf Faber/Axel Ulrich, W. B., in: Peter Joachim Riedle (Hrsg.), Wiesbaden und der 20. Juli 1944 (1996), S. 139-141 (P); Hermann Otto Geißler, Ernst Ludwig Dietrich (1897-1974). Ein liberaler Theologe in der Entscheidung. Evangelischer Pfarrer – Landesbischof – Religionshistoriker (2012, zugleich Diss. Universität Frankfurt a. M.), S. 467 f. und a. m. O.; Manfred Gerber, Ein Pfarrer im Zuchthaus – Zeitgeschichte: Vor 50 Jahren starb der Marktkirchenpfarrer W. B., in: Wiesbadener Tagblatt v. 20.10.2015; Schäfer (2017), S. 106 f. (mit P sowie Quellen- und Literaturangaben). Internet (19.11.2018): W. B. (Wikipedia), Karl Dienst, W. B. (1905-1965). Ein liberaler Pfarrer zwischen den Fronten, in: Journal of Religious Culture, Goethe-Universität Frankfurt a. M., Nr. 145 (2012), S. 76 ff.; Personenbestand der Hessischen Ludwigs-Universität Gießen/Verzeichnis der Studierenden (GEB online), Matrikeldatei (UA Gießen). P.K.

Braun, Ludwig Albrecht, geb. 18.11.1797 in Michelstadt/Odenwald als Sohn eines Rotgerbermeisters, gest. 26.09.1869 in Rüsselsheim (Christlich-teutsche Burschenschaft / Ehrenspegelburschenschaft Gießen 1817, Allgemeine Burschenschaft Germania-Gießen 1819). Ab 1817 Studium der ev. Theologie in Gießen; 1821-1828 Mitprediger und Rektor in Michelstadt; 1828-1842 Zweiter Pfarrer in Beerfelden/Odenwald; 1842-1852 ebd. Erster Pfarrer; 1851 Dekan des Dekanats Erbach; 1854-1869 Pfarrer in Rüsselsheim; 1858 Ernennung zum Kirchenrat; 15. und 16. Wahlperiode (1856-1862) Abgeordneter der Zweiten Kammer des Landtags des Großherzogtums Hessen (Starkenburgerbach).

Lit.: HStA Darmstadt, Bestand S 1. Beiträge zur Geschichte der Gießener Urburschenschaft (1931), MV, Nr. 73, S. 81; BL 2 (1942), S. 50 und S. 53; Ruppel/Groß (1980), S. 71; Rack/Vielsmeier (2008), Nr. 75. Internet (25.12.2017): L. B. (Wikipedia), Hessische Biografie LAGIS Hessen. P.K.

Brode, (Paul) Hugo, geb. 08.01.1845 in Lobstädt i. Sa. als Sohn eines Wundarztes u. Chirurgen, gest. nicht in Leipzig nach

1919 (Normannia-Leipzig 1869); nach dem Besuch des Gymnasiums in Leipzig Studium der Medizin in Leipzig (imm. 05.11.1866); 1870/71 Militärarzt im Deutsch-Französischen Krieg; Mitte 1872-Mitte 1878 Stabsarzt, zuletzt in Straßburg/Elsass., zahlreiche weitere militärische Übungen; vor 1904 Stabsarzt d. R. a. D.; 1875 Dr. med. in Leipzig, ab 09.08.1878 Prakt. Arzt und Geburtshelfer sowie stimmberechtigter Bürger in Borna b. Leipzig; 11.01.1881 auch städt. Armen-, Polizei- und Krankenhausarzt, später auch Kassenarzt der Gemeindeversicherung (Ortskrankenkasse) Borna und des Gemeinde-Krankenversicherungsverbands Flößberg/Sachsen; 01.06.1890-31.12.1898 Stadtverordneter und Stadtverordneten-Vorsteher in Borna, 1903 Sanitätsrat, vor 1904 als städtischer Vertreter Mitglied der Bezirksversammlung des Bezirks Borna; 01.04.1912 Ruhestand in Leipzig, dort 10.10.1913 Bürgerrecht.

Lit.: UA Leipzig, Promotionsakten, Med. Fak. Nr. 07891: Brode, Paul Hugo (1875); StadtA Borna, Sign. II/VI (Fürsorgeärzte), Bl. 19b; ebd., Einwohnerverz. (1875-1885), Brand-Cat., Nr. 34; ebd., Einwohnerverz. (1875-1885), Brand-Cat., Nr. 93/94; ebd., Einwohnerverz. (1895-1917), Brand-Cat. Nr. 254/255; StadtA Leipzig, B 5870 (Bürgerrechtsgesuche); Burschenschaft Normannia Leipzig, Archiv, Personalialia. H.L.

Bubenzer, Karl (Ernst), geb. 20.01.1900 in Moers am Niederrhein als Sohn eines Lehrers, gest. 12.11.1975 in Rheinberg/Kr. Wesel (Germania-Gießen 1919/20). Nach Besuch des Gymnasiums in Moers Juni-Nov. 1918 im Garde-Schützen-Bataillon in Berlin-Lichterfelde; Nov. 1918-Nov. 1919 Freikorps Gardeschützen insbesondere im Baltikum; anschließend 1919-Dez. 1921 Studium der Veterinärmedizin in Gießen; Mai/Juni 1921 Freikorps Semmelmann (Oberschlesien); Sommer 1923 Studentenkompagnie Gießen; Dez. 1923 Staatsexamen, Juli 1924 Dr. med. vet. Gießen („Zur Histogenese der Akarusräude“); Mai 1925-Dez. 1937 Prakt. Tierarzt in Moers; 01.09.1930 Eintritt in die NSDAP (Nr. 350530), Sept. 1931 in die SA, wo er bis zum Standartenführer ehrenhalber aufstieg; Febr. 1931-Jan. 1934 Ortsgruppenleiter der Orts-

gruppe Repelen der NSDAP, zugleich Stellv. Leiter des Kreises Moers der NSDAP; 1932-1936 Bewegung Deutsche Christen; Aug. 1932 Gauredner der NSDAP; März 1933 Mitglied des Kreistags Moers; 1933 Leiter der Tierärztekammer und Vorsitzender des tierärztlichen Landesgerichts für die Rheinprovinz und die Hohenzollernschen Lande in Koblenz; Mitglied des Preußischen Tierärztekammerausschusses; Jan. 1934 Erster Kreisdeputierter des Kreises Moers; Febr. 1934-Dez. 1944 NSDAP-Kreisleiter des Kreises Moers; Sept. 1936-1945 Stellv. Reichstierärztführer; Jan. 1938 Übernahme in den hauptamtlichen Parteidienst; März 1936 und Apr. 1938 erfolglos zur Reichstagswahl vorgeschlagen; 25.04.1939-Frühjahr 1945 für den Wahlkreis 23 (Düsseldorf West) Abgeordneter des Reichstags; Apr. 1939 Veterinärarzt; Aug. 1939-Febr. 1942 Kriegsdienst als Kompanieführer einer Veterinärkompanie in Frankreich und Russland, zuletzt Oberstabsveterinär d. R.; Okt. 1940-Juni 1941 Berater des Leiters des Gaus Groß-Oslo der Nasjonal Samling; Jan. 1941 SA-Standartenführer; Juni 1942 komm. Landrat in Moers (1945 entlassen); 1942-1944 Leiter der Reichstierärztekammer, Bereichsleiter der NSDAP; März/April 1945 Divisionsveterinär bei der 4. Flak-Division; Apr. 1945 Kriegsgefangenschaft und im Lager Attichy interniert, Juni 1946 in das Lager Zuffenhausen, dann in die Lager Dachau und Recklinghausen überstellt; Apr. 1948 mit der provisorischen Einstufung in die Kategorie III („Minderbelastete / Bewährungsgruppe“) aus dem Lager Recklinghausen entlassen; Nov. 1948 vom Spruchgericht Recklinghausen wegen Zugehörigkeit zur Gruppe der politischen Leiter der NSDAP zu 1 Jahr und 10 Monaten Gefängnis verurteilt (durch Internierungshaft verbüßt); danach Tierarzt in Moers/Uftorf. 1950 vom Entnazifizierungsausschuss für den Reg.-Bez. Düsseldorf erneut in die Kategorie III eingestuft, durfte er weiterhin als Tierarzt und Fleischbeschauer praktizieren. 1965 Aufgabe der Praxis und Übernahme durch einen Bundesbruder.

Lit.: Geburtsurkunde Moers Nr. 14/1900; Heiratsurkunde Darmstadt Nr. 9/1927 (mit Sterbevermerk). Burschenschaftler-Stammrolle 1934 (1934), S. 61, 841, 1034; Gießener Burschenschaftler-Listen 1942, S. 119; Stockhorst (1967), S. 83; Nachruf von Otto Schwebel in „Mitteilungen“ der Gießener Burschenschaft Germania Nr. 85 (I/1976 v. 10.04.1976), S. 4-6; Horst Romeyk, Die Disziplinierung der Beamtenschaft (1998), S. 385; Peter Klefisch, Die Kreisleiter der NSDAP in den Gauen Köln-Aachen, Düsseldorf und Essen (2000), S. 97-99; Mitgliederliste der B! Germania Gießen (Festschrift 2001), S. 121 (Nr. 706); Lilla (2004), S. 67 f.; Ludwig Eiber/Robert Sigel (Hrsg.), Dachauer Prozesse: NS-Verbrechen vor amerikanischen Militärgerichten in Dachau. Verfahren, Ergebnisse, Nachwirkungen 1945-1948 (2007), S. 96. Internet (25.12.2019): Liste der Reichstagsabgeordneten im Nationalsozialismus (4. Wahlperiode), K. B., Germania-Gießen. Bekannte Mitglieder (alle Wikipedia), Moers - Moers unterm Hakenkreuz – Stadt Moers. Mitteilung Gernot Schäfer v. 12.01.2020 (mit Anlagen). P.K.

Bühler, Joseph Fidel, geb. 08.03.1816 in Offenburg/Baden als Sohn eines Ratsdieners, Sterbedaten unbekannt (Euthymia-Freiburg 1835). Nach Besuch des Offenburgers Gymnasiums stud. phil., dann iur. in Freiburg; Rechtspraktikant; 1848 Vorsitzender des politischen Ausschusses in Engen, in den Kreisausschuss gewählt (Schriftführer), Anhänger der radikalen Partei; am 03.04.1848 in Engen zum Deputierten gewählt; am bewaffneten Aufstand von → Friedrich Hecker („Heckerzug“) beteiligt; in die Schweiz entkommen, wegen „hochverräterischer Umtriebe“ zur Fahndung ausgeschrieben; im Aug. 1848 als politischer Flüchtling in Schaffhausen; beteiligt am Putsch von → Karl Gustav Struve (1805-1870) im Sept. 1848; 25.09.1848 in Engen-Altendorf, Okt. 1848 wieder in Schaffhausen; wegen hochverräterischer Unternehmungen 1848 in Untersuchung; Nov./Dez. 1848 in Großlaufenburg; Mai 1849 bis zum Ende des Aufstands Amtsvorstand der revolutionären Regierung in Konstanz; „zeigte seine völlige Hingebung an die neue Gewalt durch Verhaftung von Personen, welche sich ungünstig über die Zustände äußerten“ (zit. Raab S. 128 mit Quellenangabe); erneut entkommen, Untersuchung wegen Beteiligung am Aufstand eingeleitet und vorläufig suspendiert;

Flucht auf Schweizer Gebiet in der Nähe von Konstanz; am 07.08.1850 vom Hofgericht Konstanz in absentia wegen Hochverrats zu drei Jahren Zuchthaus bzw. zwei Jahren Einzelhaft verurteilt; 26.10.1850 Streichung von der Rechtspraktikantenliste; stellte sich, nachdem er nach dem Scheitern der Revolution erneut in die Schweiz geflüchtet war, am 06.04.1856 den Behörden; in Sicherungshaft genommen und am 27.06.1856 in das Zuchthaus Bruchsal überführt; 16.09.1856 Begnadigung zur Halbierung der Strafe; auf Gnadengesuch vom 03.03.1857 am 17.03.1857 entlassen; weiterer Lebenslauf unbekannt.

Lit.: Raab (1998), S. 127 f. Internet (10.06.2020): Gundermann (o. J.), Matrikel der Universität Freiburg (1991), S. 455. P.K./K.G.

Bundt, Gustav (Gustaf) Georg, geb. 30.03.1867 in Dramburg als Sohn eines Postmeisters, gest. 17.09.1949 in Lübeck (Rugia-Greifswald 1887). Nach Besuch des Kgl. Fürstin-Hedwig-Gymnasiums in Neustettin Studium der Medizin in Greifswald, Erlangen und Berlin; 1891 Dr. med. Greifswald („Über Aequivalente der gewöhnlichen Äußerungen psychischer Störungen“) und Approbation; 1892-1902 Prakt. Arzt in Belgard an der Persante; 1904 Kreisarzt in Bublitz, 1904-1914 in Querfurt und 1914-1923 in Halle; 1924-1932 Oberregierungs- und Medizinalrat in Stettin; ebd. Vorsitzender des Gerichtsärztlichen Ausschusses, beratende Tätigkeit für das Landeswohlfahrtsamt Pommern und Mitglied des Preuß. Landesgesundheitsrates; außerdem 1922-1935 Vorsitzender des Deutschen und Preuß. Medizinalbeamtenvereins (bereits 1919-1922 dessen Schriftführer); B. galt als Befürworter der Zwangssterilisation. Im Preußischen Landtag Mai 1928-1932 für die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) Abgeordneter des Wahlkreises 6 Pommern; nach dem Zweiten Weltkrieg als Heimatvertriebener Flucht von Stettin-Neutorney nach Lübeck. Veröffentlichungen (u. a.): „Das Weib in der Entwicklung und seine Pflege“ (1916), „Preuß. Gebühren-Ordnung für Ärzte und Zahnärzte vom 1. September 1925 mit eingehenden Erläuterungen“ (13. neu bearb. Aufl. von Gustav

Bundt und Paul Saare, 1929); Verzeichnis der Medizinal-Behörden des Deutschen Reiches und der Länder, der Medizinalbeamtenvereine, der Dienstalsterlisten, der Mitglieder der Medizinalbeamtenvereine ...“ Neubearbeitet von G. G. B. und Paul Saare (14. Aufl. 1935).

Lit.: Ernst Kienast (Bearb.), Handbuch für den Preußischen Landtag. Ausgabe für die 3. Wahlperiode (1928), S. 509; Burschenschaftler-Stammrolle 1934 (1934), S. 66; Alfons Labisch/Florian Tennstedt, Der Weg zum „Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens“ vom 3. Juli 1934; Entwicklungslinien und -momente des staatlichen und kommunalen Gesundheitswesens in Deutschland 2 (1985), S. 388; Heinrich Weder, Sozialhygiene und pragmatische Gesundheitspolitik in der Weimarer Republik am Beispiel des Sozial- und Gewerbehygienikers Benno Chajes 1880-1938 (2000), S. 273; Oberregierungs- und Obermedizinalrat Dr. B. zum Gedenken, in: Der Öffentliche Gesundheitsdienst 11/12 (1950), S. 328. Internet (15.09.2018): G. G. B., Greifswalder Burschenschaft Rugia. Bekannte Mitglieder (beide Wikipedia), Liste der Mitglieder des Landtages (Freistaat Preußen) (3. Wahlperiode). P.K.

Cafilisch (franz. Cafliche), (Johann) Anton (Normannia-Leipzig 1881), geb. 05.08.1860 in Flerden (Kt. Graubünden/Schweiz) als Sohn eines Landwirts; gest. 10.03.1925 in Chur (Kt. Graubünden). Nach Besuch der Kantonsschule in Chur ab 1881 (imm. 27.10.) Studium der Rechte und Staatswissenschaften in Leipzig, München, Bern, Siena und Lausanne; ab 1885 Rechtsanwalt in Thusis (Kt. Graubünden); mehrmals Kreis- und Bezirksgerichtspräsident; 1894-1899 Kantonsrichter, 1887-1893 Mitglied des Bündner Großen Rates (Freisinnig-Demokratische Partei, Parteigenosse von → Andrea Bezzola), 1900-1908 des Kleinen Rates (Inneres, Volkswirtschaft); 01.12.1902 bis zu seinem Tod Nationalrat (Radikal-Demokraten); ab 1909 Stellv. Direktor der kantonalen Brandversicherungsanstalt; 1918 Übernahme des väterlichen Hofes in Flerden; hervorgetreten als Bauernpolitiker, Hauptinitiator der Kantonalgesetze über Brandversicherung, Wasserrecht und Gemeindeverwaltung; 1916-1924 Mitglied der Kommission schweizerischer Viehzuchtverbände (KSV, Mitglied der Kommission 1916-1924), des Bündner Bauern-

verbandes (Präsident 1907-1925). Veröffentlichungen u. a.: „Das Gesetz betreffend die Gebäudebrandversicherung im Kanton Graubünden“ (Referat, 1907), „Die Erhaltung, Hebung und Mehrung der einheimischen Kräfte für die einheimische Landwirtschaft“ (1925).

Lit.: StA Chur, Kanton Graubünden/Schweiz; Burschenschaft Normannia-Leipzig zu Marburg, Archiv, Mitgliederliste WS 1868/69-WS 1907/08, Bl. 44, Nr. 411; UA Leipzig, Rep. M 31-60029; Nachruf La Rezia 1925, Nr. 11, S. 4; Internet (14.09.2020): Historisch-Biographisches Lexikon der Schweiz, Bd. 2, S. 471; Historisches Lexikon der Schweiz HLS; Die Bundesversammlung – Das Schweizer Parlament; Archiv für Agrargeschichte; Liste der Nationalräte des Kantons Graubünden; Verzeichnis der Alten Herren der Deutschen Burschenschaft (1920). H.L.

Chlebowsky, Walter, geb. 27.06.1890 in Berlin, gest. 13.10.1965 in Mannheim (Teutonia-Berlin 1908). Ab 1908 Studium der Rechtswissenschaften in Berlin, 1912 Wechsel nach Würzburg; ebd. 1913 Dr. iur. („Die Gemeinde die geeignetste öffentliche Körperschaft zur Linderung der Arbeitslosennot“); 1916-1918 Bürgermeister von Mińsk-Mazowiecki (Polen); nach dem Ersten Weltkrieg Referent beim Deutschen Städtetag; 1926 Bürgermeister von Belgard an der Persante (Pommern); ab 1938 im Verwaltungsdienst der Stadt Mannheim, zuletzt als Oberverwaltungsrat. Veröffentlichungen u. a.: „Mannheim. Die Sportstadt am Oberrhein“ (1939).

Lit.: Nachlass im StadtA Mannheim. Ulrich Nieß/Michael Caroli, Stadt Mannheim (Hrsg.), Geschichte der Stadt Mannheim, 3 (2009), S. 300; Jens Carsten Claus, Märker-Album. Mit den Stammrollen der Berliner Burschenschaften Normannia, Franconia und Teutonia 1842-2017. Zum 175. Stiftungsfest der Berliner Burschenschaft der Märker, o. J. (2017), S. 452 und 647. Internet (06.02.2017): W. C. (Wikipedia), territorial.de, Stadt Belgard (Persante), Berliner Burschenschaft der Märker (Bekannte Mitglieder). Mitteilung des StadtA Mannheim (Doreen Kelimes) v. 21.05.2016. H.D.

Claussen (auch Claußen), Georg (Friedrich Heinrich), geb. 01.10.1819 in Wardenburg i. O. als Sohn eines Pastors und späteren Geh. Oberkirchenrats, einer oldenburgischen Pastorenfamilie entstammend, gest. 11.08.1898 in Lübeck (Leipzi-

ger Burschenschaft Kochei 1841). Nach Studium der Rechtswissenschaften in Leipzig 1845 Eintritt in den Verwaltungsdienst des Großherzogtums Oldenburg, zunächst als Amtsauditor beim Amt Friesoythe, ab 1847 beim Amt Berne, danach Sekretär der Justizkanzlei in Oldenburg i. O.; 1849 Abgeordneter des Oldenburgischen Landtags; ab 1852 Richter am Landgericht Oldenburg; 1858-1865 bei der Staatsanwaltschaft Oldenburg; 1872 als Obergerichts-Direktor Leiter des großherzogl. Obergerichts in Varel; erster Direktor des im Sept. 1878 neu gegründeten gemeinsamen Landgerichts des Lübecker Staatsgebiets und des zu Oldenburg gehörenden Fürstentums Lübeck; gleichzeitig Mitglied des Oldenburgischen Staatsgerichtshofs; aus Anlass seines 50jährigen Dienstjubiläums 1895 Verleihung der höchsten Auszeichnung des Lübecker Senats, der Gedenkmedaille Bene Merenti, und des Ehren-Komturkreuzes in Brillanten des Oldenburgischen Haus- und Verdienstordens; außerdem Roter Adlerorden 3. Kl. (1870/71), preuß. Kgl. Kronen-Orden (1874), Oldenburg. Haus- und Verdienstorden des Herzogs Peter Friedrich Ludwig, Ritterkreuz 2. Kl. (1878) und 1. Kl. (1882), Ehren-Komturkreuz (1888), mit Brillanten (1895).

Lit.: Niedersächs. LArch (Standort Oldenburg), Staatsdienerverzeichnis Best. 1 Nr. 597, S. 221; Lübeckische Blätter 37 (1895), S. 317-311; Emil Knaake u. a. (Bearb.), Geschichte der Leipziger Burschenschaft Germania 1818-1928 (o. J., 1928). S. 192 (Mitgliederliste); Albrecht Eckhardt, Von der bürgerlichen Revolution zur nationalsozialistischen Machtübernahme; der Oldenburgische Landtag und seine Abgeordneten 1848-1933 (1996), S. 91; Albrecht Eckhardt/Rudolf Wyrsh (Bearb.), Oldenburgischer Landtag 1848-1933/1946. Biografisch-historisches Handbuch zu einem deutschen Landesparlament (2014); Mitglied des Staatsgerichtshofs. Georg Friedrich Heinrich Claußen zum 200. Geburtstag, in: Leipziger Germanen-Zeitung. Semesterzeitschrift der Leipziger Burschenschaft Germania 52 (SS 2019), S. 48. Internet (15.04.2020): F. G. H. Claussen (Wikipedia). Mitteilung Meik Thiem (Leipzig) v. 30.04.2020. K.O./P.K.

Conradt, Max, geb. 08.03.1871 in Dresden als Sohn eines Kaufmanns, gest. ca. 1940 (Semnonia-Berlin EM). Nach Besuch der Volks- und Realschule ab 1891 vier-

jährige Schornsteinfegerlehre, 1895 Schornsteinfegermeister, seit 1897 Bezirksschornsteinfeger in Breslau; 1904 Obermeister der Schornsteinfegerinnung; nach der Novemberrevolution Eintritt in die DNVP und Mitarbeiter verschiedener deutschnationaler mittelständischer Zeitungen und Zeitschriften; Vorstand des Innungsausschusses Breslau; Aufsichtsratsvorsitzender der „Mittelstandsbank Liegnitz“; Vorsitzender des Landesverbandes Mittelschlesien und Vorstandsmitglied der DNVP für die Stadt Breslau; gerichtlicher Sachverständiger für den Oberlandesgerichtsbezirk Breslau; Mitglied des Preuß. Landesgewerberates; 1913-1918 Mitglied des Preuß. Abgeordnetenhauses (Stein-Guhrau-Wohlau); 1919-1921 Mitglied der Verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung; 1921-1924 Abgeordneter des ersten Landtags für Breslau. C. widmete sich insbesondere den Fragen des Mittelstands; zuletzt vor März 1940 Stadtrat in Bremen.

Lit.: Ernst Kienast, Handbuch für den Preußischen Landtag, Ausgabe für die 1. Wahlperiode (1921), S. 238 f.; dass., Bd. 2 (1925), S. 247 f.; Burschenschaftler-Stammrolle 1934 (1934), S. 1011; Wer ist's? (1935), S. 256; Mitteilungen für den Allgemeinen Deutschen Burschenbund, Jg. 41, Nr. 3, Mai 1930, S. 19; MV des Frankenburg-Bau-Vereins e. V. (Stand v. 1. März 1940), 1940, Nr. 367. Internet (07.12.2018): M. C., Liste der Mitglieder des Preußischen Landtags (Freistaat Preußen) 1.-3. Wahlperiode (alle Wikipedia). Mitteilung von Jens Carsten Claus (Dubai) v. 28.11.2018. P.K.

Cyprian, Werner, geb. 27.11.1907 in Raabe bei Dresden, gest. 04.07.1973 vermutlich in Stade (Derendingia-Tübingen 1927). Nach dem Besuch des Gymnasiums in Greiz und (seit 1921) in Weimar Studium der Rechtswissenschaften ab 1927 in Tübingen, 1928 in München und 1929 in Jena; Erste juristische Staatsprüfung 1931 in Jena; 01.08.1932 Eintritt in die NSDAP (Mitgl.-Nr. 1287760), außerdem Mitglied der SS (Hauptsturmführer); nach der Zweiten juristischen Staatsprüfung Eintritt in den Staatsdienst, Regierungsrat im Thüringischen Ministerium des Innern; 1940 Chef der Zivilverwaltung der 1. Armee im Elsass und Beförderung zum Ober-

regierungsrat; außerdem kommissarischer Landkommissar des Kreises Erstein; 1940-1941 Landrat dieses Kreises, bevor dessen Gebiet auf die Nachbarkreise Molsheim, Straßburg und Schlettstadt aufgeteilt wurde; nach dem Krieg Oberregierungsrat beim Regierungspräsidenten in Stade.

Lit.: MV Derendingia (1967) Nr. 704; Braunbuch. Kriegs- und Nachkriegsverbrecher in der Bundesrepublik und in Berlin (West) (2002), S. 371 (auch im Internet). Internet (19.12.2020): Tübinger Burschenschaft Derendingia. Bekannte Mitglieder, Kreis Erstein (beide Wikipedia), territorial.de. Mitteilungen der Burschenschaft Derendingia zu Tübingen v. 22.12.2020 und von Patrick Hoferer (Derendingia) v.10.01.2021 (mit eigenhändigem kurzem Lebenslauf). P.K.

Dähne, Eduard (William Gottfried), geb. 05.08.1881 in Wehlen a. d. Elbe als Sohn eines Privatmanns, gefallen 12.11.1914 bei Warneton/Waasten, Prov. Hennegau/Belgien (Normannia-Leipzig 1902/03). Ab 1888 Besuch der Bürgerschule in Striesen i. Sa., 1892-Ostern (07.04.)1901 Heilig-Kreuz-Gymnasium (Kreuzschule) in Dresden, April 1901-Okt. 1902 Einj.-Freiw. im 1. Königl. Sächs. (Leib-)Grenadier-Rgt. Nr. 100 in Dresden, SS 1902 Studium der Rechtswissenschaften in Leipzig (03.05.1902 imm.), zwecks Offiziersqualifikation April 1903-Okt. 1904 Einj.-Freiw. im 9. Königl. Sächs. Inf.-Rgt. Nr. 133 in Zwickau, 07.05.1905 erste juristische Staatsprüfung in Leipzig, Referendar an verschiedenen sächsischen Gerichten und Behörden, zunächst in Glauchau, Juli 1905 am Amtsgericht Meißen, 1907 in Glauchau und Werdau, 01.07.1907 Dr. iur. Leipzig (Der Rückgriff des Bürgen und dritten Pfandeigentümers gegen den Hauptschuldner und der Rückgriff zwischen Bürgen und dritten Pfandeigentümern untereinander nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch), Nov. 1909 Rats-Assessor in Werdau, dies 01.01.1910 in Glauchau, besoldeter Stadtrat, Mitgründer der VaB Glauchau, Aug. 1914 Unteroffizier d. R. im 9. Königl. Sächs. Inf.-Rgt. Nr. 133, 4. Kompanie.

Lit.: Landkreis Zwickau, Landratsamt, Amt für Service u. Informationstechnik, Sachgebiet Archiv, KreisA Zwickau, Personalakte Dr. Eduard William Gottfried Dähne, 1909-1929. Harald Lönnecker (Bearb.), Stammrolle des Akademischen Turnver-

eins, der Turnerschaft, der Freien schlagenden Verbindung und der Burschenschaft Normannia zu Leipzig/Normannia-Leipzig zu Marburg 1868-2018, 2 Teile (Stand: 05.12.2018), WS 1902/03. H.L.

Daumiller, Oskar, geb. 24.03.1882 in Memmingen, gest. 14.06.1970 in Gräfelfing (Bubenreuther-Erlangen 1901/02).



Nach Besuch des Progymnasiums in Memmingen und des Humanistischen Gymnasiums in Kempten (1892-1901) 1901-1905 Studium der ev. Theologie in Erlangen und Leipzig; 1906 Einj.-Freiw.; 1906-1907 Besuch des Predigerseminars in München; 03.03.1907 Ordination in der St. Matthäuskirche in München; 1907-1912 Hilfsgeistlicher in Ingolstadt, 1912-1917 Pfarrer in Zeitlofs und (Bad) Brückenau/Ufr.; 1914-1917 Divisionspfarrer der 6. Bayer. Reserve-Division; 1917 Pfarrer bei St. Martin II in Memmingen und Hilfsreferent für die ev. Feldseelsorge beim Bayer. Oberkonsistorium; 1922-1933 Pfarrer an der Himmelfahrtskirche in München-Sendling; bis 1934 Vorstand der Diakonissenanstalt München; Mitglied des Wohlfahrts- und Jugendausschusses der Stadt München; 1933 Oberkirchenrat im Landeskirchenrat München. Als solchen schickte ihn Landesbischof Hans Meiser (nachdem dieser selbst von den Nationalsozialisten im Münchener Landeskirchenamt unter Hausarrest

gestellt wurde, aber dank der Proteste zahlreicher Protestanten wieder in sein Amt zurückkehren durfte) im Herbst 1934 nach Nürnberg, um den dortigen Kirchenkampf zu verstärken. 1934-1952 wirkte er als Kreisdekan des südbayerischen Kirchenkreises. D. war ein engagierter Vertreter der Bekennenden Kirche im Dritten Reich und führte u. a. Verhandlungen mit Julius Streicher. 1945 organisierte er die Hilfe der Bevölkerung für die ehemaligen Häftlinge des Konzentrationslagers Dachau. Vorstand des Gustav-Adolf-Werks Bayern, Landesführer der Inneren Mission, 1947 Referent für die ev. Frauenarbeit und den Bayerischen Mütterdienst; 1952 Ruhestand; Pfarrverweser 1953 in Florenz und Genua, 1955 in Bozen. 1951 Dr. h. c. der ev.-theol. Fakultät Erlangen, 1953 BVK 1. Kl., 1963 Bayer. Verdienstorden. Veröffentlichungen u. a.: „Der Herr unserer Gerechtigkeit. Ein Jahrgang Predigten“ (1928), „Südbayerns evangelische Diaspora in Geschichte und Gegenwart“ (1955), „Geführt im Schatten zweier Kriege. Bayerische Kirchengeschichte selbst erlebt“ (1961).

Lit.: Verzeichnis der Alten Burschenschafter (1928), S. 80; Andreae/Griessbach (1967), Nr. 2197; Nachruf in Bubenreuther-Zeitung 1970, Nr. 3, S. 45; Axel Töllner, „Eine Frage der Rasse? Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern. der Arierparagraf und die bayerischen Pfarrfamilien mit jüdischen Vorfahren im ‚Dritten Reich‘“ (2007), a. m. O.; Nora Andrea Schulze, Verantwortung der Kirche. Stenographische Aufzeichnungen und Mitschriften von Landesbischof Hans Meiser 1933-1955, Bd. 3 1937 (2010), S. 1007; Burschenschaft der Bubenreuther (2017), S. 131 und S. 418, Nr. 2197; Dagmar Pöpping, Kriegspfarrer an der Ostfront. Evangelische und katholische Wehrmachtsseelsorger im Vernichtungskrieg 1941-1945 (2017), S. 252. Internet (24.02.2017): O. D. (Wikipedia), Mitglieder der Bekennenden Kirche, Zur Geschichte der Himmelfahrtskirche München-Sendling. Mitteilungen der Stadtarchive Gräfelfing (Monika Frank) v. 20.03. und Memmingen (Andreas Fröhlich) v. 22.03., von Helmut Christ (Nürnberg) v. 20.03., der Enkelin Barbara Daumiller-Zeil (Gauting) v. 03.08., von Jürgen König (Landeskirchliches Archiv der Ev.-Luth. Kirche in Bayern) v. 07.08. und des StadtA München (Matthias Röth v. 19.09.2017 (Kopie der Einwohnermeldekarte). H.D.

Dehler, Thomas, geb. 14.12.1897 in Lichtenfels/Oberfranken als Sohn eines Metzgers und Gastwirts, gest. 21.07.1967 in Streitberg/Kr. Ebermannstadt (Südmark-Monachia München im Burschenbunds-Convent 1923 (Mitgründer), 1948 als A.H. Mitglied der Studentenverbindung Humanitas-Würzburg, die sich später der Turnerschaft Alemannia-Würzburg im CC anschloss (Festrede auf dem Pfingstkommers 1959) und mit der Landsmannschaft Saxo-Makaria zur heutigen Landsmannschaft Alemannia-Makaria fusionierte); 1911-



1916 Besuch des Gymnasiums in Bamberg; nach Abitur 1916 wegen angeborenen Asthmas Teilnahme am Ersten Weltkrieg im Sanitätsdienst; nach drei Semestern Medizinstudium in München und Würzburg (Studienabbruch) Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Würzburg, Freiburg i. Br. und München; 1920 Erstes, 1923 Zweites juristisches Staatsexamen; 1920 Dr. iur. Würzburg („Die Begründung des Strafurteils“); 1920-1933 Mitglied der DDP (ab 1930 Deutsche Staatspartei, 1933 auf Druck der Nationalsozialisten Selbstauflösung); seit 1926 Vorsitzender des Kreisverbandes Bamberg dieser Partei; 1924 Mitbegründer des die Republik stützenden Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold; seit 1924 Rechtsanwalt in München, ab 1926 in Bamberg. Nach

den NS-Kategorien selbst „deutschblütig“, galt seine Ehe (1920) mit der „jüdischstämmigen“ Irma Frank nach den Nürnberger Gesetzen als „privilegierte Mischehe“. Trotz erheblichen Drucks der Nationalsozialisten und der NS-dominierten Rechtsanwaltskammer hielt D. nicht nur an seiner Ehe und jüdischen Mandanten fest, sondern übernahm auch Mandate von Regimegegnern; im „Stürmer“ deshalb als „echter Judengenosse“ verunglimpft; 1926 Aufnahme in die Bamberger Freimaurerloge „Zur Verbrüderung an der Regnitz“, 1929 „Meister vom Stuhl“, später Großredner der Allgemeinen und Angenommenen Maurer; gehört nach deren Verbot in der NS-Zeit 1946 zu den Wiederbegründern der Loge, der er bis zu seinem Lebensende angehörte; ab Mitte der 1930er Jahre Mitglied der linksliberalen antinationalsozialistischen Robinsohn-Strassmann-Gruppe; Ende 1938 infolge der Reichspogromnacht kurze Zeit inhaftiert; erneut als Soldat Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, jedoch bereits nach neun Monaten wegen seiner jüdischen Frau als „wehrunwürdig“ aus der Wehrmacht ausgeschlossen; im März 1943 als „entbehrlich“ für die Rechtspflege eingestuft, für die Kriegswirtschaft freigestellt und im Nov. 1944 durch die Organisation Todt für einige Wochen als Bauschreiber im Lager Schelditz bei Rositz zwangsverpflichtet; 1945-1947 Generalstaatsanwalt beim OLG Bamberg, ab 1946 auch Generalankläger am Kassationshof beim Bayerischen Staatsministerium für Sonderaufgaben (Entnazifizierung); 1945-1946 von der US-Militärregierung ernannter Landrat des Kreises Bamberg; nach 1945 mit Fritz Linnert (1885-1949) Mitgründer der FDP in Bayern und 1946-1956 deren Landesvorsitzender; 1946 Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung in Bayern, 1946-1949 des Bayerischen Landtags; 1947-1948 Mitglied des Länderrates des US-amerikanischen Besatzungsgebietes; 1948 Wahl in den Bundesvorstand der FDP; 1948-1949 Mitglied des Parlamentarischen Rates; 1949 bis zu seinem Tod Abgeordneter des Deutschen Bundestages (stets über die bayerische Landesliste der

FDP); 1949-1953 Bundesminister der Justiz im Kabinett Adenauer I; 1953 Mitglied der parteiinternen Untersuchungskommission zur Aufklärung der Affäre um den sog. Naumann-Kreis (Gruppe ehem. Nationalsozialisten – benannt nach Werner Naumann, letzter Staatssekretär von Joseph Goebbels), der die FDP zu unterwandern suchte; 1953 vor allem auf Druck des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, seines Parteifreundes → Hermann Höpker-Aschoff, entgegen dem ursprünglichen Vorschlag von Bundeskanzler Adenauer nicht wieder in dessen zweites Kabinett berufen; 1954 politisch maßgeblich an der Bildung der bisher einzigen bayerischen Staatsregierung ohne CSU beteiligt; 1954-1957 Bundesvorsitzender der FDP; ebenso wie Gustav Heinemann (SPD) bekannt für seine rhetorischen Angriffe als scharfer Kritiker insbes. der Deutschlandpolitik Adenauers; sorgte damit für eine stärkere Profilierung der FDP; 1953-1957 Vorsitzender FDP-Bundestagsfraktion; 1957-1961 Leiter des Arbeitskreises Außenpolitik und Verteidigung der FDP-Bundestagsfraktion; Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Atomenergie und Wasserwirtschaft; 1959-1967 Mitglied des Beirats der Friedrich-Naumann-Stiftung; 1960 bis zu seinem Tod Vizepräsident des Deutschen Bundestages; seit 1963 außerdem Vorsitzender Wahlmännerrausschusses nach § 6 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht. In der Debatte des Bundestages über die Verjährung von ungesühnten Morden, insbesondere nationalsozialistischer Täter sprach D. sich am 10. März 1965 aus grundsätzlichen rechtsstaatlichen Erwägungen für die bevorstehende Verjährung aus: „Zum Recht, zu unserem Recht gehört auch, dass Schuld, dass jede Schuld verjährt.“; Zahlreiche Ehrungen, u. a.: T.-D.-Stiftung der bayerischen FDP (verleiht jährlich den Thomas-Dehler-Preis), Thomas-Dehler-Haus der Bundeszentrale der FDP in Bonn (bis 1999) und neuen Berliner Bundesgeschäftsstelle (bis 2017), Thomas-Dehler-Bibliothek in Berlin-Schöneberg, Ehrenbürger seiner Geburtsstadt Lichtenfels, 1961 Bayerischer Verdienst-

orden, 1964 Wolfgang-Döring-Medaille. Veröffentlichungen u. a.: „Die Rechtsentwicklung in der sowjetischen Besatzungszone“ (1952), „Das Parlament im Wandel der Staatsidee“, in: Macht und Ohnmacht der Parlamente (1965), S. 9 ff.; „Lob auf Franken. Ein Bekenntnis“ (1966, 3. Aufl. 1973), „Reden und Aufsätze“ (postum 1969).

Lit.: Nachlass im Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Gummersbach; Vorgänge zum Wirken als Jurist und Politiker in Bamberg (Kopien) im StadtA Bamberg; musealer Teil im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn. Handbuch des Deutschen Bundestages. 2. Wahlperiode (1953), S. 314 f.; Europäische Profile, Bd. II Bundesrepublik Deutschland. Biographie führender Männer der Politik, Wirtschaft und Kultur, hrsg. von Albert Köhler (1954), S. 81 (P); Wer ist wer? (1955), S. 184; Alphabetisches Verzeichnis alter B.Cer., in: Verzeichnis der Mitglieder des Altherrenverbandes des BC München e. V. und aller anderen ehemaligen B.Cer., sowie der Alten Herren des Wiener SC ... (1962), S. 10; Kosch BSTHB 1 (1963), S. 230; Walter Henkels, 99 Bonner Köpfe (durchgesehene und ergänzte Aufl. 1965), S. 68 f.; Rössler/Franz 1 (1973), Sp. 521; Hermann Maassen, T. D., der erste Bundesminister der Justiz (1977); Wolfgang Dorn/Friedrich Henning (Hrsg.), T. D. Begegnungen-Gedanken-Entscheidungen (1978); Wolfgang Benz, Eine liberale Widerstandsgruppe und ihre Ziele, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 29 (1981), H. 3, S. 437-471 und a. m. O.; Walther L. Bernecker/Volker Dotterweich (Hrsg.), Persönlichkeiten und Politik in der Bundesrepublik Deutschland. Politische Porträts, Bd. 1 (1982), S. 97-104 (Theo Stamm); Gabriel Ott, T. D. (1985); Ulrike Nickel (Hrsg.), Politiker der Bundesrepublik Deutschland (1985), S. 51-54 (Rüdiger Bolz) (P); Manfred Brunner, Gedenken an T. D., in: Franken und das Reich (1988), S. 7-14; Udo Wengst, T. D. 1897-1967. Eine politische Biographie (1997); ders., Liberal ist nur, wer die Freiheit liebt: T. D. (1897-1967) – Ein politisches Leben für Deutschland und die Demokratie, in: Rebellen, Visionäre, Demokraten (2013), S. 155-157; Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.), T. D. und seine Politik (1998); Herbert Winter, T. D. – Franke und Liberaler (1999); Biographisches Handbuch 1 (2002), S. 137; DBE 2 (2005), S. 528; Wolfgang G. Jans, T. D., ein Bamberger Kämpfer für Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, ein Gegner totalitärer Ideologien, Arbeitspapiere der W.-A.-Gesellschaft (2008), H. 9; Rudolf Morsey/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Adenauer und die FDP, Rhöndorfer Ausgabe, bearb. von Holger Löttel, Paderborn 2013; Detlef Rilling, T. D. – Ein politisches Urgestein. Das ganze Deutschland soll es sein (2017); Matthias Stickler, T. D. (1897-1967) als Korpora-

tionsstudent. Anmerkungen zu einem bisher wenig beachteten Thema, in: 150 Jahre Coburger Convent (2018), S. 345-367. Internet (17.10.2020): T. D., Burschenbunds-Convent (Mitglieder), Landsmannschaft Alemannia-Makaria/Bekannte Mitglieder (alle Wikipedia); Munzinger-Archiv IBA; LeMO Biografie (P); T. D.-Leben und Werk. T. D. Stiftung; Udo Leuschner/Geschichte der FDP (3) Die FDP und T. D.; Biographie von Dr. iur. Dehler, Thomas; Historisches Lexikon Bayern; T. D. (FDP) bpb; T. D. WürzburgWiki; Bayerischer Landtag; 100 Köpfe der Demokratie; Freimaurer-Wiki. Mitteilung des Instituts für Hochschulkunde Würzburg (Maximilian Kriwet) v. 07.05.2019. P.K.

Denicke, Heinrich, geb. 02.01.1856 in Buxtehude als Sohn des Kaufmanns und Senators Heinrich David D. (1827-1912), gest. 30.11.1943 in Hamburg-Harburg (Normannia-Leipzig 1874). Nach Besuch



der Bürgerschule in Buxtehude und des Gymnasiums in Hannover Frühjahr 1874 Abitur; Studium der Rechtswissenschaften SS 1874 in Heidelberg, WS 1874/75-WS 1875/76 in Leipzig, SS 1876 in Göttingen; 1878 Referendar, 1878/79 Militärdienst in Stade; ab 1879 Referendar in Buxtehude, Stade und Harburg a. d. Elbe, bei einem Rechtsanwalt in Hannover und am OLG Celle; 1882 Große juristische Staatsprüfung, 01.01.1883 Hilfsrichter in Bad Iburg, noch 1883 Stadtsyndikus in Harburg a. d. Elbe mit dem Titel „Senator“; 1899 ebd. Bürgermeister und 1903 Oberbürgermeister; setzte sich vor allem für die wirtschaftliche Entwicklung Harburgs ein:

1901 Elektrizitätswerk und erste Straßenbahn, 1904-1907 Bau des Tidehafens, 1906 Eingemeindung Lauenbruchs und 1910 Eißendorfs; 1908 Abschluss des 3. Köhlbrandvertrags mit Hamburg, der den Ausbau und die Schifffahrt auf der Süderelbe regelte; Kanalisation, Verkehrswege, Schulwesen; 1924 i. R. und Ehrenbürger der Stadt Harburg; 1926 für die DVP Mitglied des Hannoverschen Provinziallandtags; entschiedener Gegner aller Groß-Hamburg-Pläne; 1930 Denicke-Straße in Harburg-Heimfeld; seit 1907 Mitglied der VaB Harburg, später der VaB Hamburg-Harburg und des Akademischen Bismarck-Ausschusses (mehrfach im Vorstand); bestattet auf dem Alten Friedhof in Harburg.

Lit.: Helmut Stubbe da Luz, H. D. schuf Preußens bedeutendsten Hafenplatz [Harburg], 1989; ders., Die Oberbürgermeister: H. D., Harburg, Bernhard Schnackenburg, Altona, Erich Wasa Rodig, Wandsbek (Hamburgische Lebensbilder in Darstellungen und Selbstzeugnissen, 6 (1992); ders. in: Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke (Hrsg.): Hamburgische Biografie 2 (2003), S. 102 f. (auch digital); Biographisches Lexikon niedersächsischer Parlamentarier 1919-1945 (2004), S. 81; Harald Lönnecker (Bearb.), Stammrolle des Akademischen Turnvereins, der Turnerschaft, der Freien schlagenden Verbindung und der Burschenschaft Normannia zu Leipzig/Normannia-Leipzig zu Marburg 1868-2018, 2 Teile (Stand: 05.12.2018), WS 1874/75. Internet (15.06.2020): H. D. (Wikipedia). H.L.

Deninger, Carl (Franz Julius), geb. 09.09.1827 in Mainz als Sohn eines Fabrikanten und Abgeordneten, gest. 01.06.1895 ebd. (Allemannia-Gießen 1844, Rhenania-Gießen 1845). Ab 1844 Studium der Chemie in Gießen; nach Studienabschluss 1847 Eintritt in die väterliche Firma, deren Teilhaber er 1856 wurde; 1873-1884 ernanntes Mitglied auf Lebenszeit der Ersten Kammer des Landtags des Großherzogtums Hessen (1884 Verzicht auf das Amt); nach Umwandlung der Firma in eine AG (1889) Vorstandsmitglied; 1872 Kommerzienrat, 1874 Geh. Kommerzienrat.

Lit.: BL 2 (1942) Gießen, S. 83 und 90; Ruppel Erg.bd. (1995), S. 45; Lengemann (1996), S. 105 Eckhart G. Franz/Peter Fleck/Fritz Kallenberg, Großherzogtum Hessen (1800) 1806-1918, in: Handbuch der hessischen Geschichte, 4. Teilbd. 2, Lfg. 3 (2003), S. 828; Rack/Vielsmeier (2008), Nr.



127 (P). Internet (25.12.2018): C. F. J. (Wikipedia), Hessische Biografie LAGIS Hessen. G.Sch./P.K.

Dettmer, Carl Heinrich, geb. 13.05.1811 in Lübeck als ältester Sohn eines Kaufmanns, gest. 04.06.1879 ebd. (Jenaische Burschenschaft 1830). Nach krankheitsbedingtem Privatunterricht und Besuch des Lübecker Gymnasiums Katharineum (1821-1829) mit Unterstützung durch ein „Schabbel-Stipendium“ Studium der ev. Theologie in Jena (30 Monate), wo er Hörer u. a. von Ludwig Friedrich Otto Baumgarten-Crusius (1788-1843) war, in Heidelberg (1 Jahr), Berlin (1/2 Jahr) und Göttingen (1 Jahr); besuchte 1832 von Heidelberg aus das Hambacher Fest; 1832/33 zunächst folgenloses Verhör wegen Teilnahme an der Burschenschaft vor dem Kammergericht, Ostern 1834 in Göttingen, wo er bei einem der späteren „Göttinger Sieben“, dem Orientalisten und Theologen Heinrich Ewald (1803-1875), hörte; aus Dankbarkeit für das Schabbel-Stipendium fertigte er die Arbeit „De vi quam H ΖΩΗ ΑΙΩΝΙΟΣ apud Ioannem obtineat“ an (gedruckt 1834). 12.09.1834 Predigtamtskandidat in Lübeck, dort auf Veranlassung der Bundeszentralbehörde 20.10.1834 verhört, verhaftet, bis zum 19.09.1835 inhaftiert und wegen Teilnahme an der Burschen-

schaft vom Kammergericht zu „mehrjähriger Festungsstrafe“ verurteilt, die „nach eingelegter Appellation“ auf anderthalb Jahre Festungshaft herabgesetzt und in Hausarrest umgewandelt wurde. Febr. 1838 aus Gesundheitsgründen endgültig begnadigt; Dr. phil. in Kiel durch Einreichung der o. g. 1834 in Göttingen gefertigten und publizierten Arbeit; 1838 Hilfslehrer am Katharineum in Lübeck, dort 1841 Kollaborator, 1841-1851 Redakteur der „Neuen Lübeckischen Blätter“, 1846-1871 Vorstand des Schullehrerseminars; 1854 Vierter, 1856 Zweiter Oberlehrer am Katharineum, dort 1859 5., 1862 4. Professor, 1869-1875 Vorstand der Gesellschaft zur Förderung gemeinnütziger Tätigkeit, 1874 Mitglied des Oberschulkollegiums; 1848-1853 und 1855-1867 gewähltes Mitglied der Lübecker Bürgerschaft, wo er im Jahre 1859 das Präsidium der bürgerschaftlichen Kommission wegen der Einführung der neuen Gerichtsverfassung führte; bürgerschaftliches Mitglied in der „Rechnungs-Revisions-Deputation“; Mitglied des Komitees der großen Sängerkonföderation in Lübeck, insbesondere 1847 als Vicepräsident des Allgemeinen Deutschen Sängerkongresses, zu dem 1.800 Teilnehmer aus dem gesamten deutschen Sprachraum nach Lübeck reisten. Weitere Veröffentlichungen u. a.: „Grundriß der deutschen Grammatik für Engländer“ (1839), „Vocabularium für den griechischen Hilfsunterricht nebst Aufgaben zu mündlichen und schriftlichen Übungen“ (1852), „Die Thorsperre in Lübeck. Eine geschichtliche Darstellung. (Gratulationschrift zum 50-jährigen Jubiläum des Bürgermeisters Roeck)“ (1864), „Die hiesigen Stipendien (Gratulationschrift zur Wahl des Senators Dr. W. Plessing)“ (1867), „Professor Gustav Evers. Eine Lebensskizze“ (1859).

Lit.: LArch Schleswig-Holstein, Abt. 47.7 Nr. 19 (mit eigenhändigem Lebenslauf in lateinischer Sprache); August Sartori, Professor Dr. C. H. D. Ein Lebensbild (Programm Lübeck Gymnasium) 1880; Kössler Personenlexikon (2008); Lönnecker (2015), S. 195 f., Nr. 339. Internet (18.11.2014): C. H. D. (Wikipedia). Mitteilung des LArch Schleswig-Holstein (Dagmar Bickelmann) v. 14.11.2014. H.L./K.O.

Dietrich, Martin, geb. 18.12.1929 in Stuttgart, gest. 19.08.2012 in Backnang (Derendingia-Tübingen 1950). Nach Studium der



Rechtswissenschaften in Tübingen und Zweiter juristischen Staatsprüfung 1958 Eintritt in die Innere Verwaltung des Landes Baden-Württemberg; ab 1963 Beigeordneter und 1966-1986 als Parteilooser Oberbürgermeister von Backnang; ab 1986 Direktor im Oberkirchenrat und als Verwaltungschef damit juristischer Stellv. des Landesbischofs; nach der Pensionierung 1994 ehrenamtlicher Richter am Staatsgerichtshof für das Land Baden-Württemberg und Vorsitzender des Ev. Personalverbandes in Württemberg; 1985 BVK am Bande, 1986 BVK 1. Kl., 1994 Großes BVK; Ehrenbürger von Backnang (2000) und von dessen Partnerstadt Annonay; seit 2012 M.-D.-Allee in Backnang.

Lit.: MV Derendingia (1967) Nr. 955. Internet (15.09.2018): M. D., Burschenschaft Derendingia. Bekannte Mitglieder, Backnang (beide Wikipedia). P.K.

Dill, Gottlob, geb. 30.08.1885 in Niederstetten (OA Gerabronn) als Sohn eines Apothekers, Kaufmanns und Gemeinderates, gest. 31.01.1968 in Stuttgart-Rohr (Germania-Tübingen 1904, Kneipname „Gottlob“). Nach Besuch der Volks- und Realschule in seiner Heimatstadt, der

Oberschule in Schwäbisch Hall und des Dillmann-Realgymnasium in Stuttgart zunächst Militärdienst als Einj.-Freiw. beim 3. Württ. Feldartillerie-Rgt. Nr. 49 (Lt. d. R.) in Ulm; 1904-1912 Studium der Rechtswissenschaften in Tübingen und Leipzig (WS 1906/7 und SS 1907), dann wieder in Tübingen; 1909 Erstes juristisches Staatsexamen; Referendar in Mergentheim und Stuttgart; 1913 nach Zweiter höherer Justizprüfung Gerichtsassessor in Ulm; ab 1913 Rechtsanwalt in Calw; 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg als Oblt. an der Westfront, zuletzt als Kommandeur einer Artillerie-Abt.; 1918 Hauptmann d. R.; nach Kriegsende Eintritt in den Staatsdienst; März 1920 Dr. iur. Tübingen („Die Kapitalgesellschaft und ihre eigenen Anteile“); 1921 als Staatsanwalt auf eigenes Ersuchen Gefängnisvorstand beim Amtsgericht Stuttgart-Stadt mit der Amtsbezeichnung Regierungsrat; 1923 auf eigenes Ersuchen Landrichter in Stuttgart; 1926 Richter an einer Zivilkammer; 1933 als Landgerichtsrat im Innenministerium kommissarisch verwendet, u. a. als Vertreter des Polizeikommissars für Württemberg, 1933 dort zum Ministerialrat ernannt unter Verleihung der Amtsbezeichnung „Ministerialdirektor“; seit Anfang Mai 1933 Mitglied der NSDAP (Nr. 326470, kurz darauf revidiert auf 921743) und des BNSDJ; Sept. 1933 zum Ministerialdirektor ernannt und damit ranghöchster Beamter im Württ. Innenministerium; später Stellv. von Innenminister Jonathan Schmid (1888-1945); 1934 Mitglied im Kompetenzgerichtshof. D. wirkte viel für Verfolgte und Hilfsbedürftige. Ab Juli 1933 gehörte er für die Deutschen Christen dem Ev. Landeskirchentag und -ausschuss an. Wegen seiner Teilnahme am Kirchenkampf wurde er kurzzeitig inhaftiert. Ein Jahr nach dem Anschluss Österreichs wurde er im Apr. 1939 Amtsleiter des Reichsstaltalters für Österreich in Wien (bis Aug. 1939). Im Apr. 1939 trat er in die SS (Nr. 327310) als SS-Standartenführer ein und wurde nur wenige Monate später zum SS-Oberführer befördert. Nach dem Überfall auf Polen war D. bis Okt. 1939 Chef der

Zivilverwaltung (CdZ) beim Oberkommando der 14. Armee in Krakau. Nach Kriegsende bis 1947 in den Internierungslagern Stuttgart, Kornwestheim, Darmstadt sowie Ludwigsburg-Ossweil festgehalten, nach zwei Spruchkammerverfahren im Sept. 1949 schließlich als „Minderbelasteter“ entnazifiziert; er erhielt ab 1950 eine Pension. EK I und II, Ritterkreuz des Württ. Militärverdienstordens.

Lit.: BArch Berlin (ehem. BDC), 850 153; LArch Baden-Württemberg, Abt. HStA Stuttgart, EA 4/150 Bü 225. Burschenschaftler-Stammrolle 1934 (1934), S. 86; Führerlexikon (1934), S. 97; Wer ist's? (1935), S. 300; BL 1 (1940), S. 107; Bixier-Nachrichten v. Apr. 1968, Nr. 26, S. 9 (P); Frank Raberg, G. D. (1885-1968), in: Rainer Lächele/Jörg Thierfelder (Hrsg.), Wir konnten uns nicht entziehen. Dreißig Biographien zu Kirche und Nationalsozialismus in Württemberg (1998), S. 189-205; Bogdan Musial, Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement: eine Fallstudie zum Distrikt Lublin (1999), S. 396; Baden-Württembergische Biographien 3 (2002), S. 35-39; Klee (2003), S. 111; Germania Tübingen (2008), Nr. 1707. Internet (24.02.2017): G. D. (Wikipedia), LEO-BW, Interner Schriftwechsel der SS über den württembergischen Beamten Dr. G. D. (27. Dez. 2014, Transkript Jutta Braun); Dill, Gottlob – Archivportal-D. H.D.

Dohna-Lauck, Ludwig Wilhelm, Burggraf und Graf zu, geb. 24.02.1805 in Pultusk am Narew als Sohn des Kapitäns und Rittergutsbesitzers Carl Wilhelm August Burggraf und Graf zu D.-L., gest. 10.03.1895 Rittergut Wesselshöfen/Kr. Heiligenbeil (Pappenhemia-Königsberg). Nach Studium der Rechtswissenschaften 1823-1826 in Königsberg i. Pr. bis 1835 Gerichtsreferendar und 1835-1838 Oberlandesgerichts-assessor in Königsberg; seit 1831 Besitzer des Rittergutes in Wesselshöfen/Kr. Heiligenbeil; 1838-1842 Landschaftsrat, 1842-1844 Landrat des Kr. Insterburg; 1844-1853 Landschaftsdirektor, 1853-1858 Generallandschaftsdirektor; 1849, 1859 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses (Wahlkreis 1/Königsberg, Rechtes Centrum bzw. Wahlkreis 5,1/Königsberg 5); Mitglied der Provinziallandtags der Prov. Preußen und des Vereinigten Landtags 1847; 1847 und 1848 Abgeordneter des 1. und 2. Preußischen Vereinigten Landtags; 20.05.-07.08.1848 Abgeordneter der

Frankfurter Nationalversammlung (Wahlkreis Heiligenbeil), stimmte er als fraktionsloser Abgeordneter meist mit dem Rechten Centrum. 1849 Abgeordneter der Zweiten Kammer des Preußischen Landtags (Rechtes Centrum); 1866-1879 Mitglied des Preußischen Herrenhauses.

Lit.: Haunfelder (1994), S. 87; Best/Weege (1998), S. 127; Bernhard-Maria Rosenberg, Die ostpreußischen Abgeordneten in Frankfurt 1848/49. Biographische Beiträge zur Geschichte des politischen Lebens in Ostpreussen (1970), S. 45-48; Genealogisches Handbuch des Adels, Adelige Häuser B Bd. XIV (1981), S. 535. Internet (11.03.2019): L. W. Burggraf und Graf zu Dohna-Lauck, Pappenhemia, Mitglied des Ersten Vereinigten Landtags für Prov. Preußen; Mitglied des Zweiten Vereinigten Landtags für die Prov. Preußen 1848, Pappenhemia (alle Wikipedia), BIORAB-Frankfurt; territorial.de. P.K.

Drechsler, August Henning, geb. 08.02.1802 in Ebeleben (Schwarzburg-Sondershausen) als Sohn eines Justizamtmanns, gest. 25.06.1885 in Arnstadt (Jenaische Burschenschaft 1821). Studium der Rechtswissenschaften seit 1821 in Jena; Amtsaktuar in Clingen (1825), 1836-1847 Justizamtmann des Justizamtes Schernberg-Ebeleben, 1848 Vorstand des Verwaltungsamtes Gehren, 01.07.1850-26.06.1855 Vorstand der II. Abt. (Inneres) des Ministeriums in Sondershausen; 29.12.1851-23.05.1853 in allgemeiner Wahl erfolgreicher konservativer Abgeordneter des Landtags in Schwarzburg-Sondershausen für den Wahlkreis Ebeleben II. Der Landtag zerfiel in zwei Gruppen: eine, tendenziell liberalere, zu der D. gehörte, unterstützte die Regierung → Friedrich Chop (1801-1875), der mit der Märzrevolution Chef des Ministeriums in Schwarzburg-Sondershausen wurde, vom 18.03.1848 bis zum 30.06.1850 als Chef des Geheimen Ratskollegiums sowie vom 01.07.1850 bis 04./07.01.1852 als Chef des Ministeriums (Staatsminister) und Vorstand der 1. Abt. (Fürstliches Haus und Auswärtiges) in Sondershausen amtierte. Als der auch von D. unterstützte Verfassungsentwurf Chops 1852 der von Albert von Holleuffer (1803-1874) geführten Opposition unterlag, behielt D. zunächst seine amtliche Funktion,

schied mit Ende der Wahlperiode 1853 aus dem Landtag aus, wurde 1854 Staatsrat, indes als Vorstand der II. Abt. des Ministeriums 1855 zur Disposition gestellt.

Lit.: Jochen Lengemann, Landtag und Gebietsvertretung von Schwarzburg-Sondershausen 1843-1923 (1998), insbes. S. 165; Lönnecker (2015), S. 200, Nr. 374. Internet (11.11.2014): Liste der Mitglieder des Landtags des Fürstentums Schwarzburg-Sondershausen (Wikipedia). H.L./K.O.

Dreßler, Wilhelm geb. 09.03.1893 in Tannwald, Sterbedaten unbekannt (p. c. Burschenschaft Arminia zu Villach, Beitritt ca. 1911, Ehrensénior). Nach Besuch



der Volks- und Bürgerschule Berufs- und Sprachenkurse; kaufmännische Lehre in der Porzellanfabrik Hermann Scholz in Tiefenbach a. d. Desse; seit 1936 ebd. Prokurist; Turner seit der Schulzeit; später Oberturnwart im Turnverein Ober-Tannwald; 1914 bei der Festungsartillerie in Przemysl (Galizien), mit der er am Ersten Weltkrieg teilnahm; 23.03.1915 durch den Fall der Festung Przemysl in russischer Gefangenschaft; ebd. drei Jahre im russischen Postbüro tätig, daneben ebd. Führer einer Turnriege und Mitglied des Lagerorchesters; 1918 von tschechischen Legionären zum Wachtdienst eingezogen; 1920 Wiedereintritt in die Fa. Hermann Scholz, ebd. 1936 Prokurist; Leitung des Turnvereins Ober-Tannwald; Organisator großer

Gauturnfeste; nach eigenen Angaben seit 01.01.1924 Mitglied der österreichischen Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei (DNSAP), jedoch wegen Arbeitsüberlastung im Turnwesen ohne Amt; 04.10.1933 von Konrad Henlein mit dem Aufbau der Sudetendeutschen Heimatfront und später der Sudetendeutschen Partei (SdP) im Bezirk Tannwald beauftragt; in den folgenden Jahren verstärkt in die Konflikte der deutschsprachigen Minderheit mit dem tschechoslowakischen Staat verwickelt; 1935 in den Böhmisches Landtag gewählt; trat am 19.05.1938 als letzter Sprecher seiner Partei vor dem Auszug der Abgeordneten aus dem Parlament als Redner auf; Weihnachten 1937 bis Neujahr 1938 im Kreisgericht Reichenberg inhaftiert; bis Nov. 1938 Bezirksleiter, danach Kreisbeauftragter; 20.05.1938 Mobilmachung der tschechischen Armee und Schließung des Landtags; nach der Annektion der Sudetengebiete durch das Deutsche Reich im Herbst 1938 auf Reichswahlvorschlag als Abgeordneter für die Sudetengebiete in den Reichstag entsandt, dem er bis zum Ende der NS-Herrschaft im Frühjahr 1945 angehörte; Okt. 1938 zum Kreisbeauftragten berufen; Anfang 1939 bis 1945 Leiter des Kreises Gablonz und dortiger Hauptabschnittsleiter.

Lit.: Iring J. Grailer, Villacher Arminen im Wandel deutscher Geschichte (1962), S. 228 (P); Stockhorst (1967). S. 113; Joachim Lilla, Die Vertretung des „Reichsgaus Sudetenland“ und des „Protektorats Böhmen und Mähren“ im Grossdeutschen Reichstag, in: Bohemia. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder, Bd. 40, Ausg. 2 (1999), S. 456; Arminen-Verzeichnis (2013), S. 17; Lilla (2004), S. 192 f.. Internet (08.03.2020): W. D. (Wikipedia), Datenbank der deutschen Parlamentsabgeordneten. Mitteilung von Armin Bahr (Laufen) v. 07.03.2020. P.K.

Drewer, Paul, geb. 12.04.1901 in Hamm (Westf.), gest. 27.01.1967 in Nordhorn (Arminia-Gießen 1923, Rheno-Marchia (zeitweise Rheno-Cheruskia) Münster 1924, Palatia-Gießen 1928, später Suevia Leipzig zu Köln 1953 und Pflüger Halle zu Münster). Studium der Rechtswissenschaften in Gießen (ab SS 1923) und Münster (ab SS 1924); Gerichtsreferendar in Hamm

(Westf.); Dr. iur. 14.05.1928 in Erlangen („Die Unterlassungsklage im Warenzeichenrecht“); 1929 Große juristische Staatsprüfung. Nach mehrmonatiger Tätigkeit als Vertreter eines Rechtsanwalts in Dortmund Eintritt als Sozius in eine Kanzlei in Neuenhaus (Grafschaft Bentheim), dann Eröffnung einer eigenen Anwaltskanzlei in Nordhorn, ab 18.08.1932 Rechtsanwalt und Notar in Nordhorn. Den Zweiten Weltkrieg erlebte D. von Anfang bis Ende als Soldat. „Als 1945 alles verloren schien, stellte er sich – obwohl auch er als Soldat die Schrecken des Krieges erlebt hatte – in die erste Reihe derer, die in dieser aussichtslosen Situation bereit waren, die große Verantwortung für einen neuen Anfang zu übernehmen. Wegen seiner kompromisslosen Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus ernannte ihn die Militärregierung 1945 zum Bürgermeister der Stadt Nordhorn“ (Hans Meschede im Schwabenblatt Nr. 94). 1946-1948 erster Nachkriegsbürgermeister von Nordhorn, danach 1948-1956 sowie 1960-1964 Senator im Nordhorer Stadtparlament; 1945-1946 und ab 1948 bis in die fünfziger Jahre Abgeordneter des Kreistags des Landkreises Grafschaft Bentheim; Mitbegründer des Kreisverbandes Grafschaft Bentheim der CDU; 1950-1951 und erneut 1957-1958 CDU-Kreisvorsitzender und bis zuletzt Vorstandsmitglied des CDU-Kreisverbandes; daneben zahlreiche öffentliche Ämter und Ehrenämter: Vorsitzender des Polizeibeirats für den Reg.-Bez. Osnabrück, Mitglied des Vorstands der Rechtsanwaltskammer in Oldenburg, Vorsitzender des Ortsverbands Nordhorn des DRK, Mitglied des Zweckverbandes Stadt- und Kreiskrankenanstalten, Vertreter der „Traktatbauern“ und der deutschen Grenzbewohner im Bentheimer Grenzlandausschuss; 1967 BVK 1. Kl., das ihm aber wegen Krankheit nicht mehr ausgehändigt werden konnte.

Lit.: Akte PrA Nr. 855 des UA Gießen (Burschenschaft „Arminia“ 1885-1935); WWU Münster, Matrikel WS 1924/25 (digital); Jahrbücher des Allgemeinen Deutschen Burschenbundes 1924, 1927, 1929, 1931; Burschenschaftler-Stammrolle 1934 (1934), S. 1087 (Rhenio-Cheruskia Münster); Adreßbuch [des Frankenburg-Vereins] Dez. 1950; Grafschafter Nachrichten v. 28.01.1967 (P); Schwa-

ben-Blatt Nr. 94 v. März (1967 (Nachruf von Hans Meschede); BBl 1968, Heft 1/2, S. 33 (Unsere Toten); Reinhard Schreiner: Namen und Daten aus sechs Jahrzehnten Parteiarbeit. Die Vorsitzenden und Geschäftsführer der CDU-Landes-, Bezirks- und Kreisverbände seit 1945 (2012), S. 188. Internet (15.02.2019): Gerhard Plasger: Tönnis Porthenne der erste Schulrat nach dem Kriege, in: Bentheimer Jahrbuch 2007, S. 171-190. Internet (07.12.2020): Die Volksvertretung 1946-1972, S. 56; Nordhorer Ehrenbürger in der Diskussion. Die Stadt Nordhorn und die Verleihung von Ehrenbürgerwürden 1929 bis heute, S. 238. Auskünfte des Kreis- und Kommunalarchivs des Landkreises Grafschaft Bentheim vom 07.02. und des BArch Berlin (Heinz Fehlauer) v. 10.05.2019. G.Sch.

Ehing, Johann Evangelist, geb. 1807 in Ernatsreute, Pfarrei Lippertsreute, als Sohn eines Gastwirts, Sterbedaten unbekannt (Euthymia-Freiburg 1830); stud. phil., dann kath. theol., imm. Freiburg i. Br. WS 1829/30; 19.09.1835 Priesterweihe, 1835 Vikar in Seefeld, 1837 Kaplan in Steißlingen, Pfarrverweser in Holzhausen, 1846 Kaplaneiverweser in Engen, Pfarrverweser in Bietingen; Gründer und Vorstand des Volksvereins in Bietingen und Umgebung; predigte in Versammlungen und Messen die Revolution, verfasste und verbreitete revolutionäre Schriften und galt „als giftige Spitze der ‚Umsturzpartei‘ in Meßkirch“ (Gundermann nach Raab); Abonnent des „Volksführers“; Teilnehmer am Hecker-aufstand 1848, als „Wühler“ bezeichnet und nicht begnadigt; forderte bei einer Fahnenweihe in öffentlicher Rede zum Aufstand auf; wegen Teilnahme an hochverräterischen Unternehmungen in Untersuchung; hielt mehrere aufrührerische Reden und beantragte die Absetzung des Amtmanns Stein; 1849 vom Dienst suspendiert, Übertritt zum Deutschkatholizismus; während der Revolution 1849 Zivilkommissar; 14.01.1850 Aberkennung des Staatsbürgerrechts; 16.08.1850 vom Hofgericht Konstanz zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, Urteil vom Oberhofgericht bestätigt; Fahndung vom 18.07.1849; im Falle einer Rückkehr nach Bietingen sofortige Verhaftung angeordnet; Flucht nach Frauenfeld/Schweiz (Rorschach bzw. Frauenfeld), von dort aus am 19.06.1851 in die

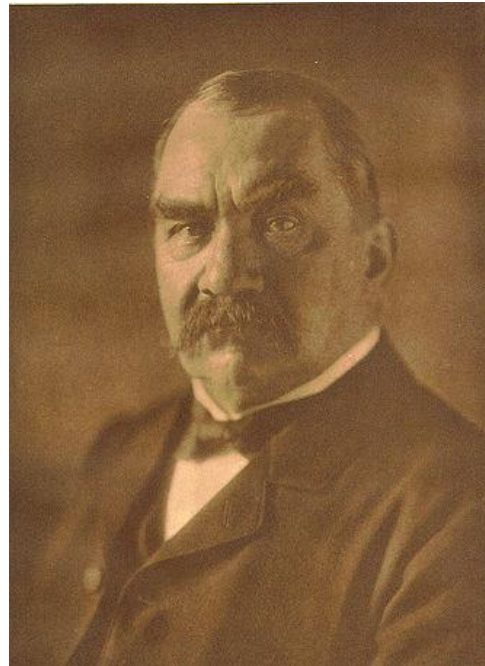
USA; im Juli 1851 angeblich ausgewiesen und nach England emigriert; Sommer 1856 wieder nach Baden zurückgekehrt; weitere Lebensdaten unbekannt.

Lit.: Clemens Rehm: Die katholische Kirche in der Erzdiözese Freiburg während der Revolution 1848/49 (Diss. 1987), S. 369; Raab (1998), S. 184. Internet (10.06.2020): Gundermann (o. J.), Matrikel der Universität Freiburg (1991), S. 351. Mitteilung des Erzbischöfl. Ordinariats Freiburg (Dr. Christoph Schmider) v. 09.02.2021. P.K.

Emmrich, Anton (Georg Eduard Friedrich), geb. 08.02.1820 in Meiningen als Sohn des herzogl. Hofpredigers Friedrich E., gest. ebd. 29.09.1897 (Germania-Tübingen 1839, 1841 Burschenschaftlicher Lese- und Kränzchenverein Berlin?, 1843 Jenaische Burschenschaft). Nach Besuch des Gymnasiums Bernhardinum in Meiningen Studium der ev. Theologie und der Philologie in Tübingen (bis 1841), Berlin (bis 1843) und Jena (1843); Dr. phil.; 1843 Hauslehrer in Hildburghausen und Meiningen, 1846 Lehrer am Gymnasium in Hildburghausen, dort 1847 Staatsprüfung für das höhere Schulfach; Mai 1856 Dritter Lehrer, 26.01.1858 Titel Professor, 01.10.1861 Dritter Lehrer am Realgymnasium in Meiningen; 14.-16.08.1865 Teilnehmer an der 50-Jahr-Feier der Jenaischen Burschenschaft; Dez. 1870 Erster Professor, 01.02.1879 als Nachfolger seines Bruders Direktor des aus der Realschule hervorgegangenen Realgymnasiums in Meiningen, das 1887 den Charakter einer neunstufigen Vollanstalt erhielt. E. trat auch als Geologe hervor, war Mitglied des Gemeinderats, Geh. Hofrat, wurde 1897 zum 50jährigen Dienstjubiläum Ehrenbürger von Meiningen und war Träger hoher Orden. Er „war ein wohlwollender, geistreicher, dabei lebenslustiger und lebensfreudiger Mann von lebendigem thätigen Interesse für das öffentliche Leben in Vaterland, Staat und Gemeinde“ (Doebner). In Meiningen wurde eine Straße nach ihm benannt. Veröffentlichungen u. a.: „Geschichte der Stadt Meiningen bis 1680. Programm zur öffentlichen Prüfung“ (1869), „Geschichte des Meininger Realgymnasiums von 1838-1888“ (Schulprogramm 1888).

Lit.: Nachlass als Teil des Familienarchivs im Thüringischen StA Meiningen; StadtA Meiningen, Sterbeurkunde v. 29.09.1897; Meininger Tagblatt v. 08.10.1897 (Nachruf); Eduard Wilhelm Doebner, Bausteine zu einer Geschichte der Stadt Meiningen. Aufsätze und Entwürfe (1902), S. 88; BL 1 (1940), S. 87; Bixier-Nachrichten Nr. 97 (2005), S. 70; Wilhelm Pocher, Meiningen. Lexikon zur Stadtgeschichte (2008), S. 68; Germania Tübingen (2008), Nr. 962; Kössler Personenlexikon (2008); Lönnecker (2015), S. 206, Nr. 420. Internet (13.11.2016): A. E. (Wikipedia). Mitteilungen von Karl Philipp (Germania-Tübingen) v. 10.11. und des StadtA Meiningen (Iris Helbing) v. 11.11.2014. H.L./K.O.

Engel, Julius (Friedrich Theodor), geb. 27.08.1842 in Schleswig, gest. 02.04.1926 in Hamburg (Teutonia-Kiel 1862/63, Allermannia-Heidelberg 1886). Aufgewachsen



in Schleswig, Studium der Rechtswissenschaften in Heidelberg und Kiel; 1867 Erstes juristisches Staatsexamen Kiel, 1867-1871 Referendar, Sekretär am Amtsgericht Reinbek; 1871 Zweites juristisches Staatsexamen; im gleichen Jahr als Assessor Wechsel an das Amtsgericht in Albersdorf; 1871-1880 Rechtsanwalt und Notar in Neumünster (Holstein); 1880-1882 Amtsrichter in Hamburg; 1882-1885 Landrichter ebd., 1885-1893 Landgerichtsdirektor ebd., 1893-1900 Oberlandesgerichtsrat in Hamburg, 1900 bis zu seiner Pensionierung 1917 Präsident des Landgerichts Hamburg; 1887 in die Hamburgische Bür-

gerschaft gewählt, der er bis 1913 angehörte; Anschluss an die Fraktion der Rechten; führend in der Kommission für Verwaltungsreform; 1902-1913 Präsident der Bürgerschaft; 1912 Dr. iur. h. c. Universität Kiel.

Lit.: Wer ist's? (1908), S. 318; Verzeichnis der Alten Herren der Deutschen Burschenschaft (1920), S. 120; Allemannen-Zeitung 1926/3, S. 39; Hamburger Fremdenblatt Nr. 93 v. 03.04.1926 (Nachruf); Die Burschenschaft Teutonia zu Kiel. Festschrift zum 175. Stiftungsfest hrsg. von Hellmut Heyse und Karl Habermann (1992), Alphabetisches Verzeichnis ..., Album Nr. 132; Goldenes Buch Allemannia zu Heidelberg (2006), S. 254 f. (P). Mitteilung der B. Teutonia Kiel (Valentin Rehfus) v. 13.02.2019. P.K.

Engelhardt, Karl, geb. 07.09.1876 in Nürnberg als Sohn eines Bürogehilfen, gest. 24.12.1955 in Heidelberg (Germania-Würzburg 1894). Nach Studium der neueren Sprachen in Würzburg und München sowie den beiden bayerischen Staatsexamina 1897/98 und 1900 Lehrer am Pädagogium in Wiesbaden, Michaelis 1897 bis Michaelis 1902 an der Goethe-Realschule in Offenbach a. M.; 1906-1928 Oberlehrer am Realgymnasium in Vegesack und am Realgymnasium in Bremen; Mitglied der SPD, 1924-1928 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft; vom Bremer Senat in den 1920er Jahren zum Prof. ernannt; nach der Pensionierung Umzug nach Baden-Baden; Verfasser mehrerer Theaterstücke, u. a. „Mehr Sonne“ (Zeitdrama, mit Ludwig Rohmann 1900), „Moorland“ (Schauspiel, 1901), „Der Heidesänger“ (Drama, 1905), „Menschlichkeit“ (Schauspiel, 1904), „Vivat academia“ (Tragikomödie, 1905). E. starb durch einen Sturz aus dem Zug zwischen St. Ilgen und Heidelberg-Kirchheim.

Lit.: Schulprogramm Vegesack Realgymnasium 1903; Brümmer 2 (1913), S. 148; Verzeichnis der Alten Herren der Deutschen Burschenschaft (1920), S. 265; Kössler Personenlexikon (2008). Internet (26.11.2018): K. E. (Wikipedia), BIOSOP. P. K.

Erdmann, Günther, geb. 12.01.1907 in (Atens/Nordenham) i. O. als Sohn eines Apothekers, gest. 12.05.1980 in Bonn (Derendingia-Tübingen 1926), Nach Besuch der Oberrealschule in Nordenham 1926-1931 Studium der Rechtswissenschaften in

Tübingen und Berlin; 1931 Referendarexamen, 1933 Dr. iur. („Der Hochverrat nach dem Reichsstrafgesetzbuch und nach den neuen Strafgesetzentwürfen“); seit 1931 im preußischen Justizdienst; 01.05.1933 Eintritt in die NSDAP (Nr. 2010377), Gefolgschaftsführer des Reichsjugendführers; 1935 Assessorexamen; 01.03.-31.10.1935 Referent im Rechtsamt der Deutschen Arbeitsfront (Zentralbüro); seit 01.11.1935 im Reichswirtschaftsministerium, Handelspolitische Abt., Referat Südosteuropa (Referent für Griechenland); 1938 Regierungsrat; 1940 Berufung in das Auswärtige Amt und komm. Leiter des neu eingerichteten Konsulats Kalamata (Griechenland); seit 1942 wieder im Reichswirtschaftsministerium in Berlin (Handelspolitische Abt., Referat Italien); 1945 Oberregierungsrat; 1945-1946 Internierung, danach Leitung der Agentur einer Speditionsfirma; seit 1948 Hilfskraft im Amt für den Deutschen Passkontrolldienst, Landesstelle Schleswig-Holstein in Kiel; 1949 Leiter der Landesstelle Schleswig-Holstein des Deutschen Amtes für Ein- und Ausreisegenehmigungen (Regierungsrat); 1951 Wiedereintritt in den Auswärtigen Dienst und Erster Botschaftssekretär der deutschen Botschaft in Dänemark unter Wilhelm Nöldeke, Generalkonsul in Kopenhagen, 1952 Gesandtschaftsrat; 1953 Generalkonsul in Mailand; 1954 Konsul 1. Kl.; 1959 Auswärtiges Amt, Legationsrat 1. Kl., Abt. 4 (Handelspolitik); 1962 Vortragender Legationsrat 1. Kl.; 1965 Ernennung zum deutschen Generalkonsul in Salisbury (Rhodesien), kein Amtsantritt wegen politischer Unruhen, Posten bis 1980 vakant; 14.07.1966 Generalkonsul in Casablanca; 1971 Versetzung in den Ruhestand; 1968 BVK 1. Kl.

Lit.: Udenrigsministeriets kalender (Dänemark 1952), S. 120; Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1966), S. 874; MV Derendingia (1967), Nr. 682; Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (1996), S. 1994; Keipert (Red.), Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871-1945, Bd. 1 (2000), S. 517 f. (P). Internet (23.05.2020): G. E., Tübinger Burschenschaft Derendingia. Bekannte Mitglieder (beide Wikipedia). Mitteilung des BA Berlin (Torsten Zarwel) v. 20.01.2021. P.K.

Eulenburg-Wicken, Botho (Heinrich) Graf zu, Sohn des Grafen Heinrich zu Eulenburg-Wicken, geb. 27.12.1804 in Königsberg i. Pr., gest. 17.04.1879 in Berlin (Pappenhemia-Königsberg). Nach Besuch des Friedrichs-Collegiums in Königsberg 1825-1828 Studium der Rechtswissenschaften in Königsberg, ebd. Referendar; kurze Tätigkeit beim Commerz- und Admiralitätskolleg in Königsberg; 01.04.1830 Austritt aus dem Staatsdienst und Bewirtschungung seines Gutes Wicken/Kr. Friedland/Ostpr.; 1826-1848 Landwehroffizier, zuletzt Premierleutnant bei der Landwehr-Cavallerie; 1835-1843 Landrat des Kr. Friedland i. Pr.; 1840 Kammerherr; 1843 Leiter der Abt. des Innern bei der Regierung in Königsberg, bis Juni 1849 ebd. Oberregierungsrat und Abteilungsdirigent; Juni-Juli 1849 Vizepräsident der Regierung in Stettin; von dort während des Waffenstillstands mit Dänemark vom 12.08.1849 bis Aug. 1850 als a. o. preuß. Bevollmächtigter zur Landesregierung von Schleswig delegiert; Aug. 1850 bis Okt. 1874 Direktor der Hauptverwaltung der Staatsschulden in Berlin; neben der dienstlichen ausgedehnte parlamentarische Tätigkeit: 1855-1858 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses (Wahlkreis 4/Marienwerder 3, Präsident 1855-1858); 1866-1879 Mitglied des Preußischen Herrenhauses; 1840-1879 Abgeordneter des Provinziallandtags und dessen langjähriger Landtagsmarschall; Vereinigter Landtag 1847, I. Kammer 1849-1852; 1850 in einer Nachwahl in das Volkshaus des Erfurter Unionsparlaments gewählt (Annahme des Amtes ohne förmlichen Eintritt); 1867-1870 außerdem Abgeordneter des Norddeutschen und 1871-1878 des Deutschen Reichstags (Wahlkreis Schlochau/Flatow); 1867 Ehrentitel eines Oberburggrafen und 1874 eines Landhofmeisters des Königreichs Preußen.

Lit.: Altpreußische Biographie 1 (1941), S. 170; NDB 4 (1959), S. 680 (Kurt Forstreuter); Kosch BStHB 1 (1963), S. 302; Haunfelder/Pollmann (1989), S. 117 und 399; Haunfelder (1994), S. 93; Fritz Specht/Paul Schwabe, Die Reichstagswahlen von 1867 bis 1903 ... mit einem Verzeichnis der gewählten Abgeordneten (2. Aufl., 1904), S. 21; Wer ist's? (1911), S. 349. Internet (12.03.2017): Graf B.

H. zu Eulenburg auf Wicken, Pappenhemia, territorial.de, Liste der Mitglieder des Preußischen Herrenhauses, Mitglied des Ersten Vereinigen Landtages für die Prov. Posen, Provinziallandtag der Prov. Preußen, Preußisches Abgeordnetenhaus, Pappenhemia (alle Wikipedia), Datenbank der deutschen Parlamentsabgeordneten. P.K.

Fähnrich, Kurt, geb. 22.09.1900 in Charlottenburg bei Berlin, gest. 05.06.1976 in Hameln (Sigambria-Charlottenburg 1926, Neogermania-Berlin). Nach Besuch des Schiller-Realgymnasiums in Charlottenburg bei Berlin (Abitur 1917) und Kriegsdienst seit 1919 Studium zunächst der Mathematik, Physik und Chemie, dann der Volkswirtschaftslehre, Rechtswissenschaften und Kriminalistik in Berlin; 1927/28 Eignungsprüfung für den Dienst bei der Kriminalpolizei; 1928 Kriminalkommissar-Anwärter bei der Mordinspektion Berlin; 1930 Kriminalkommissar-Prüfung und Versetzung zur Mordinspektion; 1931 Kriminalkommissar und Leiter des Raubkommissariats in Berlin-Charlottenburg; 1933 Versetzung zur Abt. IA (politische Polizei), später Gestapo; seit 01.05.1933 Mitglied der NSDAP (Nr. 3472773); 1933-1937 Mitglied der SA, 1939-1943 in der NSV; nach eigenen Angaben am 30.06.1934 wegen Teilnahme an der „Röhmrevolte“ seines Amtes enthoben und im KZ Lichtenburg (Prettin) inhaftiert, danach an die Kriminalpolizei rücküberstellt; 1934-1936 Leiter des Morddezernats der Kriminalpolizei in Berlin-Wilmersdorf; 1936 zum Leiter der Reichszentrale zur Bekämpfung von Kapitalverbrechen im Reichskriminalpolizeiamt Berlin (später Amt V des RSHA) abkommandiert; 1939 zum Kriminalrat, am 09.11.1943 zum Kriminaldirektor (in Berlin und Hannover) befördert; Apr. 1945-März 1947 in alliierter Internierung; in seinem Entnazifizierungsverfahren am 23.09.1947 zunächst in Kategorie III, dann im Berufungsverfahren am 22.03.1949 in Kategorie IV eingestuft; nach dem Krieg Vorsitzender des BHE; Vorsitzender des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen (ZvD) im Kreisverband Nienburg (Weser), des Deutschen Beamtenbundes im Kreiskartell Nienburg

und des Mieter-Schutzvereins für den Kr. Nienburg; 06.05.1951 bis 05.05.1955 Mitglied des Niedersächsischen Landtags (über die Landesliste des BHE gewählt, mit Wirkung zum 16.03.1953 GB/BHE); Mitglied des Ausschusses für innere Verwaltung; 1955 bis 1960 (Pensionierung) im Dienst in der niedersächsischen Kriminalpolizei, zuletzt als Leiter der Landeskriminalpolizei-Außenstelle Hameln; 1960 Ruhestand.

Lit.: Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Burschenbundes 1929, S. 138; Beiträge zur Geschichte der A.D.B.-Burschenschaft Sigambria-Charlottenburg (1931), S. 48; Burschenschaftler-Stammrolle 1934 (1934), S. 612 und 1007; MV des Frankenburg-Bau-Vereins e. V. (Stand v. 1. März 1940), 1940, Nr. 48; Simon (1996), S. 93; Stephan Alexander Glienke, Die NS-Vergangenheit späterer niedersächsischer Landtagsabgeordneter. Abschlussbericht zu einem Projekt der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen im Auftrag des Niedersächsischen Landtages, hrsg. vom Präsidenten des Niedersächsischen Landtages (Nachdruck der 1. Aufl. 2012), S. 153 f. (auch digital). Internet (14.11.2016): K. F., Liste der Mitglieder des 2. Niedersächsische Landtags (2. Wahlperiode (beide Wikipedia). Mitteilung von Jens Carsten Claus (Dubai) v. 28.11.2018. E.A/K.O.

Fasold, (Heinrich Gustav) Hermann (Armin), geb. 19.10.1815 in Ebersdorf a. d. Saale als Sohn eines fürstlich-reußischen Rentamtsverwalters, gest. 09.02.1880 in Gera (Jenaische Burschenschaft 1834). Nach Besuch des Gymnasiums Rutheneum in Gera 1834-1838 Studium der ev. Theologie in Jena, 17.07.1837 (Erstes) Examen pro candidatura, 1838 Lehrer in Sankt Gangloff (Sachsen-Altenburg); 1840 „Informator“ (Hauslehrer) im Hause des Barons von Schmertzing in Kloster Lausnitz (Sachsen-Altenburg), März 1843 Katechet in Hirschberg a. d. Saale (Fürstentum Reuß j. L.) und zugleich Ausübung des Pfarrdienstes mit Predigeramt in Ullersreuth (Fürstentum Reuß, j. L.); 24.08.1846 (Zweites) Examen in Gera, 26.08.1846 dort Ordination, dann Kollaborator in Lobenstein (Fürstentum Reuß, j. L.); bereits Abgeordneter des Beratungslandtags 1848/49, dann von Großgrundbesitzern gewählter Abgeordneter des Landtags von Reuß j. L. vom 02.10.1848 bis 21.12.1849,

vom 10. bis 29.11. 1851 und vom 12.02. 1852 bis 1857; 1849 und 1856 Vizepräsident, interimistischer Präsident oder Präsident des Landtags; seit 10.11.1849 Bürgermeister von Hirschberg a. d. Saale, Ende 1850 Wiederwahl; im Herbst 1851 Gerichtsverfahren gegen ihn „wegen Aufreizung zum Hochverrat“, Verurteilung zu einer dreimonatigen Haftstrafe, die von Fürst Heinrich XVII. am 15.12.1855 unter Auflagen zur Bewährung ausgesetzt wurde; 1859 Buchhalter im „Wechsel-Geschäft Eduard Glaß“ in Gera; seit 12.10. 1875 Bürgerrechte in Gera, 1877 Verpflichtung als Standesbeamter. „Man kann Fasold wohl als Liberalen, möglicherweise sogar als Demokraten bezeichnen“ (Lengemann).

Lit.: Reyk Seela, Landtage und Gebietsvertretungen in den reußischen Staaten 1848/67-1923. Biographisches Handbuch (1996), insbes. S. 217; Thüringer Pfarrerbuch, Bd. 4, Die reußische Herrschaften (2004), bearb. von Ortrun und Ernst Einsiedel, S. 250, Nr. 252; Lengemann (2005), S. 341; Lönnecker (2015), S. 210 f., Nr. 458. Mitteilungen des StadtA Gera (Carla Römer) v. 19.11.2014 und der Ev. Kirche in Mitteldeutschland, Landeskirchenarchiv Eisenach (Margitta Köppe) v. 06.01.2017. H.L./K.O.

Fehrenbach, Salomon, geb. 07.01.1812 in St. Märgen (Baden) als Sohn eines Landwirts, gest. 18.08.1892 in Freiburg i. Br. (Euthymia-Freiburg 1831/32); bis zu seinem 14. Lebensjahr als Feldarbeiter, vor allem als Hirte tätig. Nach Besuch der Mittelschule in Donaueschingen 1833-1837 Studium der Rechtswissenschaften und Philosophie in Freiburg i. Br. „Während der Studienzeit mußte er sich mittels Unterrichtertheilens, Schreibens um Lohn und s. g. Umessens bei Gönnern den Mangel des Vermögens zu ersetzen suchen“ (Biogr. Umrisse). Nach dem Staatsexamen 1837-1839 Aktuar beim BA in Stockach; 1839-1843 Rechtspraktikant, zunächst beim Landamt in Freiburg, 1839-1841 beim BA in Ettlingen, seit 1841 beim BA in Kenzingen; 1843-1847 Assessor, zunächst beim BA in Kenzingen, 1845 beim BA in Säckingen, 1845-1846 beim BA in Schopfheim, seit 1846 wieder in Säckingen; 1847-1892 Rechtsanwalt, zunächst in

Säckingen (Ausweisung wegen Aufruhrs), seit 1850 in Freiburg; 27.06.1848-18.06.1849 Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung für 5 Baden (Schopfheim), radikaldemokratische Fraktion Donnersberg; votierte gegen die Wahl Friedrich Wilhelms IV. zum Kaiser der Deutschen; Märzverein, Mitglied des Ausschusses für die Durchführung der Reichsverfassung; Abgeordneter des Stuttgarter Rumpfparlaments; blieb auch in Freiburg trotz polizeilicher Überwachung und zeitweiliger Haft (1852 wegen Besitzes aufrührerischer Schriften zu drei Monaten Festungshaft in Rastatt verurteilt) politisch aktiv; 1879 Rechtsanwalt am Landgericht Freiburg; Mitglied mehrerer Freiburger Vereine, großer Einfluss im Arbeiterbildungsverein (Vorstandsmitglied); bis 1852 Mitglied der Lesegesellschaft; seit 1866 Mitglied der Freiburger Loge „Zur edlen Aussicht“; in den 1860er Jahren auch kommunalpolitisch aktiv, u. a. als Verwalter der Beurbarung und der Städtischen Sparkasse; veröffentlichte unter dem Namen „s' Schwizerseplis Salmo“ Gedichte in alemannischer Mundart (u. a. „Erstlinge der Dichtkunst“, 1842).

Lit.: Biographische Umriss der Mitglieder der deutschen konstituierenden Nationalversammlung ... 2. Heft (1848), S. 103; Hugo Ficke, Geschichte der Freimaurerloge Zur edlen Aussicht in Freiburg in Baden (1874), a. m. O.; Julian Edwards, Sunlight shadow; nine songs with English and German words (ca. 1894 (auch digital), mit einer Vertonung von F.s Gedicht „Dir nur dir“ („Only Thee“), S. 3; Schwarz (1965), S. 57; Kosch LL 4 (1972), Sp. 383; Koch (1989), S. 156; Heiko Haumann/Hans Schadeck (Hrsg.), Geschichte der Stadt Freiburg im Breisgau, Bd. 3 (1992), S.127, 178; Best/Weege (1998), S. 139 f.. Internet (10.06.2010): Gundermann (o. J.), S. F. (Wikipedia), BIORAB-Frankfurt, Matrikel der Universität Freiburg (1991), S. 394. P.K.

Filbert, Alfred (falsch Albert) Karl Wilhelm, geb. 08.09.1905 in Darmstadt als Sohn eines Berufssoldaten, Kompaniefeldwebels und späteren Hauptmanns, gest. 01.08.1990 in Berlin (Alemannia-Gießen 1927, ausgeschieden 1962). Wuchs bis zum sechsten Lebensjahr in Darmstadt auf, 1911 in Worms, wo der Vater als Telegrapheninspektor bei der Post beschäftigt war;

dort Besuch der Oberrealschule bis zur Obersekunda, ab 01.04.1922 Lehre bei der Commerz- und Privatbank in Mannheim, dann bei der Rheinischen Kreditbank in Worms; ab Herbst 1925 parallel Besuch



einer Privatschule, 28.03.1927 als Externer Abitur an der Oberrealschule Mainz; 30.04.1927 in Gießen imm. für Rechtswissenschaft und Nationalökonomie, 02.05.-25.07.1929 imm. in Heidelberg, dann wieder in Gießen; verschiedene Übungen in Marburg ohne Immatrikulation; 23.08.1932 Mitglied der NSDAP (Nr. 1321414) und der SS (Nr. 44552); 20.12.1933 Erste Juristische Staatsprüfung, 27.01.1934 Referendar in Worms und Alzey; ab 20.02.1936 beim Geheimen Staatspolizeiamt in Berlin, 14.11.1938 endgültige Übernahme; Dez. 1934 Dr. iur. in Gießen („Kann das Ablehnungsrecht des Konkursverwalters des Vorbehaltsverkäufers mit der Anwartschaft des Käufers auf den Eigentumserwerb ausgeräumt werden?“); noch während des Referendariats Bewerbung beim SD der SS, 01.03.1935 Einstellung in der Abwehrabteilung (III), dann dort als Hauptabteilungsleiter zuständig für die Anwerbung und den Einsatz von V-Leuten im Ausland; 01.07.1936 SS-Untersturmführer, 30.01.1937 SS-Obersturmführer; 12.09.

1937 SS-Hauptsturmführer, 12.03.1938 SS-Sturmbannführer; Herbst 1938 im Sudetenland, Sudetenland-Medaille; 20.01.1939 SS-Obersturmbannführer; März 1939 im Memelland, März 1940 Memel-Medaille; 05.06.1939 Regierungsrat; nach Bildung des RSHA ebd. 27.09.1939 Gruppenchef in der Amtsgruppe A „Allgemeine Aufgaben“ im Amt VI (SD-Ausland) und Stellv. Amtschef; Verurteilung seines Bruders Otto (1904-1944/45), der als Ingenieur bei der Junkers Flugzeug- und Motorenwerke AG in Dessau tätig war, seinen Unmut über das Scheitern des Attentats Georg Elzers auf Hitler (08.01.1939) geäußert hatte, dafür verurteilt wurde und seine Strafe im Gefängnis Dessau und im KZ Buchenwald verbüßte, verhinderte F.s weitere Karriere; nur noch Beschäftigung in nachgeordneten Positionen; Juli 1940 kurzzeitig in der Waffen-SS (SS-Totenkopf-Regiment 14) als SS-Unterscharführer, dann wieder im RSHA; 20.04.1941 KVK 2. Kl. mit Schwertern; vor Beginn des Kriegs gegen die Sowjetunion freiwillige Meldung und 16.06.1941 Übernahme des 186 Mann starken Einsatzkommandos 9 (EK 9) der Einsatzgruppe B und Einsatz in Litauen und Weißrussland im Bereich der Heeresgruppe Mitte, die nach F.s Vernehmung nach dem Krieg die „Entlastung des Heeres“ durch Bekämpfung versprengter Sowjetsoldaten und Partisanen bezweckte, tatsächlich aber die Vernichtung von kommunistischen Funktionären und Juden zum Ziel hatte; 01.07.1941 in Varena südöstl. Wilna; Teilkommandos in Grodno und Lida, um diese Städte „sicherheitspolizeilich zu überholen“; 02.07.1941 in Wilna, 20.-25.07.1941 in Wilejka und Molodeczno; 02.08.1941 in Witebsk, das zum Hauptstandort wurde; Teilkommandos in Polozk, Lepel, Newel, Surash, Janowitschi und Gorodok, wo es jeweils zu Massenerschießungen kam. Am 23.09.1941 wurden in Janowitschi „die Insassen des Gettos [sic] in einer Stärke von 1.025“ als „sonderbehandelt“ gemeldet. Im Sept. 1941 überwiegend Partisanenbekämpfung, 08.10.1941 „Räumung“ des Ghettos in Witebsk und „Liquidation der im Getto [sic]

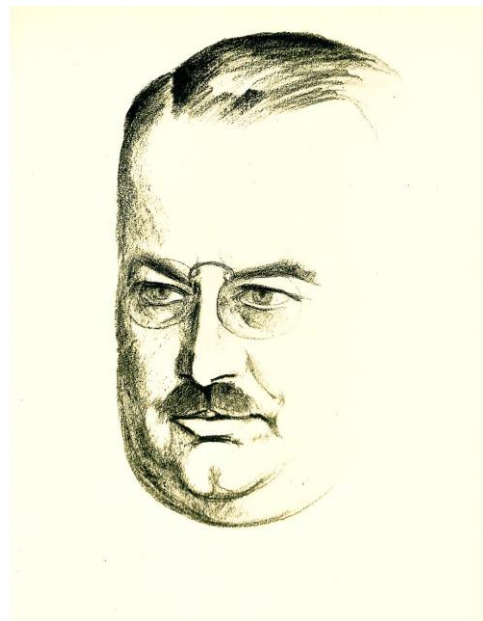
befindlichen Juden“; 20.10.1941 Abgabe des Kommandos. Das EK 9 hatte bis zu diesem Zeitpunkt mindestens 11.449 Menschen exekutiert, nach anderer Zählung 18.071 oder 22.085. In Berlin führten Vorwürfe, F. habe Devisen unterschlagen, zur Suspendierung vom RSHA-Dienst bis Herbst 1943. Das Disziplinarverfahren wurde eingestellt, F. jedoch nicht mehr beim SD eingesetzt, sondern bei der Kriminalpolizei, Amt V, wo er am 04.07.1944 die neu gegründete Amtsgruppe „Wirtschaftskriminalität“ (V Wi) übernahm; Ernennung zum Leiter der Amtsgruppe „Einsatz“ (V B); 12.09.1944 KVK 1. Kl. mit Schwertern; Apr. 1945 mit anderen RSHA-Angehörigen Abgang nach Schleswig-Holstein, im Mai nach Thüringen; schlug sich zu seiner Familie in Bad Gandersheim durch, wo er ab Juni 1945 unentdeckt unter dem Namen „Dr. Alfred Selbert“ (seiner alten, durch entsprechende Papiere abgesicherten SD-Identität) lebte und bei einer Möbelfabrik arbeitete. Nahm im Apr. 1951 auf Grund des Straffreiheitsgesetzes v. 31.12.1949 wieder seinen richtigen Namen an; Mitte Nov. 1951 in Hannover, beschäftigt bei der Braunschweig-Hannoverschen Hypothekenbank; 01.01.1958 Filialleiter von deren Niederlassung in Berlin; 25.02.1959 wegen seiner Tätigkeit als EK-Führer verhaftet und angeklagt. Im Urteil des Landgerichts Berlin v. 22.06.1962 heißt es: „Sein Auftreten während dieses Einsatzes war das eines überzeugten Nationalsozialisten. Er war ein strenger Vorgesetzter, der die Führung des Kommandos fest in der Hand hielt, hatte zu den Kommandoangehörigen – auch soweit sie im Führer(Offiziers-)rang standen – ein sehr distanziertes Verhältnis, bestand auf der strikten Durchführung seiner Befehle und war allen Erwägungen, die auf Einschränkung der Erschießungen zielten, unzugänglich.“ Verurteilung wegen gemeinschaftlichen Mordes an mindestens 6.800 Menschen (tatsächlich dürfte die Zahl mindestens doppelt so hoch gewesen sein) zu lebenslangem Zuchthaus. Am 09.04.1963 verwarf der Bundesgerichtshof den Revisionsantrag F.s, Haftantritt in der Strafanstalt Berlin-Tegel; 05.06.

1975 Entlassung nach fachärztlicher Feststellung der Haftunfähigkeit; lebte anschließend in Berlin. Im Film „Wundkanal. Hinrichtung für vier Stimmen“ (Deutschland/Frankreich 1984) von Thomas Harlan, 1984 auf der Biennale in Venedig vorgestellt, wird F. in der Rolle des „Dr. S.“ interviewt und als „Nazi-Monstrum“ und Polizeispezialist für manipulierte Selbstmorde vorgestellt, der die im Film aufgestellte These untermauern soll, die in Stuttgart-Stammheim inhaftierten RAF-Terroristen seien 1977 ermordet worden.

Lit.: BArch, Berlin, Slg. BDC, SSO/SS-Führerpersonalakten, VBS 286/6400010138, SSO-Akte Dr. A. F.; ebd., Akten des RS/Rasse- und Siedlungshauptamts SS, VBS 283/6010010064, Dr. A. F.; BArch-MArch, Freiburg i. Br., RS 4/932, Brigaden, Legionen, Standarten sowie Kampfgruppen und Einheiten der Waffen-SS; BArch, Koblenz, DB 9: Deutsche Burschenschaft, M. Burschenschaftlerlisten Gießen, Alemannia: Filbert, A. K. W.; Hess. StA Darmstadt, Justizministerium/Personalangelegenheiten, G 21 B, Nr. 2862, Dr. A. F.; BL 2 (1942), S. 143; Carl Walbrach (Hrsg.), Geschichte der Giessener Burschenschaft Alemannia 1861-1961 (1961), S. 268, Nr. 774; Friedrich Bert/Hans [Georg] Gundel (Hrsg.), Weitere Beiträge zur Geschichte der Gießener Burschenschaft Alemannia. Festgabe zum 110. Stiftungsfest (1971), S. 134, Nr. 774; Irene Sagel-Grande u. a., Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945-1966 8 (1978), S. 601-651; Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938-1942 (1981), S. 182 f.; Peter Klein (Hrsg.), Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD (1997), S. 325; Christian Gerlach, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944 (1999), a. m. O.; Kerstin Freudiger, Die juristische Aufarbeitung von NS-Verbrechen (2002), S. 71; Michael Wildt, Generation der Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes (2002), S. 322, 397, 819; Klee (2003), S. 150; Marita Krauss (Hrsg.), Rechte Karrieren in München von der Weimarer Zeit bis in die Nachkriegsjahre (2010), S. 246, 256, 259; Klaus-Michael Mallmann u. a. (Hrsg.), Die „Ereignismeldungen UdSSR“ 1941. Dokumente der Einsatzgruppen in der Sowjetunion (2011), S. 733; Alex J. Kay, Ungleiche Brüder. Der SS-Massenmörder und der KZ-Häftling (2013), S. 49-55; ders., Transition to Genocide, July 1941: Einsatzkommando 9 and the Annihilation of Soviet Jewry, in: Holocaust and Genocide Studies 27/3 (2013), S. 411-442; ders., The making

of an SS Killer. The Life of Colonel A. F., 1905-1990 (2016). Internet (01.08.2017): A. F. (Wikipedia), A. F. (1905-1990) – Gedenkorte Europa, Thomas Harlan: Wundkanal (1984), A. F. Erster Chef des SS-Einsatzkommandos 9 im Krieg gegen die Sowjetunion, Brothers – The SS Mass Murderer and the Concentration Camp Inmate; Stephan Linck, Fahndung nach Kriegsverbrechern. Die Filed Security Section (FSS) in Schleswig; VVN-BdA Stade, Ein SS-Mann aus Stade. Dokumentation. H.L.

Finkenwirth, Kurt, geb. 04.05.1885 in Greiz als Sohn eines Fabrikbesitzers und Textilkaufmanns, gest. 04.01.1943 bei einem Eisenbahnunglück in Wunstorf (Normannia-Leipzig 1906). Nach dem Abitur



am humanistischen Gymnasium in Greiz 1903 zunächst Lehre als Bankkaufmann, 1905/06 Einj.-Freiw. im 10. Sächs. Inf.-Rgt. Nr. 134 (zahlreiche weitere militärische Übungen, 01.04.1912 Lt. d. R.), anschließend Studium der Rechts- und Staatswissenschaften; Studienabschluss und Promotion zum Dr. phil. 1909 („Urkundliche Geschichte der Gera-Greizer Wollwarenindustrie von 1572 bis zur Neuzeit“, Druck 1910); 1909 Hilfsarbeiter, 1910 wissenschaftl. Hilfsarbeiter und 1916 Syndikus am Kgl. Sächsischen Statistischen Landesamt in Dresden; 1910-1929 (1914-1917 unterbrochen durch seine Teilnahme als Reserveoffizier am Ersten Weltkrieg im 9. Sächs. Inf.-Rgt. Nr. 133, zuletzt Oblt. d. R., EK II, Sächs. Albrechts-Orden

2. Klasse mit Schwertern) bei der Industrie- und Handelskammer Krefeld, zunächst als wissenschaftl. Hilfsarbeiter, seit 1912 als Stellv. Syndikus, seit 1915 als Syndikus; zugleich Vorstand des Statistischen Amtes der Stadt Krefeld; 1918-Mitte 1919 zum Reichswirtschaftsministerium beurlaubt; dort zunächst Abteilungsleiter, dann Vorstandsmitglied der Reichsbekleidungsstelle und Direktor der Reichstextil-AG; danach als Kommissar des Reichswirtschaftsministers für die Textil-Notstandversorgung tätig; Hauptgeschäftsführer für die Handelskammer Krefeld; kam als solcher 1920 als Erster Syndikus der Industrie und Handelskammer nach Hannover; dort reger Anteil an der Weiterentwicklung der Kammerorganisation; Geschäftsführender Vorsitzender des Industrie- und Handelskammerverbandes Niedersachsen-Kassel; Vorstandsmitglied des Wirtschaftsverbundes Hannover; 1925 Mitgründer, Vorstandsmitglied und Schatzmeister der „Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft zum Studium Niedersachsens e. V.“; Vorstandsmitglied der Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft Niedersachsens; Vorsitzender des Harzwasserbeirates; außerdem Aufgaben als Mitglied des Reichseisenbahnrates, des Landeseisenbahnrates Hannover und des Weser-Ems-Wasserstraßenbeirates; Stellv. Vorsitzender im Kuratorium der von ihm initiierten Harzwasserwerke; 1919-1929 Abgeordneter des Provinziallandtags Hannover (Wahlbezirk Hameln-Stadt und HamelnPyrmont, Vereinigte Hannoversche Provinzialliste); ebd. 1926-1929 Fraktion „Arbeitsgemeinschaft“ und für jede Sitzungsperiode in den Haushaltsausschuss gewählt; 1926 Wahl zum Stellvertreter im Provinzialausschuss; auch 1930 in dieses Amt gewählt, obwohl er seit der November-Wahl 1929 nicht mehr Abgeordneter des Provinziallandtags war; 12.05.1931 akadem. Ehrenbürger der TH Hannover; Korrespondierendes Mitglied der Geographischen Gesellschaft zu Hannover; 1933 „aufgrund unhaltbarer politischer Verdächtigungen“ von der Vollversammlung der IHK Hannover von der

Wahrnehmung seiner Dienstgeschäfte entbunden und zum 01.10.1933 in den Ruhestand versetzt, blieb er „aber ähnlichen Organisationen stets verbunden“; ab 1940 in Berlin Oberstintendant im Oberkommando des Heeres (OKH); Mitglied der VaB Hannover, vielfach deren Vorstands- u. Ausschussmitglied, 06.03.1930 Vortrag vor der VaB „Die deutsche Wirtschaft in Staat und Volk“. Veröffentlichungen u. a.: „Die Gera-Greizer Textilindustrie“ (1910); „Crefeld als Handels-, Industrie- und Gartenstadt“ (1912), „Die Verkehrsentwicklung Crefelds seit 1900“ (1915), „Denkschrift über Talsperrenbauten im Westharz. Westsperrren-Vorentwurf“ (mit Otto Franzius, 2 Bde., 1926), „Die Harzwasserwerke der Provinz Hannover in ihrer Bedeutung für das Leine-Innerste-Oker-Aller Flußgebiet“ (1927), „Kammern und Kommunen“ (1928); zahlreiche sonstige volkswirtschaftliche und statistische Beiträge insbesondere über allgemeine Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsverfassung, Tributlasten, Steuerrecht, Kommunalpolitik, Verkehrspolitik und Wasserwirtschaft.

Lit.: Verzeichnis Alter Burschenschafter (1912), S. 50; N. N., Dr. F., in: Hannoversche Köpfe aus Verwaltung, Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft 1 (1928), o. S.; Deutsche Wirtschaftsführer (1929), Sp. 609; Reichshandbuch 1 (1930), S. 439 f.; Burschenschafter-Stammrolle, 1934, S. 118; Wer ist's? (1935), S. 404; Wer ist wer? (1955), S. 405; Albert Lefèvre, 100 Jahre Industrie- und Handelskammer (1966); ders., K. F. 1885-1943, in: Hannoversche Geschichtsblätter NF 31 (1977), S. 69-84; Waldemar R. Röhrbein, K. F., in: Dirk Böttcher/Klaus Mlynek/Waldemar R. Röhrbein, Hannoversches Biographisches Lexikon. Von den Anfängen bis zur Gegenwart (2002), S. 117 (auch digital); Biographisches Lexikon niedersächsischer Parlamentarier 1919-1945 (2004), S. 109 und 415; Christian-Alexander Wäldner, K. F. – Syndikus der Industrie- und Handelskammer, in: ders., Die Technische Hochschule Hannover und der Entzug akademischer Titel in der NS-Zeit. Ergebnisse hannöverscher Vorgänge unter der Berücksichtigung des Falles Walter Dux (2012), S. 60 f. u. ö.; Nomen nominandum, Am Anfang ein unruhiger Geist, in: Stefan Noort (Ges.-Ltg.), Rückblick vorwärts. Zeitsprünge aus 150 Jahren IHK Hannover (2015), S. 19 ff.; Harald Lönnecker (Bearb.), Stammrolle des Akademischen Turnvereins, der Turnerschaft, der Freien schlagenden Verbindung und der Burschenschaft Normannia zu Leipzig/Normannia-Leipzig zu Marburg 1868-2018, 2 Teile (Stand: 05.12.2018), SS

1906. Internet (24.05.2020): K. F., Niedersächsische Personen (beide Wikipedia), Mitglieder des Provinziallandtages von Hannover (Weimarer Republik), BArch online: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, BAK Kurzbiographien. Mitteilung von Maik Thiem (Leipzig v. 25.05.2020 (mit Kopie der Immatrikulationsurkunde). P.K./H.L.

Fischer, Johann Nepomuk, geb. 22.05.1803 in Singen, gest. 05.05.1856 (Academisch-Gesetzlicher Verein („Neutralia“) Freiburg i. Br. 1824); stud. phil. imm. Freiburg WS 1822/23, später stud. med.; 1840 Lizenz als Prakt., 1841 als Wund- und Hebarzt; Praxis in Kleinlaufenburg bei Säckingen; wahrscheinlich identisch mit dem bei Raab (S. 225) erwähnten Johann Nepomuk F., Arzt in Albruck/Waldshut, der 1849 in die badische Revolution verwickelt war. „Derselbe wurde von dem Revolutionsamtsvorstand Thoma u. von dem sogenannten Civilkommissär Geometer Herzog zum Physikatsverwalter eingesetzt, hat als solcher funktioniert, u. der Sache der Revolution auch in anderer Weise Vorschub gethan. Er ist überhaupt ein böartiger Mensch, der Staatsregierung stets entgegen, u. ein heftiger Republikaner ... Derselbe ist ein ganz bekannter Wühler, war Mitglied des Volksvereins in Thiengen u. Schriftführer dabei“ (GLA Ka 236 Nr. 16007, hier zit. nach Gundermann). 1848 Bürgerwehrrpflichtiger; nach Angaben vom Juni 1848 Physikus in Waldshut; leistete den Eid auf die revolutionäre Regierung; ließ sich die Stelle eines Physikus übertragen und forderte andere zur Beteiligung an der Empörung auf; im Aug. 1849 verhaftet; am 10.10.1849 wegen Beteiligung am Hochverrat für „klagfrei“ erklärt; 1850 unter polizeilicher Aufsicht, zuletzt in Kleinlaufenburg ansässig.

Lit.: Raab (1998), S. 225 (mit Belegen). Internet (10.06.2020): Gundermann (o. J.), Matrikel der Universität Freiburg (1991), S. 417. P.K.

Fischer, Walther (Gustav), geb. 27.10.1883 in Tientsin/China als Sohn eines Kaufmanns und Konsuls, gest. 22.03.1954 in Hamburg (Franconia-Freiburg 1902). Kam mit anderthalb Jahren nach Hamburg und wuchs bei seiner Großmutter auf. Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg

und Berlin. Nach Promotion 1912 in Göttingen („Eventualhäufungen in Klage, Widerklage und Rechtsmitteln“) war er zunächst Sozius in der Hamburger Kanzlei Wassermann/Bußmann/Fischer, eröffnete



dann eine eigene Praxis; nach dem Ersten Weltkrieg (Teilnahme als Artillerieoffizier) Lehrauftrag an der Universität Hamburg; ab 1922 im Vorstand der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer und seit 1926 im Vorstand des Deutschen Anwaltsvereins (DAV); 1920 apl. Professor für Bürgerliches Recht, Zivilprozess-, Konkurs-, Urheber- und Patentrecht an der Universität Hamburg; Spezialist in Fragen des Patentrechts und des gewerblichen Rechtsschutzes; nach der NS-Zeit zum Präsidenten der Hamburgischen Rechtsanwaltskammer gewählt und später auch Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Anwaltskammervorstände; nach 1945 intensiv um die Organisation der Rechtsanwälte bemüht; 1946 von der britischen Besatzungsmacht als Vertreter der Universität Hamburg in die Ernannte Hamburgische Bürgerschaft berufen und Schriftführer im Verfassungsausschuss, der die vorläufige Verfassung – verabschiedet am 15.05.1946 – für Hamburg erarbeitete. Zunächst parteilos, schloss er sich im Juni 1946 mit der Gruppe um Bürgermeister Rudolf Petersen (1878-1962) der CDU-Fraktion an. Am 13.10.1946 zog er für die CDU in die erste

seit 1933 frei gewählte Bürgerschaft ein, übernahm von Okt. 1946 bis Anfang 1949 den CDU-Fraktionsvorsitz und war Vizepräsident der Bürgerschaft. Von 1947 bis 1953 außerdem Mitglied in der Gefängnisdeputation; 1953 als Richter in das hamburgische Verfassungsgericht berufen; apl. Prof. für Bürgerliches Recht, Zivilprozess-, Urheber- und Erfinderrecht an der Universität Hamburg; Ehrungen: Ehrenvorsitzender der Deutschen Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz, 1953 Großes BVK mit Stern und Bürgermeister-Stolten-Medaille; zahlreiche Beiträge über Urheber-, Erfinder- und Zivilprozessrecht in Fachzeitschriften und Festschriften.

Lit.: Verzeichnis der Alten Burschschafter (1928), S. 121; Kürschner DGK (1931), Sp. 684; Burschschafter-Stammrolle 1934 (1934), S. 120; Wer ist's? (1935), S. 412; Kürschner DGK (1941), Sp. 427; Nachrufe u. a. in: Die freien Berufe in Hamburg [Zeitschrift] (1954), S. 31, Juristenzeitung (1954), 334, Deutsche Richterzeitung (1954), S. 98 und Anwaltsblatt (1954), S. 77; Wer ist wer? (1955), S. 279; NDB 5 (1961), S. 208 (Kurt Walters); Erich Lüth (Bearb.), Die Hamburger Bürgerschaft 1946-1971. Wiederaufbau und Neubau (1971); Helmut Stubbe-da Luz, Von der „Arbeitsgemeinschaft“ zur Großstadtpartei. 40 Jahre Christlich-Demokratische Union in Hamburg (1945-1985) (1985), S. 259; DBE 3 (2006), S. 360; Hamburgische Biographie 5 (2010), S. 115 f. (Helmut Stubbe-da Luz); 1818-2018. 200 Jahre Burschenschaft in Freiburg. Einigkeit und Recht und Freiheit (2018), S. 75 f.. Internet (24.02.2017): Gundermann (o. J.), W. F. (Wikipedia), Munzinger-Archiv IBA. H.D.

Fischer(-Baling), Eugen (bis 15.08.1951 Eugen Fischer), geb. 09.05.1881 in Balingen als Sohn eines Schirm- und Kammachers, verheiratet mit der Konzertsängerin Berta Josepha Steinwender (1890-1949), gest. 18.01.1964 in Berlin (Normania-Tübingen 1899). Nach Besuch der Seminare in Maulbronn und Blaubeuren Einj.-Freiw. beim 10. Württembergischen Inf.-Rgt. Nr. 180 in Tübingen; 1899-1904 Studium der ev. Theologie und der Philosophie in Tübingen, vor allem bei Johann Christoph von Sigwart (1830-1904); 1904 erste theologische Dienstprüfung; 1905 erster Preis der ev.-theol. Fakultät für die wissenschaftliche Beschäftigung mit den reformatorischen Flugschriften der Jahre

1520-1525; 1905-1906 Hilfsgeistlicher in Reutlingen; Aufgabe des Pfarrdienstes, um sich in Berlin historischen Studien bei Dietrich Schäfer (1845-1929), Max Lenz (1850-1932) und Michael Tangl (1861-1921) zu widmen; 1908 ebd. Dr. phil. in Geschichte („Das Patriziat Heinrichs III. und Heinrichs IV.“); 1909 Dr. theol. Tübingen („Zur Frage der kirchlichen Ausbeutung in der Reformationszeit. Studie aufgrund zeitgenössischer Flugschriften“); Lizenziat der ev. Theologie in Tübingen; 1909 mit einer unveröffentlichten „Studie zu Luthers Römerbriefvorlesung von 1516/17“ Habilitation für Kirchengeschichte in Berlin; 1909-1913 Dozent für Kirchengeschichte ebd. Sein Widerspruch in religiösen und kirchenpolitischen Fragen führte zu einem Bruch mit dem Theologen Adolf von Harnack (1851-1930) und zum Ausscheiden aus dem Universitätsdienst. Publizistische Tätigkeit bei der jungkonservativen, vor allem bei Studenten beliebten Zeitschrift „Die Tat“; 1914-1919 Teilnahme am Ersten Weltkrieg; nach einer Verwundung im Mai 1915, unvollständiger Genesung und kurzem Einsatz bei Verdun Mitarbeiter der Kulturverwaltung des Auswärtigen Amtes (spätere Auslandsabteilung der OHL), wo er Propagandaschriften mit religiöser Rechtfertigung verfasste; 1919-1932 Sekretär, dann Generalsekretär bzw. Geschäftsführer und Sachverständiger beim Parlamentarischen Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung bzw. des Reichstags zur Aufklärung der Kriegsschuldfrage; 1930-1945 Direktor der Reichstagsbibliothek. In seiner Schilderung über „Die kritischen 39 Tage, von Sarajewo bis zum Weltbrand“ (1928) wies er Russland die Hauptschuld für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs zu. Kurzfristig Mitglied der DDP, kritisierte er die Weimarer Republik. Entsprechende Gedanken, in seinem Buch „Volksgericht: die deutsche Revolution von 1918 als Erlebnis und Gedanke“ (1932) formuliert, erreichte er zwar Gebildete wie Thomas Mann, aber nicht mehr die breite Öffentlichkeit. 1933 auf die Schwarze Liste gesetzt, wurde das Buch auf der von den Nationalsozialisten

inszenierte Bücherverbrennung verbrannt; nach 1945 ausgedehnte publizistische Tätigkeit (Vorträge an Universitäten, Volkshochschulen, im Rundfunk, in Zeitungen, Zeitschriften und Büchern). 1945-1946 Angestellter des Magistrats von Groß-Berlin; 1945 aufgrund einer Verwechslung mit dem namensgleichen NS-Eugeniker Eugen Fischer (1874-1967) von der US-amerikanischen Militärpolizei inhaftiert, jedoch auf Intervention u. a. von Paul Löbe und Theodor Heuss entlastet; nannte sich, um Verwechslungen zu entgehen, ab 1951 nach seinem Heimatort Balingen Fischer-Baling; 1946-1948 Professor für Geschichte und Politik an der Bergakademie Freiberg/Sachsen, jedoch bereits 1948 durch die kommunistischen Machthabern von den Lehrveranstaltungen entbunden; 1949 Dozent und Abteilungsleiter, seit 1953 o. Prof. für Politische Wissenschaften an der Deutschen Hochschule für Politik (DHfP, später Otto-Suhr-Institut der FU) in Berlin. Auf ihn soll der Begriff „Politologie“ zurückgehen. Veröffentlichungen u. a.: „Woodrow Wilsons Entschluss. Politische Szenen“ (1918), „Plaidoyer vor einem Gerichtshof redlicher Menschen in Sachen der Kriegsschuld“ (1921), „Kriegsschuldfrage und Außenpolitik“ (1923), „Holsteins großes Nein: die deutsch-englischen Bündnisverhandlungen von 1898-1901“ (1925), „Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstags“ (Haupterausgeber, 23, Bde., 1927 ff.), „Der seelische Zusammenbruch im Weltkrieg“ (1932), „„Feinde ringsum“. Eine kritische Betrachtung“ (1946), „Walter Rathenau. Ein Experiment Gottes“ (Rede, 1952), „Besinnung auf uns Deutsche. Eine Geschichte der nationalen Selbsterfahrung und Weltwirkung“ (1957), „Rechtsradikalismus in Nachkriegsdeutschland: Studien über die ‚Sozialistische Reichspartei (SRP)‘“ (1957, Neuaufl. 1967), „Theorie der auswärtigen Politik“ (1960), posthum: „E. F.-B.: 1881-1964. Manuskripte, Artikel, Briefe und Tagebücher“ (hrsg. von Ralf Forsbach, 2001). Neben seinen wissenschaftlichen und journa-

listischen Veröffentlichungen trat er auch als Verfasser von Romanen, Theaterstücken und Gedichten hervor, u. a. „Das Reich des Lebens: Martin Luthers Taten und Abenteuer aus seinen jungen Jahren; aus alten Papieren neu erzählt“ (Roman, 2 Aufl. 1918) und „Canossa. Aufstand und Untergang Gregors VII.“ (Tragödie, 1940, Uraufführung 1942 in Gera).

Lit.: Nachlass im BArch, Koblenz N 1115; Burschenschafter-Stammrolle 1934 (1934), S. 119; Festband, E. F. zum 60. Geburtstag gewidmet von seinen Schülern und Freunden sowie dem Verlag (1934); Kürschner DGK (1940/41), Sp. 420; BL 1 (1940), S. 178; Wer ist wer? (1955), S. 280; Kosch BStHB 1 (1963), S. 327; Stockhorst (1967), S. 137; Kürschner DLK Nekrolog 2 (1973), S. 165 f.; Kosch LL 5 (1978), Sp. 150; Habermann (1985), S. 78 f.; DBE 3 (2006), S. 342; Ralf Forsbach, F. B. (bis 15.8.1951: Fischer), Eugen: Bibliothekar, Historiker, Politologe und Schriftsteller, in: Baden-Württembergische Biographie 4 (2007), S. 83-86; ders., E. F.-B.: Theologe, Wissenschaftler, Bibliothekar und Journalist: 1881-1964, in: Lebensbilder aus Baden-Württemberg 23 (2010), S. 371-414; Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871-1945, Bd. 5, T-Z, Nachträge (2014), S. 438. Internet (14.11.2016): E. F.-B. (Wikipedia), LEO-BW. P.K.

Fleissner, Herbert, geb. 02.06.1928 in Eger als Sohn eines Bankbeamten, gest. 25.11.2016 in München (Suevia-Innsbruck 1951). Nach Besuch der Volksschule und des Gymnasiums in seinem Heimatort wurde er im Nov. 1945 bei einer tschechischen Razzia festgenommen und in das Uranbergwerk und Lager Sankt Joachimsthal verschleppt, konnte jedoch zu Verwandten in die Steiermark fliehen und 1947 das Abitur in Salzburg ablegen; galt als staatenlos, hatte nur einen Rotkreuz-Pass und erhielt keinen Passierschein von Salzburg (US-amerikanische Besatzungszone) nach Innsbruck (französische Zone). Doch erreichte er Innsbruck auf verschlungenen Pfaden, studierte dort Rechtswissenschaften und wurde 1952 zum Dr. iur. promoviert. Er wollte mit publizistischen Mitteln etwas gegen das ihm „schier unannehmbare Unrecht der Vertreibung“ tun. Dieses Trauma gab ihm den Impuls, Verleger zu werden. Ganz allgemein betrachtete er die „Schicksalsgemeinschaft der Vertriebe-

nen“ als „Schlüsselerlebnis“ (Munzinger-Archiv). 1952 in München Gründung eines Buchversands und literarischen Verlags, hinzu kamen 1962 der Amalthea Verlag, 1966 der Herbig-Verlag, 1967 der Langen



Müller Verlag, 1974 der Nymphenburger Verlag und terra magica; 1984 Zusammenschluss dieser Verlagsgruppe mit den Verlagen Ullstein/Propyläen der Axel-Springer-Gruppe (bis 1996), heute „LangenMüller Herbig nymphenburger terra“ mit Sitz in München und Stuttgart; 2004 Rückzug aus der aktiven Geschäftsführung und Übernahme der Leitung der Verlagsgruppe durch seine Tochter Brigitte Fleissner-Mikorey; Beteiligung an der Finanzierung der Zeitschrift „Zur Zeit“. Er verlegte zahlreiche Bücher zur Vertreibung, die „Geschichte Böhmens 1848-1948“ von Friedrich Prinz, Herbert Hupkas Bücher über Schlesien, das „Schwarzbuch der Vertreibung“ von Heinz Nawratil, Alfred de Zayas „Die Angloamerikaner und die Vertreibung der Deutschen“ und „Heimatrecht ist Menschenrecht“, Ernst Noltes „Der Europäische Bürgerkrieg 1917-1945“, das Buch, das den Historikerstreit auslöste, sowie Hellmut Diwalds „Geschichte der Deutschen“. Weiterhin verlegte er Werke von Max Brod, Nahum Goldman, Willy

Brandt, Simon Wiesenthal, Alexander Soltschenizyn, Karlheinz Weißmann und Ephraim Kishon, von letzterem ab 1962, als ein anderer großer deutscher Verlag es ablehnte, weil über das jüdische Schicksal keinesfalls humoristisch-satirisch geschrieben werden könne (Ephraim Kishon. Nichts zu lachen. Die Erinnerungen. Mit einem Nachwort seines Verlegers H. F., 1993, 2006). Seit 1984 im Vorstand der Sudetendeutschen Landsmannschaft, 2010 Wahl in das Präsidium des Sudetendeutschen Rates, Mitglied des Witikobundes sowie der CSU. 1974 Adalbert-Stifter-Medaille, 1989 österreichisches Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst, 1989 Ehrenplakette des Bundes der Vertriebenen, 1994 Großer Sudetendeutscher Kulturpreis der Sudetendeutschen Landsmannschaft, 2004 Gerhard-Löwenthal-Ehrenpreis der Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung, 2008 Ulrich-von-Hutten-Medaille der Gesellschaft für freie Publizistik, Goldene Verdienstmedaille des Egerer Landtags, Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

Lit.: Kurt Hirsch/Hans Sarkowicz/Thomas Assheuer, Schönhuber. Der Politiker und seine Kreise. Mit einem Beitrag über die „Ideologischen Brücken nach rechts“ (1989), a. m. O.; Ludwig Thoma kehrt heim: der Verleger ... H. F. konnte in München ein Jubiläum feiern ... Dietz Rüdiger Moser sprach mit ihm, in: Literatur in Bayern 27 (1992), S. 27-32; Hans Sarkowicz, Rechte Geschäfte. Der unauffalt-same Aufstieg des deutschen Verlegers H. F. (1994); Verlegen frei nach Faust. H. F. im Gespräch mit Jan R. Egel, in: Börsenblatt für den deutschen Buchhandel 162 (1995), Nr. 62, S. 9-14; Geburtstagsalbum in sieben Dekaden zu 2. Juni 1998: Dr. H. F., Verleger, hrsg. von Michael F. und Brigitte F.-Mikorey (Privatdruck); Heinrich Pleticha, Gentleman and Verlagskoordinator; der sudetendeutsche Großverleger H. F. feierte 70. Geburtstag, in: Sudetenland 40 (1998), 3, S. 356-358; Bernhard Weidinger, „Im nationalen Abwehrkampf der Grenzlanddeutschen“. Akademische Burschenschaften und Politik in Österreich nach 1945 (2015), S. 384-386; Nadira Hurnaus, H. F. †, in: Sudetendeutsche Zeitung 48 (2016); Trauerrede von Joachim Kappel, abgedruckt im Semesterbericht der Innsbrucker akad. Burschenschaft Suevia, WS 2016/17, S. 19 ff.. Internet (23.01.2018): H. F. (Wikipedia), Munzinger-Archiv IBA; Austria-Forum; ARD Alpha Bildungskanal, H. F. im Gespräch mit Christoph Lindenmeyer (Erstsendung 01.12.

2003); H.F. verstorben, Bibliothek des Konservatismus Berlin (digital, 01.01.2019). C.O./P.K.

Föhrenbach, Adolf (August), geb. 19.04.1845 in Karlsruhe als Sohn eines Geheimen Regierungsrates, gest. 29.11.1928 in Freiburg i. Br. (Frankonia-Heidelberg 1864/65). Nach Besuch des Lyzeums Freiburg Studium der Rechtswissenschaften WS 1864/65-SS 1865 in Heidelberg und WS 1865/66-SS 1868 in Freiburg; 22.12.1868 Rechtspraktikant (Staatsprüfung „gut“); 24.12.1868 Praktikant beim Amtsgericht Wiesloch, ab 01.05.1869 beim Amtsgericht Konstanz und ab 01.01.1870 beim Kreis- und Hofgericht Freiburg; nach weiteren Stationen am Kreisgericht Lörrach und beim BA Freiburg ab 04.05.1871 Referendar; 15.01.1872 Referendar und Dritter Beamter beim BA Freiburg; Dez. 1872 Dienstverweser beim BA Oberkirch, 28.01.1873 beim BA Emmendingen und danach bei den BÄ Sinsheim und Baden; 02.07.1874 Amtmann beim BA Karlsruhe, 24.01.1877 Amtmann und Amtsvorstand beim BA St. Blasien; dort am 23.04.1879 Beförderung zum Oberamtman; 27.06.1882 Amtsvorstand beim BA Eberbach, ab 09.04.1884 beim BA Schopfheim; 14.06.1890 Amtsvorstand beim BA Offenburg, 29.03.1893 Ernennung zum Geheimen Regierungsrat; 16.03.1896 Oberamtman beim BA Freiburg, 11.03.1899 beim BA Karlsruhe (Amtsvorstand); 17.07.1902 Ernennung zum Geheimen Oberregierungsrat; seit 16.03.1906 Kollegialmitglied im Ministerium des Innern und Landeskommissär für die Kreise Karlsruhe und Baden mit Sitz in Karlsruhe; 01.05.1910 Ernennung zum Geheimen Rat 2. Kl. und Versetzung in den Ruhestand; 1887 Ritterkreuz 1. Kl. des Ordens vom Zähringer Löwen, 1896 mit Eichenlaub; 1899 Verdienstorden der Preuß. Krone 3. Kl., 1906 2. Kl.; 1902 bad. Orden Bertholds des Ersten u. bad. Jubiläumsmedaille; 1906 bayer. Kgl. Verdienstorden vom hl. Michael, 3. Kl., 2. Kl. 1909; 1908 preuß. Roter Adler Orden 2. Kl.

Lit.: LArch Baden-Württemberg, Abt. Generallandesarchiv Karlsruhe und Abt. StA Freiburg. Alphabetisches Verzeichnis der aktiven Hof- und

Staatsdiener der oberen Klassen des Gehaltstarifs des Großherzogtums Baden nebst kurzen Personalnachrichten (1907), S. 75 f.; Wer ist's? (1914), S. 437; Meo 58, März 1929, S. 14; M der Burschenschaft Frankonia zu Heidelberg 1856-1966 (1966), S. 11; Angerbauer (1996), S. 253 f.; Bretkopf (1997), S. 116 f.; Lambert M. Surhone, A. F. (2010). Internet (10.06.2020): Gundermann (o. J.), Burschenschaft Frankonia Heidelberg. Bekannte Mitglieder, leobw (beide Wikipedia). Mitteilung Dr. Gerhart Berger (Frankonia-Heidelberg) v. 24.09.2018. P.K.

Frick, Joseph, geb. 16.06.1806 in Staufen im Breisgau als Sohn eines Handwerkers und Gemeindevorstands, gest. 11.(12.?)10.1875 in Karlsruhe (Euthymia-Freiburg 1829, Mitstifter). Nach Privatunterricht in



Latein und Geometrie sowie Besuch des Gymnasiums in Freiburg ebd. Studium der Mathematik und Physik, dann der Medizin; 1831 Studienabschluss in Innerer Medizin, Chirurgie und Geburtshilfe sowie Examen als Lehramts-Praktikant für Mathematik und Naturwissenschaften; 25.04.1832 Dr. med. („Versuche über das spezifische Gewicht des menschlichen Körpers“); 1833 Assistent der Inneren Klinik; hielt als nichthabilitierter Assistent Vorlesungen über medizinische Physik; Frühjahr 1833 bis Ende 1837 Prakt. Arzt, Wund- und Hebarzt in Breisach; 1837 oder 1838 Lehrer der Mathematik und Naturwissenschaften am Lyzeum in Freiburg; ebd. 1841 Prof. und Vorstand der neu gegründeten

Höheren Bürgerschule; langjähriger Vorstand des Freiburger Gewerbevereins (zahlreiche Vorträge); 1851 Besuch der Weltausstellung in London; dort wie auf den folgenden Weltausstellungen bis 1873 in Wien Jury-Mitglied für die Uhrenindustrie; Hauptmann der Freiburger Feuerwehr; 1859-1868 Abgeordneter der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Baden (Wahlkreis Stadt Freiburg i. Br., Kommissionsmitglied und Berichterstatter der Budgetkommission, nationalliberal); 1862 zum Mitglied des Oberschulrats berufen und Übersiedlung nach Karlsruhe; 1858 Ritter des Ordens vom Zähringer Löwen. Veröffentlichungen u. a.: „Anfangsgründe der Naturlehre für die mittleren Klassen höherer Lehranstalten“ (1851, 8. Aufl. 1875), „Die physikalische Technik oder Anleitung zur Anstellung von physikalischen Versuchen und zur Herstellung von physikalischen Apparaten mit möglichst einfachen Mitteln“ (1856, 5. Aufl. 1875), „Die Feuerspritze. Anleitung zu deren Bau, Berechnung, Behandlung und Prüfung ...“ (1859, 2. Aufl. 1875), „Lehrbuch der Naturlehre: für obere Klassen höherer Lehranstalten“ (1866, 2. Aufl. 1874), „Anleitung zu physikalischen Versuchen in der Volksschule“ (1867), „Dr. J. Fricks Technik oder Anleitung zur Anstellung von physikalischen Versuchen und zur Herstellung von physikalischen Apparaten mit möglichst einfachen Mitteln in 2 Bänden“ (1904-1909).

Lit.: Verzeichniß der gegenwärtig zu Freiburg im Breisgau lebenden Schriftsteller ... (1839), S. 59; Johann C. Poggendorff, Biographisch-Literarisches Handwörterbuch zur Geschichte der exacten Naturwissenschaften, 1 (1863), Sp. 803; Badische Biographien 3. Tl. (1881), S. 43-45 (A. Armbruster); Kalkoff (1917), S. 378; Ernst Theodor Nauck, Die Privatdozenten der Universität Freiburg i. Br. 1818-1855 (1956), S. 119; Poggendorff I (1965), Sp. 803; Eberhard Eggel, Dr. J. F. aus Staufen in Breisgau (1806-1875). Ein bemerkenswerter Ahnherr, in: Südwestdeutsche Blätter für Familien- und Wapenkunde 14 (1973/75), H. 1, S. 8-15. Internet (10.06.2020): Gundermann (o. J.), LEO-BW, Listen der Mitglieder der Badischen Ständeversammlungen 1859-1865, Matrikel der Universität Freiburg (1991), S. 216. P.K.

Fuchs, Emil, geb. 13.05.1874 in Beerfelden (Odenwald) als Sohn des Pfarrers und Schriftstellers Georg F. (1840-1907), Vater des Atomphysikers und sowjetischen Spions Klaus F. (1911-1988), einer ev.-luth. Pfarrerrfamilie entstammend, gest. 13.02.1971 in Berlin (Ost) (Arminia-Gießen 1894, 1899 EM, nach 1919 ausgetreten). Nach Besuch der Höheren Bürger-



schule in Beerfelden und des Gymnasiums in Darmstadt 1894-1897 Studium der ev. Theologie in Gießen, stark beeinflusst von den christlich-sozialen Ideen Friedrich Naumanns (1860-1919); nach Ableistung des Militärdienstes als Einj.-Freiw. beim Leibgarde-Inf.-Rgt. (1. Großherzogl. Hessisches) Nr. 115 in Darmstadt 1898-1899 Besuch des Predigerseminars in Friedberg (Hessen); 1900 Zweites theol. Examen als Lic. theol., im gleichen Jahr Ordination und Promotion zum Dr. theol. in Gießen („Schleiermachers Religionsbegriff und religiöse Stellung zur Zeit der ersten Ausgabe der Reden (1799-1806)“ 1900, gedruckt 1901); Pfarrassistent und Vikar in Lampertheim, 1902-1903 Vikar bei der deutschen Gemeinde in Manchester; 1903 als Repetent wieder in Gießen; 1904 Vikar in Arheilgen bei Darmstadt; 1905-1918 Pfarrer in Rüsselsheim; dort 1905 Gründer einer „Volksakademie“ (Volkshochschule);

1918 Pfarrer der Westvorstadt am Ehrensteig, einem Arbeiterstadtteil von Eisenach; dort 1919 Gründer der ersten thür. Volkshochschule; zunächst Mitglied der DDP, dann als einer der ersten Pfarrer 1921-1933 und 1945-1947 Mitglied der SPD; Begründer der thür. Gruppe und 1926-1930 Landesvorsitzender des „Bundes der Religiösen Sozialisten“; 1924 Mitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, 1933 der pazifistisch orientierten „Religiösen Gesellschaft der Freunde“ (Quäker); 1930/31 Ablehnung der Übernahme eines Lehrstuhls an der Universität Halle-Wittenberg durch die ev.-theol. Fakultät; wegen seiner Solidarität mit den Familien der von einem Freiw.-Btl. Marburger Studenten erschossenen Arbeiter langanhaltende politisch motivierte Konflikte mit der ev. Kirche Thüringens und seiner Gemeinde; 1931 Berufung als Professor an die Pädagogische Akademie Kiel; öffentliche Eintragung in das „Eiserne Buch“ des Kampfbundes der deutschen Sozialdemokratie gegen den aufkommenden Faschismus; deshalb unmittelbar nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten seines Amtes enthoben; Apr. 1933 Beurlaubung, 20.09.1933 Entlassung und kurzzeitige Inhaftierung, anschließend weiterhin unter Gestapo-Überwachung; 1934 mit seiner Tochter Elisabeth Kittowski (1908-1938) kurzfristiger Aufenthalt in dem von den Quäkern betriebenen Erholungsheim Rest Home in Falkenstein/Taunus. Lebensunterhalt mit gekürzter Rente, kurzzeitig mit Autovermietung und dem Versand seiner Schriften; 1943 Ruhestand und Emigration in die Schweiz; mit seinem Enkel Klaus Fuchs-Kittowski von Gortipohl (Vorarlberg) aus Verbindung zur österreichischen Widerstandsbewegung; nach dem Zweiten Weltkrieg Wiederaufnahme seiner Arbeit in der hessischen SPD; 1948 Gastvorlesungen in den USA, wo er seine Quäker-Freunde und auf der Rückfahrt seinen Sohn Klaus in England besuchte; 1949 Übersiedlung in die DDR, ab 1950 Prof. für Systematische Theologie und Religionsphilosophie an der Universität Leipzig; bis 1958 Leiter des von ihm begründeten

ten Instituts für Religionssoziologie; Gründungsmitglied der „Christlichen Friedenskonferenz“ und Tätigkeit im Weltfriedensrat; EM der DDR-CDU; bei grundsätzlicher Loyalität zur DDR zusammen mit den Quäkern Einsatz dafür, dass DDR-Bürger, die den Dienst mit der Waffe bei der Nationalen Volksarmee verweigerten, ihren Dienst als „Bausoldaten“ ableisten durften, sowie Anfang der 1950er Jahre gegen die Verfolgung der ev. Jungen Gemeinde; öffentliche Parteinahme für Ernst Bloch (1885-1977), der nach ideologischen Auseinandersetzungen zwangsemeritiert wurde; 1958 Mitbegründer und Mitglied des Fortsetzungsausschusses der „Christlichen Friedenskonferenz“; 1959 im Alter von 85 Jahren emeritiert und Austritt aus der ev. Kirche; 09.02.1961 Empfang durch Walter Ulbricht; 1963 Übersiedlung nach Berlin; trotz seiner Bindung an die DDR wiederholt Einsatz für inhaftierte Kirchenangehörige; 1968 Stellungnahme gegen den Abriss der Leipziger Universitätskirche; Ehrengrab der Stadt Berlin auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde; E.-F. Straße in Leipzig, E.-F.-Bibliothek und E.-F.-Platz in Rüsselsheim; zahlreiche Ehrungen, u. a. Dr. h. c. der Theol. Fakultät der Universität Gießen (1914, Erneuerung zu seinem 95. Geburtstag), Vaterländischer Verdienstorden der DDR in Silber (1954, in Gold 1959), Dr. h. c. der Comenius-Fakultät der Karls-Universität Prag (1959), Dr. h. c. der Theol. Fakultät der Humboldt-Universität Berlin (1964), Banner der Arbeit (1964), Stern der Völkerfreundschaft in Silber (1969). Veröffentlichungen u. a.: „Vom Werden dreier Denker. Was wollten Fichte, Schelling und Schleiermacher in der ersten Periode ihrer Entwicklung?“ (1904), „Gut und Böse: Wesen und Werden der Sittlichkeit“ (1906), „Von Naumann zu den religiösen Sozialisten! 1894-1929“ (1929, Reprint 1976), „Die Botschaft des innern Lichtes“ (1939), „Leonhard Ragaz – Prophet unserer Zeit“ (1947), „Christentum und Sozialismus“ (1948), „Christ in Catastrophe“ (1950), „Marxismus und Christentum“ (1952, 3. Aufl. 1955), „Christliche und marxistische

Ethik“ (1956), „Mein Leben“ (2 Tle, 1957-1959), „Christlicher Glaube“ (2 Tle, 1958-1960); „Der Beitrag der Theologischen Fakultät im Kampf um den Frieden und ihr Verhältnis zum Arbeiter- und Bauernstaat“, in: Karl-Marx-Universität Leipzig, Festschrift zur 550-Jahr-Feier (1959), S. 207-209; „Der Ruf Jesu“ (1961); „Die Christenheit am Scheideweg“ (1963), „Von Schleiermacher zu Marx“ (hrsg. von Heinrich Fink und Herbert Trebs, 1965); posthum: „Das Evangelium nach Matthäus: eine Auslegung des Evangeliums im Kontext von Verfolgung und Widerstand (1933-35)“ (hrsg. von Claus Bernet und Klaus Fuchs-Kittowski, 2012), „Die Frohe Botschaft nach Lukas. Eine Auslegung im Kontext von Verfolgung und Widerstand (1939-41)“ (hrsg. von Klaus Fuchs-Kittowski, 2016); Bibliographie in Theol. Literaturzeitung 79 (1954).

Lit.: Mitglieder-Verzeichnisse des Allgemeinen Deutschen Burschenbundes 1899-1905, Jahrbücher des Allgemeinen Deutschen Burschenbundes 1906-1919; Kürschner DLK (1911), Sp. 475, 1934 (1934), Sp. 223; Eisler (1912), S. 194; Hassia sacra 1 (1921), S. 125; Friedrich Avenarius, E. F., in: Die christliche Welt (1923), S. 774 f.; Kürschner DGK (1928), Sp. 615, und (1931), Sp. 771; Wer ist wer? (1955), S. 313; Johannes Leipoldt, E. F. zum 85. Geburtstag ..., in: Theol. Literaturzeitung 84 (1959), S. 469 f.; Der Beitrag der Theologischen Fakultät zum Kampf um den Frieden und ihr Beitrag zum Arbeiter- und Bauernstaat, in: Festschrift zur 550-Jahr-Feier der Karl-Marx-Universität Leipzig (1959); Magdalene Hager u. a., Ruf und Antwort: Festgabe für E. F. zum 90. Geburtstag (1964); Ein Leben für Frieden und Sozialismus. Veranstaltung des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU anlässlich des 100. Geburtstages von E. F. (1974); Günter Wirth, Nachfolge und Engagement: zum 110. Geburtstag von E. F. (1984); Peter Friedrich Zimmermann, E. F. und die religiös-sozialistische Bewegung bis 1933 (1984); Horst-Jürgen Wohlgemuth, E. F. (1874-1971). Rüsselsheimer Pfarrer, Volksbildner, Pazifist und religiöser Sozialist, in: Mainzer Geschichtsblätter 4 (1987), S. 39-74; Lebensbilder deutscher Quäker während der NS-Herrschaft 1933-1945 (1992), S. 22-27; Alexander Hesse, Die Professoren und Dozenten der preußischen Pädagogischen Akademien (1926-1933) und Hochschulen für Lehrerbildung (1933-1941) (1995), S. 294-297; Baumgartner/Hebig 1 (1995), S. 203; Kurt Reprich, Christentum, Marxismus und das Werk von E. F. (2000); Wer war wer in der DDR? (2001), S. 231 f. (EhN); Bautz 20 (2002), Sp. 551-598 (Claus Bernet); Stefanie Kellner, Aus christlicher

Verantwortung: E. F. (1874-1971), in: Gelebte Ideen: Sozialisten in Thüringen: biographische Skizzen (2006), S. 167-176; DBE 3 (2006), S. 605; Schäfer (2017), S. 92 f. (P). Internet (15.06.2017): E. F. (Wikipedia), Personalbestand/Verzeichnis der Studierenden der Ludewigs-Universität Gießen (GEB online), Hessischer Biografie LAGIS Hessen, Munzinger-Archiv IBA, Professorenkatalog der Universität Leipzig. P.K.

Gagg, Gebhard, geb. 11.09.1802 in Konstanz als Sohn eines Zimmermeisters, Vater des Malers und Zeichenlehrers Gebhard G. (1838-1921), gest. 12.12.1866 ebd. (Academisch-Gesetzlicher Verein („Neutralia“) Freiburg i. Br. 1824); stud. phil. et theol. Freiburg WS 1822/23. Während des Studiums finanzielle Unterstützung durch den aufgeklärten reformfreudigen kath. Generalvikar Ignaz Heinrich von Wessenberg (1774-1860), dem G. bis zu dessen Tod freundschaftlich verbunden blieb; 1825 philologisches Examen; Privatlehrer in Konstanz, später in Regensburg; 1826 Lehramtspraktikant, 1832 Lehrer in Rapperswil (Kt. St. Gallen); 1835 Prof. der Mathematik an der Centrallehranstalt in Luzern; 1839 Gymnasialprofessor und Erster Lehrer an der Höheren Bürgerschule in Offenburg i. B. Bereits während seiner Offenburgener Zeit als „Rebell“ geltend, hatte er sich angeblich schon in früherer Zeit „zweideutig“ benommen, schloss sich 1849 den „entschiedenen Republikanern“ an und war für die revolutionäre Regierung tätig. Erstellte dieser unaufgefordert zwecks Einreihung in die Bürgerwehr ein Verzeichnis sämtlicher Schüler, die älter als 18 Jahre waren. Freiwillig Führer der Volkswehr, eskortierte er mit den Offenburgern Wehrmännern des 3. Aufgebots die geraubten Staatskassen nach Freiburg. An der Revolution „dienstwidrig“ beteiligt, wurde er wegen hochverräterischer Unternehmungen suspendiert und am 27.11. 1849 vom Hofgericht Bruchsal wegen Hochverrats zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt, schließlich aber vom Oberhofgericht für „verdachtlos“ erklärt bzw. freigesprochen; am 26.09.1850 ans Gymnasium in Donaueschingen versetzt; 1859 Prof. am Konstanzer Lyzeum (Mathematik und Naturwissenschaften).

Lit.: Konstanzer Zeitung v. 6. 9. 1859 und 18. 12. 1866; Raab (1998), S. 257 (mit Belegen); Manfred Merker, Wie der Direktor des Offenburger Gymnasiums als Hochverräter 1849 ins Zuchthaus kam: G. G. (1802-1866), der Gymnasialdirektor in der Offenburger Revolutionszeit 1844-1849, in: Die Ortenau 92 (2012), S. 319-362. Internet (20.06.2020): Gundermann (o. J.), Matrikel der Universität Freiburg (1991), S. 174. P.K.

Gebhardt, Kurt (Ps. Kurt H. Trabeck), geb. 24.07.1923 in Perouse/OA Leonberg als Sohn eines Oberlehrers, gest. 05.06.2015 in Stuttgart (Derendingia-Tübingen 1947). Nach Schulzeit in Zuffenhausen und Feuerbach sowie Kriegsdienst (zuletzt als Lt. einer Artillerie-Einheit) und US-amerikanischer Gefangenschaft Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Tübingen (1947-1951); dort 1953 Promotion zum Dr. iur. („Das Pfandrecht und Vollstreckungsrecht der Reichsstadt Nördlingen“); 1956-1963 Rechtsanwalt in Stuttgart, Syndikus des Landesverbandes Württemberg des DRK; 1963-1970 Oberbürgermeister der Stadt Waiblingen (mit 57,57 Prozent im 1. Wahlgang gewählt), 1975-1987 Mitglied des Gemeinderates in Stuttgart und ab 1984 Vorsitzender der FDP-Fraktion; außerdem 1970-1988 Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Städtetages Baden-Württemberg; 1987-1994 Präsident des DRK-Landesverbandes Baden-Württemberg, dann dessen Ehrenpräsident; im dortigen DRK-Blutspendedienst Verwaltungsratsvorsitzender. Träger mehrerer Orden, u. a. Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg, Großes BVK und Verdienstorden der Italienischen Republik. G. trat auch literarisch hervor; Preis des Süddeutschen Rundfunks beim Wettbewerb der Sendereihe „Sonntagsgeschichten“; Veröffentlichungen u. a.: „Ins Gästebuch geschrieben. Heitere Verse“ (1981, 8. Aufl. 1990), „In städtischen Diensten und andere Schmunzelgeschichten“ (1989, gebundene Ausg. 1992), „Satirische Verse für alle, die nichts zu lachen haben“ (1998), „Aphorismen: in heiteren und besinnlichen Versen“ (2006); „Erfahrungen: in heiteren und besinnlichen Versen“ (2014).

Lit.: MV Derendingia (1967), Nr. 932; Kosch LL Erg.bd. 4 (1997), S. 143. Internet (24.02.2017): K. G. (Bürgermeister), Autorinnen und Autoren in Baden-Württemberg, Tübinger Burschenschaft Derendingia. Bekannte Mitglieder (alle Wikipedia), DRK Landesverband trauert um Ehrenpräsident Dr. K. G., Waiblingen. Mitteilung des StA Waiblingen (Tanja Wolf mit Anlage von Josef Breitung, „Dokumentation Oberbürgermeister Dr. Kurt Gebhardt /1963-1970“) v. 17.02. und 03.03. sowie von Derendingia-Tübingen (Marcus Klosterberg) v. 02.03. 2017. H.D.

Gehl, Jürgen, geb. 06.07.1930 in Berlin, gest. 25.01.2012 in Wachtberg-Berkum (Derendingia-Tübingen EM 1951). Nach Schulbesuch in Hamburg Studium der Rechtswissenschaften und Geschichte in Freiburg, Tübingen und Heidelberg. 1956 Promotion zum Dr. iur. in Heidelberg („Das Verhältnis der Körperverletzungs- und Lebensgefährdungsdelikte zu den Tötungsdelikten“) und danach zum Dr. phil. bei dem Hitler-Biographen Alan Bullock (1914-2004) in Oxford („Austria, Germany and the Anschluss 1931-1938“ (als Buch 1963, Reprint 1979). Nach Eintritt in den Auswärtigen Dienst durchlief er mehrere Stationen in Entwicklungsländern in Asien und Afrika und engagierte sich vor allem in der Entwicklungspolitik. Er war zuletzt Botschafter in Liberia (1988-1991), Mosambik (1991-1993) und Bangladesch (1993-1995); Mitunterzeichner eines u. a. im „Tagesspiegel“ veröffentlichten Offenen Briefes „10 Vorschläge für bessere Entwicklungspolitik“.

Lit.: MV Derendingia (1967), Nr. 957. Internet (24.02.2017): J. G., Tübinger Burschenschaft Derendingia. Bekannte Mitglieder (beide Wikipedia). Telef. Mitteilung von Derendingia-Tübingen v. 08.06.2016. H.D.

Giger, Anton, geb. 12.01.1885 in Salzburg als Sohn eines Fuhrwerkbesitzers und Gastwirts, gest. 05.05.1945 ebd. durch Freitod (Alldeutsch-pennal-conservative Burschenschaft Gothia/Gothia-Salzburg 1905). Besuchte die Bürgerschule, trat mit neun Jahren in den Deutschvölkischen Turnverein ein, absolvierte fünf Kurse der Staatsgewerbeschule Salzburg (die damals noch nicht mit der Matura abschloss); Mitglied und Chargierter der Burschenschaft

Gothia ebd., Verkehrsgast der Aldeutschen Gymnasialverbindung Rugia (1895); nach der Maurergesellenprüfung als Zeichner, Techniker und Bauleiter in Königsberg (Eberschwang), Außerfelden bei Bischofshofen, bei der Fa. Crozzoli in Maxglan bei Salzburg und zuletzt bei den Gebrüdern Wagner in Salzburg tätig; 1914-1918 als Soldat an der Ost- und Südfront im Einsatz; zweimal verwundet und als Feldweibel fast ein Jahr in italienischer Kriegsgefangenschaft; 1920 bis zum „Anschluss“ (1938) als technischer Beamter des mittleren Dienstes (Baupolizist) beim Stadtbauamt der Stadt Salzburg tätig. G., der „schon seit 1923 dem Nationalsozialismus verfallen“ war, scheiterte mit seinen Bekehrungsversuchen bei der Familie, setzte aber die gesamten Familienfinanzen für die „Bewegung“ ein. Er engagierte sich im Deutschen Technikerbund in Österreich als Schriftführer und Stellv. Vorsitzender. Im Magistrat bereits 1927 Technischer Rat, fühlte er sich trotzdem beim Stellenplan übergangen. Ende 1931 trat er der NSDAP bei, führte die Ortsgruppe Lehen, deren NSDAP-Stimmen er von 1931 auf 1932 versiebenfachte, und wurde dann Kreisleiter. Als er im Magistrat 1934 wegen finanzieller Schwierigkeiten der Stadt zeitweilig beurlaubt wurde, führte er dies auf sein Wirken für die NSDAP zurück. 1935 Beurlaubung mit Wartengebühr aufgehoben und entschädigt. Am 18.01.1936 mit dem Stellv. Gauleiter Franz Wintersteiner verhaftet; sechs Wochen in Untersuchungshaft. Trotzdem übernahm er am Tag der Inhaftierung von Wintersteiner, der nach Deutschland floh, für ein halbes Jahr die Gauleitung. Nach Reorganisation der Partei übergab er diese im Aug. 1936 an Anton Wintersteiger und fungierte fortan als Stellv. (illegaler) Gauleiter. Ein Ende 1937 nach Einschreiten der Vaterländischen Front eingeleitetes Disziplinarverfahren wegen Verletzung des dienstlichen Anstandes am 22.02.1938 eingestellt. Für eine im „Ständestaat“ nicht erfolgte Beförderung nach dem „Anschluss“ entschädigt. Zwei Tage nach dem „Umbruch“, bei dem er mit einem SA-Sturm das Rathaus besetzt hatte,

wurde er als Kommissarischer Bürgermeister bestellt und unter Beurlaubung als Stadttammann zum 01.02.1939 als Oberbürgermeister bestätigt. Seine führende Rolle bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde auch mit der Verleihung der „Medaille zur Erinnerung an den 13. März 1938“ gewürdigt. Gemeinsam mit Gauleiter Friedrich Rainer (1903-1947) erhielt er am 01.04.1939 die „Ostmark-Medaille“. Bereits 1920 ev., erst 1942 „gottgläubig“. Bei der SA stieg er 1938 zum Sturmbannführer und Anfang 1942 zum Standartenführer im Stab der Gebirgsjägerstandarte 59 auf. Am 01.11.1940 sprach ihm der Nationalsozialistische Bund Deutscher Techniker das Recht zur Führung der Berufsbezeichnung „Ingenieur“ zu. Seine Tätigkeitsfelder verlagerten sich nun immer mehr von der Verwaltungsleitung zur politischen Repräsentation. Die Übernahme von Funktionen als Beigeordneter ab Ende 1941 vermehrte seinen Einfluss. So war er u. a. Vorsitzender des Verwaltungsausschusses und Mitglied des Vorstandes der Salzburger Sparkasse und des Kreis schulrates, Mitglied des Verwaltungsausschusses der Freiwilligen Feuerwehr und Vorsitzender des Salzburger Museumsvereins. G.s Amtszeit ist mit der skrupellosen Arisierung jüdischer Vermögen und der Übernahme der Patenschaft der Stadt Salzburg für das U-Boot „U 205 Salzburg“ verbunden. Auf eigenen Wunsch vom 16. bis 26.02.1944 als Oberbürgermeister beurlaubt, wurde er vom Sondergericht beim Landgericht Salzburg am 21.01.1944 vom Vorwurf des Amtsmissbrauches und der Zuwiderhandlung gegen Strafbestimmungen der Kriegswirtschaftsverordnung freigesprochen. Ab 01.03.1944 wieder im Dienst; am 02.03.1944 leitete der Reichsstatthalter ein förmliches Dienststrafverfahren ein (bereits am 31.05.1944 eingestellt). Am 21.10.1944 von Gauleiter Gustav Adolf Scheel (1907-1979) für die Durchführung von Sofortmaßnahmen nach dem ersten Bombenangriff auf Salzburg ausgezeichnet. Am 05.05.1945 Suizid im Haus an der Steger-Straße. Auszeichnungen: KVK 2. und 1. Kl.

Lit.: Allg. StadtA Salzburg Personalkartei. Peter F. Kramml, „... und des Sterbens war kein Ende“ – Der Tod im Mai 1945, in: Erich Marx (Hrsg.), Befreit und besetzt. Stadt Salzburg 1945-1955 (Schriftenreihe des Archivs der Stadt Salzburg 7, 1996), S. 42-44; Albert Lichtblau, „Arisierungen“, beschlagnahmte Vermögen, Rückstellungen und Entschädigungen in Salzburg (2004), a. m. O.; Thomas Weidenholzer und Peter F. Kramml (Hrsg.), Gauhauptstadt Salzburg. Stadtverwaltung und Kommunalpolitik. Die Stadt Salzburg im Nationalsozialismus (Schriftenreihe des Archivs der Stadt Salzburg 43, 2015), a. m. O. (P); Eike Rux, Die Geschichte der nationalen Salzburger Pennalien am Beispiel der Alldeutschen Gymnasialverbindung Rugia (Dipl.-Arbeit 2005), S. 209. Internet (25.02.2017): Liste der Bürgermeister der Stadt Salzburg (Wikipedia), Gothia-Salzburg, Geschichte der Stadt Salzburg (beide Salzburgwiki), A. G. (Salzburgwiki), 6. Vortragsreihe des NS-Projekts: Gauhauptstadt/Heinz Schaden. http://www.gothia-salzburg.at/toten_burshenschaft.htm. Mitteilungen des LArch Salzburg (Alfred Höck) v. 17., des StadtA Salzburg (Magdalena Granigg) v. 21. und 23.06.2016 sowie von Bernhard Pilz (Salzburg). v. 25.02.2017 (mit P) und 04.01.2019. H.D.

Glaubrech, Johann (Joseph Christian Friedrich), geb. 24.05.1800 in Mainz, gest. 12.07.1862 ebd. (Allgemeine Burschenschaft Germania-Gießen 1819). Ab 1817 Studium der Rechtswissenschaften in Gießen, Dr. iur.; 1820 Polizeisekretär in Mainz, 1823 ebd. Advokat-Anwalt; 1844 Ergänzungsrichter am Obergericht der Prov. Rheinhessen in Mainz, 1846 Obergerichtsrat; 1832-1847 Abgeordneter der Zweiten Kammer des Landtags des Großherzogtums Hessen (Wahlbezirk Rheinhessen/Pfieddersheim); 1849 in einer Nachwahl für den verstorbenen Conrad Heinrichs im Wahlbezirk Rheinhessen/Osthofen erneut in den Landtag gewählt; vertrat auch in der 12. Wahlperiode Osthofen im Landtag; 1849-1850 Zweiter Präsident der Zweiten Kammer des Landtags des Großherzogtums Hessen; 1848 Mitglied des Vorparlaments der Frankfurter Nationalversammlung. Veröffentlichungen u. a.: „An die wohlthätigen Bewohner der Stadt Mainz! Die Hospitäler in Warschau ... mit polnischen und russischen Verwundeten überfüllt, und es herrscht in denselben ein sehr fühlbarer Mangel an Verbandstücken ...“ (1831), „Ueber die gesetzlichen Garantien der persönlichen Freiheit in Rheinhes-

sen. Ein Beitrag zur Kenntniß der französischen Gesetzgebung in deutschen Staaten“ (1834), „Ueber die beabsichtigte, und nicht stattgehabte Advokaten-Versammlung in Mainz 1844“ (1844).

Lit.: BArch: Mitglieder des Vorparlaments und des Fünfgigerausschusses (auch digital). Heinrich Eduard Scriba, Biographisch-literarisches Lexikon der Schriftsteller des Großherzogthums Hessen im ersten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts 2 (1843), S. 257 f.; BL 2 (1942) Gießen, S. 54; Ruppel/Groß (1980), S. 11; Lengemann (1996), S. 146; Günther Krug, Die Advokat-Anwälte der Großherzoglich-Hessischen Provinzialhauptstadt Mainz: Geschichte der Mainzer Rechtsanwaltschaft von 1816 bis 1879 (1998); Ruppel/Groß (1980), S. 111; Erg.bd. (1995), S. 111; Rack/Vielsmeier (2008). Nr. 261. Internet (17.04.2020): J. J. C. F. Glaubrech (Wikipedia), Hessische Biografie LAGIS Hessen. P.K.

Goetsch, Otto, geb. 23.04.1900 in Preußisch Börnecke (Kr. Quedlinburg), gest. 14.11.1962 in Düsseldorf (Prussia-Berlin 1918). Ab 1918 Studium der Landwirtschaft sowie der Rechts- und Staatswissenschaften in Berlin; Erstes juristisches Staatsexamen 29.07.1921 am Kammergericht, Zweites juristisches Staatsexamen am 25.02.1925; Dr. iur. Würzburg 1921 („Die Rechtsstellung des Wildererers“); an Amts- und Landgerichten Berlins sowie der Prov. Brandenburg eingesetzt; 24.01.1928 Ernennung zum Regierungsassessor; während seiner Laufbahn an verschiedenen Polizei- und Regierungspräsidien kurzzeitig auch im preuß. Innenministerium tätig; 1920-1933 Mitglied der SPD, ab 1934 Mitglied der NSDAP; 1943 vom Polizeipräsidium Sosnowitz/Ostoberschlesien nach Düsseldorf versetzt. Dort wurde ihm die Leitung der Verwaltungspolizei übertragen. Zugleich wurde er zum Stellv. des Polizeipräsidenten ernannt. Im Apr. 1945 beteiligte er sich an einer Aktion Düsseldorfer Bürger, um die Stadt kampfflos den vorrückenden US-amerikanischen Streitkräften zu übergeben (Aktion „Rheintal“). Dabei wurde der Düsseldorfer Polizeipräsident SS-Brigadeführer August Korreng (1878-1945 durch Suizid) in einer Zelle des Polizeipräsidiums festgesetzt. G. als Stellv. Polizeipräsident und der Kommandant der Schutzpolizei Düsseldorf Franz

Jürgens (1895-1945) stellten einen Passierschein aus. Kurze Zeit später wurde der Plan verraten, ein Teil der Widerständler, darunter G., konnte fliehen, die anderen wurden noch im Polizeipräsidium festgenommen. Rechtsanwalt August Wiedenhofen (1888-1958) und Architekt Aloys Odenthal (1912-2003) erreichten am Nachmittag des 16.04.1945 bei Mettmann US-amerikanische Linien und konnten nach langen Verhandlungen die Stadt kampfflos übergeben. Die Amerikaner ernannten G. am 18.05.1945 zum Polizeipräsidenten. Auch nach der Übernahme des Kommandos über Düsseldorf durch die Briten blieb G. in dieser Funktion. Die spätere deutsche Verwaltung übernahm G. jedoch nicht. In einem Vergleich einigte man sich darauf, G. in den Dienst der Stadt Düsseldorf zu übernehmen. G. versuchte mehrfach, auch verwaltungsgerichtlich, die Stellung des Polizeipräsidenten von Düsseldorf wieder zu erhalten, scheiterte damit jedoch. 1957 wurde er wegen Krankheit pensioniert.

Lit.: Burschenschaftler-Stammrolle 1934 (1934), S. 149; MV des Frankenburg-Bau-Vereins e. V. Berlin (1940), S. 14; Der Fall des Dr. Dr. G., in: Düsseldorf Jahrbuch 70 (1999), S.275-288; Klaus-Fr. Dönecke, Die Ereignisse des 16. und 17. April 1945 in Düsseldorf („Aktion Rheinland“), 2000 (mit biographischen Angaben und P., auch digital); ders. in: Augenblicke (2000), S. 23-25; Volker Zimmermann, In Schutt und Asche. Das Ende des Zweiten Weltkrieges in Düsseldorf (3. Aufl. 2006), a. m. O. Internet (26.02.2017): O. G., „Aktion Rheinland“ (beide Wikipedia); Aktion Rheinland „Widerstand Gestern, Heute, Morgen“; HISTORIE Geschichte der Aktion Rheinland; Aktion Rheinland – Geschichtswerkstatt Düsseldorf; Himmelfahrtkommando „Aktion Rheinland“ rettete Düsseldorf; „Aktion Rheinland“. Gedenken an mutige Düsseldorfler. Mitteilungen des StadtA Düsseldorf (Benedikt Mauer) v. 08. und 09.06.2016. E.A./H.D.

Goldenberg, (Karl) Emil, geb. 15.04.1850 in Jassy/Fürstentum Moldau (1859 Rumänien) als Sohn eines Gasthausbesitzers, gest. 25.06.1919 in Leipzig (Normannia-Leipzig 1872/73). Sept. 1866-Febr. 1872 Besuch des Gymnasiums in Guben a. d. Oder, SS 1872 Studium der Rechtswissenschaften in Berlin, WS 1872 in Leipzig (28.10.1872 imm.), 20.07.1875 „Zeugnis für die juristische Praxis“, Sept.-31.12.

1875 zur Dienstleistung bei einem Rechtsanwalt und Stadtrat in Frankenberg i. Sa., 01.01.-23.06.1876 bei einem Rechtsanwalt in Leipzig, dann drei Monate Akzessist am Fürstlich Schönburg'schen Gerichtsamt in Lichtenstein i. Sa., dort 07.09.1876 Referendar am Amtsgericht, Dr. iur. in Leipzig, 01.10.1880 an der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Leipzig, Sommer 1883 Bürgermeister in Geyer i. Erzgeb., 15.04.1885 „Anerkennungsdiplom“ des Stadtrats von Geyer für seine „vielseitigen Verdienste um das Gemeindewesen“, bereits 05.02.1885 Bürgermeister in Mittweida i. Sa., zugleich Verwalter des Standesamts und der Städtischen Sparkasse, 18.04.1885 als Bürgermeister verpflichtet und eingewiesen, Verdienste um die Ansiedlung von Industrie, Förderung der Bautätigkeit und des Schulwesens, Renovierung der Stadtkirche, 01.04.1890 Wiederwahl als Bürgermeister auf Lebenszeit, 17.07.1890 Besuch König Alberts von Sachsen (1828-1902) in Mittweida und ausdrücklich Würdigung G.s, 03.05.1892 Kündigung, 07.05.1892 Fackelzug der Studenten des Technikums zu seinen Ehren, 15.05.1892-31.12.1906 Bürgermeister in Limbach i. V., 1897 auf Lebenszeit gewählt, Verdienste um Erschließung und Bauwesen (1892 städtische Wasserleitung, 1895 Turnhalle, 1905 Stadtparkhalle), Schulwesen (1894 Gründung der Realschule, 1897 des Pro-Gymnasiums, 1898 Eröffnung des Technikums) und Hygiene (1895 Bau des Schlachthofs, 1898 Krankenhauserweiterung, 1904 Kläranlage), 1902 neues Ortsstatut, 1906 erste sächsische Autoomnibus-Linie Mittweida-Burgstädt-Limbach, 01.01.1907 im Ruhestand und Rechtsanwalt in Leipzig.

Lit.: Stadtverwaltung Mittweida, StadtA/Stadtmuseum. Werner Stascheit (Hrsg.), Die Bürgermeister der Stadt Mittweida 1833-2001, Bd. 1: 1833-1929, Mittweida 2006, S. 16, 89-102; Lothar Nack/Hermann Schnurrbusch, Bürgermeister in Limbach, Oberfrohna und Limbach-Oberfrohna von 1883 bis 2008, Limbach-Oberfrohna 2008, S. 19; Harald Lönnecker (Bearb.), Stammrolle des Akademischen Turnvereins, der Turnerschaft, der Freien schlagenden Verbindung und der Burschenschaft Normannia zu Leipzig/Normannia-Leipzig zu Marburg 1868-2018, 2 Teile (Stand: 05.12. 2018), WS 1872/73. H.L.

Grieshaber, Franz Karl, geb. 12.12.1798 in Endingen als Sohn eines Arztes, gest. 20.12.1866 in Freiburg i. Br. (Freiburger Burschenschaft 1818/19, freiwillig ausgetreten). Nach Besuch des Gymnasiums in Freiburg ebd. WS 1814/15 und 1818/19 Studium der Philosophie, dann der kath.



Theologie sowie der klassischen und deutschen Philologie; ebd. stark beeinflusst durch den kath. Theologen und Orientalisten Johann Leonhard Hug (1765-1846); Mitbegründer des „Academischen Lesevereins“ (1819-1832); Ordination 22.09.1821; 1821 Prof. am Gymnasium in Freiburg, 1827 an das Lyceum in Rastatt versetzt; 1847 Geistlicher Rat; Kenner der mittelhochdeutschen Literatur und ihrer handschriftlichen Überlieferung, vor allem in der Oberrheinregion; Zusammenarbeit mit Joseph von Laßberg und Hans Pfeiffer; erwarb nach und nach eine umfangreiche Sammlung mittelalterlicher deutscher Handschriften, die er später der Universitätsbibliothek Freiburg vermachte; 1854 für den Stadtwahlbezirk Rastatt Abgeordneter der Zweiten Kammer der Badischen Ständeversammlung; lebte nach seiner Pensionierung in Freiburg; vermachte u. a. der Freiburger Universität, der Stadt Rastatt und dem Münsterfonds Breisach großzügige Stiftungen; „eine humane, milde, echt religiöse Natur; ein freisinniger, tole-

ranter Katholik josephinischer Richtung“ (Scherer in ADB): 1850 Ehrenbürger von Rastatt, 1856 Dr. phil. h. c. Universität Freiburg i. Br. Veröffentlichungen u. a. (zumeist digital in der Universitätsbibliothek Freiburg): „Über den rhetorischen Unterricht auf Gelehrtenschulen“ (1829), „Erinnerung an Rastatts Glück am 13. Juni 1830“ (1830), „Unserem lieben Großherzog Leopold“ (1831), „Der Hochaltar im Münster zu Breisach“ (1833), „Über die Einführung der Turnübungen und der Geschichte der deutschen Nationalliteratur in den Kreis Badischer Gelehrtenschulen“ (1838), „Aeltere noch ungedruckte deutsche Sprachdenkmale religiösen Inhalts“ (1842), „Vaterländisches aus den Gebieten der Literatur, der Kunst und des Lebens“ (1842), „Deutsche Predigten des XIII. Jahrhunderts“ (2 Bde., 1844 und 1846), „Oberrheinische Chronik“ (1850).

Lit.: Badische Biographien 1. Tl. (1875), S. 319 f. (F. L. Dammert); ADB 9 (1879), S. 663 f. (W. Scherer); Walther Haas, F. K. G., in: VuB 31/32 (1959), S. 55 f.; Winfried Hagenmaier, Die Handschriftensammlung F. K. G.s (1798-1866) in der Universitätsbibliothek Freiburg im Breisgau (1975, auch digital); Engelbert Strobel, F. K. G.: bedeutender Altphilologe und Germanist, in: Badische Heimat 57 (1977), H. 1, S. 94-96; Hans Fenske, Der liberale Südwesten (1981), S. 40; DBE 4 (1996), S. 164; Internationales Germanistenlexikon 1 (2003), S. 605 f.; Aurnhammer (2010), S. 431-449 (mit Geburtsjahr 1788 und Todestag 31.12.1866), Angela Karasch, Das Vermächtnis der Professoren: Johann Leonhard Hug und andere wissenschaftliche Sammler des 19. Jahrhunderts (2007), S. 30-32; Walter Ernst Schäfer, in: Literarisches Leben im deutschen Südwesten von der Aufklärung bis in die Moderne 2 (2010), S. 431-449; ders. (Hrsg.), F. K. G. (1788-1866): Wegbereiter der badischen Literaturgeschichte, in: Von der Spätaufklärung zur Badischen Revolution (2010), S. 431-449. Internet (05.12.2018): Gundermann (o. J.), F. K. G. (Wikipedia), Liste der Mitglieder der Badischen Ständeversammlung 1854, Wikisource. Quellen und Volltexte, LEO-BW. Baden-Württemberg, Kalliope-Verbund P.K.

Gritzbach, Erich, geb. 12.07.1896 in Forst (Lausitz), gest. 29.03.1968 in Erlangen (Gothia-Berlin 1921, ausgetreten um 1926); 1914-1918 Kriegsfreiwilliger; meldete sich nach dem Abitur 1919 am Königstädtischen Gymnasium in Berlin als Freiwilliger zum Grenzschutz Ost, mit dem er

bis Mai 1920 als Kompanieführer einer Maschinengewehrkompanie in den Reichswehrerschützen-Rgt. 9 und später 93 an den Grenzschutzkämpfen in Schlesien teilnahm; 1920-1922 Direktionsassistent beim Verein Deutscher Werkzeugmaschinenfabriken; parallel dazu Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Berlin und Tübingen; 1924 Dr. sc. pol. Tübingen („Die Preisbindung im deutschen Werkzeugmaschinenbau“); seit den frühen 1920er Jahren bis 1924 politische Betätigung in der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP); 1924 Eintritt in die Reichszentrale für Heimatdienst, dort 1931 zum Regierungsrat ernannt; 1932 Berufung in das Preußische Staatsministerium und Beförderung zum Ministerialrat; Febr. 1933, unmittelbar nach dem Antritt der Regierung Hitler, Ernennung zum Leiter des persönlichen Büros des neuen Reichskommissars für Preußen Franz von Papen (1879-1969) und dessen Nachfolger Hermann Göring, der fortan als preuß. Ministerpräsident amtierte; 1934 Ernennung zu dessen persönlichem Referenten und zum Pressechef des Preuß. Staatsministeriums. Seit 01.05.1931 Mitglied der NSDAP (Nr. 3473289), fungierte G. praktisch als „rechte Hand“ Görings, dessen besonderes Vertrauen er genoss. Als Chef des Ministerbüros im Preußischen Staatsministerium (1933-1938) und „Chef des Stabsamtes des Preußischen Ministerpräsidenten“ bzw. des „Stabsamtes des Reichsmarschalls des Deutschen Reiches“ (1940-1945) oblag ihm die organisatorische Wahrnehmung der Amtsgeschäfte Görings als preußischer Ministerpräsident; 1933-1936 außerdem als Hauptkommissar für die organisatorische Vorbereitung der Olympischen Spiele von 1936 in Berlin zuständig; 1936 zum Ministerialdirigenten befördert; Mitglied der SS (Nr. 80174, seit 1938 SS-Oberführer), II. Sturmbann der SS-Standarte 6; ab 1938 im Stab des Reichsführers-SS → Heinrich Himmler; 1938; 1938-1945 Mitglied des Preußischen Staatsrates; im Auftrag Görings Verfasser von dessen weitgehend unkritischer Biographie („H. G. Werk und Mensch“ (1938, auch in Englisch), 45 Auflagen (zuletzt

1943) und mehrere hunderttausend Exemplare, wobei Göring den Großteil der Tantiemen für sich beanspruchte); Hrsg. der „Reden und Aufsätze“ Hermann Görings (1938, 4. Aufl. 1940); zeitweise auch Hrsg. der Zeitschrift „Der Vierjahresplan. Zeit-



schrift für nationalsozialistische Wirtschaftspolitik ...“; seit 1939 erste Anzeichen für eine zögerliche innere Distanzierung vom NS-Staat und Hitlers aggressivem außenpolitischen Kurs, ohne sich jedoch aktiv gegen das Regime zu positionieren; seit 1939 intensivere Kontakte zu konservativen Regimekritikern wie Erwin Planck. Den Tagebüchern des Diplomaten Ulrich von Hassel (1881-1944) zufolge erklärte G. bereits im Nov. 1939 gegenüber dem preuß. Finanzminister Johannes Popitz (1884-1945), dass er Hitler für „einfach geisteskrank“ halte und dieser „ausgeschaltet“ werden müsse. 1945 von den US-Amerikanern kurzfristig interniert; 1947 Anstellung als Büroleiter im Pressesekretariat der „Treuhandverwaltung North German Iron Steel Control“ in Düsseldorf. Später lebte G. einige Jahre in Martinsweiler im Schwarzwald. EK II und I, österreichische Tapferkeitsmedaille in Bronze, Verwundetenabzeichen in Schwarz, Ehrenkreuz des Weltkrieges 1914-1918 mit Schwertern (1934), KVK 2. und 1. Kl.

Lit.: Spruchkammerakten (LA Berlin und BA), div. Personalakten im ehem. BDC. Meldungen der Gothia an die Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin v. April 1922 ff.; Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Burschenbundes (1924), S. 318; Wer

ist's? (1935), S. 538; Stockhorst (1967), S. 164; Die Hassel-Tagebücher 1938-1944. Aufzeichnungen vom anderen Deutschland, hrsg. von Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen (1988), S. 136; Klee (2003), S. 201. Internet (08.12.2018): E. G. (Wikipedia, mit seinen Beförderungen im Staatsdienst und Einzelnachweisen); 1933-1945 Täter und Mitläufer, Institut für Zeitgeschichte (Eidesstattliche Erklärung zum Entnazifizierungsverfahren v. 12. Aug. 1948); Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik „Online Edition“; BA Koblenz. Mitteilung Jens Carsten Claus (Dubai) v. 28.11.2018. P.K.

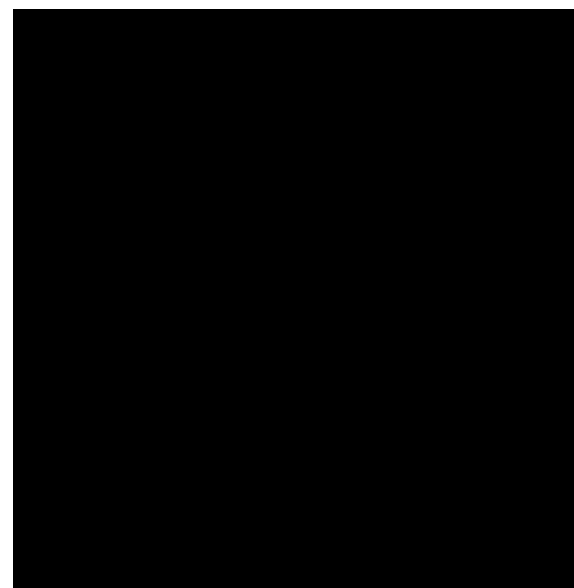
Grommes, (Karl) Christian (Raymund, Raimund), geb. 31.08.1884 in Diedenhofen (Thionville, Lothringen) als Sohn eines Hauptzollamts-Assistenten, gest. 09.09.1951 in Homburg/Saar (Arminia-Straßburg 1903). Nach Besuch der Vorschule des Lehrerseminars in Colmar (1890-1894) und des Gymnasiums in Diedenhofen Studium der Rechtswissenschaften in Straßburg, Berlin und Bonn; 1910-1914 Referendar im elsass-lothringischen Justizdienst; Großes Staatsexamen; 1914-1919 Kriegsdienst als Leutnant bei der schweren Artillerie und US-amerikanische Gefangenschaft; seit Nov. 1919 Tätigkeit in der Reichsfinanzverwaltung, zunächst als Regierungsassessor, als Regierungsrat Vorsteher der Finanzämter Krefeld und Gemünd/Eifel und von 1922 bis 1924 des Finanzamtes Saarbrücken-Land; 1924-1935 Vorsitzender der Einkommen-Berufungskommission für das Saargebiet; 1935-1938 Tätigkeit als Vorsitzender der Kammer Saarbrücken des Finanzgerichts beim Landesfinanzamt Mainfranken in Würzburg und beim Oberfinanzpräsidium Württemberg in Stuttgart; als Nichtmitglied der NSDAP wiederholt bei Beförderungen übergangen; Bewerbung als Präsident des Oberfinanzpräsidiums Westmark (Pfalz, Saargebiet, Lothringen) abgelehnt. Apr.-Aug. 1945 Tätigkeit in der Finanz- und Steuerabteilung der Regierung der Rheinpfalz in Neustadt a. d. Weinstr. seit 10.08.1945 Präsidialdirektor und Leiter der Abt. Finanzen und Steuern im Regierungspräsidium Saar, seit Okt. 1946 Mitglied der Verwaltungskommission des Saarlandes; 20.12.1947 Ernennung zum Saarländischen Minister für Finanzen und Forsten (partei-

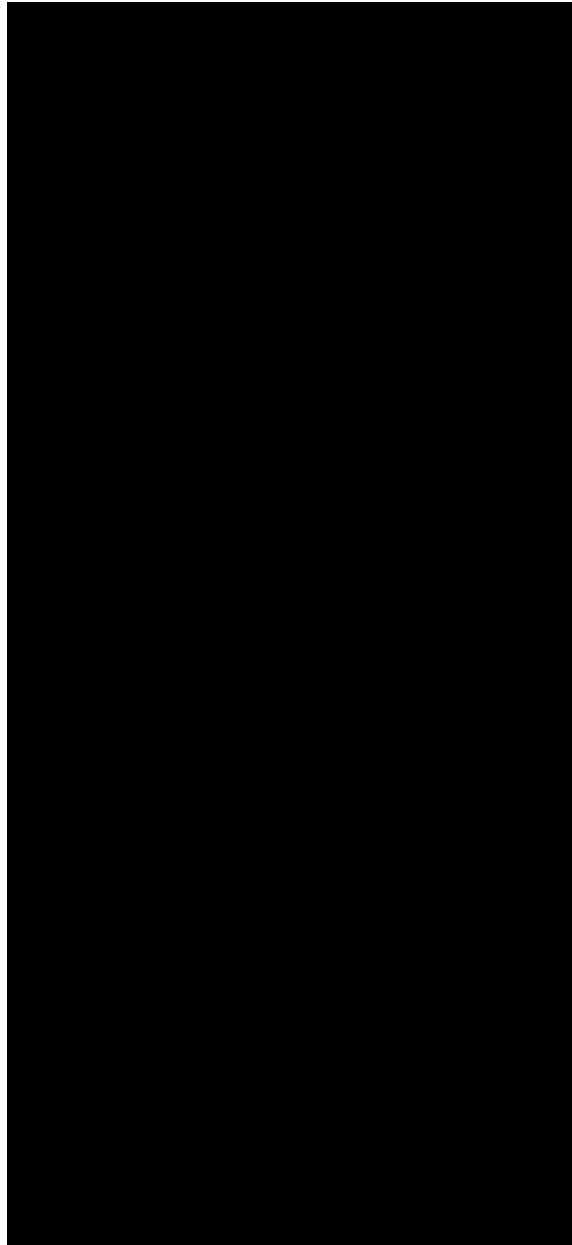
los) im 1. Kabinett Hoffmann (bis 14. Apr. 1951).

Lit.: BArch Berlin R 9361 II/324236; Burschenschaftler-Stammrolle 1934 (1934), S. 157, 1093; BL 2 (1942), S. 19; Anna Christine Storbeck, Die Regierungen des Bundes und der Länder seit 1945 (1970). Internet (04.01.2018): C. G. (Wikipedia), Saarländische Biographien (P). Mitteilungen der B. Arminia Straßburg zu Tübingen (Thomas Trumpp) v. 08.08., der Archives communales de Thionville (Frédéric Gaudinet, mit Kopie der Geburtsurkunde) v. 12.08., des LArch Saarbrücken (Michael Sande, mit wohl 1946/47 verfasstem Lebenslauf) v. 19.08. sowie des BArch Berlin (Heinz Fehlauer) v. 22.08. und 06.10.2014. K.O.

Groneberg, Friedrich (Wilhelm), geb. 07.08.1796 in Wallrode/Kr. Worbis als Sohn eines Lehrers, gest. 06.06.1878 in Sondershausen (Jenaische Burschenschaft 1820). Studium der ev. Theologie seit 1820 in Jena; 1824 Substitut des Edukationsrats Böse in Sondershausen, dort März 1825 Konsistorialassistent, 25.09.1825 Diakon, Okt. 1825 Konsistorialrat und Mitglied des Konsistoriums, 1830 Adjunkt, 1847 Mitglied der Landesregierung (Konsistorialabteilung), 1850 Mitglied des Kirchenrats.

Lit.: Landeskirchliches Archiv, Eisenach, Thüringer Pfarrerkartei; BAK, DB 9, M. Burschenschaftlerlisten; Thüringer Pfarrerbuch, Bd. 2, Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen (1997), bearb. von Bernhard Möller, S. 173; Lönnecker (2015), S. 236, Nr. 636. Mitteilung des Standesamtes Sondershausen v. 12.11.2014 (mit Sterbeurkunde v. 07.06.1878) und der Ev. Kirche in Mitteldeutschland – Landeskirchenarchiv Eisenach (Margitta Köppe) v. 06.01.2017. H.L./KO.





Gütschow, Carl (Hermann), geb. 28.02.1797 in Lübeck als Sohn eines Kaufmanns und späteren Senators, Enkel des Lübecker Bürgermeisters Hermann Dietrich Krohn, gest. 07.09.1850 in Baden-Baden (Urburschenschaft Jena 1818/19). Nach Besuch des Katharineums zu Lübeck bis Ostern 1816 Studium der Rechtswissenschaften in Göttingen (imm. 26.04.1816) und Jena (imm. 18.08.1818) sowie Promotion zum Dr. iur. (Göttingen 1819). 1820 Niederlassung als Advokat und Prokurator am Oberappellationsgericht der vier Freien Städte in Lübeck; 1821 Wahl zum Dritten Ratssekretär (Registrator) der Hansestadt Lübeck, 1825 rückte er zum Zweiten Ratssekretär

auf und wurde 1843 Protonotar der Stadt. Der etwa gleichzeitig tätige Lübecker Syndikus Anton Dietrich G. (1765-1833) war sein Onkel. G.s Stammbuch aus seiner Studentenzeit (Laufzeit von 1816 bis 1819 mit 79 Einträgen) war ein Teil der Sammlung des Studentenhistorikers Georg Schmidgall (1867-1953) und befindet sich heute im Institut für Hochschulkunde. Es belegt G.s burschenschaftlichen Freundeskreis.

Lit.: Hermann Genzken, Die Abiturienten des Katharineums zu Lübeck (Gymnasium und Realgymnasium) von Ostern 1807 bis 1907 (1907, Beilage zum Schulprogramm 1907, auch digital); Deutsches Geschlechterbuch 44 (1923), S. 147; Friedrich Bruns, Die Lübecker Syndikater und Ratssekretäre bis zur Verfassungsänderung von 1851, in: Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde 29 (1938), S. 166 f.; Stamm-Buch der Jenaischen Burschenschaft (2005), S. 144, Nr. 719; Michael Neubert/Hans Peter Hümmel, Die studentischen Stammbücher mit Einträgen aus Jena im Institut für Hochschulkunde an der Universität Würzburg. Ein Bestandskatalog, in: Jahrbuch Einst und Jetzt, Bd. 53 (2008), S. 297. H.D.

Hagedorn, (Heinrich Julius) Max, geb. 28.11.1852 in Rathstal bei Königsberg als Sohn eines Gutsbesitzers, gest. 15.12.1914 in Hamburg (Germania-Königsberg 1872/73). Nach Besuch des Altstädtischen Gymnasiums in Königsberg ebd. Studium der Medizin; nach Studienabschluss Prakt. Arzt in Mohrungen; einige Jahre als Schiffsarzt tätig; 1888 Eröffnung einer HNO-Praxis in Hamburg; mehrere Jahre Mitglied des Vorstands der Ärztekammer Hamburg; widmete sich der Entomologie dem Schwerpunkt Borkenkäfer, wozu er zahlreiche Aufsätze publizierte. Ab etwa 1899 war er Mitglied des Vereins für naturwissenschaftliche Unterhaltung in Hamburg. Seine umfangreiche Sammlung von Borkenkäfern überließ er dem Naturhistorischen Museum Hamburg als Schenkung. 1892-1898 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (Fraktion der Linken).

Lit.: Verzeichniß der Alten Burschenschafter (1893), S. 46; Aus der entomologischen Welt, in: Deutsche Entomologische Zeitschrift, Jg. 1915 (1915), S. 213 (auch digital); L. Reh, Dr. M. H., gest. 15. Dez. 1914, in: R. Timm (Hrsg.), Verhandlungen des Vereins für naturwissenschaftliche Unterhaltung zu Hamburg. 1914-1919, XVI. Bd. L (1920), S. LIX ff.; Eckhard K. Groll, J. M. H., in:

Biografien der Entomologen der Welt (2013, mit P., auch digital). Internet (17.04.2020): M. H. (Wikipedia). P.K.

Hagen, Wilhelm, geb. 26.10.1893 in Augsburg als Sohn eines Chirurgen, gest. 29.03.1982 in Bonn (Germania-Erlangen 1912). Nach Besuch des Augsburger Gymnasiums ab 1912 Studium der Medizin in Erlangen, München und Freiburg. Unterbrechung des Studiums durch Teilnahme am Ersten Weltkrieg in einem Reservelazarett. Aus der Jugendbewegung kommend gehörte er nach Kriegsende 1919 der Vereinigung Sozialistischer Akademiker in München an und war an der Räterevolution beteiligt. 1921 Staatsexamen und Promotion zum Dr. med. in Freiburg; ab 1921 Kreiskommunalarzt im Landkreis Lennepe (Bergisches Land); 1923-1925 Stadtarzt in Höchst am Main, ab 1925 Stadtmedizinalrat und Leiter der Kinder- und Jugendfürsorge in Frankfurt am Main. 1927-1929 publizierte H. zu Jugendfürsorge, Säuglingssterblichkeit und gesundheitlichen sowie sozialen Aspekten problematischer Wohnverhältnisse und übernahm außerdem 1929-1931 eine Lehrtätigkeit an der Pädagogischen Akademie für Schulgesundheitspflege in Frankfurt a. M.; 1932/33 Mitherausgeber der Fachzeitschrift „Gesundheit und Erziehung“; seit 1927 Mitglied der SPD, aus der er 1933 austrat. Nach der „Machtergreifung“ durch die Nationalsozialisten wurde H. 1933 wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ und „kommunistischer Betätigung“ von seinen Funktionen entbunden. Eine von ihm betriebene Habilitation wurde 1934 aus „politischen Gründen“ abgelehnt. Danach versuchte er erfolglos zu emigrieren und übernahm im gleichen Jahr die Arztpraxis seines Vaters in Augsburg. 1938 Mitglied der NSDAP. Während des Zweiten Weltkrieges als Amtsarzt dienstverpflichtet, leitete ab Anfang Jan. 1941 das Gesundheitsamt in Warschau (Generalgouvernement) und bekleidete zusätzlich ab Anfang 1942 das Amt des „Beauftragten für die Tbc-Bekämpfung im Generalgouvernement“; forderte am 07.07.1941 in einer Denkschrift über Fleckfieber im Warschauer Judenviertel

tel die Erschießung von „vagabundierenden Juden“ (Musial); verantwortlich für die Sicherung der Gesundheit der „arischen“ Bevölkerung, der Logik der Rassenpolitik folgend, Unterwerfung, Aussonderung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung im Ghetto. In dieser Funktion hielt H. an der getrennten medizinischen Versorgung von tuberkuloseerkrankten Polen und Deutschen fest, setzte sich aber erfolglos für eine deutlich bessere Behandlung der Polen ein. Er schrieb an den Reichsgesundheitsführer Leonardo Conti (1900-1945) u. a. einen Brief, in dem er auch die Widersprüchlichkeit der Politik im Generalgouvernement anprangerte, da u. a. die Vorenthaltung adäquater medizinischer Versorgung von Polen und „volle Ausnützung ihrer Arbeitskraft“ sich widersprechen. Außerdem prangerte er Ausschreitungen sowie Grausamkeiten gegen Polen an. Schließlich wandte sich H. diesbezüglich an seinen Freund, den Reichstierärztführer Friedrich Weber (1892-1955). In einem Brief vom 07.12.1942 an Hitler protestierte er dagegen, mit tuberkulosekranken Polen „so zu verfahren wie mit den Juden, d. h. sie zu töten“ (Klee). Da er schließlich vorschriftswidrig Polen und Deutsche in der medizinischen Behandlung gleichstellte, wurde er durch den SS- und Polizeiführer Ferdinand von Sammern-Frankeneegg (1893-1944) bei Reichsführer-SS → Heinrich Himmler denunziert und im Febr. 1943 durch den Leiter der Abt. Gesundheitswesen im Generalgouvernement Heinrich Teitge (1900-1970) von seinem Posten als Amtsarzt in Warschau entbunden. 1943-1945 nach kurzer Zwischentätigkeit als Prakt. Arzt Truppenarzt bei der 6. Armee, Hygieniker im Stab des Armeearztes, 1945-1948 wieder Prakt. Arzt in Augsburg, Berater der Bayerischen Staatsregierung, 1948 Hilfsarzt im Bayerischen Staatsministerium des Inneren, 1948/49 Habilitation und Privatdozent für Sozialhygiene an der Universität München, 1950-1956 Ministerialrat und Referatsleiter für Gesundheitsfürsorge im Innenministerium, Arbeitsschwerpunkt: Mütter- und Säuglingsfürsorge („Lex Hagen“), ab 1952 außerdem Ho-

norarprofessor für Gesundheitsfürsorge an der Universität Bonn, 1956-1958 Präsident des Bundesgesundheitsamtes; ab 1949 Schriftleiter der Zeitschrift „Der öffentliche Gesundheitsdienst“; in den 1950er Jahren WHO-Sachverständiger für öffentliches Gesundheitswesen; 1958 Ruhestand. In den 1960er Jahren kam es zu einem Rechtsstreit mit dem deutsch-polnischen Historiker jüdischer Herkunft Joseph Wulf (1912-1974), als dieser in seinem 1961 erschienenen Buch „Das Dritte Reich und seine Vollstrecker. Die Liquidation von 500.000 Juden im Ghetto Warschau“ (Nachdrucke 1978 und 1984) das Wirken H.s in Bezug auf das Warschauer Ghetto äußerst negativ beurteilte; es kam jedoch zu einem Ausgleich. Alfred C. Eberwein bezeichnete H. anlässlich dessen 60. Geburtstag als „Altmeister der Sozialhygiene“. Ehrungen u. a.: Ehrenplakette der Stadt Frankfurt am Main (1963), Johann-Peter-Frank-Medaille (1972), Großes BVK mit Stern (1979). Veröffentlichungen u. a.: „Die Gesundheitsfürsorge einer Industriestadt. Erörtert am Beispiel der Stadt Höchst a. M.“ (1925), „Sport und Körper“ (1926), „Tuberkulose und Tuberkulosebekämpfung. Ein Leitfaden“ (1949), „Krankenpfleger-Lehrbuch“ (18. Aufl., Neubearb. 1951), „Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 23. Juli 1953“ (mit Fritz Bernhard, 1954), „Vorbeugende Gesundheitsfürsorge“ (1953), „Jugendliche in der Berufsbewährung“ (1958), „10 Jahre Nachkriegskinder“ (1962), „Wachstum und Entwicklung von Schulkindern im Bild“ (1964), „Gesundheitsfürsorge. Ein Kollegheft“ (1965), „Das öffentliche Gesundheitswesen“ (Mithrsg., 5 Bde., 1966-1968), 60 Jahre Gesundheitsfürsorge. Ausgewählte Aufsätze von W. H., hrsg. von der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf (1978), „Auftrag und Wirklichkeit. Sozialarzt im 20. Jahrhundert“ (1978).

Lit.: Nachlass im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München; Wenig (1968), S. 102; Alfons Labisch/Florian Tennstedt, „Der Weg zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens“ vom 3. Juli 1934 (1985), S. 427 (P); Bogdan Musial, Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung

im Generalgouvernement (1999), a. m. O.; Ute Caumanns/Michael G. Esch, Fleckfieber und Fleckfieberbekämpfung im Warschauer Ghetto und die Tätigkeit der deutschen Gesundheitsverwaltung, in: Geschichte der Gesundheitspolitik in Deutschland. Hrsg.: Wolfgang Woelk und Jörg Vögele (2002), S. 225-262; Klee (2003), S. 218 f.; DBE 4 (2006), S. 351. Internet (05.02.2018): W. H. (Mediziner) (Wikipedia), Munzinger-Archiv IBA . H.D.

Haiz (Haitz), Fidel(is), geb. 16.10.1801 in Waldshut, gest. 09.06.1872 in Freiburg i. Br. (Academisch-Gesetzlicher Verein („Neutralia“) 1824). Nach Besuch des Klostersgymnasiums in Rheinau und des Lyzeums in Konstanz 1821-1824 Studium der kath. Theologie in Freiburg; 1825 Eintritt in das bischöfliche Seminar zu Meersburg; Ordination 21.09.1826; Vikar in Lutingen, Pfarrverweser in Hochsal, 1831 Pfarrer in Denkingen, 1840 in Waltershofen; 1842 Direktor des neuerrichteten Collegium theologicum in Freiburg; dort 1844 zum Domkapitular gewählt und bis 1847 Münsterpfarrer; erzbischöflicher Religionsprüfungskommissar am Lyceum und an der höheren Bürgerschule in Freiburg; erzbischöflicher Kommissar der beiden Freiburger Frauenklöster, Präses des Verwaltungsrates des Ordens der barmherzigen Schwestern. H. verweigerte 1853 als hoher kirchlicher Mandatsträger im „Kulturkampf“ seinem Erzbischof Hermann von Vicari (1773-1868) die Gefolgschaft und stellte sich auf die Seite des liberalen badischen Großherzogs Ludwig II. (1824-1858). Daraufhin untersagte ihm der Erzbischof am 15.12.1853 alle priesterlichen Tätigkeiten (außer der Zelebrierung einer stillen Messe), die er erst nach dem Tod des Erzbischofs wieder ausüben durfte; Verfasser zahlreicher Schriften, u. a.: „Das kirchliche Synodal-Institut vom positiv historischen Standpunkte aus betrachtet“ (1849), „Das Leben I. H. von Wessenberg's ehemaligen Bisthumsverwesers in Constanz: nach schriftlichen und mündlichen Mitteilungen“ (1860), „Die katholische Abendmahlslehre nach der heiligen Schrift und Tradition und in ihrer Bedeutung für das religiös-sittliche Leben dargestellt“ (1871).

Lit.: Badische Biographien 1 (1875), S. 327-329; ADB 10 (1879), S. 393 f. (Heinrich Reusch), Frei-

burger Diöcesan-Archiv Register (1902), S. 165; Irma Götze von Olenhusen, Klerus und abweichendes Verhalten. Zur Sozialgeschichte katholischer Priester im 19. Jahrhundert. Die Erzdiözese Freiburg (1994), S. 350 f., 375. Internet (10.06.2020): Gundermann (o. J.), Matrikel der Universität Freiburg (1991), S. 155. Mitteilung von Karl Gundermann (Assenheim) v. 21.05.2020. P.K.

Harnack, (Wolf Alexander Oscar) Ernst (ab 1914 von), geb. 15.07.1888 in Marburg/Lahn, Sohn des Kirchenhistorikers Adolf v. H. (1851-1930), Urenkel des Chemikers Justus von Liebig (1803-1873), Vater des Ritterkreuzträgers Helmut v. H. (1918-1942 gefallen), Vetter der Widerstandskämpfer Arvid (Rote Kapelle) und Falk H. (Weiße Rose), gest. (hingerichtet) 05.03.1945 in Berlin-Plötzensee (Germania-Marburg 1907, zum 01.01.1922 Band niedergelegt). Nach einjährigem Privatunterricht und Besuch des Joachimsthalschen Gymnasiums in Berlin Studium der Rechtswissenschaften in Marburg und Berlin; 06.05.1911 Erste juristische Staatsprüfung, anschließend Ausbildung beim Amtsgericht Berlin-Lichterfelde; 01.10.1911-30.09.1912 Einj.-Freiw. im Thüringischen Husaren-Rgt. Nr. 12 in Torgau; 08.03.1913 Referendar bei der Regierung Oppeln; 02.08.1914-15.05.1915 als Leutnant d. R., Bataillonsadjutant und Ordonanzoffizier Teilnahme am Ersten Weltkrieg im Westen; seit 1916 beim Zivilbeauftragten in Russisch-Polen tätig; EK II und Rettungsmedaille am Band; 29.06.1918 zum Regierungsassessor und Hilfsarbeiter im Preuß. Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ernannt und am 24.01.1921 zum Regierungsrat befördert; seit 1919 aktives Mitglied der SPD; 27.11.1921 in den Vorstand des neu gegründeten „Bundes religiöser Sozialisten Deutschlands“ gewählt; obwohl der Ehrenrat in seiner SPD-Mitgliedschaft keinen Ausschließungsgrund sah, 1922 freiwilliger Austritt aus seiner Burschenschaft, „um jeglichen Konflikt zu seiner Partei mit Bbr. Bbr. zu vermeiden“ (Germanenzeitung S. 10); 15.08.1921-09.11.1923 und 01.06.1924-31.05.1925 Landrat in Hersfeld (Reg.-Bez. Kassel); zwischenzeitlich 1923 zur Unterstützung des Stellv. Regierungs-

präsidenten Wiesbaden und vertretungsweise Verwalter im pommerschen Landratsamt Randow; 01.06.1925 Regierungsvizepräsident in Hannover, in gleicher Funktion ab 01.04.1927 in Köln; 08.08.1929-31.07.1932 Regierungspräsident in Merseburg; seitdem enge Kontakte zu Carl Goerdeler (Turnerschaft Eberhardina Tübingen) und durch ihn zu Mitgliedern des bürgerlichen Widerstands wie Josef Wirmer (Brisgovia Freiburg, Guestphalia Berlin, Flamborg Freiburg/Bonn, Langemarck Bonn, Semnonia Berlin, alle KV); stellte Verbindungen her zwischen SPD-Führern und militärischem Widerstand. 1931 Beleidigungsverfahren gegen den 2. Bundesführer des „Stahlhelm“ Oblt. a. D. Theodor Duesterberg; nach dem sog. „Preußenschlag“ von Papens am 20.07.1932 gegen die Regierung unter Otto Braun (1872-1955, SPD) Versetzung in den einstweiligen Ruhestand; rief vor den preußischen Kirchenwahlen am 12.-14.11.1932 in Reden und Zeitungsartikeln zum Kampf gegen die „Deutschen Christen“ als Kampfgruppe, die „vom Braunen Haus gegen die evangelische Kirche vorgeschickt wird“; deren „Richtlinien“ bezeichnete er als „Lästerung der Grundsätze des Christentums“ (Adolf v. H. /1984/, S. 30 f.). Aufgrund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 07.04.1933 zwangspensioniert; Umzug nach Berlin; bis zum Kriegsbeginn als Arbeiter in einer Datenverarbeitungsfirma und Textilvertreter tätig; intensives Engagement für die SPD und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold; nachdem er versucht hatte, die Mörder des während der „Köpenicker Blutwoche“ umgebrachten ehemaligen Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Schwerin und SPD-Reichstagsabgeordneten Johannes Stelling (1877-1933) zu finden, 13.-29.06.1933 in „Schutzhaft“; Kampf gegen die NSDAP; von der „Reichspogromnacht“ vom 09./10.11.1938 erschüttert; bereits im Winter 1938/39 verständigte man sich in seinem Haus mit Wilhelm Leuschner, Julius Leber, Gustav Noske, Klaus Bonhoeffer u. a. auf die Strategie, durch die der „20. Juli 1944“ zu einem gemeinsa-

men Aufstandsversuch militärischer und ziviler Widerstandskreise wurde; Okt. 1939 gemeinsam mit Otto John (1909-1997) Erstellung eines Memorandums bis 1933 heillos zerstrittener politischer Kräfte, um das Militär über die Stimmungslage der Bevölkerung aufzuklären und zum Sturz des NS-Regimes aufzurufen. „Ein System ohne Demut und Güte“ sei stets „zum Scheitern verurteilt“ (zit. nach Faber/ Ulrich S. 165); Hilfe für Juden durch Verstecken und Beratung. Zur Zeit des Nationalsozialismus legte v. H. mit Willi Wohlbrecht (1878-1950) für Berlin ein Gräberverzeichnis berühmter Männer an und beaufsichtigte ab 1938 die großflächigen Umbettungen, die für Albert Speers „Welthauptstadt Germania“ angeordnet worden waren. Enge, z. T. verwandtschaftliche Kontakte zum bürgerlichen und militärischen Widerstand, u. a. zu früheren NSDAP-Mitgliedern, zum Bonhoeffer-Dohnanyi-Kreis, Julius Leber, Ludwig Beck und Wilhelm Leuschner. H. warb Helmut James von Moltke 1942 als „Rekruten“ des Kreisauer Kreises. Maßgebliche Beteiligung am Zustandekommen eines (erfolglosen) Informationsgesprächs von Oppositionellen mit dem US-Journalisten Louis P. Lochner, der Präsident Franklin D. Roosevelt über die Aktivitäten und Absichten des deutschen Widerstands informieren sollte; nach dem Juliattentat um die Kinder seines bereits verhafteten Freundes Julius Leber bemüht; wechselnde Wohnsitze, um sich dem Zugriff der Gestapo zu entziehen; am 29.09.1944 in der Wohnung eines befreundeten Pfarrers festgenommen und in das Berliner Gestapo-Gefängnis in der Lehrter Straße eingeliefert; wegen Teilnahme am Aufstand des 20. Juli 1944 am 01.02.1945 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am 05.03. in Plötzensee durch Erhängen hingerichtet. Das zur „Geheimen Reichssache“ erklärte Urteil bestand, bezeichnend für den Willkürcharakter des NS-Regimes, nur aus wenigen Sätzen: „Ernst von Harnack wußte von Umsturzbestrebungen Goerdelers und auch von solchen Lebers und Leuschners. Er meldete das nicht nur

nicht, sondern stellte sich Leber sogar – wenn er gebraucht wurde – zur Verfügung! Sein Tun erklärt sich aus dem ihn beherrschenden Gemisch liberaler und marxistischer Anschauungen und aus seinem Ver zweifeln am Sieg. Das ändert aber nichts an seinem Hochverrat mitten im Kriege. Dadurch hat er sich für immer ehrlos gemacht. Er wird daher mit dem Tode bestraft.“ (zit. nach Germanenzeitung S. 10 f.). E. v. H. „starb als Sieger, nicht als Besiegter. Er wollte, so lautete seine Bitte an den Zellennachbarn, der eine Geige besaß, mit einem christlichen Triumphlied im Ohr scheiden: Vexilla regis prodeunt ...“ (Heimatkalender Hersfeld-Rotenburg 1985, S. 97). Einem ebenfalls hingerichteten politischen Freund hinterließ er am 03.03.1945 sein Credo: „Das Entscheidende ist nicht, dass man das Ziel erreicht, sondern dass man den richtigen Weg geht“ (zit. nach Faber/Ulrich S. 167). Der vormalige Reichskunstwart Edwin Redslob (1884-1973) schrieb ein Sonett auf seinen hingerichteten Freund. Dessen Leichnam wurde an unbekannter Stelle verscharrt. Ein Familiengrab auf dem Friedhof Zehlendorf, Onkel-Tom-Straße, führt auch seinen Namen auf. Gedenktafel in Berlin-Zehlendorf, Am Fischtal 8, E.-v.-H.-Straße in Wiesbaden und Bad Hersfeld, E.-v.-H.-Stieg in Hildesheim, E.-v.-H.-Schule in Bad Hersfeld, Veröffentlichungen u. a.: „Die Praxis der Öffentlichen Verwaltung“ (Erstausgabe 1931 unmittelbar nach Erscheinen verboten, 2. Aufl. 1951), „Die Staatsführung in der Zeitenwende. Rede zum Gedächtnis des Freiherrn vom Stein bei der amtl. Verfassungsfeier in Halle (Saale) am 11. August 1931“ (Autograph, Maschinenschr.), „Briefe aus ihren Jugendjahren. Johanna Thiersch, geborene Freiin von Liebig, 1848-1855“ (1936), „[Nachfahrtentafel] D. Theodosius Harnack“ (1937), „Bestand und Erhaltung der bedeutsamen Grabstätten und Friedhöfe in Groß-Berlin“. Denkschrift im Auftrag des Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt. Teil 1-3 (1941-1943, Zusammenfassung des Materials von Willi Wohlberedt, drei Exemplare, eines im LArch Berlin).

Lit.: Burschenschaft Germania-Marburg, MV 1913, Nr. 112; Wer ist's? (1935), S. 597; Axel von Harnack, E. v. H. (1885-1945); ein Kämpfer für Deutschlands Zukunft (1951); Annedore Leber, Willy Brandt, Karl Dietrich Bracher (Hrsg.), Das Gewissen steht auf. 64 Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand 1933-1945 (1955), S. 117-120; Max Rehm, E. v. H. Leben und Vorbild eines Verwaltungsbeamten (1958); Franz Osterroth, Biographisches Handbuch des Sozialismus 1 (1960), S. 113 f.; Kosch BStHB 1 (1963), S. 741; Eberhard Zeller, Geist der Freiheit. Der 20. Juli (4. Aufl., 1963), S. 114 ff.; Stockhorst (1967), S. 178; Peter Grasmann, Sozialdemokraten gegen Hitler 1933-1945 (1976), S. 47-53, 55, 63 ff., 78 f. und 81; Otto John, „Falsch und zu spät“. Der 20. Juli 1944. Epilog (1984), S. 133-139; Genealogisches Handbuch des Adels. Adelige Häuser B Bd. XV, Bd. 83 der Gesamtreihe (1984), S. 212; Germanenzeitung Nr. 1/59, März 1985, S. 10 f. (Kian I); Peter Hoffmann, Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler (4. Aufl. 1985), S. 135, 158 f., 169 und 263; Gustav-Adolf von Harnack (Hrsg.), E. v. H.: Jahre des Widerstands 1932-1945 (1989); Persönlichkeiten der Verwaltung: Biographien zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1648-1945, hrsg. von Kurt A. Jeserich und Helmut Neuhaus (1991), S. 513; Andreas Matschenz, E. v. H. und die Berliner Gräberdatei, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart 1992 (1992), S. 469-476; Gerhard Ringshausen, Evangelische Kirche und Widerstand (1992), S. 176 f.; Wistrich (1993), S. 143; Wolfgang Benz/Walter H. Pehle (Hrsg.), Lexikon des deutschen Widerstandes (1994), S. 250 und 354; Peter Steinbach/Johannes Tüchel, Lexikon des Widerstandes 1933-1945 (1994), S. 79 f.; Rolf Faber/Axel Ulrich, E. v. H., in: Peter Joachim Riedle (Hrsg.), Wiesbaden und der 20. Juli 1944 (1996), S. 163-167 (P); Weiß (1998), S. 181; Martin Pabst, E. v. H. als Regierungspräsident von Merseburg 1929-1932 (ein Kämpfer für Demokratie gegen den Nationalsozialismus) (1997); DBE 4 (2006), S. 440; Harald Schultze und Andreas Kurschat (Hrsg.), „Ihr Ende schaut an“. Evangelische Märtyrer des 20. Jahrhunderts (2. Aufl. 2008), S. 304 f. (G. Ringshausen, P); Marion Ranneberg, Entlassen, verhaftet, zum Tode verurteilt: Zum 120. Geburtstag von E. v. H., in: Mitteldeutsche Zeitung v. 09.07.2008. Internet (04.03.2017) E. v. H. (Wikipedia), Gedenkstätte Deutscher Widerstand (Kurzbiografie, P), territorial.de, BAK Kurzbiographien. Mitteilungen von Hans Saßenhausen (Germania Marburg) v. 11.02. und 24.04.2017. P.K.

Hartmann, (Hans-)Martin, geb. 29.10. 1870 in Ladenburg am Neckar, gest. 25.11. 1931 in Konstanz (Allemannia-Heidelberg 1888). Nach Besuch des Gymnasiums in Mannheim ab 1888 Studium der Rechtswissenschaften in Heidelberg, SS 1890 in

Berlin; Frühjahr 1892 Erstes juristisches Staatsexamen in Karlsruhe; Okt. 1892 Dr. iur. Heidelberg, 1895 Zweites juristisches Staatsexamen; 1892-1895 Rechtspraktikant in Neustadt (Schwarzwald); 1895-1900 Referendar in Konstanz, 1900-1906 Amtmann in Karlsruhe; 1906-1913 Oberamtmann, Amtsvorstand in Triberg, 1913-1920 in Weinheim; 1918 Geh. Regierungsrat, 1920-1924 desgleichen in Ettlingen, 1924-1925 Landrat und Amtsvorstand in Konstanz; 1925-1931 Landeskommissär in Konstanz; Badische Jubiläumsmedaille, Südwestafrika-Denk Münze aus Stahl; Braunschweiger Orden Heinrichs des Löwen 3. Kl., Anhaltischer Orden Albrechts des Bären 3. Kl., Kommandeurkreuz 1. Kl. des Großherzogl. Badischen Ordens vom Zähringer Löwen, 1906 Badisches KVK, 1917 Preußisches Verdienstkreuz für Kriegshilfe (1917).

Lit.: Verzeichnis der Alten Burschenschafter (1912), S. 74; Allemannen-Zeitung 1932/1, S. 9 (Nachruf); Breikopf (1997), S. 125 f.; Goldenes Buch Allemannia Heidelberg (2006), S. 274 (P). Internet (21.02.2020): M. H. (Wikipedia). P.K.

Hausmann, Friedrich Wilhelm (Fritz), geb. 21.08.1873 in Oberndorf a. N. als Sohn eines Bahnverwalters und späteren Postmeisters, gest. 07.09.1951 in Stuttgart (Roigel / Königsgesellschaft-Tübingen 1891). Nach Besuch der Elementarschule in Ulm, der Lateinschulen in Hohenheim b. Stuttgart (ab 1882) und Ebingen sowie des Gymnasiums in Tübingen 1891/92 Dienst als Einj.-Freiw. beim Inf.-Rgt. „Kaiser Friedrich, König von Preußen“ (7. Württembergisches) Nr. 125 in Tübingen und später Übungen bis zum Oblt. d. R. beim Inf.-Rgt. „Alt-Württemberg“ (3. Württembergisches) Nr. 121 in Ludwigsburg; seit 1892 Studium der Regiminal- bzw. Staatsverwaltungswissenschaft in Tübingen; 1896 Erste höhere Dienstprüfung beim Departement des Innern; Referendarzeit II. Kl. beim OA Tübingen und der Kreisregierung Reutlingen; 1898 Zweite höhere Dienstprüfung; als Referendar I. Kl. 1899 Doktor der Staatswissenschaften mit einer preisgekrönten völkerrechtlichen Arbeit; nach dreijähriger Tätigkeit bei den Ober-

ämtern Saulgau und (Schwäbisch-)Hall Ernennung zum (Ober-)Amtmann in Urach (09.11.1903), kein Dienstantritt, da am 18.01.1904 in Öhringen eingesetzt. Am 15.09.1908 vom Staatsdienst zwecks Übernahme der Geschäftsführung des Vereins zur Förderung der Wanderarbeitsstätten beurlaubt, war er im Auftrag der Zentralleitung für Wohltätigkeit bis zum 15.12.1910 mit dem Aufbau einer für das gesamte Deutsche Reich vorbildlichen „Wanderer-Fürsorge“ in Württemberg beschäftigt; am 16.12.1910 als Kollegialhilfsarbeiter zur Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen übergetreten; dort am 13.09.1913 planmäßiger Assessor mit der Amtsbezeichnung Oberamtmann und am 16.01.1920 zum Kollegialrat mit der Amtsbezeichnung Regierungsrat ernannt. Am 20.06.1921 als Oberregierungsrat im Geschäftsbereich des Arbeits- und Ernährungsministeriums zum Leiter der Hauptfürsorgestelle der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge bestellt; am 01.04.1924 II. Vorsitzender der Württembergischen Landesfürsorgebehörde; seit 27.06. bzw. 18.09.1930 mit dem Vorsitz dieser Behörde beauftragt bzw. ernannt; als Regierungsdirektor am 31.08.1938 Eintritt in den gesetzlichen Ruhestand. Seit 01.09.1939 als wiederverwendeter Ruhestandsbeamter Dienst in der Bauabteilung des Finanzministeriums Württembergs. H. war vom 18.04. bis 18.06.1945, dem Zeitpunkt der Übergabe der Stadt an die französische Besatzung, kommissarischer Oberbürgermeister von Tübingen und „hat mit großem Geschick und der nötigen Standhaftigkeit die Interessen der Stadt und ihrer Bürger gewahrt“ (Wikipedia 28.08.2014). Setzte sich dafür ein, dass bereits am 23.05.1945, vier Tage nach der Besetzung Tübingens durch die Franzosen, die „Mitteilungen der Militärregierung für den Kreis Tübingen“ erscheinen konnten, wobei man sich „auf die Wiedergabe von Anordnungen der Besatzungsarmee und deutscher amtlicher Stellen beschränken“ und sich „einer grundlegenden Stellungnahme zu den vergangenen und gegenwärtigen Ereignissen enthalten“ solle (Schwäbisches Tageblatt

v. 11.03.2010). Ab 18.07.1946 kommissarischer Leiter des Württembergischen Landesfürsorgeverbandes, ab 19.09.1946 kommissarischer Vorstand der Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen; zuletzt bis zu seiner Pensionierung Präsident der württembergischen Landesfürsorgebehörde.

Lit.: LA Baden-Württemberg (StA Ludwigsburg), Bestände Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins E 190 Bü 4921, Spruchkammerakten EL 902/20 Bü 62900 und NSDAP-Gauleitung Württemberg-Hohenzollern PL 501 I Bü 54; StadtA Tübingen, biografische Unterlagen überwiegend aus Familienbesitz (ZGS 1-Haußmann, Fritz, mit von H. G. Haussmann verfasstem Lebenslauf) sowie Stellenakten über den Oberbürgermeister (A150/207, A150/409 und A200/0329); Burschenschaftler-Stammrolle 1934 (1934), S. 180 und 1099; BL 1 (1940), S. 145; Werner Kratsch, Verbindungswesen in Tübingen (1977), S. 78; Mit der Sympathie des Zensors: Hans-Joachim Lang über die Gründung des Tagblatts, in: Schwäbisches Tagblatt v. 11.03.2010; MV Tübinger Königsgesellschaft Roigel (Dez. 2015, ungedruckt), Nr. 666. Internet (16.11.2016): F. W. H., Tübinger Königsgesellschaft Roigel. Bekannte Mitglieder (beide Wikipedia). Mitteilungen des StadtA Tübingen (Udo Rauch bzw. Antje Zacharias) v. 12.09. bzw. 16.09., des LA Baden-Württemberg (StA Ludwigsburg, Maria Magdalena Rückert) v. 24. und 29.09.2014, des BArch Berlin (Heinz Fehlauer) v. 08.01.2015 und von Burckhardt Ludescher (Freudenstadt) v. 01.10.2019. K.O.

Hellwig, Fritz, geb. 03.08.1912 in Saarbrücken als Sohn des damaligen Seminarleiters und späteren Schulrats Friedrich Hellwig (1875-1933), gest. 22.07.2017 in Bonn (Rheinfranken-Marburg 1930, Germania-Saarbrücken 1951). Nach Scheidung der Eltern nach dem Ersten Weltkrieg blieben die Kinder beim Vater und lebten 15 Minuten Fußweg entfernt von der neuen Grenze zu Lothringen in Saarbrücken, nun Hauptstadt des seit 1920 durch eine Regierungskommission des Völkerbundes verwalteten Saargebietes. Unter diesen politischen Verhältnissen ging H. zehn Jahre zur Schule und legte im März 1930 am Saarbrücker Reform-Realgymnasium die Reifeprüfung ab. Politisch war der junge H. in der Jugendgruppe der von Hermann Röchling (1872-1955, Corps Guestphalia Heidelberg) geleiteten liberalen Deutsch-Saarländischen Volkspartei aktiv. In der Tradition

vieler Protestanten von der Saar zog es H. mit Beginn des SS 1930 nach Marburg. Er studierte Philosophie, Volkswirtschaftslehre, Staatswissenschaften und Geschichte. 1930 trat er der 1927 endgültig in die Deutsche Burschenschaft aufgenommenen



B. Rheinfranken bei und veröffentlichte bereits 1930 zehn historische Artikel vorwiegend in Heimatzeitungen. Bei Wilhelm Mommsen (1892-1966), einem Schüler → Friedrich Meineckes (Saravia-Berlin), dann bei → Heinrich Ritter von Srbik (Gothia-Wien) in Wien nahm H. an Seminaren über das Nationalgefühl in der Zeit vor 1866 teil. Als Thema für eine Dissertation wählte er die Rolle der Saar in jener Zeit und wurde von Srbik nach Berlin an Hermann Oncken (1869-1945, Landsmannschaft Spandovia Berlin) verwiesen. Die Dissertation (1933) trug den Titel „Der Kampf um die Saar 1860-1870. Beiträge zur Rheinpolitik Napoleons des Dritten“. Da die neue Promotionsordnung eine Leistung für die nationalsozialistische Bewegung verlangte, hatte H. sich durch einen Freund in Berlin als SA-Anwärter anmelden lassen, was offenbar seine Mitgliedschaft in der NSDAP (Nr. 2680654) auslöste. Beides fand nach dem Abschluss des Promotionsverfahrens und der Rückkehr

nach Saarbrücken seine faktische Erledigung. Da Oncken auf Betreiben der NSDAP 1935 emeritiert wurde, nutzte H. ein Zusammentreffen mit Günther Franz (1902-1992, Universität Heidelberg) in Saarbrücken, um bei diesem 1935 mit einer Schrift über den Reichstagsabgeordneten, Industriellen und Förderer der ev. Kirche an der Saar Carl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg habilitiert zu werden. Seine zahlreichen Publikationen beschäftigten sich schon damals mit wirtschaftsgeschichtlichen und -politischen Themen. Die wissenschaftliche Verbindung zu seiner Heimat belegt nichts besser als seine Mitgliedsnummer 3 beim Historischen Verein für die Saargegend. Hauptamtlich arbeitete H. seit Sommer 1933 als Volontär bei der Industrie- und Handelskammer Saarbrücken und dem Saarwirtschaftsarchiv, stieg zum Pressereferenten, Leiter des Archivs und Mitglied der Geschäftsführung auf (bis 1939). Im Vordergrund seiner Tätigkeit stand seit 1933 wohl stets sein höchst engagierter Kampf für die Rückkehr des Saargebiets zum Deutschen Reich. Bestrebungen, die aus deutscher Sicht erfolgreiche Saarabstimmung von 1935 zu verunglimpfen, lehnte H. noch 50 Jahre später dezidiert ab: „Die Entscheidung von 1935 war ein Bekenntnis zu Deutschland, keine Stimmabgabe für ein politisches System“; so sah es auch Helmut Kohl (1930-2017) noch im Jahre 2004. Nebenamtlich leitete H. das Saarbrücker Büro der Kölner Saarausstellung (Eröffnung Aug. 1934), war um die Jahreswende 1937/38 Dozent für Geschichte und Methode des Geschichtsunterrichts an der Hochschule für Lehrerbildung in Saarbrücken und führte das Wirtschaftsarchiv der Industrie- und Handelskammer Saarbrücken. 1939 übernahm H. die Geschäftsführung der Bezirksgruppe Nordwest der Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie in Düsseldorf. Dort heiratete er am 01.11.1939 die promovierte Historikerin Margarete Werners (1911-2009), die ihm drei Kinder schenkte. 1940 kehrte H. nach Saarbrücken zurück und wurde Geschäftsführer auch der Bezirksgruppe Südwest

dieser Wirtschaftsgruppe. Im Kriege war H. zunächst als Kriegsverwaltungsrat für Fragen der Eisenindustrie zuständig, arbeitete dann unter Hermann Röchling als Beauftragtem der Westgebiete und wurde im Febr. 1943 zum Kriegsdienst als Panzergrenadier in Italien eingesetzt. Am Volturino in britische Gefangenschaft geraten, wurde er über Algerien in die USA gebracht und baute im Auftrag der US-Amerikaner in mehreren Lagern in Oklahoma einen Seminarbetrieb auf. Er kam über ein Lager in England 1947 nach Düsseldorf zurück und trat im selben Jahr der CDU bei. Er blieb bis zu seinem Tode ein ebenso loyales wie kritisches Mitglied seiner Partei, das bei aller Nähe zur Wirtschaft stets um sozialen Ausgleich bemüht war. Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses der CDU in der britischen Zone, der Duisburger Rechtsanwalt und spätere Bundesfinanzminister Franz Etzel (1902-1970), gab die Initialzündung zur Gründung (1948) des „Volkswirtschaftlichen Büros Dr. Hellwig“ in Düsseldorf, 1949-1951 betreute H. den „Arbeitskreis für Fragen der Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie“. So konnte er nur sechs Tage nach Verkündung des Schuman-Planes (09.05. 1950) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine mit wissenschaftlicher Gründlichkeit erarbeitete Analyse und Wertung des Plans für die Europäische Montanunion vorlegen. 1951-1959 leitete H. als Geschäftsführender Direktor das Deutsche Industrie-Institut in Köln, das man zu Recht den „Braintrust des Bundesverbandes der Deutschen Industrie“ genannt hat. H. war für längere Zeit nach seiner Rückkehr aus der Gefangenschaft von der französischen Besatzungsmacht der Aufenthalt im Saarland verboten worden; dennoch hielt er sich dort mehrfach illegal auf und engagierte sich wieder ohne politische Rücksichten für das Saarland. Zwischen dem Deutschen Büro für Friedensfragen und ihm bestand grundsätzliches Einvernehmen, dass die Saarfrage nur im Rahmen einer „gesamteuropäischen Neuordnung“ gelöst werden könne. In der Gründungsversammlung des Deutschen Saarbundes wurde er am 30.03.

1952 zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Seine Haltung in der Saarpolitik war bestimmt vom Eintritt für nationale Gemeinsamkeiten über Parteigrenzen hinweg. Da er stets davon überzeugt blieb, dass die Saarfrage nur über die europäische Integration gelöst werden könne, stimmte er – seit 1953 Mitglied des Deutschen Bundestages durch ein Direktmandat im Wahlkreis Remscheid-Solingen – zum Unverständnis vieler anderer „national“ eingestellter Freunde und Bekannten für das Saarstatut, das im politischen Zusammenhang mit den Pariser Verträgen im Falle der Annahme bei einer Volksabstimmung eine Europäisierung des Saargebietes vorsah. Nach der von ihm gewünschten und erwarteten Ablehnung des Statuts konnte H. sich politisch bestätigt fühlen, da auch das Vertrauen der Franzosen auf die Haltung Adenauers den Weg für die Rückkehr des Saarlandes zu Deutschland ebnete. Nationale Überzeugung, die spezifischen Interessen der Saarländer, Loyalität zu Adenauer und Frankreichs Interessen achtende europäische Gesinnung konnte H. in Übereinstimmung bringen, ohne sich selbst untreu zu werden. Im Bundestag engagierte sich H. nicht nur für wirtschaftliche und saarländische Belange. Er lag allgemein- und außenpolitisch auf der Linie des Bundeskanzlers, stand wirtschaftspolitisch auf der Seite des Bundeswirtschaftsministers Ludwig Erhard (1897-1977) und konnte oft vermitteln, so in der Kartellgesetzgebung und bei der Einführung der dynamischen Rente unmittelbar vor den Bundestagswahlen von 1957. Die Gründe, aus denen H. – seit 1956 Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Wirtschaftspolitik – 1957 im Wahlkreis Köln II für den Bundestag kandidierte, waren nicht politischer Natur; ausschlaggebend dürfte seine berufliche Tätigkeit in Köln gewesen sein: die erstmalige Wahl eines protestantischen CDU-Kandidaten in Köln (60,6 %) unterstrich den äußerst positiven Trend für die CDU/CSU im gesamten Bundesgebiet. H. blieb Vorsitzender des nun Wirtschaftsausschuss genannten Parlamentsgremiums, legte indes am 30.11.1959 sein Bundestagsmandat

nieder, um als Nachfolger des verstorbenen vormaligen Vizekanzlers Franz Blücher (1896-1959, ehemals FDP, DP) Mitglied der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, Montanunion) zu werden. Seine neue Aufgabe sah er als „logische Fortsetzung seines bisherigen Aufgabenbereichs“ an. Im Vordergrund stand die Lösung der Kohle- und Stahlkrise; H. kam zu dem Ergebnis, dass eine Teilintegration, die sich auf Kohle und Stahl beschränke, zu Schwierigkeiten führe, wenn die allgemeine wirtschaftliche Integration ausbleibe. Aus diesem Grunde bezeichnete er die einstimmigen Beschlüsse des Ministerrats im Apr. 1964 und Apr. 1965 als „Erfolge auf dem Wege zur Entwicklung einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik“. Ebenfalls im Apr. 1965 unterzeichneten die sechs Vertragsparteien den Vertrag zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften. Die damalige Krise sei unabhängig von der Übernahme der französischen Regierung durch Charles de Gaulle (1958) durch Meinungsverschiedenheiten über das Verhältnis von Wirtschafts- und politischer Integration entstanden. Eine „chemisch reine Trennung im Sinne einer europäischen Technokratie einerseits, der politischen Verantwortung andererseits“ sei nicht mehr möglich. Bei der personellen Neubesetzung nach Inkrafttreten der Fusion der Exekutiven EGKS, EWG und EURATOM war H. wohl der einzige deutsche Kandidat, der weder innerhalb der Bundesregierung der Großen Koalition noch bei den europäischen Partnern umstritten war. Er besaß als einer der vier Vizepräsidenten der Kommission bis 1970 die Zuständigkeit für die gesamte Forschungstätigkeit. Seine Bemühungen galten auch einer „Harmonisierung der Universitätspolitik“ der Gemeinschaft. Er leitete in der Kommission auch die Arbeitsgruppe für Beitritts- und Assoziierungsanträge – etwa Großbritanniens, Dänemarks, Irlands und Norwegens – mit außerordentlicher Zurückhaltung. Angesichts der 1969 extrem günstigen Lage des Bundeshaushalts thematisier-

te er die Sorge der EWG-Partner vor der Stärke der deutschen Wirtschaft. 1970-1973 Geschäftsführendes Präsidiumsmitglied des Verbandes Deutscher Reeder. Auch nach seinem Ausscheiden aus der unmittelbaren Verantwortung in Politik und Wirtschaft – der Versuch einer Rückkehr in den Bundestag scheiterte 1969 – hat H. oft seine Stimme erhoben, wenn es galt, vor Fehlentwicklungen zu warnen. So bezeichnete er die „Rückfluss-Ideologie“ der britischen Premierministerin Margaret Thatcher (1925-2013) als „lebensgefährlich“ und begrüßte noch kurz vor seinem Tode den „Brexit“ ausdrücklich. Bis in die letzten Jahre seines Lebens blieb H. politisch und wissenschaftlich aktiv. Seine Sammelleidenschaft insbesondere für historische Karten brachte ihm nach 1990 die Ernennung zum Honorarprofessor für Geschichte der Kartographie und Wirtschaftsgeographie an der Universität Trier. Für das Kapitel „Deutschland in der europäischen Bewegung“ im „Handbuch der Deutschen Burschenschaft“ hat H. den grundlegenden Artikel „Die Entwicklung der europäischen Gemeinschaft“ verfasst. Der damals 70jährige stellte sich wie jeder andere Autor auch der Kritik weit jüngerer Verbandsbrüder, darunter mehrerer Studenten. Freundlich und deutlich wies er nationalistische Stellungnahmen zurück, gern indes stellte er sich berechtigten oder nach Verständnis suchenden Fragen. Für ihn waren deutsche Einheit und europäische Integration gerade in Zeiten der deutschen Teilung zwei Seiten derselben Medaille. Sein in diesem Sinne herausragendes Wirken hat in mannigfacher Hinsicht öffentliche Anerkennung erfahren. Am 31.01.1959 verlieh ihm Bundespräsident Heuss das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Rund elf Jahre später, am 04.09.1970, wurden seine Verdienste als Mitglied der Hohen Behörde der Montanunion und als Vizepräsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften im Wege der Höherstufung durch die Verleihung des Großen Verdienstkreuzes mit Stern und Schulterband gewürdigt. Nachdem die Kommission

und damit ihr Mitglied F. H. am 15.05.1969 mit dem Internationalen Karlspreis der Stadt Aachen ausgezeichnet worden war, wurde H. als Repräsentant der Kommission später stets zu den Verleihungen des Preises eingeladen. Sein Lebenswerk bestätigt in aller Deutlichkeit, dass auf ihn die Bezeichnung „Technokrat“ oder „Eurokrat“ im Sinne eines Funktionärs ohne politische Verantwortung nicht zutrifft. Ganz im burschenschaftlichen Sinne sprach er sich für ein Offenhalten der deutschen Frage aus und warnte davor, der DDR in Statusfragen Zugeständnisse zu machen: „Die Anerkennung einer eigenen DDR-Staatsbürgerschaft würde die Ausbürgerung von 17 Millionen Menschen bedeuten“. Die Bürger der DDR hätten ebenso wie Millionen von Volksdeutscher in Mittel- und Osteuropa Anspruch auf Fürsorge und Rechtsschutz. H. verschwieg seine Sorgen nicht. Der Gedanke der nationalen Solidarität drohe angesichts zunehmender feudalistischer Gruppenegoismen in Vergessenheit zu geraten. H. war stets ein Anwalt von Menschlichkeit und Stil in Politik und Alltag. Das bezieht sich sowohl auf sein vertrautes Verhältnis zu Konrad Adenauer und Ludwig Erhard wie seine Hilfsbereitschaft auch zu Gunsten junger Bundes- und Verbandsbrüder, die weit über das Maß hinaus ging, das als Ausfluss des Lebensbundprinzips unter Korporationsstudenten üblich ist. Dies alles kam sowohl bei der Feier zum 100. Geburtstag am 03.08.2012 auf dem Petersberg bei Königswinter als auch bei der Übergabe des ersten Exemplars der Festschrift zu seinem 100. Geburtstag am 20.09.2012 in der Stiftung „Bundeskanzler-Adenauer-Haus“ in Bad Honnef-Rhöndorf für jedermann deutlich zum Ausdruck. In Rhöndorf würdigten Konrad Adenauers gleichnamiger Enkel und die Präsidentin der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestags und des Europäischen Parlaments Ingrid Matthäus-Maier das Geburtstagskind, der Marburger Historiker Klaus Malettke hielt den akademischen Festvortrag „Von der Hybris exzessiver Forderungen: europäische Konvention versus Frankreich bei

den Verhandlungen in Den Haag und in Gertruidenberg gegen Ende des Spanischen Erbfolgekrieges (1701-1713/14)“. Vor allem aber beeindruckte der 100-Jährige selbst durch ein frei gehaltenes Schlusswort bewundernswerten Inhalts wie glänzenden Stils. Am 03.08.2017, seinem 105. Geburtstag, wurde er in Bonn-Bad Godesberg nach einem Trauergottesdienst unter Leitung des vormaligen Bonner Pfarrers und Görlitzer Altbischofs Klaus Wollenweber beigesetzt. Neben zahlreichen anderen lagen Kränze des Präsidenten des Deutschen Bundestages und des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am Grabe. Zuvor hatte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker H. gewürdigt: „Mit Professor Dr. Hellwig verlieren wir in Europa einen Politiker, der bereits als Weggefährte Konrad Adenauers das Deutschland der Nachkriegszeit maßgeblich geprägt hat. Früher als viele andere hatte er verstanden, welche Chancen die europäische Einigung Deutschland und dem gesamten Kontinent eröffnen würden. Er war ein überzeugter Europäer, auch weil er selbst hatte erleben müssen, welches Unheil die Feindschaft zwischen Deutschland und Frankreich sowie die Weltkriege angerichtet hatten. Diese Erfahrung ebenso wie sein Wille, die Geschicke und Geschichte zum Besseren zu wenden, hat ihn zu einem weitsichtigen Anwalt der europäischen Integration gemacht. Europa verdankt ihm vieles, auch weil er seine Wortgewalt in den Dienst dieses europäischen Projekts gestellt hatte. Wer das Privileg hatte, ihn zu kennen, oder sich mit seinen Texten auseinandersetzte, der konnte nicht anders, als beeindruckt zu sein von der Tiefe seines Erfahrungsschatzes und der Präzision seiner Analysen.“ Veröffentlichungen: Die Festschrift zum 100. Geburtstag (S. 461-523) enthält eine von Bibliothekaren des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (Schlussredaktion: Norbert Uersfeld) zusammengestellte Bibliographie mit insgesamt 755 Titeln.

Lit. (Auswahl): Nachlass bei der Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Augustin und im BArch Koblenz; Armin Heinen, Fritz Hellwigs „Saar zwischen Ost und West“ (1954, 2012); F. H. – Saarländer, Deut-

scher, Europäer. Eine Festschrift zum 100. Geburtstag, hrsg. von Klaus Malettke und Klaus Oldenhage (= DuQ, 20), 2012 (dazu: Feierstunde aus Anlass der Überreichung des ersten Exemplars der Festschrift in der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Bad Honnef-Rhöndorf am 20. September 2012, Jahressgabe 2012 der Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung e. V. (GfbG), hrsg. von Klaus Oldenhage, Koblenz 2013); Leidenschaftlicher Marktwirtschaftler und überzeugter Europäer – F. H. zum 100. Geburtstag, hrsg. vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2012; Nachrufe u. a. in Süddeutsche Zeitung v. 25. Juli 2017 und Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 26. Juli 2017 (Heike Göbel); In Memoriam F. H., in BBl 3/2017, S. 145 (P). Internet (14.08.2017): F. H., Marburger Burschenschaft Rheinfranken. Bekannte Mitglieder (beide Wikipedia); Biographien BArch; F. H., Geschichte der CDU, Konrad-Adenauer-Stiftung (Reinhard Schreiner); Juncker trauert um verstorbenen EU-Politiker F. H.; Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Nachruf auf Dr. habil. F. H. – Engagierter Wirtschaftspolitiker und überzeugter Europäer; BUMAST; LeMo Biografie F. H. (P); Münzinger-Archiv IBA. K.O.

Henne (Heinrich Christian) Ernst, geb. 19.04.1805 in Gotha als Sohn eines Hofbibliotheksdieners, gest. 25.12.1882 in Zella-St. Blasii/Sachsen-Gotha (Jenaische Burschenschaft 1827). Nach Schulbesuch in Gotha Studium (1827-1830) der ev. Theologie in Jena, 07.07.1833 Hofdiakon in Gotha, 02.12.1839 als Pfarrer und Ephorus in Körner bei Gotha inskribiert, 23.08.1847 auch Ephorus für Nazza bei Frankroda; Juni 1862 abgesetzt, zehn Monate Gefängnis in Gotha, lebte dann in Waltershausen.

Lit.: MV Arminia a. d. B. (1935), S. 48; Thüringer Pfarrerbuch, Bd. 1 Herzogtum Gotha (1995), S. 30; Lönnecker (2015), S. 252 f., Nr. 763. Mitteilungen des StadtA Gotha (Ute Schlicke), der Kirchengemeinde Gotha (Brit Witt), beide v. 30., und des StadtA Zella-Mehlis (Almut Reißland) v. 31.05.2016. H.D.

Hennicke, Wiegand, geb. 28.09.1928 in Berlin, gest. 18.04.2000 ebd. (Allemannia-Berlin SS 1950, erster Nachkriegsaktiver und erster Sprecher, Germania-Würzburg 1982). Nach Besuch des Arndt-Gymnasiums in Dahlem 1944 als Luftwaffenhelfer Teilnahme am Zweiten Weltkrieg; 1945 US-amerikanische und danach britische Gefangenschaft; 1946 Abitur am Arndt-

Gymnasium in Berlin-Dahlem; 1947/48 Studium der Volkswirtschaft und der Rechtswissenschaften an der Humboldt-Universität Berlin; 1948 Mitarbeit bei der Gründung der West-Berliner Freien Universität und Fortsetzung des juristischen Studiums; Mitglied des vorbereitenden und des ersten gewählten Studentenausschusses; 1950 Erstes Juristisches Staatsexamen; 1951-1954 juristischer Vorbereitungsdienst als Gerichtsreferendar beim Kammergericht; 1955 Zweites Juristisches Staatsexamen und Zulassung als Rechtsanwalt; 1959 Dr. iur. Münster i. W. („Die Vereinbarung als Verwaltungsrechtsquelle“); Justitiar im Berliner Pfandbriefamt; Vorsitzender der Aufsichtsräte der Deka Deutsche Kapitalanlagegesellschaft mbH und der Despa Deutsche Sparkassen-Immobilien-Anlage GmbH; 1972-1988 als Vorstandsmitglied der Deutschen Girozentrale-Deutsche Kommunalbank zuständig für das Wertpapier-, Konsortial- und Kommunalkreditgeschäft; 1988 Ruhestand; Mitglied der CDU, zeitweise Vorsitzender der CDU-Ortsgruppe Berlin-Dahlem und Mitglied des CDU-Kreisvorstands Berlin-Zehlendorf; bei der Berliner Wahl 1958 in das Berliner Abgeordnetenhaus gewählt; 3.-5. Wahlperiode (Austritt 26.10.1972). 1970 BVK am Bande, 1998 BVK 1. Kl.

Lit.: Aufruf zur Grosskundgebung der Berliner CDU am 26. 02. 1962 im Sportpalast (mit P. und faksimilierter Unterschrift von W. H.); Allemanregister, Stand Nov. 1959 (P); Kosch BStHB 1 (1963), S. 507; Burschenschaftler-Stammrolle 1991 (1991), S. 38; Das Band, Mitteilungsblatt der Würzburger Burschenschaft Germania, Ausg. 3, Okt. 2000, S. 51 (Trauerrede von Cay Folkers); Werner Breunig/Siegfried Heimann/Andreas Herbst, Biografisches Handbuch der Berliner Stadtverordneten und Abgeordneten 1946-1963 (2011), S. 121 (P) und 280. Internet (25.05.2020): W. H. (Wikipedia), Liste der Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin der 3.-6. Wahlperiode (1971-1975). Mitteilung des Sohnes Roland H. (Germania-Würzburg) v. 08.06.2020. P.K.

Henze, Albert, geb. 12.06.1900 in Oedelsheim/Nordhessen, gest. 01.10.1994 in Lübeck (Askania-Hamburg 1923). Ausbildung zum Volksschullehrer an einem Lehrerseminar in Einbeck, 1920-1933 tätig in der Privatschule Borbis in Hamburg, 1923

Reifeprüfung als Externer, 1923-1929 Studium der Germanistik, Geschichte, Erziehungswissenschaften und Philosophie in Hamburg, daneben Ausbildung zum Turn- und Sportlehrer. Nach dem Staatsexamen praktische Ausbildung als Lehrer an drei höheren Schulen in Hamburg, ab 1932 ein Jahr an der privaten Wahnschaff-Schule; 01.10.1932 Mitglied der NSDAP; nach der Machtergreifung im staatlichen Schulwesen tätig, Beförderung zum Studienrat und Beamten auf Lebenszeit, Oberlehrer und Stellv. Leiter der Gauführerschule der NSDAP in Hamburg; 1939 im Führerkorps der NSDAP; achtmonatiger Kriegsdienst und danach 01.10.1940 Mitglied der Schulverwaltung, dann Oberschulrat und Senatsrat; erhielt weitreichende Befugnisse über Belange des Schulwesens in Hamburg; gab als Antisemit an das Lehrerkollegium die Anweisung aus, belastendes Material zusammenzustellen, das „die Niedertracht des Juden“ aufzeigen sollte und ging in enger Zusammenarbeit mit der Gestapo 1940 bis 1943 gegen die in Hamburg aktive „Swing-Jugend“ vor, worauf viele Jugendliche, die dort tatsächlich oder vermutlich aktiv waren, von der Schule verwiesen, festgenommen, in die Konzentrationslager Fuhlsbüttel oder Moringen gebracht, verhört und gefoltert wurden. H. leitete die Schuldienststelle der Hitlerjugend und ordnete in dieser Position an, dass der jeweilige HJ-Schulführer eine beratende Funktion bei der Beurteilung von Prüfungen und Ausleseverfahren seiner Mitschüler bekam. Damit sollte erreicht werden, dass die „außerschulische politische Einsatzbereitschaft der Prüflinge“ ausreichend beachtet wurde. So hatten Aktivitäten in der Hitlerjugend ein stärkeres Gewicht bei Beurteilungen als schulische Leistungen. H. nutzte ein an Berufsschulen eingeführtes ideologisches Fach „Reichskunde“, um die Schüler politisch zu überwachen. H. gehörte zum engeren Kreis um Gauleiter Karl Kaufmann (1900-1969). Aus diesem Grund erhielt H. aufgrund „besonderer Bewährung“ 1942 das KVK 2. Kl. 1944 trat er der SS bei. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs verbrachte H. drei Jahre in

Haft. Seine NS-Vergangenheit wurde in zwei Spruchkammerverfahren behandelt, wobei die Einschätzungen über H.s Wirken überraschend wohlwollend ausfielen. Er habe sich weder bereichert noch Personen angegriffen. Auch das Amt des Gauschulleiters und gegen Schüler und Jugendliche gerichtete Aktivitäten wurden ihm nicht zur Last gelegt. H. kannte seit 1933 Konzentrationslager und deren Zweckbestimmung. Er wurde jedoch lediglich zu einer Geldstrafe von 1200 Mark verurteilt, die aufgrund der verbüßten Haftstrafe als abgegolten angesehen wurde. 1952 vermittelte ein früherer Mitarbeiter des Reichsschulungsamtes H. eine Stelle an der Oberschule zum Dom. Hier lehrte H. als Angestellter von 1952 bis 1975 Deutsch, Geschichte und Sport und leitete die Bücherei der Schule. Die Zeitschrift der Schule und die Personalbeurteilungen des Schulleiters beschreiben H. als fleißig, einsatzbereit, liebenswert und stets hilfsbereit.

Lit.: Burschenschafter-Stammrolle 1934 (1934), S. 190; Uwe Schmidt: H. S., in: Hamburgische Biografie 4 (2008), S. 149 f.; ders., Nationalsozialistische Schulverwaltung in Hamburg. Vier Führungspersonen (2008), S. 59-92 und a. m. O. (auch digital); Hans-Peter Delorent, A. H. Nazi-Propagandist im System des Gauleiters, in: hlz-Zeitschrift der GEW Hamburg 2011. H. 8-9, S. 42-45, und H. 10-11, S. 46-51 (auch digital, P); Hans Peter de Lorent, Täterprofile. Die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz 1 (2016), S. 162-177 (auch digital). Internet (04.03.2017): A. H. (Lehrer) (Wikipedia), Nazis im Netz WELT. H.D.

Hepding, Hugo, geb. 07.09.1878 in Ulrichstein/Hessen als Sohn des Pfarrers Gustav Adolf H. (Alemannia-Gießen 1869) und Enkel von → Jacob Schaub, gest. 24.09.1959 in Gießen (Alemannia-Gießen 1892). Nach Besuch der Volksschule in Ulrichstein (1884-1886) und Großen-Linden bei Gießen (bis 1888) sowie des Gymnasiums in Gießen Studium der Germanistik und Klassischen Philologie in Gießen und Bonn; 1902 Prüfung für das Höhere Lehramt in Griechisch, Latein und Deutsch mit der Note „ausgezeichnet“; 1903 Promotion „summa cum laude“ bei Albrecht Dieterich (1866-1908) mit der Arbeit „Attis, seine Mythen und sein Kult“ (als Buch

in „Religionsgeschichtliche Versuche und Vorarbeiten“, Bd. 1, 1903 (Nachdr. 1967). H. beherrschte zahlreiche Fremdsprachen und arbeitete zunächst als angestellter Volontär, Assistent (1902) und Hilfsbibliothekar (1904) an der Universitätsbibliothek Gießen; 1912 ebd. beamteter Bibliothekar



und 1924 Oberbibliothekar (Bibliotheksrat). Nebenberuflich seit 1899 Forschungen auf dem Gebiet der Volkskunde, 1904-1905 Reisestipendium des Deutschen Archäologischen Instituts zwecks Ausgrabungen in Kleinasien, Griechenland und Italien, u. a. bei Alexander Conze und Wilhelm Dörpfeld in Pergamon; 1906-1908 und 1920-1940 u. a. Hrsg. der „Hessischen Blätter für Volks- und Kulturforschung“. Seine Berichte über die Grabungen wurden mit anderen Schriften 1910 von der Universität Gießen als Habilitation anerkannt; zunächst Privatdozent, 1915 a. o. apl. Professor für Klassische Philologie und Volkskunde in Gießen; 1908 Ernennung zum korrespondierenden, 1913 zum ordentlichen Mitglied des Deutschen Archäologischen Instituts. Ohne vor dem Krieg gedient zu haben, 1914 freiwillige Meldung zum Kriegsdienst im Ersatz-Bataillon Inf.-Rgt. 116 (Gießen), 1915 schwere Typhuserkrankung an der Karpatenfront, 28.05.1916 EK II, 10.05.1917 Hessische Tapferkeitsmedaille; 1917-1918 Dozent für Neu-

griechisch an der Dolmetscherschule in Berlin. Enge Zusammenarbeit mit Herman Haupt, dem Nestor der burschenschaftlichen Geschichtsforschung. Politisch im Nationalsozialen Verein Friedrich Naumanns (1900-1904) und dann bis 1910 in der Freisinnigen Vereinigung aktiv, 1910-1918 in der Fortschrittlichen Volkspartei und 1919-1930 in der DDP; 1930 schloss er sich der Deutschen Staatspartei nicht an, weil er die Fusion der DDP mit dem Jungdeutschen Orden wegen dessen antisemitischer Einstellung ablehnte. Auf seine von Herman Haupt gewünschte Ernennung zum Bibliotheksdirektor verzichtete er 1922 zu Gunsten eines älteren Kollegen; 1934 verhinderte die Kreisleitung der NSDAP H.s Übernahme des Amtes des Bibliotheksdirektors, da er zu demokratisch eingestellt, als Mitglied des Republikanischen Lehrerbundes und des zur „Bekennenden Kirche“ gehörenden Kirchenvorstands der Ev. Luthergemeinde Gießen (bis 1938) der NSDAP stets ein Dorn im Auge war. So wurde sein Antrag auf Übernahme als Dozent neuer Ordnung („außerplanmäßiger Professor“) trotz Befürwortung durch den Rektor und die Philosophische Fakultät der Ludwigs-Universität 1939 vom Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung nach Rücksprache mit dem Leiter der Parteikanzlei abgelehnt und ihm 1941 die Professur nach 26 Jahren entzogen. 1945 wurde er, durch den Nationalsozialismus unbelastet, doch noch Leiter der am 11.12.1944 völlig zerstörten Universitätsbibliothek. Schon bald nach Kriegsende engagierte er sich bei der Reaktivierung seiner Burschenschaft Alemannia Gießen. Als Mitglied Nr. 60 trat er am 11.02.1946 der Gießener CDU bei. Am 11.11.1946 erhielt er im Rahmen der Wiedergutmachung seine Lehrbefugnis zurück. Am 18.02.1948 rückwirkend zum 21.10.1947 zum Bibliotheksdirektor ernannt, leitete er den Wiederaufbau der Bibliothek bis zu seiner Pensionierung am 01.01.1949. Zu seinem 80. Geburtstag 1958 würdigte der Vorsitzende der Gießener CDU, der Theologe, Psychiater und spätere langjährige kulturpolitische

Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Berthold Martin (1913-1973), H.s Anteil „an der Beseitigung der Trümmer in den deutschen Seelen“ (Album im Nachlass Hepding, Nr. 157). Seine unbeirrt fortgesetzten Bemühungen, wissenschaftliche Beziehungen zum Ostberliner Institut für deutsche Volkskunde an der Deutschen Akademie der Wissenschaften und dessen Leiterin Ingeborg Weber(-Kellermann) (1918-1993) aufrechtzuerhalten, hatten auch eine gesamtdeutsche politische Dimension. Sein wohl bedeutendster ausländischer Partner war der amerikanische Germanist, Volkskundler und Parömiologe [Sprichwortkunde] Archer Taylor (1890-1973). Die 1950er Jahre brachten für den Pensionär zahlreiche Auszeichnungen: 1953 nach 50 Jahren Promotion ein Jubiläums-Doktordiplom, 1956 die Würde eines Ehrensenators der damaligen Justus Liebig-Hochschule, auf einstimmigen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung 1958 Ehrenbürger der Stadt Gießen „in Anerkennung seiner Verdienste um den Auf- und Ausbau der Universitätsbibliothek Gießen und der wissenschaftlichen und volkskundlichen Beziehungen der Bibliothek und der Stadt mit weiten Kreisen des In- und Auslandes aus Anlass der Vollendung seines 80. Lebensjahres“. Zu den Geburtstagsgratulanten gehörte u. a. Hermann Hesse. 1959 würdigte der damalige Oberbürgermeister und spätere Hessische Ministerpräsident Albert Osswald (1919-1996, SPD) in der Traueranzeige der Stadt H.s Persönlichkeit und dessen „überragende Verdienste als Gelehrter, Volkskundler und Bürger“, der sich „nicht zuletzt durch sein stilles, gütiges Wesen ... in weiten Kreisen der Bevölkerung ... besonderer Verehrung“ erfreut habe. Am 29.03.1963 wurde eine von dem Bildhauer Carl Bourcade (1899-1994) geschaffene Büste H.s in der Universitätsbibliothek aufgestellt. Weitere Veröffentlichungen u. a.: „Die Arbeiten zu Pergamon 1908-1909“ (1910), „Verzeichnis der in der Großherzoglichen Universitätsbibliothek zu Gießen vorhandenen Missionsschriften“ (Hrsg., mit Heinrich Schneider, 1913, 2. Ausg. 1914), „Ei-

nige neugriechische Schwänke“ (1922), „Die Frösche stillen in Aberglaube, Sage, Legende und Recht“ (1941), „Kleine Schriften und Sonderdrucke“ (ca. 1941); zahlreiche Zeitschriftenbeiträge, insbesondere in den „Hessischen Blättern für Volkskunde“.

Lit. Personalakten und Nachlass als Teil des Familienarchivs im UA Gießen (vgl. Lutz Trautmann, Findbuch zum Nachlass H. H. /1878-1959/ und Familie, auch digital); Kürschner DGK (1931), Sp. 1125; Burschenschaftler-Stammrolle (1934), S. 96; Wer ist's? (1935), S. 648 f.; Herman Haupt, H. H. (ca. 1936); Volkskundliche Ernte, H. H. dargebracht am 7. September 1938 von seinen Freunden (1938, mit Schriftenverzeichnis S. 261-273); Richard Wossidlo †, H. H., in: Hessische Blätter für Volkskunde 37 (1939), S. 192-196; BL 2 (1942), S. 134; Festschrift für H. H. zum 80. Geburtstag, 7. September 1958, Hessische Blätter für Volkskunde 49/50 (1958, mit Schriftenverzeichnis S. 4-14) (P); Hans Georg Gundel: H. H., in: Gnomon 31 (1959), S. 751 f.; Die Reden zu H. H.s 80. Geburtstag (1959); Personalien sämtlicher Mitglieder der Giëbener Burschenschaft Alemannia 1861-1960 (1960), Nr. 338; Carl Walbrach, H. H. (Alemannia Gießen 1896), in: BB1 76/1 (1961), S. 8-10; NDB 8 (1969), S. 568 f. (Gerhard Baader); Erich Boehringer, Erinnerungen an H. H., in: Pergamenische Forschungen 1 (1972), S. XIX-XXXI; Die Historische Kommission für Hessen 1897-1977 (hrsg. von Walter Heinemeyer, 1978), S. 1256; Habermann (1985), S. 121 f.; Alfons Urban, 50 Jahre CDU in Gießen o. J. (1995), a. m. O.; Matthias Recke, Von Pergamon nach Gießen. H. H., Bruno Sauer und das Archäologische Institut der Ludoviciana, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins 87 (2002), S. 351-374; DBE 4 (2006), S. 704; Lönnecker (2009), S. 68, Anm. 32. Internet (05.01.2018): H. H. (Wikipedia), Wilhelm Rehmann, H. H. (1878-1959) zum Gedächtnis (P). Mitteilungen des StadtA Gießen (Ludwig Brake) v. 14.10. und des Archivs für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung (Peter Crämer) v. 22.10. 2014 sowie von Hans Peter Hofmann (Gelnhausen) v. 23.08.2017. K.O.

Hercher, Johannes Carl Eduard, geb. 31.07.1800 in Rudolstadt als Sohn eines Schneidermeisters, gest. 15.05.1872 in Stadtilm i. Thür. (Jenaische Burschenschaft 1820). Nach Besuch des Gymnasiums in Rudolstadt Studium der ev. Theologie 1820/21 in Jena; 1822 Hauslehrer in Bischofroda b. Eisenach, 28.10.1827 Ordination und Kollaborator in Rudolstadt, 1833 Pfarrer in Stadtilm; 1856 Superintendent; 22.01.1855-15.10.1860 Abgeordneter

des Landtags von Schwarzburg-Rudolstadt (Wahlkreis für die größere Stadt Stadtilm), 27.01.-02.03.1855 Landtagsvizepräsident, 1856 Superintendent.

Lit.: Jochen Lengemann, Landtag und Gebietsvertretung von Schwarzburg-Rudolstadt 1821-1923 (1994), insbes. S. 166 f., Nr. S-R 067; Lengemann (2005), S. 338; Thüringer Pfarrerbuch, Bd. 5, Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt, bearb. von Ortwin und Erwin Einsiedel, (2010), S. 391, Nr. 395; Lönnecker (2015), S. 253, Nr. 770. Mitteilung des Landeskirchenarchiv Eisenachs (Margitta Köppe) v. 06.01.2017. H.L./K.O.

Hinsenkamp, Heinrich, geb. 28.08.1862 in Triest (Küstenland) als Sohn eines Ingenieurs beim Österreichischen Lloyd, gest. 17.09.1934 in Linz (Marcho-Teutonia Graz 1885). Studium der Rechtswissenschaften in Wien, dann seit 1887 in der Anwaltskanzlei Jäger in Linz tätig. 1893 Niederlassung als selbstständiger Rechtsanwalt in Urfahr bei Linz; zwischen 1894 und 1919 für die Deutschnationale Partei Gemeinderat; 1901-1919 (Eingemeindung nach Linz) letzter Bürgermeister von Urfahr. Während seines Wirkens als Bürgermeister wurden drei Schulbauten errichtet, das Gerichtsgebäude und eine Wasserleitung fertiggestellt, eine Kanalisation realisiert und Grünanlagen angelegt. So kann er mit Recht als Schöpfer des modernen Urfahr bezeichnet werden. In den Oberösterreichischen Landtag wurde H. erstmals am 28.09.1896 im Wahlbezirk Urfahr für die „Städte und Industrialorte“ gewählt. Wiederwahlen 1902 und 1909, sodass H. in der IX. bis XI. Gesetzgebungsperiode dem Landtag angehörte. Bei den Beratungen über das neue Gemeindewahlrecht stand H. „im Interesse des Selbsterhaltungstriebes der Großdeutschen Partei an der Spitze der Opposition und der hartnäckigen Obstruktion“. 1911 nahm er am Städtetag in Wien teil. 1918/19 war er noch Mitglied der Provisorischen Landesversammlung. Auch in der Wirtschaft hatte er bei der Lambacher Flachspinnerei, in der Mühlkreisbahngesellschaft, bei Ferro-Betonit, in der gewerblichen Kreditanstalt und bei der Sparkasse maßgebliche Positionen inne, insbesondere weil er sich nach der Eingemein-

dung von Urfahr politisch kaum noch betätigte. Aquarell von Wilhelm Dachauer (ca. 1919); Auszeichnungen: Franz-Josephs-Orden (1903); H.-Platz in Urfahr (1922).

Lit.: Nachruf Linzer Volksblatt v. 18.09.1934; Georg Grill, Das Linzer Bürgermeisterbuch (1959), S. 12 f.; Emil Puffer, Die Gemeindevertretung von Urfahr 1849-1919 (1980), S. 95-96; Harry Slapnicka, Oberösterreich – Die politische Führungsschicht. 1861-1918, in: Beiträge zur Zeitgeschichte Oberösterreichs 9 (1983), S. 111 f.; ders., Berühmte Persönlichkeiten aus dem Mühlviertel und dem Böhmerwald, Bd. 1 (2001), S. 165-168; Erich Pramböck (Hrsg.), 90 Jahre kommunale Interessenvertretung Österreichischer Städtebund: 1915 bis 2005 (2005), S. 46 f.; Thomas Weninger (Hrsg.), 100 Jahre kommunale Interessenvertretung: Österreichischer Städtebund 1915-2015 (2015), S. 24. Internet (05.01.2018): H. H. (Wikipedia); arnet: W. Dachauer: Dr. H. H., letzter Oberbürgermeister der Stadt Urfahr (Aquarell 1901). H.D.

Hochenegg, Carl (Karl), geb. 27.10.1860 in Wien als Sohn eines Hof- und Gerichtsadvokaten, Bruder des Chirurgen Julius v. H. (1859-1940), gest. 06.02.1942 ebd. (Libertas-Wien 1879). 1878-1883 Studium der Elektrotechnik an der TH Wien; 1883 Eintritt bei Siemens & Halske Wien, Apr. 1884 nach Berlin berufen, Ende 1884 Rückkehr nach Wien und ebd. Stellv. Direktor der Abt. für elektrische Bahnen und Zentralen; 1899 o. Prof. für Elektrotechnik an der TH Wien; dort besondere Verdienste um die zwischen 1900 und 1904 gebauten elektrotechnischen Institute, deren Gestaltung und Einrichtung er wesentlich beeinflusste; nach Aufteilung des Lehrfaches der Elektrotechnik 1903 Übernahme der Professur für Bau und Betrieb. elektrischer Anlagen und Arbeitsübertragung; 1906/07 Rektor; 1909/10 Präsident des österr. Ingenieur- und Architekten-Vereins; 1920 emeritiert; große Verdienste um die elektrische Straßenbeleuchtung mittels Bogenlampen und die elektrische Straßenbahn in Wien, die Budapester Straßen- und Untergrundbahn, die elektrischen Bahnen in Lemberg und Laibach sowie um die Bergbahn Triest-Opicina; Verwaltungsrat bzw. Vizepräsident mehrerer Unternehmen; 1917 auf Lebenszeit in das Herrenhaus des Österreichischen Reichsrates berufen; zahlreiche Ehrungen, u. a. k. k. Hofrat (1917), Ehren-

bürger TH Wien (1925), Dr. h. c. TH Wien (1928), Wilhelm-Exner-Medaille (1931); H.-Gasse im 19. Wiener Gemeindebezirk (Ehrung mit Julius v. H.); Stiftung des C.-v.-H.-Preises der Wiener akadem. Burschenschaft Libertas (2005). Veröffentlichungen u. a.: „Anordnung und Bemessung elektrischer Leitungen“ (1893, 2. Aufl. 1897), „Sicherheitsvorschriften für elektrische Starkstrom-Anlagen“ (mit Friedrich Wunderer, 1907), „Projekt betreffend elektrische Untergrundbahnen durch die innere Stadt Wien“ (1909), „Vorschläge zur Verbesserung der Wiener Verkehrsverhältnisse“ (1910), „Beiträge zur Verbesserung der Wiener Verkehrsverhältnisse“ (1923), „Vorschlag zur Belebung der österreichischen Volkswirtschaft“ (1933).

Lit.: Technisches Museum Wien, Archiv (Personenmappe); Joseph Neuwirth (Hrsg.), Die K. K. Hochschule in Wien 1815-1915 (1915), S. 484, 488, 671 und a. m. O.; Elektrotechnik und Maschinenbau, Sonderheft H., anlässlich seines 70. Geburtstages, 48, H. 43 (1930); Burschenschafters-Stammrolle (1934), S. 201; Wer ist's? (1935), S. 690; Alfred Lechner, Geschichte der Techn. Hochschule in Wien 1815-1940 (1942), S. 148, 288 ff. und a. m. O.; Berka (1959), S. 20, 162; Heinrich Sequenz, Professor Dr. techn. h. c. K. H. Zum hundertsten Geburtstag, in: Blätter für Technikgeschichte 22 (1960), S. 106-118 (auch digital); NDB 9 (1972), S. 287 (Heinrich Sequenz); Kleindel/Veigl (1987), S. 196; DBE 5 (2006), S. 7; Hans Gröger, Diese Stadtbahn ist eine Schnellbahn. C. H., Techniker und Visionär im Dienste Wiens (Roman, 2011); Juliane Mikoletzky, Die Geschichte der Technischen Hochschule in Wien 1914-1955 (2016), a. m. O.. Internet (30.03.2018): C. H. (Wikipedia), ÖBL, Wikisource (Quellen und Volltexte); Wien Geschichte Wiki; Czeike, Historisches Lexikon Wien; AEIOU Österreich-Lexikon, Wilhelm Exner Medaillen Stiftung (Medaillenträger), C. v. H.-Preis der Wiener akadem. Burschenschaft Libertas. P.K.

Hoerich, Richard (Friedrich), geb. 20.08. 1858 in Gößnitz i. Thür. (Sachsen-Altenburg) als Sohn eines Gutsbesitzers, gest. 16.12.1934 in Dresden (Normannia-Leipzig 1879/80). Nach dem Besuch des Gymnasiums 1878 Studium der Rechtswissenschaften in Greifswald, WS 1879/80 in Leipzig (28. 10. 1879 imm.), 1882 in Halle, dort erste juristische Staatsprüfung und Referendar in Lützen, Prov. Sachsen, seit

1886 Kommunalbeamter in verschiedenen Städten Preußens und Thüringens, 1887 in Erfurt, 1888/89 in Glückstadt i. Holstein, 1889 in Arnstadt i. Thür., 1890 Stadtrat in Delitzsch, 12.02.1891-11.10.1896 in Brieg i. Schles., 12.10.1896 Stadtrat in Greifswald, 12.10.1908 im Ruhestand, 01.10.1909 Subdirektor der Deutschen Militärdienst- und Lebensversicherungsanstalt e. G. in Hannover für das Königreich Sachsen mit Sitz in Dresden, 1914 Lt. d. R. im XII. (I. Königl. Sächsischen) Armee-Kommando, stellv. General-Kommando in Dresden, Febr. 1915 Oblt. d. R., März 1915 Auslandspost-Überwachungsstelle Dresden, Ende 1918 aus dem Heer entlassen und in Dresden.

Lit.: UA Leipzig, Rep. M 30-97796; Mitteilung StadtA Greifswald v. 22.10.2019. Harald Lönnecker (Bearb.), Stammrolle des Akademischen Turnvereins, der Turnerschaft, der Freien schlagenden Verbindung und der Burschenschaft Normannia zu Leipzig/Normannia-Leipzig zu Marburg 1868-2018, 2 Teile (Stand: 05.12. 2018), WS 1879/80. H.L.

Hoffmann, Joseph Marzell, geb. 20.10.1809 in Rorschach/Schweiz als Sohn eines wohlhabenden kath. Leinwandhändlers, gest. 13.08.1888 ebd. (Euthymia-Freiburg 1829). Nach Besuch des kath. Gymnasiums in St. Gallen Studium der Rechtswissenschaften in Innsbruck, Heidelberg und München; ab WS 1828/29 stud. phil., dann iur. Freiburg; nach Rückkehr in die Schweiz zunächst Rechtsanwalt in Bern; als Politiker bedeutender Vertreter der freisinnigen Partei; wandte sich gegen den Herrschaftsanspruch der röm.-kath. Kirche, Anhänger des Staatskirchentums josephinischer Prägung; setzte sich vor allem für das Ende kirchlicher Bevormundung im Schulwesen ein; 1834-1837 Sekretär des St. Galler Justizdepartements; 1837-1839 Präsident, 1840-1842 Mitglied des Kath. Administrationsrates; 1843-1849 und 1851 Richter am St. Galler Kassationsgericht; 1843-1870 Mitglied und zweimal Präsident des St. Galler Großen Rates; 1847 Regierungskommissär zur Schlichtung des Aufstands in Sargans und für die Kantone Uri und Zug, um diese zum Rücktritt vom Sonderbund zu bewegen; 1848 eidgenössischer

Tagsatzungsgesandter, 1848-1866 (Rücktritt) für den Wahlkreis St. Gallen-Nordost Mitglied des St. Galler Regierungsrates (Linke, ab 1863 Mitte); 1851-1859 und 1863-1870 Regierungsrat des Kantons St. Gallen. Veröffentlichungen u. a.): „Berichte der nationalrätlichen Kommission in Sachen des Westbahnkonflikts“ (mit Alfred Escher, auch franz.).

Lit.: Historisch-Biographisches Lexikon der Schweiz 4 (1927), S. 264 (P); Erich Gruner (Bearb.), Die Schweizerische Bundesversammlung 1848-1920. Biographien (1966), S. 128, 564; Die Landammänner des Kantons St. Gallen, 1. Tl.: 1815-1891 (1971), S. 28 f.. Internet (10.06.2020): Gundermann (o. J.), J. M. Z. (Wikipedia), Historisches Lexikon der Schweiz (Wolfgang Göldi), Matrikel der Universität Freiburg (1991), S. 324. P.K./K.G.

Hofmann, Franz (Ludwig), geb. 25.10.1811 in Zeulenroda als Sohn eines Zeugmachers und Handelskonzessionisten, gest. 02.10.1871 in Greiz (Jenaische Burschenschaft 1831), Kneipname „Gestrenger“. Nach Vorschulausbildung durch Privatlehrer und Besuch des Gymnasiums Rhutenum in Gera (1825-1831) Studium der ev. Theologie 1831-1834 in Jena, 1834 Kandidat der Pfarrergemeinschaft „Ministerio“, 1834-1843 Informator in Crispendorf b. Schleiz und in Greiz, zugleich auch Honoraranstellung beim Haus Reuß ä. L. zur Unterrichtung und Erziehung des Prinzen Heinrich XXII. Reuß ä. L.; dort Gründer einer eigenen Privatschule, 1840 ehrenamtlicher Leiter des „Fürstlichen Lehrerseminars“, 1843 Erster Lehrer am Lehrerseminar Greiz, 1844 Vikariatsgehilfe, 1845 Förderer der Greizer „Fortbildungsanstalt für Handwerkslehrlinge und junge Handwerker“, 1847 Seminardirektor, 04.05.1854 Archidiakon, 16.05.1861 Konsistorialrat; Beichtvater der Fürstin Caroline Reuß, galt als überaus streng; 1867 Mitglied der von Fürstin-Regentin Caroline eingesetzten „Kommission zur Revision der allgemeinen Bürgerschule“ und an der Ausarbeitung der Verfassung von Reuß ä. L. beteiligt; als luth. orthodoxer und partikularistisch gesonnener Monarchist vom 09.12.1867-30.12.1870 Abgeordneter und Alterspräsident des Landtags von Reuß ä. L.

Lit.: Reyk Seela, Landtage und Gebietsvertretungen in den reußischen Staaten 1848/67-1923. Biographisches Handbuch (1996), vor allem S. 253 f.; Thüringer Pfarrerbuch, Bd. 4, Die reußischen Herrschaften, bearb. von Paul Heller, (2004), Nr. 553, S. 555; Lengemann (2005), S. 339; Lönnecker (2015), S. 264, Nr. 853. Internet (10.12.2017): Greizer Landtag (Wikipedia). Mitteilung des Landeskirchenarchivs Eisenach (Margitta Köppe) v. 06.01.2017. H.L./K.O.

Honsik, Gerd (Ps. Gerhon Endsik), geb. 10.10.1941 in Wien als Sohn eines SS-Offiziers, gest. 07.04.2018 in Saproni/Ungarn (Pennale Burschenschaft Markomania-Waidhofen an der Thaya). Besuch eines Internats in Waidhofen, später des Gymnasiums in Klosterneuburg und eines Realgymnasiums in Wien; in Waidhofen Mitglied der kath. MKV Verbindung Rugia, dort aber 1957 ausgetreten, da Rugia das Bekenntnis zum Deutschtum, das vor dem Krieg auch die meisten katholischen Verbindungen in ihren Satzungen hatten, gestrichen hatte; 1958 Wiedergründer der vertagten deutschnationalen pennalen Burschenschaft Markomania Waidhofen „in bewusster Opposition zur die Schule dominierenden katholischen Rugia“ (Coudenhove-Kalergi, S. 154); Biername Teja (Ostgotenkönig), Bundeslied: „Den deutschen Ahnen, Bundesbrüder, dem deutschen Geiste, unserm Hort, den deutschen Farben unsere Lieder, der deutschen Treue unser Wort. Der deutschen Ehre, Markomannen, dem Blühen unserer deutschen Saat, dem Vaterlande der Germanen, der deutschen Freiheit unsere Tat!“ (zit. nach Coudenhove-Kalergi, S. 153); in seiner Studentenzeit Mitglied des Rings Freiheitlicher Studenten (RFS); im Zuge des in den 1960er Jahren aufkommenden Südtirolfreiheitskampfes 1961 an Brandanschlägen auf die italien. Botschaft in Wien beteiligt und dafür zu einer Haftstrafe verurteilt; bereits bei seiner Verhaftung Ausschluss aus der Markomania; 1976 in den Bundesvorstand der 1988 verbotenen Nationaldemokratischen Partei Österreichs (NDP) gewählt und u. a. wegen des Wurfs einer Rauchbombe in das Wiener Künstlerhaus zu 15 Monaten Haft verurteilt; 1979 Redakteur der Zeitschrift „Die Babenberger“, die bis 1980 als Organ

der in diesem Jahr von den österr. Behörden aufgelösten Kameradschaft Babenberg erschien; 1980 Redakteur der rechtsextremistischen Nachfolgezeitschrift „Halt. Wandzeitung des österreichischen Abwehrkampfes“; schrieb dort in Anlehnung an den nationalsozialistisch geprägten Be-



griff „Endsieg“ unter dem Ps. Gerhon Endsik; 1981 Dichterlesung im Wiener Hilton Hotel. Die Anfang der 1980er Jahre um H. gebildete, vor allem von ehemaligen Mitgliedern der Kameradschaft Babenberg getragene „Volksbewegung“ entwickelte sich schnell „zu einer zentralen Gruppierung der österreichischen Neonaziszene mit großer publizistischer Bedeutung und weitreichenden Verbindungen“ (Benz/Mihok S. 265). Von H. initiiert, entstand aus ihr 1982 die Wahlplattform „Ausländer-Halt-Bewegung“ (AUS). Zwei Jahre später Mitbegründer der militanten Splittergruppe „Nationale Front“ (NF); 1983 Mitglied der neugegründeten „Knut-Hamsun-Gesellschaft“ (mit ihrer Publikation „Der Babenberger Literaturkreis“), die noch im selben Jahr einen Vortragsabend veranstaltete, auf der H. „Neunzig Minuten deutscher Balladen“ vortrug; 1984 vergeblicher Versuch (Untersagung der Gründungsversammlung durch das österr. Innenministerium) einer Gründung der Partei „Nationale Front“; rief 1986 in seiner Zeitschrift „Halt“ „die arabische Welt“ dazu auf (Veröffentlichung in der kuwaitischen Zeitung „Al-Balagh“), die „Entlarvung der Judenverga-

sung als den größten Propagandaschwindel der Weltgeschichte“ voranzutreiben und ihn dabei finanziell zu unterstützen; im gleichen Jahr Einleitung eines Verfahrens wegen NS-Wiederbetätigung; ein Jahr später Verurteilung zu einer Geldstrafe wegen Herabwürdigung des Staates und seiner Symbole; Okt. 1987 „juristischer und ideologischer Berater der österreichischen Volksbewegung“ (auch „Volksbewegung gegen Überfremdung“ bzw. „Ausländer-Halt-Bewegung“ genannt); Nov. 1987 in „Halt“ Veröffentlichung eines angeblich historischen Dokuments, aus dem hervorgehe, dass in Mauthausen und anderen Konzentrationslagern keine Ermordungen durch Giftgas stattgefunden hätten (sog. Lachout-Dokument, benannt nach dem Religionslehrer und früheren Leutnant des Wiener Wachbataillons Emil Lachout (geb. 1928), der das Dokument in Umlauf gebracht hatte; früh als Fälschung enttarnt); 1988 veröffentlichte H. das Buch „Freispruch für Hitler? 37 ungehörte Zeugen wider die Gaskammer“ (1988, 2. Aufl. 1994), in dem er erneut den Holocaust leugnete, fast alle international bekannten Holocaust-Leugner zu Wort kommen ließ und ein Interview mit dem untergetauchten NS-Kriegsverbrecher Alois Brunner (1912-2001) veröffentlichte. Deshalb 1992 vom Wiener Geschworenengericht wegen NS-Wiederbetätigung zu 18-monatiger Haftstrafe verurteilt; 1990 auf einer Veranstaltung von David Irving in Dresden und vergeblicher Versuch, mit der Liste „Nein zur Ausländerflut“ bei den österr. Nationalratswahlen anzutreten; Anfang der 1990er Jahre wiederholt in Österreich und Deutschland vor Gericht; nach einer Verurteilung zu 18 Monaten Haft Flucht nach Spanien, wo Holocaustleugnung nicht strafbar war; dort Kontakte zu dem ebenfalls flüchtigen Alt-Nationalsozialisten Otto Ernst Remer (1912-1997); von Spanien aus in unregelmäßigen Abständen weitere Veröffentlichung der Zeitschrift „Halt“ mit den Holocaust leugnenden und antisemitischen Beiträgen (Vertrieb über Adressen in Spanien, Gibraltar, Tschechien und Schweden); Kontakte zum iranischen Botschafter in

Deutschland, den er um anwaltliche Hilfe für den wegen Holocaustleugnung angeklagten Ernst Zündel (1939-2017) gebeten hatte, sollen den Anstoß zur Holocaustleugnungskonferenz 2006 im Iran gegeben haben, an dem H.s Anwalt Herbert Schaller teilnahm; am 23.08.2007 aufgrund eines vom Wiener Straflandesgericht ausgestellten europäischen Haftbefehls in Malaga festgenommen und am 04.10.2007 der österr. Justiz überstellt; 03.12.2007 Fortsetzung der wegen „Nichtgreifbarkeit des Betroffenen“ abgebrochenen Berufungsverhandlung gegen das Urteil von 1992 vor dem OLG Wien; Zurückweisung der Berufung und Bestätigung der Haftstrafe von 18 Monaten; Mai 2008 erneute Anklage wegen NS-Wiederbetätigung und Verurteilung zu fünf Jahren Haft (2010 auf vier Jahre reduziert); im Juli 2010 Fortsetzung des Prozesses wegen seiner Bücher „Schelm und Scheusal. Meineid, Macht und Mord auf Wizenthals Wegen“ (Hrsg. Bright-Rainbow-Limited, 1993) und „Der Juden III. Reich? Halt dem Kalergi-Plan. 28 Thesen Coudenhove-Kalergis. Eine Bittschrift an die deutschen Parlamente“ (2003, 2. Aufl. 2005), in denen er Simon Wiesenthal und anderen Juden unterstellt hatte, den Holocaust erfunden und von dessen Vermarktung profitiert zu haben; Verurteilung zu insgesamt sechs Jahren Haft. Am 08.09.2011 vorzeitig aus der Haft entlassen, verstarb H. am 07.04.2018 in Ungarn, wo er seit 2017 lebte. H. trat auch als Lyriker hervor. Weitere Veröffentlichungen u. a.: „Lüge wo ist dein Sieg? Dichtung eines österreichischen Dissidenten“ (Eigenverlag, 1981), „Fürchtet euch nicht“ (1983), „Der Blumenkrieg. Sollen meine Bücher brennen? Aus den gerichtlich verfolgten Gedichtbänden des einschlägig Vorbestraften“ (1990). „Adiós Europa: el plan Kalergi; un racismo legal“ (2005), „Von Deutschlands Freiheitskampf: die großen Balladen und kleinen Verse des meistverfolgten Dichters Europas. H.s gesammeltes lyrisches Werk“ (2006), „Die Nacht der Nibelungen“ [geschrieben in den Jahren der politischen Gefangenschaft, ein

Epos von 17 Balladen, – für einen Vortrag von 3 Stunden] (2011).

Lit.: Heiner Boberski, Das Engelwerk. Theorie und Praxis des Opus Angelorum (1993), S. 242 und 356; Brigitte Bailer/Wolfgang Neugebauer (Bearb.), Handbuch des österreichischen Antisemitismus (1993), S. 211 und a. m. O.; Markus Perner/Wolfgang Purtscheller, Die nationale Internationale, in: ders. (Hrsg.), Die Ordnung, die sie meinen. ‚Neue Rechte‘ in Österreich (1994), S. 72 f.; Bernd Wagner (Hrsg.), Handbuch des Rechtsextremismus (1994), S. 154, 260 f.; Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Aktualisierte und erweiterte Neuausgabe (1994), a. m. O.; Kurt Tozzer/Günther Zeisacher, Bombenspuren (1995), a. m. O.; Jens Mecklenburg (Hrsg.), Handbuch deutscher Rechtsextremismus (1996), a. m. O.; Göran Holming, Ein Prophet entkam. Was H. sagte. Was er nicht sagte. Was er voraussagte. Wien und Bonn jagen den Vordenker (1997); ders. (Hrsg.), Im Alcázar nichts Neues! Das Epos des Zwanzigsten Jahrhunderts (1999 und 2006); Kürschner DLK, Erg.bd. 5 (1998), Sp. 124 f.; Claus Treber, Die letzten von gestern. Die Rechten und die Kunst (1999); Thomas Grumke/Bernd Wagner (Hrsg.), Handbuch des Rechtsradikalismus (2002), S. 264-266; Meineid für den Holocaust. Die Jagschitzlüge im Wiener Auschwitz-Prozess. Wo ist ihr Sieg/Der Antrag des G. H. auf Wiederaufnahme des Strafverfahrens, aus 1992 (2007); Wolfgang Benz/Brigitte Mihok (Hrsg.), Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart (2009), S. 378 f.; Barbara Coudenhove-Kalergi, Zuhause ist überall – Erinnerungen (2013), S. 150-156. Internet (22.01.2019, Auswahl): G. H. (Wikipedia), Austria-Forum; Deutschnationale Studentenverbindungen in Österreich; Scharnier zwischen parteiförmig legalem Rechtsextremismus und militantem Rechtsextremismus/Neonazismus; zahlreiche Beiträge zu seinem Tod. Mitteilung von Alexander Salomon (Rugia-Markomannia Wien) v. 12.03.2019. P. K.

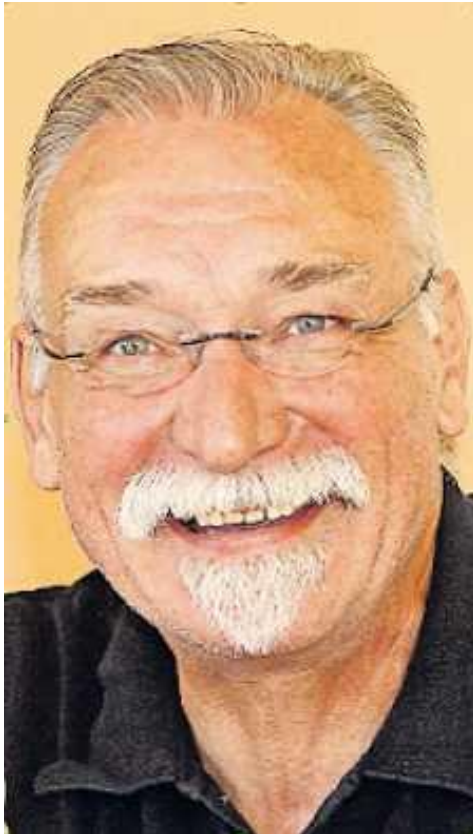
Hude, Heinrich von der, geb. 02.02.1798 in Lübeck als Sohn des Pastors an der Lübecker Marienkirche Bernhard Heinrich v. d. H. (1798-1828), Bruder von → Hermann v. d. H. (1811-1858), gest. 20.03.1853 ebd. (Urburschenschaft Jena 1818/19). Unmittelbar nach seiner Konfirmation im Herbst 1813 Unterbrechung seines Schulbesuch auf dem Katharineum zu Lübeck durch Anschluss an die Hanseatische Legion (bis 1815), mit der er als Ordonnanzjäger bis nach Paris kam; Studium der Rechtswissenschaften in Göttingen (imm. 26.04.1816, „nicht adlich“), Berlin und Jena; in Göttingen Schüler von Georg Arnold Heise (1778-1851), in Berlin von

Carl von Savigny (1779-1861); in Jena 1818/19 Mitglied des Ausschusses und 1819 zusammen mit dem ebenfalls aus Lübeck stammenden Theologen Johann Joachim Christian Zerrenner Vorsteher; schloss sich der Historischen Rechtsschule an. Als promovierter Jurist kehrte er nach Lübeck zurück und war ab 1820 ebd. Advokat und Notar; Prokurator am Oberappellationsgericht der vier Freien Städte, 1821-1823 Landgerichtsprokurator und ab 1824 Niedergerichtsprokurator. Der Rat wählte v. d. H. am 31.01.1844 zum Dritten Syndikus. Durch die Verfassungsreform von 1851 wurde er mit Erlöschen des Lübecker Syndikats am 03.01.1852 Senator der Hansestadt; etwa 1839-1842 Direktor der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit in Lübeck; 1842-1844 als Obristleutnant Kommandeur der Lübecker Bürgergarde; Mitglied bzw. Präses mehrerer Senatskommissionen.

Lit.: Syndicus Heinrich v. d. H., b. R. Dr., in: Neue Lübeckische Blätter Nr. 13, 27. März 1853, S. 97-100 (Nachruf, auch digital); Emil Ferdinand Fehring, Lübeckische Ratslinie (1925); Robert Keil/Richard Keil, Die Gründung der deutschen Burschenschaft in Jena (1865), S. 153, 156; Friedrich Bruns, Die Lübecker Syndiker und Ratssekretäre bis zur Verfassungsänderung von 1851, in: Zeitschrift für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde 29 (1938), S. 117 f.; Stamm-Buch der Jenaischen Burschenschaft (2005), S. 146, Nr. 726. H.D.

Jakumeit, Heinz-Dieter, geb. 17.09.1941 in Thyrow b. Berlin als Sohn eines prot. Dorfpfarrers in Brandenburg, 06.08.2017 auf einer Bootstour in Frankreich tödlich verunglückt (Ghibellinia zu Prag in Saarbrücken 1961). Mit den Eltern einige Jahre in Ostpreußen, dann 1948 über Düsseldorf in Neunkirchen/Saar. Nach Besuch des Staatlichen Realgymnasiums „Am Krebsberg“ ebd. ab 1961 Studium der Medizin in Saarbrücken; 07.06.1961-SS 1962 Mitglied des Studentenparlaments, Fortsetzung des Studiums SS 1962 an der FU Berlin, dann wieder in Saarbrücken; WS 1963/64 Mitglied des Stammtischs inaktiver Burschenschafter in Saarbrücken „Die Walfische“; SS 1967 ärztliche Prüfung, 19.10.1967 Dr. med. Saarbrücken („Tierexperimentelle

Untersuchungen am Kaninchen über die Veränderungen der arteriosinösen Glucose-differenz beim Hirnödem“); Medizinalassistent, 1968-1976 Assistenzarzt an der Neurochirurgischen Universitätsklinik in Saarbrücken; 1973 Gastaufenthalt am Hôpital Foch in Suresnes b. Paris und Vertiefung der mikrochirurgischen Operationstechnik; 1974 Facharzt für Neurochirurgie, 1976-



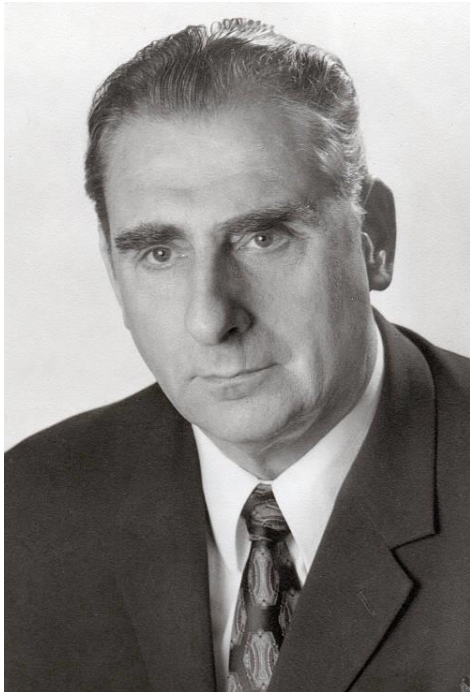
1981 Assistenzarzt an der Universitäts-Augenklinik Köln; 1980 Facharzt für Augenheilkunde, 1981-1983 Oberarzt (Oberfeldarzt der Luftwaffe) an der Augenabteilung des Bundeswehrkrankenhauses Ulm sowie mitverantwortlich für deren Aufbau und die Ausbildung der ärztlichen Mitarbeiter; 1982 Anerkennung als Fliegerarzt (Privat-Piloten-Lizenz 1973), Juni 1983-Sept. 2010 niedergelassener Vertragsarzt und Augenarzt in Speyer; Belegarzt zunächst am Ev. Diakonissenkrankenhaus, ab 2005 auch am St.-Vincentius-Krankenhaus; Tätigkeiten in der Kassenärztlichen Vereinigung (Prüfarzt, Fortbildungsbeauftragter, Sonographie- und Kommission für ambulante Operationen); Mitglied der Grün-

dungsgruppe des „Praxisnetzes Vorderpfalz“, seit Okt. 2010 Beteiligung an einer Gemeinschaftspraxis; 2001-2016 Mitglied des Rates der Stadt Speyer (FDP); 24.04. 2001 Wahl zum Stellv. Vorsitzenden der FDP-Fraktion.

Lit.: Jürgen Gruler, D. J. wird 60 – aber kein bisschen leise. Sonderausgabe des Speyerer Tagesspiegels zum 60. Geburtstag, 17.09.2001 (P); Harald Lönnecker: „... das einzige, was von mir bleiben wird ...“. Die Burschenschaft Ghibellinia zu Prag in Saarbrücken 1880-2005 (2009) 2: Album Ghibellinorum – MV (2. Auf. 2018), S. 186 f. Internet (16.01.2017); Dr. med. H.-D. J. – Ihre Augenärzte Speyer (mit eigenhändigem Lebenslauf und P). Mitteilung des StadtA Speyer (Natalie Fromm) v. 14.09.2017 (mit Scan der Tagesspiegel Sonderausgabe). H.L.

Janßen, Helmut, geb. 29.11.1910 in Jever, gest. 20.07.1992 Rotenburg (Wümme) (Arminia a. d. B. Jena 1920). Nach Besuch des Marien-Gymnasiums in Jever Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Jena (mit dem ausdrücklichen Wunsch, auf dem Burgkeller aktiv zu werden) und Göttingen; seit 01.09.1931 Mitglied der NSDAP (Nr. 628613); nach dem Referendariat bei der oldenburgischen Justizverwaltung und dem Zweiten juristischen Staatsexamen Assessor beim Landratsamt Cloppenburg; 01.07.1940 Ernennung zum Regierungsrat und Einberufung zur Wehrmacht; als Offizier an der Ostfront; Gefangennahme in Schleswig-Holstein, wohin seine Heeres-einheit sich kurz vor Kriegsende aus dem Kessel in Ostpreußen über das Haff absetzen konnte; nach Kriegsende in den Kreisverwaltungen Oldenburg und Vechta tätig. 1950 Ernennung zum Kreisrechtsrat bei Landkreis Cloppenburg; 1951 vom Kreistag für zwölf Jahre zum Oberkreisdirektor des Landkreises Rotenburg i. Hannover gewählt; 1963 nach Wiederwahl Verlängerung der Amtszeit um weitere zwölf Jahre. Seine Amtszeit im seit 1969 so bezeichneten Kreis Rotenburg (Wümme) hätte mit Erreichen des 65. Lebensjahres regulär 1975 geendet, wurde jedoch durch Einzelgesetz für die Dauer der seinerzeit im Gang befindlichen niedersächsischen Landkreisreform verlängert. Diese fand 1979 u. a. durch die Fusion des Landkreises Bremer-

vörde mit dem Landkreis Rotenburg (Wümme) zum neuen Großkreis Rotenburg (Wümme) ihren Abschluss, so dass er erst in diesem Jahr in den Ruhestand trat. In seiner Amtszeit u. a. Planung und Ausbau des Straßennetzes, Neuordnung der Wasserwirtschaft mit der Gründung von elf Wasser- und Bodenverbänden sowie des Trinkwasserversorgungsverbandes; Ver-



dienste um die Förderung der Ansiedlung von Industrie- und Gewerbebetrieben sowie des Tourismus, die Übernahme der Berufsschulen und der weiterführenden allgemeinbildenden öffentlichen Schulen in die Trägerschaft des Landkreises sowie um die Gründung der Kreismusikschule in Rotenburg und die Partnerschaft des Kreises mit der französischen Region Sainte-Foy-la-Grande; 1953 maßgeblicher Mitgründer, Vorsitzender und später Ehrenvorsitzender des Heimatbundes Rotenburg; 1954 Gründung des Heimatmuseums, später eines Instituts für Heimatforschung; 1979 für die Rettung des Rudolf-Schäfer-Hauses mitverantwortlich (eines der ältesten Rotenburger Häuser und letztes Wohnhaus des Kirchenmalers Rudolf Schäfer, 1878-1961), in dem auch ein kleines stadgeschichtliches Museum eingerichtet wurde. Neben der Heimatgeschichte war J. auch in der ostdeutschen Kulturarbeit engagiert.

1955 Übernahme der Patenschaft für den ostpreuß. Kr. Angerburg durch den Landkreis; 1964 Mitglied des Fachbeirats, 1975 EM, 1986 Vizepräsident des Niedersächsischen Heimatbundes; 1982 Vorsitzender des Museumsverbandes für Niedersachsen und Bremen; außerdem langjähriger Vorstandsmitglied des Landschaftsverbandes Stade; Vorsitzender des Kreisverbandes Rotenburg im DRK, Kuratoriumsmitglied im Verein Diakonissen-Mutterhaus und Zweiter Vorsitzender des Fremdenvereins Rotenburg; 1977 BVK 1. Kl., 1980 Niedersächsisches Verdienstkreuz 1. Kl., 1980 Ehrenbürger der Stadt Rotenburg, als erster Nichtostpreuße Goldene Ehrennadel der Ostpreußischen Landmannschaft.

Lit.: MV der Jenaischen Burschenschaft Arminia auf dem Burgkeller ..., 21. Aufl. (1963), S. 34; Burgkeller-Zeitung v. Sept. 1992, S. 154-157 (P) (Nachruf von Johannes Kahnt und Peter Kaupp); Günter Petschel, H. J. †, in: Rotenburger Schriften 77 (1992), S. 83-87; Oberkreisdirektor a. D. H. J. gestorben. Er prägte den Kreis, in: Rotenburger Kreiszeitung v. 22.07.1992. Mitteilungen des Sohnes Uwe J. (Arminia a. d. B. 1958) v. 30.12.2018 und des BArch Berlin (Heinz Fehlauer) v. 10.05.2019. Internet (29.12.2018): H. K. (Wikipedia). P.K.

Jovy, Michael (Geburtsurkunde: Michel), geb. 06.03.1882 in Dahnen/Kr. Prüm als Sohn eines Lehrers, Vater des Widerstandskämpfers Ernst Michael J. (1920-1984), gest. 30.12.1931 in Gladbeck (Normannia-Bonn 1903). Nach Besuch der Kgl. Gymnasien in Prüm und Bonn Studium der Rechtswissenschaften in Bonn (SS 1903-SS 1906); 14.07.1906 Erste juristische Staatsprüfung, Referendar im Landgerichtsbezirk Bonn und beim OLG Köln; 1907/08 Militärdienstzeit beim 9. Rheinischen Inf.-Rgt. Nr. 160, dort seit 26.03.1911 Reserveoffizier, 26.07.1911 Promotion zum Dr. iur. in Bonn („Der Begriff der ‚Bestellung‘ im § 831 des Bürgerlichen Gesetzbuches“, gedruckt 1911, auch in: Archiv für bürgerliches Recht 37 (1912), S. 78-1933, auch digital) bei Ernst Zitelmann (1852-1923) und Konrad Cosack (1855-1933); Zweite Juristische Staatsprüfung WS 1911/12; 01.01.1918-25.08.1919 Amtmann des Amtes Gladbeck/Kr. Reck-

linghausen und mit der Verleihung der Stadtrechte seitdem Oberbürgermeister (parteilos) der nunmehrigen Stadt Gladbeck bis zu seinem Tod. Mit seinem Namen verbindet sich der endgültige Wandel Gladbecks vom Dorf zur Stadt, Wittringen mit seinen großzügigen Sportanlagen und das repräsentative Wasserschloss. Bekannt wurde er u. a. durch seine Reden zu den (gescheiterten) Eingemeindungen von Horst und Karnap (1919) nach Gladbeck sowie durch seine Stellungnahme zur Lösung des Eingemeindungsproblems im Nordwesten des rheinisch-westfälischen Industriegebiets (1928). J.-Platz in Gladbeck. Veröffentlichungen u. a.: „Festschrift zur Erinnerung an die Erhebung Gladbecks zu einem selbständigen Amte am 1. April 1885“ (Hrsg., 1925).

Lit.: Personalakten und andere Unterlagen im StadtA Gladbeck; JVH XXVI (1910/11); Rüdiger Winter, Dr. M. J., Gladbecks erster Oberbürgermeister, in: Gladbeck unsere Stadt 24 (1996), S. 3 f.; Rainer Weichert, Geschichte der Stadt Gladbeck (2004), S. 80 f. Mitteilungen von Dietrich Lenski (B. d. Norddeutschen und Niedersachsen) v. 20. und 22., des Archivs des Eifelkreises Bitburg-Prüm (Tabea Skubski) v. 21.12.2015 und des StadtA Gladbeck (Katrin Bürgel) v. 14.01.2016. K.O.

Kähne, Volker, geb. 02.02.1941 in Nordhausen/Harz, gest. 26.07.2019 in Berlin (1962 Wechsel von der Turnerschaft Alania im CC zur B. Allemannia-Berlin, Germania-Würzburg 1978). Nach Verweigerung des Militärdienstes in der NVA Flucht nach Berlin/West; ebd. Studium des Bergbau- und Hüttenwesens (mit einem Praktikumsjahr in Chile), dann der Rechtswissenschaften; 1964 Mitglied des Ausschusses für Wohnheimfragen der DB; Vorstandsvorsitzender der Stiftung Entwicklung und Frieden in Bonn; 1978-1986 Staatsanwalt, 1986-1988 Oberstaatsanwalt; parallel dazu Sprecher der Berliner Justizverwaltung mit engen Kontakten zum damaligen Justizsenator Scholz; 1988-1991 Staatssekretär und Vorstand im Planungsstab des Bundesverteidigungsministeriums in Bonn unter Bundesminister Rupert Scholz (geb. 1937); Pressereferent des Senators für Justiz in Berlin; nach der Wende 1990 „Beauftragter für das Vermö-

gen von Parteien und Massenorganisationen in der DDR“ und Berater im Amt des damaligen DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maizière; August 1991-Juni 2001 Staatssekretär und Chef der Senatskanzlei im Senat von Berlin unter Eberhard Diepgen (Saravia-Berlin); intensive, letztlich aber gescheiterte Versuche, Berlin mit Brandenburg zu einem Bundesland zu vereinigen, und (mit Jürgen Linde von der Potsdamer Staatskanzlei) in Sperenberg einen neuen Berliner Großflughafen zu bauen. Als Klaus Wowereit 2001 Diepgen als Regierender Bürgermeister ablöste, schied auch K. aus dem Amt. Fortan ehrenamtlich u. a. um Sponsoren für die Staatsbibliothek bemüht und im Vorstand der Freunde und Förderer der Villa Aurora (Wohnsitz des emigrierten Schriftstellers Lion Feuchtwanger in der Nähe von Los Angeles, in dem dieser bis zu seinem Tod 1958 lebte). Veröffentlichungen u. a.: „Der Volksgerichtshof: Darstellung der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin gegen ehemalige Richter und Staatsanwälte“ (1986, 3. Aufl. 1992), „Stätten der Berliner Justiz und ihre Geschichte“ (2007). Ein Buch über die Berliner Justizskandale im 20. Jahrhundert blieb unveröffentlicht.

Lit.: Allemannenregister, Stand Nov. 1959 (P); Berliner Burschenschaft Allemannia MV Stand 16. Okt. 1988 Nr. 713; Burschenschafter-Stammrolle 1991 (1991), S. 38; Sib, Amtswechsel: V.- K.: Ein Abschied mit Haltung, in: Der Tagesspiegel v. 17.06.2001 und Nachruf auf V. K. Ein Konservativer, dem alles Enge fremd war (Gerd Appenzeller), ebd. 12.08.2009 (P, auch digital); Das Band, Mitteilungsblatt der Würzburger Burschenschaft Germania, Ausgabe 2, Dez. 2019, S. 40-45 (Klaus Lattermann) (P); Nachruf in „Der Tagesspiegel“ v. 12.08.2019 (P), Internet (02.06.2020): Staatskanzlei (Berlin) Wikipedia; Who's Who. Mitteilung von Prof. Cay Volkers (Bochum) v. 07.06.2020. P.K.

Kästner, Erhard, geb. 07.05.1900 in Alperstedt b. Weimar als Sohn eines Pfarrers und späteren Oberstudiendirektors, gest. 24.02.1991 in Lüneburg (Rugia-Berlin 1919). Nach Besuch des humanistischen Gymnasiums in Landsberg (Warthe) zunächst Studium der Medizin (ab SS 1919) in Berlin, dann der Rechtswissenschaften (ab SS 1920); Unterbrechung des Studiums

für eine fast zweijährige kaufmännische Ausbildung bei verschiedenen Banken und in der pharmazeutischen Großhandlung Luedecke & Comp. GmbH in Landsberg; anschließend Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an den Universitäten Berlin, Freiburg i. Br. und Kiel sowie den Handels-Hochschulen in Berlin und Königsberg i. Pr.; Mai 1930 kfm. Diplomprüfung in Königsberg; Fortsetzung des Studiums an der Handels-Hochschule in Königsberg; Mitglied der NSDAP (Nr. 1444467); seit 01.04.1933 Blockleiter; seit 02.11.1933 Zellenleiter; seit 03.11.1933 Kreishauptstellenleiter in Landsberg (Warthe), dann Kreisamtsleiter; 25.07.1933 Dr. rer. oec. Königsberg („Das Problem der Ostpreußenhilfe seit der Währungsstabilisierung“); 1937-1941 Gauhauptstellenleiter in unterschiedlichen Ämtern der Gauleitung Mark Brandenburg; mit Wirkung vom 01.04.1941 Vertreter des Leiters des Gauamts für Kommunalpolitik Brandenburg; Mitglied der SA, NSV, des NSFK, des Reichsluftschutzbundes (RLB) und NS-Altherrenbundes. Nach zwischenzeitlichem Heeresdienst seit 12.11.1942-09.05.1945 hauptamtlicher Bürgermeister der Kreisstadt Templin (Uckermark); Flucht nach Itzehoe (Holstein); dort zunächst in der Kanzlei eines Wirtschaftsprüfers und Steuerberaters tätig; ab etwa 1955 im Dienst des Landesfinanzministeriums in Kiel (Vertreter der Interessen des Lastenausgleichsfonds).

Lit.: BArch Berlin R 9361 II/484339; Burschenschaftler-Stammrolle 1934 (1934), S. 231. Mitteilungen von Jens Carsten Claus (Dubai) v. 28.11., des BArch (Jana Blumberg) v. 16.12.2019, des StadtA Lüneburg (Lara Wojahn) v. 08.05. und von Rima Kästner v. 09.05.2020. P.K.

Kandler, Heribert, geb. 13.03.1890 in Chemnitz, gest. 09.07.1968 in Harderberg b. Georgsmarienhütte (Marcomannia-Berlin 1910). Nach Besuch der Bürgerschule und des Realgymnasiums in Bromberg (Provinz Posen) Studium der Rechtswissenschaften u. a. in Berlin; 1914-1916 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, zuletzt als Leutnant d. R.; EK I und EK II, Verwundetenabzeichen in Schwarz; 1918 als Ostver-

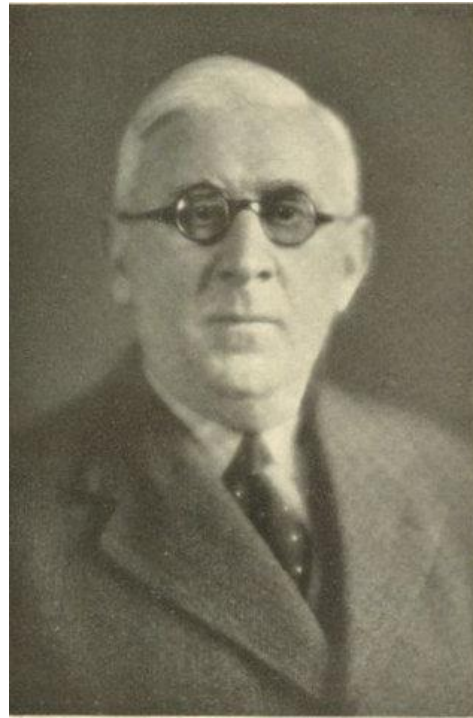
triebener „Umsiedlung“ nach Pommern; 1919 ebd. im Grenzschutz tätig und bis März 1933 Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP); ab 23.12.1921 Gerichtsassessor, Hilfsrichter und Anwaltsvertreter; 1923 Amtsgerichtsrat in Bublitz/Pommern; 1924-1935 Mitglied im Stahlhelm (letzter bekannter Rang: Kreisführer); bis 1933 Kreistags- und Kreistagsausschussmitglied in Bublitz und Köslin; Jan. 1931-Sept. 1937 Amtsgerichtsrat in Stargard/Pommern; zwischenzeitlich Apr. 1934 Mitglied des Deutschen Luftsportverbands e. V., Mai 1934 der NSV, Okt. 1935 des Reichsbunds der Deutschen Beamten, Apr. 1935 des Reichsluftschutzbundes, Juni 1935 des Volksbunds Deutscher Kriegsgräberfürsorge, Sept. 1935 der NS-Kulturgemeinde, Okt. 1937 des Kreis-Männervereins Köslin und seit Apr. 1936 der NSDAP (Ortsgruppe Stargard-Altstadt, Nr. 3731696); Okt. 1937-Aug. 1939 Amtsgerichtsdirektor in Stettin; seit 1933 Mitglied der SA-Reserve (letztbekannter Rang: Truppführer), seit Juli 1938 des Reichskolonialbunds und des NS-Altherrenbund-Studentenkampfhilfe (Mitgl. Nr. 21372) sowie seit Sept. 1938 des NS-Kriegerbunds; ab Juli 1938 Ortsgruppenleiter und Schulungsleiter der NSDAP-Ortsgruppe Stargard-Altstadt; 26.08.-30.11.1939 Leiter des Musterungsstabes im Wehrbezirkskommando Stargard (Hauptmann d. R.); Dez. 1939-Apr. 1940 Amtsgerichtsdirektor in Posen. Mai 1940-Jan. 1945 Landgerichtspräsident in Lodz/Litzmannstadt, war ihm das Sondergericht Litzmannstadt unterstellt, in dem zwischen 1940 und 1945 von dem jeweils Kammervorsitzenden 281 Todesurteile gefällt wurden. Ab Sept. 1942 amtierte K. außerdem als Urkundsbeamter und Reichsbankjustitiar bei der Reichsbankstelle Litzmannstadt. 1943 Leiter des Kreispersonalamts Litzmannstadt, amtierte er seit März 1943 als Gemeinschaftsleiter der NSDAP, seit Apr. 1944 als Ortsgruppenleiter sowie noch im März/Apr. 1945 als Landgerichtspräsident und Leiter des Verwaltungsstabes des OLG Posen. Im Entnazifizierungs-Berufungsverfahren vom 18.09.1948

wurde K. in die Kategorie IV („Mitläufer“), im Wiederaufnahmeverfahren am 30.11.1951 in die Kategorie V („entlastet“) eingestuft. Seit Juli 1950 Mitglied des BHE (Kreisvorsitzender und Mitglied des Landesvorstands), war er in der 2. Wahlperiode (06.05.1951-05.05.1955) Abgeordneter des Niedersächsischen Landtags (BHE), ab 16.03.1953 GB/BHE-Fraktion; ebd. 04.06.1951-05.05.1955 Mitglied des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen), 10.10.-01.12.1952 Mitglied des Zonengrenzausschusses; 1957-1966 Mitglied des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs.

Lit.: Landesdokumentationssystem Niedersachsen (NILAS). Verzeichnis alter Burschschafter 1920 (1920), S. 14; Burschschafter-Stammrolle 1934 (1934), S. 1006; Mitgliederliste der BB! Thuringia, Abschnitt Marcomannia (1979), S. 20 f.; Simon (1996), S. 190; Stephan Alexander, Die NS-Vergangenheit späterer niedersächsischer Landtagsabgeordneter. Abschlussbericht zu einem Projekt der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen im Auftrag des Niedersächsischen Landtages (2012), S. 106, 168 f. Internet (14.01.2020): H. K. (Wikipedia), 1933-1945 Täter und Mitläufer; Liste der Mitglieder des Niedersächsischen Landtages (2. Wahlperiode); Mitteilung von Matthias Rolving (Niedersächsischer Landtag) v. 18.01.2021. P.K.

Kann, Siegfried (Siegbert), geb. 04.06.1886 in Mainzlar bei Gießen als Sohn eines jüdischen Fabrikanten, gest. (für tot erklärt) 19.01.1943 im KZ Theresienstadt (Arminia-Gießen 1904, Saxonia-Berlin 1905/06, als AH nach 1919 ausgetreten). Nach Besuch des Landgraf-Ludwigs-Gymnasiums in Gießen ab 1904 Studium der Klassischen Philologie in Gießen. Seine Aufnahme in die Arminia gemäß den Grundsätzen des ADB (Ignorierung konfessioneller Unterschiede) erregte 1904 in verschiedenen jüdischen Blättern Aufsehen. 1908 Staatsprüfung für das Höhere Lehramt, anschließend Referendariat am Landgraf-Ludwigs-Gymnasium in Gießen; 1909 Promotion zum Dr. phil. („De iteratis apud poetas antiquae et mediae comoediae Atticae“); 1909 bis 1933 Lehrer am Landgraf-Ludwigs-Gymnasium in Gießen (Lehramtsassessor, 1919 Oberlehrer, dann Studienrat); als Freiwilliger Teilnahme am Ersten Weltkrieg; Beförderung zum Lt.,

später zum Hauptmann d. R.; EK II und EK I, schwere Kopfverletzung; 1933 Entlassung auf Grundlage des sog. „Gesetzes



zur Wiederherstellung des Berufsbeamten-tums“ und Rückstufung vom Studienrat zum Oberlehrer; einige Jahre an der „Jüdischen Bezirksschule“ in Bad Nauheim tätig; gleichzeitig Betreuung der jüd. Gemeindemitglieder in Gießen und Umgebung. Die Übernahme der Leitung der Jüdischen Bezirksschule durch K. wurde vom Reichsstatthalter abgelehnt und die Bezirksschule mit Kriegsbeginn aufgelöst. Danach wurde er wie alle verbliebenen Juden von der Gießener Stadtverwaltung zur Straßenreinigung eingesetzt; um 1941 erzwungener Umzug der Familie in das Ghettohaus für Juden Landgrafen-Straße 8; 17.09.1942 mit den anderen in Gießen verbliebenen Juden Deportation in das KZ Theresienstadt. Seine Frau und zwei Töchter wurden in Auschwitz vergast, er selbst verstarb im KZ Theresienstadt an Unterernährung und Entkräftung. Stolperstein vor dem Haus Liebig-Straße 37 in Gießen, Aufnahme in das „Gedenkbuch des Bundesarchivs für die Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung in Deutschland (1933-1945)“.

Lit.: Mitgliederlisten der Arminia (Akte PrA Nr. 855 im UA Gießen); Mitglieder-Verzeichnisse, Jahrbücher und Adressbücher des A. D. B. 1905-1919; HStA Darmstadt, Bestand S 1, Bestand H 14 Giessen, F 29/316 u. a.; Gunter Weckemann, S. K., in: Festschrift 400 Jahre Landgraf-Ludwigs-Gymnasium 1605-2005 (2005), S. 96 f.; Hanno Müller, Juden in Gießen 1788-1942 (2012), S. 294; Monika Graulich, Verschleppt aus Gießen, deportiert, ermordet, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen, Bd. 100 (2015), S. 235-275; Schäfer (2017), S. 96 f. (mit Quellen- und Literaturangaben). P.K.

Kardorff, Friedrich (Karl Ludwig) von, geb. 21.03.1812 in Alt Pannekow b. Rostock als Sohn von Wilhelm Friedrich Leopold v. K. auf Penzlin und seiner Frau Christine geb. von Bülow verw. von Hopffgarten, aus dem Haus Steinhorst des meckl. Uradelsgeschlechts v. K., gest. 08.05.1870 in Neustrelitz (Hallesche Burschenschaft 1831). Nach Tod der Eltern bei Verwandten in Strelitz aufgewachsen und ebd. Besuch des Gymnasiums Carolinum; 1831-1834 Studium der Rechtswissenschaften in Halle, Heidelberg und München; nach Studienabschluss Kammerjunger und Auditor bei der großherzogl. Justizkanzlei in Neustrelitz; nach bestandener Prüfung zum Richteramt 1839 Richter am Stadtgericht Neustrelitz; ab 1841 Begleiter der Großherzogin Marie und deren Tochter Luise auf ihrer Italienreise, auf der Herzogin Luise am 01.02.1842 verstarb: F. v. K. begleitete ihren Leichnam daraufhin zurück nach Neustrelitz. 09.03.1842 Ernennung zum Kammerherrn; 1844 Richter im damals zu Mecklenburg-Strelitz gehörenden Fürstenberg/Havel; Michaelis 1845 zum dritten Mitglied der Landvogtei, der Regierungsbehörde für das Fürstentum Ratzeburg, und des Justizamts in Schönberg ernannt; durch Nachwahl ab März 1849 Mitglied der Mecklenburgischen Abgeordnetenversammlung (Wahlkreis Mecklenburg-Strelitz/Fürstentum Ratzeburg 1, Fraktion der Rechten); zeitgleich am 27.06.1849 zum a. o. Mitarbeiter bei der großherzogl. Regierung in Neustrelitz ernannt; nach Auflösung der Abgeordnetenversammlung 1850 Regierungsrat im Staatsministerium Mecklenburg-Strelitz in

Neustrelitz; Geheimer Rat, 1841 Ritter des Kgl. Hannoverschen Guelfen-Ordens.

Lit.: Gottlieb Matthias Carl Masche, Geschichte und Urkunden der Familie v. K. (1850, auch digital), S. 266; Julius Eigers, Die Mecklenburgische konstituierende Versammlung und die vorausgegangene Reformbewegung: eine geschichtliche Darstellung (1850), S. 59 und 72; Klöckner (2008), S. 172, Nr. 887. Internet (14.01.2019): F. C. L. v. K. (Wikipedia), Liste der Mitglieder der Mecklenburgischen Abgeordnetenversammlung. P.K.

Kessler, Gerhard (Hermann Paul), geb. 25.11.1903 in Memel als Sohn eines Postamtmanns, gest. 17.11.1995 in Daun (Teutonia-Königsberg 1922). Nach Besuch des Luisengymnasiums in Memel und des Hufengymnasiums in Königsberg ab 1922 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Königsberg; als Schüler und Student Mitglied der Einwohnerwehr und der Technischen Nothilfe in mehreren Betrieben und bei der Eisenbahn; 1923 vier Wochen in den Braunkohlenwerken in Ammendorf bei Halle tätig. Verwaltungsausbildung im Staatsdienst in Königsberg i. Pr., 1924 und 1934 Schulungen als Zeitfreiwilliger bei der Reichswehr in Allenstein; 1925 Referendar und 1928 Dr. iur. in Königsberg („Der Abholungsanspruch des Besitzers“); 1929 Regierungsassessor; als solcher tätig an den Landratsämtern in Niebüll (Schleswig) und Norden/Ostfr., beim Kommissar für Osthilfe in Köslin und Stettin; Kreisführer des DRK; 01.12.1932 Mitglied der NSDAP (Nr. 1404082), seit Febr. 1933 Mitglied der SA bzw. des NSKK, 18.10.1938 der SS (Nr. 35552). Nach Gründung des Preuß. Geheimen Staatspolizeiamtes in Berlin 1933 dorthin berufen und mit der Leitung des Dezernates IV (DNVP, Rechtsopposition) betraut; damit einer der zwölf ranghöchsten Mitarbeiter des Gestapo-Hauptquartiers in seiner Frühphase; zum 01.12.1933 zur Regierung in Schneidemühl versetzt, war er als Leiter des politischen Dezernats der dortigen Stapostelle tätig. 1935 Regierungsrat und Landrat des Kreises Beeskow-Storkow, später Landrat des Kreises Mährisch Schönberg (Reichsgau Sudetenland). Nach Übungen bei der Wehrmacht (1936-1938) nahm er als Lt. d. R. im Inf.-Rgt. 9 am

Zweiten Weltkrieg teil. Danach lebte er in Hannover und wurde 1949 Geschäftsführer des Niedersächsischen Städtebundes.

Lit.: Burschenschaftler-Stammrolle 1934 (1934), S. 240; Verzeichnis der Burschenschaftler Hannovers (1958), Nr. 198; Who's who in Germany, 3rd Edition A-M (1964), S. 857; Horst Kliemann, Who is who in Germany. A biographical dictionary ... (1974, Nachdruck 1990), S. 830; Christoph Graf, Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur. Die Entwicklung der preußischen Politischen Polizei vom Staatsschutzorgan der Weimarer Republik zum Geheimen Staatspolizeiamt des Dritten Reiches (1983), S. 172, 183 und 358 (auch digital). Internet (05.03.2017): G. K. (Polizeibeamter) (Wikipedia). Mitteilungen des BArch Berlin (Heinz Fehlauer) v. 23., des StadtA Hannover v. 29.06. und der Stadtverwaltung Neustadt/Weinstr. (Elvira Prenzel) v. 12.07.2016. H.D.

Kieselhausen, (Heinrich Emil) Oskar, geb. 14.05.1821 in Gotha als Sohn eines Pfarrers, gest. 28.07.1876 in Reinach/Schweiz (Burgkeller-Jena 1840 (später Arminia), Leipziger Burschenschaft/Kochei/ 1841). Nach Besuch des Gymnasiums illustre in Gotha Studium der ev. Theologie und der Mathematik 1840-1842 in Jena und Leipzig; wegen seiner kritischen Sicht der deutschen Kleinstaaterei an beiden Universitäten in die wachsenden politischen Auseinandersetzungen verwickelt; an der Universität Leipzig 1843 als Sprecher der Burschenschaft mit vier Wochen Karzer bestraft und am 12.03.1844 relegiert; in Chemnitz Ingenieur in der Hartmannschen Maschinenfabrik; schloss sich ebd. der Märzrevolution an und mobilisierte an der Spitze des Widerstands im Apr. etwa 6000 Arbeiter; 1848 Vorsitzender des Arbeitervereins, Bezirksobmann des republikanischen Vaterlandsvereins, Mitglied des Bürgervereins und Führer der Reservekompanie der Turner in der Kommunalgarde; nach den Septemberunruhen 1848 in Chemnitz sieben Wochen in Untersuchungshaft; Teilnahme an den Barrikadenkämpfen in Dresden; nach blutiger Niederschlagung des Aufstands Flucht über Schneeberg (Erzgebirge) und Schönweide, wo er noch Versammlungen abhielt, nach Kaiserslautern; am Pfälzer Aufstand von 1848 beteiligt; steckbrieflich gesucht; Flucht über Karlsruhe in die Schweiz;

wahrscheinlich Asyl als Lehrer am Institut Lippe auf Schloss Lenzburg; 1854 dauerhafte Niederlassung in Reinach (Aargau) und Lehrer für Deutsch, Französisch, Geschichte, Geographie, Naturgeschichte und Mathematik an der Bezirksschule (Herbst 1859 Rektor); Gründer eines gemischten Chors, der auch Konzerte aufführte; nach schwerer Erkrankung 1874 Rücktritt vom Lehramt. „Oskar Kieselhausen hatte sich in seiner Wahlheimat die Liebe und Achtung von Schülern und Eltern einer ganzen Generation erworben“ (Halder). Kieselhausen-Straße in Chemnitz. Veröffentlichungen u. a.: „Dem Durchlauchtigsten Erbprinzen von Sachsen Coburg-Gotha, Ernst, an seinem 21. Geburtsfeste den 21. Junius 1839 unterthänigst überreicht von dem Gymnasiasten O. K.“ (Geburtstagsgedicht, 1839).

Lit.: UA Leipzig: Rektor B 54, F. 517; Sachsen.de Archivwesen 32922 Stadt Chemnitz (Rat der Stadt und Stadtgericht) 1848 (Archiv-Nr. 143), 1848-1849 (Archiv-Nr. 141), 1848-1850 (Archiv Nr. 142), 1849-1850 (Archiv-Nr. 151); Swiss Archives E3120A#1969/80#1197; H. E. O. Kieselhausen u. a.; Emil Knaake (Bearb.), Geschichte der Leipziger Burschenschaft Germania: 1818-1928 (1928), S. 192; MV Arminia a. d. B. (1935), S. 69; Biographisches Lexikon des Kantons Aargau 1803-1957 (1958), S. 453 f. (Nold Halder 488); Joachim Schreiber, Erfahrungen mit der Verfassungswirklichkeit. O. K. – ein sächsischer Demokrat, in: Sächsische Heimatblätter, 35. Jg. (1991), Nr. 3, S. 286-288; H. E. O. K. – Humanist und Demokrat, in: Chemnitz. Streiflichter der Stadtgeschichte, 63. Jahrbuch N. F. (II) 1994; Bernhard Möller (Hrsg.), Thüringer Pfarrerbuch, Bd. 1, Herzogtum Gotha (1995), S. 388 ff.; Sebastian Schermaul, Die Umsetzung der Karlsbader Beschlüsse an der Universität Leipzig 1819-1848 (2013), S. 61; Lönnecker (2015), S. 277, Nr. 952. Internet (20.11.2018): O. K., Leipziger Burschenschaft Germania. Bekannte Mitglieder (beide Wikipedia); Deutsches Steckbrief-Register – Politisch Verfolgte von 1848 bis 1856; Werner Knapp, Nov. 2010, Namenregister der am „Pfälzer Aufstand“ von 1848 beteiligten Personen. Mitteilung von Maik Thiem (Leipzig) v. 26.11.2018. P.K.

Klausner, Hubert, geb. 01.11.1892 in Raibl im Kanaltal (damals Kärnten) als Sohn eines k. k. Finanzwachbeamten, gest. 12.02.1939 in Wien (p. c. Burschenschaft Arminia zu Villach). Nach Besuch des Gymnasiums in Villach Meldung als Einj.-

Freiw.; Berufsoffizier, 1913 Absolvent der Reserveoffiziersschule; im Ersten Weltkrieg Lt. in Galizien (1915 schwer verwundet, Lähmung der rechten Hand), danach Olt. an der italienischen Front; 1916 von den Kampfhandlungen abgezogen, der Kommandantur der Verwundetensammelstelle in Klagenfurt zugeteilt und anschließend bis Kriegsende mit der Leitung des k. u. k. Rekonvaleszentenhauses in Trient betraut; 1919/20 als Kommandant des Volkswheerbataillons der „Achterjäger“ am Kärntner Abwehrkampf beteiligt; 1920 Eintritt in das österreichische Bundesheer (Beförderung zum Hauptmann); zunächst Mitglied der Großdeutschen Volkspartei, 1922 der österreichischen Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei DNSAP (1927 Austritt wg. parteiinterner Spaltungen); 1930 Major; Febr. 1931 erneuter Eintritt in die NSDAP; Parteipropagandist und ab 1931 Mitglied des Gemeinderates von Klagenfurt; Jan. 1933 Stellv. Gauleiter der NSDP von Kärnten; Kommunalreferent der Gauleitung, ab März auch Bezirksleiter von Klagenfurt-Stadt und Klagenfurt-Land; Mai 1933 Gauleiter und Leiter der NSDAP in Kärnten; trat auch nach dem Parteiverbot (19.06.1933) unter dem Schutz seiner Abgeordnetenimmunität in der Öffentlichkeit als Gauleiter auf; in der Zeit des Ständestaats in Österreich mehrmals für einige Monate inhaftiert; 08.10.1936 als Gauleiter von Kärnten abgesetzt. Dennoch weiterhin für die NS-Bewegung tätig, wurde sein Haus in Latschach am Faaker See zum Zentrum der illegalen Gauleitung. 21.02.1938 von Hitler mit der Leitung der österreichischen Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei betraut; verkündete am 12.03.1938 in einer Radioansprache die Machtübernahme in Österreich durch die NSDAP (Ergänzung der Parole „ein Volk, ein Reich“ durch „ein Führer“); empfing am gleichen Tag mit → Ernst Kaltenbrunner, → Friedrich Rainer und Odilo Globočnik auf dem Wiener Flughafen den Reichsführer-SS → Heinrich Himmler; Eintritt in die SS (Nr. 292772) mit dem Rang eines Oberführers, nach einem halben Jahr SS-Brigadeführer;

nach dem „Anschluss“ am 13.03.1938 von Arthur Seyß-Inquart zum Minister für politische Willensbildung im ersten nationalsozialistischen Kabinett und am 22.05.1938 zum Stellv. des Reichskommissars Josef Bürckel sowie gleichzeitig zum österreichischen Innen- und Kultusminister ernannt. Obwohl nominell zum Landeshauptmann und zum Gauleiter von Kärnten ernannt, musste er als Minister weiterhin in Wien bleiben. Nach der Reichstagswahl



am 10.04.1938 amtierte er außerdem als Abgeordneter für das Land Österreich im nationalsozialistischen Reichstag. Zu seinem Staatsbegräbnis in Klagenfurt nahmen neben Hitler u. a. Reinhard Heydrich und Rudolf Heß (Gedenkrede) teil. Zahlreiche Auszeichnungen, u. a. Militärverdienstkreuz mit Kriegsdekoration und Schwertern, Signum Laudis mit Schwertern, Karl-Truppenkreuz und Kärntner Kreuz für Tapferkeit 1. und 2. Kl.

Lit.: Der Großdeutsche Reichstag IV. Wahlperiode Bd. 1 (1938), Liste des Führers, Nr. 63, S. 48; Carinthia I (1939); Bruce F. Pauley, Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich (1988); August Walzl, „Als erster Gau ...“. Entwicklungen und Strukturen des Nationalsozialismus in Kärnten (1992); Alfred Elste, Kärntens braune Elite (1997), S. 70 ff. und a. m. O.; Alfred Elste/Dirk Hänisch/Anton Pelinka, Auf dem Weg zur Macht. Beiträge zur NSDAP in Kärnten von 1918-1938 (1997), S. 296 ff.; Lilla (2004), S. 312 f.; Maurice Williams, Gau, Volk und

Reich. Friedrich Rainer und der österreichische Nationalsozialismus. Eine politische Biographie nach Selbstzeugnissen (2005), S. 40, 85, 92; Wolfgang Graf, österreichische SS-Generäle. Himmlers verlässliche Vasallen (2012), S. 111-113 und a. m. O. Internet: H. K. (Wikipedia), p. c. B.! Arminia zu Villach, ÖBL. P.K.

Kleinschmidt, (Friedrich Wilhelm) Karl (Heinrich), geb. 26.04.1902 in Hannover als Sohn eines Gymnasiallehrers und späteren Schuldirektors, gest. 13.08.1978 in Schwerin (Germania-Jena SS 1921-SS 1923). Schon als Schüler Eintritt in die Deutschnationale Volkspartei (DNVP);



Studium der ev. Theologie 1921-1924 in Jena und München; während des Studiums Arbeit in einem Bergwerk bei Bochum und Wandel vom Deutschnationalen zum Sozialisten; nach dem Vikariat 1927-1933 Pfarrer in Weißbach und Eisenberg; 1926 Beitritt zum Thüringischen Landesverband des Bundes Religiöser Sozialisten, dort mit → Emil Fuchs und Erich Hertzsch führendes Mitglied; seit 1928 Mitglied der SPD; als Nachfolger von Fuchs 1931-1933 Landesvorsitzender des Bundes religiöser Sozialisten in Thüringen; im März 1933 kurzfristig in Schutzhaft genommen und nach politischen Konflikten mit der Kirchenleitung auf eigenen Wunsch aus der thüringischen Landeskirche entlassen; vorüberge-

hend als Bühnenmaler und Ansager im Berliner Kabarett „Die Katakombe“ unter Werner Finck tätig; 1934 vom nationalsozialistischen Landesbischof Walther Schultz als Domprediger nach Schwerin berufen; zunächst loyaler Gefolgsmann des Landesbischofs, Mitglied des NS-Pastorenbundes und Mitunterzeichner entsprechender Aufrufe; Ende 1936 scharfer Kurswechsel und Annäherung an die Bekennende Kirche; März 1939 mit Pastor Aurel von Jüchen in einem Brief Protest gegen den Ausschluss getaufter Juden aus der ev. Kirche. Einem erneuten kirchlichen Disziplinarverfahren entging K. nur, weil er 1939 zur Wehrmacht eingezogen wurde. Diente als Soldat in verschiedenen Versorgungseinheiten; geriet als Oberfeldwebel in US-amerikanische Gefangenschaft; nach seiner Entlassung 1945 Rückkehr nach Schwerin und ebd. für kurze Zeit als Regierungsdirektor und Leiter der Informationsabteilung der neuen Landesregierung tätig; bis zum Eintritt in den Ruhestand 1968 wieder Domprediger in Schwerin; daneben rege Tätigkeit (jeweils in leitender Funktion) u. a. im Schriftstellerverband und im Deutschen Friedensrat; außerdem Verfasser von Zeitungsartikeln und Büchern, daneben deutschlandweit Reden und Vorträge; 1945 Wiedereintritt in die SPD und damit nach der Vereinigung der SPD mit der KPD automatisch SED-Mitglied; nach 1945 Mitglied einer Spruchkammer der Synode, die die Verstrickung von Pfarrern im NS-Staat untersuchte und mit Disziplinarmaßnahmen sanktionierte; Mitgründer (1947-1949 Vizepräsident) des „Kulturbundes“, der u. a. die Entwicklung des Ostseebades Ahrenshoop zum Kurort für Kulturschaffende initiierte; 1947 Mitgründer der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN); 1949 Teilnahme am Weltfriedenskongress in Paris; Gründungsmitglied des deutschen „Komitees der Kämpfer für den Frieden“, aus dem später der „Friedensrat“ der DDR hervorging; 1949-1954 Abgeordneter der Volkskammer der DDR; ab 1954 Verfasser von Beiträgen für die „Berliner Zeitung“; schrieb dort u. a. bis 1956 mit dem Schriftsteller Stefan Heym die Ko-

lumne „Offen gesagt“, in der er die Inkompetenz, die mangelnde Bürgernähe u. a. Missstände in der DDR kritisierte; wiederholter Einsatz für politische Gefangene; Einsatz einer ganzen Gruppe von Spitzeln der Staatssicherheit gegen ihn, deren Berichte vier Bände füllten; 1955 mit Günter Wirth Hrsg. der Zeitschrift „Glaube und Gewissen“, in der er sich „zum Apologeten staatlicher Willkür“ machte (Peter, S. 412 f., zit. nach Wikipedia); 1958 Mitgründer und Vorstandsmitglied des „Bundes evangelischer Pfarrer in der DDR“; 1959 leitender Redakteur des „Evangelischen Pfarrerblattes“, EM der „Kirchlichen Bruderschaft Sachsens“, 1961-1973 Mitglied des DDR-Regionalausschusses der „Christlichen Friedenskonferenz“; 1964 Mitglied der „Gesellschaft Neue Heimat“; 1968 Kontakte zur DDR-oppositionellen Gruppe um Robert Havemann, Wolf Biermann und Stefan Heym; März 1968 Organisator eines Kellergottesdienstes, bei dem u. a. auch Biermann auftrat; Deutsche Friedensmedaille (1955), Vaterländischer Verdienstorden in Bronze (1955), in Gold (1962); nach seinem Tod K.-Straße in Schwerin; Schwiegervater der Publizistin und früheren Politikerin Vera Lengsfeld. Veröffentlichungen u. a.: „Evangelium oder neuer Glaube? Eine Handreichung für das zur Wahlentscheidung gerufene evangelische Kirchenvolk“ (1937), „Die Kirche in der Ostzone“ (1949), „Als Deutscher auf der Weltfriedenskonferenz in Paris“ (1949), „Thomas Münzer. Die Seele des deutschen Bauernkrieges von 1525“ (1952, auch digital), „Martin Luther. Ein Beitrag zur Geschichte der Reformation“ (1953), „Jugend in Gefahr“ (2. verb. Aufl. 1954), „Friedrich Schiller. Leben, Werk und Wirkung“ (Hrsg., 1955), „Ulrich von Hutten. Ritter, Humanist und Patriot“ (Hrsg., 1955), „Gesprächsbüchlein Ulrichs von Hutten“ (1956), „Martin Luther: Reformatorische Schriften“ (Hrsg., 1956), „Keine Angst vor guten Sitten. Ein Buch über die Art miteinander umzugehen“ (1957, mehrere Aufl., „Knigge der DDR“), „Frühling der Völkerfreundschaft. Zur Woche der deutsch-tschechoslowakischen Freundschaft 1. bis

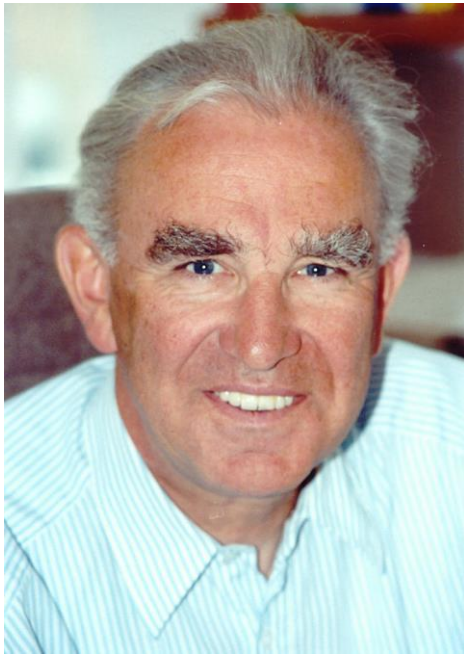
7. September 1958“ (1958), „Der Deutschlandsender bringt: 3. Gedanken zur Zeit“ (1961), „Kurt Tucholski; sein Leben in Bildern“ (1964).

Lit.: Nachlass in der Zentral- und Landesbibliothek, Abt. Historische Sondersammlungen; Münzinger-Archiv IBA; Sonderbarer Heiliger, in: Der Spiegel, Nr. 25, 19. Juni 1948 (auch digital); Walter Bredendiek, Warner, Pionier und Wegbereiter. Zum 70. Geburtstag von K. K., in: Glaube und Gewissen. Protestantische Monatsschrift (1972), Nr. 4, S. 67-69; Kosch LL 20. Jahrhundert 8 (1981), Sp. 1283; Schroeter 1 (1996), S. 242; DBE 5 (1997), S. 581; Wer war wer in der DDR? (2001), S. 436; Kulturkalender 10 (2005), S. 54; Hannelore Braun/Gertraud Grünzinger (Bearb.), Personenlexikon zum deutschen Protestantismus (2006), S. 136; Bernd Kasten, Eine umstrittene Persönlichkeit – Der Schweriner Domprediger K. K. (1902-1978), in: Mecklenburgia Sacra. Jahrbuch für Mecklenburgische Kirchengeschichte 14 (2011), S. 22-36 (P); Grewolls (2011); Biographisches Lexikon für Mecklenburg 6 (2011), S. 173-177 (Bernd Kasten); Dieter Gräf, Ein Diener zweier Herren? K. K. – Waffenstudent und Genosse in der SED, in: Studenten-Kurier 1/2020, S. 7-9 (P) und in: Der Burschenschafter 2/2020, S. 30-32 (P). Internet (04.05.2020): F. W. K. H. Kleinschmidt (Wikipedia). Mitteilung von C.-D. Köhler (Hamburg) v. 05.05.2020. P.K.

Kleist, Karl Ludwig von, aus dem Hause Zersten (russische Anerkennung des Barontitels 1853 und 1862), geb. 19.03.1794 in Mitau/Kurland als Sohn eines Gutsbesitzers, gest. 05.11.1869 ebd. (Jenaische Burschenschaft 1815); Studium der Rechtswissenschaften in Berlin (imm. 12.10.1813), Heidelberg (imm. 13.09.1814, Landsmannschaft Curonia) und Jena (imm. 13.12.1814); wie sein Bruder Wilhelm v. K. (1793-1846) in Jena 12.06.1815 Mitgründer der Burschenschaft (Mitglied des Ausschusses); Herr auf Groß-Plönen/Kurland; 1814-1841 Richter in Tukcum, kaiserl.-russ. Landrat in Mitau, 1852-1867 Direktionsrat des Kurländischen Kreditvereins.

Lit.: Köseener Korpslisten (1910) 111/50; Gothaisches Taschenbuch der adeligen Häuser 2 (1910), S. 468; Genealogisches Handbuch der baltischen Ritterschaft, Teil Kurland (1914), S. 766; Friedrich Worms (Hrsg.), Festschrift zum 150jährigen Jubiläum der Curonia 8.9.1808-8.9.1958 (Bonn 1958), S. 156 f.; Stammbuch der Jenaischen Burschenschaft (2005), S. 33, Nr. 19. P.K.

Klimke, Reiner, geb. 14.01.1936 in Münster i. W., gest. 17.08.1999 ebd. (Pflüger Halle zu Münster 1955). Begann als 12jähriger mit dem Reiten, erster Turniersieg als 14jähriger; nach dem Abitur Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Münster, 1963 Dr. iur. („Die Organisation der Pferdeleistungsprüfungen und ihre rechtliche Bedeutung für das Körwesen in Nordrhein-Westfalen“), Rechtsanwalt und Notar; seit 1950 Mitglied der CDU, 31.05.1990-31.05.1995 Abgeordneter des Land-



tags von Nordrhein-Westfalen (Stellv. Vorsitzender des Sportausschusses); ebd. erfolgreicher Einsatz für die Aufnahme des Sports als Staatsziel in die Verfassung; über viele Jahre hinweg einer der erfolgreichsten Olympiateilnehmer Deutschlands; gewann als Dressurreiter insgesamt sechs Gold- und zwei Bronzemedailles, viermal Welt- und achtmal Europameister, neun Deutsche Meisterschaften; damit bis heute siegreichster Dressurreiter der Welt; bei der Eröffnung der Olympischen Spiele 1988 Fahnenträger der deutschen Mannschaft; zahlreiche Auszeichnungen und Ehrungen, u. a. Träger des Silbernen Lorbeerblattes und des Verdienstordens des Landes Nordrhein-Westfalen; 1986 Ehrenbürger von Münster, K.-Straße auf der Sentruiper Höhe in Münster; 1984 Ehrenzeichen in Gold mit Lorbeer, Olympischen Ringen

und Brillanten der Fédération Équestre Nationale (EFN); vom Sportbund der Stadt Münster 1974, 1981, 1982 und 1988 als Sportler des Jahres und 2000 mit dem Sport-Oscar ausgezeichnet; 1988 Briefmarke Paraguay mit K. als Dressurreiter; 2008 Aufnahme in die Hall of Fame des deutschen Sports. Veröffentlichungen u. a., z. T. in mehreren Aufl.: „Military. Geschichte – Training – Wettkampf“ (1967), „Lexikon für Pferdefreunde“ (mit Bernd Capell, 1976), „Grundausbildung des jungen Reitpferdes“ (mit Ingrid Klimke, 1990), „Von der Schönheit der Dressur“ (Bildband, mit Werner Ernst, 1991), „Urlaub im Sattel. Freizeit auf Deutschlands schönsten Reiterdörfern“ (1993), „Profi-Tips Cavaletti. Dressur und Springen“ (1997); außerdem Werke jeweils zu den Olympischen Spielen.

Lit.: MV der Pflüger Halle zu Münster (1985), S. 27; Ehrenbürger Dr. R. K. Dokumentation der Feierstunde am 11. März 1986 im Festsaal des Rathauses (1986); Ingrid Klimke, R. K. (1997); Der Spiegel v. 17.08.1999; Gabriele Mohrmann-Bochhammer, Ein Wirken weit über die Leistung hinaus, in: Süddeutsche Zeitung Sport v. 18.08.1999; Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung v. 26.03.2000, S. 3; Cornelia Wumkes, Olympiasieger R. K. ist tot (Die Welt v. 18.09.1999); Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung v. 26.03.2000, S. 3; Sportliche Legenden: Dr. R. K. führt die Liste an: Münsters erfolgreichste Olympioniken (Westfälische Nachrichten v. 09.08.2012); „Letzte Runde ist eingeleitet – Hochgeschwindigkeits-Endspurt ...“ (ebd. 30.01.2013); Uwe Peppenhorst, R. K.: Erinnerungen an einen großen Reiter und Menschen (2015). Internet (17.10.2018): R. K. (Wikipedia), MünsterWiki, Landtag Nordrhein-Westfalen; WDR 17.08.2004, Vor fünf Jahren: R. K. stirbt; Munzinger Internationales Sportarchiv 46/1999 v. 8. Nov. 1999. P.K.

Klipstein, Friedrich Ludwig, geb. 29.06.1799 in Darmstadt als Sohn eines Obristen, gest. 30.10.1862 in Gießen (alte Germania-Gießen 1816, Ehrensiegel-Gießen 1816). Studium der Rechtswissenschaften in Gießen; Assessor am Landgericht Umstadt, 1824 am Landgericht Lorsch; 1827/28 provisorischer Landgerichtsdirigent (Landrichterstelle); 1829 Landrichter am Landgericht Zwingenberg; 1848 Direktor des Hofgerichts Gießen; 1849-1850 Abgeordneter der Ersten Kammer des Landtags des Großherzogtums Hessen (Wahlkreis 11

Bensheim und Zwingenberg); 1849-1850 Zweiter Präsident der Ersten Kammer des Landtags des Großherzogtums Hessen; 1851-1862 Abgeordneter der Zweiten Kammer des Landtags des Großherzogtums Hessen (bis 1856 Wahlkreis Oberhessen 1 Gießen, ab 1856 Wahlkreis Stadt Gießen); 1851-1859 Zweiter Präsident der Zweiten Kammer des Landtags des Großherzogtums Hessen; 1857 Hofgerichtspräsident.; 1859-1862 Erster Präsident der Zweiten Kammer des Landtags des Großherzogtums Hessen.

Lit.: BL 2 (1942) Gießen, S. 47 und S. 49; Kosch BStHB 2 (1963), S. 669; Ruppel/Groß (1980), S. 153, Erg.bd. (1995), S. 81; Lengemann (1996), S. 215; Paul Schnitzer, Die Landrichter von 1821 bis 1879 im Gebiet des heutigen Kreises Bergstraße, in: Geschichtsblätter Kreis Bergstraße 10 (1977), S. 216-218; Rack/Vielsmeier (2008), Nr. 446. Internet (26.12.2018): F. L. K. (Wikipedia), Hessische Biografie LAGIS Hessen. G.Sch./P.K.

Klug, (Marcus Joachim) Carl (Karl), geb. 21.02.1799 in Schlutup b. Lübeck, Vater von Heinrich K. (1899-1900 Senator, zwischen 1900 und 1907 mehrfach Bürgermeister von Lübeck), gest. 21.03.1872 in Lübeck (Jenaische Burschenschaft 1822, Quellengesellschaft Halle 1822, Germania-Tübingen 1822). Nach Besuch des Katharineums zu Lübeck Studium der ev. Theologie 1820-1822 in Jena und Halle, 1822-1824 in Tübingen; D. theol. Tübingen 1823 („De authentia epistolae secundae Johannis commentatio“); 1824 Hilfsprediger und Kandidat des Geistlichen Ministeriums in Lübeck, 1828 Pastor an St. Marien in Schlutup, 1832 Hilfe für Cholerakranke, 1840 Hauptpastor an St. Jakobi in Lübeck. K. war „ein sozialer Mensch, der in einer Vielzahl von Organisationen der Stadt eine aktive Rolle vertrat“ (Wikipedia), so schon 1825 als Mitglied der „Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit“ (1856-1859 Direktor), wo er viele Vorträge hielt; auch in der Verwaltung der Kleinkinderschule tätig; Vorsteher von v. Dorne's Armengang und Verwalter der Lübecker Bibelgesellschaft; als Freimaurer Mitglied der „Loge zur Weltkugel“ (Meister vom Stuhl 1850-1867); 1848 Angehöriger der ersten ständisch gewählten Lübecker Bür-

gerschaft; 1855-1861 mehrfach Mitglied der Bürgerschaft in Lübeck; 15.-17.08. 1858 Teilnehmer an der 300-Jahr-Feier der Universität Jena; 1868 Ruhestand; Mitgründer der Gewerbeschule und 1841-1851 in deren Verwaltung tätig; seit 1836 Mitglied des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde (1849-1852 Vorsitzender); Mitarbeiter der Lübeckischen Blätter; besonderes Interesse für Vor- und Frühgeschichte, an mehreren archäologischen Ausgrabungen beteiligt



(u. a. Aufdeckung der Steingräber in Waldhusen und Blankensee, Ausgrabungen in Alt-Lübeck); Verfasser zahlreicher Veröffentlichungen zur Geschichte Lübecks, u. a.: „Der kirchliche Streit, welcher im Jahre 1613 in Lübeck über ein mit den Niederlanden geschlossenes Bündniß entstand“ (1848), „Der Conflict zwischen dem Lübeckischen Superintendenten M. Andreas Pouchenius und dem Rektor der Catharinschule M. Pancratius Crüger ...“ (1850), „Geschichte Lübecks während der Vereinigung mit dem französischen Kaiserreiche 1811–1813“ (1. Abt. 1856, 2. Abt. 1857, auch digital, dafür mit der Goldenen Ehrengedenkmünze „Bene Merenti“ des Senats ausgezeichnet), „Alt-Lübeck“ (1857, auch digital), „Die Unterdrückung der Herrnhuter in Lübeck: ein Beitrag zur

Lübeckischen Kirchengeschichte des 18. Jahrhunderts“ (1864).

Lit.: Wolf-Dieter Hauschild, Kirchengeschichte Lübecks: Christentum und Bürgertum in neun Jahrhunderten (1881); BL 1 (1940), S. 74, Nr. 550; Bixier-Nachrichten v. Apr. 2005, Nr. 97, S. 71; Biographisches Lexikon für Schleswig-Holstein und Lübeck 12 (2006), S. 257-259 (Antjekathrin Graßmann); Germania Tübingen (2008), Nr. 550; Manfred Gläser/Doris Mührenberg: Lübecker Bürger und die Archäologie (2008), S. 22 f.; Lönnecker (2008), S. 178, Nr. 950, und 21 (2015), S. 282 f., Nr. 985. Mitteilung von Karl Philipp (Germania-Tübingen) v. 15.01.2015 und 31.07.2020. Internet (05.01.2018): Marcus Jochim Carl K. (Wikipedia), Karl K. (Wikisource). H.L./K.O.

Knickenberg, Hermann (Leo), geb. 11.03.1848 in Telgte als Sohn eines Rektors, Gründer einer nach ihm benannten höheren privaten Knabenschule mit Internat ebd., gest. 12.04.1939 in Magdeburg (Alemannia-Bonn 1867/68). Nach dem Besuch des Gymnasiums Paulinum in Münster i. W. (einer der ältesten Schulen im deutschen Sprachraum und in Europa) Studium der Rechtswissenschaften in Bonn, Halle und Leipzig; 1870-1871 Militärdienst als Einjährig-Freiwilliger im 1. Westfälischen Husaren-Regiment Nr. 8 in Paderborn (Secondeleutnant d. R.); Kriegsteilnehmer 1870/71; 28.02.1872 Prüfung zum Gerichtsreferendar beim Appellationsgericht Naumburg; 19.03.1872 Vereidigung als Gerichtsreferendar am Appellationsgericht Münster; Sept. 1876 erfolgreiche Prüfung zum Gerichtsassessor; beschäftigt bei den Staatsanwaltschaften in Dortmund und Hamm; 01.10.1877 bei der Generalkommission Münster angestellt; 01.10.1877 Übernahme in die landwirtschaftliche Verwaltung und bei der Generalkommission in Münster beschäftigt; 18.10.1877 Ernennung zum Regierungsassessor; 01.04.1878 Spezialkommissar in Neuwied, 01.08.1880 in Lippstadt; 09.06.1881 Überweisung an die Regierung Danzig; 12.07.1885 Ernennung zum Regierungsrat; 20.09.1885 mit der kommunalen Verwaltung des Landratsamtes Kreis Beckum beauftragt; 26.07.1886 auf einstimmigen Wunsch des Beckumer Kreistags definitive Ernennung zum Landrat des Kreises Beckum; ab 06.10.1891 als Regierungsrat bei der Re-

gierung Stralsund, anschließend bei den Regierungen Magdeburg und Hildesheim, ebd. zuletzt als Oberregierungsrat; nach 1914 Ruhestand; 1887-1890 für den Wahlkreis Beckum Abgeordneter des Provinziallandtags der Provinz Westfalen (ebd. Vertreter konservativer Positionen). Roter Adlerorden 3. Kl. mit Schleife, Kronen-Orden 3. Kl., Landwehrdienstauszeichnung 2. Kl. – K.-Platz in Telgte.

Lit.: StA Münster, Reg. Münster, Nr. 4525, 4869; GStA Berlin, Rep. 77 Nr. 5245. Verzeichnis der Alten Burschenschafter nach dem Stande von Wintersemester 1911/12 (1912), S. 104; Sierich Wegmann, Die leitenden staatlichen Verwaltungsbeamten der Provinz Westfalen 1815-1918 (1969), S. 295 f.; Alfred Bruns (Hrsg.), Die Abgeordneten des Westfalenparlaments 1828-1978 (1978), S. 383, Alemannen-Album 1969 (1969), S. 34. Internet (15.12.2020): H. L. K., Burschenschaft Alemannia Bonn, bekannte Mitglieder (beide Wikipedia), Westfälische Geschichte. Mitteilung von Michael Hacker (Alemannia-Bonn) v. 22.12.2020, P.K.

Knorr (von Rosenrot), Ludwig, geb. 21.11.1827 in Gießen als Sohn eines Beamten und hessischen Landtagsabgeordneten, gest. 07.01.1905 in Darmstadt (Alemannia-Gießen 1845). Nach Besuch des Gymnasiums in Darmstadt ab 1845 Studium der Rechtswissenschaften in Gießen und Heidelberg; 1848 juristisches Fakultätsexamen und Akzessist beim Hofgericht, dann beim Stadtgericht in Darmstadt; 1850 juristisches Staatsexamen und beim Großherzog. Landgericht in Groß-Gerau tätig; 1857 Landgerichtsassessor in Zwingenberg; 1858 Assessor am Stadtgericht Darmstadt; 1863 Hilfsrichter am Hofgericht in Darmstadt, seit 1865 mit dem Titel Hofgerichtsassessor; 1867 Hofgerichtsrat, 1879 Landgerichtspräsident in Gießen; 1889 vom Großherzog zum Abgeordneten auf Lebenszeit der Ersten Kammer des Landtags des Großherzogtums Hessen ernannt; Ausscheiden durch Verzicht (20.03.1905 angenommen); 1892 Oberlandesgerichtspräsident in Darmstadt; anlässlich seines 50jährigen Dienstjubiläums 1898 Wirkl. Geheimer Rat mit dem Prädikat Exzellenz und Dr. iur. h. c. der Universität Gießen; 1901 Ruhestand; 1903-1905 Dritter Präsident der Ersten Kammer des Großherzogtums Hessen; 1878 Ritterkreuz 1.

Kl. des Verdienstordens Philipps des Großmütigen.

Lit.: Zeitgenossenlexikon (1905), Sp. 755; BL 2 (1942) Gießen, S. 86; Lengemann (1996), S. 218; Ruppel Erg.bd. (1995), S. 82. Internet (26.12.2018): L. K. (Wikipedia), Hessische Biografie LAGIS Hessen. G.Sch./P.K.

Knyn, Theodor Friedrich, geb. 05.08.1801 in Mainz, Vetter von → Theodor Friedrich Langen, gest. 20.11.1877 ebd. (Gießener Allgemeine Burschenschaft Germania



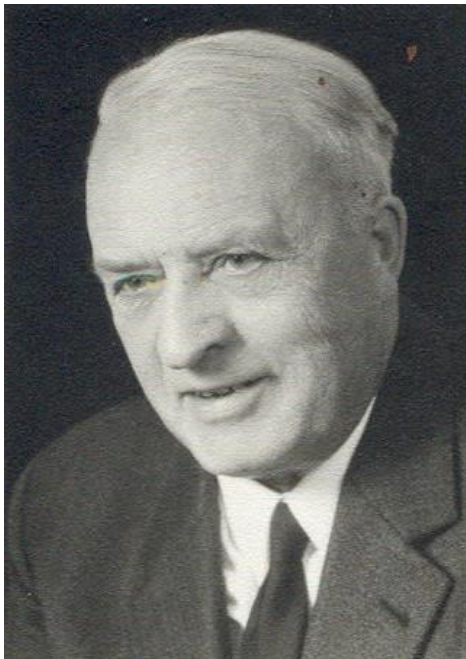
1819, 1820 Mitstifter des Corps Rhenania-Bonn). Nach Besuch des Gymnasium Philippinum Weilburg Studium der Rechtswissenschaften in Gießen, Bonn und Heidelberg; nach Studienabschluss und Promotion zum Dr. iur. 1831 1. Substitut beim Staatsprokurator am Großherzogl. Kreisgericht Mainz, 1833 Staatsprokurator; in den 1830er Jahren politischer Förderer des Eisenbahnbaus; 03.-09.05.1849 Reichskommissar der Provisorischen Zentralgewalt für die Spielbank in Homburg v. d. H., um mit einer Truppe von 700 Mann das Spielbankverbot der Frankfurter Nationalversammlung im Wege der Reichsexekution durchzusetzen; 1849 Vizepräsident und 1857 Präsident des Obergerichts der Prov. Rheinhessen des Großherzogtums Hessen (Kreis- bzw. Bezirksgericht Mainz); 1850 Vertreter von Mainz

im Volkshaus des Erfurter Unionsparlaments. „Entgegnung auf die von dem Eisenbahn-Comité zu Mainz, bestehend aus den Herren Kertell, Dael ... und Dr. Knyn herausgegebene ‚Entgegnung auf die von dem Eisenbahn-Comité zu Mainz, herausgegebenen Beiträge zur richtigen Darstellung der Verhältnisse, welche bei den verschiedenen Projecten, Darmstadt, Frankfurt, Mainz und Wiesbaden durch Eisenbahnen zu verbinden, in Erwägung kommen//‘. Eisenbahn-Gesellschaft (Darmstadt) Provisorischer Ausschuß“, Darmstadt 1837.

Lit.: Kössener Korpslisten 1910, 26,3; BL 2 (1942), S. 55; Matrikel der Bonner Rhenanen 1820-1870 (1970), Bd. 4 der Blaubücher der Bonner Rhenanen (1970), S. 12; Günter Mai (Hrsg.), Die Erfurter Union und das Erfurter Unionsparlament 1850 (2000), a. m. O.; Jochen Lengemann, Das Deutsche Parlament (Erfurter Unionsparlament) von 1850. Ein Handbuch. Mitglieder, Amtsträger, Lebensdaten, Fraktionen (2000), S. 188 f.; Gunther Mai (Hrsg.), Die Erfurter Union und das Erfurter Unionsparlament 1850 (2000), a. m. O. Internet (18.04.2020): T. F. K., Erfurter Volkshaus (Wikipedia); BArch: Biographien der Reichskommissare. P.K.

Köhler, Wilhelm, geb. 31.01.1901 in Ortenberg (Wetterau) als Sohn eines Lehrers, gest. 08.08.1985 in Gießen (Frankonia-Gießen 1919). Nach Besuch des Gymnasiums in Büdingen ab 1919 Studium der Rechtswissenschaften in Gießen; 1923 erste Staatsprüfung in Gießen, 1927 zweite Staatsprüfung, Regierungsassessor bei der Reichsvermögensverwaltung in Mainz, 1929-1933 Assistent bei der Provinzialdirektion Oberhessen in Gießen; am 01.08.1932 Mitglied der NSDAP (Nr. 1219744); 1934 Regierungsrat und Referent für die Hochschulen im Hess. Ministerium in Darmstadt; Juli 1937 (nach Differenzen mit dem Gauleiter und Chef der Landesregierung) Versetzung an das Kreisamt Hepenheim, 01.10.1937 Kreisdirektor in Alzey, 04.07.1938 Kreisdirektor (Landrat) und 01.09.1939 Landrat des Kreises Offenbach; ab 1939 Kriegsdienst als Infanterieoffizier; 08.04.1943 vertretungsweise Beauftragung als Regierungsvizepräsident bei der Regierung in Bromberg (Reichsgau Danzig-Westpreußen), 1944 Regierungs-

vizepräsident in Bromberg. 1945 bis Mai 1946 Kriegsgefangenschaft, nach Rückkehr zunächst Rechtsanwalt in Ortenberg;



Oktober 1949 Wiedereintritt in den Staatsdienst als Regierungsrat und Referent im Hessischen Ministerium für Erziehung und Volksbildung in Wiesbaden, 01.08.1952 Kanzler der Justus-Liebig-Hochschule und später der Justus-Liebig-Universität Gießen, 1952 Oberregierungsrat und Vorstand des Kuratoriums der Universität Gießen; zuletzt Leitender Regierungsdirektor, 1966 im Ruhestand. W. K. gestaltete als Kanzler von 1952 bis 1966 maßgeblich den Wiederaufbau und Ausbau der zunächst auf zwei Fakultäten reduzierten Justus-Liebig-Hochschule zur Volluniversität (1957) mit. In Anerkennung seiner Verdienste wurde er 1982 zum Ehrensensator der Justus-Liebig-Universität Gießen ernannt. Weitere Ehrungen erhielt er als ehemaliger Leistungssportler für vielfältige ehrenamtliche Tätigkeiten im Vereinssport, insbesondere im Rudersport. 1952-1985 Beisitzer im Vorstand der GfbG.

Lit.: Hess. StA Darmstadt, G 22 Nr.9/3, S. 1, G 35 E u. a.; UA Gießen, Personalabteilung zweite Lieferung, W. K., ebd., Berufsakten, 4. Lieferung, Karton 6, W. K.; Jochen Alkämper, Ltd. Regierungsdirektor W. K. (1901-1985), in: Frankonia Gießen (1997), S. 147-151; Nachruf in Gießener Franken-Zeitung Nr. 67 (1985), S. 22-24; Lönnecker (2009), S. 279 f., 371; BBl 101/3 (1986), S.

96; BBl 101/4 (1986), S. 127; P. Moraw, Kleine Geschichte der Universität Gießen 1607-1982 (1982). Internet (01.02.2019): Hessische Biografie LAGIS Hessen; Mitteilung des BArch Berlin (Heinz Fehlauer) v. 10.05.2019. G.Sch.

Kötter, Heinrich, geb. 26.01.1908 in Bobenhausen/Kr. Büdingen als Sohn eines Polizeibeamten, gest. 01.06.1975 in Gießen (Arminia-Gießen 1926, später Turnerschaft Saxonia-Marburg 1956). Nach Besuch der Oberrealschule in Darmstadt und



des Gymnasiums in Büdingen ab SS 1926 Studium der Mathematik, Physik und Geographie in Gießen, WS 1931/32 Wechsel zur Volkswirtschaft; Vorsitzender der staatswissenschaftlichen Fachschaft; Dez. 1933 Dipl.-Volkswirt; ab 01.08.1934 Wiss. Assistent an der Industrie- und Handelskammer Darmstadt; 1935/36 Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Limburg, 1937-1939 Dezernent für Nachwuchsausbildung der Industrie- und Handelskammer Bielefeld, ab 01.03.1939 Referent für Fragen der Berufsbildung an der Reichswirtschaftskammer in Berlin; 01.05.1937 Mitglied der NSDAP (Nr. 4797049); 1940 Beauftragter der Reichswirtschaftskammer für den Warthegau, dann Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Posen; Kriegsfreiwilliger, ab Februar 1943 Fronteinsatz als Offizier, US-

amerikanische Kriegsgefangenschaft in Italien bis April 1946. Danach kaufmännische Tätigkeit im Einzelhandelsgeschäft des Schwiegervaters in Gießen; 1952-1957 Stadtverordneter und Vorsitzender der FDP-Fraktion in Gießen, 1957-1960 hauptamtlicher Stadtrat und FDP-Kreisvorsitzender, 1957-1973 Mitglied des Verwaltungsrats der Bezirkssparkasse Gießen; 1960-1972 Bürgermeister der Stadt Gießen, Dezernent für Schule, Sport und Kultur, Verkehrswesen, Vieh- und Schlachthof; Juni 1972 im Ruhestand, ausgezeichnet mit der Freiherr-vom-Stein-Plakette des Landes Hessen.

Lit.: Mitgliederlisten der Arminia (Akte PrA Nr. 855 im UA Gießen). Hess. StArch Darmstadt, Bestand H 3 Gießen Nr. 92408. Jahrbuch des A.D.B. 1927, S. 94. Mitteilung des StadtA Gießen vom 30.12.2015; Schäfer (2017), S. 110 f. (P). Internet: Personalbestand/Verzeichnis der Studierenden der Ludwigs-Universität-Gießen (GEB online). Mitteilung des BA Berlin (Torsten Zarwel) v. 20.01.2021. H.L./H.D./G.Sch.

Kohlschütter, Ernst Volkmar, geb. 31.10.1812 in Dresden als Sohn eines Verwaltungsjuristen, gest. 20.11.1889 ebd. (Leipziger Burschenschaft 1831, Jenaische Burschenschaft 1834). Nach Besuch der Fürsten- und Landesschule St. Afra (seit 1826) Studium der ev. Theologie in Leipzig (1831-1834) und Jena (1834/35); 1835-1841 als Lutheraner Hilfsprediger an der ev.-ref. Gemeinde in Dresden, dort freundschaftliche Zusammenarbeit mit Friedrich Girardet (1789-1841), dessen Predigten er 1843 herausgab. 1841 Archidiakon in Glauchau i. Sa., dann Pfarrer in Gesau b. Glauchau; 1846 Superintendent in Glauchau, zugleich Konsistorialrat im dortigen Gräfllich Schönburgischen Gesamtkonsistorium; 1855 Oberpfarrer an der Kreuzkirche in Dresden, zugleich Superintendent der Ephorie Dresden I (Stadt), Konsistorialrat im ev.-luth. Landeskonsistorium, dann dessen Vizepräsident; Beisitzer des Appellationsgerichts in Dresden; 1873-1889 sächsischer Oberhofprediger; als solcher Abgeordneter der I. Kammer des Sächsischen Landtags. Veröffentlichungen u. a.: „Predigt am 6. Juli 1839 dem Gedächtnißtage der vor dreihundert Jahren in

Dresden eingeführten Reformation in der evangelisch-reformierten Kirche daselbst gehalten“ (1839, auch digital), „Gebet und



Trauerrede am Sarge des Erlauchten Grafen Carl Heinrich Alban, Grafen und Herrn von Schönburg, am 26. März 1864 gehalten“ (1864), „Die Verwerthung der Kirchengemeinde- und Synodalinstitutionen zur Lösung der Aufgaben, welche den evangelischen Landeskirchen Deutschlands gegenüber den socialen Fragen der Gegenwart obliegen“ (1878); zahlreiche weitere gedruckte Predigt- sowie Einführungs- und Trauerreden.

Lit.: Pierer's Universallexikon der Gegenwart und Vergangenheit 9 (1860), S. 650 (auch digital); MV Arminia a. B. (1935), S. 55; Reinhold Grünberg, Sächsisches Pfarrerbuch (1940), S. 452; Lönnecker (2015), S. 289, Nr. 1034. Internet (17.11.2016): Evangelisch-reformierte Gemeinde zu Dresden/Geschichte der Gemeinde bis 1999, E. V. K. (beide Wikipedia), Liste der Mitglieder des Sächsischen Landtags 1873/74. H.L./K.O.

Kohut, Oswald (Adolph), geb. 19.01.1901 in Berlin als Sohn des Journalisten, Verlegers und Schriftstellers Oswald K. (1877-1951), Urenkel des Gesanglehrers, Schriftstellers und Musikkritikers Heinrich Ferdinand Mannstein (1806-1872), Enkel des Journalisten, Literatur- und Kulturhistorikers Adolph K. (1848-1917) und der Opernsängerin und Gesangslehrerin Elisabeth K.-Mannstein (1844-1926), gest.

23.07.1977 in Langen/Hessen (Alsatia-Thuringia Marburg im Burschenbunds-Convent, als AH). Nach dem Abitur Studium der Geschichte, Philosophie und Literatur in Berlin, Heidelberg und Gießen; 18.08.1930 Dr. phil. Gießen („Zeitungen und Zeitschriften als Handelsgut. Eine Studie über die vertriebstechnische Seite des Pressewesens und ihre gesamtwirtschaftliche“), als Buch u. d. T. „Zeitungen und Zeitschriften als Handelsgut“ (1930); zunächst Journalist im Ullstein-Verlag Berlin; 1933 Berufsverbot aufgrund von § 5 Abs. 3 des Reichsschriftleitergesetzes vom 04.10.1933 „Schriftleiter kann nur sein, wer ... arischer Abstammung ist und nicht mit einer Person von nicht arischer Abstammung verheiratet ist“); 1935 Übernahme der Weinbrennerei und Likörfabrik H. A. Wagner (später Dr. Kohut AG) in Langen bei Frankfurt a. M.; 1941 Destillateurprüfung in Berlin; in den 1950er Jahren Präsident des Bundesfachverbandes der Deutschen Spirituosen-Industrie e. V. Düsseldorf; Vizepräsident der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Spirituosen-Industrie e. V. Frankfurt a. M.; Vorsitzender der Vereinigung Hessischer Spirituosen-Hersteller e. V. Wiesbaden; Mitglied des Gewerbeausschusses bei der Branntweinmonopolverwaltung und des Beirats der IHK Offenbach a. M.; Mitbegründer der CDU, ab 1947 Mitglied der FDP, 1956 Stellv., 1958-1961 Landesvorsitzender der FDP Hessen; 1952-1962 Mitglied des Bundesvorstands, 1956-1961 außerdem Stellv. Bundesvorsitzender der FDP; Mitglied des Beirats der Humanistischen Union; 1946-1951 Stadtverordneter in Langen/Hessen, daneben Kreistagsabgeordneter im Landkreis Offenbach (Führer der FDP-Fraktion); Fraktionsvorsitzender im Kreistag Offenbach-Land; 01.12.1954-10.10.1957 Abgeordneter des Hessischen Landtags, ebd. 07.01.1955-10.10.1957 Vorsitzender der FDP-Fraktion; Mandatsniederlegung nach Wahl in den Bundestag; 15.10.1957-17.10.1965 Abgeordneter des Deutschen Bundestags; Mitglied der Ausschüsse für Kulturpolitik und Publizistik, für Wohnungswesen und Bodenrecht, für Gesund-

heitswesen, für Wiedergutmachung, für Atomenergie und Wasserwirtschaft sowie für gesamtdeutsche und Berliner Fragen; stimmte im Juni 1965 im Bundestag gegen die Notstandsgesetze; 1959 Mitglied der 3. und 1964 der 4. Bundesversammlung.

Lit.: Der Aufstand der Kohuten, in: Der Spiegel 11/1956, S. 18-24 (auch im Internet); Festschrift zum 50. BC-Tag und 175. Stiftungsfest des BB Alsatia Leipzig-Thuringia München zu Marburg im BC vom 4. bis 8. Juli 1968 in Marburg; Jochen Lengemann, Das Hessen-Parlament 1946-1986. Biographisches Handbuch des Beratenden Landesausschusses, der Verfassungsberatenden Landesversammlung und des Hessischen Landtags (1.-11. Wahlperiode) 1986, S. 306 (auch im Internet); ders. (1996), S. 222; Vierhaus/Herbst/Jahn 1 (2002), S. 442; Jürgen Dittberner, Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung (2. Aufl. 2010), S. 323. Internet (22.10.2020): O. A. K., Burschenbunds-Convent/Mitglieder (beide Wikipedia); Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages 1949-2009 (BUMAST); Protokolle- Deutscher Bundestag; Hessische Biographie LAGIS Hessen (P); Munzinger Archiv IBA; FDP Hessen. P.K.

Kolb, Georg Friedrich (Ps. F. K. Brolch), geb. 14.09.1808 in Speyer als Sohn eines Buchdruckereibesitzers, Buchhändlers und Zeitungsverlegers, gest. 15.05.1884 in München (Franconia-Heidelberg 1832, vielleicht auch schon Fässlianer). Nach Besuch des Progymnasiums in Speyer bereits mit 14 Jahren Mitarbeiter in der väterliche Buchdruckerei; nach Tod des Vaters 1827 Übernahme der Druckerei sowie Betätigung als selbständiger Buchhändler, politischer und historischer Publizist sowie als Verleger (u. a. seit 1830 der „Neuen Speyerer Zeitung“); seit den 1830er Jahren Mitglied des Gewerbevereins in Speyer; seit 1834 ständiger Mitarbeiter des Rotteck-Welcker'schen Staatslexikons sowie weiterer Lexika; aufgrund seiner Beiträge 1832 erstmals festgenommen, angeklagt, aber letztlich freigesprochen; als bekannter liberaler Politiker u. a. 1832 Teilnahme am Hambacher Fest; 1832 Verhaftung und Strafverfahren wegen Beleidigung öffentlicher Stellen und Verleumdung des bayerischen Gesamtministeriums (insbesondere durch regierungskritische Beiträge in der „Neuen Speyerer Zeitung“) vor dem Be-

zirksgericht in Frankenthal (Freispruch); 1838-1848 und 1849-1852 Stadtrat in Speyer; 1848 Wahl zum Bürgermeister (Juni 1848 freiwillige Amtsniederlegung); seit den 1840er Jahren auch Mitarbeiter zahlreicher Zeitschriften und Zeitungen, u. a. des „Archivs der politischen Ökonomie und Polizeiwissenschaft“, der „Neuen Jahrbücher für Geschichte und Politik“, des „Herolds. Wochenzeitschrift für Politik, Literatur und öffentliches Gerichtsverfahren“, der „Gegenwart“ und der „Constitutionellen Jahrbücher“; 1844 Reise nach England, den Niederlanden und Belgien; 1845 längere Reise nach Paris; 1847 Huppenheimer Versammlung; seit 1847 auch Mitglied der erweiterten Redaktion und des Ehrenrats der Deutschen Zeitung (Heidelberg); 1848 Volksversammlung in Neustadt a. d. Haardt; Delegierter im Vorparlament, Präsident der Wahlkommission des Fünzigerausschusses und vom 18.05.1848 bis 18.06.1849 (Rumpfparlament) als Vertreter von Speyer Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung (Deutscher Hof, Nürnberger Hof, Märzverein); dort Vertreter demokratischer und großdeutscher Positionen; votierte gegen die Wahl König Friedrich Wilhelms IV. zum Kaiser der Deutschen; 22.05.1848 Ausschuss für den Raveaux'schen Antrag; 24.05.1848 Ausschuss für die Priorität der Petitionen und Anträge; 16.06.1848 Finanzausschuss; 1848 bis zur Mandatsniederlegung am 20.11.1853 außerdem Mitglied der Bayerischen Kammer der Abgeordneten; Mai 1849 Mitunterzeichner eines Aufrufs zur Verteidigung der deutschen Reichsverfassung; ab 23.07.1849 wegen „Verbrechen der Verführung von Truppen sowie Verbrechen der Hilfeleistung zu Gunsten illegaler Behörden“ für mehrere Monate in Zweibrücken inhaftiert, aber am 03.01.1850 vom Appellationsgerichtshof der Pfalz von jeder Anklage freigesprochen; 1853 Verurteilung zu sechs Monaten Gefängnis wegen Preßvergehens; vor Antritt der Strafe Flucht nach Zürich, wo er mit seiner Familie sechs Jahre im Exil verbrachte und als Privatgelehrter arbeitete; 1859-1866 Mitherausgeber und Redakteur,

seit 1864 hauptverantwortlicher politischer Redakteur der „Neuen Frankfurter Zeitung“; 1866 Mitherausgeber der „Deutschen Zeitung“ in Stuttgart; seit 1867 auch Mitglied des Verwaltungsrats und des engeren Ausschusses der pfälzischen Eisen-



bahngesellschaften; 1867-1884 freier politischer Publizist in München (dort u. a. Mitarbeiter der „Neuen Frankfurter Zeitung“); aufgrund seiner statistischen Publikationen 1860 Delegierter der Schweiz bei einem statistischen Kongress in London und 1864 zum EM des Rats der Universität Charkow (Ukraine) gewählt; 1865 Teilnahme am Deutschen Abgeordnetentag in Frankfurt a. M. (Mitglied des Sechsendreißigerausschusses und der geschäftsführenden Siebenerkommission); 1866 Volksversammlung der Demokraten in Frankfurt a. M.; 1868-1869 Mitglied des Zollparlaments (fraktionslos), 1869 Mitglied der Statistischen Zentralkommission für das Kgr. Bayern; 1848-1853 und 1863-1871 außerdem Mitglied des Bayerischen Landtags (Kammer der Abgeordneten). Die letzten Lebensjahre verbrachte K. in München. Obwohl er nie studiert hatte, Verfasser zahlreicher politischer, volkswirtschaftlich-statistischer, rechts- und geschichtswissenschaftlicher Werke, u. a. (Auswahl,

z. T. in mehreren Auflagen und mit wechselnden Titeln): „Handbuch der vergleichenden Statistik, der Völkerzustands- und Staatenkunde: Für den allgemeinen praktischen Gebrauch“ (1857), „Kulturgeschichte der Menschheit: mit besonderer Berücksichtigung von Regierungsform, Politik und Wohlstandsentwicklung der Völker“ (2016), „Kulturgeschichte der Menschheit. Zweiter Band“ (2016), „Handbuch der vergleichenden Statistik der Völkerzustands- und Staatenkunde“ (2016), „Statistik der Neuzeit. Suppl. zum Handbuch der vergleichenden Statistik der Völkerzustands- und Staatenkunde“ (8. Aufl. 2017); Autobiographie: „Lebenserinnerungen eines liberalen Demokraten. 1808-1884“, hrsg. von Ludwig Merckle (1976). Nachlass im BArch Koblenz.

Lit.: BArch III C 19; BAK, DB 9, M. Burschenschaftlerlisten, Heidelberg, Franconia; Hermann Niebour, Die Vertreter der Rheinpfalz in der Frankfurter Nationalversammlung, in: Pfälzische Geschichtsblätter 11 (1910); Handwörterbuch der Staatswissenschaften 5 (1923), S. 780 (Meitzel); Klötzer (1959), S. 291; Elmar Krautkrämer, G. F. K. (1808-1884). Würdigung seines journalistischen und parlamentarischen Wirkens im Vormärz und in der deutschen Revolution ... (Diss. Mainz 1959); Kosch BStHB 2 (1963), S. 688; NDB 12 (1980), S. 441 f. (Walter Braeuer, auch digital); Elmar Krautkrämer, G. F. K. und seine Zeit (1987); Koch (1989), S. 252 (P); Hannes Ziegler, G. F. K. 1808-1884 (1992); DBE 6 (1997), S. 10 f.; Best/Weege (1998), S. 208 f.; Heinz Flick, G. F. K., ein kritischer Beobachter seiner Zeit (2006); ders., „Klug im Rath, weise und bedächtig in der That“. Vor 200 Jahren geboren. G. F. K. war ein kritischer Beobachter seiner Zeit (2008); Reinalter (2005), S. 167 f.; Ferdinand Schlickel, Vorkämpfer für Pressefreiheit und Einheit Deutschlands. Geburtstag des Speyerer Journalisten und Politikers (2008); Erich Schneider, G. F. K. Vor 125 Jahren: Der Altmeister der deutschen Demokratie (2009); Barbara Klink, ... da ich gewohnt bin, in der Minderheit mich zu befinden; G. F. K. (1808-1884) – kompromissloser Demokrat und „Wegbereiter Europas“ (2013); Erich Schneider, G. F. K. Vor 125 Jahren: Der Altmeister der deutschen Demokratie, G. F. K., stirbt in München (2015); Anita Eichholz, Radikaler Demokrat und Publizist. Der Pfälzer Politiker, Verleger und Publizist G. F. K. (1808-1884) und seine Tätigkeit im Bayerischen Landtag (2015). Internet (18.04.2020): G. F. K. (Wikipedia), Wikisource (Quellen und Volltexte), Datenbank der Reichstagsabgeordneten, demokratiegeschichte.eu, Parlamensdatenbank beim Haus der Bayerischen Geschichte; bavarikon. Kultur und Wissensschätze Bayerns.

Mitteilung v. Harald Lönnecker (Koblenz) v. 18.04.2020. P.K.

Kraemer, August, geb. 06.11.1879 in Kleinholthausen, Lkr. Dortmund, gest. 12.11.1932 in Recklinghausen (Germania-Jena 1901). Nach Besuch des Bismarck-



Realgymnasiums in Dortmund ein Jahr Arbeit im Steinkohlen- und Erzbergbau; danach ab 1905 Studium des Bergfachs in Jena und an der TH Aachen; Bergreferendar beim Oberbergamt Dortmund, 1911 Bergassessor; Wechsel in den Privatdienst, 1912-1914 Leitung einer Zweigniederlassung der Zwickauer Maschinen- und Grubenlampenfabrik Friemann & Wolf in Saarbrücken; Teilnahme am Ersten Weltkrieg als Oblt. d. R. und Batterieführer in einem Art.-Rgt., u. a. an den Kämpfen an der Westfront; 1916 bei Fort Douaumont schwer verwundet; Anfang 1917-1920 beim Preußischen Bergrevieramt Dortmund III; nach kurzer Unterbrechung im privaten Dienst als Direktor der Kaliwerk Gewerkschaft Großherzog Wilhelm Ernst in der Rhön 1921 Wechsel zum Bergrevier West-Recklinghausen, im gleichen Jahr Ernennung zum Bergrat; seit 1922 örtlicher Vorsitzender der DVP; Dez. 1924 Wahl zum Abgeordneten der DVP im Wahlkreis 17 Westfalen-Nord in den Preußischen Landtag (bis 1932); bis 26.06.1930 (Verbindung des Verkehrsvereins mit dem Verschönerungsverein) Vorsitzender des

Verkehrsvereins für Recklinghausen und Umgebung; u. a. auch Mitglied der Bürgerschützengilde Recklinghausen; EK I und Hamburgisches Hanseatenkreuz.

Lit.: MV der Burschenschaft Germania-Jena (1919), S. 25 und 36; Adolf Kempkes (Hrsg.), Deutscher Aufbau. Nationalliberale Arbeit der Deutschen Volkspartei (1927), S. 340; Ernst Kienast (Bearb.), Handbuch für den Preußischen Landtag. Ausgabe für die 3. Wahlperiode (1928), S. 550; Bundesnachrichten Germania Jena 12/1932, S. 125 f. (Todesanzeige und Nachruf); Glückauf – Berg- und Hüttenmännische Zeitschrift 68 (1932), Nr. 47, S. 1096. Internet (23.04.2018): Jenaische Burschenschaft Germania. Bekannte Mitglieder, A. K. (Politiker) (beide Wikipedia). Mitteilung von Claus-Dieter Köhler (Germania-Jena) v. 22.04.2018. P.K.

Krieger, Ludwig (Max), geb. 16.02.1887 in Dresden als Sohn eines früh verstorbenen Büroassistenten, gest. 24.04.1974 in Bonn (Gothia-Berlin 1907, Ghibellinia-Leipzig 1909/10, Ghibellinia-Leipzig zu Hannover 1950). Gründete bereits während seiner Schulzeit auf dem Städtischen Gymnasium (Annenschule) in Dresden (Abitur 1906) den Stenographenverein „Gabelsberger“, bildete sich unter Ernst Ahnert (1859-1945) vom Kgl. Sächsischen Stenographischen Institut zum Stenographen aus und finanzierte durch Dienste beim Sächsischen Landtag sein Studium der neueren Sprachen, Germanistik und Philosophie an der Universität Leipzig (Apr. 1906 bis Aug. 1908). Sein Beitritt zur B. Ghibellinia Leipzig lag auch sachlich nahe, weil diese 1874 als Gabelsberger Stenographen-Verein gegründet worden war. Ostern 1907 staatliche Prüfung für Stenographielehrer mit Lehrbefähigung für höhere Schulen in Dresden; 1908-1912 Studium der Volkswirtschaft und der Staatswissenschaften an der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin (ohne Abschluss); bereits 1907 Hilfsstenograph beim Sächsischen Landtag, 1908 Hilfsstenograph im Stenographischen Bureau des Reichstags. Als Vorstandsmitglied des Akademischen Stenographenvereins „Gabelsberger“ in Berlin setzte sich K. 1908 für die Fortführung des Systems „Gabelsberger“ ein, nachdem auf dem Münchener Stenographentag die Umstellung auf

die deutsche Einheitskurzschrift beschlossen worden war. Während des Ersten Weltkriegs zunächst beim Stab des Chefs des Generalstabes des Feldheeres in Berlin tätig, kam K. mit der Verlegung des Kaiserlichen Großen Hauptquartiers Mitte Aug. 1914 nach Koblenz und Luxemburg, im Sept. nach Charleville-Mézières in die französischen Ardennen, über weitere Stationen schließlich 1917 nach Bad Kreuznach und 1918 ins belgische Spa; 1918 Ausscheiden aus dem Militärdienst; bereits zum 01.07.1917 anlässlich des Besuches des Reichstagspräsidenten Johannes Kaempf (1842-1918) an der Front in eine Planstelle als Reichstagsstenograph eingewiesen. Aus der Vielzahl seiner Einsätze seien angeführt: 1918-1919 Sitzungen des Rates der Volksbeauftragten, Reichskonferenz der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte sowie bei der Konferenz der deutschen Freistaaten mit der Reichsregierung; Weimarer Nationalversammlung, beim Sonder Senat des Reichsgerichts zur Verfolgung der sog. Kriegsverbrechen im Ersten Weltkrieg, beim Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, bei Länderkonferenzen in der Reichskanzlei, bei finanzpolitischen Besprechungen der jeweiligen Reichskanzler mit den jeweiligen Reichsbankpräsidenten (als Alleinauftrag), bei Verhandlungen des Staatsgerichtshofes des Deutschen Reiches im Strafprozess gegen die Mörder Walther Rathenaus (1922), bei Reichsschulkonferenzen, ev. Synoden in Sachsen, Preußen und Hessen(-Darmstadt), beim Erzberger-Helfferich-Prozess in Berlin-Moabit (Frühjahr 1920), beim Prozess in Neustrelitz (1925) gegen den unschuldig hingerichteten angeblichen Mörder Josef Jakubowski (1895-1926), bei mehreren Parteitag von SPD, KPD und DNVP sowie bei Deutschen Genossenschafts- und Deutschen Apothekertagen. Seit 1932 nahm K. neben seiner Tätigkeit als Reichstagsstenograph an Tagungen der Akademie für Deutsches Recht, Gauleiterbesprechungen und Sitzungen des „Vierjahresplanes“ unter Leitung von Hermann Göring teil. Hinzu kamen der Reichstagsbrandprozess (1933), der sog. Rundfunkprozess gegen Staatsse-

kretär Hans von Bredow (1879-1959) und andere (1933), der Prozess gegen Martin Niemöller vor dem Sondergericht Berlin-Moabit (1938) und der Kriegsgerichtsprozess (1938) gegen Generaloberst Werner von Fritsch (1880-1939); Mitglied der NSDAP seit 01.05.1937 (Nr. 5851356), außerdem Mitglied des Reichsbeamtenbundes, des Reichsluftschutzbundes und der Deutschen Arbeitsfront; seit 1941 Leiter des Stenographenbüros des Reichstags, 1942 zeitweise Stenograph im Hauptquartier der Wehrmacht und im Sonderzug Görings, 1943 abgeordnet zum Stenographischen Dienst im Führerhauptquartier, zum 01.04.1944 Einweisung in die Planstelle des Direktors des Stenographenbüros und Ernennung zum Oberregierungsrat. Auf Anordnung Hitlers erfolgte diese Ernennung erst am 21.04.1945 und war damit wohl dessen letzte „persönliche“ Beamtenbeförderung. Am 20.4.1945 wurden die im Führerbunker tätigen Stenographen unter K. auf Befehl Hitlers nach Berchtesgaden ausgeflogen und kamen dort im Mai 1945 in US-amerikanische Gefangenschaft; bis 1948 einerseits Gefangener im Internierungslager Dachau, andererseits aber vorwiegend Zeuge und Übersetzer bei den Kriegsverbrecherprozessen in Nürnberg und Landsberg am Lech. Im Jan. 1948 wurde K. Abteilungsleiter im Personalbüro der deutschen Angestellten in der US-amerikanischen Verwaltung des Lagers Dachau, ab Sept. 1948, noch immer von Dachau aus, bereits zu Ausschusssitzungen des Parlamentarischen Rates in Bonn herangezogen; 1949 aus Dachau entlassen; Nachfolger des Leiters des Stenographischen Dienstes im Deutschen Bundestag, Vinzenz Koppert (1894-1969), am 01.03.1952 Versetzung in den Ruhestand, jedoch noch bis 28.02.1957 als Angestellter tätig; gelegentlich las er bis in sein 83. Lebensjahr hinein Korrekturen der Bundestagsprotokolle und übersetzte wohl seit 1957 diverse stenographische Tagebücher deutscher Politiker aus der Weimarer Republik und des Generalfeldmarschalls Maximilian Freiherrn von Weichs (1881-1954) ins Schriftdeutsch für das Bundesarchiv in Ko-

blenz, arbeitete aber auch für das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn, die dortige Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien sowie für das Institut für Publizistik an der Universität Münster. Seine Rolle war in der Öffentlichkeit, auch im Hinblick auf seine Kontakte zu David Irving (geb. 1938), nicht unumstritten, wurde sogar als „mysteriös“ (Die Zeit Nr. 38 v. 14.09.1979) bezeichnet, doch sind seine wissenschaftlichen Verdienste aus archivarischer und historisch-wissenschaftlicher Sicht unbestreitbar. Hrsg. der „Neuen Stenographischen Praxis“. Auszeichnungen: 1915 EK II, 1917 Ritterkreuz 2. Kl. des Sächsischen Albrechts-Ordens mit Schwertern, Silbernes Treudienst-Ehrenzeichen (Zweiter Weltkrieg), 1952 BVK; EM im „Comité Européen pour la recherche scientifique des origines et des conséquences de la deuxième guerre mondiale“ in Luxemburg und des Verbands der Parlaments- und Verhandlungsstenografen. Veröffentlichungen: Neubearbeitung des Abschnittes „Die Kammer- und Verhandlungsstenographie“ in § 20 der 4. völlig neu bearb. Auflage von Johnson „Allgemeine Geschichte der Kurzschrift“ (1940), S. 201 ff., vor allem aber in zahlreichen Fachzeitschriften wie „Der Kurzschriftlehrer“, „Mitteilungsblatt der Fachgruppe Verhandlungsstenographen“, „Deutsche Kurzschrift“, „Stenographische Praxis“, „Schriften der Wilhelm-Stolze-Gesellschaft“, „Neue Stenographische Praxis“ (NStPr), außerdem „Der stenographische Dienst beim Deutschen Bundestag“, in: „Das Parlament“ 1953, Nr. 2; zahlreiche Kurzbiographien und Nekrologe, insbesondere im „Mitteilungsblatt der Fachgruppe Verhandlungsstenographen“.

Lit.: Nachlass im Besitz der Tochter Trautemarie Jacobi (Bonn); Versorgungsakten der OFD Köln im LA NRW, Abt. Rheinland, in Duisburg BR-PE Nr. 6035; BArch Berlin, Akten der Reichskanzlei R 43 I/447, Bl. 98 ff. (auch digital) als Beispiel für Kriegers Arbeit; Horst Ferdinand, Fünfzig Jahre im Dienst des Parlaments, in: NStPr 51 (1957), S. 23-28; Martin Günther, Ludwig Krieger 80 Jahre, in: NStPr 15/1 (1967) 32-34; Stockhorst (1967), S. 252; H. O. Findeisen, 100 Jahre Hannoversche Burschenschaft Ghibellinia-Leipzig. Vom Werden und

Wirken einer deutschen Korporation (1968), S. 16; Karl Thöt, In memoriam L. K., in: NStPr 22/3 (1974), S. 62-70; Michael S. Cullen, Der Reichstag. Parlament, Denkmal, Symbol (1999), S. 356; Detlef Peitz, Parlamentsstenografen und NS-Diktatur, 1. Tl., Biografische Brüche am Ende der ersten deutschen Demokratie, in: NStPr 62/1 (2014), S. 5-13; ders., 3. Tl., Protokollierung von Recht und Unrecht, ebd. 63/1 (2015), S. 10; Die Zeit Nr. 38 v. 14.09.1979, S. 14-16. Internet (09.01.2020): Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik „Online Edition“; BAK Kurzbiographien. Mitteilungen des Archivs des Deutschen Bundestages (Thomas Müller) v. 25.08., des UA Leipzig (Petra Hesse) v. 27.08., des StadtA Dresden (Gisela Hoppe) v. 02.09., des Instituts für Zeitgeschichte (Klaus Lankheit) v. 04.09. und des BArch Berlin (Heinz Fehlauer) v. 09.10.2014. E.A/K.O.

Krippendorff, Arthur (Heinrich), geb. 04.04.1859 in Leipzig als Sohn eines Obersteuerinspektors, gest. 11.01.1916 in Dresden infolge von Herzschwäche nach einer schweren Operation (Normannia-Leipzig 1879/80). Nach dem Besuch des Gymnasiums in Grimma i. Sa. SS 1879 Studium der Rechtswissenschaften in Leipzig (07.05.1879 imm.), 1884 erste juristische Staatsprüfung und Dr. iur., 01.04.1884-31.12.1887 Referendar am Amts- und am Oberlandesgericht Dresden sowie bei einem Rechtsanwalt, 01.01.1888-31.03.1892 Rats-Referendar und -Assessor beim Rat der Stadt Leipzig, 01.04.1892-31.08.1895 besoldeter Stadtrat in Wurzen i. Sa., 28.05.1895 vom Stadtverordnetenkollegium (mit 17 von 21 abgegebenen Stimmen) zum 1. besoldeten Ratsmitglied und Bürgermeister in Reichenbach i. V. gewählt, 01.09.1895-31.08.1901 besoldeter juristischer Stadtrat und stellv. Bürgermeister, zuständig für die Sicherheitspolizei, schied aus dem städt. Dienst mit Pensionsanspruch auf Lebenszeit aus, Okt. 1901 Rechtsanwalt in Dresden, 01.01.1913 auch Notar, Aug. 1914 als Kriegsfreiwilliger zurückgestellt, April 1915 Adjutant bei der Kommandantur des Kriegsgefangenenlagers Großporitsch b. Zittau i. Sa., dort Mai 1915 Kommandant, Sept. 1915 2. Landsturm-Ersatz-Bataillon XII/16 in Zittau, Oblt. d. R. in einem Landsturm-Batl. in Gottleuba i. Sa.

Lit.: Mitteilung des StA Reichenbach v. 19.12.2019. Harald Lönnecker (Bearb.), Stammrolle des

Akademischen Turnvereins, der Turnerschaft, der Freien schlagenden Verbindung und der Burschenschaft Normannia zu Leipzig/Normannia-Leipzig zu Marburg 1868-2018, 2 Teile (Stand: 05.12.2018), WS 1879/80. H.L.

Krug, (Adam Johann Balthasar) Georg, geb. 08.03.1801 in Gießen als Sohn eines Hofgerichtsadvokaten, gest. 01.09.1878 in Darmstadt (Allgemeine Burschenschaft Germania-Gießen 1819). Ab 1818 Studium der Rechtswissenschaften in Gießen und Göttingen; 1823 Hofgerichts-Sekretariats-Akzessist in Gießen; 1824 Assessor 2. Kl. (ohne Stimme) am Landgericht Biedenkopf; 1825 Assessor am Stadtgericht Gießen; 1827 Landrichter in Vöhl und 1828 in Schotten; 1835 Hofgerichtsrat in Darmstadt; 1835-1847 Abgeordneter der Zweiten Kammer des Landtags des Großherzogtums Hessen (Oberhessen 14 Büdingen); 1841 Oberappellations- und Kassationsgerichtsrat in Darmstadt; 1847-1849 Abgeordneter der Zweiten Kammer des Landtags des Großherzogtums Hessen (Oberhessen 3 Heuchelheim); 1851-1856 Abgeordneter der Zweiten Kammer des Landtags des Großherzogtums Hessen (Oberhessen 9 Schotten); 1859 Hofgerichtspräsident in Darmstadt; seit 1868 lebenslanges Mitglied der Ersten Kammer der Stände des Großherzogtums Hessen; 1868-1873 a. o. Mitglied des Staatsrats; 1873 auf Ersuchen pensioniert; 1876 Verzicht auf den Sitz in der Ersten Kammer des Landtags; 1850 Ritterkreuz des Verdienstordens Philipps des Großmütigen (1867 Komturkreuz 2. Kl., 1873 Komturkreuz 1. Kl.), 1861 Ritterkreuz 1. Kl. des Ludewigsordens (1871 Kommandeurkreuz 2. Kl.).

Lit.: HStA Darmstadt S 1. Beiträge zur Geschichte der Gießener Urburschenschaft (1931), S. 78-84; Ruppel/Groß (1980), S. 164; BL 2 (1942), D. Allgemeine Burschenschaft „Germania“, S. 55, Nr. 103; Kössler (1976), S. 105; Lengemann (1996), S. 230. Internet (26.12.2018): A. J. B. G. Krug (Wikipedia), Hessische Biografie LAGIS Hessen. Mitteilung von Gernot Schäfer (Bad Nauheim) v. 27.04.2020. P.K.

Krug, (Arno Fritz) Kurt-Heinz (Horst), geb. 16.08.1913 in Muskau (Kr. Rothenburg/Oberlausitz) als Sohn eines Mittelschullehrers, Sterbedaten unbekannt (wahr-

scheinlich im Sept. 1962 ermordet, mit Wirkung vom 18.09.1973 durch rechtskräftige Entscheidung des Amtsgerichts München für tot erklärt) (Raczeks-Breslau 1932/33). Jan.-Aug. 1925 Mitglied des Jungstahlhelms. Nach Besuch der Oberrealschule in Waldenburg/Schlesien Studium der Rechtswissenschaften in Innsbruck (SS 1932) und Breslau (imm. 24.10.1932); schon als Student seit 01.05.1933 Mitglied der NSDAP (Nr. 1971204); 1936 Unterbrechung des Studiums zwecks Ausbildung bei der Luftwaffe zum Flugzeugführer; Anfang 1937 Beitritt zum NSFK als Referent für Dienststraf- und Beschwerdewesen sowie für das Sozialwesen; Fortsetzung des Studiums in Breslau und gleichzeitig Dienst bei der Luftwaffe; Teilnahme am Deutschlandflug 1938, am Mitteldeutschen Rundflug 1939 und an einem Segelkurs auf der Yacht des Korpsführers des NSFK Gen. d. Flieger Friedrich Christiansen (1879-1972); Ende 1938 Reise durch Italien sowie über Sizilien und Malta nach der italienischen Kolonie Tripolitanien. 1939 Erstes juristisches Staatsexamen und Unteroffizier, anschl. Gerichtsreferendar; 24.02.1940 Dr. iur. Breslau; 1941-Juli 1942 Einsatz in Klagenfurt als Fluglehrer an der Flugzeugführerschule; anschließend (in den überlieferten Personalakten nicht dokumentiert) zur Unterstützung der Raketenforscher unter Wernher von Braun in der Heeresversuchsanstalt Peenemünde tätig; lehnte jedoch nach 1945 ein Angebot Brauns ab, mit ihm in den USA zu arbeiten; zeitweise in der Münchner Luftfahrtabteilung der Allianz beschäftigt; Mai 1958 Wechsel in das Stuttgarter „Forschungsinstitut für Physik der Strahlentriebe“, wo er den wissenschaftlichen Leiter Eugen Sänger (1905-1964) als Geschäftsführer entlasten sollte; mit Sänger und zwei weiteren wissenschaftlichen Mitarbeitern, darunter Wolfgang Pilz (1911-1994), Entwicklung eines Raketenprogramms für Ägypten. Am 14.07.1960 ließ er die Firma „Intra Handelsgesellschaft mbH“ (Intra für „International Rakete“) in das Stuttgarter Handelsregister eintragen. Als Geschäftsführer vermittelte er die Lie-

ferung von Spezialblechen, Mess- und Prüfgeräten nach Ägypten und übernahm die Vertretung der Fluglinie „United Arab Airlines“. Als die ägyptischen Privataktivitäten der drei Physiker und des Juristen K. bekannt wurden, kam es im Juli 1961 zum Bruch, und K. zog mit der „Intra“ nach München um. Seine häufigen Flüge nach Ägypten und die Lieferungen von Raketenbauteilen blieben nicht verborgen; Briefbomben bei Aufenthalten ebd. In Deutschland erhielt er drastische Drohungen. Lange Zeit wurde vermutet, die Drohungen hätten ihn veranlasst, seinen Bekannten → Otto Skorzeny (1908-1975) in der Hoffnung auf Hilfe zu kontaktieren. Presseberichten zufolge soll dieser ihn am 11.09.1962 aus seinem Büro in München gelockt und in einem Wald im Münchner Norden im Auftrag des israelischen Geheimdienstes Mossad (Institute for Intelligence and Special Operations) ermordet, den Leichnam mit Säure übergossen und die Überreste verscharrt haben. Als Gegenleistung für seine Mithilfe soll Skorzeny vom Mossad gefordert haben, von der Fahndungsliste Simon Wiesenthals gestrichen zu werden. Noch am 01.10.1965 war der Zentralen Rechtsschutzstelle im Auswärtigen Amt K.s Verbleib unbekannt. Nach neuesten Recherchen des israelischen Geheimdienstexperten Ronem Bergman („Der Schattenkrieg. Israel und die geheimen Tötungskommandos des Mossad“, 2018) soll der israelische Geheimdienst ihn im Sept. 1962 in München entführt, mit einem VW-Bus nach Marseille gebracht und von dort mit einer El-AL Maschine nach Israel verschleppt haben, wo er in einem Gefängnis monatelang verhört wurde. Nach Schilderungen ehemaliger Mossad-Agenten wurde er dort erschossen, sein Leichnam aus einem Flugzeug der israelischen Luftstreitkräfte über dem Mittelmeer abgeworfen.

Lit.: BArch-MArch, Pers 6/298179; BArch, Koblenz, B 305/24516. Burschenschaftler-Stammrolle (1934), S. 1018; Ingo Lenz, Verzeichnis der lebenden Raczeks 1935 (1935), S. 51, Nr. 27; Raketen-Krug – Freunde der Braut, in: Der Spiegel Nr. 40, 1962, S. 48 f. (auch digital); Beate Krug/Kaj R. Krug, Raketen-Krug. Das rätselhafte Verschwinden

unseres Vaters (2016); dies., Am Ufer des Nils. Unser Vater „Raketen-Krug“ und der Mossad (2018); Waffen-SS-Offizier Otto Skorzeny. Wie Hitlers Liebling zum Mossad-Killer wurde, in: Der Stern v. 29.03.2016; Der Mossad brauchte einen Nazi, in: Die Zeit v. 21.04.2016; Willi Winkler, Die gezielte Tötung des H. K., in: Politik. Süddeutsche Zeitung v. 22.01.2018: „Im Herbst 1962 entführte der israelische Geheimdienst mitten in München einen bekannten Geschäftsmann. Der BND weiß Bescheid“; Ronen Bergman, Der Schattenkrieg. Israel und die geheimen Todeskommandos des Mossad (2018); The Strange Case of a Nazi Who Became an Israeli Hitman, in: Haaretz, 27.03.2016; Buchautor: Mossad soll 3000 Menschen getötet haben. Israelischer Journalist schrieb Buch über Geheimdienst, in: Der Standard, 19.01.2018. Internet (26.01.2020): Thomas Riegler, „Am helllichten Tag kann ja nichts passieren“. Das rätselhafte Verschwinden des H. K.; Affäre um deutschen Raketenexperten in Ägypten, Mossad, Heinz Krug (Wafenhändler) (alle Wikipedia); Susanne Benöhr-Laqueur, Im Fadenkreuz. Rezension des Buches von Beate Soller-Krug und Kaj Krug, Am Ufer des Nils ... (2018); <http://www.hagalil.com/2018/08/causakrug/>; Mossad tötete deutschen Geschäftsmann – Entführt, erschossen, aus dem Flugzeug geworfen, in: Spiegel Online, 19.01.2018; Mitteilungen des UA Breslau (Krzysztof Koreń) v. 15.04., des UA Innsbruck (Peter Goller) v. 25.04., des StadtA München (Christine Maurer) v. 02. und 13.05., des Standesamtes Bad Muskau (Liane Greiner, ohne Tagesdatum) v. Mai, des BArch Berlin (Heinz Fehlauer) v. 30.05. und des Standesamts Breslau (Henryk Kalinowski) v. 21.07.2016. K.O./P.K.

Krusche, Alexius (Alexis, Alex) (Wladislaus), geb. 17.07.1876 in Opalen am Bug (Russisch-Polen) als Abkömmling des aus Sachsen 1825 eingewanderten Tuchmachers Gottlieb Krusche, gest. 01.03.1961 in Günne-Möhnesee/Kr. Soest (Gründungsbursche Markomania-Darmstadt 1899/1900). Nach dem frühen Tod seiner Eltern übernahmen Onkel und Tante Rudolf und Marie Scholz die Erziehung. Nach Besuch der Kantoratsschule in Lodz, der Internatsschule der Brüdergemeinde in Gnadenfrei/Kr. Reichenbach (Niederschlesien) (1886-1896), einem Praktikum und einer abgeschlossenen Schlosserlehre in Pabianice und Alfeld/Leine Studium an der Technischen Hochschule Charlottenburg b. Berlin (SS 1897 und WS 1897/98) und an der TH Darmstadt (SS 1898-SS 1902; Diplomvorprüfung am 23.10.1899, Abschluss als Dipl.-Ing. (Maschinenbau) durch Diplom-

hauptprüfung am 30.05.1902; dann am Polytechnikum Zürich (1902-03), Promotion an der Univ. Zürich zum Dr. phil. (nat.) mit der Dissertation „Die Änderung des Coefficienten der inneren Reibung von Maschinenölen mit der Temperatur“ (gedruckt Zürich 1904) bei Albert Einsteins Lehrern Alfred Kleiner (1849-1916) und Heinrich Friedrich Weber (1843-1912); 1904/05 Prüffeld der AEG (Berlin), 1904 Assistent, 1906 Technischer Direktor der 1874 gegründeten Textilfabrik Krusche & Ender (Weberei und Spinnerei) in Pabianice mit rd. 4.000 Arbeitern unter schwieriger Personalführung wegen polnischer Parteiinteressen und russischem Einfluss; 1909 Gründung der Maschinenfabrik und Eisengießerei W. Krusche & Co (Bau von Webstühlen und Textilmaschinen) mit seinem Vetter Waldemar K. (Markomania Darmstadt 1898), stiller Teilhaber, 1914 auch Kaufmännischer Direktor bei Krusche & Ender. 1915 geriet Pabianice unter deutsche Herrschaft. K. wurde Bürgermeister, Amtssprachen waren Deutsch und Polnisch. Maschinen, Halbfabrikate und fertigestellte Waren wurden nach Deutschland gebracht; 1916 Gründung des deutschen Gymnasiums in Pabianice. Im Juni 1917 trat K. aus Protest gegen die Besatzungsmacht als Bürgermeister zurück, ein deutscher Offizier übte das Amt bis Okt. 1917 aus. Im Nov. 1918 endete die deutsche Besatzung. In der Zwischenkriegszeit waren die deutschen Fabrikanten loyal gegenüber der polnischen Regierung, in eigenen politischen Organisationen tätig und nahmen an den Stadt- und Parlamentswahlen teil. 1920 Austritt bei Krusche & Ender und Übersiedlung auf Gut Karnisewice; 1922 Gründung der polnischen Handwerkerschule Pabianice; seit 1932 Handelsrichter. Die Situation verschlechterte sich in den 1930er Jahren, als es nach 1933 wegen des wachsenden Nationalismus beider Volksgruppen zu Feindseligkeiten zwischen Polen und Deutschen kam. 1939 erneut Bürgermeister von Pabianice; auf Antrag v. 24.01.1942 Mitglied der NSDAP (Nr. 10077141) seit 01.08.1944; Herbst 1944 Verlegung seines Werkes von

Pabianitz (1939-1945 Verwaltungssitz des nach Deutschland eingegliederten Landkreises Lask) nach Freiwaldau/Reg.-Bez. Troppau (Reichsgau Sudetenland); 1945/46 zurücktransportiert, Tätigkeit als Konstrukteur und 04.10.1949 Vertreibung aus Krnov (Jägerndorf); zunächst wohnhaft in Eschweiler, dann in Solingen; berufstätig zuletzt als Konstrukteur in einer Webstuhlfabrik in Günne (Kr. Soest) bis 1955/56. Seine Landsleute bescheinigten K., dass er „zu den aufrechten und ehrlichen Menschen (gehörte), die unbeirrt ihren geraden Weg verfolgen, stets bemüht, Recht Recht bleiben zu lassen“, „Achtung vor den Menschen, gleich welcher Rasse und Nationalität, ... stete Hilfsbereitschaft, sein immer offenes Ohr für die Sorgen seiner Mitmenschen“ zeichneten ihn aus (Mitteilungsblatt des Hilfskomitees).

Lit.: Lastenausgleichsakten im BArch, Bayreuth, ZLA1/17037091; Jahresverzeichnis der Schweizerischen Universitätschriften 1904/1905 (1905), S. 97; Burschenschaftler-Stammrolle 1934 (1934), S. 274; Gerd Cramer, Darmstädter Burschenschaften Rheno-Guestfalia (und) Markomannia. Mitglieder 1894/96 bis 1936 (2015), S. 222; ders., Darmstädter Burschenschaft Rheno-Markomannia. Mitglieder 1894/96 bis 2015 (2015), S. 248; ders., Burschenschaft Rheno-Markomannia. Nachrufe (2015), S. 144 f.; Nachruf in „Weg und Ziel“. Mitteilungsblatt des Hilfskomitees der ev.-luth. Deutschen aus Polen, Beilage Weichsel-Warthe, Hannover Apr. 1961. Internet (17.11.2016): Deutsche in Pabianice, Die lutherische Gemeinde Pabianice – Zeugnis einer wechselvollen Geschichte der Protestanten in Mittelpolen. Mitteilungen des Gemeindearchivs Möhnesee (Peter Wirth) v. 12.03.2014, des BArch, Lastenausgleichsarchiv Bayreuth (Stefanie Jost) v. 20.11., des UA Zürich (Martin Akeret), des BArch Berlin (Heinz Fehlauer), des Archivs der ETH Zürich (Monica Bussmann), alle v. 25.11., des Wojevodschftsarchiv Lodz (Maciej Janik) v. 11.12. 2015 und des UA Darmstadt (Annegret Holtmann-Mares) v. 26.01. 2016 sowie der Pressesprecherin der Staatsanwaltschaft München I, Oberstaatsanwältin Anne Leiding, v. 20.09.2017. G.C./K.O.

Kudlich, Hans, der „Bauernbefreier“, geb. 25.10.1823 in Lobenstein/Österreichisch-Schlesien als Sohn eines wohlhabenden, aber noch robot-(fron)pflchtigen Bauern, Bruder des Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung Hermann K. (1809-1886), gest. 10.11.1917 in Hoboken/New Jersey/USA (EM Markomannia Prag

1848/49, EM Wien: Germania III (gegr. 10.11.1859) Anfang der 1860er Jahre, „braune“ Arminia (um 1870), Freya (wenig später), Cheruskia (um 1875) und Eisen (um 1910); außerdem nach 1902 Mitglied der VaB New York). Nach Besuch des Gymnasiums in Troppau (1834-1842) – dort Mitschüler des späteren Vererbungsforschers Gregor Mendel (1822-1884) und Mitglied der Ferialverbindung Germania – 1842-1848 Studium zunächst der Philosophie, dann der Rechtswissenschaften in Wien; gehörte zum Freundeskreis der Wiener Vormärzburshenschaft (Porträtfoto mit schwarz-rot-goldenem Band) und soll als Student heimlich „burshenschaftliche Messuren“ geschlagen haben (Girtler); durch Vermittlung seines Bruders Mitglied des „Wiener Lesevereins“ und damit Kontakt zu führenden liberalen Intellektuellen; 1845 Erzieher der Söhne des altliberalen Advokaten und Spinnereibesitzers Dr. Elz; Kontakte zu dem Kameralisten Philipp Aloyse Ritter von Holger; erstes juristisches Rigorosum kurz vor Ausbruch der Wiener Märzrevolution 1848; 13.03.1848 bei einer Demonstration vor dem Niederösterreichischen Landhaus in Wien durch einen Bajonettstich verwundet; Mitglied der Wiener Akademischen Legion (erhaltene Abb. mit schwarz-rot-goldenem Band); 24.06.1848 in Bennisch/Kr. Freudenthal zum österreichischen Reichstagsabgeordneten gewählt; brachte dort am 24.07.1848 als jüngstes Mitglied den folgenschweren Antrag auf Aufhebung des bäuerlichen Untertänigkeitsverhältnisses ein, der nach lang andauernden Beratungen in etwas modifizierter Form am 07.09.1848 als „Grundentlastungspatent“ in Kraft trat; 24.09.1843 Huldigung von 30.000 Bauern aus der Donaumonarchie mit einem Fackelzug auf dem Wiener Mehlmarkt als „Bauernbefreier“; im Wiener Oktoberaufstand 1848 bemüht, die Macht des Reichstags zu erhalten; vergeblicher Versuch, die ober- und niederösterreichische Bauernschaft für einen bewaffneten Eingriff zu gewinnen („Landsturm“); im Nov. 1848 von kaiserlichen Truppen verfolgt, folgte im Nov.

1848 dem Reichstag nach Kremsier in Mähren; 04.03.1849 durch Patent Kaiser Franz Josephs I. Erlass des „Bauernbefreiungsgesetzes“; entging nach der Auflösung des Reichstags am 07.03.1849 der Verhaftung durch Flucht nach Preußisch-Schlesien, dann zu seinem Bruder nach Frankfurt a. M.; Teilnahme am Pfälzer Aufstand, Mitglied der Pfälzer Provisorischen Regierung; Flucht über Donaueschingen und Freiburg in die Schweiz; dort Aufnahme in das Haus des liberalen Medizinprofessors Wilhelm Vogt; 1849-1853 Studium der Medizin in Bern und Zürich; März 1853 Dr. med. in Zürich („Eine neue Methode der Rhinoplastik“); verheiratet mit Luise geb. Vogt und damit Schwager von → Carl Vogt (1817-1895); aufgrund seiner aktiven Teilnahme am Wiener Oktoberaufstand und am pfälzischen Aufstand 1851 und 1854 in Abwesenheit zum Tode verurteilt und über Le Havre Auswanderung in die USA (die Schiffsreise verdiente er als Schiffsarzt); Niederlassung als Arzt in Hoboken/New Jersey; Verfechter des Deutschtums in Hoboken und New Jersey, Mithilfe bei der Gründung zahlreicher deutscher Vereine und Schulen, Mitglied der republikanischen Partei, Anhänger der Anti-Sklavereibewegung, für die Wahl Abraham Lincolns zum Präsidenten der USA; 10.03.1854 wegen aktiver Teilnahme am Wiener Oktoberaufstand und am Pfälzer Aufstand in contumaciam zum Tode verurteilt. „Das Urteil durfte nicht veröffentlicht werden, offenkundig weil man seine Unpopularität nicht auf sich nehmen und Kudlich in Sicherheit wiegen wollte“ (Doblinger S. 140, Anm. 3). Nach seiner Begnadigung und Aufhebung des Todesurteils durch Kaiser Franz Joseph 1867 mit seinen neun Kindern mehrfach Besuche seiner alten Heimat; dort zahlreiche Ehrungen, u. a. in Wien Festbankett des Deutschen Vereins; auf kaiserliche Anordnung Rücknahme der Ehrenbürgerschaft von Wien (Mai 1872); 1888 erneuter Besuch in Österreich; Sprecher auf zahlreichen Kundgebungen zum 40jährigen Jubiläum der Bauernbefreiung, u. a. in Saaz, Teplitz, Tetschen, Losdorf, Gablonz, Tolzau,

Zauchtl, Troppau, Olmütz, Brünn und Sternberg. H. K. starb im Alter von 94 Jahren als letzter noch lebender der 383 Abgeordneten des ersten österreichischen Reichstags. 1925 feierliche Beisetzung in der eigens eingerichteten „H.-K.-Warte“ in seinem Geburtsort Lobenstein; ab 1943 in Wien Arbeitsgemeinschaft der Burschenschaften Arminia Czernowitz und Silesia Wien im Rahmen der „Altherrenschaft H. K.“; Gedenktafel (mit Porträtrelief) im ehemaligen Niederösterreichischen Landhaus in Wien; Lithographie von Eduard Kaiser 1848, Denkmal in Poysdorf; K.-Gasse in Wien bereits 1872; zu Ehren des „Bauernbefreiers“ zahlreiche weitere Denkmäler, Gedenktafeln, Straßen und Plätze in Deutschland, Österreich und seiner mährisch-schlesischen Heimat; H.-K.-Preis des Ökosozialen Forums Österreich; H.-K. Stipendium der Johannes-Kepler-Universität Linz; zum 175. Geburtstag des „Bauernbefreiers“ 1998 Sondermarke der österreichischen Post; 2017 Sonderausstellung des Landes Oberösterreich anlässlich seines 100. Todestages. Theodor Heuss setzte ihm in seinem Buch „Schattenbeschöpfung. Randfiguren der Geschichte“ (1947, 1999, S. 185-196) ein literarisches Denkmal. Veröffentlichungen: „Rückblicke und Erinnerungen“ (3 Bde., 1873 (auch digital), Neuausgabe u. d. T. „Rückblicke und Erinnerungen des 1848er Bauernbefreiers“ 2017), „Das Jahr 1848“ (1913), „Verlaßt das alldeutsche Narrenschiff.“ H. K.s politisches Testament. Aus unveröffentlichten Briefen des Bauernbefreiers“ (hrsg. von Helmut von Krommer und Paul Reimann (1944, auch digital), Briefe aus dem Nachlass des „Bauernbefreiers“ H. K. (1823-1917) (hrsg. von Helmut Feigl (2 Tle, 2002), „Rückblicke und Erinnerungen des 1848er Bauernbefreiers“ (3 Bde. in 1 Bd., 2017).

Lit.: Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, Informationsbüro Akt. 3449/BM; BAK, DB 9: M Burschenschaftlerlisten; Nachlass im Internationalen Institut für Sozialgeschichte Amsterdam. Reichstags-Galerie. Geschriebene Portraits der hervorragendsten Deputirten des ersten österreichischen Reichstags (1849), 3./4. H., S. 70; Die Bilderwelt. Galerie denkwürdiger Persönlichkeiten der Gegenwart 2 (1853), S. 28; Wurzbach 13 (1865), S. 301-303;

Hans Walter, H. K., der Bauernbefreier des Jahres 1848 (3. Aufl. 1907); Berliner Tagblatt v. 03.12.1917 (Nachruf von Hermann Kienzl); Neue Freie Presse v. 17.12.1917 (Nachruf von J. Kromer); Otto Wenzelides, H. K. Ein Leben für Freiheit und Recht (1925); Max Doblinger, Der burschenschaftliche Gedanke auf Österreichs Hochschulen vor 1859, in: QuD 8 (1925), S. 94, 114, 140, 149; DbJ 2 1917-1920 (1928), Tl S. 663; Walter Pollak, H. K. und die Revolution von 1848 (1940); ders., H. K. und seine Zeit (1959); Richard Charmatz, Lebensbilder aus der Geschichte Österreichs (1947), S. 30 ff.; Franz Stamprech, H. K. Roman um Österreichs Bauernbefreier (1947); Eduard Hartmann, H. K. (1948); Theodor Heuss, H. K., in: American-German-Review 19, Heft 4 (Apr. 1953), S. 7-9 und 33; Walter Seifert, Der Bauernbefreier H. K. (1954); Eitel Wolf Dobert (Hrsg.), Deutsche Demokraten in Amerika (1958), S. 142-146; DuQ 3 (1959), S. 259 und 291; Friedrich Prinz, H. K. (1823-1917). Versuch einer historisch-politischen Biographie (1962 (P), mit Bibliographie und Abdruck des biogr. Angaben enthaltenden Urteils gegen K. vom 10. März 1854, auch digital); ders., H. K., in: Lebensbilder zur Geschichte der böhmischen Länder 1 (1974), S. 139-162 (mit Bibliographie); ders., H. K.s Bedeutung für die österreichische Geschichte und sein historischer Verdienst, in: Das Jahr 1848 in Oberösterreich (Ausstellungskatalog, 1978), S. 103-107; Kosch BStHB 2 (1963), S. 716; Eberhard Wolgramm, Männer der Revolution 1848 (1970), S. 389-425; Rössler/Franz 2 (1974), Sp. 1563; Biographisches Lexikon zur Geschichte Südosteuropas 2 (1976), S. 510-521; Das Jahr 1848 in Oberösterreich und H. K. (Sonderausstellung des Oberösterr. Landesmuseums, 2 Bde., 1978); NDB 13 (1982), S. 166-168 (Friedrich Prinz); Lois Schiferl, H. K.: der Bauernbefreier (Festspiel, 1983); H. K.: der große Deutsche aus dem Sudetenland (zus. gest. von Josef Rudolf Gottwald 1984); Kleindl/Veigl (1987), S. 267; Heiduk Tl. 2 (1998), S. 79; Bernhard Reinhold Pilz, K. K. in Selbstzeugnissen, in: Otto Scrinzi/Jürgen Schwab (Hrsg.), 1848. Erbe und Auftrag (Graz 1998), S. 287-304; Taddey (1998), S. 713; DBE 6 (2006), S. 113; Robert F. Hausmann, H. K. (1823-1917) und die Folgen der Revolution von 1848, in: Zeitschrift des Historischen Vereins für Steiermark 100 (2009), S. 29-26; Fober Pavel Kladiwa/Andrea Pokludová, H. K. (1823-1917), Cesta života a mýtu (2015); Michaela Maier (Hrsg.), 1848 – die vergessene Revolution (2018), S. 66 f. Internet (17.10.2020); H. K. (Wikipedia) ÖBL, AEIOU Österreich-Lexikon, Historisches Lexikon der Schweiz Online (Markus Bürgi); Akademische Burschenschaft Aldania Wien, Lexikon bedeutender Burschenschafter und anderer Korporierter, Chronik bis 1848; Bauernbefreier H. K. und seine Denkmäler, Gedenkstätten (P); Kulturelles Erbe – Sudetendeutsche Stiftung; Paul Kladiwa, H. K. (1823-1917). Schlesier, Deutscher und Amerikaner; Roland Girtler, Freiheit und Menschenwürde (2015); Wien Geschichte Wiki (P); Czeike, Historisches Lexikon

Wien; Ausstellung H. K. – Der Sudetendeutsche Heimatkreis Komotau; Ausstellung zu H. K. in Prag (P); H. K. – Museum Niederösterreich; Kulturelles Erbe – Sudetendeutsche Stiftung; Kulturportal West-Ost (P); H. K. – Ohio University. Mitteilungen von Harald Lönnecker (Koblenz) v. 28.03.2018 und von Jörg Mayer (Wien) v. 01.07.2020. P.K.

Küchler, Friedrich (August), geb. 22.02.1799 in Darmstadt als Sohn eines Beamten und Abgeordneten, gest. 30.05.1866 in Gießen (Ehrenspiegelburschenschaft-Gießen 1816, Allgemeine Burschenschaft Germania-Gießen 1819, Alte Heidelberger Burschenschaft). Studium der Rechtswissenschaften in Gießen und Heidelberg; Se-



cretariatsakzessist am Hofgericht in Darmstadt; 1822 Assessor am Landgericht Zwingenberg; 1828 Landrichter in Offenbach a. M.; 1832 Kreisrat in Friedberg; 1848 Dirigent der Regierungskommission des Bezirks Gießen, Regierungsrat; 1852 Kreisrat in Gießen, 1853 Geh. Regierungsrat; 1856-1862 Abgeordneter der Zweiten Kammer des Landtags des Großherzogtums Hessen (Wahlbezirk Stadt Friedberg); 1860 Direktor der Provinzialdirektion der Prov. Oberhessen in Gießen; 1861 Geheimer Rat, Staatsrat; Veröffentlichungen (u. a.): „Betrachtungen über das Hypothe-

ken-Wesen nebst Entwurf einer Instruktion für die Bürgermeister und Gemeinderäthe in den Provinzen Starkenburg und Oberhessen“ (1827), „Handbuch der Lokal-Staatsverwaltung im Großherzogthum Hessen, mit Anleitung zur Geschäftsführung der Lokalbehörden ...“ (1854), „Die gegenwärtige Gemeindeordnung im Grossherzogthum Hessen“ (1859).

Lit.: Beiträge zur Geschichte der Gießener Urburschenschaft (1931), S. 78-84; BL 2 (1942), C. Christlich-teutsche Burschenschaft sogen. Ehrenspiegelburschenschaft, S. 49, Nr. 34, Allgemeine Burschenschaft „Germania“, S. 55, Nr. 104; Stammbuch 1931, S. 83; Kössler (1976), S. 105; Ruppel/Groß (1980), S. 164 f.; Lengemann (1996), S. 230; Rack/Vielsmeier (2008), Nr. 488; Internet (26.12.2018) F. A. K. (Wikipedia), Hessische Biografie LAGIS Hessen. Mitteilung von Gernot Schäfer (Bad Nauheim) v. 27.04.2020. P.K.

Kühn, Ernst (Emil Julius), geb. 01.03.1827 in Altenburg i. Thür. als Sohn eines Steuerrates, gest. 03.06.1894 in Gößnitz b. Altenburg (Verbindung auf dem Burgkeller-Jena 1847). Studium der Rechtswissenschaften ab 1847 in Jena; seit 1860 Advokat in Gößnitz; 04.09.1876 zum ersten Bürgermeister von Gößnitz, am 10.08. auf Lebenszeit gewählt; Verdienste um die Förderung der Industrie; Förderung der örtlichen Schützen, Turner und Feuerwehr; Herzoglich Sachsen-Ernestinischer Hausorden 2. Kl.

Lit.: Arthur Ernst Glasewald, Chronik der Stadt Gößnitz (1910), S. 210 f. (P); Altenburger Geschichts- und Hauskalender für den Kreis Altenburger Land 5 (1996), S. 132; Lönnecker (2015), S. 295, Nr. 1080. Internet (18.11.2016); Historisches-Stadt Gößnitz, Gößnitz/Thüringen (Wikipedia). Mitteilungen des Standesamtes Gößnitz (Frau Kahnt) v. 29.07.2015 und von Chr. Fiedler (Heimatstube Gößnitz) v. 11.06.2020. H.L./K.O.

Kupfer, Armin (Gustav Adolf), geb. 11.12.1910 in Berlin als Sohn eines Stadtbaumeisters, gest. vor 25.05.1945 in Berlin (Rugia-Berlin 1931, ausgeschieden 1934). Ab SS 1931 Studium der Zahnmedizin in Berlin-Zehlendorf, 1932 Mitglied der NSDAP und der SA; SS 1934 beurlaubt, um 1934 in der Referatsgruppe Inland des Auswärtigen Amtes, später Ober-Sturm-bannführer; an der Ostfront schwer ver-

wundet; beging vermutlich nach Kriegsende Selbstmord (Leiche gefunden am 25.05.1945 in Berlin).

Lit.: Meldungen der Rugia an die Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin v. Winterhalbjahr 1931 ff.; Burschenschaftler-Stammrolle 1934 (1934), S. 1010; Michael Mayer, Akteure, Verbrechen und Kontinuitäten, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 2011, H. 4, S. 515 (auch im Internet). Internet (12.11.2019): GEDBAS Nachnamen Kupfer. Mitteilung von Jens Carsten Claus (Dubai) v. 28.11.2018. P.K.

Lahief, Joseph, geb. 03.06.1804 in Donaueschingen als Sohn eines Chirurgen, gest. 16.08.1853 an Typhus (Academisch-Gesetzlicher Verein („Neutralia“) Freiburg i. Br. 1824); stud. phil., dann stud. iur., schließlich stud. med.; imm. Freiburg 1. 1823/24, 2. 1835/36; 1836 „zur Ausübung der Chirurgie und der Geburtshülfe“ lizenziert; Gemeinderat in Donaueschingen; wegen Beteiligung am Aprilaufstand 1848 in gerichtlicher Untersuchung und längere Zeit in Haft; 1849 in die badische Revolution verwickelt; nach deren Niederschlagung Flucht nach Schaffhausen; 02.08.1849 in Hüfingen/Baar inhaftiert, als Gemeinderat entlassen; Untersuchung mit Urteil des Hofgerichts Konstanz vom 22.03.1850 ausgesetzt; noch im Apr. 1851 unter allgemeiner polizeilicher Aufsicht.

Lit.: Großherzogl. Badisches Staats- und Regierungsblatt, 34. Jg. (1838), S. 313 f.; Raab (1998), S. 514. Internet (10.06.2020): Gundermann (o. J.), Matrikel der Universität Freiburg (1991), S. 197. P.K./K.G.

Lammers, August, geb. 23.08.1831 in Lüneburg als Sohn eines Kaufmanns, Bruder der Frauenrechtlerin Mathilde L. (1837-1905), gest. 28.12.1892 in Bremen (Brunsviga-Göttingen 1850). 1848 vergeblicher Versuch einer Reise nach Hamburg, um für Schleswig-Holstein gegen Dänemark zu kämpfen; nach Besuch des Johanneums Lüneburg 1850-Sommer 1852 Studium der Philologie und Geschichte in Göttingen; schrieb, durch die Märzrevolution für die liberale und nationale Bewegung begeistert, bereits während seines Studiums für die „Weser-Zeitung“ in Bremen politische Beiträge, mit denen er nach Ende der Revolution von 1848 („Reaktionsära“) die

liberalen Politiker → Johann Carl Bertram Stüve und Rudolf von Bennigsen gegen das Kabinett Borries unterstützte; ohne Studienabschluss Juli 1852-Febr. 1853 Redakteur der „Weser-Zeitung“; März-Apr. 1853 deren Korrespondent in Paris; bis Ende 1853 in Lüneburg; 1854-1857 Redakteur der „Hildesheimer Allgemeinen Zeitung“; in den folgenden Jahren Redakteur für verschiedene norddeutsche Zeitungen (1857-Mich. 1859 „Zeitung für Norddeutschland“, ab Mich. 1859-Anfang 1861 wieder „Weser-Zeitung“); 1861 in Frankfurt a. M. Gründung der politischen Zeitung „Die Zeit“ (1862 mit der „Süddeutschen Zeitung“ fusioniert); Mich. 1864-Ostern 1866 Redakteur der „Elberfelder Zeitung“, 1866 des „Bremer Handelsblattes“; 1878 Gründer der Wochenzeitschrift „Nordwest. Monatsschrift für Gemeinnützigkeit und Unterhaltung“ (bis zu seinem Tod Leitung mit seiner Schwester Mathilde L.); außerdem Geschäftsführer des „Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke“ (Temperenzler) und für dessen Zeitschrift „Mäßigkeitsblätter“ verantwortlich; daneben auch politisch engagiert und u. a. an der Vorbereitung des ersten volkswirtschaftlichen Kongresses 1858 in Gotha beteiligt, an dem zahlreiche führende liberale Politiker teilnahmen, u. a. → Wilhelm Adolf Lette, → Karl Mathy und → Friedrich Carl Biedermann; daneben mit Rudolf von Bennigsen und → Hermann Schulze-Delitzsch Begründer des „Deutschen Nationalvereins“; 1877-1879 für die Nationalliberale Partei Abgeordneter des Preußischen Abgeordnetenhauses (Wahlkreis Elberfeld-Barmen/Rheinprovinz, Düsseldorf 2); dort u. a. 1878 Berichterstatter der Kommission über einen Gesetzentwurf zur Unterbringung verwaarloster Kinder; 1872 mit Schulze-Delitzsch und anderen liberalen Politikern Gründer der „Deutschen Gesellschaft zur Verbreitung der Volksbildung“, 1878-1880 des „Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit“, 1882 des „Deutschen Sparkassentages“, 1883 des „Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke“ (Geschäftsführer); außerdem Mit-

gründer bzw. Förderer u. a. des „Deutschen Vereins zur Rettung Schiffbrüchiger“, des „Deutschen Vereins für Gesundheitspflege“, des „Vereins für die Massenverbreitung guter Schriften“, des „Allgemeinen Deutschen Frauenvereins“ und des „Deutschen Vereins für Knabenhandarbeit“. Mit seiner Schrift „Der Moorrauch und seine Culturmission“ (1876) Gründer und Schriftführer eines „Vereins gegen das Moorbrennen“, der sein Ziel in der Ausrottung des Moorbrennens und der Kultivierung der Moorgegenden sah. Auch in der ev. Kirche aktiv, redigierte er zeitweise die „Zeitschrift des deutschen Protestantenvereins“. Veröffentlichungen u. a.: „Die geschichtliche Entwicklung des Freihandels“ (1869, auch digital), „Die deutsche Auswanderung unter Bundesschutz“ (1869), „Deutschland nach dem Kriege: Ideen zu einem Programm nationaler Politik“ (1871), „Die Schutzzölle. (Als Manuskript gedruckt)“ (1876), „Die Verjüngung der Kirche“ (1876), „Der Socialismus“ (1878), „Bekämpfung der Trunksucht“ (1881), „Ziele und Bahnen der deutschen Armenpflege“ (1882), „Die Erziehung zur Arbeit“ (1891).

Lit.: Hirth's Parlaments-Almanach, Ausg. 1, 2 Febr., 1867, S. 46; Hinrichsen (1891), S. 771; Eckart (1891), S. 109 f.; ADB 51 (1906), S. 536-542 (Victor Böhmert), Arwed Emminghaus, A. L. Lebensbild eines deutschen Publizisten und Pioniers der Gemeinnützigkeit aus der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts (1908); Bremische Biographie (1912), S. 277 f. (A. Lonke); Kalkoff (1917), S. 212; Kosch BStHB 2 (1963), S. 729; Bernhard Mann (Bearb.), Biographisches Handbuch für das Preußische Abgeordnetenhaus. 1867-1918 (1988), S. 237; DBE 6 (1997), S. 206 f.; Eckhard Hansen/Florian Tennstedt u. a. (Hrsg.), Biographisches Lexikon zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1871 bis 1945, Bd. 1: Sozialpolitiker im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1918 (2010), S. 91 f., Wolfgang Neugebauer/Bernhard Grün, Göttinger Silhouetten (2019), S. 35 f. Internet (05.01.2020): A. L. (Wikipedia), Datenbank der deutschen Parlamentsabgeordneten. P.K.

Langfeld, August (Friedrich Georg), geb. 30.04.1819 in Parchim/Meckl. als Sohn eines Obergerichtsrats, gest. 27.09.1871 in Rostock (Burgkeller-Jena 1839, dann Fürstenkeller-Jena, später Arminia, Kneipna-

me „Schlurker“). 1839-1841 Studium der Rechtswissenschaften in Jena, 1841-1844 in Rostock; 09.05.1844 Advokatenexamen vor der Regierung in Schwerin/Meckl., 1845-1850 Advokat und Notar in Schwerin, 1851 interimistischer Bürgermeister sowie Stadtrichter und Notar in Rehna/Meckl.; 1852 Advokat, Notar und Land syndikus beim Engeren Ausschuss der Ritter- und Landschaft in Rostock; 15.-17.08. 1858 Teilnahme an der 300-Jahr-Feier der Universität Jena.

Lit.: Rostocker Matrikelportal; Lönnecker (2015), S. 299, Nr. 1110. H.D.

Lauffs, (Maria Hubert Johann) Peter, geb. 22.01.1900 in Aachen als Sohn eines Konditors, gest. (gefallen) im März 1943 im Kriegsgefangenenlager Dubowka (Wolga) (Vandalia-Aachen 1919/20, Arminia Gießen 1924). Schulbesuch in Aachen bis zur Einberufung zum Heeresdienst Juni 1918; nach der Entlassung Abitur am Kaiser-Karls-Gymnasium in Aachen am 23.07. 1919 in einem Sonderlehrgang für Kriegsteilnehmer; Studium der Rechts- und Staatswissenschaften von SS 1920 bis SS 1921 an der TH Aachen; WS 1921/22 in Köln, SS 1922 bis WS 1923/24 in Frankfurt a. M. und ab SS 1924 in Gießen, während des Studiums zeitweise Werkstudent; 1927 Dr. phil. Gießen („Die Aachener Verkehrsverhältnisse seit Ende der reichsstädtischen Zeit 1794“, auch digital); nach dem Studienabschluss zunächst vier Monate Tätigkeit beim Verband der Automobilbesitzer Deutschlands e. V., dann Wechsel in die kommunale Verwaltungslaufbahn bei der Gemeindeverwaltung Kohlscheid b. Aachen; später Bürgermeister von Gillenfeld bei Daun (Eifel), zuletzt Amtsbürgermeister in Weißenthurm b. Koblenz; seit 01.05.1933 Mitglied der NSDAP (Nr. 2213466); im Zweiten Weltkrieg im Fronteinsatz, zuletzt als Hauptmann; im Kriegsgefangenenlager Dubowka/Wolga an den Folgen der Ruhr verstorben.

Lit.: Mitgliederlisten der Arminia (Akte PrA Nr. 855 im UA Gießen); Jahrbücher des ADB 1924 und 1927; Diss.-Katalog UA Gießen (online); Schäfer (2017), S. 48; Mitteilung des StadtA Aachen v. 15.03.2017; Mitteilung des LandeshauptA Koblenz v. 14.02.2019; Mitteilung des Standesamts Weißenthurm

mit Sterbeurkunde Nr. 222/1952 vom 22.02. und des BArch Berlin (Heinz Fehlauer) v. 10.05. 2019. G.Sch./P.K.

Laurentius, Moritz (Karl Wilhelm), geb. 25.05.1821 in Altenburg i. Thür. als Sohn eines Hofbuchbindermeisters, gest. 11.11. 1891 ebd. (Burschenschaft auf dem Burgkeller-Jena 1840). Besuch des Friedrichs-Gymnasiums in Altenburg; Abschluss mit dem Zeugnis des Herzogl.-Sächsischen Konsistoriums, „dass er in Benutzung seiner guten Talente auf dem betretenen Wege des Eifers für wissenschaftliche Ausbildung und eines tadellosen bescheidenen Wohlverhaltens unermüdlich fortschreiten werde“ (zit. nach Laurentius). Ab 1840 – mit einsemestriger Unterbrechung in Leipzig – unter größten Einschränkungen (Krankheiten und Geldsorgen) und wahrscheinlich mit einem Stipendium aus der Schlöwitzschen Familienstiftung in Crimmitschau Studium der Rechtswissenschaften in Jena; bei der Immatrikulation (12.05. 1840) offenbar folgenlose Nichtunterzeichnung eines Reverses, in dem er „auf Ehre und Gewissen“ versprechen musste, an keiner burschenschaftlichen Verbindung teilzunehmen, „weder zu dem Zwecke gemeinschaftlicher Beratschlagungen über die in dem deutschen Bunde und den einzelnen Bundesstaaten bestehenden Gesetze und Einrichtungen, noch zu jenem der wirklichen Auflehnung gegen obrigkeitliche Maßregeln mit anderen sich vereinigen werde“ (zit. ebd.). Nach Studienabschluss zunächst Auditor in Roda; nach einjähriger Tätigkeit bei den Patrimonial-Gerichten zu Dobitschen, Schwanditz, Zschöpperitz und Romschütz in Sachsen-Altenburg am 01.05.1846 als Stadtschreiber in Schmölln angestellt; in den Landtag (Landschaft) des Herzogtums Sachsen-Altenburg gewählt; 02.09.1846 Mitbegründer des Männerturnvereins („Turnvater Schmöllns“); 1848 Hauptmann der Bürgergarde; trat „furchtlos und entschieden“ den Revolutionären entgegen und votierte nicht für die Republik; 13.04.1849 Übertragung der Funktion und des Prädikats eines Staatsanwalts in der Hoffnung, „dass es Ihnen bei Ihrer bewährten Rechtskenntnis,

Festigkeit und Entschlossenheit des Charakters ... gelingen werde, dieses ebenso wichtige, als schwierige Staatsamt zur Zufriedenheit zu verwalten“ (zit. nach Laurentius); Führer der Anklage gegen die Revolutionäre Adolph Douai (1819-1888) und Genossen; 01.11.1861-31.12.1879 Oberbürgermeister und Polizeidirektor von Altenburg; 01.05.1864 als Mitglied in das Herzogliche Ministerium berufen; 01.01.1880 Berufung zum Vortragenden Rat und Ständigen Stellv. Chef des Herzoglichen Ministeriums, Abt. des Innern; 1882 Geh. Oberregierungsrat; 30.12.1879 Ehrenbürger von Altenburg; wegen seiner großen Verdienste um die Fürsorge für die Verwundeten 1870/71 mit dem preuß. Kgl.-Kronen-Orden und dem Genfer Kreuz ausgezeichnet; auch im Russisch-Türkischen Krieg 1877 für das Rote Kreuz tätig und dafür mit einem hohen russischen Orden ausgezeichnet. „Alles, was unserer Stadt zur Wohlfahrt gereichte, wurde von ihm in wahrhaft mustergültiger Weise gefördert, überall wußte er mit sicherer Hand zu schaffen und zu verbessern“ (Altenburger Zeitung v. 13.11.1891).

Lit.: StadtA Altenburg, Bestand VIII. b. 1. Oberbürgermeister; Dr. med. Laurentius [Enkel], Ein Altenburger Oberbürgermeister, in: Altenburger Heimatblätter 2 (1932), 2. Mai, S. 12-15; MV Arminia a. d. B. (1935), S. 71; Lönnecker (2015), S. 300, Nr. 1115. Mitteilung des StadtA Altenburg (Susan Pleintinger) v. 23.07.2015. H.L./K.O.

Leizmann, Friedrich (Nikolaus), geb. 16.03.1807 in Schwerborn (Sachsen-Weimar, 1994 nach Erfurt eingemeindet), gest. 02.06.1875 in Bern (Jenaische Burschenschaft 1827). Studium der Philologie 1827-1831 in Jena, Dr. phil.; lebte mehrere Jahre als Beamter und Hauslehrer in Russland; vor Apr. 1842 Lehrer am Gymnasium in Lemgo, dort 1843 Bürger; wegen längerer Krankheit im Sommer 1847 auf eigenen Wunsch aus dem Schuldienst ausgeschieden; ab Sept. 1848 einer der Redakteure der revolutionären lippischen Zeitschrift „Die Wage. Zeitschrift zur Besprechung der Angelegenheiten des Volkes“, die 1848-1852 in Lemgo erschien; 1848/49 maßgebliche Beteiligung an der Revolu-

tion in Lippe; 1849-1852 für Lemgo Abgeordneter des Landtags von Lippe(-Detmold), wo er vorbildliche Volksschulgesetze erarbeitete; 1849 mit zwei weiteren Redakteuren der „Wage“ wegen eines Fürst Leopold II. zur Lippe(-Detmold) angeblich beleidigenden Artikels angeklagt; Mai 1849 Teilnehmer am Märzvereinskongress in Frankfurt a. M.; ab 05.03.1857 Lehrer an der Kantonsschule in Bern, wo er Deutsch und vor allem Geschichte unterrichtete, zugleich Vorsteher des Realgymnasiums und Inspektor der deutschen Sekundarschulen des Kantons Bern. Veröffentlichungen: „Meine Wanderung in die Wesergegend. Eine Weihnachtsgabe an seine Freunde“ (1835), „Über Art und Kunst der deutschen Literatur. Eine Vorlesung“ (1845), „Über Gestaltungsprozesse an der Erde“ (1845), „Antipathien zwischen teutschen und slavischen Volksstämmen mit besonderer Beziehung auf Russland“ (1845), „Kurze Belehrung über die alten und neuen Jesuiten“ (1845), „Die Realschule und der Zeitgeist. Ein Votum“ (1846), „Jesuitismus, der gefährlichste Gegner geistiger Freiheit, ein Wort [a]n unsere Zeit. Spaziergänge auf dem Gebiete des religiösen Obskurantismus. Erster Abend“ (1853), „Menschen und Dinge in Russland. Anschauungen und Studien“ (1856, Nachdruck: British Library, Historical Print Editions, 2011), „Die kulturgeschichtliche Stellung und Aufgabe des Realgymnasiums“ (in: Programm der Berner Kantonsschule (1859), S. 1-23), „Bemerkungen über die kulturgeschichtliche Stellung und Aufgabe des Realgymnasiums als selbstständiger Schulart“ (1859).

Lit.: StadtA Lemgo: Kirchenbuch St. Marien mit Geburtseintrag des Sohnes, und Schulakten (A 3252); StA Detmold L 86 Nr. 1741; StA des Kantons Bern: Nichtbürgerliches Totenrotel Nr. IX der Münster-Gemeinde der Kirchgemeinde Bern 1872-1875 (StAB K Bern 50) und Nachruf im Programm der Kantonsschule in Bern 1876 (StAB BB IIIb 1502), S. 23; „Welch tolle Zeiten erleben wir!“ Die Briefe des lippischen Kanzlers Friedrich Ernst Ballhorn-Rosen an seinen Sohn Georg in Konstantinopel 1847-1851. Bearb. v. Agnes Stache-Weiske (1999), S. 159 mit Anm. 553; Lönnecker (2015), S. 301, Nr. 1125. Internet (27.11.2014): F. L. (Wikipedia). Mitteilungen des StA Detmold (Ralf Schumacher) v. 28.11., des StadtA Lemgo (Marcel Oeben)

v. 01.12. und des StA Bern (Stefan Boller) v. 02. und 05.12.2014. K.O.

Lerchenfeld, Gustav Frhr. von, geb. 30.05.1806 in Ulm als ältester Sohn des späteren bayerischen Finanzministers Maximilian Emanuel v. L., gest. 10.10.1866 in Berchtesgaden (Vorverbindung Germania-Würzburg 1822). Nach Besuch des Münchner



Wilhelms-Gymnasiums ab 1822 Studium der Rechtswissenschaften in Würzburg, Heidelberg und München. „Schon auf der Universität hielt er sich fern von wüstem studentischen Treiben und neigte sich mehr den ernsteren Bestrebungen der Burschenschaft zu, obwohl er sich ihr niemals wirklich anschloß“ (ADB). Nach Studienabschluss 1828 in der Rheinpfalz, um das französische Verfahrensrecht näher kennen zu lernen; 1830-1841 Richter in Landau und Frankenthal; 1841 Appellationsgerichtsrat in Bamberg; Dank des von seinem Vater geerbten Gutes 31.12.1843 Ausscheiden aus dem Staatsdienst und neben der Gutsverwaltung historische und staatswissenschaftliche Studien; seit 1845 als Vertreter der adeligen Grundbesitzer mit Gerichtsbarkeit Mitglied der Abgeordnetenversammlung; führender Finanzpolitiker und 1845-1866 Budgetreferent; Führer der Opposition gegen das Ministerium von Karl von Abel; nach den Märzunruhen 1848

Finanzminister, später auch Innenminister; Rücktritt 19.12.1848, da er nicht mehr das Vertrauen des Königs besaß. 1849 von der Bayerischen Kammer der Abgeordneten gewählt; Rücktritt, da vom König nur zum II. Präsidenten ernannt; Führer der liberalen Mehrheit in der Kammer und Anhänger der großdeutschen Lösung der deutschen Einigung. L. starb nach einem Unfall in der Kolowratshöhle am Untersberg. Lerchenfeld-Straße in München. Werke u. a.: „Die altbayerischen landständischen Freibriefe mit den Landesfreiheitserklärungen; nach den offiziellen Druckausgaben mit geschichtlicher Einleitung und kurzem Wörterverzeichnis“ (1853), „Geschichte Bayerns unter König Maximilian Joseph I.; mit besonderer Beziehung auf die Entstehung der Verfassungs-Urkunde“ (1854) (Nachdruck 2018).

Lit.: Gustav Frhr. von Lerchenfeld, in: Beilage zur Allgemeinen Zeitung Nr. 308 v. 4. Nov. 1866; ADB 18 (1883), S. 421 f. (Max Frhr. v. Lerchenfeld); Kosch KD 2 (1937), S. 2573 und 3759; Kosch BStHB 2 (1963), S. 757; Rössler/Franz 2 (1974), Sp. 1631 f.; Bosl (1983), S. 475; DBE 6 (1997), S. 338; Raberg (2010), S. 234; Reinhard Hintz, Die Burschenschaft Germania zu Würzburg, Bd. 1: Verzeichnis aller Mitglieder, die jemals ein Germanenband getragen haben (2011), S. 242. Internet (09.03.2020): G. Frhr. von Lerchenfeld, Kammer der Abgeordneten (Bayern), Burschenschaft Germania zu Würzburg. Bekannte Mitglieder (alle Wikipedia), Bosls Bayerische Biographie barikon. P.K.

Lesser, Wilhelm von, geb. 09.05.1812 in Kopenhagen als Sohn eines Rittmeisters und späteren Obersts im dän. Generalstab, gest. 11.02.1889 in Kiel (Alte Kieler Burschenschaft (engerer Verein) 1831, „Engerer Verein“ innerhalb der Heidelberger Burschenschaft). Nach Schulbesuch in Rendsburg ab 25.04.1831 Studium der Rechtswissenschaften in Kiel, ab Okt. 1832 in Heidelberg; in Heidelberg Kontakte mit Teilnehmern des Sturms auf die Frankfurter Hauptwache am 03.04.1833; nach Rückkehr an die Universität Kiel Verhör wegen seiner burschenschaftlichen Aktivitäten in Heidelberg; im „Schwarzen Buch“ der Frankfurter Bundeszentralbehörde (1833-1838) unter Nr. 1024 als Mitglied der Heidelberger und Kieler Bur-

schenschaft nachgewiesen; 1838 Studienabschluss in Kiel; 1838 Volontär im Deutschen Sekretariat der Rentekammer in Kopenhagen; 02.03.1841 Ernennung zum Generalbevollmächtigten im Expeditionskontor für Schleswiger Angelegenheiten, 11.01.1843 zusätzlich zum Sekretär der Kgl. Eisenbahnkommission; seit 1843 in 1. Ehe verheiratet mit Maria Louise Lehmann, Schwester von Orla Lehmann, Vertreter der Bewegung eines Dänemarks bis zur Eider und seit 1848 dän. Minister; 1844 Kammerrat und Chef des Expeditions-Comptoirs für Schleswiger Angelegenheiten; 24.03.1848 Niederlegung seines Amtes in Kopenhagen und bei der Provisorischen Regierung in Kiel unter → Wilhelm Beseler Chef des Büros für Finanzen; verlor nach der Niederlage im Schleswig-Holsteinischen Krieg und der Eroberung Schlesiens durch die Dänen seine Stellung und musste das Land verlassen; ab Mitte 1852 Bürochef, ab 1860 Direktor der Thüringischen Eisenbahn-Gesellschaft in Erfurt; nach dem Sieg Preußens im Deutsch-Dänischen Krieg Rückkehr nach Schleswig; 14.09.1864 Vorsitzender der Holsteinischen Regierung, zuständig für Finanzen; eingesetzt durch den österr. Statthalter Generalmajor Ludwig Karl Wilhelm von Gablenz kgl.-dän. Kommissar für die Holsteinische Ständeversammlung; 11.06.1866 auf Befehl Generalleutnants Edwin von Manteuffel durch preußische Offiziere Entsetzung auf der Holsteinischen Ständeversammlung in Itzehoe; 14.03.1870-22.05.1882 Bürgermeister von Wandsbek b. Hamburg; Veröffentlichungen u. a.: „Topographie des Herzogthums Schleswig“ (1853); 1866 für seinen Einsatz für Holstein und die österr. Interessen Komturkreuz des österr. Franz-Joseph-Ordens; 1887 Ehrenbürger von Wandsbek; seit 1890 Lesser-Straße in Wandsbek; vom Magistrat in Auftrag gegebenes Ölbild im Museum für Hamburgische Geschichte.

Lit.: BAK, DB 9, M. Burschenschaftlerlisten Heidelberg; Verbrechen: Hochverrat in Untersuchungssachen gegen den jur. stud. Wilhelm von Lesser und den jur. stud. Carl Ernst Emil von Lesser, beide aus Kopenhagen, wegen Teilnahme an der hier bestandenen Burschenschaft, Großherzogliches Uni-

versitätsamt Heidelberg, Disziplinarsachen, VIII,1 Nr. 155, 1833, Heidelberger UA; Lebenslauf W. L.s (Eingangsdatum v. 31. Mai 1838) EMBEDSANSØGninger, Rentekammerte, Tyske Sekretariat 1660-1848, Reichsarchiv Kopenhagen; Personalakte des W. L., Signatur 422-12, I L 15, StA Hamburg/Schleswig: Abt. 309 Nr. 309; Alberti 1 (1867), S. 512; Eduard Dietz, Die deutsche Burschenschaft in Heidelberg (1895), S. 25; ders., Das Frankfurter Attentat vom 3. April 1833 und die Heidelberger Studentenschaft (1906), S. 25; Heinz Kiecksee, Holstein 1864. Holstein und seine Randgebiete im Deutsch-Dänischen Kriege 1864 (1964), S. 21, 29 (auch digital); Friedrich Puvogel: Wandsbek in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts. Orts-geschichtliche Aufzeichnungen, in: Wandsbeker Bote. Kreisblatt für den Stadtkreis Wandsbek, Jg. 41 (1900) und Jg. 42 (1901); Gisela Jaacks: Gesichter und Persönlichkeiten. Bestandskatalog der Gemäldesammlung im Museum für Hamburgische Geschichte 1 (1992), S. 155 (auch digital); Wolfgang Hoyer, Regierungsrat a. D. W. L., in: Wandsbeks erster Bürgermeister und Ehrenbürger der Stadt (2007). Internet (16.01.2019): W. L. (Wikipedia), W. L. Bürgermeister von Wandsbek – Trave-Streifzug. Austria Forum. Mitteilungen von Harald Lönnecker (Koblenz) v. 28.01.2019 und Gerhart Berger (Heidelberg) v. 09. und 18.03.2019. P.K.

Levin, (Hermann Max) Rudolf, geb. 01.07.1909 in Dohna bei Pirna (Sachsen) als Sohn eines Kantors und späteren Kirchenmusikdirektors, gest. wahrscheinlich Frühjahr 1945 in Berlin (Arminia-Kiel, Ghibellinia-Leipzig 1931). Nach Besuch des Realreformgymnasiums in Chemnitz 1931-1934 Studium der Geschichte, Germanistik, Anglistik und Philosophie in Kiel und Leipzig; 1935 Dr. phil. Leipzig („Das Geschichtsbild des Positivismus unter besonderer Berücksichtigung von Mills und der rechtsphilosophischen Anschauungen John Austins“) bei Joachim Wach – der als Jude noch im gleichen Jahr Deutschland verlassen musste – und Theodor Litt (1880-1962; Makaria Bonn im SV); Mitglied der NSDAP seit 01.05.1937 (Nr. 4583184); ab 1938 oder zu Beginn des Zweiten Weltkriegs Nachfolger von Wilhelm Spengler als Leiter des vom Reichsführer-SS → Heinrich Himmler innerhalb des SD initiierten „H-Sonderauftrages“ zur (pseudo) wissenschaftlichen Untersuchung der Hexenverfolgung und zur Anlage einer „Hexenkartothek“. Das Vorhaben sollte offenbar Material für die generelle antikirch-

liche Propaganda des NS-Regimes liefern, insbes. Belege dafür, dass vor allem die gemeinsamen jüdisch-christlichen Wurzeln der kath. Kirche der Hintergrund der Hexenverfolgungen gewesen seien. Außerdem sollte Material über eine heidnisch-altgermanische Volkskultur gesammelt werden, die angeblich durch die Hexenverfolgung der Kirche zerstört wurde. Dem „H-Sonderauftrag“ gehörten mehrere Wissenschaftler in Diensten der SS an, die meist verdeckt in über 260 Archiven und Bibliotheken recherchierten. Der Auftrag bildete ab 1939 im RSHA im Amt II und ab 1941 im Amt VII („Weltanschauliche Forschung und Auswertung“) eine eigene Verwaltungseinheit. Ab 1941 leitete L. das Referat C 3 „Wissenschaftliche Sonderaufträge“, ebenfalls ein „ständiges Hilfsreferat für die H-Forschung“. Darüber hinaus versuchte L. vergeblich, eine Hochschullaufbahn einzuschlagen. Während des Zweiten Weltkrieges gelang es ihm nicht, sich zu habilitieren. 1944 wurde er von einem sorgfältig ausgewählten Professorenremium der Universität München abgelehnt. 1944 stellte der SD seine Recherchen nach Hexenprozessakten ein, da „jetzt andere politisch aktuelle Fragen sehr drängen“ (Levin).

Lit.: Ghibellinen-Zeitung v. Juli und Dez. 1931; MV Ghibellinia-Leipzig 1939; Mitglieder des Frankenburg-Bauvereins e. V. Berlin (1940), S. 16; Gerhard Schormann, Hexenprozesse in Deutschland (1996), S. 9; Klee (2003), S. 370; Carsten Klingemann, Soziologie und Politik: Sozialwissenschaftliches Expertenwissen im Dritten Reich und in der frühen westdeutschen Nachkriegszeit (2009), S. 28 f. Internet (16.01.2019): H. M. R. L. (Wikipedia, mit weiteren Literaturhinweisen zu L.s Forschungen und seinem Habilitationsversuch). Mitteilungen von Maik Thiem (Leipzig) v. 22.01., Kurt Gerschau v. 17.02. und des BArch (Jana Blumberg) v. 25.05.2019. P.K.

Lindemann, Georg (Heinrich Ad.), geb. 25.06.1885 in Hannover als Sohn eines Buchhändlers, gest. 29.10.1961 ebd. (Arminia-Marburg 1904). Nach Besuch des Kaiser-Wilhelm-Gymnasiums in Hannover 1904-1907 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Marburg und Göttingen, Große juristische Staatsprüfung 1912 in Berlin; 1913 mit Georg Lenzberg

und Paul Siegel Gründung einer gemeinsamen Sozietät in Hannover; als Soldat Teilnahme am Ersten Weltkrieg; während der Novemberrevolution im Nov. 1918 zunächst beim Generalkommando in den Soldatenrat, dann in den zentralen hannover-



schen Arbeiter- und Soldatenrat gewählt, in dem er u. a. mit dem späteren SPD-Oberbürgermeister von Hannover Robert Leinert (1873-1940) zusammentraf; 20.01.1919 Eintritt in die Stadtverwaltung Hannover, zunächst als juristischer Hilfsarbeiter; 1919 Eintritt in die SPD; bereits am 04.06.1919 zum „besoldeten Senator“ der Stadt gewählt, zuständig für die Bereiche Wirtschaft, Ernährung und Marktwesen sowie für städtische Grundstücke und Güter; 1930 Wahl zum Zweiten Bürgermeister von Hannover; in der Weimarer Republik der einzige hauptamtliche SPD-Senator Hannovers; als einziges Magistratsmitglied 1933 nach §§ 4 und 7 des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamten-tums“ entlassen; 1945 Wahl zum Bürgermeister; 1947 unter Berufung in das Beamtenverhältnis zum Stadtdirektor ernannt, zunächst für den Bereich Wirtschaft, später auch für Gesundheit und Soziales; zahlreiche Ehrenämter und Aufsichtsratsmandate; Verdienste vor allem um das hanno-

versche und deutsche Theaterwesen; seit 1962 L.-Allee im Stadtteil Bult.

Lit.: Burschenschaftler-Stammrolle 1934 (1934), S. 297; Helmut Zimmermann, L.-Allee, in: Die Straßennamen der Landeshauptstadt Hannover (1992), S. 161; Dirk Böttcher u. a. (Hrsg.), Hannoverisches Biographisches Lexikon. Von den Anfängen bis zur Gegenwart (2002), S. 235 (Klaus Mlynek); Klaus Mlynek/Waldemar R. Röhrbein (Hrsg.), Stadtlexikon Hannover. Von den Anfängen bis zur Gegenwart (2010), S. 406. Internet (26.11.2018): G. L. (Politiker), Burschenschaft Arminia Marburg. Bekannte Mitglieder (beide Wikipedia), G. L. – SPD-Stadtverband Hannover. Mitteilung von Tilmann Pfeiffer (Arminia-Marburg) mit Auszügen aus den Mitgliederverzeichnissen 1910 (Nr. 94), 1919 (Nr. 351), 1936, 7. Aufl. 1937 (Nr. 121), 1951 (Nr. (57)), 1956 (Nr. 41) und 1963. P.K.

Linden, (Friedrich) Wilhelm (Willy), geb. 09.07.1891 in Gummersbach/Rheinpr. als Sohn eines Kaufmanns, gest. 23.09.1959 ebd. (Germania-Marburg 1909, Normannia-Leipzig 1912). Nach dem Besuch der Oberrealschule in Gummersbach Studium der Medizin SS 1909-SS 1911 in Marburg, WS 1911/12 in Bonn, SS 1912 in Leipzig und WS 1912/13-WS 1913/14 in Gießen; med. Staatsexamen Gießen, Aug. 1914-1918 Kriegsteilnehmer im Kgl. Preuß. 3. Westfäl. Landwehr-Regiment Nr. 16 in Münster i. W., zuletzt als Oberarzt; 1915 Dr. med. Gießen („Thrombose und Embolie in der Gynäkologie“); 1919 Prakt. Arzt in Gummersbach, ebd. zeitweilig Stadtverordneter; nach 1945 Vorsitzender der Ärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung im Kreis Oberberg; Vorstandsmitglied der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein; Kreisvorsitzender und Ehrenvorsitzender des Deutschen Roten Kreuzes im Kreis Oberberg; EK II, 1957 BVK 1. Kl.

Lit.: StadtA Gummersbach, Bestd. 1, Stadt Gummersbach, A 200; Burschenschaft Normannia Leipzig zu Marburg, Archiv, Mitgliederliste 1961, S. 46, Nr. 384; UA Leipzig, Quästur, Studentenkartei, Nr. 054356, 146356, 146357; DB-Mitgliederverzeichnisse SS 1912, S. 105, Nr. 3, S. 115, Nr. 20, WS 1912/13, S. 47, Nr. 12, S. 103, Nr. 8, SS 1913, S. 44, Nr. 4, S. 105, Nr. 9, WS 1913/14, S. 45, Nr. 2, S. 103, Nr. 8; [Albert Benz, Hrsg.], Verzeichnis der Alten Herren der Deutschen Burschenschaft (1920), S. 175; Verzeichnis der Alten Burschenschaftler (1928), S. 305; Burschenschaftler-Stammrolle 1934 (1934), S. 297, 1073; BBl 74/12 (1959), US. 3 (To-

desanzeige); [Marburger] Germanen-Zeitung, Dez. 1959, S. 5 f. (Nachruf). H.L.

Lindner, (Friedrich) Eduard, geb. 23.10.1846 in Cainsdorf b. Zwickau als Sohn eines Bergmanns und späteren Steigers, gest. 12.09.1901 in Bautzen (Normannia-Leipzig 1868/69 Stifter). Nach dem Besuch des Gymnasiums in Zwickau 1867/68 Einj.-Freiw. im Königl. Sächs. Schützen-(Füsilier-)Rgt. „Prinz Georg“ Nr. 108, SS 1868 Studium der Rechtswissenschaften in Leipzig (17.04.1868 imm.), 1870/71 Teilnehmer am Deutsch-Französischen Krieg, „wo er in 8 Schlachten heldenmütig mitgekämpft“, SS 1873 erneut in Leipzig (18.04.1873 imm.), 01.09.1873 Akzessist beim Gerichtsammt Plauen i. V., 28.08.1874 Stadtschreiber in Bautzen, 01.08.1884 besoldeter Stadtrat in Werdau i. Sa., 30.06.1886 3. besoldeter Stadtrat in Bautzen, 01.04.1886 bis zu seinem Tod 2. besoldeter juristischer Stadtrat, 23.10.1890 zum Stadtrat auf Lebenszeit gewählt, 01.07.1900 2. Ratsmitglied und Bürgermeister, machte sich besonders um das Hospital- und Armenwesen verdient („Ihm zu Ehren ließen die Armen-Bezirksvorsteher sein Brustbild photographisch anfertigen und im kleinen Bürgersaale im Gewandhause, in welchem die Armenausschuß-Sitzungen stattfinden, aufhängen.“; Reymann), Vorsteher des Waisenhauses, Mitglied des Bautzner Turnvereins.

Lit.: Archivverbund (StA) Bautzen, Familien- und Namenskartei: Lindner, Friedrich *Eduard* (1846-1901); ebd., 62001 – Repertorium I: Allgemeine Verwaltungssachen, Nr. 771: Zusammensetzung der städtischen Kollegien, 1893-1935; ebd., Nr. 901: Erledigung und Wiederbesetzung der Stelle im Kollegium des Stadtrats zu Bautzen, 1874-1894; ebd., Nr. 902: Erledigung und Wiederbesetzung der Stelle im Kollegium des Stadtrats zu Bautzen, 1894-1932; ebd., Nr. 947: Anstellung und Verpflichtung der Beamten in dem Standesamt der Stadt Bautzen, 1878-1932; Bautzener Nachrichten, Nr. 213 v. 12.09.1901 (Todesnachricht); ebd., Nr. 214 v. 13.09.1901 (Trauernotiz des Stadtrats); ebd., Nr. 215 v. 14.09.1901 (Todesanzeige des Stadtrats); ebd., Nr. 216 v. 16.09.1901 (Nachruf); ebd., Nr. 217 v. 17.09.1901 (Danksagung der Hinterbliebenen); Bautzener Tageblatt 4/110 v. 14.09.1901 (Gedenksitzung des Stadtrats). Richard Reymann, Geschichte der Stadt Bautzen, Bautzen 1902, S. 895; Harald Lönnecker (Bearb.), Stammrolle des Akade-

mischen Turnvereins, der Turnerschaft, der Freien schlagenden Verbindung und der Burschenschaft Normannia zu Leipzig/Normannia-Leipzig zu Marburg 1868-2018, 2 Teile (Stand: 05.12. 2018), WS 1868/69. H.L.

Liss, Friedrich (Simon Peter Otto Joachim), geb. 08.10.1795 in Dargun/Meckl. als Sohn eines Amtsregistrators, gest. 17.06.1878 in (Bad) Sülze (Urburschenschaft-Jena 1819). Nach Besuch der Güstrower Domschule Studium der Rechtswissenschaften 1816 (imm. 03.02.) in Rostock und 1818 (imm. 22.04.) in Jena; Dr. iur. Nach Studienabschluss Kanzleiadvokat in Rostock (1822), Wahlow (1823) und Gnoien (1828); 1831 Auditor beim Stadtgericht Gnoien, 1838 Senator; 1841-1859 Bürgermeister der Stadt Sülze, ebd. ab 1841 zugleich Stadtrichter.

Lit.: Großherzoglich Mecklenburg-Schwerinscher Staats-Kalender (1837), S. 108; Stamm-Buch der Jenaischen Burschenschaft (2005), S. 159, Nr. 808; René Wiese (Hrsg.), Vormärz und Revolution. Die Tagebücher des Großherzogs Friedrich Franz II. von Mecklenburg-Schwerin 1841-1854 (2014), S. 222. Internet (05.03.2015): F. L., Rostocker Matrikelportal (beide Wikipedia). Mitteilung von Peter Starsy (Burg Stargard) v. 28.03.2017. H.D.

Lösener, Bernhard, geb. 27.12.1890 in Fürstenberg/Oder als Sohn eines Amtsrichters, gest. 24.08.1952 in Köln (Derendingia-Tübingen 1909). Ab SS 1909 Studium der Rechtswissenschaften in Tübingen; Febr. 1913 Gerichtsreferendar, ab Okt. 1913 Dienstjahr als Einj.-Freiw.; 1914 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, Leutnant d. R., bei Kriegsende Batterieführer; Fortsetzung des Studiums in Tübingen, 1920 ebd. Dr. iur. („Die Wertnachnahme im Frachtrecht und das Vinkulationsgeschäft“); Okt. 1922 Erste Juristische Staatsprüfung in Berlin, Gerichtsassessor; Tätigkeit beim Landesfinanzamt Berlin-Brandenburg in Berlin; 1924 Reg.-Rat; zwischen 1920 und 1927 Mitglied einer Freimaurerloge; 1929 Vorsteher im Hauptzollamt Glatz; seit 01.12.1930 Mitglied der NSDAP (Nr. 370777); 1931 Versetzung zum Landesfinanzamt Neiße; Fraktionsführer der NSDAP im Stadtparlament Neiße; Apr. 1933 Berufung in das Reichsministerium des Innern; ebd. Juli 1933

Oberregierungsrat und Aug. 1935 Ministerialrat; 01.04.1943 dem Reichsverwaltungsgericht als rechtskundiges Mitglied des Reichskriegsschädenamtes zugewiesen; als „Rassereferent“ am 14./15. 1935 in Nürnberg mit Hans Globke, Wilhelm Stuckart u. a. an der Formulierung der Nürnberger Gesetze beteiligt; Mitwirkung auch an der Ausformung der Durchführungsverordnungen und mit Friedrich August Knost Verfasser eines 1937 erschienenen Kommentars zu den Rassegesetzen („Kultur ist lebendiger Ausdruck des Blutes“, zit. nach Klee); seit 1938 auch im nationalsozialistischen Reichsinstitut für Geschichte des Neuen Deutschlands und ebd. Beirat der „Forschungsabteilung Judenfrage“; 1941 unter Wilhelm Stuckart Rassereferent im Innenministerium; 29.01. 1942 im Ostministerium Teilnahme an der ersten Nachfolgekonzferenz der Wannseekonferenz in Berlin, auf der festgelegt wurde, wer genau in den besetzten Ostgebieten als „Jude“ zu gelten habe, damit eine Regelung darüber getroffen werden konnte, wer in die Vernichtungsaktionen mit einzu-beziehen sei. Dabei wurde der Begriff besonders weit gefasst, festgelegt und in der Folgezeit auf alle besetzten Gebiete angewendet. „Am Ende hatte er 27 antijüdische Verordnungen abgefaßt oder an ihrer Abfassung mitgewirkt“ (Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, 3 Bde., 1940, zit. nach Klee); auf eigenen Wunsch aus dem Innenministerium ausgeschieden und Apr. 1943 dem Reichsverwaltungsgericht als Mitglied des Reichskriegsschädenamtes zugewiesen; 11.11. 1944 verhaftet und Einlieferung in das Gefängnis Berlin, Lehrter Straße, weil er im Aug. 1944 einige Tage Hauptmann Ludwig Gehre beherbergt hatte, der mit dem Hitler-Attentäter Claus Schenk Graf Stauffenberg befreundet war; nach eigenen Angaben außerdem seit 1936 lose Kontakte zu Hans Bernhard Gisevius, der zum Widerstandskreis um Carl Friedrich Goerdeler gehörte; 03.01.1945 „wegen Verrat an Führer und Volk“ mit Unterschrift des Reichsleiters Martin Bormann aus der NSDAP ausgeschlossen; Ende Apr. durch

sowjet. Truppen aus der Gefängnishaft befreit; nach Kriegsende von den US-amerik. Besatzungsbehörden 14 Monate in einem Lager in Berlin-Lichterfelde interniert; 1947 im Rahmen der Entnazifizierung als „Mitläufer“ eingestuft; entlastete im Wilhelmstraße-Prozess (1947-1949) Stuckart; durch Fürsprache Verfolgter Apr. 1949 bei der jüdischen Hilfsorganisation Joint Distribution Committee tätig; danach Tätigkeit bei der Oberfinanzdirektion Köln Abt. Zoll; dort 1950 Beförderung zum Reg.-Dir. Grabstätte auf dem Kölner Nordfriedhof. Löseners Wirken im „Dritten Reich“ ist umstritten. Ähnlich wie Hans Globke machte Lösener für sich geltend, bei der Ausformung der Rassegesetze weitergehende Forderungen zurückgewiesen und stets nur die denkbar mildeste Fassung formuliert zu haben. Kritiker vertreten dagegen die Einschätzung, „die Mitarbeit von Seiten der Staatsbürokratie habe die praktische Durchführung des nationalsozialistischen Parteiprogramms beschleunigt oder zumindest ein Hindernis aus dem Weg geräumt“ (Wikipedia). L.s Erinnerungen (als Widerstandskämpfer!) wurden 1951 u. d. T. „Als Rassereferent im Reichsministerium des Innern“ in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte 9 (1961), S. 264-313, veröffentlicht. Handakten von B. L., „Rassereferent“ im Reichsministerium des Innern, in: Archiv und Geschichte (2000), S. 684-699. Veröffentlichungen (u. a.): „Grundriß des deutschen Zollrechts“ (mit Walter Lottner, 2. Aufl. 1927, 4. Aufl. 1938), „Die Nürnberger Gesetze über das Reichsbürgerrecht und den Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre; nebst den Durchführungsverordnungen sowie sämtlichen Bestimmungen (insbesondere über den Abstammungsnachweis) und den Gebührenvorschriften“ (mit Friedrich August Knost. 1936, oft zit. als „Lösener/Knost“), „Staatsangehörigkeit und Reichsbürgerrecht“ (1937, auch digital).

Lit.: Burschenschafter-Stammrolle 1934, S. 300; BL 1 (1940), S. 205; MV Burschenschaft Derendingia (1967) Nr. 440; Götz Aly, Biedermann und Schreibtischtäter. Materialien zur deutschen Täter-Biographie (1987), S. 180 f.; Encyclopedia of the Holocaust 3 (1990), Microfiche-Ausg. S. 244-248;

Cornelia Essner, Die „Nürnberger Gesetze“ oder die Verwaltung des Rassenwahns 1933-1945 (2002); Klee (2003), S. 378; Elke Kimmel, B. L., in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 2/2: Personen L-Z (2009), S. 488 f.; Hans Christian Jasch, Staatssekretär Wilhelm Stuckart und die Judenpolitik. Der Mythos von der sauberen Verwaltung (2012), S. 481 (Biographie). Internet (17.01.2019): B. L. (mit weiterführender Lit. zu den Nürnberger Gesetzen), Tübinger Burschenschaft Derendingia. Bekannte Mitglieder (beide Wikipedia), Das Reichsministerium des Innern und die Gesetzgebung (Erinnerungen von Dr. B. L.); Mitteilung des BArch Berlin (Heinz Fehlauer) v. 10.05.2019. P.K.

Lorey, Adolf, geb. 27.09.1813 in Großrudstedt b. Weimar als Sohn eines Arztes, gest. 24.11.1877 in Gera (Jenaische Burschenschaft 1831). Nach Besuch des Gymnasiums in Weimar und Gera 1831-1834 Studium der ev. Theologie und der Philosophie in Jena; nach dem Examen einige Jahre Hauslehrer; Vorsteher eines Privatinstuts in Weimar, dort 1837 Gründer einer bis 1846 bestehenden Privatschule; widmete sich unter dem Einfluss von Oskar Schlömilch (1823-1901) mathematischen und astronomischen Studien; seit Jan. 1848 Frühprediger und Rektor in Apolda; 30.03. 1848 Ordination in Weimar; 1849 Abgeordneter des Landtags von Sachsen-Weimar-Eisenach; Ostern 1851-01.10.1863 Direktor der von ihm gegründeten Sekundarschule in Eisenach, ab 01.10.1863 der Gesamtschule in Gera, dann der Realschule I; erster Direktor der am 12.04.1864 feierlich eingeweihten „Bürgerschule“ am Nicolaiberg in Gera. Veröffentlichungen u. a.: „Flora von Weimar und seiner Umgebung“ (1851), „Das Neueste und Interessanteste aus der Logarithmotechnik und der Anwendung der Logarithmen auf das Leben ...“ (1852), „Lehrbuch der ebenen Geometrie nach der genetisch-heuristischen Weise, mit besonderer Rücksicht auf das Praktische, für die mittleren Klassen höherer Lehranstalten und zum Selbstunterricht bearbeitet“ (1852, 2., verm. und verb. Aufl. 1868), „Der geometrische Anschauungsunterricht, ein Lehr- und Aufgabenbuch ... Nebst einem Anhang über das Wichtigste

aus der mathematisch-astronomischen Geographie, in neuer methodischer Weise bearbeitet“ (1859), „Aufgaben für das praktische Rechnen nebst Anleitung zur Auflösung derselben, vom Standpunkte der Konzentration aus. Für Bürger- und Volksschulen“, 2. Heft (1861, auch digital), „Praktisches Rechenwerk“ (mit C. Derschel, 1876); außerdem mehrere Beiträge in den Jahresberichten (s. Kössler).

Lit.: BAK, DB 9, M. Burschenschaftlerlisten, Jena; Sterbeurkunde v. 26.11.1877 (StadtA Gera); MV Arminia a. d. B. (1935), S. 54; Kössler Personenlexikon (2008); Älteste erhaltene Schule Geras wird 150 Jahre alt, in: Ostthüringer Zeitung Gera v. 12.04.2014; Lönnecker (2015), S. 307, Nr. 1168. Internet (06.01.2018): Thüringen Legislativ und Exekutiv, Parlamentaria. Verhandlungen ... des Landtags der Gebietsvertretung von Sachsen-Weimar-Eisenach. Außerordentlicher Landtag. Protokolle 1833-1915/18, Schriftenwechsel 1833-1918. Mitteilungen des StadtA Gera (Carla Römer) v. 19.11.2014, des Landeskirchenarchivs Eisenach (Margitta Köppe) v. 06.01.2017 und des Hauptstaatsarchivs Weimar (Katja Deinhardt) v. 30.01.2018. H.L./K.O./P.K.

Lützelschwab, Gregor, geb. 04. oder 22.02.1794 in Kaiseraugst (Schweiz) als Sohn eines wohlhabenden Landwirts, Fischers und Rheinvogts, einer im 15. Jahrhundert aus dem Südschwarzwald in die Schweiz eingewanderten Familie entstammend, gest. 19.02.1860 ebd. (korrespondierendes Mitglied der burschenschaftlichen Genossenschaft zur Bearbeitung wissenschaftlicher Gegenstände Freiburg i. Br. 1818, damals in Rheinfelden); nach Privatunterricht sowie Besuch der Lateinschule in Rheinfelden und des Gymnasiums in Freiburg im Üchtland 1811-1817 in Freiburg i. Br.; imm. ebd. WS 1811/12 und WS 1815/16; zunächst Studium der Medizin, dann der Rechtswissenschaften, daneben auch der Mathematik, Physik, Chemie und humanistische Fächer; 1817 Rechtskandidat beim Bezirksgericht Rheinfelden, 1820 ebd. Bezirksrichter, 1826-1829 zusätzlich Bezirksverwalter; 1829-1831 Aargauer Appellationsrichter; 1831-1835 Aargauer Regierungsrat (Vorsitzer des kath. Kirchenrats und der Militärkommission), 1835 bis zu seinem Tod Mitglied des Aargauer Obergerichts, 1849-

1856 dessen Präsident; 1822-1823 und 1824-1852 im Großen Rat; zunächst liberal, nach 1835 kath.-konservativ (1840 Präsident), 1831 Tagsatzungsgesandter; 1848 und 1851-1852 Nationalrat; 1834 Gesandter des Kantons Aargau auf der Badener



Konferenz. „Als Richter und Staatsmann war Gregor Lützelschwab der unbeirrbar Verfechter von Wahrheit, Recht, Gerechtigkeit und Mäßigung. Seine Abkehr von der radikalen Richtung, die der Freisinn 1830 im Aargau einschlug, machte ihn aber keineswegs taub für den Ruf nach stetem Fortschritt in Politik, Recht und Wirtschaft“ (Anton Senti in Biogr. Lexikon des Aargaus, S. 506). Veröffentlichungen: „Amtsrede bei Eröffnung der ausserordentlichen Sitzung des Grossen Rathes des Kantons Aargau im Januar 1840“ (1840), „Entwurf der revidierten Staats-Verfassung für den eidgenössischen Stand Aargau“ (1840).

Lit.: Abraham Emanuel Fröhlich, Zum Andenken an G. L. (1860); Hermann Müller, Zur Erinnerung an G. L. von Rheinfelden (Festschrift, 1860); Türmer 4 (1927), S. 724; Biographisches Lexikon des Aargaus (1958), S. 505 f. (Anton Sinti); Kisch Herbst 2 (1963), S. 796; Die Schweizerische Bundesversammlung 1848-1920. Biographien (1966), S. 669. Internet (10.06.2020): Wundermann (o. J.), Historisches Lexikon der Schweiz (Sarah Bryan Scherer), Matrikel der Universität Freiburg (1991), S. 52. P.K.

Lump(p), Eduard Friedrich, geb. 03.10.1813 in Pforzheim, gest. 16.3.1886 in Kilsheim (Euthymia-Freiburg 1832). In Freiburg i. Br. stud. phil. (imm. WS 1831/32), stud. med. (imm. SS 1835), Dr. med.; 1843-1855 Amtschirurg in Hardheim; schon vor der Revolution Kontakte zu führenden badischen Radikaldemokraten, u. a. zu → Florian Mördes und → Amand Goegg; 1848 Mitglied des Bürgervereins Hardheim; am 18.05.1849 vom Landesausschuss zum Zivilkommissär des Amtes Walldürn ernannt; der Errichtung von Sicherheits- und Wehrausschüssen, Beeidigung der Beamten im Amtsbezirk Walldürn und Förderung der Mobilmachung, des Exerzierens und der Bewaffnung des 1. Aufgebots bezichtigt; als Kandidat des 19. Wahlbezirks für die Wahl in die Verfassungsgebende Versammlung vorgeschlagen; unterstützte als Kommandeur der revolutionären Volkswehr Kriegskommissär → Gustav Adolph Schlöffel bei der Aushebung und dem Ausmarsch des 1. Aufgebots der Volkswehr; befürwortete zwar die Verteidigung seines Bezirks gegen einrückende Truppen, konnte aber das Vordringen des 5. preuß. Jägerbataillons (ohne nennenswerten Widerstand) nicht verhindern; legte erst am 24.06.1849 sein Amt als Zivilkommissär nieder; nach Niederschlagung der Revolution Flucht; Fahndung vom 11.07.1849; im Aug. 1849 verhaftet; des Hochverrats der Aufforderung hierzu und des Waffengebrauchs beschuldigt; verhaftet und am 21.08.1849 zum Kriegsgefangenen erklärt; vor das Standgericht in Mannheim gestellt, Fall auf Erlass vom 27.10.1849 nicht vor dem Standgericht Mannheim verhandelt; Untersuchung durch das Bezirksamt Walldürn; am 05.03.1850 vom Hofgericht Mannheim zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, wovon er einen Monat in Walldürn verbüßte; Urteil am 30.09.1850 vom Oberhofgericht bestätigt; ab 1856 Arzt in Kilsheim, 1871 erster Kommandant der im gleichen Jahr gegründeten Kilsheimer Feuerwehr; Ehrenbürger von Kilsheim.

Lit.: Raab (1998) S. 585 f., Revolution im Südwesten. Stätten der Demokratiebewegung 1848/49 in Baden-Württemberg (2. Aufl. 1998). S. 228 f., 689.

Mitteilung von Wolfgang Großkinsky (Hauptamt der Stadt Hardheim) v. 02.02.2021. K.G./P.K.

Martens, Heinrich Wilhelm (Gottlieb), geb. 08.02.1795 in Danzig als Sohn eines Spediteurs, gest. 29.08.1877 ebd. (Jenaische Burschenschaft 1831, 1832 Wechsel von der Arminen zur Gewinnerpartei). 1813/14 als freiwilliger Jäger Teilnahme an den Befreiungskriegen, ab 1814 Studium der Rechtswissenschaften in Jena und Berlin; Dr. jur.; Richter am Stadt- und Landgericht Danzig, danach Rechtsanwalt und Notar sowie Beamter beim Commerzbank- und Admiralitätskollegium; später Richter am OLG in Marinewerder, danach Justizkommissar in Danzig, Justizrat; 18.05.1848-04.05.1849 Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung Wahlkreis 29, Prov. Preußen (Danzig), Fraktion Casino, Ausschuss für Volksbewaffnung und Heerwesen, Ausschuss für die Einleitung der Untersuchung gegen die Abgeordneten Robert Blum und Johann Georg Günther; 23.01-04.05.1849 Schriftführer der Nationalversammlung; Juni 1849 Gothaer Nachtparlament; Frühjahr 1849 Abgeordneter der Zweiten Kammer des Preussischen Landtags (Wahlkreis 1 Danzig, rechtes Zentrum); Febr.-Aug. 1867 als Konservativer fraktionsloser Abgeordneter des Konstituierenden Reichstags des Norddeutschen Bundes für den Wahlkreis Danzig 3 (Danzig Stadt); zuletzt wieder Rechtsanwalt und Notar in Danzig; Geh. Justizrat, 1867 Dr. phil. h. c.; trat auch als Verfasser von Gedichten hervor. Veröffentlichungen u. a.: „Ausschuß-Bericht über die von dem Königlich Preussischen Stadtgericht zu Rosenberg beantragte Zustimmung zur Einleitung einer strafrechtlichen Untersuchung wegen Hochverrats gegen den Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung, Herrn Minkus; Beilage I. zum Protokoll der 152. öffentl. Sitzung vom 15. Januar 1849“; Gedichte von H. W. G. M. Aus dessen Nachlasse hrsg. und mit einer biogr. Skizze begleitet von Dr. Wilhelm Martens“ (als Ms. gedruckt 1878)

Lit.: Hirth's Parlaments-Almanach, Ausg. 1, 2 Febr. 1867, S. 50; A. Phillips (Hrsg.), Die Reichs-

tags-Wahlen von 1867 bis 1883; Statistik der Wahlen zum konstituierenden und norddeutschen Reichstage, zum Zollparlament sowie zu den 5 ersten Legislatur-Perioden des Deutschen Reichstages (1883), S. 9; Schneider (1897), S. 174, 212, 216 f., 292; Fritz Specht/Paul Schwabe, Die Reichstagswahlen von 1867 bis 1903. Eine Statistik der Reichstagswahlen nebst den Programmen der Parteien und einem Verzeichnis der gewählten Abgeordneten (2. Aufl., 1904), S. 14; Altpreußische Biographie 2 (1967), S. 420; Koch (1989), S. 276; Haunfelder/Pollmann (1989), S. 436 (Kurzbiographie); Haunfelder (1994), S. 995 f.; Best/Weege (1998), S. 229; Kaupp (1999), S. 74. Internet (20.12.2018): H. W. G. M. (Wikipedia), BIORAB-Kaiserreich, FNV-Online; Datenbank der deutschen Parlamentsabgeordneten. P.K.

Martin, Rudolf, geb. 22.08.1834 in Hamburg als Sohn eines „Oberalters“ (Würdenträger innerhalb der Hamburger ref. Kirche), einer Familie französischen Ursprungs entstammend, gest. 07.08.1916 ebd. (Frankonia-Bonn 1853). Studium der Kameralistik und der Rechtswissenschaften in Bonn und Heidelberg; 24.04.1856 Dr. iur. Heidelberg („Commentarius ad L. 28 D. de fideiussoribus 46,1. et ad cap. 1 in VI° de litis contestatione 2,3; accedit curriculum vitae“); im gleichen Jahr Advokat in Hamburg; 1860 zusätzlich Notar; Mitglied des Direktoriums der Hamburger Sparkasse von 1827; 1864 Hauptinitiator zur Gründung der Neuen Sparkasse von 1864; 01.09.1864 Aufgabe des Notariats und Eintritt in den hamburgischen Staatsdienst; Amtsrichter und Stellv. Amtsverwalter am Amtsgericht in Ritzebüttel; Sept. 1869 Versetzung an das Hamburger Niedergericht, ab 1877 am Handelsgericht tätig; zum 01.10.1879 Beförderung zum Landgerichtsdirektor, ab Januar 1882 Oberlandesgerichtsrat am Hanseatischen OLG, ab 1898 Senatspräsident; 1871-1885 Abgeordneter der Hamburgischen Bürgerschaft (Fraktion der Rechten); dort an der Seite seines Freundes → Ernst Friedrich Sieveking insbesondere Verdienste um die Erstellung internationaler Normen für das private und öffentliche Seerecht; Mitbegründer (1886) und langjähriger Vorsitzender der Gesellschaft Hamburger Juristen; 1912 Ruhestand.

Lit.: Sterberegister StA Hamburg 3, Nr. 467/1916 v. 07.08.1916); Deutsches Geschlechterbuch 18 (1910), S. 245; Verzeichnis der Alten Burschenschaftler nach dem Stande zum Wintersemester 1911/12 (1912), S. 129; M. Leo, R. M., in: Hanseatische Rechts- und Gerichtszeitschrift, Abt. 4, 8./9. Heft, Aug./Sept. 1929, S. 484 f.; Hans-Georg Balder (Hrsg.): Album der Burschenschaft Frankonia-Bonn (2005?), S. 47; ders.: Frankonia-Bonn 1845-1995. Die Geschichte einer deutschen Burschenschaft (2006), S. 132-144 und 194. Internet (19.04.2020): R. M., Bonner Burschenschaft Frankonia, Bekannte Mitglieder (beide Wikipedia), Gesellschaft Hamburger Juristen. Mitteilungen des UA Heidelberg v. 04. 05. und von Nils Kowalewski (Frankonia-Bonn) v. 20. und 27.05. sowie v. 02.06. 2020. P.K.

Mau, Johann Gottfried Ludwig, geb. 21.10.1811 in Güstrow i. Meckl. als Sohn eines Posthalters, gest. 11.07.1893 in Neukalen/Meckl. (Jenaische Burschenschaft/Arminia 1832). Nach Besuch des Gymnasiums (Domschule) in Güstrow Studium der Rechtswissenschaften in Rostock (imm. 29.09.1830) und in Jena (1832); 11.02.1837 Advokat, 12.06.1837 Amtsauditor in Güstrow; 21.04.1845 Richterexamen; mit Bestallung vom 17.02.1847 mit Wirkung vom 19.04.1847 Bürgermeister und Stadtrichter in Neukalen. Als Landtagsabgeordneter setzte er sich vor allem für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt ein. 24.12.1866 landschaftlicher Deputierter der Güstrow'schen Militär-Distrikts-Behörde; mit Inkrafttreten des Gerichtsverfassungsgesetzes zum 01.10.1879 als Stadtrichter in den Ruhestand versetzt; durch Verfügung v. 09.10.1879 unter Beibehaltung des Wohnsitzes in Neukalen als Rechtsanwalt bei dem Landgericht Güstrow zugelassen (bis Sommer 1888); bis zu seinem Tod Bürgermeister von Neukalen; Großherzogl.-Meckl. Geh. Hofrat.

Lit.: Landeshauptarchiv Schwerin: (5/12-6/1) Ministerium der Justiz, Nr. 2684 Mau, Ludwig; Hofrat, Rechtsanwalt und später Bürgermeister zu Neukalen 1842-1893. Archiv für Landeskunde in den Großherzogthümern Mecklenburg 20 (1870), S. 504; Lönnecker (2015), S. 314, Nr. 1220. Internet (20.11.2016): Rostocker Matrikelportal, Stadt Neukalen. Mitteilungen des Landeshauptarchivs Schwerin (Falk Koop) v. 02.12. und 11.12. sowie des Standesamtes Malchin (Frau Meyer) v. 17.12. 2014. H.L./K.O.

Meier, Rudolf, geb. 23.03.1901 in Stuttgart als Sohn eines Kaufmanns, gest. 25.08.1961 in Schwäbisch Gmünd (Rhenocheruskia Frankfurt im Allgemeinen Deutschen Burschenbund). Nach Besuch der Liebig-Oberrealschule in Frankfurt a. M. Studium der Wirtschafts-, Sozial- und Rechtswissenschaften in Frankfurt; 1922 Dipl.-Kfm., 1923 Dr. rer. pol.; Nov. 1923 bis Aug. 1935 für das Heidenheimer Maschinenbau-Unternehmen Voith tätig, zunächst als Buchhalter, dann als Privatsekretär des Inhabers Dr. Hermann Voith; Jan. 1931 Beitritt zur NSDAP (Nr. 426542), Nov. 1931 zum Kampfbund für deutsche Kultur (KfdK); außerdem Mitglied der NSV, des Nationalsozialistischen Reichsbundes deutscher Beamter (NSRDB), des Nationalsozialistischen Fliegerkorps (NSFK) und des Reichsluftschutzbundes (RLB); für die NSDAP als Gauredner, Kreisschulungsleiter und Kreiswirtschaftsberater, für den KfdK als Ortsgruppenleiter tätig; 1938 EM der SA im Rang eines SA-Sturmführers; 10.08.1935 auf Vorschlag des Heidenheimer NSDAP-Kreisleiters Wilhelm Maier zur Oberbürgermeister der Stadt Heidenheim ernannt. Da er die in der Deutschen Gemeindeordnung (1935) geforderte Befähigung zum Richteramt oder zum Höheren Verwaltungsdienst nicht besaß, wurde seine Benennung von der Aufsichtsbehörde unter Hinweis auf seine „besonderen Verdienste um die NS-Bewegung“ ausnahmsweise genehmigt. Unter seiner Amtsführung massiver Druck auf jüdische Geschäftsinhaber; während des Zweiten Weltkriegs von Jan. 1941 bis Dez. 1942 Unteroffizier im Pionier-Bataillon 204 der 215. Inf.-Div. Zunächst im Elsass stationiert, war die Einheit als Teil der Heeresgruppe Nord am deutschen Angriff auf die Sowjetunion beteiligt. Ab 1943 u. k. gestellt, war er vor dem erzwungenen Suizid Generalfeldmarschall Rommels daran beteiligt, dass Äußerungen Rommels, die als defätistisch eingestuft wurden, an den Leiter der Parteikanzlei der NSDAP, Martin Bormann, weitergegeben wurden. Am 11.05.1945 von US-amerikan. Truppen gefangen

genommen und zunächst im Kornwestheimer, später im Ludwigsburger Internierungslager festgehalten; während der Internierung an der Herausgabe einer Lagerzeitung und an einer Rechtsberatung beteiligt. Die Spruchkammer Ludwigsburg stufte ihn am 31.03.1948 als „Belasteten“ ein und verurteilte ihn zu drei Jahren Arbeitslager, einer Geldstrafe, Beschränkungen bei der Wahl des Arbeitsplatzes sowie zu einem fünfjährigen Verbot, sich in Heidenheim aufzuhalten oder dort zu wohnen. Unter Anrechnung der Zeit im Internierungslager auf die Strafe wurde M. am 10.05.1948 entlassen und arbeitete 1949 und 1950 als Buchhalter in einem Metallbetrieb in Asperg. Veröffentlichungen (u. a.): „Die Stadt Heidenheim im Jahr 1936, im 4. Jahr des nationalsozialistischen Aufbaus. Ein Jahresbericht“ (1937).

Lit.: Heiner Kleinschmidt/Jürgen Bohnert (Hrsg.), Heidenheim zwischen Hakenkreuz und Heidenkopf (1983), S. 69; Wolfgang Proske, „Jedem das Seine“: R. M.: in: Wolfgang Proske (Hrsg.), Täter. Helfer, Trittbrettfahrer. NS-Belastete von der Ostalb (2010), S. 159-166 (P); Maurice Philip Remy, Mythos Rommel (2004), S. 308. Internet (18.01.2019): R. M. (Politiker, 1901) (Wikipedia), Heidenheim an der Brenz. Mitteilung des StadtA Heidenheim (Alexander Usler) v. 22.01.2019. P.K.

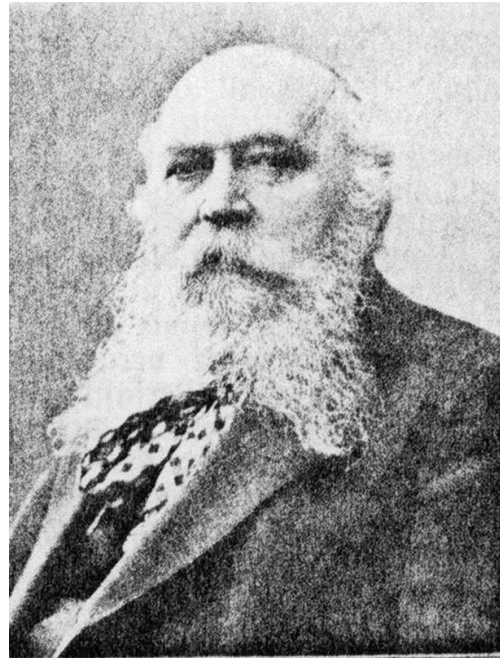
Meischner, August Ernst Magnus, geb. 31.03.1821 in Hartenstein/Sachsen als Sohn eines fürstlich-schönburgischen Rates und Bezirksarztes, gest. 26.08.1892 in Penig/Sachsen (Marcomannia-Leipzig, Abspaltung der Burschenschaft Germania, Bbr. von → Robert Schumann). Nach dem Besuch des Lyceums zu Schneeberg und des Gymnasiums in Zwickau 1840-1843 Studium der Rechtswissenschaften in Leipzig; Rechtsanwalt in Penig, zugelassen am Amtsgericht ebd. und am Landgericht Chemnitz; 1844 Gründer des ersten Peniger Turnvereins; mahnte im Mai 1849 vom Zug nach Dresden ab, nahm aber, als man ihm Feigheit unterstellte, selbst führend am Zug der Freischärler nach Dresden teil; Begnadigung nach dem Maiaufstand; seit 1851 fast ununterbrochen Stadtverordneter in Penig, zunächst ebd. Protokollführer, dann als Vorsteher; 1852 Dr. iur. Leipzig; ab Ende der 1870er Jahre auch als Notar

tätig; Sekretär des Landwirtschaftlichen Vereins „Zum Zeisig“; (1860-1892) Vorsitzender des Turnvereins, 1873 Begründer der Turnfeuerwehr und Schriftführer des Central-Comités für die Mulden-Eisenbahn; setzte sich als Stadtverordnetenvorsteher vor allem für den Anschluss der Stadt Penig an das sächsische Eisenbahnnetz ein, insbesondere für den Bau der Eisenbahnstrecken nach Narsdorf (1873), Glauchau (1875) und Rochlitz (1876); nach der Mandatsniederlegung des Abgeordneten Eduard Schreiber in einer Nachwahl 1871 im 8. städtischen Wahlbezirk in die 2. Kammer des Sächsischen Landtags gewählt, der er bis 1881 für die Deutsche Volkspartei (DVP) angehörte; 1875 Ehrenbürger von Penig, M.-Straße ebd., Grab auf dem Stadtfriedhof.

Lit.: Elvira Döschner/Wolfgang Schröder, Sächsische Parlamentarier 1869-1918. Die Abgeordneten der II. Kammer des Königreichs Sachsen im Spiegel historischer Photographien. Ein biographisches Handbuch (2001), S. 3426 f. Internet (13.05.2020): A. E. M. Meischner (Wikipedia), Liste von Persönlichkeiten der Stadt Penig (P), Liste der Mitglieder des Sächsischen Landtags 1879/80, Datenbank der deutschen Parlamentsabgeordneten; Meischner, E. A.M., „Stadt Penig“. P.K.

Memminger, Anton (Ps. Oswald Stein), geb. 02.04.1846 in Straubing, gest. 30.09.1923 in Schongau (Adelphia-Würzburg, Mitgründer 1867). Nach Besuch des Gymnasiums in Straubing Studium der Rechts- und Staatswissenschaften sowie Geschichte in Würzburg; 1868 einjähriger Militärdienst bei der 2. Sanitäts-Kompanie in Würzburg; danach unregelmäßige Fortsetzung des Studiums und journalistische Tätigkeit; Sommer 1871 Militärdienst im Krieg gegen Frankreich; wg. Kriegsuntauglichkeit dem Wachpersonal der Kriegsgefangenenlager in Ingolstadt und Straubing zugeordnet; dort durch Kontakte zu Gefangenen der irischen Legion Anregungen zur Auseinandersetzung mit Kelten und Druiden; dann in Würzburg journalistische Tätigkeit beim „Würzburger Journal“. 1872 soll M. einen Aufruf für den Philosophen Ludwig Feuerbach (1804-1872) veranlasst haben, an dessen Grab er eine Rede hielt; wegen Majestätsbeleidigung

1873 Flucht in die Schweiz, wo er sich intensiv mit wirtschaftswissenschaftlichen und technischen Studien befasste. Mit seinem Werk „Der Krach. Kritische Gänge durch das schweizerische Eisenbahnwesen“ (1877) avancierte er zum



Eisenbahnexperten (Kanzleichef der Nordostbahn in Zürich); wirkte auch als Ingenieur in Ungarn, Bosnien und in Vorarlberg; 1882 Begnadigung durch König Ludwig II. von Bayern, zu dem er auch persönliche Kontakte unterhielt; 1883 Rückkehr nach Würzburg und Fortsetzung der journalistischen und verlegerischen Tätigkeit; erneute Mitarbeit beim „Würzburger Journal“; im Juni 1886 wegen Majestätsbeleidigung des verstorbenen Königs in der von ihm gegründeten „Bayerischen Landeszeitung“ verurteilt; mit Karl Frhr. von Thüngen-Roßbach (1839-1927) 1893 Gründung des in Teilen antisemitischen „Fränkischen Bauernbundes“; Bekanntschaft mit Otto von Bismarck, den er in seinen Büchern und in der in seinem Verlag erschienenen „Neuen Bayerischen Landeszeitung“ oft erwähnt; 1903 Wahl zum Abgeordneten der Zweiten Kammer des Bayerischen Landtags, aber schon bald Rückzug aus dem Politikbetrieb auf seinen Altersruhesitz in Schonungen bei Schweinfurt; Veröffentlichung mehrerer heimatkundlicher

Werke; in Bad Kissingen Bekanntschaft mit „amerikanischen Druiden“, zumeist gut situierten Geschäftsleuten, die ihn zu einer rituellen Feier auf einem Hügel neben Schloss Mainberg einluden (auszugsweise Schilderung bei Wikipedia); mit seinem Bruder Thomas Gründung der „Gebrüder Memminger Verlagsbuchhandlung“, in der zahlreiche wissenschaftliche Publikationen und mehrere Zeitungen erschienen. M. galt als überzeugter Antisemit und Nationalist. Karl Herz bezeichnete ihn 1956 „mit Fug und Recht“ als „einen Vorläufer Julius Streichers und des Dritten Reiches“ (A. M. als Vorläufer des Dritten Reiches, in: Unterfränkisches Heimatblatt. Beilage zum „Volkswille“ v. 1. Dez. 1956, weitere Belege bei Wikipedia). Seine gegen Lebensende veröffentlichte Schrift „Hakenkreuz und Davidstern. Volkstümliche Einführung in die Geheimwissenschaften“ (2. Aufl. 1922, Neuaufl. 2014) lässt eine Distanzierung zu seinen früheren Positionen erkennen. Ehrenbrief der Stadt Kissingen. Weitere Werke u. a. (z. T. in mehreren Auflagen): „Die Freimaurer“ (1872), „Die Alpenbahnen und deren Bedeutung für Deutschland und Österreich; mit besonderer Berücksichtigung auf Gotthard, Brenner, Arlberg und Fernpass“ (1878), „Die österreichisch-deutschen Alpenbahnen und das Bodensee-Trajekt Bregenz-Friedrichshafen-Constanz“ (1880), „Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der nationalen Wirtschaftspolitik“ (1880), „Wer soll bluten?“ (1885), „Der Talmud“ (1894), „Das verhexte Kloster; nach den Akten dargestellt“ (1904), „Schloss Mainberg“ (1917), „Der Bayernkönig Ludwig II.“ (1918), „Das Erbe der Druiden – Beiträge zur Geschichte der Geheimbünde“ (1920).

Lit.: Hinrichsen (1891), S. 884 f.; Philister-Zeitung Studenten-Verbindung „Adelphia“ Würzburg, 16. Jg., Nr. 2, Juni 1924, S. 7 f. (Nachruf); A. M., Publizist und Politiker. 1847-1923, in: Lebensläufe aus Franken 5 (1936), S. 197-210; Karl Herz, A. M. als Vorläufer des Dritten Reiches, in: Unterfränkisches Heimatblatt, 1. und 24. Dez. 1956, 19. Jan. 1957; Bruno Rottenbach, Würzburger Straßennamen 1 (1967), S. 72; Rolf-Joachim Baum/Ulrich Becker/Ralf J. Baumbach u. a.: Studentenschaft und Korporationswesen an der Universität Würzburg 1582-1982 (1982), S. 301 f.; Ludwig Revier, Das

abenteuerliche Leben des Bad Kissinger Ehrenbürgers A. M., in: Quellen-Blätter. Heimatkundliche Beilage der Saale-Zeitung für den Landkreis Bad Kissingen, Sept. 1983, Nr. 72, S. 285 ff.; Thomas Künzl, A. M. – Vergessener mainfränkischer Historiker, in: Rhön-Spiegel. Nr. 11, 2004; John Abbott: A. M. (1846-1923), in: Richard S. Levy, Antisemitism – a historical encyclopedia of prejudice and persecution (2005), S. 454 f.; Jörg Bauer: Alle Mitglieder Adelphias seit Gründung 1867, in: Chronik. Vom akademischen Verein zur Burschenschaft 1867-2017 (2017), S. 6; Thomas Künzl, Unterredung mit Fürst Bismarck. Ein Gespräch mit dem Journalisten A. M. in Bad Kissingen. Eine Quellenedition (2008). Internet (08.03.2020): A. M. (Wikipedia), Liste der Mitglieder des Bayerischen Landtags (Königreich, 18. Wahlperiode); Würzburg WKI, Burschenschaft Adelphia zu Würzburg, bekannt gewordene Alte Herren, Bosls Bayerische Biographie bavarikon. P.K.

Motz, Wilhelm Dethard, geb. 26.07.1815 in Bremen als Sohn eines Arztes, gest. 25.03.1897 ebd. (Jenaische Burschenschaft 1835). Nach Besuch der Vorschule, Privatunterricht bei seinem Bruder Pastor M. in Bützow und Besuch der Gelehrtenschule in Bremen Studium der ev. Theologie 1835-1839 in Jena und Bonn; zeitweise Hauslehrer in Bremen; 1844 zunächst Hilfslehrer an der Vorschule der Hauptschule zu Bremen, 1850 ebd. Ordentlicher Lehrer und 1858 nach Reorganisation der Hauptschule Direktor. „In dieser Eigenschaft hat Professor Motz ein Vierteljahrhundert unserer Hauptschule angehört und sich sowohl um die unter seiner speziellen Direktion stehende Abteilung derselben, wie um die Gesamtschule die grössten Verdienste erworben“ (Programm Bremen Hauptschule, zit. nach Kössler); 1858-1870 Mitglied der Lehrer-Prüfungskommission; 1859-1865 Mitglied der Bremer Bürgerschaft, dann bis 1883 beratendes Mitglied der Schuldeputation, Professor, 1872 Mitbegründer des Vereins zur Ausbildung von Krankenpflegerinnen und dessen Leiter bis 1892; langjähriger Vorsitzender des Vereins zum Roten Kreuz sowie einige Jahre Vorsitzender des Vereins der Gesellschaft „Museum“; 29.09.1883 im Ruhestand. „In der eigenartigen Ausprägung seiner Tugenden und Ideale war M. einer der besten Vertreter des gebildeten altbremischen Bürgertums

in der Mitte des 19. Jahrhunderts“ (Entholt).

Lit.: Bremische Biographie (1912), S. 343 f. (H. Entholt); Herbert Schwarzwälder, Das Große Bremen-Lexikon. Ergänzungsband A-Z (2008), S. 123 f.; Kössler Personenlexikon (2008); Lönnecker (2015), S. 322, Nr. 1278. Internet (06.03.2017): W. D. M., Bremische Bürgerschaft von 1854 bis 1933: Wahlergebnisse und Mitglieder (beide Wikipedia). H.D./P.K.

Müller-Hoppenworth, Heinz, geb. 07.02.1907 in Berlin als Sohn eines Stadtbaumeisters, gest. 28.05.1942 in Barwinkowo/Ukraine (Rugia-Berlin 1927). Ab SS 1927 Studium der Rechtswissenschaften in Berlin; 1928 Mitglied der NSDAP (Nr. 93739), später auch der SS (Nr. 51057); 1939 SS-Obersturmführer; Referendaraus- bildung in Berlin; Namenszusatz 1933; Dr. iur., später Regierungsrat; 1936-1937 Landrat in Züllichau-Schwiebus, 1938 in Prenzlau; 1938-1942 Landkommissar in Wongrowitz (Eichenbrück), 1939 auch Landkommissar in Znim (Dietfurt); Kriegsdienst ab 1941, zuletzt Leutnant d. R. vor Stalingrad (dort schwer verwundet); Goldenes Parteiabzeichen der NSDAP. Veröffentlichungen (u. a.): „Der höhere Verwaltungsbeamte“ (1938), „Der Lehrer an höheren Schulen. Wissenschaftliches Lehramt“ (mit Heinrich Otto Meissner und Wilhelm Stäblein, 1938).

Lit.: Meldung der B.B. Rugia an die Friedrich-Wilhelms-Universität vom WS 1933/34 (Akte R/S 1008). Mitglieder-Verzeichnisse der B. B. Rugia vom WS 1927/28 und SS 1928; Burschenschafters- Stammrolle 1934 (1934), S. 339; Hans Frhr. von Rosen, Bilanz. Das deutsche Gut in Posen und Pommerellen (Selbstverlag 1982), S. 152. Internet (09.12.2018): Heinz M.-H. (Wikipedia), territori al.de personen, Gräbersuche-Online-Volksbund Deutsche Kriegsgräbersuche e. V., Landkreis Uckermark-Landräte und Ratsvorsitzende. Mitteilung von Jens Carsten Claus (Dubai) v. 28.11.2018. P.K.

Muff, (Hans Friedrich Wilhelm) Ludwig, geb. 05.09.1806 in Göppingen als Sohn eines Oberamtmanns, einer alteingesesse- nen württembergischen Familie entstam- mend, gest. 11.02.1882 in Ulm (Germania- Tübingen 1825). Nach Besuch des Gymna- siums in Ulm und Stuttgart Studium der

Kameralistik in Tübingen; 1830 höhere Dienstprüfung beim Innenministerium; 1831-1839 Oberamtsaktuar in Kirchheim unter Teck, Brackenheim und Gaildorf; 1841 Kanzleiassistent bei der Regierung des Schwarzwaldkreises in Reutlingen; 1843 Sekretär bei der Regierung in Reut- lingen; 1856 Oberamtsverweser in Welz- heim, 1857 Oberamtmann in Blaubeuren; 1863-1867 wegen Erkrankung nur bedingt arbeitsfähig; 1875 Ruhestand in Ulm; 1873 Ritterkreuz 1. Kl. des Friedrichsordens.

Lit.: Angerbauer (1996), S. 421 (auch digital); Germania Tübingen (2008), Nr. 736; Raberg (2010), S. 286. Internet (20.02.2020): H. F. W. L. Muff (Wikipedia). P.K.

Neumark, Moritz (eigentlich Moses Laza- rus), geb. 02.06.1866 in Wittmund als Sohn eines Kaufmanns, einer der führen- den jüd. Familien Wittmunds entstam- mend, ermordet 25.02.1943 im KZ There- sienstadt (Cheruskia-Dresden 1885). Nach Besuch der Oberrealschule in Oldenburg i. Ol. Studium des Hüttenwesens an der TH Berlin und der TH Dresden sowie der Che- mie in Jena; 1891 Dr. phil. Jena („Über das Hygrin II. Über Thiodantoin“); arbeitete nach dem Studium in Oberschlesien und unternahm eine mehrmonatige Studienreise durch Westfalen, Belgien, Russland und Ungarn; baute 1895 im Auftrag der Huld- schinskyschen Hüttenwerke in Gleiwitz ein Stahl- und Walzwerk in Zawiercie (damals Russisch-Polen); 1898 erstes Patent zum doppelten Gichtverschluss für Hochöfen; errichtete, vom Lübecker Industrieverein gefördert, 1905 ein Hochofenwerk an der Trave; Berufung in das „Komitee für die Errichtung einer Hochofenanlage bei Lü- beck“; bildete zusammen mit dem kaufm. Direktor Carl Schlömer ab Dez. 1905 den Vorstand der am 07.11.1905 gegründeten Hochofenwerk Lübeck AG; 08.05.1906 Grundsteinlegung des ersten Hochofens; nach dem Ausscheiden Schlömers 1906- 1934 als Generaldirektor alleiniger Vor- stand der AG; ab Febr. 1906 Mitglied des Lübecker Industrievereins (Nov. 1910 bis 1933 Mitglied des Vorstands, Vorsitzender bis dieser am 07.06.1933 geschlossen zu- rücktrat); Mitglied des Aufsichtsrats der

Rawack & Grünfeld AG Berlin an; Stellv. Mitglied im Hauptausschuss des Reichsverbandes der Deutschen Industrie; Vorstandsmitglied des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute (des heutigen Stahlinstituts VDEh) sowie des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller; außerdem



Funktionen im Seewasserstraßenbeirat der Reichswasserstraßenverwaltung und in der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Febr. 1919 als Kandidat der DDP bei der Wahl in die Lübecker Bürgerschaft (bis 1926 Fraktion der DVP, danach bis zu seinem Ausscheiden 1929 Hanseatischer Volksbund). N. setzte sich vor allem für einen Generalbebauungsplan der Industrieansiedlungen in den Lübecker Vororten Kücknitz, Herrenwyk, Siems und Dummerdorf ein, mit dem Ziel, die Wohn- und Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern; Werkssiedlungen für die Beschäftigten; Förderer der Kunst und Kultur Lübecks. Die Stiftertafel von 1921 des Behnhauses, des Lübecker Museums für Kunst- und Kulturgeschichte, enthielt auch seinen Namen. Bis zu seinem Ende Sept. 1933 erzwungenen Austritt war N. Mitglied der „Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit“. Nach der Forderung der Nationalsozialisten im Lübecker Senat, die Leitung des Werks zu „arisieren“, legte N. 1934 sein Amt als Gene-

raldirektor nieder, zog aus der Herrenwyker Dienstvilla aus und übersiedelte 1936 mit seiner Frau nach Berlin-Grünwald. 28.02.1943 Deportation des Ehepaars in das sogenannte Altersghetto des KZ Theresienstadt, wo er am 25.02.1943 verstarb. Seine Frau Ida gelangte im Febr. 1945 durch Vermittlung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) in die Schweiz. 1930 Dr. h. c. der RWTH Aachen; Neumark-Straße in Lübeck-Herrenwyk; Stolperstein an der Straße Alt Herrenwyk 1; Gedenktafel im Lübecker Rathaus für die Bürgerschaftsmitglieder, die Opfer des Nationalsozialismus wurden. Veröffentlichung: „Zur Frage der Gründung einer Vereinigung für den gemeinsamen Erzeinkauf der deutschen Eisenhüttenwerke“ (1917), mehrere Beiträge in Fachzeitschriften.

Lit.: Deutsche Wirtschaftsführer (1929), Sp. 1594 f.; Reichshandbuch 2 (1931), S. 1320 (P); Burschenschaftler-Stammrolle 1934, S. 349; Werist's (1935), S. 1138; Wulf Schadendorf (Hrsg.), Leben und Arbeit in Herrenwyk. Geschichte der Hochofenwerk Lübeck AG, der Werkskolonie und ihrer Menschen (1985), S. 284 f. (P); Walk (1988), S. 281; Martin Schumacher (Bearb.), MdL. Das Ende der Parlamente 1933 und die Abgeordneten der Landtage ... (1995), S. 32*, 883; Edzard Eichenbaum/Helmut Hinrichs, Daten zur Geschichte der Juden in Wittmund und die Wittmunder Judenfamilie Neumark, in: Herbert Reyer und Martin Tielke (Hrsg.), Frisia Judaica. Beiträge zur Geschichte der Juden in Ostfriesland (3. erw. Aufl., 1991, S. 171-187 mit P.); Biographisches Lexikon für Ostfriesland 2 (1997), S. 256 f. (Helmut Hinrichs, auch digital); Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter nationalsozialistischer Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945 3 (2. Aufl. 2006), S. 2549; DBE 7 (2007), S. 429; Heidi B. Neumark: Hidden inheritance. Family secrets, memory, and faith (2015); Helga Martens, Dr. M. N.: 1. Generaldirektor des Hochofenwerks Lübeck. Leben und Wirken (2020). Internet (17.10.2020): M. N., Portal: Lübeck/Projekt Bürgerschaft 1848-1937 (beide Wikipedia), Biographisches Lexikon – Ostfriesische Landschaft (Helmut Hinrichs); M. N. Opferdatenbank Holocaust (Todesfallanzeige Ghetto Theresienstadt). P.K.

Niehaus, Heinrich (Johann Dietrich), geb. 27.09.1898 in Hörsten/Kr. Bersenbrück (Reg.-Bez. Osnabrück) als Sohn eines Heuermanns (Kleinbauern), gest. 22.02.1977 in Bornheim b. Bonn (Frisia-Göttin-

gen 1918). Nach dem frühen Tod seines Vaters im Haus seines Großvaters Trimpe in Grönloh/Kr. Bersenbrück aufgewachsen, studierte er nach Besuch des Realgymnasiums in Quakenbrück Naturwissenschaften und Mathematik in Göttingen (1918-1919), musste das Studium jedoch nach drei Semestern aus wirtschaftlichen Gründen abbrechen. 1919-1920 praktische Tätigkeit in der Landwirtschaft und Einsatz im Göttinger Zeitfreiwilligen-Bataillon; 1921-1922 Redaktionsvolontär bei der „Westfälischen Landeszeitung“ in Münster, daneben Besuch von Vorlesungen der Volkswirtschaftslehre und der Geschichte an der Universität Münster, dann Schriftleiter beim „Lüneburger Tageblatt“; 1922-1924 Geschäftsführer des Kreislandbundes Bersenbrück, veröffentlichte bereits in dieser Zeit grundlegende Arbeiten wie „Das Heuerleutesystem und die Heuerleutebewegung“ (1924); ab WS 1924/25 Studium der Philosophie, Volkswirtschaft, Geschichte und Landwirtschaft an der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin; dort 27.07.1927 Promotion zum Dr. phil. mit der Dissertation „Die landwirtschaftlichen Betriebsgrößen und ihre Mischung in ihrer betriebs- und volkswirtschaftlichen Bedeutung, dargelegt an den Verhältnissen im Fürstentum Osnabrück“; seit 01.10.1927 Assistent beim Deutschen Forschungsinstitut für Agrar- und Siedlungswesen unter dessen Direktor Max Sering (1857-1939, Turnerschaft Istaevonia Leipzig, Landsmannschaft Teutonia Berlin/Rostock, VDSSt Berlin EM) und wiss. Hilfsarbeiter beim Reichs-Enquete-Ausschuss zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft (bis 1934); als Symptom für seine damalige oppositionelle Haltung bewertete er im Rückblick die Tatsache, dass er – „obwohl keineswegs Sozialist“ (Lebenslauf vom 29.05.1946 in Bonner Personalakten) – 1932 an einem Arbeitskreis teilnahm, dessen Mitglieder bald darauf emigrierten. Bei den letzten freien Reichstagswahlen gab der Lutheraner N. seine Stimme dem Zentrum. Bei den Bauern seiner Heimat als Gegner des Nationalsozialismus bekannt, wurde er

1934 wegen „staatsgefährdender Äußerungen“ angezeigt, aber nicht verhaftet. Unter Leitung von Sering u. a. mit Constantin von Dietze (1891-1973) an der Erarbeitung einer Denkschrift gegen das Reichserbhofgesetz vom 29.09.1933 (RGBl. I S. 685) beteiligt, die von der Gestapo beschlagnahmt wurde und zur Auflösung des Forschungsinstituts zum 01.01.1935 führte. Dieses wurde indes durch die Unterstützung des Reichsbankpräsidenten und Reichswirtschaftsministers Hjalmar Schacht (1877-1970) wieder finanziert und mit einer Darstellung der Ernährungswirtschaft im Ersten Weltkrieg beauftragt. Deren Veröffentlichung war nicht möglich, die Darstellung war archiviert, ist aber wohl nicht erhalten. 1936 Lehrauftrag für Statistik und Landwirtschaftspolitik an der Univ. Rostock; dort 31.10.1936 Dr. rer. pol. habil. und dann Dozent für Volkswirtschaftslehre und Agrarwissenschaften; 1937 Würdigung seiner Arbeiten durch den Frankfurter Wirtschaftswissenschaftler August Skalweit (Corps Borussia Tübingen); 01.07.1938 a. o. Prof. für Volkswirtschaftslehre; Herbst 1938 Teilnahme an der Internationalen Konferenz für Agrarwissenschaften in Kanada, Aug. 1939 Einberufung zur Wehrmacht, Einsatz im Nachschub in Polen und Frankreich; durch Unfall am 01.11.1941 schwer verwundet; Wiederaufnahme der Lehrtätigkeit in Rostock; Enttäuschung über Scheitern einer Bewerbung in Bonn und Berufung eines Konkurrenten auf den Lehrstuhl in Rostock ab Okt. 1942 zunächst Lehrstuhlvertretung, ab 08.07.1943 o. Professor für Agrarwesen und Agrarpolitik an der Reichsuniversität Posen; keine Verwicklung in die NS-Verdrängungs- und Ansiedlungspolitik im Warthegau; 15.08.-15.10.1944 Kolonnenführer bei der Organisation Todt; Teilnahme an den verlustreichen Rückzugskämpfen 1945 im Osten, trotz Oberarmschuss Ankunft in Rostock und kurz vor Einmarsch der Russen Flucht nach Holstein, dort fünf Wochen Lazarettaufenthalt und Entlassung durch die britische Militärregierung am 29.06.1945; bis Mai 1946 praktische Tätigkeit im landwirtschaft-

lichen Betrieb einer Verwandten in Axstedt/Kr. Wesermünde. Mit Urkunde des Oberpräsidenten der Prov. Nordrhein Robert Lehr (1883-1956, Corps Teutonia Marburg) v. 19.06.1946 Berufung zum o. Prof. für Volkswirtschaftslehre und Agrarpolitik an der Univ. Bonn (bis 1966). 1947/48 Mitherausgeber der „Hefte für Agrarwissenschaft und Agrarpolitik“; 1950 bis 1965 Mitglied bzw. Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit großem politischem Einfluss. Bei der Verleihung des Großen BVK im Sept. 1966 rühmte Bundesminister → Hermann Höcherl die großen Verdienste Niehaus' um das Landwirtschaftsgesetz v. 05.09.1955 (BGBl. I S. 565). Intensive Beschäftigung mit der Agrarpolitik der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG); 1960 Gastprofessor an der Univ. Saarbrücken; Nov. 1961 Rektor der Universität Bonn mit der Antrittsrede „Glanz und Elend der wissenschaftlichen Agrarpolitik“. Gründungsmitglied, ab 1967 Vorstandsvorsitzender der Deutsch-Chinesischen Gesellschaft (mit dem späteren Zusatz „Freunde Taiwans“); Mitglied der Internationalen Konferenz für Agrarwissenschaft, des Senats und des Hauptausschusses der DFG, der Gesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie sowie des Forschungsrates für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Dr. agr. h. c. der TU München (01.07.1964) und der Universität Gent (23.02.1970). Weitere Veröffentlichungen u. a.: „Richtlinien zur Neugestaltung der Pachtverhältnisse“ (1924), „Örtliche Schiedsgerichte als wirtschaftlicher und sozialer Pachtschutz im Heuerleutewesen“ (1925), „Theorien, Vorschläge und Gesetze zur Agrarreform“ (1947), „Der Bauer in der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung: Versuch einer agrarpolitischen Orientierung“ (1948), „Stellung und Aufgaben des Verbrauchers in der Ernährungswirtschaft“ (1956), „Agrarpolitik in der Sozialen Marktwirtschaft“ (1956), „Leitbilder der Wirtschafts- und Agrarpolitik in der modernen Gesellschaft“ (1957), „Probleme der Landwirtschaft in der indu-

striellen Gesellschaft“ (1959), „Gedanken und Bekenntnisse eines Agrarpolitikers“ (Hrsg. mit Arthur Hanau und Emil Woermann), Gesammelte Aufsätze von Constantin von Dietze (1962), „Aktuelle Fragen der Agrarpolitik im Rahmen der europäischen Integration“ (1965), „Ergebnisse der amtlichen Angora-Leistungsprüfungen (ALP) im Bundesgebiet in den Jahren 1958-1963“ (1965), „Agrarstruktur und Marktstruktur in Nordrhein-Westfalen“ (mit Paul Rintelen und Herbert Kötter, 1965), „Die Landwirtschaft unter den neuen Bedingungen der Standorte und Märkte: Entwicklungstendenzen und Orientierungshilfen“ (1967). „Den Agrarpolitikern in's Gedächtnis: Wege und Irrwege der Agrarpolitik“ (1976).

Lit.: BArch Koblenz bzw. Berlin, insbes. Nachlass Heinrich Niehaus N 1270 bzw. Personalakten des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (R 4901/24034); Archiv der Univ. Bonn, Personalakten 6527; Rektorat 116-29 Brieftagebuch, 51.52 Terminkalender; Archiv der Univ. Rostock: Personalakten Niehaus; LHA Schwerin: 5.12-7/1, Nr. 1196, 1446 f.; Burschenschaftler-Stammrolle 1934 (1934), S. 351; Wer ist's? (1955), S. 853; Meyers Großes Personenlexikon (1968), S. 949; Kürschner DGK (1970, N-Z), S. 2121 und 12 (1976, N-Z), S. 2258; Aloys Heupl, In memoriam H. N. und Hellmuth Wollenweber: Reden gehalten am 19. Oktober 1977 bei der Gedächtnisfeier der Universität Bonn (1978) (P); Andreas Dix, H. N., in: „Freies Land“. Siedlungsplanung im ländlichen Raum der SBZ und der frühen DDR 1945-1955 (2002), S. 448 f.; Michael Budrus und Sigrid Fritzlär, Die Professoren der Universität Rostock im Dritten Reich. Ein biographisches Lexikon, Texte und Materialien zur Zeitgeschichte 16 (2007), S. 298 f.; Heinrich Dams (Hrsg.), Agrarpolitik in der EWG. H. N. zum 70. Geburtstag (1968); H. N., geboren am 30.09.1898, zum Gedächtnis (Schriftenreihe der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie, 1998). Internet (21.11.2016): H. N. (Wikipedia), Catalogus Professorum Rostochiensium. Mitteilungen des Niedersächsischen LArch (Standort Oldenburg, Romy Meyer) (mit Kopie der Geburtsurkunde) v. 21.10., des BArch, Koblenz (Annegret Neupert) v. 29.10., des GStA Berlin (Christiane Brandt-Salloum) v. 30.10., der ev.-luth. Kirchengemeinde Badbergen (Barbara Sieg) v. 06.11. und des BArch, Berlin (Jana Blumberg) v. 18.11.2015. K.O.

Nies, (Ludwig) Helmut, geb. 05.09.1930 in Weidenau/Sieg (seit 1975 Stadtteil von Siegen) als Sohn eines Sparkassenbeamten,

gest. 05.06.2015 in Hennef/Sieg (Teutonia-Karlsruhe 1953/54). Aufgewachsen in Siegen/Westf.; nach Besuch des Städtischen Gymnasiums für Jungen Ausbildung zum Industriekaufmann, 1953 Kaufmannsgehilfenprüfung; ab SS 1953 Studium der Technischen Volkswirtschaft (Fachrichtung Maschinenbau) an der TH Karlsruhe; nach dem Vordiplom 1955 und der technischen Hauptprüfung 1956 in Karlsruhe Wechsel an die Universität Graz, Fakultät für Staatswissenschaften; 1958 Eintritt in die Bundeswehr bei der Feldzeugtruppe als Offiziersanwärter, aber weiterhin an der Universität Graz imm.; ebd. 04.12.1959 mit der Dissertation „Mittelstand und Mittelstandspolitik in der sozialen Marktwirtschaft“ zum Doktor der Staatswissenschaften (Dr. rer. pol.) promoviert; bei der Bundeswehr 06.10.1958-30.09.1960 Offiziersausbildung bei der Truppe, an der Heeresoffiziersschule III München und der Technischen Truppendschule Sonthofen; 1960 Leutnant, 1961 Olt, 1964 Hauptmann, 1967 Major, 1970 Oberstleutnant, 1972 Oberst, 1980 Brigadegeneral; 01.10.1960-30.09.1961 Hörsaaloffizier der Feldwebellehrgänge und Zugführer der Instandsetzungs-Unteroffizier-Lehrkompanie an der Schule für Technische Truppen III in Sonthofen; 1961-1963 Aufbaustudium an der FH des Heeres in Darmstadt (Abschluss Ing. grad. (Maschinenbau), 1981 Nachgraduierung zum Dipl.-Ing.); 01.04.1963-31.03.1965 Hörsaalleiter der Fähnrichlehrgänge an der Schule für Technische Truppen I in Sonthofen und in Aachen; 01.04.1965-30.09.1966 Kommandeur des Versorgungsbattalions 442 in Amberg, 01.10.1966-31.03.1970 Leiter des Dezernats Versorgungsverfahren im Heer beim Truppenamt in Köln, 01.04.1970-30.09.1971 Kommandeur des mittleren Instandsetzungsbattalions 450 in Koblenz, 01.10.1971-30.09.1973 Gruppenleiter der Instandsetzungstruppen und -dienste im Heeresamt in Köln; 01.10.1973-30.04.1975 Stellv. Kommandeur und Kommandeur der Brigadeeinheiten der Panzergrenadierbrigade 24 in Landshut, 01.05.1975-31.03.1979 Inspizient der Instandsetzungstruppen

und -dienste im Heeresamt in Köln, 01.04.1979-30.09.1980 Referatsleiter in der 5. Stabsabteilung des Führungsstabes des Heeres im Bundesministerium der Verteidigung in Bonn, 01.10.1980-30.09.1988 Leiter der Abt. VIII und General der Technischen Truppen im Heeresamt in Köln; 30.09.1988 Dienstzeitende; Gründungsmitglied und erster Vorsitzender des 1990 gegründeten „Blauen Bundes e. V.“ (Interessengemeinschaft für Logistik, Rüstung und Nutzung der Bundeswehr); nach Beendigung des Vorsizes im Nov. 1998 Ernennung zum Ehrenmitglied des „Blauen Bundes“; BVK 1. Kl. (1988), BVK am Band (1979), Ehrenkreuz der Bundeswehr in Gold (1988), Legion of Merit (1988).

Lit.: Eigenhändiger Lebenslauf vom 30.11.1958 (Archiv der KB Teutonia). Georg Kirschner, Mitgliederverzeichnis der Karlsruher Burschenschaft Teutonia (1966), S. 128 (Nr. 1164); Manfred Salowski, Handbuch der Bundeswehr und der Verteidigungsindustrie 1987/88 (1988), S. 89 (P); Burschenschafter-Stammrolle 1991 (1991), S. 156; Dermot Bradley/Heinz-Peter Würzenthal/Hansgeorg Model: Die Generale und Admirale der Bundeswehr 1955-1999 – Die militärischen Werdegänge – Bd. 3: Laegeler-Quiel (2005), S. 390 f. (P); Traueranzeige „Dipl.-Ing. Dr. rer. pol. Helmut Nies“, in: General-Anzeiger Bonn v. 17.06.2015; Hans-Joachim Schaprian, Nachruf zum Tode des langjährigen Vorsitzenden Herrn Brigadegeneral a. D. Dr. Helmut Nies, in: „Blauer Bund e. V.“ Newsletter Juli 2015, S. 12/13; Nachruf in Nachrichtenblatt der Karlsruher Burschenschaft Teutonia Nr. 2/2015, S. 40 f. (P). Internet (10.08.2020): H. N., Liste von Mitgliedern der Karlsruher Burschenschaft Teutonia (beide Wikipedia, mit Fehlern), Blauer Bund e. V., Chronik. Mitteilungen des Standesamtes Meckenheim (Anita Neuenfeldt) v. 17.08.2020 und des StadtA Siegen (Markus Müller) v. 19.08.2020. H.D.

Nockemann, Hans, geb.16.11.1903 in Aachen als Sohn eines Kaufmanns, gest. 19.12.1941 vor Moskau (Alemannia-Bonn 1922); als 15jähriger im letzten Jahr des Ersten Weltkriegs zehn Wochen Dienst als Jungmann in der Etappe; nach Abitur Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Bonn und München; Herbst 1923 in Aachen Beteiligung am Kampf gegen die rheinischen Separatisten; Festnahme durch belgische Besatzungsgruppen und nach einigen Hafttagen nach Bonn abgeschoben;

1929 Dr. iur. Köln („Einige Streitfragen aus dem Kohlenwirtschafts-Gesetz und den dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen und ihre Beurteilung in der Praxis der ordentlichen Gerichte und der Organe der Kohlenwirtschaft“); Okt. 1931 am Amtsgericht Aachen; Nov. 1931 Mitglied der NSDAP (Nr. 1107551), obwohl zum damaligen Zeitpunkt die Mitgliedschaft preußischer Beamter in KPD und NSDAP als Dienstvergehen verboten war; Mai 1932 Mitglied der SA; Nov. 1932 Austritt, um als Rechtsberater der Aachener NSDAP-Kreisleitung mehr Zeit für die Parteiarbeit zu haben. Nach einem Bericht des BNSDJ Bezirk Köln, vom 22.09.1933 an den Preußischen Innenminister sei er „einer der allerersten Beamten gewesen, die sich der nationalsozialistischen Bewegung nicht nur angeschlossen, sondern auch dauernd und energisch in ihr mitgearbeitet haben. Stets ist er in aller Öffentlichkeit und auch gegenüber seinen Behördenchefs als Nationalsozialist aufgetreten.“ Einem Antrag N.s vom Febr. 1933 auf Übernahme in die preußische innere Verwaltung wurde aufgrund lobender Empfehlungen (u. a. vom Duisburger Oberbürgermeister und Reichspräsidentenskandidat von 1925 → Karl Jarres und vom Aachener Oberbürgermeister Wilhelm Rombach) entsprochen. Probestellung als Justitiar und zum 10.05.1933 dem Regierungspräsidenten in Aachen zugewiesen; politischer Sachbearbeiter, Pressedezernent, Leiter der Staatspolizeistelle; 01.11.1933 Regierungsassessor, Juni 1934 Regierungsrat; Juni 1935 Leitung der Staatspolizeistelle Köln; Herbst 1935 als Leiter der Gestapo nach Koblenz versetzt, am 01.10.1936 Beförderung zum Oberregierungsrat; 1939 Inspekteur der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes in Düsseldorf; SS-Sturmabführer; mit Beginn des Westfeldzuges im Mai 1940 zum Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD (BdS) für die besetzten Niederlande ernannt; Juni 1940 Leiter einer Razzia und Durchsuchung von niederländ. Verlagen für deutschsprachige Emigrantensliteratur in Amsterdam; Beschlagnahme eines großen Teils der Publi-

kationen deutscher Emigranten der Verlage Querido (in dem u. a. Heinrich Mann, Klaus Mann, Jakob Wassermann, Lion Feuchtwanger, Anna Seghers, Arnold Zweig und Alfred Döblin veröffentlichten) und Allert de Lange; Sept. 1940, nach einer kurzen erneuten Zwischenstation als IdS in Düsseldorf, Leiter der Amtsgruppe II (Organisation, Verwaltung und Recht) des RSHA in Berlin; Anfang Juni Fronteinsatz bei der Waffen-SS; 1941 durch einen Autounfall, bei dem seine Frau und sein Fahrer ums Leben kamen, schwerverletzt; zur 2. SS-Panzerdivision „Das Reich“ eingezogen; starb am 19. Dezember 1941 in einem Lazarett an den Folgen der Verwundung, die er in der Schlacht um Moskau durch einen Granatsplitter erlitt.

Lit. (z. T. auszugsweise digital): Detmar Philippi: Alemannen-Album (1969), S. 72; Michael Wildt: Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes (2003) a. m. O.; Klee (2003), S. 437 f.; Christian Ingrao, Hitlers Elite. Die Wegbereiter des nationalsozialistischen Massenmords (2010), a. m. O.; Detlev Humann, „Arbeitsschlacht“. Arbeitsbeschaffung und Propaganda in der NS-Zeit 1933-1939 (2011), S. 226, 316, 463, 469; Johannes Koll, Arthur Seyß-Inquart und die deutsche Besatzungspolitik in den Niederlanden (1940-1945) (2015), S. 74 f. Internet (20.01.2017): H. N. , Burschenschaft Alemannia Bonn. Bekannte Mitglieder (beide Wikipedia). P.K.

Oberkofler, Josef, geb. 25.12.1900 in Linz a. d. Donau als Sohn eines Magistratsangestellten, gest. 22.12.1959 ebd. (Akad. Burschenschaft der Pappenheimer-Innsbruck). Nach Besuch des Gymnasiums in Linz 1918 Einj.-Freiw. beim österr. Schützen-Regiment 2 in Brünn, Matura deshalb erst 1920; danach ab 1920 Angestellter bei der Bundesbahn-Direktion in Linz; schon ab 1921 in der nationalsozialistischen Bewegung aktiv und als Mitglied sogen. Ordnertrupps Teilnahme an Parteiveranstaltungen; Herbst 1922 Fahrdienstleiter in Imst (Tirol); Kündigung und ab 1924 Studium der Rechtswissenschaften in Innsbruck; 1929 ebd. Dr. iur.; ab 1929 Mitglied des Jägerbataillons des Heimatschutzes Linz; nach Gerichtspraxis beim Landes- und Bezirksgericht Linz 1930-1936 in der Kanzlei des Linzer Rechtsanwalts Beuerle; Aug. 1931

Eintritt in die NSDAP (Nr. 514486) und politischer Leiter in der Bezirksleitung Linz; auch als Bezirksredner, Rechtsberater und Mitglied der NS-Kulturgemeinde in der NSDAP tätig; Mitglied des Kampfbundes für deutsche Kultur; nach Machtübernahme der Nationalsozialisten 1938-1945 SS-Untersturmführer; beim SS-Sturmabteilung I/37 in Linz Leiter der Abt. „Rasse und Kultur“; wegen nationalsozialistischer Betätigung im Febr. 1936 verhaftet und im Juni 1936 vom Landesgericht Linz zu drei Monaten strengem Arrest verurteilt sowie strafweise aus der österr. Anwaltsliste gestrichen; im Juli 1937 amnestiert und aus der Haft entlassen; ab Mai 1937 SS-Ausbildung im Lager Ranis in Thüringen; Mitglied der SS (Nr. 284487) im Rang eines Untersturmführers; Aug. 1937 Anstellung am OLG München und Vorbereitung auf die Assessorenprüfung; nach dem Anschluss Österreichs 1938 Rückkehr nach Oberösterreich; 01.08.1938 Anstellung als provisorischer Regierungskommissär bei der Bezirkshauptmannschaft Linz-Land; 1939 Versetzung nach Schärding und Bestellung als komm. Landrat; 18.03.1940 zum Landrat von Schärding ernannt; Juni 1945 aus dem Landesdienst entlassen; März 1949 vom Volksgericht Linz wegen Illegalität §§ 10 und 11 VG und § 58 StG zu einer Haftstrafe von 12 Monaten verurteilt.

Lit.: Internet (20.01.2019): J. O. (Wikipedia), Dr. J. O. (1900-1959) (mit Quellenangaben), Bundesland Oberösterreich. P.K.

Oelze, Friedrich, geb. 11.09.1873 in Blankenberg/Saale, gest. 10.10.1954 in Bernburg/Saale (Salingia-Halle 1896). Nach Besuch des Gymnasiums in Stendal Studium der ev. Theologie und der Philologie in Tübingen, Berlin und Halle; 1898-1900 Kandidat am Pädagogium zum Kloster „Unserer Lieben Frauen“ in Magdeburg; 1900-1901 kommissarischer Seminarlehrer in Delitzsch, 1901-1904 Seminarlehrer in Verden a. d. Aller, 1904-1907 Oberlehrer und Inspektor an der Waisen- und Schulanstalt in Bunzlau/Schlesien und 1907-1912 Seminardirektor in Steinau a. d. Oder; 1912 Oberstudiendirektor, Hauptmann der

Landwehr a. D.; 1915-1918 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses für den Wahlkreis Reg.-Bez. Liegnitz 4 (Bunzlau-Löwenberg); nach der Novemberrevolution Eintritt in die DNVP; 1919-1921 Mitglied der Verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung (DNVP); 1921-1933 Abgeordneter des Preußischen Landtags (DNVP); 1932-1933 Stellv. Vorsitzender der DNVP-Fraktion.

Lit.: Wer ist's?, 9. Ausg. (1928), S. 1133; Thomas Kienast (Hrsg.), Handbuch für den Preußischen Landtag, Ausgabe für die 5. Wahlperiode (1933), S. 367; Burschenschafter-Stammrolle (1934), S. 357; Bernhard Mann (Bearb.), Biographisches Handbuch für das Preußische Abgeordnetenhaus. 1867-1918 (1988), S. 287; Mann (1988), S. 287; Kühne (1994), S. 367. Internet (20.04.2020): F. O., AHB! Rhenania-Salingia Düsseldorf, Bekannte Mitglieder (Wikipedia). P.K.

Oertel, Richard, geb. 14.09.1860 in Horna bei Simmern als Sohn eines Pfarrers und späteren Superintendenten, gest. 14.02.1932 in Neuerkirch bei Simmern (Deringia-Tübingen 1879/80). Nach dem Be-



such der Höheren Bürgerschule in Simmern und des Gymnasiums in Kreuznach Militärdienst als Einjährig-Freiwilliger und Studium der ev. Theologie 1880 in Tübingen, 1880-1882 in Leipzig und 1883 in Bonn; nach dem ersten theologischen Examen 1893 und dem Vikariat in Kappel zweites theologisches Examen 1885 vor

dem Konsistorium in Koblenz; 1895-1896 Hauslehrer bei der Künstler-Familie Cauer in Rom; 1886-1930 Pfarrer in Neuerkirch/Hunsrück; 1892-1921 Vorsitzender des von ihm gegründeten Hunsrücker Bauernvereins (mit Ortsgruppen in allen Dörfern und Gemeinden), für den er die Zeitschrift „Hunsrücker Bauer“ herausgab; Mandatsträger im Bund der Landwirte, 1907-1913 Direktor der Schmiedelanstalten, einer Einrichtung der ev. Kirche der Rheinprovinz für verwaiste und heimatlose Kinder; außerdem ab 1909 Vorsitzender des Ev. Krankenhausvereins in Simmern; als Anhänger der Ideen von Friedrich Wilhelm Raiffeisen Einsatz für die Gründung genossenschaftlicher Spar- und Darlehnskassen; Aufsichtsratsmitglied der Landwirtschaftlichen Zentral-Darlehnskasse für Deutschland; 1903-1906 im Zentralvorstand der Nationalliberalen, die er 1912-1918 im Preußischen Abgeordnetenhaus vertrat; nach dem Ersten Weltkrieg Mitglied der Deutschen Volkspartei (DVP), die er von Januar 1919 bis Juni 1920 für den Wahlkreis 21 (Koblenz-Trier) in der Weimarer Nationalversammlung und von Juni 1920 bis Mai 1924 in der verfassungsgebenden Weimarer Nationalversammlung vertrat. Durch seine Heirat mit Elise Cauer war er mit der Künstlerfamilie Cauer eng verbunden. R.-O. Straße in Simmern.

Lit.: Ernst Gillmann, Der Hunsrücker Bauernpfarrer O. (1933); Albert Rosenkranz, Das Evangelische Rheinland 2 (1958), S. 369; MV Derendingia zu Tübingen (1967) Nr. 56; Mann (1988), S. 287; Andreas Nikolay, Pfarrer R. O. (1860-1932) und der Hunsrücker Bauernverein. Eine sozialgeschichtlich-biographische Studie (Diss. Mainz 2001); Gerd Danco, R. O. als „homo politicus“ (2002); Achim R. Baumgarten (Hrsg.), R. O.: Genossenschaftspionier, Politiker, Pfarrer, Bauernführer. Zum 70. Todestag eines Visionärs (2002); Alfons Friederichs (Hrsg.), Persönlichkeiten des Kreises Cochem Zell (2004); Helmut Müller; R. O., der „Hunsrücker Bauernpfarrer“ (2009); Rhein-Hunsrück-Kalender 66 (2010), S. 136-138; Jochen Cruch, Die evangelischen Pfarrerinnen und Pfarrer im Rheinland 3 (2018), Nr. 9473. Internet (26.12.2020): R. O. (Wikipedia), BIORAB Weimar; Rheinland-Pfälzische Biographie. P. K.

Onken, Günther (Heinrich Bernhard), geb. 08.10.1901 in Oldenburg i. Ol. als Sohn

eines Kaufmanns, gest. 21.10.1970 in Delmenhorst (Brunsviga-Göttingen 1920). Nach Besuch der Oberrealschule in Oldenburg 1920-1923 Studium der Rechtswissenschaften und der Politik in Göttingen und Leipzig; Referendarprüfung 1923 am OLG Oldenburg, 1927 Assessorexamen ebd.; 1924 Dr. iur. Leipzig („Das oldenburgische Grunderbrecht“); seit 1927 Rechtsanwalt in Delmenhorst (Gemeinschaftspraxis mit seinem Bbr. Heinrich Nutzhorn, Febr. 1934 erzwungene Selbstauflösung). Mitglied der Bremer Freimaurerloge „Friedrich Wilhelm zur Eintracht“; in der NS-Zeit als Freimaurer („gesteuerte Erfüllungsgehilfen jüdischer Weltherrschaftspläne“) Denunziationen und Beeinträchtigungen ausgesetzt; deshalb erst im Nov. 1939 zum Notar ernannt; während des Kirchenkampfs auf Seiten der regimekritischen „Bekennenden Kirche“; im Zweiten Weltkrieg von Jan. 1940 bis Apr. 1945 Obergefreiter beim Flak-Regiment Bremen; politisch unbelastet nach dem Krieg Präsident des VB Oldenburg; aktive Teilnahme am Gemeindeleben der ev. Kirche; Okt. 1945 Mitglied (Ratsherr) der von der britischen Militärregierung ernannten Stadtvertretung; 25.11.1945 von der Stadtvertretung zum Stellv. des Ratsvorsitzenden gewählt; von der ersten (30.01.1946) bis zur letzten Sitzung (06.11.1946) Abgeordneter des von der britischen Militärregierung Ernannten Oldenburgischen Landtags; dort Mitglied des Verwaltungs- und Geschäftsordnungsausschusses; 1949 Gründungsmitglied der neu gegründeten Delmenhorster Johannisloge „Horst zur Beständigkeit“, daneben als Rechtsreferent und langjähriger Sprecher weiterhin in der ev. Kirchenarbeit und in der Kreissynode engagiert; mehrfach zur Landessynode delegiert.

Lit.: Burschenschaftler-Stammrolle 1934 (1934), S. 359; 663; 1037; Simon (1996), S. 279; Frank Hethey, Landtagsmandat krönte kurze politische Laufbahn; G. O. (1901-1970) – allseits geschätzter Anwalt, Notar, Freimaurer und Kommunalpolitiker, in: Von Hus un Heimat. Beilage zum Delmenhorster Kreisblatt, Jg. 58 (2007), Nr. 5, 03.02.2007, S. 68; Stucken (2008), S. 83. Internet (15.01.2020): G. O., Ernannter Oldenburgischer Landtag (beide Wikipedia). P.K.

Onnen, Alfred (Bernhard Ludwig), geb. 11.12.1904 in Hohenkirchen/Amt Jever i. Ol. als Sohn eines Kaufmanns und Gastwirts, gest. 16.05.1966 in Jever/Kr. Friesland (Teutonia-Freiburg 1924). Nach Besuch des humanistischen Marien-Gymnasiums in Jever Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an den Universitäten Freiburg i. Br., Wien und Göttingen; beide juristische Staatsexamina; vorübergehend in der Privatwirtschaft tätig, dann als Rechtsanwalt in Berlin niedergelassen; seit 01.05.1937 Mitglied der NSDAP (Nr. 4436574); 1940-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg; Rückkehr in seine friesische Heimat, Rechtsanwalt und Notar in Jever; Mitglied der in Friesland lange dominierenden FDP; 1946-1949 Bürgermeister von Jever; 1947 zum Stellv. Landesvorsitzenden der FDP Niedersachsen gewählt, außerdem Mitglied im Bundesvorstand der Partei; 1949 Einzug über die Landesliste Niedersachsen in den Bundestag und 1953 Wiederwahl (bis 1957); bei der Spaltung der Fraktion 1956 Verbleib bei der Fraktionsmehrheit in Opposition zur vorher unterstützten Regierung Adenauer; zusammen mit Bundesjustizminister → Thomas Dehler und dessen Amtsnachfolger Fritz Neumayer Mitarbeit in der FDP-internen Untersuchungskommission zur Aufklärung der Affäre um den FDP-Kreis in Nordrhein-Westfalen mit den vormaligen Staatssekretär im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda Werner Naumann (1952/53); außerdem maßgeblicher Schöpfer des in den Grundzügen noch heute geltenden Bundeswahlgesetzes 1953 mit der erstmaligen Einführung einer 5 %-Sperrklausel auf Bundesebene.

Lit.: Burschenschaftler-Stammrolle 1934 (1934), S. 359; Handbuch des Deutschen Bundestages (Hrsg. Fritz Sänger, 1954), S. 288; Wer ist's? (1955), S. 872; Vierhaus/Herbst/Jahn 2 (2002), S. 621 und a. m. O.; Udo Leuschner, Die Geschichte der FDP. Metamorphosen zwischen rechts, liberal und neokonservativ (2010), S. 11; Klaus Oldenhege, Burschenschaftler im Deutschen Bundestag (1949-2015), in: Festschrift 2015 (= DuQ 21), S. 1143-1174, hier S. 1146 ff. Internet (21.11.2016): A. O. (Wikipedia), Biographien BArch; Nachlass N1 Thomas Dehler im Archiv des Liberalismus. Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit; Münzinger-Archiv IBA, Jever. Bekannte Personen Mit-

teilungen von Eckard Vogel (Teutonia-Freiburg) v. 21.07., des Standesamtes Wangerland (Siegbert Tammen) v. 29.07. und des Marien-Gymnasiums Jever (mit Bericht über das Schuljahr 1923/24, Edith Klostermann) v. 01.08.2014. K.O.

Ortiz, Carlos Rodrigo (Karl), geb. Alamos, Prov./Bundesstaat (Estado Libre y Soberano) Sonora/Mexiko 1851 als Sohn eines Großgrundbesitzers, gest. Mexiko-Stadt 1902 (Normannia-Leipzig 1871/72). Nach Privatunterricht und Liceo in Sonora SS 1871 Studium der Rechtswissenschaften und der Kameralistik in Göttingen, WS 1871/72 in Leipzig (28.10.1871 imm.); SS 1872 in Göttingen, studierte auch an der Universität Mexiko-Stadt; vor Juli 1879 Grundbesitzer in Mexiko, in der Liberalen Partei engagiert, 1877 Abgeordneter des 1. Wahlbezirks in Alamos für das Parlament von Sonora, 1880 Bundesabgeordneter für Alamos, erhielt als Vertreter Sonoras eine Konzession der mexikan. Bundesregierung zum Bau einer Staatseisenbahn von Alamos nach Yavaros; betrieb den Bau der Eisenbahn zwischen Guaymas und Hermosillo (eingeweiht Ende 1881), „was dem gesunden Wirtschaftsleben neue Horizonte eröffnete“; 01.09.1881-1883 Gouverneur des Bundesstaats Sonora, 05.11.1881 gesetzliche Einführung der Schulpflicht in Sonora und Gründung des am 01.07.1882 eröffneten Wissenschaftlichen und Literarischen Instituts in Hermosillo, 29.01.1883 Verlängerung der Amtszeit um 40 Tage, dann von General Juan de la Luz Enriquez (1836-1892) zum Rücktritt gezwungen, Rückzug aus der Politik; 1898/99 Europa-Reise und mehrwöchiger Aufenthalt in Leipzig, im WS 1898/99 Teilnahme an fast allen Veranstaltungen Normannias.

Lit.: BArch, Koblenz, DB 9: Deutsche Burschenschaft, M. Burschenschaftlerlisten Leipzig, Normannia: Ortiz, Carlos Rodrigo; UA Leipzig, Rep. M 28-85074; ebd., Rep. II, Kap. XVI, Sectio II, Nr. 32, Vol. III, WS 1871/72, Bl. 128; Harald Lönnecker (Bearb.), Stammrolle des Akademischen Turnvereins, der Turnerschaft, der Freien schlagenden Verbindung und der Burschenschaft Normannia zu Leipzig/Normannia-Leipzig zu Marburg 1868-2018, 2 Teile (Stand: 05.12.2018), WS 1871/72; Francisco R. Almada (Bearb. und Hrsg.): Diccionario de Historia, Geografía y Biografía Sonnrenses, Hermosillo, Sonora/Mexiko 1983; N. N.: Carlos

Rodrigo Ortiz, in: Sonora Mágica v. 26. 09. 2008. H.L.

Pace von Friedensberg, Anton Graf, geb. 14.11.1851 auf Burg Thurn-Gallenstein bei Heiligenkreuz b. Littai/Unterkraain als Sohn des Karl Maria Philipp Graf v. P.-F. (1821-1884) und der Kamilla Baronesse v. Schweiger-Lerchenfeld, einem friaulisch-tridentinischem Adelsgeschlecht entstammend, gest. 29.12.1923 in Wien (Stiria-Graz 1870). Nach Besuch des Gymnasiums Studium der Rechtswissenschaften in



Graz; „eine der gefürchtetsten ‚Klingen‘ der Stiria, bestritt allein zwei der insgesamt vier protokollierten Pistolenduelle ... auch seiner Karriere hat die seinerzeitige Verurteilung wegen Verbrechens des Zweikampfes offensichtlich nicht geschadet“ (Cerkwinka (2002), S. 29); 1874 in Krain Eintritt in den Staatsdienst; 1883 Bezirkshauptmann von Loitsch, 1886 Ministerialsekretär im Ministerium des Inneren, 1888 Statthaltereirat in Graz; 1889 als Hofrat nach Czernowitz, wo er, zunächst provisorisch, seit Anfang 1891 definitiv Landespräsident der Bukowina wurde; nach schweren Auseinandersetzungen mit der rumänischen Nationalpartei 1892 abberufen und Vizepräsident des Obersten Rechnungshofes in

Wien, 1900 Sektionschef im Ministerium des Inneren, 1905 im Ruhestand. P. galt als führender Experte im Verwaltungsrecht und schuf eine neue Geschäftsordnung für das Ministerium des Inneren; vielfach ausgezeichnet, u. a. 1897 k. u. k. Geheimer Rat, 1909 Mitglied des Herrenhauses auf Lebenszeit, 1911-1914 Vizepräsident der Kommission zur Beschleunigung der Rechtsreform; galt als einer der profiliertesten österreichischen Verfassungsjuristen seiner Zeit; Ehrenbürger von Czernowitz. Von früher Jugend an der slowenischen Nation und deren Literatur – zu seinen Lehrern gehörte der slowenische Dichter Fran Levstik (1831-1897) – eng verbunden, war er einer der besten und frühesten Übersetzer des slowenischen Nationaldichters France Prešeren (1800-1849). Schon als Gymnasiast veröffentlichte er 1868 eine Übersetzung „An die Saiten (Strunam)“ und 1869 einen Band mit 17 Gedichten Prešerens in deutscher Sprache („Lieder des F. P.“), die bis dahin umfangreichste Sammlung von dessen Übersetzungen. Zwei Übersetzungen von Gedichten – „Des Töchterleins Rath“ (Hčere svèt) und „Doktor, rechtsgelehrter Doktor“ (Dohtar) wurden am 23.12.1899 im „Agramer Tagblatt“ veröffentlicht. Später überarbeitete und komplettierte P. seine Übersetzungen. Ein 107 Seiten umfassendes Manuskript aus dem Jahr 1873 mit dem Titel „Preširns Gedichte“ blieb jedoch unveröffentlicht. In seiner Jugend war P. auch Mitglied eines literarischen Kreises um den slowenischen Schriftsteller und Politiker Janko Kersnik (1831-1887). Weitere Veröffentlichungen u. a.: „Detaillirtes Nachschlag-Register zu den im Bereiche der politischen Verwaltung in den Jahren 1871 bis einschließlich 1885 erschienenen Normalien“ (1886), Ernst Mayrhofers „Handbuch für den politischen Verwaltungsdienst in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern“ (Hrsg., Neubearbeitung ab 5. Aufl. 1895-1914), „Das Wasserrecht“ (1901), „Das Wiesenrecht“ (1901), „Vorschläge zu einer Neuordnung Oesterreichs. Im Auftrage des Ausschusses für österreichische Adria-Interessen ausgearbeitet“

(1907), „Die Bauordnungen samt den Bezugsvorschriften und der neueren Judikatur“ (Hrsg., 2. Aufl. 1911), „Die Dienstpragmatik (Gesetz über das Dienstverhältnis der Staatsbeamten und der Staatsdienerschaft ...“ (Hrsg., 1914).

Lit.: Wer ist's? (1905), S. 626, (1909), S. 1027, (1914), S. 1235; Neue Freie Presse v. 28.12.1909; Wiener Zeitung v. 07.01.1924; GothTb der gräfl. Häuser 114 (1941), S. 355; Erwin Kästler, Vom kulturlosen Volk zur europäischen Avantgarde. Hauptlinien der Übersetzung, Darstellung und Rezeption slowenischer Literatur im deutschsprachigen Raum (2006), S. 137 und 153. Internet (08.07.2015): A. P. v. F., P. v. F., France Prešeren (alle Wikipedia); ÖBL; A. P. v. F.-Unionpedia; Pace, Anton, Graf (1851-1923) – Slovenska biografija; A. P. Wikipedija, prosta enciklopedija; A. P. Quikiwiki. H.D./P.K.

Pelte, Karl, geb. 14.07.1908 in Berlin, gest. 30.04.1962 in Wilhelmshaven (Saravia-Berlin 1927). Nach Besuch des humanistischen Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums in Berlin ab 1927 ebd. Studium der Rechts- und Staatswissenschaften; seit 01.05.1933 Mitglied der NSDAP (Nr. 2659564), spätestens seit 1935 Mitglied der SS (Nr. 185047), Unterscharführer des Berliner SS-Sturms 10/75; nach der Referendaraus- bildung Jan. 1937 Zweite Große Juristische Staatsprüfung; Sept. 1937 Ernennung zum Marine-Intendanturrat; entsprechend den geltenden Bestimmungen wegen Eintritts in den Verwaltungsdienst der Kriegsmarine in Wilhelmshaven rückwirkend zum 15.07.1936 „ehrentvoll“ aus der SS entlassen; Teilnahme am Zweiten Weltkrieg; 1942 Ober-Intendanturrat (Geschwaderintendant); bis 1946 in britischer Kriegsgefangenschaft; nach Entlassung 1947 zunächst Landarbeiter auf der Insel Fehmarn; März 1949-März 1950 Sachbearbeiter für ehemaliges Wehrmachtsvermögen beim Oberfinanzpräsidenten Hannover; anschließend Betriebsdirektor und Prokurist in einem Textilunternehmen in Wilhelmshaven; seit Apr. 1956 Hauptabteilungsleiter bei den Olympia-Werken AG ebd.; Geschäftsführender Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Wilhelmshaven; Nov. 1952 Wahl in den Rat der Stadt Wilhelmshaven; dort bis 1955 Fraktionsvorsit-

zender des Rechtsblocks; 06.05.1955-30.04.1962 Abgeordneter des Niedersächsischen Landtags der 3. und 4. Wahlperiode; 11.05.1959-30.04.1962 Stellv. Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion; 09.05.1955-05.05.1959 DP/CDU-Fraktion.

Lit.: BA Berlin: RS (ehem. BDC), Pelte, Karl. Burschenschafter-Stammrolle 1934 (1934), S. 367; Horst Dieter Swienty, 100 Jahre Saravia. 5. VI. 1872-5. VI. 1972 (1972), o. S.; Simon (1996), S. 288. Internet (21.01.2020): K. P. (Wikipedia), Liste der Mitglieder des Niedersächsischen Landtags (4. Wahlperiode); Hans-Peter Klausch, Braune Wurzeln – Alte Nazis in den niedersächsischen Landtagsfraktionen von CDU, FDP und DP. Zur NS-Vergangenheit von niedersächsischen Landtagsabgeordneten in der Nachkriegszeit, S. 9, 21; Alte Ratsmitglieder seit 1946 (A-D)-Stadt Wilhelmshaven. P.K.

Perkonig, Josef Friedrich (Ps. Carinthiacus), geb. 03.08.1890 in Ferlach/Kärnten als Sohn eines slowenischen Büchsenmachers und einer deutschen Mutter, gest. 08.02.1959 in Klagenfurt (Pennal-conservative B. Normannia-Klagenfurt 1906). Als 16jähriger Mitglied der damals verbotenen Pennalen Klagenfurter Burschenschaft Normannia, deren Mitglied er bis zu seinem Tod blieb (Couleurname „AH Dr. Siegfried von Odenheim von Eichenhort“); 1910 widmete er dieser als erstes seiner Gedichte das Farbenlied; zeitweise Erster Sprecher der Normannia; nach Absolvierung der Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalt in Klagenfurt 1905-1909 Unterlehrer in Obervellach und St. Johann am Brückl, nach der Lehrbefähigungsprüfung 1911 für allgemeine Volksschulen ab 1912 in Viktring (Klagenfurt); 1911 Veröffentlichung seines ersten Bandes mit Erzählungen „Sonntagskinder. Geschichten aus der Kärntner Mark“; wegen starker Kurzsichtigkeit als „untauglich“ vom Einsatz im Ersten Weltkrieg befreit, jedoch 1918-1920 am Kärntner Abwehrkampf gegen die Südslawen beteiligt; nach der Besetzung Südkärntens aus dem Schuldienst entlassen; berichtete (z. T. unter Pseudonym) über den „Kärntner Abwehrkampf“; im Auftrag des Kärntner Heimatbundes (KHB) Sammler und Bearbeiter der Erlebnisberichte von Abwehrkämpfern („Kampf um Kärnten“,

1930); als Chefredakteur der Zeitung „Kärntner Landsmannschaft“ mitverantwortlich für die Pressekampagne im Vorfeld der Volksabstimmung von 1920; Anfang 1920 Kulturreferent des KHB; 1922 bis zu seiner Pensionierung 1951 Professor an der Lehrerbildungsanstalt Klagenfurt, unterrichtete zunächst an der Übungsschule, nach der Lehrbefähigung für Bürgerschulen (1926) Deutsch, Geschichte, Geographie und Volkskunde; aktiv im KHB, der in 1930er Jahren als Tarnorganisation der verbotenen NSDAP galt, 1930-1938 dessen Obmann; 1933 Austritt aus dem PEN-Club (Wiedereintritt 1953); Vertrauensmann für Kärnten der NS-Tarnorganisation „Bund deutscher Schriftsteller Österreichs“; galt trotz seiner politischen Haltung gleichzeitig als prominenter Autor des Ständestaates; Propaganda für den Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich; 1934 von der Kärntner Landesregierung in den Beirat der Landeshauptstadt Klagenfurt berufen; 1936-1938 Landtagsabgeordneter; 1937 Volkspolitischer Referent der „Vaterländischen Front“ in Kärnten; beteiligte sich mit einem Beitrag am „Bekenntnisbuch österreichischer Dichter“ (hrsg. vom Bund deutscher Schriftsteller Österreichs, 1938), das den „Anschluss“ begeistert begrüßte; nach dem „Anschluss“ 1938 Landesobmann der Gruppe Schriftsteller in der Reichsschrifttumskammer Kärnten (RSK); 1940-1943 i. V. des eingerückten Landesleiters Emil Lorenz Geschäftsführer der RSK; zeitweise Leiter von Peter Rosseggers „Heimgarten. Zeitschrift für das deutsche Haus“; publizierte auch in der NS-Zeit. Seine Bücher „Heimat in Not. Erlebnisse und Berichte um das Schicksal eines kärntnerischen Tals“ (1921) und „Deutsche Ostmark. Zehn Dichter und hundert Bilder lobpreisen Österreich“ (1936, 3. Aufl. 1943) wurden nach Kriegsende in Österreich in die „Liste der gesperrten Autoren und Bücher“ aufgenommen. Seine Schriften „Kärnten, mein Leben für Dich! Berichte aus dem Kärntner Freiheitskampf von 1919 und 1920“ (1935) und „Kärnten – Heimatland, Ahnenland. Ein Buch für die Jugend“ (1943) wurden

1948 in der Sowjetischen Besatzungszone auf die Liste der auszusondernden Literatur gesetzt. Seine etwa 50 Veröffentlichungen befassen sich mit der landschaftlichen Schönheit seiner Heimat sowie mit der Geschichte Kärntens und den problematischen Beziehungen der beiden Volksgruppen. Seine schriftstellerische Tätigkeit gilt als der Beginn einer eigenständigen Kärntner Dichtung (vgl. Erich Nußbaumer, Geistiges Kärnten (1956), S. 458). Seinen Durchbruch als Schriftsteller erlebte er 1928 mit dem Roman „Bergseggen“ (Neuauf. 1968). Als Hauptwerk gilt sein Kriegsgefangenen-Roman „Mensch wie du und ich“ (2 Bde., Neuauf. 1968). P. trat auch als Verfasser von Drehbüchern (z. B. 1940 „Krambambuli“ nach Marie von Ebner-Eschenbach, und 1950 „Erzherzog Johanns große Liebe“), Hörspielen (u. a. 1953 „Spukhaus Columbus-Straße 17“), Übersetzer slowenischer Literatur und als Hrsg. von Editionen hervor. Seine Rechtfertigungsschrift „Meine Haltung“ (um 1947) blieb unveröffentlicht. Mitglied des kath. Schriftstellerverbandes; 1935 Großer Österreichischer Staatspreis für Literatur, 1936 Österreichisches Verdienstkreuz für Kunst und Wissenschaft 1. Kl., 1937 Mitglied der Staatspreisjury, 1950 Ehrenbürger von Ferlach und Klagenfurt, Ehrengrab auf dem Klagenfurter Zentralfriedhof Annabichl; 1950 Briefmarke anlässlich seines 100. Geburtstages; 1963 Gründung der J.-F.-P.-Gesellschaft. Autobiographie „Im Morgenlicht“ (1948, 2. Aufl. 1988). Ausgewählte Werke (hrsg. von Erich Nußbaumer, 8 Tle, 1965-1968). Weitere Werke (Auswahl): „Heimsuchung. Tragödie in Kärnten in 2 Akten“ (1923), „Ein Volk steht auf“ (literarische Aufarbeitung des „Abwehrkampfes“, 1925), „Nikolaus Tschinderle, Räuberhauptmann“ (1936, Neuauf. 1973), „Leichte Fracht“ (1943), „Wir Österreicher“ (in „Kärntner Almanach 1946“), „Die Patrioten“ (Roman, 1950), „Maturanten“ (Roman, 1951), „Europäische Dichtung aus dem Südosten“ (Hrsg., 8 Bde., 1953-1955).

Lit.: Nagl/Zeidler/Castle 4 (1931-1937), S. 1251 f. (P) und a. m. O; Teichl (1951), S. 226; Wegweiser durch die moderne Literatur in Öster-

reich (Hrsg. Heinz Kindermann, 1954), S. 76; Wer ist's? (1955), S. 891; „Junges Leben“, in: Die Aula, 11/12 1963; Giebisch/Gugitz (1964), S. 295; Erich Nußbaumer, J. F. P. Leben – Werk – Vermächtnis (1965); Helmut Scharf, Kärntner Literaturspiegel 1960-1965 (1966), S. 13-24; Waas (1967), S. 365; Ein Gedenken für J. F. P. (1970); Kürschner DLK Nekrolog 2 (1973), S. 503; P. wie wir ihn kannten: Erinnerungen seiner Freunde (Hrsg. Erich Nußbaumer, 1980); Aspetsberger (1980), S. 49-51, 111-113, 118 f. und a. m. O.; Gerhard Lackner, Stellung und Aufgabe des Schriftstellers in der Politik. Dargestellt am Beispiel J. F. P. (Dipl.-Arbeit, Klagenfurt 1980); Wilpert (1988), S. 613 f.; Kosch LL 11 (1988), Sp. 1045 f.; März 1938 in Kärnten. Fallstudien und Dokumente zum Weg in den „Anschluss“ (Hrsg. Helmut Rumppler, 1989), S. 39, 50 und 52; Ackerl/Weissensteiner (1992), S. 351; Österreich-Lexikon (1995), S. 183; Karin Gradwohl-Schlacher, F. J. P. und Hans Steinacher, in: Zur Geschichte der österr.-slowenischen Literaturbeziehungen (Hrsg. Andreas Brandtner, Werner Michler, 1998), S. 331-344; Sonja Gaggl, Der Journalist J. F. P. 1890-1959. Ein (fast) vergessener Aspekt in der Biographie des Kärntner Dichters, Schriftstellers und Politikers (Dipl.-Arbeit, Wien 2001); Wilpert (2004), S. 476; DBE 7 (2007), S. 732; Kronenzeitung v. 08.02.2009, P., der Dichter Kärntens; Kärntner Woche v. 04.02.2009, Dichter und Kunder – 50. Todestag von J. F. P.; Die Aula März 2009, Wunderbare VFA-Perkonig-Würdigung; Killy 9 (2010) S. 140-142 (Johannes Sachslehner/Red); Baur/Gradwohl-Schlacher 2 Kärnten (2017), S. 184-199 (mit Werkverzeichnis, auch digital). Internet (11.08.2017): Karin Gradwohl-Schlacher, J. F. P. und Hans Steinacher. Zwei Karrieren von der Kärntner Volksabstimmung bis in das Dritte Reich; AEIOU Österreich-Lexikon; ÖBL. Mitteilungen von Harald Seewann (Graz) v. 12., Bruno Burchhart (Wien) v. 12. und 21, Karin Gradwohl-Schlacher (Forschungsstelle österreichische Literatur im Nationalsozialismus, UA Universität Graz) v. 30.08. und von Horst Bahr (Laufen) v. 26.10. und 02.11.2017. P.K.

Peschke, Emil, geb. Febr. 1853 in Spremberg i. d. Lausitz als Sohn des Bürgermeisters, gest. 07.12.1894 in Sangerhausen, Prov. Sachsen (Normannia-Leipzig 1873/74). Nach dem Besuch des Gymnasiums in Guben WS 1873/74 Studium der Rechts- und Kameralwissenschaften in Leipzig (24.10.1873 imm.), SS 1876 in Halle, vor Juli 1879 Appellationsgerichts-Referendar in Spremberg, 1882 in Halle a. d. Saale, 1884 Kammergerichts-Referendar in Berlin, 1885 Gerichts-Assessor in Spremberg, Rechtsanwalt in Sangerhausen, 1887 Stadtrat in Frankfurt a. d. Oder, 1890

Rechtsanwalt in Mansfeld, Prov. Sachsen, 1893 auch Notar; trat auch als Komponist hervor (Vereinsmarsch 1874, Jubiläumsmarsch 1894).

Lit.: UA Leipzig, Rep. M 28-85801. Harald Lönnecker (Bearb.), Stammrolle des Akademischen Turnvereins, der Turnerschaft, der Freien schlagenden Verbindung und der Burschenschaft Normannia zu Leipzig/Normannia-Leipzig zu Marburg 1868-2018, 2 Teile (Stand: 05.12. 2018), WS 1873/74. H.L.

Piloty, Robert Ferdinand, geb. 01.09.1863 in Würzburg als Sohn des Malers Carl Theodor von P. (1826-1886), gest. 20.06. 1926 in Würzburg (Südmark-Monachia München im Burschenbunds-Convent, Eintritt als AH). Nach Abitur Einj.-Freiw. im Kgl. Bayer. 3. Feldart.-Rgt. „Prinz Leopold“ in München; Studium der Rechtswissenschaften in München und Berlin; 1885 erstes Staatsexamen; Referendariat an den Amtsgerichten Starnberg und München, am BA München I und bei Münchner Rechtsanwälten; 1888 Examen für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst in München; 1881 ebd. Dr. iur. mit der Dissertation „Die Haftung des Staats für die pflichtwidrige Handlung des Beamten“ bei Max von Seydel (1846-1901); 1890 Habilitation in Würzburg über das neue Unfallversicherungsrecht; 1892 Privatdozent auch in München, wo er seinen erkrankten Lehrer Max von Seydel vertrat; 1895 ebd. o. Prof. für Allgemeines, Deutsches und Bayerisches Privatrecht sowie Verwaltungsrecht; 1921/22 Dekan der Juristischen Fakultät; Ablehnung von Rufen an die Universitäten Heidelberg (1908) und Göttingen (1918); ab 1914 Kriegsdienst, zunächst als Oblt. der Landwehr beim Heer, später 1915 als Lazarettkommandant in Bad Kissingen; 1915-1916 Führer einer leichten Munitionskolonie in Lothringen; 1916 wg. schwerer Lungenentzündung einige Monate im Lazarett. 1917 aus dem Militärdienst entlassen, „forderte er, an Max Webers soeben erschienene Kritik der politischen Beamenschaft anknüpfend, in einer konstitutionelle und parlamentarische Monarchie vergleichenden Abhandlung den Übergang Deutschlands zum parlamentarischen Regierungssystem, wenn

auch noch nicht für die Zeit des Krieges“ (Friedrich in NDB S. 445); forderte 1918 öffentlich die Abdankung Kaiser Wilhelms II.; 1919 Mitgründer und Vorstandsmitglied der Volkshochschule Würzburg; 1920 Hrsg. der Zeitschrift „Volkshochschule“; ab 1921 Vorstandsmitglied des Landesverbandes für Volksbildung in Bayern; Mitglied des Theaterkulturverbandes, des Verbandes republikanischer Hochschullehrer und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold; 1919 für den Stimmkreis Würzburg I, II, III, Lohr für die DDP (deren Mitgründer er in Würzburg war) Abgeordneter des Bayerischen Landtags; ebd. Mitglied der Ausschüsse zur Beratung eines Volksschullehrergesetzes und eines Schulbedarfsgesetzes, des Verfassungsausschusses und des XII. Volksgerichtsausschusses sowie des Bayer. Staatsgerichtshofes; 1914 Delegierter des deutschen Komitees für internationale Sozialversicherung in Paris; 1917 Teilnahme an den internationalen Konferenzen für Völkerbund in Bern; 1919 Gründungsmitglied des Verbandes für internationale Verständigung; 1919 maßgebliche Mitarbeit an der ersten bayer. demokratischen Verfassung; u. a. Mitherausgeber des „Jahrbuchs für öffentliches Recht“ (1907-1926), des „Handbuchs des öffentlichen Rechts der Gegenwart in Monographien“ (ab 1899, mit Paul Laband und Georg Jellinek) und des „Archivs des öffentlichen Rechts“ (1908-1926); Mitwirkung im Würzburger Madrigalchor, Mitgründer der Vereinigung für Volkskonzerte sowie bekannter Kunst-, Antiquitäten- und Münzsammler. Geh. Hofrat (1912), preuß. Roter Adlerorden 4. Kl., bayer. Michaelsorden 4. Kl., EK II, bayer. Militärverdienstorden 4. Kl. mit Schwertern. Veröffentlichungen u. a.: „Das Reichs-Unfallversicherungsrecht, dessen Entstehungsgeschichte und System“ (3 Bde., 1890-1893), „Gustav Siegle. Ein Lebensbild“ (1910), „Das Recht der Volksschulaufsicht in Bayern“ (1911); Max von Seydel, „Bayerisches Staatsrecht“ (bearb. mit Josef Grassmann auf Grundlage der 2. Aufl. 1913), „Kritische Betrachtungen zur Auslegung des Artikel 35 des bayerischen

Beamtengesetzes vom 16. August 1908“ (1914), „Das parlamentarische System. Eine Untersuchung seines Wesens und Wertes“ (1917), „Das Friedensangebot der Mittelmächte“ (1917), „Die Verfassungs-urkunde des Freistaates Bayern“ (Hrsg., 1919), „Die gegenwärtige Rechtslage des bayerischen Schulwesens“ (1919), „Grundriß des Verwaltungsrechtes in Bayern und dem Deutschen Reiche“ (mit Franz Schneider, 1921, 4. Aufl. 1930); trat auch als Verfasser von Gedichten hervor („Gedichte“, 1907).

Lit.: Zeitgenossenlexikon (1905), S. 1104; Geißler (1913), S. 435; Nachrufe in Archiv des öffentlichen Rechts NF 11 (1926), S. 161, Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart 14 (1926), S. V (O. Kollreuter), Deutsche Juristen-Zeitung 31 (1926), Sp. 948 f (O. Liebmann); Kürschner DLK Nekrolog 1 (1936), Sp. 451; Kosch BStHB 2 (1968), S. 983; Bosl (1983), S. 590; R. P. Udo Wengst, Thomas Dehler 1897-1967. Eine politische Biographie (1997), S. 36; Manfred Friedrich in NDB 20 (2001), S. 445 (auch digital); DBE 7 (2007), S. 838. Internet (27.04.2019): R. F. P., Burschenbunds-Convent/Mitglieder (beide Wikipedia), Liste der Mitglieder des Bayerischen Landtags (Weimarer Republik, 1. Wahlperiode), Bosls Bayerische Biographie bavarikon. P.K.

Platz, Christian Heinrich, geb. 29.07.1812 in Verden a. d. Aller als Sohn eines Kaufmanns, gest. 06.06.1878 in Stade (Halle-sche Burschenschaft 1829?, Jenaische Burschenschaft 1830, Corps Marchia-Halle 1831, Corps Franconia-Jena 1831). Nach Besuch des Domgymnasiums zu Verden Studium der ev. Theologie und der Philologie ab Ostern 1829 in Halle, seit Michaelis 1831 in Jena und seit Michaelis 1832 bis Ostern 1833 in Göttingen; dort Aug. 1833 Lehramtsprüfung in den oberen Klassen für Latein, Griechisch, Deutsch und Geschichte; seit 1833 Hauslehrer in Wandsbek b. Hamburg; Michaelis 1835 provisorisch angestellt, seit 29.09.1835 Kollaborator am Gymnasium Athenaeum in Stade, dort 01.01.1836 Erster Kollaborator, 1845 Subkonrektor und 1846 Konrektor; 29.09.1851 Direktor des Gymnasiums sowie der später angeschlossenen Real-, Bürger-, Vor- und Mittelschule. „Als Direktor des Athenaeums nimmt er die Herausgabe der ‚Schulprogramme‘, der Schuljahrbücher,

wieder auf und betont die Bedeutung des „Realunterrichts, der Vorbereitung auf die Anforderungen von Handel, Industrie und Verkehr“ (Stader Stadtlexikon, S. 101); seit 1851 Vorstandsmitglied des „Vereins für Geschichte und Alterthümer der Herzogthümer Bremen und Verden und des Landes Hadeln“; zeitweise Hrsg. von deren Vereinszeitschrift „Stader Archiv“; Mitglied des Ev. Kirchenvorstands in Stade; ab 1863 Mitglied der Bezirkssynode; 18.05.1848-30.05.1849 für den Wahlkreis 19 des Königreichs Hannover (Neuhaus a. d. Oste, Otterndorf) Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung; gehörte dort zur Fraktion der linken Mitte (Württembergischer Hof) bzw. des „Märzvereins“, stimmte für König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen als Kaiser der Deutschen und gehörte dem Ausschuss für Kirchen- und Schulangelegenheiten an; im Juni 1849 Teilnehmer des Gothaer Nachparlaments, das sich auf eine Unterstützung der von Joseph von Radowitz (1797-1853) konzipierten Erfurter Union und auf eine Teilnahme am Erfurter Unionsparlament verständigte, um nach dem Scheitern der Nationalversammlung zumindest eine Verfassung und einen engeren Zusammenschluss Deutschlands zu erreichen.; Herbst 1863 Mitglied der Vorsynode der Ev.-Luth. Landeskirche Hannovers, auf der P. es als „das allerdringlichste Bedürfnis“ bezeichnete, „die Herrschaft der Geistlichkeit zu brechen“ (Müller, S. 178). Veröffentlichungen u. a.: „Bericht über das Gymnasium zu Stade“ (1852) und „Einige kritische Bemerkungen über die Ursachen und den Gang des sogenannten Archidamischen Krieges“ (1859).

Lit.: Klaus Piller, C. H. P., in: Die Herzogtümer Bremen und Verden (1981), S. 217-220; Jürgen Bohmbach, Stader Stadtlexikon von Abbenfleth bis Zwangsarbeit (1994), S. 101 (P); Best/Weege (1998), S. 262; Hans Martin Müller, Bekenntnis – Kirche – Recht. Gesammelte Aufsätze. Die Lehr- und Bekenntnisfrage auf der Vorsynode von 1863 (2005), S. 171-185, hier S. 178; Kössler Personenlexikon (2008); Andreas Hoffman-Ocon, Schule zwischen Stadt und Staat (2009), S. 98; Lönnecker (2015), S. 339 f., Nr. 1415; Stefan Brüdermann (Hrsg.), Geschichte Niedersachsens 4 (2006), S. 217. Internet (22.11.2016): C. H. P., Liste der Mitglieder der Frankfurter Nationalversammlung (beide Wikipedia); BIORAB-Frankfurt, Bibliothek für

Bildungsgeschichtliche Forschung (BBF), mit eigenhändig geschriebenem Personalbogen. Mitteilung des Domgymnasiums Verden (Sigrid Busse-nius) v. 20.11.2014. H.L./K.O.

Popp, Franz Josef Otto, geb. 18.09.1865 in Heidelberg als Sohn eines Kaufmanns, gest. 06.12.1934 ebd. (Vineta-Heidelberg 1888). 01.10.1888-30.09.1889 Einj.-Freiw. beim 2. Badischen Grenadier-Rgt. „Kaiser Wilhelm I.“ Nr. 110; nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Heidelberg und dem ersten juristischen Staatsexamen am 25.04.1892 zum Rechtspraktikanten ernannt; nach der zweiten juristischen Staatsprüfung 15.06.1895 Referendar; 31.05.1900 Amtmann beim BA Durlach, danach ab 17.07.1902 beim BA Heidelberg; 28.04.1905 zum BA Bonndorf versetzt, dort am 07.12.1905 zum Oberamtman befördert; 14.09.1911 desgl. beim BA Achern; 28.12.1917 zum Geh. Regierungsrat ernannt; wurde; zum 01.04.1924 zum BA Oberkirch, danach mit der neuen Amtsbezeichnung „Landrat“ am 01.10.1927 zum BA Ettlingen versetzt; zum 01.01.1931 Versetzung in den Ruhestand. 1912 Ritterkreuz 1. Kl. des Ordens vom Zähringer Löwen, 1916 Bad. KVK, 1918 preuß. Verdienstkreuz für Kriegshilfe, Bad. Jubiläumsmedaille, Bayer. Landwehr-Dienstauszeichnung 2. Kl.

Lit.: Alphabetisches Verzeichnis der aktiven Hof- und Staatsdiener der oberen Klassen des Gehaltstarifs des Großherzogtums Baden nebst kurzen Personalmeldungen (1911), S. 281; Burschenschafters-Stammrolle 1934, S. 378; Angerbauer (1996), S. 446; Breitkopf (1997), S. 161 f. Internet (20.01.2019): F. P., Vineta Heidelberg. Bekannte Mitglieder (beide Wikipedia). P.K.

Preuß, Hugo, geb. 28.10.1860 in Berlin als Sohn eines wohlhabenden jüdischen Besitzers einer lithographischen Anstalt, gest. 09.10.1925 ebd. (EM Südmark-Monachia München im Burschenbunds-Convent). Ab 1879 Studium der Rechtswissenschaften (zeitweise wohl aber mehr der Geschichte und Philosophie) in Berlin und Heidelberg; Mai 1883 Erstes Staatsexamen beim Kammergericht und Dr. iur. in Göttingen („Eviktionsregreß des in possessorio unterlegenen Käufers“, Nachdruck 1999); 1886

Abbruch des Referendariats, um sich der akademischen Laufbahn zu widmen; 1889 mit der Schrift „Gemeinde, Staat, Reich als



Gebietskörperschaften“ (Nachdruck 1968) Habilitation im Staatsrecht an der Berliner Juristischen Fakultät und, da er ungetauft dort nicht Professor werden konnte, ebd. längere Zeit Privatdozent; daneben demokratisch-linksliberaler Publizist und Berliner Stadtverordneter (seit 1895); 1891 Mitglied des jüdischen Vereins „Gesellschaft der Freunde“; galt mit seinem Buch „Die Entwicklung des deutschen Städtewesens“ (1906, Nachdruck 1965) zu Anfang des Jahrhunderts, von Frhrn. vom Stein, Rudolf von Gneist und Otto von Gierke beeinflusst, als „der bekannteste, wenn auch nicht unumstrittene Theoretiker und Wissenschaftler der kommunalen Selbstverwaltung“ (Grassmann); erst 1906 o. Professur an der neu gegründeten Handelshochschule Berlin, 1918 ebd. Rektor; 1895 für die Freisinnige Vereinigung Mitglied der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung; 1910-1918 für die Fortschrittliche Volkspartei (linker Flügel) ehrenamtlicher Stadtrat des Berliner Magistrats; plädierte während des Ersten Weltkriegs vor allem mit seiner Schrift „Das deutsche Volk und die Politik“ (1915) energisch für

den Wandel vom „Obrigkeitsstaat“ zum „Volksstaat“; 1918 Mitbegründer der linksliberalen DDP; 1919-1925 Abgeordneter der Preußischen Landesversammlung (DDP) und 1921-1925 des Preußischen Landtags (DDP); nach der Novemberrevolution am 15.11.1918 anstelle von → Max Weber (wohl wegen dessen ablehnender Haltung zur Revolution) zum Staatssekretär im Reichsamt des Innern berufen; im Kabinett Scheidemann von Febr.-Juni 1919 erster Reichsinnenminister der Weimarer Republik. P. war maßgeblich an der Ausarbeitung des Grundrechtsteils der Weimarer Verfassung beteiligt. In der Frage, ob man den Versailler Vertrag akzeptieren sollte, tief gespalten, löste sich die Regierung Scheidemann am 20.06.1919 auf. Damit demissionierte auch Innenminister P., der zu den Kritikern des Versailler Vertrags gehörte. „Sein Rücktritt als Minister führte zu der absurden Situation, dass Preuß' Unterschrift nicht unter der Verfassung zu finden ist, die doch zu großen Teilen aus seinen Ideen entstanden ist, denn sie wurde erst nach seinem Rücktritt [am 31.07.1919] verabschiedet“ (Die Weimarer Verfassung und ihr „Vater“ H. P., Internet). P. war Mitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Die NS-Propaganda nahm sein Judentum zum Anlass, die Weimarer Republik und ihre Verfassung als „undeutsch“ zu diskreditieren. Zahlreiche Ehrungen, u. a. H.-P. Platz vor dem Bundesarbeitsgericht in Erfurt; H.-P.-Straßen in Dresden, Erfurt, Glauchau, Hagen, Hannover, Kassel, Köln, Mönchengladbach, Niestetal (Kr. Kassel) und Wolfen; H.-P.-Brücke am Berliner Humboldt-Hafen (1929-1933 und seit 2001); seit 1952 Ehrengrab des Landes Berlin auf dem Urnenfriedhof Gerichtsstraße in Berlin-Wedding; H.-P.-Stiftung, H.-P. Gesellschaft e. V.; weitere Veröffentlichungen u. a.: [→] „Franz Lieber, ein Bürger zweier Welten“ (1886, auch digital), „Die Junkerfrage“ (1897), „Das städtische Amtsrecht in Preußen“ (1902), „Stadt und Land“ (Vortrag, 1908), „Zur preussischen Verwaltungsreform“ (1910), „Das deutsche Volk und die Politik“ (1915), „Deutschlands republikanische Reichsver-

fassung“ (1920, 2. erw. Aufl. 1923), „Vom Obrigkeitsstaat zum Volksstaat“ (1921), „Um die Reichsverfassung von Weimar“ (1924), postum: „Staat, Recht und Freiheit. Aus vierzig Jahren deutscher Politik und Geschichte. Mit einem Geleitwort von Theodor Heuss“ (1926, Nachdruck 1964), „Verfassungspolitische Entwicklungen in Deutschland und Westeuropa: historische Grundlegung zu einem Staatsrecht der Deutschen Republik“ (aus dem Nachlass hrsg. von Hedwig Hintze (1927), „Reich und Länder, Bruchstücke eines Kommentars zur Verfassung des Deutschen Reiches“ (aus dem Nachlass hrsg. von Gerhard Anschütz, 1928), Detlef Lehnert/Christoph Müller i. A. der H.-P.-Gesellschaft (Hrsg.), Gesammelte Schriften, hrsg. von Detlef Lehnert und Christoph Müller (5 Bde., 2007-2015); Quellen und Volltexte Wikisource.

Lit.: Akten der Reichskanzlei, Nachlass im BArch Berlin (N 2230). Ernst Feder, H. P.: ein Lebensbild (1920); Rudolf Schay, Juden in der deutschen Politik (1929), S. 252-260 (P); Walter Simons, H. P., Meister des Rechts VI (1930); Jüdisches Lexikon 4.1 (1930), Sp. 1112 (P) (auch digital); Cuno Horkenbach (Bearb.), Das Deutsche Reich von 1918 bis heute (1931), S. 727 und a. m. O.; Winger 5 (1931), S. 93 f.; Siegmund Kaznelson, Juden im deutschen Kulturbereich (1959), S. 51 f.; Doch das Zeugnis lebt fort. Der jüdische Beitrag zu unserem Leben (1965), S. 73 f., 349; Kosch BStB 2 (1968), S. 997; Ernest Hamburger, Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848-1918 (1968), S. 2, 61 f., 225, 341, 549; Siegfried Grassmann, H. P. und die deutsche Selbstverwaltung (1965); Stern (1970), S. 297; Encyclopaedia Judaica 13 (1971), Sp. 1058 f. (P); Lexikon des Judentums (1971), Sp. 640; Hans de Wirth, H. P. zum Gedächtnis. Zu seinem 120. Geburtstag am 28. Oktober (1980); G. Schmitt, in: Hans Ulrich Wehler (Hrsg.), Deutsche Historiker 7 (1980), S. 55-68; Lowenthal (1982), S. 183; Tetzlaff (1982), S. 183; Elmar Matthias Hucko, Zur Erinnerung an H. P., in: Neue Juristische Wochenschrift (1985), S. 2309-2311; Benz/Graml (1988), S. 258 f. (Wolfgang Kohl); Walk (1988), S. 301; Philo-Lexikon (1992), Sp. 582; Helmut Heinrichs/Harald Franzki/Klaus Schmalz/Michael Stolleis (Hrsg.), Deutsche Juristen jüdischer Herkunft (1993), S. 179, 429 ff., 459; Dian Schefold, H. P. (1860-1925), Von der Stadtverfassung zur Staatsverfassung der Weimarer Republik, in: Helmut Heinrichs (Hrsg.), Deutsche Juristen jüdischer Herkunft (1993), S. 429-453; ders., in: Hans Erler/Ernst Ludwig Ehrlich/Ludwig

Heid (Hrsg.), „Meinetwegen ist die Welt erschaffen“. Das intellektuelle Vermächtnis des deutschsprachigen Judentums. 58 Porträts (1997), S. 294-310; ders., Ein jüdischer Gründervater der Deutschen Demokratie. H. P. (2018); Julius Schoeps, Neues Lexikon des Judentums (1998), S. 373; Taddy (1998), S. 999; NDB 20 (2001), S. 708-710 (Manfred Friedrich); Sautter (2002), S. 334; Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland, hrsg. von Winfried Becker u. a. (2002), S. 591; Jan Immel, H. P. und die Weimarer Reichsverfassung (2002); DBE 8 (2007), S. 73; Peter Brandt, H. P. – Der Verfassungspatriot (2009); Detlef Lehnert (Hrsg.), H. P. 1860-1925. Genealogie eines modernen Preußen (2011); Michael Dreyer, H. P. (1860-1925). Biographie eines Demokraten (2018); ders., H. P., die DDR und Versailles (2019). Internet (17.10.2020): H. P., Burschenbunds-Convent/Mitglieder (beide Wikipedia); H. P. – rbb Preußen-Chronik; H. P. Familienbuch – Euregio; LeMo (P); 100 Köpfe der Demokratie (P); H. P. | hpd; Die Weimarer Verfassung und ihr „Vater“, H. P. (P); Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Biographien. Mitteilung des Instituts für Hochschulkunde Würzburg (Maximilian Kriwet) v. 07.05.2019. P.K.

Probsthan, Adam (Johann Anton Friedrich), geb. 25.01.1792 in Alt-Strelitz/Meckl. als Sohn eines Subrektors und späteren Pastors, gest. 31.12.1882 in Fürstenberg/Havel (Urburschenschaft Jena 1815, Mitstifter). Aufgewachsen ab 1801 bei den Großeltern und Besuch der Domschule in Halberstadt; 1808 Rückkehr nach Mecklenburg und Besuch des Gymnasium Carolinum in Neustrelitz; ab 1811 (imm. 22.10.) Studium der ev. Theologie in Jena; 1812 Mitglied der Landsmannschaft Vandalia-Jena. Am 16.03.1813 ritt P. mit weiteren Vandalen von Jena nach Breslau und schloss sich mit einem Empfehlungsschreiben von Friedrich Friesen an Major von Helden vom 30.03.1813 den Lützwener Jägern als Freiwilliger an. Er war Augenzeuge des Todes von Theodor Körner im Forst Rosenow bei Lützwener und einer derjenigen, die ihn in Wöbbelin beerdigten. 1814 Mitglied der Jenaer Wehrschaft, einer studentischen Landwehreinheit; gehörte 1815 mit acht anderen Angehörigen der Vandalia zu den elf Stiftern der Urburschenschaft in Jena; Michaelis 1815 Beendigung des Studiums; 1816/17 zunächst Hauslehrer beim Forstrat von Haugwitz; 1819 Prediger und Rektor der Stadtschule im damals zu

Mecklenburg-Strelitz gehörenden Fürstenberg; als Mitglied des Schulvorstands (mit dem Pastor und dem Bürgermeister) 1848 auf Seiten der konservativen Obrigkeit; 1851 in der Restaurationsphase frühzeitig mit Jahresbezügen von 700 Talern pensioniert, nachdem die Wahl zum örtlichen Pfarrer wegen seiner kirchenkritischen Haltung vom Konsistorium nicht bestätigt wurde, er aber auch nicht länger im Schuldienst bleiben sollte. Im Ruhestand korrespondierte er mit dem Historiker und Körner-Biographen Emil Peschel (1835-1912) und unterstützte diesen bei der Einrichtung des Körner-Museums in Dresden sowie bei der Abfassung der Biographie „Theodor Körner und die Seinen“ (1898). Von ihm stammt einer der drei als authentisch erachteten Berichte zu Körners Tod. Aus Anlass des seltenen Festes seiner Diamantenen Hochzeit 1881 überreichte ihm das Körner-Museum ein Prachtalbum mit photographischen Nachbildungen aus dem Museum unter der Widmung „Scharnhorsts heilige Scharen und Theodor Körners Manen ihrem A. P.“. Auch mehr als 100 Jahre nach seinem Tod wird seine handschriftliche und undatierte „Genesis der deutschen Tricolore Schwarz-Roth-Gold“ immer wieder von Historikern zitiert, nachdem sich erstmals → Heinrich von Treitschke 1885 damit befasste. In diesem zweiseitigen Text führte P. als Zeitzeuge die Fahne der Urburschenschaft und damit die Farben Schwarz-Rot-Gold nicht auf die Lützower Jäger, sondern auf die Landsmannschaft Vandalia-Jena zurück – eine Aussage, die sich nicht mit den Ergebnissen der burschenschaftlichen Geschichtsforschung deckt. An P. erinnert ein Gedenkstein auf dem ehemaligen Friedhof, der heutigen Parkanlage am Bahnhof in Fürstenberg.

Lit.: Großherzoglich-Mecklenburg-Strelitzscher Staatskalender 1824, S. 66 (auch digital); Feier der Silberhochzeit von Rektor A. P., in: Freimüthiges Abendblatt (Schwerin), Bd. 28 (1846), 1419, S. 213 f.; Heinrich von Treitschke, Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert, Dritter Theil: Bis zur Juli-Revolution (1885, auch digital), S. 756; W. Emil Peschel/Eugen Wildenow, Theodor Körner und die Seinen, Bd. 1 (1898, auch digital), S. 28, 107 und 112; Herbert Kater, Die Herkunft der

Farben „Schwarz-Rot-Gold“, in: Jahrbuch Einst und Jetzt, Bd. 34 (1989), S. 107-116 (enthält seine [Auto-]Biographie und seine „Genesis“ der Entstehung der Farben der Urburschenschaft als Trikolore aus den Farben der Jenenser Vandalen); Köseners-Korpslisten (1910), 130, 37; Herman Haupt, Schnelle, ein Bahnbrecher des burschenschaftlichen Gedankens, in: QuD 5 (1920), S. 75; Wolfgang Stegemann, A. P. Freiheitskämpfer und Rektor in Fürstenberg, in: Mecklenburg-Strelitzer Kalender, Bd. 202 (2001), S. 45 f.; Stamm-Buch der Jenaischen Burschenschaft (2005), S. 24; Grewolls (2011). Internet (08.03.2017): A. P., Datei: Probsthans Genesis Tricolore (beide Wikipedia); Fürstenberg/Havel – A. J. A. F. Probsthan; Körners Tod: Bericht von A. P – EPOCHE NAPOLEON; Henke, Drei Ehrengräber im Gespräch. H.D./P.K.

Rainer zu Harbach, (Johann Baptist) Hans (Julius August) von, geb. 28.01.1863 in Klagenfurt als Sohn des Gewerken August v. R. zu H. (1818-1893), verheiratet mit Malwine Freiin von Billek-August von Auenfeld (Gemälde von Johanna von Moro 1849-1925), gest. 25.03.1935 ebd. (Silesia-Wien 1882-1890). Studium der Medizin 1881-1884 in Wien und der Rechtswissenschaften 1884-1888 in Innsbruck; 1885/86 bei den politischen Verwaltungsbehörden in der Steiermark und ab 1886 in Kärnten tätig; 1899 bei der Kärntner Landesregierung Vorstand von Präsidialbüro und Kanzleidirektion, 1910-1923 Leiter der Bezirks-Hauptmannschaft Klagenfurt-Umgebung (1919 Hofrat); stellte 1915 drei Regimenter (zehn Bataillone) freiwilliger Schützen auf, von denen seit Beginn des Krieges gegen Italien drei Bataillone unter Waffen blieben und eine wichtige Reserve der 10. Armee bildeten. Besonderes Geschick erwies R. 1919 anlässlich der Besetzung Klagenfurts durch jugoslawische Kräfte; trat auch als Verfasser von Gedichten hervor: „Einem Kinde. Für dreistimmigen Frauenchor a cappella“ (Komposition von Franz Kindler, Text von H. v. R. zu H.). Veröffentlichungen u. a.: „Gedichte“ (1926, mit Abbildungen von Marie Bucek), „Geschichte der Kärntner Freiwilligen Schützen im Weltkrieg“ (1930).

Lit.: Manuskripte im Kärntner LArch (Klagenfurt). Tagespost (Graz) v. 27.03.1935 (Abendausgabe); W. Wutte, H. R.-H. † in: Carinthia I (1935), 125, S. 153 f.; (Anton v.) Pantz, H. Ritter R. von und zu H. †, in: Adler 12 1935-1938, S. 57 f.; Be-

zirkshauptmannschaft Klagenfurt. Festschrift zur Hundertjahrfeier ihrer Gründung (1950), S. 20 ff.; Jenewein 2. Tl. (2016), Nr. 318. Mitteilungen von E. Steinböck (Wien) und Hans Jenewein (Archiv Silesia) v. 04.06.06.2016. Internet (18.10.2020): ÖBL. H.D.

Rauschnig, (Philipp Ludwig) Georg, geb. 14.01.1876 auf Taukitten/Kr. Fischhausen (Ostpr.) als Sohn eines Rittergutsbesitzers, gest. 02.06.1956 in Hamburg (Germania-Königsberg 1893). Nach Besuch des Altstädtischen Gymnasiums zu Königsberg Studium der Rechtswissenschaften in Königsberg; 1896 Referendarexamen; nach anschließendem Jahr als Einj.-Freiw. und Referendarzeit Assessorexamen und Eintritt als Regierungsassessor in die preußische Verwaltung; nach Tätigkeit in Stettin beim Polizeipräsidium und bei der Regierung in Bromberg 1908-1919 Landrat im Kr. Czarnikau/Prov. Posen; 1915 vertretungsweise als Landrat des Kreises Filehne eingesetzt; kurzfristig Stellv. Polizeipräsident von Königsberg, danach als Oberregierungsrat mit dem Aufbau des Landesfinanzamtes Königsberg i. Pr. betraut; ebd. zwei Jahre später Abteilungspräsident; 1923 Versetzung nach Hamburg, wo er 1925 Präsident des Landesfinanzamtes wurde; Apr. 1943 im Ruhestand.

Lit.: Bericht über das Altstädtische Gymnasium zu Königsberg 1893, S. 27; Mitgliederlisten der Burschenschaft Germania-Königsberg 1903-1968; Burschenschafter-Stammrolle 1934, S. 388; Das Ostpreußenblatt, Jg. 7. Folge 24, S. 7, v. 8. Sept. 1956, S. 16; Emil Popp, Erinnerungen. Aus der Geschichte der Burschenschaft Germania zu Königsberg (1993), S. 64; Kube (2018), S. 309 f. (P). Internet (23.01.2019): G. R. (Wikipedia). Mitteilung der B. Germania Königsberg zu Hamburg (Marvin Mielke) v. 10.03.2019. P.K.

Regel, Friedrich Wilhelm, geb. 11.02.1811 in Gotha (Bruder des bedeutenden Botanikers und Leiters des Botanischen Gartens in St. Petersburg Eduard August von R., 1815-1892), gest. 07.09.1877 in Gotha (Göttinger Burschenschaft 1830?, Jenaische Burschenschaft 1831). Nach Besuch des Gymnasiums Illustre in Gotha Studium der Rechtswissenschaften 1830 in Göttingen, 1831 in Jena; aufgrund seines Studiums 1831 Befreiung vom Militärdienst;

1833 Ernennung des Kammerkanzlei-Anwärters zum Registratur-Assistenten bei der Ministerialkanzlei mit dem Prädikat „Registrator“, 1836 zum Geh. Registrator in Coburg, 1839 zum Amtskommissar des Justizamts Georgenthal und 1847 zum Amtsadjukt des Justizamts Zella; 1848 Versetzung als Oberbeamter der I. Abt. des Justizamts Tenneberg nach Waltershausen; Landrat in Gotha; 1850-1852 Abgeordneter des Gothaer Parlaments (Stellv. Präsident).

Lit.: Lönnecker (2015), S. 344, Nr. 1451. Internet (07.01.2018): Liste der Abgeordneten-Versammlung des Herzogtums Gotha (1850-1852). Mitteilungen des StadtA Gotha (Dorett Sagner) v. 08. und des StA Gotha (Albrecht Loth) v. 22.06.2016. H.L./H.D.

Reichlin-Meldegg, Josef Carl August Frhr. von, geb. 19.01.1806 Reichenau als Sohn des Hofgerichtsrats Josef Alexander Frhr. von R.-M., gest. 29.03.1876 in Freiburg i. Br. (Freiburger Burschenschaft 1822, auch Corps Suevia-Freiburg 1826). Nach Besuch des Freiburger Gymnasiums stud. phil., dann stud. iur. in Freiburg i. Br.; nach erfolgreichem Staatsexamen 1829 Rechtspraktikant; Febr. 1829 Aktuar beim BA (BA) Lörrach, Febr. 1830 Rechtspraktikant beim BA Rheinbischofsheim; erhielt im Mai 1831 das Schriftverfassungsrecht in gerichtlichen Sachen und im Juni 1831 in Administrativsachen; ab Jan. 1832 im Sekretariat des Hofgerichts des Mittelrheinkreises in Rastatt und ab Juni 1833 beim Hofgericht des Oberrheinkreises in Freiburg i. Br. beschäftigt; Jan. 1834 Hofgerichtssekretär, zunächst in Freiburg i. Br., anschließend in Rastatt; 1836 Assessor beim BA Müllheim, dort ab 1838 Amtmann; Juni 1839 Ernennung zum Zweiten Beamten beim BA Lörrach und Sept. 1841 Bezirksamtmann beim BA Bonndorf, Dez. 1842 beim BA Philippsburg, wo er im Jan. zum Oberamtmann befördert wurde; in kurzen Abständen ab Apr. 1848 Amtsvorstand beim BA Staufen, ab 27.04.1848 beim BA Bühl und ab 08.09.1849 beim BA Breisach; Nov. 1855 bis Apr. 1856 wegen Krankheit vom Dienst suspendiert; Apr. 1859 zum Regie-

rungsrat ernannt, gleichzeitig Kollegialmitglied bei der Regierung des Seekreises in Konstanz; Sept. 1860 zum Geheimen Regierungsrat ernannt und im Nov. 1862 in den Ruhestand versetzt; 1845 Ritterkreuz des bayerischen Michael-Ordens, 1856 Ritterkreuz des Ordens vom Zähringer Löwen. Veröffentlichungen: Autobiographie: „Aus den Erinnerungen eines badischen Beamten, Bd. 1: Praktikanten-Jahre“ (1872), Bd. 2 „Im Staatsdienst“ (1874); „Anleitung zur Führung der Unterpfandsbücher im Großherzogthum Baden“ (1847, 2. Aufl. 1848), „Der Rastatter Gesandtenmord. Nach den Quellen dargestellt und beleuchtet“ (1869, auch digital, Nachdruck 1978), „Aus den Erinnerungen eines badischen Beamten“, 2 Bde. (1872, 1874, auch digital).

Lit.: Schreiben seiner Mutter, Teilnahme des Sohnes an burschenschaftlichen Umtrieben entschuldigend, in: VuB 27 (1955), S. 22 f.; Julius Kraus, Freiherr Josef Carl August Reichlin von Meldegg, Bad. Geh. Regierungsrat, in: Das Marggräflerland 1993, H. 2, S. 76-85 (mit geschichtlichen Texten von R.-M., auch digital); Breitkopf (1997), S. 165 f.; Rainer Haehling von Lanzenauer, Joseph von Reichlin von Meldegg – Jurist und Chronist in Zeiten des Großherzogtums, in: Blick in die Geschichte, Nr. 125, 6. Dez. 2019, S. 3 f.; ders., Der badische Jurist Reichlin von Meldegg und seine Zeit (2019). Internet (10.06.2020): Gundermann (o. J.), J. C. Frhr. von Reichlin-Meldegg (Wikipedia), KCL 1960 36/82, Matrikel der Universität Freiburg (1991), S. 181. P.K.

Reiß, Eduard, geb. 08.05.1850 in Zalosze/Galizien als Sohn eines Militärarztes aus dem assimilierten Judentum, gest. 27.04.1907 in Wien (Wiener Landsmannschaft Bukowina, Akademische Burschenschaft Arminia-Czernowitz zu Linz EM 1879). Besuch des ersten deutschen Staatsgymnasiums in Czernowitz, wo der Dichter Ernst Rudolf Neubauer (1828-1898) sein Geschichtslehrer und der spätere Journalist, Publizist und Dichter → Karl Emil Franzos sowie Mihai Eminescu (1850-1889), der spätere rumänische Nationaldichter, seine Mitschüler waren. Wie Franzos engagierte sich R. entschieden für eine deutsch-jüdische Kultursymbiose. 1868-1869 Studium der Medizin in Wien, dann 1869-1872 der Rechtswissenschaften; nach Abschluss des

Studiums 1872 Rückkehr nach Czernowitz; Rechtspraxis ab 1872 beim Landesgericht in Czernowitz, ab 1873 im Justizdienst; in Wien Mitglied des Festausschusses zur Gründung der Franz-Joseph-Universität Czernowitz (1875) und Festredner auf dem Gründungskommers der Universität, zu deren ersten Promovenden er 1875 gehörte; 1875 Eintritt in eine Czernowitzer Anwaltskanzlei; seit 1880 Mitglied der Bukowiner Advokatenkammer und selbständiger Rechtsanwalt; im k. u. k. Ungarischen Inf.-Reg. „Erzherzog Ludwig Viktor“ Nr. 65 bereits 1871 Lt. d. R., 1880 Olt.; 1884 erstmals zum Stadtabgeordneten (Gemeinderat) gewählt; ab 1893 Mitglied der Staatsprüfungskommission; 16.01.1894-12.04.1905 Erster Vizebürgermeister von Czernowitz (siebenmalige Wiederwahl); 1905 erster jüdischer Bürgermeister von Czernowitz und damit erster jüdischer Bürgermeister einer österreichischen Landeshauptstadt; in dieser Zeit viele städtebauliche Neuerungen, u. a. Wasserleitung und Kanalisation, elektrische Beleuchtung,



Straßenpflasterung und Einrichtung einer Straßenbahn; 12.05.1907 mit 48 von 50 Stimmen Wiederwahl zum Bürgermeister

von Czernowitz; erlebte bis zu seinem plötzlichen Tod die Eröffnung des Stadttheaters, des neuen Bahnhofs und des Justizpalasts. Er starb während einer Erholungsreise in Wien an einem Schlaganfall. Sein Leichnam wurde mit der Eisenbahn nach Czernowitz überführt und auf dem jüdischen Friedhof am 30.04.1907 begraben. Vereine und Ehrenämter: Akademische Lesehalle, Czernowitzer Männergesangsverein, Aufsichtsrat der Wiener Landesbank, Vizepräsident der Bukowiner Advokatenkammer, Vorsitzender des Landeschulrates, Kuratoriumsmitglied des Israelitischen Waisenhauses; 1880 Franz-Joseph-Orden, 1900 Regierungsrat. Am Tag nach der Beerdigung beschloss der Stadtrat die Umbenennung der Schlangen-Straße in die Dr.-Eduard-Reiss-Gasse. Das Grabmal verrostete in sowjetischer Zeit, wurde aber nach dem Zusammenbruch des Ostblocks restauriert. R.s Porträt im Sitzungssaal des Rathauses war lange verschwunden, kam indes 1998 anlässlich der Feierlichkeiten zur 150-jährigen Autonomie der Bukowina mit den Bildern aller Bürgermeister wieder ins Czernowitzer Rathaus.

Lit.: Bukowiner Post v. 13.04.1905; Neue Freie Presse v. 29., Czernowitzer Allgemeine Zeitung, Czernowitzer Zeitung und Czernowitzer Tagblatt v. 30.04., 01. und 03.05.1907; Winger 5 (1931); Geschichte der akademischen Burschenschaft Arminia-Czernowitz zu Salzburg 1877-1967 (1967), S. 11; Adolf Gaisbauer, Zionismus und jüdischer Nationalismus in Zisleithanien (1882-1918) (1982); Erhard Roy Wiehn (Hrsg.), Dr. E. R.: der erste Bürgermeister von Czernowitz (1905-1907) (2004); Raimund Lang, Die Wiener Landsmannschaft Bukowina [1868-1882]. Die Wurzel des Czernowitzer Korporationslebens, in: Jahrbuch Einst und Jetzt, Bd. 56 (2011), S. 250 f. Internet (06.01.208): ÖBL, E. R., Liste der Persönlichkeiten der Stadt Czernowitz (beide Wikipedia), Wiener Landsmannschaft Bukowina. Bekannte Mitglieder (regiowiki). Mitteilung von Ulrich Püschel v. 05.09.2020. H.D.

Rieck, Friedrich, geb. 23.12.1809 in Vitzdorf auf Fehmarn als Sohn eines Hofbesitzers, gest. 06.03.1878 in Lübeck (Jenaische Burschenschaft 1831, Kieler Burschenschaft 1832). Nach Besuch der Gelehrtenschule zu Glückstadt in Holstein (1823-1828) und des Gymnasiums in Altona (1828-1829) Studium der ev. Theologie

und der Philologie 1829-1831 und 1832 in Kiel sowie 1831/32 in Jena. Seine wichtigsten Lehrer waren die Theologen August Twesten (1789-1876) in Kiel, Ludwig Friedrich Otto Baumgarten-Crusius (1788-1843) und Karl August von Hase (1800-1890) in Jena, der klassische Philologe Gregor Wilhelm Nitzsch (1790-1861) in Kiel sowie der Historiker Friedrich Christoph Dahlmann und dessen Nachfolger Andreas Ludwig Jacob Michelsen (1801-1881) in Kiel. Neben Johann Friedrich Fries (1773-1843, Jena) übten nach eigenem Bekunden die Philosophen Johann Erich von Berger (1772-1833) und Henrich Steffens (1773-1845) „die bedeutendste nachhaltigste wissenschaftliche Einwirkung“ auf ihn aus. Ostern 1833 Untersuchung wegen Teilnahme an einer verbotenen burschenschaftlichen Verbindung in Kiel, daher ebd. Zulassung nur zum Ersten Examen (Tentamen) Ostern 1834, dann bis Herbst 1837 Hauslehrer; Ostern 1838 Dr. phil. Kiel („De praepositionibus nonnullis Novi Testamenti“); wegen der Zugehörigkeit zur Burschenschaft auch nach bestandenen philosophischen Examen für ein akademisches Lehramt trotz Unterstützung der Kieler Philosophischen Fakultät „nach damaligen Anordnungen“ die Erlaubnis entzogen, an einer deutschen Universität zu lehren; Ende 1838 Kollaborator an der Gelehrtenschule in Flensburg (bis Michaelis 1845), dann Rektor des Gymnasiums in Ratzeburg (bis 30.05.1851), anschließend bis 1857 Direktor des Gymnasiums in Zwickau, schließlich an verschiedenen Orten in Mecklenburg, so 1866 in Grevesmühlen, als Pädagoge tätig. Auf Grund „allgemeiner Wahl“ 1848-1851 Abgeordneter der Landesversammlung des Herzogtums Sachsen-Lauenburg u. a. für die Stadt Ratzeburg; 14.-16.08.1865 Teilnehmer an der 50-Jahr-Feier der Jenaischen Burschenschaft. Veröffentlichungen u. a.: „Der Schleswig-Holsteinische Gnomon und die Volksschule“ (1843), „Andeutungen über den Zusammenhang des Gymnasiums mit der Kirche“ (1847, 2. Aufl. 1851), „Göthe’s hundertjähriger Geburtstag. Festrede“ (1849), „Ueber falsche

Richtungen der modernen Pädagogik. Rede zum Antritt des Directorats des Gymnasiums zu Zwickau am 30. Juni 1851“ (1851), „Pädagogische Briefe. Aus der Erinnerung an Georg Wilhelm Nitzsch“ (1867). Autobiographie im Schulprogramm von Ratzeburg 1871.

Lit.: Alberti 2 (1868), S. 267, Nr. 1765; Kössler Personenlexikon (2008); Lönnecker (2015), S. 349 f., Nr. 1493. Internet (23.11.2016): F. R., Mitglied der Landesversammlung (Lauenburg) (beide Wikipedia), Album der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel 1665-1865 (Nr. 9359). H.L./K.O.

Riedel, Heinrich, geb. 17.03.1903 in Nürnberg als Sohn eines Oberlehrers, gest. 08.06.1989 in München (Bubenreuther-Erlangen 1922). Nach Abitur am humanistischen Melanchthon-Gymnasium in Nürnberg Studium der ev. Theologie in Erlangen und Leipzig; 1926 erstes und 1929 zweites theologisches Examen; 1926 Präfekt im Ev. Schülerheim in Schweinfurt, 1927-1930 Vikar in Zirndorf; 1930-1934 Pfarrer in Thuisbrunn (Kr. Forchheim), nebenamtlich Leiter eines Volkshochschulheims für Arbeiter in Kasberg; 1934-1943 Erster Landesjugendpfarrer mit Sitz in Nürnberg; 1934 Leiter der Landesjugendpfarrer, die der Bekennenden Kirche nahestanden; 1943-1947 Gemeindepfarrer in Kulmbach, dort auch Dekan des Dekanatsbezirks; Ende des Zweiten Weltkriegs an mehreren Versorgungsaktionen für Flüchtlinge und Kriegsgefangene beteiligt; 1947-1972 Oberkirchenrat im Ev.-Luth. Landeskirchenamt in München und damit auch Mitglied des Kollegiums der Kirchenleitung; ab 1962 Vorstand der geistlichen Abt. und damit Stellv. des Landesbischofs sowie Personalreferent; 1955-1967 Mitglied des Rats der Ev. Kirche in Deutschland (EKD); erhöhte mit dem Ratsvorsitzenden Kurt Scharf den öffentlichen Druck, der schließlich zur diplomatischen Anerkennung des Staates Israel durch die Bundesrepublik am 12.05.1965 führte; 1958-1971 Vorsitzender des Diakonischen Rates der EKD; 1959 Gründer und Leiter des Verteilungsausschusses „Brot für die Welt“; 1963-1971 Mitglied der Kommission des Luth. Weltdienstes in Genf; ab

1969 Mitarbeiter im Ausschuss für den kirchlichen Entwicklungsdienst der EKD; 1972-1977 Abgeordneter des Bayerischen Parlaments, 1947-1989 Mitglied im Bayerischen Senat, ebd. jeweils Mitglied mehrerer Ausschüsse, im Bayerischen Senat u. a. des Wahlprüfungsausschusses sowie des Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik); Bayerischer Verdienstorden 1959. Veröffentlichungen u. a.: „Herr, bleibe bei uns. Gebetbuch für das christliche Haus“ (Hrsg., 1954), „Kampf um die Jugend. Evangelische Jugendarbeit 1933-1945“ (1976); Sammlung kleinerer Aufsätze und Andachten im Landeskirchlichen Archiv Nürnberg.

Lit.: Ernst Fikentscher, H. R., Oberkirchenrat im Ev.-Luth. Landeskirchenamt in München, in: Zum Dienst berufen (1963), S. 83-88; München von A-Z. Stadtlexikon der Bayerischen Landeshauptstadt (1966); Andreae/Griessbach (1967), S. 239; Wilhelm Lederer, Dokumentation 1945. Kulmbach vor und nach der Stunde Null (1971), S. 114 f. und 134 f. sowie a. m. O.; 45 Jahre im Dienst der Kirche, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 24 v. 31.01.1972, S. 12; Bautz 8 (1994). Sp. 301 (Ulrich Schwab); Gerhard Gronauer, Der Staat Israel im westdeutschen Protestantismus. Wahrnehmungen in Kirche und Publizistik von 1948 bis 1972 (2013), S. 185-190; Burschenschaft der Bubenreuther (2017), S. 452. Internet (22.04.2020); H. R., Burschenschaft der Bubenreuther, Bekannte Bubenreuther (beide Wikipedia), Parlamentsdatenbank beim Haus der Bayerischen Geschichte. P.K.

Roloff, Wilhelm (Berthold Thorvald), geb. 28.03.1900 in Altona als Sohn eines wohlhabenden dän. Zahnarztes, gest. 22.02.1979 in Toronto, Kanada (Derendingia-Tübingen 1919). Nach Besuch des Realgymnasiums in Altona und Militärdienst als Seekadett bei der Kaiserlichen Marine nach Kriegsende bis 1922 Studium der Medizin in Tübingen, München und Hamburg; in Tübingen und Hamburg zeitweise AStA-Vorstand; auf Empfehlung des befreundeten Bankiers Max Warburg (1867-1946) Aufgabe des Medizinstudiums und Studium der Wirtschaftswissenschaften; ab 1924 Prokurist bei der Nederlandschen Handelsassociatie N. V. Rotterdam; durch Warburgs Vermittlung 1929 Finanzdirektor der Vereinigten Seidenweberei AG in Krefeld; 1934 Direktor der Nordsee Deut-

sche Hochseefischerei Bremen-Cuxhaven AG und Bezug des Fichtenhofs in Bremen; in zweiter Ehe verheiratet mit Anna Alexandra von Alvensleben (1910-1968), Tochter des Politikers Werner v. A (1879-



1947) und Cousine des Widerstandskämpfers Heinrich Graf von Lehndorff-Steinort (1909-1944); über seinen Schwiegervater Kontakt zu bürgerlichen und adligen Oppositionellen. In der Folgezeit Entwicklung des Fichtehofes zu einem Zentrum des bürgerlichen Widerstands in Bremen; Kontakte zu zahlreichen Oppositionellen, u. a. zu Mitgliedern des Kreisauer Kreises. Mitwisser des Attentats von Stauffenberg auf Hitler, hatte er sich schriftlich bereit erklärt, im Falle des Erfolgs den Posten des Staatsministers im Ernährungsministerium zu übernehmen. In Folge der Ermittlungen gegen die Mitverschwörer des 20. Juli fiel das Schriftstück in die Hände der Gestapo. Nach dem 20. Juli 1944 Festnahme und Inhaftierung im Zellengefängnis Lehrter Straße; nach einem Freitodversuch Verlegung in das Staatskrankenhaus der Polizei, wo die Ärztin Charlotte Pommer ein Treffen zwischen R. und seiner Frau arrangierte; Ende Nov. 1944 Zurückverlegung in das Gefängnis Lehrter Straße und am 22.04.1945 entlassen; aufgrund einer Denunziation bei der britischen Besatzungs-

macht in das Internierungslager Neuen-gamme verbracht und befragt. Nach einigen Wochen dank eidesstattlicher Erklärungen mehrerer namhafter Oppositioneller und Widerstandskämpfer entlassen, verließ R. im Dez. 1946 Deutschland und lebte bis 1953 in Äthiopien, zuletzt bei seinem Sohn in Kanada. Die Trauerfeier fand in Toronto statt.

Lit.: BL 1 (1940), S. 208; MV Derendingia (1967) Nr. 578; Antje Vollmer, Doppelleben. Heinrich und Gottliebe von Lehndorff im Widerstand gegen Hitler und von Ribbentrop (2010, auch als Hörbuch); Barbara Orth, Gestapo im OP. Bericht der Krankenhausärztin Charlotte Pommer (2013, a. m. O.); Johannes Tuchel, „... und ihrer aller wartete der Strick“. Das Zellengefängnis Lehrter Straße 3 nach dem 20. Juli 1944 (2014), S. 88, 118f., 131f.; Heinrich Lohmann, Der Bremer Fichtenhof und seine Bewohner. Ein wenig bekanntes Kapitel aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus (2018, auch digital, S. 25-27); Weser Kurier v. 03.05.2018; Christian Mester, Buch über den Fichtenhof. Ein Ort des Widerstands, in: Die Norddeutsche v. 03.05.2018; Sebastian Sigler, Ein kleines Kreisau in Norddeutschland, in: The European v. 26.08.2018. Internet (09.11.2017): W. R. (Widerstand), Tübinger Burschenschaft Derendingia. Bekannte Mitglieder (beide Wikipedia). Mitteilung von Heinz Obermüller (Groß-Karben) v. 05.12.2018. P.K.

Rose, (Wilhelm) Otto, geb. 17.05.1882 in Klein-Poley (Anhalt-Dessau), gest. 18.01.1952 in Hamburg (Suevia-Leipzig 1902, Arminia-Gießen 1903/04, Suevia-Halle 1904/05 [ab 1913 Corps Suevo-Cimbria], Corps Normannia-Halle 1935). Nach Besuch des Gymnasiums in Dessau Studium der Rechtswissenschaften und Kameralistik in Leipzig, Gießen und Halle; schon während des Studiums engere Kontakte zu → Gustav Stresemann und wohl auf dessen Anregung hauptberufliche parteipolitische Tätigkeit; Chefredakteur der Zeitschriften „Der Materialist“ und „Der Manufakturist“; seit 1911 hauptamtlicher Mitarbeiter der Nationalliberalen Partei, 1913 Generalsekretär in Bad Oeynhausen und Hannover, seit 1916 Generalsekretär in Hamburg. 1918 Mitwirkung an der Gründung der DVP im Reich und in Hamburg, 1919 Generalsekretär der DVP in Hamburg, Bremen, Stade, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Lübeck, Vorsitzender der DVP in Hamburg; 1919-

1933 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft; Schwerpunkte vor allem in der Kulturpolitik. Das Zustandekommen der Großen Koalition in Hamburg in den Jahren 1925-1933 war hauptsächlich sein Werk. R. hatte einen „massgebenden Einfluss ... auf die Gestaltung des politischen Lebens in unserer Vaterstadt nach Beendigung des Ersten Weltkrieges“ (H. C. Vering). 1922 Mitgründer und bis zu seinem Tode Vorsitzender der Hamburger „Tafelrunde“, eines Freundeskreises von Wirtschaftlern, Ärzten, Juristen und Kulturschaffenden, darunter vielen Korporationsstudenten. Nach 1929 als Generalsekretär der DVP ausgeschieden, Betätigung als freier Schriftsteller; 1933 Wechsel zur NSDAP (Mitglieds-Nr. 2999645) und Übernahme in den öffentlichen Dienst der Hansestadt als Regierungsrat im Hamburger StA, persönlicher Berater des 2. Bürgermeisters in der Senatskanzlei Hamburg. 1941 „aus gesundheitlichen Gründen“ in den Ruhestand versetzt, danach bis Kriegsende Redakteur der Werkzeitung „Berghütte“ der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft in Teschen (Oberschlesien); 1945 Rückkehr nach Hamburg und Betätigung als Wirtschaftsjournalist für norddeutsche Wirtschaftsunternehmen.

Lit.: Zeitungsausschnitt-Sammlung StA Hamburg (Ansprache am Grab unseres Freundes W. O. Rose gehalten von Senator H. C. Vering, Nachruf für unseren verewigten W. O. Rose ... 20. März 1952. In memoriam W. O. Rose 1882 – 17. Mai 1952. Ansprache von Dr. F. C. Rode ... am 17. Mai 1952). Mitgliederliste der Arminia Gießen vom SS 1904; Mitgliederverzeichnisse bzw. Jahrbücher des Allgemeinen Deutschen Burschenbundes 1903-1909; Wer ist's? (1922), S. 1262; Schäfer (2017), S. 29. Internet (02.02.2019); Die Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft von 1919, Biographien. Mitteilungen des StA Hamburg (Volker Reißmann) v. 22.02. und des BArch Berlin (Heinz Fehlauer) v. 10.05.2019. G.Sch./P.K.

Rosenhagen, Christian Wilhelm Gustav, geb. 17.03.1817 in Ahrensburg/Holstein als Sohn eines Gutsinspektors, gest. 13.01.1870 in Dresden an den Blattern (Albertina-Kiel 1836, Jenaische Burschenschaft 1837). Nach Besuch des Gymnasiums in Altona (1835/36 Mitglied des dortigen Schülervers) Studium der ev. Theologie in Kiel (imm. 29. 10. 1836), dort Studien-

freund von → Theodor Mommsen, dann in Jena (imm. 28.10.1837) bis WS 1838/39; Hauslehrer; als cand. theol. 1848-1851 Abgeordneter der Konstituierenden Schleswig-Holsteinischen Landesversammlung (Wahlkreis Holstein 22: Lütjenburg), gewählt als zweiter Abgeordneter mit 1085 Stimmen; gehörte dort zur linken Opposition, besaß „ein nicht ungewöhnliches Rednertalent“ und „hatte bei aller Gewissenhaftigkeit in dem Geltendmachen der eigenen Überzeugung eine gewinnende Milde in seinen Urtheilen über Andersdenkende.“ Er plädierte dort für einen Ausschuss zur Entscheidung über die Amnestierung „aller wegen Handlungen in Bezug auf politische Verhältnisse in Strafe verfallenen Militairs“ (zit. nach Lönnecker mit Quellenangaben ebd.), sprach und stimmte gegen den von der Mehrheit angenommenen Antrag auf Unterwerfung und galt daher der dänischen Regierung als dauernd nicht anstellungsfähig. Gesuch um Ordination als Pfarrer wohl 1852 abgelehnt; 1852 als Lutheraner Hilfsprediger der ev.-ref. Gemeinde in Dresden und Religionslehrer an der Privatschule der Sprachlehrerin Agnes Jakowska; 22.04.1860 Predigt aus Anlass des 300. Todestages von Philipp Melanchthon; Herbst 1863 Vorstandsmitglied des Deutschen Protestantischen Vereins; verlas – bei dieser Gelegenheit als „Pastor“ bezeichnet – am 13.03.1864 in der sächsischen Landesversammlung für Schleswig-Holstein einen „aus Rendsburg angelangten Gruß an die Versammlung“; 1864 Pastor; 14.-16.08.1865 Teilnehmer an der 50-Jahrfeier der Burschenschaft in Jena. Auf die Todesnachricht schrieb Theodor Mommsen an Gustav Freytag: „Ist es wirklich wahr, dass Rosenhagen in Dresden tot ist? Er war mein alter, lieber Universitätsfreund“ (zit. nach Lönnecker mit Quellenangabe ebd.). Veröffentlichungen: „Predigt zur Gedächtnisfeier Philipp Melanchthons in der ev.-ref. Kirche zu Dresden am 22. April 1860“.

Lit.: Das Album der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel 1665-1865 16 (1865), S. 294 (Nr. 10.157) (<http://dibiki.ub.uni-kiel.de>); Alberti 2 (1868), S. 292, Nr. 1807; Kössler Personenlexikon (2008); Lönnecker (2015), S. 355 f., Nr. 1534;

ders., ebd. S. 641 f. (mit Quellenangaben). Internet (24.11.2016): Liste der Abgeordneten der konstituierenden Schleswig-Holsteinischen Landesversammlung (Wikipedia). H.L./P.K.

Rotteck, Karl von, geb. 26.12.1806 in Freiburg i. Br. als Sohn des Freiburger Prof. und bad. Liberalen Carl von Rotteck (1775-1840), Schwager von → Maximilian Ruff (1804-1881), gest. März 1898 in Woodstock bei St. Louis/USA (Academisch-Gesetzlicher Verein („Neutralia“) Freiburg i. Br. 1824); stud. phil., dann iur.; imm. Freiburg WS 1822/23; 1829 Rechtspraktikant, 1838 Advokat und Prokurator am großherzogl. Hofgericht in Freiburg; 1840 Mitgründer des Freiburger Turnvereins (Schriftführer); unter seinem Vater Sekretär der bürgerlichen Lesegesellschaft „Harmonie“; 1848 maßgeblich an der badischen Revolution beteiligt. Emma Herwegh und Amalie Struve waren während des Heckerzuges Gäste im Rotteck'schen Haus; versuchte am 22.04.1848 in Freiburg die ca. 2000 Freischärler zu überzeugen, dass Widerstand angesichts der Übermacht der Regierungssoldaten zwecklos sei. Nach blutiger Einnahme von Freiburg durch Kriegsminister Friedrich Ludwig Hoffmann (1795-1879) am 24.04.1848 als Hauptträdelsführer verhaftet und in die Festung Rastatt verbracht; 05.05.-26.10.1848 im Bruchsaler Zuchthaus, kam er im Dez. 1848 gegen Zahlung einer Kaution wieder frei. Vorsitzender des Kreisausschusses der Volksvereine am Oberrhein; 1849 Teilnehmer an der Offenburger Versammlung der Volksvereine, die ihn nach Karlsruhe schickte, um Großherzog und Regierung ultimativ zur Unterwerfung aufzufordern; Schriftführer und Mitglied der revolutionären Verfassungsgebenden Versammlung und der provisorischen Regierung. Anklage wegen Hochverrats im Frühjahr 1849 niedergeschlagen; 29.01.1849 Mitbegründer des radikalen Freiburger „Volksvereins“, der sich für eine Republik einsetzte; auf Anregung des Volksvereins und unter Leitung K. v. R.s 10.05.1849 Treffen unzufriedener Armeeangehöriger der Garnison auf dem Kanonenplatz in Freiburg; nach Flucht des Großherzogs Sprecher einer De-

legation, die in Karlsruhe über eine friedliche Übernahme der Regierung durch das Volk verhandeln sollte; nach Übernahme der Regierungsgeschäfte durch den Landesausschuss der Volksvereine in die Verfassungsgebende Versammlung gewählt, dort Schriftführer; nach Niederschlagung der Revolution durch preußische Truppen am 17.05.1850 in absentia vom Hofgericht Bruchsal zu 20 Jahren Zuchthaus und Beschlagnahme seines Vermögens verurteilt; Flucht in die Schweiz, danach ins Elsass, schließlich im Frühjahr 1850 in die USA, wohin er 1851 seine inzwischen verarmte Familie nachholte; im Febr. 1866 in St. Louis, Farmer in Woodstock bei St. Louis; politische Betätigung in Iowa und Missouri; als Redakteur deutschsprachiger Zeitungen auch politisch engagiert; 1860 Delegierter der Republikanischen Partei auf dem Parteitag, der Abraham Lincoln zum Präsidentenkandidaten nominierte.

Lit.: BJ 5 (1900) TI 1898 S. 53*; Rudolf Muhs, Vorstellung eines Unbekannten. K. v. R. jr. (1806-1898), in: Freiburger Almanach 38 (1987), S. 95-100; Ulrike Rödling/Heinz Siebold, Der Münstergeneral. Menschen und Ereignisse. Freiburg in der Badischen Revolution 1848/49 (1998), S. 115-123; Raab (1998), S. 772 f.; Heiko Haumann/Hans Schadek, Geschichte der Stadt Freiburg 3 (2001), S. 93, 95, 97-99, 101, 105-110. Internet (10.06.2020): Gundermann (o. J.), K. v. R. jun. (Wikipedia), Die Revolution von 1848/49 in Freiburg www.landeskunde-bw.de, Matrikel der Universität Freiburg (1991), S. 182. K.G./P.K.

Rüber, (Johann) Josef, geb. 25.04.1917 in Ochtendung (Eifel) als Sohn eines Gutsbesitzers, gest. 23.02.1977 in Koblenz (Kameradschaft „Hans Karrillon“ 1937, später Alemannia-Gießen). Nach Besuch des Gymnasiums in Boppard 1928-1934, dann des Realgymnasiums in Ahrweiler bis 1937 zunächst Reichsarbeitsdienst; ab WS 1937/38 Studium der Veterinärmedizin in Gießen; 1939 Unterbrechung des Studiums wegen Einberufung zur Wehrmacht; 1942 Abkommandierung zur Heeres-Veterinär-Akademie zur Beendigung des Studiums als Tierarzt; 1943 erneut Fronteinsatz, Juni 1945 Entlassung aus britischer Kriegsgefangenschaft; nach Tod des Vaters 1945 Übernahme des elterlichen landwirtschaft-

lichen Betriebs auf dem Waldorfer Hof bei Ochtendung; umfangreiches ehrenamtliches und berufsständisches Engagement, u. a. Mitbegründer und bis zuletzt Vorsitzender des „Landwirtschaftlichen Casinos“ der Region, Vorsitzender des landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbandes von Rheinland-Nassau (und dadurch Mitwirkung bei zahlreichen Tarifverhandlungen im Land-, Forst- und Weinbau), Mitglied des Verwaltungsausschusses des Arbeitsamtes Mayen, der Vertreterversammlung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft sowie der Krankenkasse der rheinischen Landwirtschaft Düsseldorf; 1954 Eintritt in die CDU; Vorsitzender des Ortsverbandes der CDU Ochtendung und Stellv. Vorsitzender der CDU im Amt Polch (Verbandsgemeinde Maifeld); Ratsmitglied der Gemeinde Ochtendung und dort Vorsitzender der CDU-Fraktion; in der 6. Wahlperiode (1967 bis 1971) für den Wahlkreis 1 Abgeordneter des Rheinland-Pfälzischen Landtags (Platz 10 auf der CDU-Liste); Mitglied des Landtagsausschusses für Landwirtschaft und Weinbau. J. R. „hat über lange Jahre die Anliegen seiner Mitbürger in zahlreichen öffentlichen Ämtern vertreten und mit großem Einsatz dem Allgemeinwohl gedient. Viele haben sich in ihren Sorgen und Nöten an ihn gewandt und konnten seine Hilfsbereitschaft erfahren. Er war ein aktiver, aufrechter Demokrat, dessen Einsatzbereitschaft und dessen Leistungen von seinen Mitbürgern anerkannt wurden.“ (Der Alemanne).

Lit.: Carl Walbrach (Hrsg.), Geschichte der Gießener Burschenschaft Alemannia 1861-1961 (1961), S. 280 (Mitglied Nr. 915); Weitere Beiträge zur Geschichte der Gießener Burschenschaft Alemannia. Zum 110. Stiftungsfest (1971), S. 146; Gießener Alemannen. Mitgliederliste der Gießener Burschenschaft Alemannia 1861-1996 (1996), S. 60; Nachruf von Hans Medebach in „Der Alemanne“ Nr. 75, Mai 1978, S. 49 f.; Die Stellvertreter des freien Volkes. Die Abgeordneten der Beratenden Landesversammlung und des Landtags Rheinland-Pfalz von 1946 bis 2015 (2016). Internet (31.03.2020): Rheinland-Pfälzische Personendatenbank, hier: R. J., J. R. (Wikipedia). G.Sch.

Ruef, Maximilian, geb. 01.11.1804 in Freiburg i. Br. als Sohn eines verstorbenen

Amtmanns, gest. 13.04.1881 ebd. (Freiburger Burschenschaft 1821, auch Corps Allemannia-Freiburg 1824/25). Nach Besuch des Gymnasiums in Freiburg stud. phil., dann iur.; imm. Freiburg WS 1820/21; mehrfach Sprecher, auch Rechner und Schreiber der Freiburger Burschenschaft; wegen Zugehörigkeit zur Burschenschaft 1826 zu sechs Wochen Festungshaft verurteilt, die er im Gefängnis auf der Festung Kislau absaß; 1826 Rechtspraktikant; 1828 Ernennung zum Advokaten und Prokurator beim Hofgericht des Oberrheinkreises in Freiburg; 1832 Gründer des „Badischen Volksblattes“ und Mitherausgeber des „Freisinnigen“; 1833-1838 Mitglied des Freiburger Gemeinderats; 1835 mit seinem Schwiegervater Carl von Rotteck Gründer des bürgerlichen Lesevereins „Harmonie“; mit Joseph von Rotteck Gründer des gemäßigt liberalen „Vaterländischen Vereins“ in Freiburg. Veröffentlichungen u. a.: „Ueber die Aufhebung des Zehnten“ (1831), „An die Bürgerschaft der Stadt Freiburg. Recurs-Beschwerde des Gemeinderaths dahier, die Auflösung der Beurbarungs-Kommission betreffend“ (1834), „Einige Fragen, veranlaßt durch die der Oeffentlichkeit übergebene Erklärung der sogenannten Beurbarungs-Kommission vom 24. Juni und 4. Juli 1834“ (1834); mehrere Beiträge in den „Annalen der badischen Gerichte“, im „Freisinnigen“, in der „Freiburger Zeitung“ sowie in anderen Zeitungen und Fachzeitschriften.

Lit.: Internet (10.06.2020): Gundermann (o. J.), M. R. (Wikipedia), Matrikel der Universität Freiburg (1991), S. 146. P.K./K.G.

Runkel, Eduard Justus von, geb. 01.11.1801 in Hachenburg/Nassau, gest. 04.07.1882 in Heddesdorf bei Neuwied (Burschenschaftliche Allgemeinheit-Bonn 1819, Corps Rhenania-Bonn Mitstifter 1820, Corps Holsatia-Heidelberg 1823). Nach Besuch des Gymnasiums in Wetzlar Studium der Rechtswissenschaften 1819-1821 in Bonn und 1821-1823 in Heidelberg; ab 1834 bei der kgl.-preuß. Provinzialregierung in Koblenz; 1847 Oberprokurator; 1851-1877 Landrat des Kreises Neuwied, Besitzer der Güter Heddesdorf, Mai-

born und Düsternau, Geh. Regierungsrat. Nach ihm und seinem Sohn Friedrich Wilhelm Justus sind eine Wohnsiedlung und der v.-R.-Platz in Neuwied-Heddesdorf benannt.

Lit.: Kössener Korpslisten (1910), 26,6 und 116,78; Hermann Schäfer, Matrikel der Bonner Rhenanen 1820-1970, Bd. 4 der Blaubücher der Bonner Rhenania (1970), S. 12 f.; Rhein-Zeitung, Ausg. AL Nr. 147 v. 28.06.2006, S. 20; 2006 Regine Siedlaczek, Verwaltungschef vernetzt das Kreisgebiet: E. J. v. R. intensivierte die Wirtschaftskreisläufe rund um Neuwied, in: Rhein-Zeitung, Ausg. A v. 09.08.2006, S. 19; Thomann (2015), S. 128 f. (Anm. 191), Heimatjahrbuch Landkreis Neuwied (2016), S. 170-177. Internet (06.01.2017); E. v. R. (Wikipedia), Landkreis Neuwied; Rheinland-Pfälzische Personaldatenbank, Rheinland-Pfälzische Bibliographie, Die Landräte der Kreise Linz und Neuwied von 1816 bis 2016 (P). B.T./H.D.

Ryffel, Johann Jakob, geb. 13.12.1807 in Üriikon bei Stäfa, Kt. Zürich/Schweiz als Sohn eines Landwirts und Säckelmeisters, gest. 17.07.1868 in Dielsdorf, Kt. Zürich (Jenaische Burschenschaft 1829). Nach Schulbildung bei einem Privatlehrer sowie



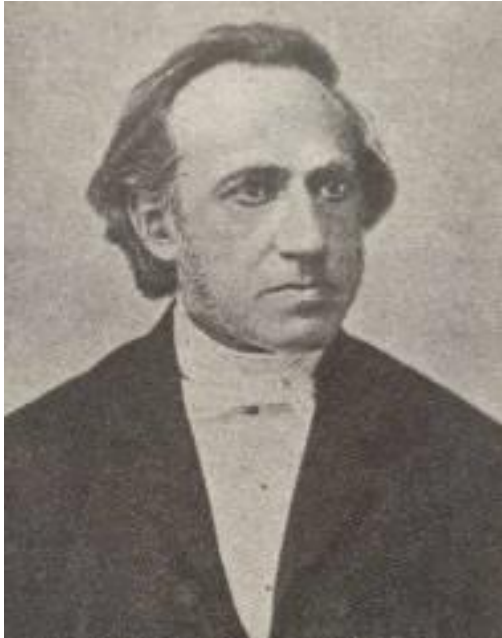
im Institut von Heinrich Pestalozzi in Yverdon Studium der Rechts- und Kameralwissenschaften in Zürich, 1827/28 in Basel und 1829-1831 in Jena; dann Mitarbeiter in der Bezirksgerichtskanzlei in Zürich; Stellv. Gerichtsschreiber in Regens-

berg; 1838 Statthalter des Bezirks Regensberg. R., der liberale Ansichten vertrat, erwarb sich ebd. vor allem Verdienste in den Bereichen Schul- und Armenwesen, Straßen- und Eisenbahnbau, im Sparkassenwesen sowie bei der Entsumpfung des Surb- und Regendorfertals. 1843-1866 Mitglied des Großrats des Kantons Zürich. Durch Nachwahl im Wahlkreis Zürich-Nord 1849-1857 Mitglied des Nationalrats; 15.-17.08.1858 Teilnehmer an der 300-Jahrfeier der Universität Jena; wurde 1866 von Friedrich Locher (1820-1911) (zunächst anonym) in dem Pamphlet „Die Freiherren von Regensberg“ scharf angegriffen. R., selbst seit 1856 Bürger von Regensberg, wurde als eines der Beispiele der damals herrschenden Klügelwirtschaft im Umfeld des Eisenbahnunternehmers und Politikers Alfred Escher (1819-1882) bloßgestellt. Beim nachfolgenden Wahlsieg der demokratischen Bewegung verlor er sein Mandat im Züricher Kantonsparlament.

Lit.: Neue Zürcher Zeitung 1868, Nr. 198; Heinrich Hedinger, Geschichte des Städtleins Regensberg (1927), S. 283; Türler 5 (1929), S. 776; Gästebuch 1858 (2008), S. 359, Nr. 266; Matthias Kradolfer, Die Freiherren von Regensberg. Eine Komödie über Justiz und Politik, in: Rechtskultur. Zeitschrift für europäische Rechtsgeschichte, Nr. 1 (2012), S. 11-21; Lönnecker (2015), S. 360, Nr. 1563. Internet (10.04.2017): J. J. R. (Wikipedia), Historisches Lexikon der Schweiz Online (Susanne Peter-Kubli). H.D./H.L.

Sallentien, (Karl) Heinrich (Ludwig Eduard), geb. 12.05.1825 in Braunschweig als Sohn eines Pastors, der Familienüberlieferung nach aus einer Salzburger Emigrantenfamilie, gest. 03.02.1897 in Wolfenbüttel (Fürstenceller-Jena 1844/45, weitere Verbindung). Nach Besuch des Gymnasiums in Braunschweig Studium der ev. Theologie 1844-1845 in Jena und 1845-1848 in Halle; in Jena insbesondere Hörer von → Karl August (v.) Hase (1800-1890), in Halle von Julius Müller (1801-1878) und August Tholuck (1799-1877); Sept. 1848 Erstes Examen in Braunschweig, zeitweise Lehrer an der Erziehungsanstalt des Pastors E. L. Kellner in Barbecke/Kr. Wolfenbüttel, dann in Braunschweig Erzieher der beiden Söhne des Freiherrn von

Minnigerode; 1851 in Schönberg/Odenwald Erzieher des Erbgrafen zu Erbach-Schönberg; 1858-1860 Lehrer am Progymnasium in Braunschweig; Febr. 1860 Zweites Examen, Mai 1860 Mitglied (Subse-



nior) des Predigerseminars in Wolfenbüttel; Mai 1863 Pastor adiunctus in Blankenburg/Harz, dort zugleich Leiter der Bürgerschulen; 1870 Pfarrer in Groß Vahlberg und Bansleben (beide Kr. Wolfenbüttel), 07.05.1875 Konsistorialrat in Wolfenbüttel, Vertretung des Konsistoriums in der Landessynode und Leitung des Predigerseminars; 01.01.1879 Generalsuperintendent in Wolfenbüttel, 13.03.1891 auch in Blankenburg; 25.04.1881 Abt des Klosters Mariental bei Helmstedt, 1883-1885 Mitglied der Oberschulkommission; trat nach dem Tod von Herzog Wilhelm (1884) engagiert für die Thronfolge der Welfen in Braunschweig ein; 01.04.1890 Konsistorialvizepräsident, Vorsitzender der Deutschen Ev. Kirchenkonferenz (auch Eisenacher Konferenz oder Eisenacher Kirchenkonferenz), in der 1852-1921 die ev. Landeskirchen (auch nach 1866 unter Einbeziehung Österreichs) gemeinsame Projekte und Grundsätze beschlossen; 1875-1884 Abgeordneter der Braunschweigischen Landesversammlung; 1891-1894 Abgeordneter des Landtags in Braunschweig als Vertreter der luth. Landeskirche. S. vertrat „ein konfes-

sionelles Luthertum, ... ohne allerdings einseitig zu sein“. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes im Jan. 1890 betonte S. – als führender Kopf des Kuratoriums ganz auf der Linie von Prinz Albrecht von Preußen (1837-1906), dem Regenten und Bischof des Herzogtums Braunschweig – „die allein durch die Gottesliebe mögliche, innere Erneuerung und Wandlung des Menschen“ (Engelking, S. 328); 09.04.1894 D. theol. h. c. in Rostock.

Lit.: Landeskirchliches Archiv Wolfenbüttel, Pfarrbestellungsakten; Friedrich-Wilhelm Freist (Bearb.); Braunschweigisches Magazin (1897), S. 25 f.; Schneider (1897), S. 562 Nr. 30; Brunonia, Braunschweigische Monatsschrift ... (1897), S. 25 f.; Schneider (1897), S. 250 und 562; BJ 2 1897 (1898), S. 371-375 (P. Zimmermann); ADB 53 (1907), S. 685-689 (Paul Zimmermann); Ev.-Luth. Wochenblätter (1907), S. 26-31; Rückblicke auf die Braunschweigische Thronfolgefrage (1907), S. 8 ff.; Die Pastoren der Braunschweigischen Evangelisch-Lutherischen Landeskirche seit Einführung der Reformation 2 (1974), S. 265, Nr. 3402; Jarck/Scheel (1996), S. 510; Hans-Jürgen Engelking, Die Braunschweigische Landeskirche im 19. Jahrhundert. Hauptlinien der Entwicklung, in: Von der Taufe der Sachsen zur Kirche in Niedersachsen. Geschichte der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Braunschweig, hrsg. von Friedrich Weber, Birgit Hoffmann, Hans-Jürgen Engelking (2010), S. 283-347; Lönnecker (2015), S. 361 f., Nr. 1574. Internet (09.01.2018): CERL Thesaurus. Mitteilung des Landeskirchlichen Archivs Wolfenbüttel (Birgit Hoffmann) v. 20.11.2014. H.L./K.O.

Sander, Friedrich (Fritz Wilhelm), geb. 18.02.1905 in Oldendorf, aus einer alten Bauern- und Mühlenbesitzerfamilie, gest. 21.11.1986 in Hameln (Alemannia-Göttingen 1923). Nach Besuch des Schiller-Gymnasiums in Hameln Eintritt in die „Schwarze Reichswehr“; anschließend Studium der Rechtswissenschaften in Göttingen und München, daneben Besuch von Vorlesungen über Volkswirtschaft, Finanzwissenschaft und Geschichte; Dr. iur. in Göttingen 1928 („Die Dauer des Erbbaurechts unter besonderer Berücksichtigung des Heimfalls nach der Verordnung vom 15. Jan. 1919“); Referendarzeit in Hannover und Celle; Zweites Staatsexamen in Berlin; 1931 als Rechtsanwalt, 1938 als Notar in Wernigerode zugelassen; 1940-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg

(Infanterie), zuletzt als Offizier in einer Volksgrenadier-Division an der Ostfront (Verwundung); britische Kriegsgefangenschaft; nach Entlassung 1946 zeitweise Leitung des väterlichen Mühlenbetriebes nebst Elektrizitätswerk in Oldendorf, bis er in Hameln als Rechtsanwalt und Notar sowie als Fachanwalt für Steuerrecht zugelassen wurde; 1961-1965 für die CDU Oberbürgermeister von Hameln; Wahl wegen seines Wohnsitzes in der Gemeinde Klein Berkel außerhalb von Hameln rechtlich umstritten; Verdienste u. a. um den Bau von Schulen und Sportstätten sowie die Erweiterung des Stadtkrankenhauses; zeitweise auch Zweiter Stellv. Vorsitzender des Deutschen Keglerbundes.

Lit.: Burschenschafter-Stammrolle 1934 (1934), S. 413; Deister- und Weserzeitung (DEWEZET) v. 14.04.1961 S. 3 (P), 18.02.1965 S. 3 (P), 06.07.1966 S. 3, 18.02.1975 S. 3, 08.01.1981 S. 3 (P), 18.02.1985 S. 3 (P) und 26.11.1986 S. 4 (Todesanzeige); Wahlen: Im Nachtasyl, in: Der Spiegel, H. 17, 18.04.1966. Internet (10.06.2020): F. S. (Wikipedia). Mitteilungen des Niedersächsischen LArch Hannover v. 07.07.2020 (mit Auszug aus der Kartei mit den Namen aller verstorbenen und lebenden Mitglieder der Alemannia einschließlich der als Aktive oder Inaktive verstorbenen Burschen), angelegt nach 1945 ...), StA Hameln (Olaf Piontke) v. 09.06.2020 (mit Zeitungsausschnitten) und des NLA HA Dep. 131 Acc. 2007/003 Nr. 142). P.K.

Schade, Eberhard, geb. 15.08.1902 in Bückeberg als Sohn eines Baumeisters und Direktors der Gasanstalt, gest. 15.08.1971 in Hameln (Cimbria-Berlin 1922). Nach Besuch des Gymnasium Adolfinum in Bückeberg Studium an der Bergakademie Clausthal und der TH Berlin; Dipl.-Ing., Leiter der Schaumburger Gasgesellschaft; 01.06.1930 Eintritt in die NSDAP (Nr. 252169); bei der Landtagswahl im Mai 1931 als Abgeordneter in den Landtag des Freistaates Schaumburg-Lippe gewählt, dem er bis zu dessen Auflösung (1933) angehörte; im Parlament Leitung der NSDAP-Fraktion. 1933 kurzfristig Landtagspräsident; verfügte in der letzten Sitzung am 14.07.1933 die Auflösung des Landtags; 1933 bis zu seiner Entlastung als Ehrenbeamter 1939 Mitglied der Schaumburg-Lippischen Landesregierung, Stellv. des Landespräsidenten Karl Dreier; nach

Ausscheiden aus dem Landesdienst leiten- der Angestellter in einer Futterfabrik in Hameln; 1946 verhaftet und 1947 in einem Spruchkammerverfahren als Angehöriger der Kategorie IV („Mitläufer“) eingestuft.

Lit.: Burschenschafter-Stammrolle 1934, S. 416; Biographisches Lexikon niedersächsischer Parlamentarier 1919-1945 (2004), S. 311. Internet (10.12.2018): E. Sch. (Wikipedia), BIOWEIL, Landtag des Freistaates Schaumburg-Lippe. Liste der Mitglieder des Landtages ... 5. und 6. Wahlperiode. Mitteilungen von Jens Carsten Claus (Dubai) v. 28.11.2018 und des BArch Berlin (Heinz Fehlauer) v. 10.05.2019. P.K.

Schaefer, (Heinrich) Emil, geb. 31.05. 1890 in Grebenau (Kr. Alsfeld) als Sohn eines Gendarmerie-Wachtmeisters, gest. 22.08.1960 in Opladen (Palatia-Tübingen 1910, Arminia-Gießen 1911/12). Besuch der Gymnasien in Gießen und Worms bis zum Abitur am 10.03.1910, Studium der ev. Theologie von SS 1910 bis SS 1911 in Tübingen und ab WS 1910/11 in Gießen, 14.02.1914 theol. Fakultätsprüfung; 01.04. 1914-26.10.1915 Heeres- und Kriegsdienst (Hessische Tapferkeitsmedaille), dann Besuch des Predigerseminars in Friedberg in Hessen; 04.09.1916 theol. Schlussprüfung in Darmstadt und Ordination als Pfarrer der hessischen Landeskirche; 1916-1924 Pfarrassistent in Darmstadt, Gießen, Gardernheim im Odenwald und Vilbel bei Frankfurt a. M., daneben ab WS 1921/22 Fortsetzung des Studiums in Frankfurt a. M. und Gießen; 1924 Promotion zum Dr. phil. in Frankfurt a. M. („Der nationale Gedanke in der Predigtliteratur der Rhein- gebiete von Hessen, Frankfurt am Main und Königreich Westphalen in den Jahren 1806-1813“, 1925), 21.02.1925 in Gießen Erweiterungsprüfung für das Höhere Lehramt in Deutsch und Geschichte; Seminarjahr am Landgraf-Ludwigs-Gymnasium Gießen und Pädagogische Prüfung, ab 20.04.1926 Studienassessor, 01.04.1928 Studienrat am Städt. Lyzeum in Opladen (Rheinland). Seit Ostern 1932 führte Sch. während der Ferien jeweils als Beigeordneter der Stadt Opladen die Geschäfte des Bürgermeisters; am 30.01.1933 wurde er beurlaubt zur Wahrnehmung der Geschäfte eines kommissarischen Bürgermeisters der

Stadt Opladen bis 15.09.1933, der Eintritt in die NSDAP (Nr. 2326222) am 01.05.1933 wurde später für ungültig erklärt, dann Eintritt am 01.01.1941 (Nr. 8237907); nach dem 01.09.1933 wieder Tätigkeit als Studienrat. Nach dem Krieg wurde seine Weiterverwendung im Schuldienst mit Verfügung der Britischen Militärregierung vom 26.10.1945 untersagt und die Entlassung 1947 nochmals bestätigt. Erst im Rahmen des Entnazifizierungsverfahrens wurde er mit Bescheid vom 07.08.1948 entlastet und konnte seinen Dienst als Studienrat wieder aufnehmen bis zum Ruhestand im Jahr 1956.

Lit.: Mitgliederlisten der Arminia (Akte PrA Nr. 855 im UA Gießen); Jahrbücher des Allgemeinen Deutschen Burschenbundes 1911-1924; Verzeichnis alter Turnerschafter 1930; DiPF/BBF (Personalblatt); Telefonauskunft der Stadt Grebenau vom 19.01.2017 (GU Grebenau Nr. 4/1890); Mitteilungen des StadtA Leverkusen (mit Lebenslauf u. weiteren Unterlagen) v. 24.01.2017 und des BArch Berlin (Heinz Fehlauer) v. 10.05.2019. G.Sch.

Schäffer (Schäfer), Friedrich Heinrich Otto, geb. 23.03.1826 in Weimar als Sohn eines Kommissionsrates, der an den Freiheitskriegen teilgenommen hatte, gest. 23.11.1888 in Eisenach (Fürstenkeller-Jena 1844/45, weitere Verbindung). Studium der Rechtswissenschaften 1843-1848 zunächst in Jena, dann in Berlin und Leipzig; Dr. iur., 1867-1873 Oberbürgermeister in Weimar, dann Spezialkommissar in Eisenach; 14.-16.08.1865 Teilnehmer an der 50-Jahr-Feier der Jenaischen Burschenschaft. Von ihm sind Schilderungen über das Leben auf dem Fürstenkeller in Jena überliefert: „Es ging ein philosophischer Zug durch die Burschenschaft; die einzelnen Fachgenossen bildeten wöchentliche Kränzchen, Die trivialste Unterhaltung klang in tiefe philosophische Betrachtungen aus“ (zit. nach Schneider, S. 261).

Lit.: Schneider (1897), a. m. O.; Lönnecker (2015), S. 363, Nr. 1586. Mitteilungen des StadtA Eisenach (Christopher Launert) v. 22.07. und des StadtA Weimar (Jens Riederer) v. 28.07.2015. H.L./K.O.

Schäffer, Hugo, geb. 13.06.1875 in Edelfingen (OA Mergentheim) als Sohn eines Pfarrers, gest. 25.08.1945 in Stuttgart (Roi-

gel/Königsgesellschaft-Tübingen 1893/94). 01.10.1893-01.10.1894 Militärdienst; Aufnahme in das höhere ev. Seminar in Tübingen und Studium der Theologie (bis 1895), später der Rechtswissenschaften in Tübingen und Berlin (bis 1898); Dr. iur.; 1899 bzw. 1901 höhere württembergische Finanzdienstprüfungen; Juli 1901 bis Sept. 1902 Tätigkeit bei der Firma Friedrich Krupp in Essen und Düsseldorf „zur Bearbeitung der Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen“, 20. Okt. 1902 Eintritt in den württembergischen Verwaltungsdienst, kurzfristig Hilfsarbeiter beim Hauptzollamt Stuttgart, 12.11.1902-01.03.1903 Stellv. Amtmann des Amtes Öhringen, vom 02.03.1903-27.01.1904 dort Amtmann, 28.01.1904-Apr. 1905 Amtmann des Amtes (Schwäbisch-)Gmünd, 1905-06 Regierungsassessor und Zollhilfsarbeiter bei der (würtembergischen) Zentralstelle für Gewerbe und Handel (bis Sept. 1906), Okt. 1906-1908 Regierungsassessor im Württembergischen Ministerium des Innern; 1908-09 Oberamtmann in Künzelsau; 1909 Regierungsrat, 1913 Ministerialrat im Württembergischen Innenministerium; 1916 Stellv. Bevollmächtigter zum Bundesrat in Berlin; 1919 Ministerialdirektor im Innenministerium, Stellv. Bevollmächtigter im Staatenausschuss und mit der Wahrnehmung der Geschäfte auch im Arbeitsministerium beauftragt; 1922 Stellv. Bevollmächtigter zum Reichsrat; seit Apr. 1922 vom Staatsdienst beurlaubt, im Sept. 1922 aus dem Staatsdienst entlassen wegen Wechsel als Finanzdirektor zur Friedrich Krupp AG, ebd. Mitglied des Vorstands; 07.03.1924 Präsident des Reichsversicherungsamtes (RVA) und gleichzeitig Präsident des Reichsversorgungsgerichts; 06.06.-03.12.1932 Reichsarbeitsminister (parteilos) im Kabinett Franz von Papen; 1933 erneut Präsident des RVA und des Reichsversorgungsgerichts. Seit 01.05.1933 Mitglied der NSDAP (Nr. 2656412), des BNSDJ und der NS-Fachschaft des Reichsversicherungsamtes (RVA); Mitherausgeber der NS-Zeitschrift „Gesundes Volk“ des Reichsausschusses für Volksgesundheitsdienst; 16.12.1941 dienstunfähig

erkrankt, 01.01.1943 Ruhestand. Ehrungen: 1911 Ritter des württembergischen Friedrichs-Ordens, 1912 preuß. Kgl.-Kronen-Orden 3. Kl., 1916 Ritter des Ordens der Württembergischen Krone, 1918 EK II, 1934 Dr. iur. h. c. Universität Köln. Veröffentlichungen u. a.: „Die württembergische Gewerbeinspektion. Ihre Entwicklung und ihre Aufgaben“ (Bearb., 1906, Nachdruck 2010, digital 2007), „Verwaltungsprobleme im Bereich des sozialen Versicherungswesens“ (Vortrag, 1930), „Entstehung, Aufbau und Bedeutung der deutschen Sozialversicherung“ (1937).

Lit.: BArch R 89/22594 (Personalakten im Reichsversicherungsamt), R 601/464 (Ernennungsvorgang in der Präsidialkanzlei), R. 40/363 (Lebenslauf beim Verband deutscher Lebensversicherungsanstalten); Personalakten LArch BW (HStArch Stuttgart, E 130 c Bü 100), dort auch Bewerbungsakten Künzelsau 151/01 Bü 1382; Deutsche Wirtschaftsführer (1929), Sp. 1924; Reichshandbuch 2 (1931), S. 1610; Führerlexikon (1934), S. 406 (P); Burschenschaftler-Stammrolle 1934 (1934), S. 417 und 1099; Wer ist's? (1935), S. 1366; BL 1 (1940), S. 146; Angerbauer (1996), S. 487; DBE 8 (2007), S. 744; Wolfgang Ayaß, Wege zur Sozialgerichtsbarkeit. Schiedsgerichte und Reichsversicherungsamt bis 1945, in: Ulrich Becker/Stephan Leibfried/Peter Masuch/Wolfgang Spellbrink (Hrsg.), Eigenheiten und Zukunft von Sozialpolitik und Sozialrecht. Eine Denkschrift zu sechzig Jahren Bundessozialgericht (2014), S. 271-288; Uwe Kessler, Zur Geschichte des Managements bei Krupp. Von den Unternehmensanfängen bis zur Auflösung der Fried. Krupp AG (1811–1943), 1995; Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett von Papen (1932), bearb. von Karl-Heinz Minuth, 2 Bde., 1989 (auch digital), a. m. O.; Gerhard Schulz, Von Brüning bis Hitler. Zwischen Demokratie und Diktatur. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930-1933 (1992), S. 165-169 und a. m. O.; Karsten Steiger, Kooperation, Konfrontation, Untergang. Das Weimarer Tarif- und Schlichtungswesen während der Weltwirtschaftskrise und seine Vorbedingungen (1998), S. 165-169 und a. m. O.; Klee (2003), S. 525; Heinrich August Winkler, Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie (4. Aufl. 2005), S. 392 f., 442 f. und a. m. O.; MV Tübinger Königsgesellschaft Roigel (Dez. 2015, ungedruckt), Nr. 686; Eckhard Hansen/Florian Tennstedt u. a. (Hrsg.), Biographisches Lexikon zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1871 bis 1945, Bd. 2: Sozialpolitiker in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus 1919 bis 1945 (2018), S. 165 f. Internet (19.10.2020): H. Sch., Tübinger Königsgesellschaft Roigel. Bekannte Mitglieder, Reichsarbeitsministerium (alle Wikipedia); LEO-

BW; HU_Historikerkommission | OUTERMEDIA INTERACTIVE (mit Lebenslauf und P); Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik (mit Lebenslauf); Historische Biografien über Persönlichkeiten der zentralen deutschen Arbeitsbehörden zwischen 1919 und 1965 (P); BAK Kurzbiographien. Mitteilungen des UA Tübingen (Michael Wischnath), des LArch Baden-Württemberg (Zentralarchiv Neuenstein, Irina Laukart), beide v. 09.09., des UA der Humboldt-Universität Berlin (Winfried Schultze) v. 11.09., des HStArch Stuttgart (Nicole Bickhoff) v. 15.09., des BArch Berlin (Heinz Fehlauer) v. 08.10. 2014 und von Burckhardt Ludescher (Freudenstadt) v. 01.10.2019. K.O.

Schepp, Fritz, geb. 06.01.1864 in Salchendorf b. Siegen als Sohn eines Bäckermeisters, gest. nach März 1940 in Berlin (genaue Sterbedaten unbekannt) (Brandenburgia II-Berlin 1900, Semnonia II-Berlin 1933). 1876-1879 Besuch des Joachims-thalschen Gymnasiums in Berlin, 1879-1882 der Präparandenanstalt zu Orsoy a. Rh. und 1882-1885 des Lehrerseminars zu Hilchenbach, wo er 1885 die erste und 1887 die zweite Lehrerprüfung bestand; 1885-1887 Lehrer in Rom, 1887-1889 in Dortmund; Ostern 1889 in Münster i. W. Mittelschullehrerprüfung in Latein und Französisch; 1889-1901 Lehrer in Berlin; dort 1892 bzw. 1895 Rektoratsexamen in Latein und Französisch für Berliner Gemeinde- und Mittelschulen; Herbst 1900 als Externer Reifeprüfung am Viktoria-Gymnasium in Potsdam; anschließend Studium in Berlin; Jan. 1901 Erziehungsinspektor an der städtischen Anstalt für jugendliche Epileptiker in Wuhlgarten bei Biesdorf-Berlin; Mai 1904 Beförderung zum Ortsschulinspektor; 1905 Dr. phil. in Greifswald („Altfranzösische Sprichwörter und Sentenzen aus dem höfischen Kunstleben über antike Sagenstoffe und aus eigenen didaktischen Dichtungen nebst einer Untersuchung über Sprichwörter-Varianten“); 19. Wahlperiode (1898-1903) Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses für den Wahlkreis 21 (Ober- und Niederbarnim, SK Lichtenberg, zunächst Deutsche Freisinnige Partei, dann Fortschrittliche Volkspartei); Erziehungsinspektor der staatl. Erziehungsanstalten in Wuhlgarten; vor Nov. 1926 Oberschulrat in Berlin, vor Okt. 1931 Ruhestand, vor März 1940

in Berlin-Friedenau. Veröffentlichungen u. a.: „Typen von Schülern, die bei einer gewissen pathologischen Beschaffenheit doch im allgemeinen Klassenunterricht mitgeführt werden können“ (1906), „Beiträge zur Naturdenkmalpflege auf Hiddensee“ (1924).

Lit.: BArch R 8034-III/411. Meldungen der Brandenburg an die Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin v. Winterhalbjahr 1900 ff.; Adressenverzeichnis des Weimarer Cartellverbandes Neuphilologischer Verbindungen deutscher Hochschulen (1911), Nr. 1225, S. 48; Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Burschenbundes (nach dem Stand von Nov. 1926, 1927); Kürschner DGK 4 (1931), Sp. 2536; Burschenschaftler-Stammrolle 1934, S. 422; Wer ist's? (1935), S. 1378; MV des Frankenburg-Bau-Vereins e. V. (Stand v. 1. März 1940, 1940), Nr. 222; Bernhard Mann (Bearb.), Biographisches Handbuch für das Preußische Abgeordnetenhaus 1867-1918 (1988), S. 339; Kühne (1994), S. 192, 615 und 931. Mitteilung des BArch Berlin (Heinz Fehlauer) v. 10.05.2019. J.C.C./P.K.

Scherdin, Georg (Karl Friedrich Wilhelm), geb. 20.10.1904 in Aachen, gest. 19.10.1975 in Bergisch Gladbach (Vandalia-Aachen 1924, Arminia-Gießen 1924/25). Nach Studium des Bau-Inge-



neurwesens 1924 in Aachen WS 1924/25 Studium der Staatswissenschaften in Gießen, dann wieder in Aachen; Juli 1929 Dipl.-Ing., danach bis 1932 Regierungs-

baumeister; bereits 01.11.1928 Eintritt in die NSDAP (Nr. 102187) und Mitarbeiter eines westpolitischen Arbeitskreises an der deutsch-belgisch-niederländischen Grenze, der 1932 als „Abteilung Grenzland“ in die NSDAP eingegliedert und später in den Provinzialverband Rheinland integriert wurde. 1933 Schriftleiter des „Westdeutschen Beobachters“ in Aachen, gleichzeitig nebenberuflich Referent für Grenzlandfragen bei der Bezirksregierung in Düsseldorf; ab 1936 nebenberuflich Assistent am Deutschen Institut der TH Aachen. Hier bearbeitete er vor allem die Gebiete Eupen-Malmedy, Flandern und Holländisch-Limburg und promovierte 1937 über „Die Verbreitung der hochdeutschen Schriftsprache in Süd-Limburg: Beiträge zur kulturellen Entwicklungsgeschichte einer deutsch-niederländ. Grenzlandschaft“. Ab Dez. 1936 SS-Anwärter und als V-Mann verdeckt für den SD in Aachen tätig; 1938 SS-Untersturmführer und hauptberuflich SD-Referent im Unterabschnitt Aachen, zuständig für „Volkstumsfragen des Westens unter besonderer Berücksichtigung der abgetretenen Gebiete Eupen und Malmedy“, in denen er leitende Vertreter der deutschen Volksgruppe als Agenten für den SD warb. So konnte er der deutschen Truppenführung wertvolle Hinweise für Operationen in Belgien sowie die Infiltration Belgiens und der Niederlande geben. 1939 Obersturmführer, 1940 Hauptsturmführer, 1941 Führer des SD-Abschnitts Aachen und Beförderung zum Sturmbannführer; 1943 Wechsel nach Dänemark zur Leitung der Abt. III (SD-Inland) des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD in Kopenhagen und damit Tätigkeit im Zuständigkeitsbereich des RSHA; vom RSHA-Chef → Ernst Kaltenbrunner 1944 wegen Führungsschwäche abgelöst und mit der Führung des SD-Leitabschnitts Reichenberg im Sudetenland beauftragt. Nach Kriegsende wurde er nach Dänemark überstellt und dort 1949 im sog. „Kleinen Kriegsverbrecherprozess“ zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt, in zweiter Instanz 1950 jedoch freigesprochen und aus Dänemark ausgewiesen. Er ließ sich in Bergisch

Gladbach nieder, wo er bis zu seinem Tod seinem angestammten Beruf als Architekt nachging. Veröffentlichungen u. a.: „Eupen – Malmedy – St. Vith“ (1937), „Anthropogeographische Probleme Nordwest-Mitteleuropas“ (mit Walter Geisler und Peter Mennicken, 1942), „Frhr. von Scherpenseel, ein limburgischer Volksführer“ (1942).

Lit.: SS-Akte im BA Berlin; Personenbestand der Hess. Ludwigs-Universität zu Gießen WS 1924/25; Mitgliederlisten der Arminia (Akte PrA Nr. 855 im UA Gießen); Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Burschenbundes 1924, S. 3; Thomas Müller: Ausgangsstellung zum Angriff, in: Burckhard Dietz/Helmut Gabel/Ulrich Tiedau (Hrsg.): Griff nach dem Westen. Die „Westforschung“ der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919-1960), 2003, Bd. 2, S. 819-850; Jürgen John/Horst Möller/Thomas Schaarschmidt (Hrsg.), Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen „Führerstaat“? (2007), S. 325 f., 332 (auch im Internet); Matthias Bath: Der SD in Dänemark. Heydrichs Elite und der „Gegenterror“ 1940-1945 (2015), S. 35-37 (P), 71. Mitteilungen des Kulturbetriebs Aachen (Müller) vom 15.03. und des StadtA Bergisch Gladbach vom 20.03.2017. G.Sch./P.K.

Schey, Johann Baptist, geb. 31.05.1803 in Riedöschingen bei Donaueschingen, gest. 18.11.1886 in Freiburg i. Br. (Academisch-Gesetzlicher Verein („Neutralia“) Freiburg i. Br. 1824); stud. phil., dann iur.; imm. Freiburg WS 1821/22 und WS 1826/27; 1827 Erste juristische Staatsprüfung, Dr. iur.; 1836 Amtsassessor, 1840 Amtmann am BA Säckingen; 1843 Amtsvorstand am BA Bonndorf im Schwarzwald, 1845 ebd. Oberamtman; 1847 Versetzung als Amtsvorstand nach Säckingen; ließ dort am 21.04.1848 aufgrund von Drohungen der Freischaren, Bitten des Gemeinderates sowie auf Druck → Theodor Möglings den nach dem gescheiterten Heckerputsch in Säckingen gefangenen Revolutionär → Gustav Struve und dessen Frau wieder frei, statt ihn den württembergischen Bundestruppen auszuliefern. Das brachte ihm die Aufnahme in Karl Gottfried Nadlers „Guckkasten-Lied vom großen Hecker“ ein; am 26.04.1848 wegen Illoyalität „vorderhand seines Dienstes enthoben“; gemäß „Regierungsblatt“ vom

21.06.1849 zum Kollegialmitglied der revolutionären Regierung des Oberrheinkreises ernannt, trat er diese Stelle jedoch nicht an. 1848-1851 als Nachfolger von Franz Joseph (Ritter von) Buß Abgeordneter der 2. Kammer der Badischen Ständeversammlung (Wahlbezirk der Ämter Säckingen, Laufenburg und Schonau). Nach dem gescheiterten Septemberputsch konnte Sch. am 25.09.1848 Struve erneut verhaften und ihn „unter starker Bewachung“ nach Freiburg abführen lassen. Am Ende der badischen Revolution 1849 übergab Sch. badische Dragoner, die ihre Pferde an Schweizer verkaufen wollten, nicht den Untersuchungsbehörden, sondern entließ sie nach Hause; 1849 Amtsvorstand in Engen; 1852 bis zu seiner Pensionierung 1861 bei der Regierung des Seekreises in Konstanz; Sch. ist auch in der Heckermoritat identifizierbar (s. „Freiburgs Geschichte in Zitate. Ein neues Lied vom Hecker und ein schönes neues Lied von dem weltberühmten Struwel Putsch“, Internet): „Ging dem Oberamtman Schey/Jetzt zum zweitenmal in’s Gäu“.

Lit.: Karl Gottfried Nadler, Das Guckkasten-Lied vom großen Hecker – Bilderbogen und Karikaturen auf den Badener Aufstand (1848, mehrfach erw. Neuauflagen und Versionen, auch im Internet); ders., Ein schönes neues Lied von dem weltberühmten Struwel-Putsch, (1848, auch im Internet); Angerbauer (1996), S. 494 (Wolfgang Kramer); Peter Ch. Müller, An der Schweizer Grenze 1848/49. Flüchtlinge und Grenzübergänge zwischen dem Amtsbezirk Säckingen und dem Kanton Aargau, in: Vom Jura zum Schwarzwald, 72 Jg. (1998), S. 23-33; Raab (1998), S. 810; Hans-Peter Becht, Badischer Parlamentarismus 1819 bis 1870. Ein deutsches Parlament zwischen Reform und Revolution (2009), S. 612, Anm. 238. Internet (07.01.2021): J. B. Sch., Liste der Mitglieder der Badischen Ständeversammlung 1847 bis 1849 und 1851 bis 1852 (alle Wikipedia), Gundermann (o. J.), Digitale Sammlung badischer Landtagsprotokolle bei den Badischen Landesbibliotheken. Verzeichnis der Mitglieder beider Kammern; Matrikel der Universität Freiburg (1991), S. 159, Landkreis Säckingen. K.G./P.K.

Schmid (seit 1942 Schmid Noerr), Friedrich Alfred, geb. 30.07.1872 in Durlach b. Karlsruhe als Sohn eines Landwirtschaftslehrers und späteren Ökonomierats, gest. 12.06.1969 in Percha bei Starnberg (Teuto-

nia-Freiburg 1896/97). Nach Besuch des humanistischen Gymnasiums in Tauberbischofsheim ab WS 1896/97 Studium der Rechtswissenschaften, ab SS 1898 der Philosophie, Religionswissenschaften und Germanistik in Freiburg i. Br., Straßburg, Berlin und wieder in Freiburg i. Br.; ebd. 1904 Dr. phil. („Die Philosophie Fichtes mit Rücksicht auf die Frage nach der ‚veränderten Lehre‘“) und Wechsel an die Universität Heidelberg; dort 1905 Habilitation („Friedrich Heinrich Jacobi. Eine Darstellung seiner Persönlichkeit und seiner Philosophie als Beitrag zu einer Geschichte des modernen Wertproblems“) und Privatdozent; ebd. ab 1911 a. o. Prof. der Philosophie und Ästhetik; Freundschaft u. a. mit Karl Jaspers, → Max Weber (Allemannia-Heidelberg) und Rudolf Steiner; 1917 Aufgabe der Lehrtätigkeit, um fortan als freier Schriftsteller zu arbeiten; lebte 1917-1918 in München, später in Percha am Starnberger See. 1919 erarbeitete er im Auftrag von Gustav Landauer (1870-1919) und des „Revolutionären Hochschulrates“ der Universität München ein Aktionsprogramm zur „Revolutionierung der Hochschulen“ und im Auftrag der „Gesellschaft für neue Erziehung“ eine „Denkschrift zum Entwurf einer neuen Hochschulverfassung für die obersten Unterrichts- und Forschungsanstalten“. Am 13.10.1919 wurde er aus der Liste der akad. Lehrer an der Universität Heidelberg gestrichen. Nach seinem Umzug nach Percha bezog er seine neue Heimat in seine Arbeiten ein. Seine kultur-, geschichts- und religionsphilosophischen Arbeiten nach 1918 sind oft mit Orten um den Starnberger See verbunden. Als Schriftsteller den Neo-Romantikern verbunden, schrieb er zahlreiche Romane, Märchen, Erzählungen, Dramen, Essays, Sagen, Novellen und Gedichte sowie philosophische Werke. Einige seiner Gedichte wurden im Münchner „Simplicissimus“ veröffentlicht. Mit dem befreundeten Hubert Meyrink (1868-1932) verfasste er auch einige unveröffentlichte Filmskripts. Sein Buch „Ehre und Glück des Volkes. Kosmos, Mythos, Weltgeschichte. Drei Bücher der Führung zum Reich der Deut-

schen“ wurde 1933 noch vor Erscheinen von den Nationalsozialisten verboten. 1934-1936 stand Sch. N. unter Publikationsverbot. Ab Mitte der 1930er Jahre beteiligte sich Sch. N. mit staatsphilosophisch-staatspolitischen Schriften im Kreis um den Wehrmachtsgeneral Ludwig Beck aktiv am Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Dabei wandte er sich gegen Carl Goerdelers Befürwortung einer monarchischen Restauration und verfasste 1936-1939 im Auftrag von Ludwig Beck einen „extrem wertkonservativen“ (Wikipedia) „Entwurf einer Deutschen Reichsverfassung“ (Näheres dazu s. Hoffmann, 1970/, S. 231-234, „ein besonders krasses Beispiel der politischen Ratlosigkeit vieler Hitler-Gegner“, ebd. S. 233). 1938 war er mit Werner Otto Hentig über die Möglichkeiten einer Regierungsreform nach dem Sturz Hitlers im Gespräch. 1939 legte er ein Aktionsprogramm zur Beseitigung der Hitler-Herrschaft vor. Für sein schriftstellerisches Werk wurde er 1927 mit dem Lyrikpreis der Fastenrath-Stiftung Köln, für seinen Roman „Frau Perchtas Auszug“ 1929 mit dem Carl-Schünemann-Preis sowie 1958 mit dem Johann-Peter-Hebel-Preis geehrt. Für seine Haltung während des Nationalsozialismus wurde Sch. N. 1963 mit dem BVK und einem Ehrensold der Bayerischen Staatsregierung ausgezeichnet. Weitere Werke (Auswahl): „Die Gefangenen“ (Komödie, 1908), „Mönch und Philister. Kulturprobleme im deutschen Geistesleben der letzten zwei Jahrhunderte“ (1909), „Straßen und Horizonte“ (Gedichte, 1917), „Frau Perchtas Auszug. Ein mythischer Roman“ (1928), „Der Herrgottsturm“ (1933), „Schwäbische Landschaft“ (Gedichte, 1937), „Götter. Dämonen und Gewissen. Ein Versuch“ (1938), „Die Hohenstaufen. Mythos und Sage. Aufgang und Schicksal. Sinnbild und Untergang“ (1955), „Dokument des Widerstands. Entwurf einer deutschen Reichsverfassung“ (1937, mit einem Vorwort von Ralf Ritter, abgedruckt in: Voran und beharrlich. Freiburger Burschenschaft Teutonia, H. 33/34 (1961, S. 33-46), „Ein Leben im Gedicht“ (1961).

Lit.: UA Freiburg, Sachakten der Teutonia (B 1/2709), Nachlassakten im Deutschen Literaturarchiv Marbach am Neckar. Wilhelm Zentner, Zum Tode von F. A. Sch. N., in: Ruperto Carola. Zeitschrift der Vereinigung der Freunde der Studentenschaft der Universität Heidelberg 21 (1969), Bd. 47, S. 57-61; Peter Hoffmann, Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler (2. Aufl. 1970), S. 231-234 und a. m. O.; Elfriede Horn, Weltweiser und Gelehrter. F. A. Sch. N., in: dies., Gelehrt – geliebt – vergessen? Begegnungen mit 38 Dichtern (1985), S. 143-146; Drüll (1986), S. 236; Der Johann-Peter-Hebel-Preis 1936-1988 (1988), S. 168-176; Kosch LL 15 (1993), Sp. 302 f.; DBE 8 (1998), S. 107; Christian Tilitzki. Die deutsche Universitätsphilosophie in der Weimarer Republik und im Dritten Reich (2 Tle, 2001), a. m. O.; Bettina Stummeyer, Wie ein rätselhaftes Fabelwesen. Der Schriftsteller und Mystiker F. A. Sch. N. (2002); DBE 9 (2008), S. 25; Killy 10 (2011), S. 441 f. (Franz Rottensteiner/Red.). Internet (18.03.2019): F. A. Sch. N. (Wikipedia), Stadtlexikon Karlsruhe (René Gilbert 2015); Mitteilung des BArch Berlin (Heinz Fehlauer) v. 10.05.2019. P.K.

Schneider, Antonius, geb. 11.02.1802 in Siegelau (AB Waldkirch) als Sohn des Besitzers eines Berghauses (Academisch-Gesetzlicher Verein („Neutralia“) Freiburg i. Br. 1824); stud. phil., dann iur. Freiburg i. Br.; imm. ebd. 1821/22 als stud. phil., 1823 als stud. iur.; 1826 (oder 1827) Rechtspraktikant; 1836 Amtsassessor in Tauberbischofsheim; 1839 Amtmann in Heidelberg, 1841 in Tauberbischofsheim; ebd. 1845 Oberamtman, 1848 in Gerlachsheim, 1858 in Ladenburg und 1864 in Ettenheim.

Lit.: August Ferdinand von Wechmar, Handbuch für Baden und seine Diener oder Verzeichniß aller badischen Diener vom Jahr 1790 bis 1840, nebst Nachtrag bis 1845 (1846), S. 157 und 314; Heinrich Roys, Verzeichniß aller aktiven Hof-, Kirchen-, Militär- und Staats-Diener und Rechtsanwälte ... mit Anhang ... (1864), S. 108, Nachträge S. 16. Internet (10.06.2020): Gundermann (o. J.), Matrikel der Universität Freiburg (1991), S. 160. K.G./P.K.

Schneider, Fritz, geb. 08.10.1916 in Ludwigshafen a. Rh. als Sohn eines Pfarrers, gest. 04.11.2006 in Kaiserslautern (Vineta-Heidelberg 1938). Nach Besuch des humanistischen Gymnasiums in Pirmasens Studium der Rechtswissenschaften in Heidelberg, Genf und München; 1933-1941 Mitglied der HJ (1941 Rechtsreferent); 1937-

1940 Mitglied des NSDStB; 1940 Referendar; 1941-1945 Mitglied des NS-Rechtswahrerbundes und des NS-Altherrenbundes; 1944 Assessor; Tätigkeit beim Amts- und Landgericht Kaiserslautern; 1945-1958 Staatsanwalt in Kaiserslautern; 18.07.1946 Zurückstufung zum Amtsanwalt (demzufolge 01.03.1947 Entlassung als Staatsanwalt); 1947-1949 Tätigkeit beim Generalstaatsanwalt in Neustadt a. d. W.; 1952-1974 Mitglied der FDP; 1956-1972 Mitglied des FDP-Landesvorstands Rheinland-Pfalz; 1954-1979 Mitglied der Landessynode der Ev. Kirche in der Pfalz (1961-1979 Präsident); 1966-1976 Mitglied im Rundfunkrat des Südwestfunks; 1956-1960 Mitglied des Stadtrats Kaiserslautern und des Bezirkstags der Pfalz; 1958-1960 Mitglied des Bezirksausschusses; 1959-1975 Abgeordneter des Rheinland-Pfälzischen Landtags (Wahlkreis 7, 1971-1976 Wahlkreis 6); dort 1959-1963 Vorsitzender der FDP-Fraktion; nach Austritt (1974) aus der FDP Gast der CDU-Fraktion; 18.05.1963-18.05.1971 als Nachfolger von Wilhelm Westenberger Minister der Justiz in der von Ministerpräsident Peter Altmeier geführten Landesregierung von Rheinland-Pfalz; gehörte auch der von Ministerpräsident Helmut Kohl geleiteten Folgerregierung an; 1964 Vorsitzender der Konferenz der Justizminister der Länder. Nach der Bildung einer CDU-Alleinregierung schied er am 18.05.1971 aus dem Ministeramt und wurde in dieser Funktion von Otto Theisen abgelöst; 1981 Mitglied der CDU; 1970 BVK 1. Kl., 1974 Großes BVK, 1984 Kronenkreuz in Gold des Diakonischen Werkes der ev. Kirche, 1990 Verdienstorden des Landes Rheinland-Pfalz.

Lit.: Carl (2004), S. 779; Der Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Die Stellvertreter des freien Volkes. Die Abgeordneten der Beratenden Landesversammlung und des Landtags Rheinland-Pfalz von 1946 bis 2015 (2016), S. 617 f. Internet (26.01.2019): F. Sch., Burschenschaft Vineta Heidelberg. Bekannte Mitglieder (beide Wikipedia), Liste der Mitglieder des Landtages Rheinland-Pfalz 4.-7. Wahlperiode, Kabinette Altmeier V und VI, Kabinett Kohl I; Mitteilung des BArch Berlin (Heinz Fehlauer) v. 10.05.2019. P.K.

Schönhals, Heinrich, geb. 25.03.1901 in Gießen als Sohn eines Zugführers, gest. 23.10.1981 in Oberursel (Arminia-Gießen 1920, später Turnerschaft Saxonia-Marburg 1956). Besuch des Landgraf-Lud-



wigs-Gymnasiums in Gießen; schon als Schüler 1914 Mitglied des Goethe-Bundes Gießen; 1919/20 Vorsitzender des Gießener „Bundes zur Pflege von Musik und Literatur“; ab 1920 Studium der Rechtswissenschaften in Gießen; 14.05.1924 Dr. iur. in Gießen („Die Verjährung im modernen Steuerrecht, verglichen mit den Vorschriften des bürgerl. Rechts“, 1925 als Zusammenfassung der Dissertation veröffentlicht); 1924 Gerichtsreferendar, 1927 Regierungsassessor am Finanzamt Gießen, 1929 am Finanzamt Offenbach a. M., 1931 Regierungsrat, seit 1933 Mitglied der NSDAP (Nr. 1802243) und von März 1933 bis 1934 Kommissarischer Oberbürgermeister von Offenbach, 1934 Oberregierungsrat bei der Provinzialdirektion in Gießen, 23.08.1937 Kreisdirektor des Kreises Alsfeld in Hessen, dort 1939-1945 Landrat, 1940 Beitritt zur Kameradschaft Ulrich von Hutten Gießen (Frankonia-Gießen); Apr. 1941 abgeordnet zur Innenverwaltung der Regierung des Generalgouvernements in Krakau und Leiter der Abt. III (Polizei-

angelegenheiten), ab Mai 1942 der Abt. Ia (Beamtenrecht und Organisation) im Hauptamt Innere Verwaltung, Apr. 1943 Ernennung zum Ministerialrat bei der Regierung des Generalgouvernements; 1943-1945 Kriegsdienst, Kriegsgefangenschaft, ab 1948 Rechtsanwalt und Steuerberater in Alsfeld und Oberursel, dann auch Notar in Alsfeld.

Lit.: Mitgliederlisten der Arminia (Akte PrA Nr. 855 im UA Gießen). Jahrbücher des Allgemeinen Deutschen Burschenbundes 1921/22-1927; Helmut Heiber, Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP: Rekonstruktion eines verlorengegangenen Bestandes (1983), S. 928; Klee (2003), S. 556; Stadt Offenbach am Main, Statistisches Jahrbuch 2008/2009 (2009), S. 166; Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland, Bd. 4: Polen September 1939 bis Juli 1941, bearb. von Klaus-Peer Friedrich (2011), Fußn. S. 661(auch digital), Schäfer (2017), S. 104 f. (P). Internet (10.01.2019): H. Sch. (Wikipedia); Lothar R. Braun, 1933: Machtübernahme Hitler – Offenbach wird gleichgeschaltet; Der Goethe-Bund Gießen 1904-1914 und sein Leiter Otto Henning. Mitteilung des BArch Berlin (Heinz Fehlauer) v. 03.12.2018. H.L./H.D./G.Sch.

Schönlein, Peter Wilhelm, geb. 16.03.1939 in Nürnberg, gest. 30.11.2016 ebd. (Bubenreuther-Erlangen 1960/61). Studierte



Latein, Griechisch und Geschichte in Erlangen sowie Französisch an der Pariser Sorbonne; 1966 Dr. phil. Erlangen-Nürnberg

berg („Sittliches Bewußtsein als Handlungsmotiv bei römischen Historikern“), Studienreferendar, 1966-1967 Studienaufenthalt in England (Reisestipendium); 1972 Studienrat am Melanchthon-Gymnasium, danach Oberstudienrat am Neuen Gymnasium in Nürnberg; Mitglied der SPD; 1972 Stadtrat, 1978 Vorsitzender der SPD-Fraktion in Nürnberg; 1987-1996 Oberbürgermeister; Verdienste um Erweiterung der U- und S-Bahn, die Neuordnung der städtischen Museen, den Ausbau des Franken-Stadions, die Einführung des Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreises (Jurymitglied bis 1996), die Städtepartnerschaften mit Krakau und Prag sowie um die Kulturmeiler nach dem Vorbild von Frankfurt a. M. und Stuttgart; 1996 nach Wahlniederlage Rückkehr in den Lehrerberuf, Beförderung zum Oberstudiendirektor und 1996-2002 Direktor des Nürnberger Dürer-Gymnasiums. Sch. unterstützte die Aktion „Keine Sprachschlamperei. Nein zu Denglisch“ der Senioren-Initiative Nürnberg (SIN), initiierte mit dem Verein Deutsche Sprache das „Sprachbündnis Franken“, engagierte sich lange in der Friedensbewegung und trat als Redner beim Nürnberger Ostermarsch hervor. Im Juni 2014 kritisierte er in einem Offenen Brief die Forderung des Bundespräsidenten Joachim Gauck nach mehr Militäreinsätzen. Vorsitzender der Deutschen Olympischen Gesellschaft Mittelfranken, 2006-2012 Kirchenvorstand von St. Sebald in Nürnberg, Stellv. Vorsitzender des Konfuzius-Instituts Erlangen-Nürnberg; 1995 Cavaliere des italien. Verdienstordens, 1996 silberne Medaille der Stadt Krakau „Cracoviae Merenti“, 2004 BVK 1. Kl., Veröffentlichungen: „Menetekel. Das Gesicht des Zweiten Weltkrieges. Nürnberger Gespräch zum 50. Jahrestag der Entfesselung des Weltkrieges ...“ (mit Jörg Wollenberg und Jerzy W. Wyrozumski, 1992), „Eine Stadt des Friedens und der Völkerverständigung. Gedenkjahr 1995. Oberbürgermeister Dr. P. Sch. zum 20. April 1995“ (1995), „Die Städtepartnerschaft Nürnberg-Gera: Wie die SED und Stasi alles

unter Kontrolle halten wollten“ (Vortrag, 2004).

Lit.: Reden und Ansprachen zur Amtseinführung von OB P. Sch. und zur Verabschiedung von Altbürgermeister Andreas Urschlechter mit der Verleihung der Ehrenbürgerwürde am 20. November 1987 (1987); Norbert Neudecker, Die Stadt zwischen Utopie und Realität. Interview mit dem neuen OB Dr. P. Sch., in: Nürnberg Heute, H. 44 (Juli 1988); „Was ich mache, mache ich ganz“. P. Sch. zieht nach neunjähriger Amtszeit Bilanz (1996); Wolfgang Heilig-Achneck, P. Sch. Ein Mann verändert Nürnberg, in: Nürnberger Nachrichten v. 14.03.2009; Nachrufe v. 01.12.2016 in Nürnberger Nachrichten, Markt-Spiegel und Süddeutsche Zeitung; Bubenreuther-Zeitung 2017, S. 85 (Nachruf); Burschenschaft der Bubenreuther (2017), S. 508; Siegfried Zeinhefer, Bleibende Spuren ... Eine Erinnerung an Alt-Oberbürgermeister P. Sch. (2017). Internet (02.09.2018): P. Sch. (Wikipedia), Dr. P. Sch., Stadtportal, Munzinger-Archiv IBA, Hartmut Voigt: Nürnberg trauert: Alt-OB P. Sch. gestorben, nordbayern.de. P.K.

Scholz, Günther, geb. 11.09.1919 in Lichterfelde b. Berlin als Sohn eines Verlagsbuchhändlers, gehst. 12.08.2003 in Lohmar/Rhein-Siegkreis (Kameradschaft Carl von Clausewitz in der Burschenschaft Neogermania-Berlin 1938, Germania-Bonn 1995). Nach Besuch des Lichterfelder Reformrealgymnasiums (1930-1937) und Abitur am Reformrealgymnasium in Halle/Saale (Ostern 1937) ab WS 1938/39 als Werkstudent Studium der Rechtswissenschaften an der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin; 1931-1933 Mitglied der „Deutschen Freischar“, seit 1933 Führer der Kameradschaft Carl v. Clausewitz; Teilnahme am Landdienst, Referent für Bulgarien im Außenamt der Gaustudentenführung, Aushilfs-Angestellter der Reichsschrifttumskammer in Berlin; 01.03.1940 Mitglied der NSDAP (Nr. 7547603); 1940-1945 Kriegsteilnehmer, zuletzt als Obergefreiter der Luftnachrichtentruppe (nicht garnisonsdienstfähig, da auf einem Auge blind); ab Sept. 1945 innenpolitischer Redakteur beim „Kurier“ in Berlin, 1948 Wechsel nach Frankfurt a. M.; ab 1949 politischer Journalist in Bonn, zunächst als Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“, des „Weserkuriers“ und der

„Schwäbischen Zeitung“, dann von 1962 bis zur Pensionierung 1983 Hauptabteilungsleiter der „Deutschen Welle“ in Bonn mit dem Schwerpunkt Innenpolitik; seit 1964 Mitglied der SPD. Während seiner langen Bonner journalistischen Zeit hat er maßgebliche Politiker kennengelernt, ihren Weg verfolgt und dabei tiefe Einblicke in die Hintergründe der Nachkriegspolitik der Bundesrepublik Deutschland gewonnen. Sch. hat seit 1949 in Hunderten von Kommentaren und Interviews das Bonner Geschehen in überregionalen Tageszeitungen und Rundfunkstationen, u. a. für den Südfunk und für 80 Heimatzeitungen erläutert. Er übernahm zahlreiche Ehrenämter bei gemeinnützigen Vereinigungen unterschiedlicher Art. Neben seinen Veröffentlichungen „Bürger in einem freien Staat. Lehr- und Arbeitsbuch für den Gemeinschaftskundeunterricht“ (1961, 5. Aufl. 1966), „In Bonn schlägt’s 12“ (1961) und „Freizeit und Gesellschaft. Zur Kritik der Freizeitkonzeptionen von Max Horkheimer, Theodor W. Adorno und Herbert Marcuse“ (1981) haben vor allem seine Biographien über „Herbert Wehner“ (1986) und „Kurt Schumacher“ (1988) starke Beachtung gefunden. Sein Hauptwerk ist jedoch die 1990 in 1. Aufl. erschienene Darstellung des höchsten deutschen Amtes und seiner Inhaber „Die Bundespräsidenten“ (1992, 5. ergänzte Ausg. von Martin E. Süskind 2005 u. d. T. „Die Bundespräsidenten. Von Theodor Heuss bis Horst Köhler“), welches zugleich mit den Biographien ein großes Stück deutscher Zeitgeschichte des zwanzigsten Jahrhunderts umfasst. „G. S. war stets dabei, wenn in Bonn und anderswo wichtige politische Entscheidungen für Deutschland gefallen sind. Er beschreibt deutsche Zeitgeschichte spannend, gut lesbar, genau und aus eigener Anschauung“ (Klappentext zum Buch „Die Bundespräsidenten“). Weitere Veröffentlichungen u. a.: „Miesmachen ist keine Politik. Plädoyer gegen künstlich erzeugtes Unbehagen“ (1967, digital 2001), „Sozialkunde: Lehrbuch für den Unterricht in Sozial- und Wirtschaftskunde an beruflichen Schulen“ (1969, 5.

Aufl. 1974), „Berufliche Bildung: Notwendigkeit, Wirksamkeit und Stellenwert“ (1982), „Verfolgt, verhaftet, verurteilt. Demokraten im Widerstand gegen die rote Diktatur. Fakten und Beispiele (Hrsg., 1990), „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Parlamentarismus der Bundesrepublik Deutschland ...“ (1990, auch in englischer, französischer und spanischer Übersetzung), „So nicht! Für eine bessere Politik in Deutschland. Rainer Barzel im Gespräch mit Günther Scholz“ (1993).

Lit.: BArch (vormals BDC) Berlin-Lichterfelde (über W. Schmidt). Kraussmüller/Anger/Papst/Setzer (1989), S. 105. Mitteilung von Günther Scholz an Ernst Anger v. 19.06.1989. E.A/H.D.

Schrader, Hermann, geb. 12.06.1844 in Braunschweig als Sohn eines Landesökonomie-Kondukteurs und nachmaligen Landesökonomie-Kommissarius in Holzminden, gest. 12.09.1899 in Holzminden (Holzminden-Göttingen 1864). Nach Be-



such des Holzminden Gymnasiums von 1854 bis zur Reifeprüfung 1862 und Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Göttingen und Heidelberg legte er 1866 bzw. 1872 die beiden juristischen Staatsprüfungen ab. Seit Mai 1872 als Assessor beim Herzoglichen Stadtgericht in Braunschweig und seit Jan. 1873 beim Herzoglichen Amtsgericht in Stadtol-

dendorf eingesetzt, wurde er im Mai 1878 zum Bürgermeister der Stadt Holzminden gewählt und bekleidete dieses Amt 21 Jahre lang bis zu seinem Tode. Von 1884 bis 1889 und von 1893 bis 1895 war er Mitglied der Braunschweigischen Landesversammlung (Abgeordneter im Braunschweigischen Landtag), außerdem viele Jahre Mitglied des Kreis Ausschusses und der Kreisversammlung. Er legte in seiner Amtszeit den Stadtpark von Holzminden an und war nach Gründung des Solling-Vereins dessen erster Vorsitzender. Er wurde in Holzminden beerdigt und Ehrenbürger seiner Stadt. An ihn erinnern außerdem die Bürgermeister-Schrader-Straße, eine Bronzetafel aus dem Sitzungssaal des Rates (inzwischen in der vom StadtA betreuten Städtischen Sammlung verwahrt, StadtA Holzminden: HOL-Slg 942 – 021) und ein Gedenkstein mit Bronzebildnis im Stadtpark in Holzminden (1901) sowie das Bürgermeister-Schrader-Denkmal in der 1973 nach Holzminden eingemeindeten Ortschaft Neuhaus im Solling (1902).

Lit.: Personalunterlagen im StadtA Holzminden (A.1 Nr. 759). BJ 4 (1900), S. 179*; Alte-Herren-Zeitung der Verbindung Holzminda Göttingen, I. Jg. 1899, S. 133-135; Paul Kretschmer: Die Weser-Solling-Stadt Holzminden – wie sie wurde, was sie ist (1981), S. 469 und 484; Der Stadtpark und seine Geschichte, in: Täglicher Anzeiger Holzminden v. 24.05.2014. Internet (17.03.2019): H. Sch. (mit P von der Kneipe Holzmindas) und Holzminda, Bekannte Mitglieder (beide Wikipedia). Mitteilungen des Niedersächsischen LArch (Standort Wolfenbüttel, Norman-Mathias Pingel) v. 11.12. und des StadtA Holzminden (Matthias Seeliger) v. 03.12. 2018. K.O.

Schröder, Hermann, geb. 27.01.1798 in Lübeck als Sohn eines Kaufmanns und Betreibers einer Zuckersiederei, gest. 28.12. 1856 ebd. (Urburschenschaft Jena 1817). Ab 1808 Besuch des Katharineums zu Lübeck, in den Befreiungskriegen 1815 Anschluss an die Hanseatische Legion; nach kurzer Rückkehr an das Katharineum bis Ostern 1816 Studium der Rechtswissenschaften in Göttingen (imm. 25.04.1816, 1817 Landsmannschaft Brunsviga) und Jena (imm. 14.10.1817); Teilnehmer am Wartburgfest; 1817-1818 und SS 1818 Mitglied des Ausschusses und 1818-1819

Vorsteher der Jenaischen Burschenschaft; Teilnehmer und Redner auf der Auflösungsversammlung der Jenaischen Burschenschaft am 16.11.1819; 1819 Dr. iur. utr. Jena („Dissertatio Inauguralis De Privilegiatis Parentum inter Liberos Dispositionibus“); Reise nach Süditalien; Ende 1819 Rückkehr nach Lübeck; Prokurator und Rechtsanwalt am Oberappellationsgericht der vier freien Städte Deutschlands; Aufgabe dieser Stelle wegen mangelnder Aufträge; 1825 vergebliche Bewerbung um eine Stelle als dritter Ratssekretär der Stadt; Zuwendung zum Kaufmannsberuf und Mitglied der Lübecker Schonenfahrer-Kompanie; auch hier ohne Erfolg; 1827 Insolvenz seines Bruders, der die väterliche Firma übernommen hatte; folgte seinem Bruder, der vor seinen Gläubigern ausgewandert war, in die USA; 1832 Rückkehr nach Lübeck und kaufmännische Tätigkeiten im Versicherungsbereich, u. a. Leitung der 5. See-Assekuranz-Companie; daneben mit Lübecker Geschichte und Genealogie befasst, wurde er 1844 „Staatsbeliehener“ und mit der Leitung des seit 1768 bestehenden „Genealogischen Instituts“ betraut, das gutachtlich für den Lübecker Rat in Fragen von Verwandtschaft und Erbrechtsfällen Stellung nahm und ein „Genealogisches Register“ führte. Die im Zuge seiner Tätigkeit entstandenen „Schröderschen Topographischen Regesten“ (33 Folianten) ermöglichen bis heute die Hausforschung in der Lübecker Altstadt und die Klärung anderer Fragen der Stadtgeschichte bis zum Jahr 1600. Seit 1848 Mitglied der Lübecker Bürgerschaft; Juni 1856 Reise nach Leipzig, um Verbindung mit der „Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt“ anzubahnen; auf seine Anregung im Sept. 1856 in Lübeck Gründung der „Credit- und Versicherungsbank“ (der späteren „Handelsbank“); Veröffentlichungen u. a.: „Biographische und genealogische Notizen aus dem vierzehnten Jahrhundert“ (1843).

Lit.: Nachlass im Archiv der Hansestadt Lübeck. Nachruf in Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde (ZLGA) 1 (1860), S. 413-416; Hermann Genzken, Die Abiturienten des Katharineums zu Lübeck (Gymnasium und Realgymnasium) von Ostern 1807 bis 1902 (1907),

Nr. 59 (auch digital); Käthe Molsen, Die Handelsbank in Lübeck 1856-1956 (1956), S. 19-27; Stamm-Buch (2005), S. 93, Nr. 385; Meike Kruse, Wo finde ich was? Handbuch zur Familien-, Personen- und Hausforschung im Archiv der Hansestadt Lübeck (2005), S. 28 ff. und S. 105 ff.; Antjekathrin Großmann, Schröder, Hermann, in: Biographisches Lexikon für Schleswig-Holstein und Lübeck 13 (2011), S. 428-431; dies., Schröder, Hermann, geb. 27. 1. 1788 in Lübeck, gest. 28. 12. 1856 ebd., in: Neue Lübecker Lebensläufe (2009), S. 544-547. Internet (04.02.2019): H. Sch. (Wikipedia), Mitglieder der Lübecker Bürgerschaft 1848/1849. P.K.

Schulze, Johann Gottfried Heinrich, geb. 01.06.1809 in Allstedt b. Apolda als Sohn eines Drechslers, gest. 26.09.1875 in Gerstungen b. Eisenach (Jenaische Burschenschaft 1834). Nach Besuch der Waisenhauerschule in Halle Studium der ev. Theologie 1832 in Berlin, 1833 in Halle (?) und 1834-1835 in Jena; Herbst 1835 cand. theol. in Weimar, 1836 Hauslehrer in Geisa i. d. Rhön, Febr. 1838 Zweites Examen in Eisenach, 05.04.1838 Ordination ebd. und 1838-1854 Pfarrer in Weilar i. d. Rhön, 1854-1866 Ephorie-Vikar (Superintendentur-Verweser) in Gerstungen, dort 1866-1875 Pfarrer und Superintendent; 1848 Mitglied des Landtags von Sachsen-Weimar-Eisenach.

Lit.: Thüringer Pfarrerbuch, Bd. 3: Großherzogtum Sachsen(-Weimar-Eisenach) – Landesteil Eisenach, bearb. von Bernhard Möller, (2000), S. 398, Nr. 996; Lengemann (2005), S. 328; Lönnecker (2015), S. 381, Nr. 1716. Internet (30.01.2018): Thüringen Legislativ und Exekutiv, Parlamentaria. Verhandlungen ... des Landtags der Gebietsvertretung von Sachsen-Weimar-Eisenach. Außerordentlicher Landtag. Protokolle 1833-1915/18, Schriftenwechsel 1833-1918. Mitteilungen des Landeskirchenarchivs Eisenach (Margitta Köppe) v. 06.01.2017 und des Hauptstaatsarchivs Weimar (Katja Deinhardt) v. 30.01.2018. H.L./K.O.

Schuver, Friedrich, geb. 14.03.1919 in Westrhauderfehn-Collinghorst (Kr. Leer/Ostfr.) als Sohn eines ev.-luth. Pastors, gest. 23.02. 2002 in Aurich (Kameradschaft Hermann von Salza/Holzminda-Göttingen 1941). Nach Abitur studierte er Rechtswissenschaften an den Universitäten Marburg, Halle und Göttingen. Er war auf Antrag v. 17.10.1941 seit dem 01.01.1942 „nominelles Mitglied“ der NSDAP (Nr. 9002681). Aus seinen Entnazifizierungs-

akten geht indes hervor, dass er sich nicht nationalsozialistisch betätigte, vielmehr wegen seiner Mitgliedschaft im Bund deutscher Bibelkreise durch die Geheime Staatspolizei bespitzelt wurde. 1944 legte er die erste juristische Staatsprüfung in Celle, 1951 die zweite in Hannover ab. Anschließend wurde er als Rechtsanwalt, zunächst als Anwaltsassessor in Meppen, zugelassen. Unter Landrat Wilhelm Gladbach (CDU) und Oberkreisdirektor → Karl Bubern (B. der Bubenreuther-Erlangen 1920) wurde er 1953 zum Kreisrechtsrat des Rhein-Wupper-Kreises in Opladen berufen, bevor er 1955 als Oberkreisdirektor nach Aurich ging. Dieses Amt hatte er bis zu seinem Ruhestand 1986 inne. 1982 wurde der Museumsverein Aurich gegründet, dessen Vorsitz Sch. übernahm.

Lit.: Personalakten im Archiv des Landkreises Aurich. Burschenschaftler-Stammrolle 1991 (1991), S. 331. Internet (23.03.2019): F. Sch., Historisches Museum Aurich: Museum; Burschenschaft Holzminda. Bekannte Mitglieder (alle Wikipedia). Mitteilungen des Nds. LArch (StArch Aurich, Michael Hermann) vom 27.11. (mit Hinweisen auf die Archivalien NLA, AU Rep. 250, Nr. 33040 und AU Rep. 107, Nr. 301), des Landkreises Aurich (Lisa Roßmüller) v. 13.12., der Burschenschaft Holzminda (Götz Andexer) v. 27.11.2018 und des BArch Berlin (Heinz Fehlauer) v. 22.03. und 10.05.2019. K.O.

Schwepfänger (Schwöbfinger), Franz (Friedrich Carl), geb. 04.12.1801 in Eisenberg (Sachsen-Altenburg) als Sohn eines Uhrmachers, gest. 21.04.1871 in Ponitz (Sachsen-Altenburg) (Jenaische Burschenschaft 1820). Nach Besuch des Lyzeums in Eisenberg (1812-1817) und des Friedrichs-Gymnasiums in Altenburg (1817-1820) Studium der ev. Theologie und der Philologie 1820-1823/24 in Jena; Kandidatenexamen, dann Hauslehrer in Jena und auf dem Rittergut Reichstadt b. Dippoldiswalde (Sachsen); 1826 Collaborator (Pfarrsubstitut) für Bendel, 1828 Subrektor am Lyzeum in Eisenberg. Mit der völligen Trennung des Lyzeums von der Bürgerschule übernahm er 1832 das Rektorat (bis 08.02. 1845) und machte sich vor allem um den Ausbau der Bibliothek verdient. 1841/42 Gesuch um die Promotion zurückgezogen; Febr. 1845 Archidiakon in Ronneburg

(Sachsen-Altenburg), Ostern 1847 Pfarrer in Ponitz (Sachsen-Altenburg). 1848 als „gewandter Redner“ in den Landtag von Sachsen-Altenburg gewählt (bis 1850), wurde er als Mitglied „der vermittelnden Partei“ (Löbe/Löbe) in der 1. Sitzung des Landtags vom 27.06.1848 zum Landtagsvizepräsidenten und zum Mitglied sowohl der Finanzdeputation als auch der Deputation für Kirchen- und Schulwesen gewählt. „Er war eine begabte Natur, besass einen scharfen Verstand, glänzenden Vortrag und ausgezeichnete Kenntnisse“ (Kössler). Veröffentlichungen u. a.: „Dissertatio de aetate Tyrtaei“ (1835, auch digital), „Solemnia natalicia Josephi Ducis Saxonum-Altenburgici“ (1837), „Siebente Nachricht von dem Lyceum zu Eisenberg auf das Schuljahr Ostern 1840 bis dahin 1841“ (1841), „Zwei Reden: 1. Die Jugendschule als Mittel der Aufklärung“ (1841), „Predigt am Feste der Reformation 1842“ (1842), „Predigt am Feste der Reformation 1842 ...“ (1842), „De patria Tyrtaei“ (1842, auch digital), „Ueber verschiedene Hindernisse der Wirksamkeit des Lehrers. Schulrede“ (1843), „Quaestio de Xenophontis loco Anab. II, 2, 12“ (1844), „Wege zur Erkenntnis Gottes: einige religions-philosophische Betrachtungen für Gebildete und Denker“ (1865).

Lit.: UA Jena, Philosophische Fakultät 297; August Theobald, Statistisches Handbuch der deutschen Gymnasien, Bd. 2: für die Jahre 1837, 1838 und Anfang 1839 (1839), S. 226; Altenburger Volksblatt v. 27.06.1848; Landschaftliche Mitteilungen über den Landtag des Herzogthums Sachsen-Altenburg 1848-1850 (auch digital); Julius Löbe/Ernst Conon Löbe, Geschichte der Kirchen und Schulen des Herzogthums Sachsen-Altenburg, Bd. 2, Enthaltend die Stadt- und Landephorien Schmölln und Ronneburg (1887), S. 171 f.; Lenge mann (2005), S. 331; Kössler Personenlexikon (2008); Thüringer Pfarrerbuch, Bd. 6: Das Herzogtum Sachsen-Altenburg (2013), bearb. von Walther Thomas, S. 51; Lönnecker (2015), S. 386, Nr. 1746. Mitteilung des StaA Altenburg (Jörg Müller) v. 25.11.2014. H.L./K.O.

Sieb, Anton, geb. 01.12.1799 in Baden-Baden, gest. 09.08.1865 (Academisch-Gesetzlicher Verein („Neutralia“) Freiburg i. Br. 1824); stud. theol., dann iur.; 1829 Rechtspraktikant, 1836 Amtsassessor in

Ettlingen, 1840 in Kenzingen; 1841 Amtmann; 1848 Amtmann in Bonndorf, 1856 in Offenburg; 1857 Oberamtsrichter; Wohnorte: 1855-1856 Bonndorf, 1857-1862 Offenburg; 1855-1862 Mitglied der Zweiten Kammer des Badischen Landtages (Wahlkreis: Ämter Endingen und Kenzingen).

Lit.: Internet (10.06.2020): Gundermann (o. J.); Digitale Sammlung badischer Landtagsprotokolle bei den Badischen Landesbibliotheken. Verzeichnis der Mitglieder beider Kammern. K.G./P.K.

Siegel, Heinrich, geb. 13.04.1830 in Ladenburg/Baden als Sohn eines großh. badischen Generalstabsarztes, gest. 04.06.1899 in Wien (Frankonia-Bonn 1850). Nach Be-



such des Gymnasiums in Bruchsal und des Lyceums in Heidelberg ab 1849 Studium der Rechtswissenschaften in Bonn und Gießen; für eine in Latein verfasste Preisaufgabe über das Erbrecht nach den beiden großen Rechtsbüchern des Mittelalters 1851 von Großherzog Carl Friedrich gestiftete Goldmedaille; 1853 Dr. iur. Gießen („Das deutsche Erbrecht nach den Rechtsquellen des Mittelalters, in seinem innern Zusammenhange dargestellt“, auch digital); ebd. Vorlesungen über deutsches Recht und Rechtsgeschichte, deutsches Privatrecht, deutsche Wechselordnung und älteres deutsches Recht; 1853 Habilitation Gießen („Die germanische Verwandt-

schaftsberechnung mit besonderer Beziehung auf die Erbenfolge“, auch digital). Ein Ruf nach Königsberg wurde zurückgezogen, als man erfuhr, dass er katholisch sei; 1857-1898 Prof. an der Universität Wien; Ablehnung einer Berufung nach Tübingen; 1862 o. Prof.; Vorlesungen über deutsches Recht, Geschichte des deutschen Strafrechts, Gerichtsverfahren, Rechtsquellen und Erbrecht; Begründer der Wiener Schule der österr. Rechtshistoriker; ab 1863 wirkliches, ab 1886 auswärtiges Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften; 1891 auf Lebenszeit in das Herrenhaus des österr. Reichsrates berufen; zahlreiche Ehrungen, u. a. Hofrat (1879), Ritterkreuz des Leopoldordens (1890), Komturkreuz des Franz-Josefs-Ordens mit Stern (1898); Büste von Melanie Horsetzky von Hornthal (1852-1931) im Arkadenhof der Universität Wien. Auf seine Initiative erfolgte die Herausgabe der für Kritik der deutschen Rechtsquellen bedeutsamen „Österreichischen Weistümer“ durch die Kaiserl. Akademie der Wissenschaften, deren Vizepräsident war. Weitere Veröffentlichungen u. a.: „Geschichte des deutschen Gerichtsverfahrens“ (Bd. 1, 1857, auch digital), „Das Versprechen als Verpflichtungsgrund im heutigen Recht. Eine germanistische Studie“ (1873, auch digital), „Deutsche Rechtsgeschichte. Ein Lehrbuch“ (1886).

Lit.: Wurzbach 34 (1877), S. 247-250; Hinrichsen (1891), Sp. 235 f.; Georg Frommhold: H. S. †, in: Deutsche Juristen-Zeitung 4 (1899), Nr. 14, S. 291 f. (auch digital); Alfred von Wrettscko, H. S.; ein Bild seines Lebens und Wirkens (1900); BJ 4 1899 (1900), S. 91-93 (A. Teichmann, mit Werkverzeichnis); BBl 14 (1900), S. 281; Badische Biographien 5 (1906), S. 726-729; Berka (1959), S. 20, 110; DBE 9 (2008). S. 433; NDB 24 (2010), S. 338 f. (Stephan Dusil). Internet (01.04.2018): H. S., Bonner Burschenschaft Frankonia. Bekannte Mitglieder (beide Wikipedia), ÖBL, Wien Geschichte Wiki; Czeike, Historisches Lexikon Wien; AEIOU Österreich-Lexikon; 650 plus-Geschichte der Universität Wien (P). P.K.

Siller, Paul (Hans), geb. 05.08.1866 in Diersdorf, gest. 18.11.1950 in Buenos Aires (Alemannia-Bonn 1885/86). Zunächst Studium der ev. Theologie (Abschluss Lic. theol.), dann der Rechtswissenschaften;

nach dem Referendarexamen in Bonn Promotion zum Dr. iur.; 1896 Regierungsassessor in Mülheim/Ruhr; 1903 Regierungsrat, 1911 Geh. Regierungsrat und Vortragender Rat beim Oberpräsidium in Magdeburg; anschließend in der Verwaltung der damaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika; 1915 Geh. Oberregierungsrat im Reichsschatzamt. 1920 als Abteilungsdirigent der Abt. Ib im Reichsfinanzministerium tätig, wurde S. 1922 zum Ministerialdirigenten und Reichskommissar für das Reichswirtschaftsgericht ernannt und 1923 in den einstweiligen Ruhestand verabschiedet; 1924 Teilnahme an den Londoner Verhandlungen über den Dawes-Plan; endgültige Pensionierung 1931, Ruhestand auf seinem Besitz in Berlin-Dahlem; Veröffentlichungen: „Die Grundlagen und Ziele der Verhältniswahl, unter besonderer Berücksichtigung der Vorschläge des preußischen Handelsministers und ihre Einführung bei den Gewerbergerichten“ (Aufsatz, Sonderdruck, 1908), mit Karl Hessel, „Geschichte der Burschenschaft Fridericia zu Bonn (1843-1847). Festgabe zur Feier des 50jährigen Stiftungsfestes der Burschenschaft Alemannia zu Bonn“ (1895).

Lit.: Burschenschafter-Stammrolle 1934 (1934), S. 468; Alemannen-Album 1969 (1969), S. 42, Alemannen-Zeitung 1953/2, Juni, S. 12 f. (Nachruf von Wilhelm Friemann). Internet (17.12.2020): P. S., Burschenschaft Alemannia Bonn, bekannte Mitglieder (beide Wikipedia). BA: Akten der Reichskanzlei: Weimarer Republik, BAK Kurzbiographien. Mitteilung von Michael Hacker (Alemannia-Bonn) v. 22.12.2020. P.K.

Simmer, Nikolaus, geb. 11.11.1902 in Perl-Besch an der Obermosel/Kr. Saarburg als Sohn eines aus Luxemburg gebürtigen Landwirts, einer alteingesessenen Bauernfamilie entstammend, gest. 17.03.1986 ebd. (Marcomannia-Frankfurt im Verband Deutscher Burschen). Nach Besuch der Präparandenanstalt und des Lehrerseminars in Wittlich (1923 Lehrereexamen) zunächst 1923-1925 kfm. Angestellter in Saarbrücken; als Werkstudent 1925-1926 Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an der Handelshochschule Berlin und 1927-1929 der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Frankfurt

a. M.; 1927 Eintritt in die NSDAP (Nr. 56310); 1927-1928 Mitglied der NS-Studentengruppe an der Universität Frankfurt; befreundet mit dem späteren Gauleiter Gustav Simon (1900-1945), später jedoch völlig entfremdet; unter Nachholung des Abiturs 1929 Dipl.-Kfm., 1931 Dipl.-Hdl.; 1931 ebd. Dr. rer. pol. („Wandlungen in der Kapitalanlagepolitik der privaten deutschen Versicherungsgesellschaften seit der Währungsstabilisierung“); 1929-1930 Handelslehrer an der Städtischen Höheren Handelsschule der Stadt Frankfurt a. M.; von der Universität Frankfurt für die wissenschaftliche Laufbahn mit dem Ziel einer Hochschul-Professur angeregt, 1930-1931 an der Universität London; 1931/32 mit einem Stipendium des Institute of International Education (New York) ein Jahr an der University Pennsylvania (USA); dort zusammen mit einem Sohn von Konrad Adenauer; hielt dort Propagandavorträge für die NSDAP; „sah im Nationalsozialismus eine Möglichkeit für Deutschland, einen Mittelweg zwischen den versagenden Wirtschaftsordnungen des Liberalismus und des Kommunismus einzuschlagen“ (Rheinl.-Pfälz. Personendatenbank); nach Rückkehr ab 1932 Gauredner und Gründungsmitglied des „Vereins zur Umschulung freiwilliger Arbeitskräfte Koblenz e. V.“ (später im Reichsarbeitsdienst/RAD aufgegangen); 1932 Vorsitzender der NSDAP-Fraktion im Trierer Stadtrat; Nov. 1932-Mai 1933 vertretungsweise vorübergehend mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Kreisleiters der Stadt Trier beauftragt; NSDAP-Kreisleiter in Trier; März 1932 bis zur Auflösung (Herbst 1933) Abgeordneter des preußischen Landtags; seit 1933 Kreisführer des DRK in Trier; März 1933 Wahl in den im Dez. 1933 aufgelösten Rheinischen Provinziallandtag und in die Trierer Stadtversammlung (dort Führer der NSDAP-Fraktion); 13.04.1933 vertretungsweise Verwaltung des Landratsamtes Trier, 11.11.1933 definitive Ernennung, zum 31.12.1935 in den einstweiligen Ruhestand versetzt; 1933, 1936 und 1938 erfolglos für den Reichstag vorgeschlagen; Febr.-Nov. 1935 kommissarischer ehren-

amtl. Gauwirtschaftsberater in Trier; Standartenführer im NSKK; Dez. 1935 unter dem Vorwurf des fahrlässigen Landesverrats in den einstweiligen Ruhestand versetzt, angeblich weil er in einem Presseartikel und in einem Vortrag den Gau für den Kriegsfall als „Räumungsgebiet“ bezeichnet hatte; 22.01.1936 vertretungsweise



Verwaltung des Landratsamtes Kreuznach; 26.01.1937-31.12.1939 komm. Landrat von Kreuznach; 1937 Austritt aus der kath. Kirche (Wiedereintritt 1947); 1940-1944 Staatskommissar in Bad Mondorf (Luxemburg) und komm. Leiter des Staatsbads Mondorf; 06.01.1940-1945 Oberbürgermeister von Koblenz; 1940-Sept. 1944 Leiter der Wirtschaftsabteilung beim Chef der Zivilverwaltung im besetzten Luxemburg; 1942 verantwortlich für die Deportation von 870 Juden der Region in Konzentrations- und Vernichtungslager, 1943 für die Verschleppung von 149 Koblenzer Sinti nach Auschwitz; 1943 Redeverbot; Jan. 1945 als Oberbürgermeister von Koblenz abberufen und im Mannschaftsgrad zum Militär einberufen; März 1945 bei Oppenheim in US-amerikanische Kriegsgefangenschaft geraten (bis Okt. 1945); Nov. 1945 bis Febr. 1946 in Saarbrücken interniert; Febr. 1947-Juli 1948 als mutmaß-

licher Kriegsverbrecher in luxemburgischer Untersuchungshaft (Verfahren eingestellt); 16.03.1950 nach Beschluss der Spruchkammer Trier als „Minderbelasteter“ (nach Landesrecht „Mitläufer“) eingestuft; vorübergehend Versicherungsvertreter, dann Steuerberater in Gerolstein und Kobern; 1954 pensioniert; behauptete nach 1945, „er sei erst in den USA Nationalsozialist geworden, weil er dort über die Gefahren des Bolschewismus aufgeklärt worden sei und eine Synthese aus Liberalismus und Kollektivismus als eine geeignete Wirtschaftsform für Deutschland erkannt habe. Sein frühes Parteieintrittsdatum widerlegt das ebenso wie die Tatsache, dass Simmer bereits in den USA Propagandavorträge hielt“ (1933-1945 Täter und Mitläufer). 1968 veröffentlichte S. unter dem Ps. Klaus Simmer-Jochem (Mädchenname seiner Mutter) „Generation ohne Hoffnung. Aufzeichnungen des Robert Grenzmann aus den Jahren 1913-1933“; weitere Veröffentlichungen u. a.: „Die Lösung der Winzerfrage“ (o. J., 1933), „Die Lösung des Saargrenzproblems im Landkreise Trier“ (o. J., 1933), „Die Erweiterung der landwirtschaftlichen Grundlagen im Gau Koblenz-Trier“ (1935), „Wirtschaftsstrukturelle Probleme des Gaues Koblenz-Trier und Vorschläge zu ihrer Lösung“ (o. J., 1939), „Überlegungen zu den Ideenskizzen zur Neu- und Umgestaltung der Gauhauptstadt Koblenz“ (o. J., 1941).

Lit.: BArch Berlin R 1501/2056; Landeshauptarchiv Koblenz Best. 441 Nr. 35592; Best. 856 Nr. 90202; Best. 403 Nr. 17248; Best. 441 Nr. 43657; StadtA Koblenz 623 Nr. 3232, Nr. 3395, Nr. 8907; 623,8 Nr. 161; Ernst Kienast (Hrsg.), Handbuch für den Preußischen Landtag, 5. Wahlperiode (1933), S. 384; Stockhorst (1967), S. 364; Kurt Düwell/Franz Irsigler (Hrsg.), Trier der Neuzeit (1988), S. 535, 533; Ingrid Batori, Geschichte der Stadt Koblenz 2 (1993), S. 170-173, 571-577; Horst Romeyk, Die leitenden staatlichen und kommunalen Verwaltungsbeamten der Rheinprovinz 1816-1945 (1994), S. 283 f., 319, 747; ders. (2004); Heinz Monz (Hrsg.); Trierer Biographisches Lexikon (2000), S. 432; Beate Dorfey, „Goldfasane“ oder Hoheitsträger der Kreise? Die Kreisleiter im Gau Koblenz-Trier, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 29 (2003), S. 297-424; Lilla (2004), S. 801; Wolfgang Schütz, Koblenzer Köpfe (2. Aufl. 2005), S. 510 (P); Franz Maier, Biographi-

sches Organisationshandbuch der NSDAP und ihrer Gliederungen im Gebiet des heutigen Landes Rheinland-Pfalz (2. Aufl. 2009), S. 442-244 (P); Petra Weiß, Die Stadtverwaltung Koblenz im Nationalsozialismus (phil. Diss. Hagen 2012, auch digital), S. 262-306; dies., N. S. (1902-1986). Nationalsozialistischer Funktionär, Landrat und Oberbürgermeister von Koblenz (1902-1986) (2013, digital). Internet (08.10.2020): Liste der Mitglieder des Landtags (Freistaat Preußen) (5. Wahlperiode), Internetportal Rheinische Geschichte: N. S. (Petra Weiß), Rheinland-Pfälzische Personendatenbank, 1933-1945 Täter und Mitläufer. Mitteilung des UA Frankfurt a. M. (Matthias Lorenz) v. 07.10.2020. P.K.

Sindlinger, Ernst, geb. 06.04.1883 in Ulm als Sohn eines Oberkontrolleurs, gest. 01.01.1963 ebd. (Germania-Tübingen 1903, gen. „Sindelfix“). Nach Besuch des Realgymnasiums stud. reg. Tübingen; 1908 Staatsprüfung für den höheren Verwaltungsdienst; Referendar beim Amtsgericht Ulm, beim OA Ulm, bei der Regierung des Donaukreises sowie bei den Gemeinden Baiersbrunn und Ludwigsburg; nach der Zweiten Staatsprüfung für den höheren Verwaltungsdienst 1911 Regierungsassessor bei den Oberämtern Gmünd, Ulm und Waldsee; 1916 als Regierungsassessor beim OA Ulm zum Amtmann, später zum Oberamtman beim OA Urach ernannt; 1918 Wechsel nach Berlin, dort zunächst im Reichswirtschaftsministerium, ab 1919 in der württembergische Gesandtschaft (Wirtschaftsvertretung der württembergischen Regierung) tätig; nach Rückkehr in die Heimat 1920 als Oberamtman Hilfsberichterstatter im württembergischen Arbeitsministerium in Stuttgart; 1921 Bewilligung des Entlassungsgesuchs aus dem Staatsdienst; anschließend städtischer Rechtsrat und Ständiger Stellv. des Oberbürgermeisters in Ulm, ab 1924 mit der Amtsbezeichnung „Bürgermeister“; kurz nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten am 06.04.1933 durch den SA-Staatskommissar und nachmaligen NS-Oberbürgermeister Friedrich Förster aus politischen Gründen beurlaubt, tags darauf vom Ministerialdirektor und späteren Innenminister Jonathan Schmidt aus politischen Gründen bestätigt (ein eklatanter Verstoß gegen NS-Vorschriften, denn sei-

ne Stelle wurde umgehend wieder besetzt); zeitweise als Förster tätig; mit Wirkung vom 16.11.1933 durch Gauleiter und Reichsstatthalters Wilhelm Murr vorzeitig in den Ruhestand versetzt; dennoch 08.12.1933 als Stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrates der Pensionskasse für Körperschaftsbeamte in Stuttgart in die württembergische Innenverwaltung übernommen; 1939 Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit und Beförderung zum Oberregierungsrat; 01.07.1945 von den Amerikanern als Landrat des Landkreises Ulm eingesetzt (Amtsbestätigung 1946 durch allgemeine Wahlen); in dieser Funktion 1946 Mitglied der Vorläufigen Volksvertretung für Württemberg-Baden; 1953 auf eigenen Wunsch pensioniert; nebenberuflich Vorsitzender des Verwaltungsrats der Kreissparkasse und der von ihm gegründeten Kreisbaugesellschaft sowie des von ihm ebenfalls neu aufgebauten Kreisvereins des DRK; zuletzt erblindet; 1952 BVK am Bande.

Lit.: Burschschafter-Stammrolle 1934 (1934), S. 469; BL 1 (1940), S. 106; Angerbauer (1996), S. 36 und 533; Michael Rück, Korpsgeist und Staatsbewusstsein: Beamte im deutschen Südwesten 1928-1972 (1996, auch digital), S. 105-107; Germania Tübingen (2008), Nr. 1699; Raberg (2010), S. 412; kurzer Lebensbericht von ihm in Bixier-Nachrichten v. Dez. 1960, Nr. 14, S. 62, Nachruf ebd. Nr. 17, Okt. 1963, S. 4 f. (Holzhäuer). Mitteilung von Karl Philipp (Stuttgart) v. 28.09.2018, Internet (17.09.2017): E. S. (Wikipedia), Vorläufige Volksvertretung für Württemberg-Baden. P.K.

Srbik, Heinrich Ritter von (seit 1919: S., H.), geb. 10.11.1878 in Wien als Sohn eines aus einer altösterreichischen Beamtenfamilie stammenden Juristen im k. k. Finanzministerium und Enkel des Historikers und Altphilologen Wilhelm Heinrich Grauert (1804-1852), gest. 16.02.1951 in Ehrwald (Bez. Reutte in Tirol) (Verein deutscher technischer Hochschüler Gothia-Wien 1899, alte Burschenschaft Gothia-Wien 1902). Am Wiener Theresianum von seinem Lehrer Eugen Guglia (1857-1919) an die Geschichtswissenschaft herangeführt, studierte er seit 1897 Geschichte in Wien, nahm von 1898 bis 1901 am Kurs des Instituts für österreichische Geschichtsforschung (IÖG) gemeinsam mit

Wilhelm Bauer (1877-1953) und Hans Hirsch (1878-1940), seinen lebenslangen Freunden und späteren Kollegen, teil und wurde 1902 mit der von Oswald Redlich (1858-1944) betreuten Dissertation „Burggraf Friedrich III. von Nürnberg“ promoviert. Seit 1902 edierte S. als ständiger



Mitarbeiter der Kommission für neuere Geschichte Österreichs (1902-1912) die österr.-niederländischen. Staatsverträge. 1908 wurde er zum Obmann-Stellv. seiner Burschenschaft gewählt. 1904-1912 war er Assistent und unter Emil v. Ottenthal (1855-1931) Bibliothekar am Institut für österreichische Geschichtsforschung, seit 1911 Beisitzer im Vorstand der BHK/GfbG und habilitierte sich in Wien mit der Studie „Der staatliche Exporthandel Österreichs von Leopold I. bis Maria Theresia“ (1907, Nachdr. 1969) für das Fach österreichische Geschichte; kurz darauf wurde die venia aufgrund seiner Abhandlung zum Thema „Wilhelm von Schröder. Ein Beitrag zur Geschichte der Staatswissenschaften“ auf Allgemeine Geschichte erweitert. Seit 1912 war S. a. o. Prof. für allgemeine Geschichte, seit 1917 o. Prof. für neuere Geschichte und Wirtschaftsgeschichte in Graz. Als Reserveoffizier (Hauptmann der Landwehr) leistete er 1915-1918 jeweils in

den Sommerferien Dienst an der italien. Front. Noch in Graz wandte er sich nach seinen „Studien zum österreichischen Salzwesen“ (1917) von der Wirtschaftsgeschichte ab und mit „Wallensteins Ende“ (1920) der politischen Ideengeschichte zu. 1922 wurde S. als o. Prof. für Geschichte der Neuzeit nach Wien berufen. Hier verfasste er auf Einladung von Erich Marcks (1861-1938) für das Sammelwerk „Meister der Politik“ (3 Bde., 1922/23) einen Essay über Metternich, aus dem die zweibändige ideengeschichtlich fundierte Biographie „Metternich. Der Staatsmann und Mensch“ (2 Bde. 1925; Bd. 3, 1954) hervorging. Die Biographie brachte ihm Anerkennung und enge wissenschaftliche Beziehungen zu reichsdeutschen Historikern ein, v. a. zu → Friedrich Meinecke (1862–1954, Saravial-Berlin), dessen geistesgeschichtlicher Sichtweise sich S. besonders verbunden fühlte. Rufe nach Köln, Bonn, München und Berlin lehnte S. ab. Es folgte ein kurzes Intermezzo als parteiunabhängiger Minister für Kultur und Unterricht (1929-1930) in der dritten, mehrheitlich aus Fachbeamten gebildeten, von den Christlich-Sozialen und der Großdeutschen Parteien unterstützten dritten Regierung des Bundeskanzlers Johann Schober (1874-1932, Akademischer Gesangsverein bzw. Universitäts-Sängergeschaft Ghibellinen Wien). Als Minister berief er den für seine sozialkritischen Veröffentlichungen bekannten und sich sehr für die staatliche Eigenständigkeit Österreichs einsetzenden Dramatiker und Lyriker Anton Wildgans (1881-1932) erneut zum Direktor des Wiener Burgtheaters (1930-1931). Zu dieser Zeit als der Biograph Metternichs bekannt, wandelte sich S. „immer mehr und mehr zum Theoretiker der gesamtdeutschen Geschichtsbetrachtung“ (Frühwald, S. 152). Entscheidender Beweggrund war seine „aus der Geschichte geschöpfte, langjährige tiefe und echte Überzeugung eines in sich homogenen gesamtdeutschen Volkes und dessen Recht auf einen gesamtdeutschen Staat“ (ebd.). So begrüßte er 1938 den „Anschluss“ Österreichs, wurde 1938 Präsident der Akademie der Wissenschaften

in Wien, vom nationalsozialistischen Reichsstatthalter Arthur Seyß-Inquart (1892-1946) für den Großdeutschen Reichstag aufgestellt und auf Platz 63 der „Liste des Führers“ gesetzt. Mit Wirkung vom 01.05.1938 wurde er Mitglied der NSDAP (Nr. 6104788). In dieser Zeit vollendete S. seine Edition an den „Quellen zur deutschen Politik Österreichs 1859-1866“ (5 Bde., 1934-1938, Nachdr. 1967). Das Wissen um die Funktion der altösterreichischen Beamten als deutscher Führungsschicht der Habsburgermonarchie und die Bindung des Vielvölkerreiches an die Tradition des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation blieben Wurzeln seiner gesamtdeutschen bzw. großdeutschen Geschichtsauffassung. S. war stets bemüht, der Bedeutung Österreichs für die deutsche Geschichte gegenüber einer kleindeutschen Geschichtsinterpretation zur Anerkennung zu verhelfen. In seinem Vortrag in Salzburg über „Gesamtdeutsche Geschichtsauffassung“ 1929 formulierte S. die Grundgedanken, aus denen sein Hauptwerk „Deutsche Einheit. Idee und Wirklichkeit vom Heiligen Reich bis Königgrätz“ (4 Bde. 1935-1943) hervorging. Das Werk ist ein Bekenntnis zu Österreichs historischer Tradition der Vormachtstellung im Reich, dessen Grundcharakter er nicht in der Einheit, sondern in der Vielfalt seiner Glieder darstellte. Es zielte darauf, aus einer überstaatlichen Sicht das kleindeutsche wie das großdeutsche Geschichtsbild zu überwinden und die Geschichte Österreichs, Preußens und des dritten Deutschland in einer gesamtdeutschen Geschichtsbetrachtung zu vereinen. Extreme Positionen in Wissenschaft wie Politik lehnte er stets ab. Die 2017 formulierte Charakteristik S.s als eines der „führenden nationalsozialistischen Historiker in Österreich“ durch Barbara Stollberg-Rilinger in deren bedeutender Biographie Maria Theresias greift daher entschieden zu kurz. Trotz seiner Mitgliedschaft in NSDAP und Großdeutschem Reichstag übte S. nämlich zwischen 1938 und 1945 keine politischen Funktionen aus. Seit 1938 als Nachfolger Oswald Redlichs (1858-1944) Präsident der Wiener

Akademie der Wissenschaften und als Vorsitzender der Kommission für neuere Geschichte Österreichs (seit 1937) trat er stets für die Eigenständigkeit der österreichischen historischen Tradition und die Beibehaltung der Bezeichnung „österreichisch“ für Wiener wissenschaftliche Institutionen gegen Forderungen nach Eindeutigung der NS-Regierung ein. Seit 1942 fungierte er als Präsident der Historischen Kommission bei der Bayer. Akademie der Wissenschaften in München, blieb in diesem Amt aber kriegsbedingt ohne Wirksamkeit. Sein Leben war „bei weitem nicht so verlaufen und nicht so in sich geschlossen, wie es ihm selbst als Ideal vor Augen gestanden hatte“ (Frühwald, S. 158). „Mißt man sein Leben und sein Schaffen an seinen Lebensumständen und an seiner Zeit, dann hat H. v. S. als Mensch, als Persönlichkeit und als Gelehrter im Laufe seines bewegten Daseins aufrecht und mit aller Kraft um die absoluten Werte des Menschenlebens gekämpft und gerungen“ (ebd.). Diese Würdigung einer Schülerin des 1913 als Novize in das Stift Melk eingetretenen, 1930 von S. habilitierten und 1938 verhafteten bedeutenden Historikers Hugo Hantsch (ÖCV) (1895-1972) stimmt mit der Würdigung im Nachruf des Schweizer Historikers Werner Näf im Wesentlichen überein. Im Febr. 1945 zog sich S. nach Ehrwald zurück, geriet nach Kriegsende kurzfristig in französische Haft und wurde aller Funktionen beraubt. Er schloss sein Lebenswerk mit einer Darstellung „Geist und Geschichte vom deutschen Humanismus bis zur Gegenwart“ (2 Bde., 1950/51, italien. 1996) ab. 1951 war S. als Kandidat des Verbandes der Unabhängigen für die Wahl zum Bundespräsidenten Österreichs im Gespräch, starb jedoch vor einer eventuellen Nominierung (Höbelt, S. 144). Christian Neschwara, a. o. Prof. für Rechts- und Verfassungsgeschichte an der Universität Wien, plant eine Veröffentlichung zur Rehabilitierung seines Bundesbruders, der vor allem als Präsident der Akademie der Wissenschaften Wien „in einer Reihe von in den letzten Jahren erschienenen zeitgeschichtlichen Beiträgen

ziemlich verunglimpft“ worden sei. Veröffentlichungen: Der Karlsruher Virtuelle Katalog (KVK) liefert für die Bibliotheken allein in Österreich 271 Treffer. Genannt seien hier lediglich noch „Das österreichische Kaisertum und das Ende des Heiligen Römischen Reiches 1804-1806 (1927) und „Österreich in der deutschen Geschichte“ (1936).

Lit.: Burschenschaftler-Stammrolle (1934), S. 476; Der Großdeutsche Reichstag IV. Wahlperiode Bd. 1 (1938), Liste des Führers, Nr. 63, S. 50, Bd. 2 (Nachtrag 1939), S. 60; Gesamtdeutsche Vergangenheit. Festgabe für H. v. S. zum 60. Geburtstag am 10. Nov. 1938 (1938); Kürschner DGK 6 (1941), Sp. 822 f.; Silvio Furlani, La scomparsa di un grande storico: H. v. S., in: Nuova Rivista Storica 35 (1951), S. 166-172 (Nachruf); Hugo Hantsch, Heinrich v. Srbik †, in: Wissenschaft und Weltbild 34 (1951), S. 131 f. (Nachruf); Adam Wandruszka, H. v. S. †, in: Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung 59 (1951), S. 228-236 (Nachruf); Theodor Schieder, H. v. S. †, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 2 (1951), S. 129-132; Teichl (1951), S. 290 f.; Jacques Droz, H. S. †, in: Revue Historique 207 (1952), S. 171 f. (Nachruf); Lorenz, Zum Tode H. v. S.s (16. Februar 1951), in: Unsere Heimat NF 22 (1951); Werner Näf, H. v. S. (1878-1951), in: Historische Zeitschrift 173 (1952), S. 95-101 (Nachruf); Franz Schnabel, H. v. S. 10.11.1878-16.2.1951, in: Bayerische Akademie der Wissenschaften, Jahrbuch 1951 (1952), S. 163-170 (Nachruf); Wilhelm Schüssler, Zum Gedächtnis H. v. S.s (1878-1951), in: Südost-Forschungen 12 (1953), S. 287-291 (Nachruf); Selle (1955), Nr. 309; Kosch BStHB 2 (1963), S. 1119; Helga Frühwald, Großdeutsch und Gesamtdeutsch bei H. v. S. (Diss. phil. Wien 1965); Horst Berndt, Historiker und ihre Gegenwart. Friedrich Meinecke (1862-1954) - H. v. S. (1878-1951), in: DuQ 7 (1967), S. 196-234 (P, mit den wichtigsten Veröffentlichungen); Stockhorst (1967), S. 370; Rössler/Franz 3 (1975), Sp. 2718 f.; Arduino Agnelli, H. v. S. (1975, mit Bibliographie); Adam Wandruszka, H. v. S. Leben und Werk (1978); Günther Hamann (Hrsg.), Adam Wandruszka, Kriegs- und Nachkriegserinnerungen eines Studenten an H. v. S. (1979); Helmut Reinalter, H. v. S., in: Deutsche Historiker, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, 8 (1982), S. 78-95 (mit bibl. Hinweisen); Weber (1984), S. 561 f.; Kleindel/Veigel (1987), S. 512; Killy 1. Aufl. 11 (1991), S. 125 (Peter Aufgebauer); Rüdiger vom Bruch/Rainer A. Müller (Hrsg.), Historikerlexikon (2. Aufl. 1991), S. 314-316; Ackerl/Weissensteiner (1992), S. 460; Hartkopf (1992), S. 344; Wistrich (1993), S. 333 f.; Bautz 10 (1995), Sp. 1085 f. (Konrad Fuchs); Franz Graf-Stuhlhofer, Die Akademie der Wissenschaften in Wien im Dritten Reich, in: Christoph J. Scriba (Hrsg.), Die Elite der Nation im Dritten Reich. Das

Verhältnis von Akademien und ihrem wissenschaftlichen Umfeld zum Nationalsozialismus (1995), S. 133-159; ders., Opportunisten, Sympathisanten und Beamte. Unterstützung des NS-Systems in der Wiener Akademie der Wissenschaften, dargestellt am Wirken Nadlers, Srbiks und Meisters. Wiener Klinische Wochenschrift 110 (1998) H. 4-5, S. 152-157 (mit Mitgliedsnummer in der NSDAP); Reinhard Pohanka, Pflichterfüller. Hitlers Helfer in der Ostmark (1997); Peter Kaupp, Warnung und Widerstand. Burschenschafter in Opposition zum Nationalsozialismus, in: Korporierte im Widerstand gegen den Nationalsozialismus (1997), S. 93 f.; Weiß (1998), S. 437; Taddey (1998), S. 1201 f.; Kosch LL 19 (1999), Sp. 72 f.; Lothar Höbelt, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU (1999); Karen Schönwälder, H. v. S. „Gesamtdeutscher“ Historiker und „Vertrauensmann“ des nationalsozialistischen Deutschland, in: Doris Kaufmann (Hrsg.): Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahmen und Perspektiven der Forschung (2000), S. 528-544; Holger Krahnke, Die Mitglieder der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen 1751-2001 (2001), S. 230; Klee (2003), S. 593; Sautter (2002), S. 387 f.; Lilla (2004), S. 635 f.; Fritz Fellner/Doris A. Corradini, Österreichische Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert. Ein biografisch-bibliographisches Lexikon (2006), S. 385 f.; DBE 9 (2009), S. 575 (Fritz Fellner); NDB 24 (2010), S. 773-775 (Fritz Fellner); Werner Berthold/Mario Keßler, Klios Jünger. 100 Historiker-Porträts von Homer bis Hobsbawm (2011), S. 136 f.; Martina Pesditschek, H. v. S. (1878-1951). „Meine Liebe gehört bis zu meinem Tod meiner Familie, dem deutschen Volk, meiner österreichischen Heimat und meinen Schülern“, in: Karel Hruza (Hrsg.): Österreichische Historiker. Lebensläufe und Karrieren 1900-1945, 2 (2012), S. 263-328; Lönnecker (2009), insbes. S. 55 f. und 370; Michael Fahlbusch/Ingo Haar/Alexander Pinwinkler (Hrsg.), Handbuch der völkischen Wissenschaften. Akteure, Netzwerke, Forschungsprogramm, 2. Aufl., Teilbd. 1 (2017), S. 779-781 (Martina Peditschek). Internet (16.10.2020): H. v. S. (Wikipedia), Wiener akadem. Burschenschaft Gothia. Berühmte Gothen; Wien Geschichte Wiki, AEIOU Österreich-Lexikon, Munzinger-Archiv IBA; Datenbank der deutschen Parlamentsabgeordneten; Österreichisches Parlament; Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Mitglieder der Vorgängerakademien; Czeike Historisches Lexikon Wien. Mitteilungen von Christian Neschwara (Gothia Wien) an Frank Grobe v. 10.10.2016 und v. 03.05.2018 und an Peter Kaupp v. 12.02.2019. Hugo Hantsch www.oecv.at/Biolex/Detail/10401802 (01.05.2018). K.O./P.K./H.L.

Stähelin (Stähele), Johann Andreas, geb. 01.12.1794 in Obersommeri (heute Gem. Sommeri, Ktn. Thurgau/Schweiz) als Sohn

eines Amtsrichters, gest. 17.08.1864 ebd. (Burschenschaftliche Genossenschaft zur Bearbeitung wissenschaftlicher Gegenstände Freiburg i. Br., auswärtiges Mitglied 1818). Nach Besuch der Stiftsschule Einsiedeln ab 1812 Studium der kath. Theologie in Landshut, 1816-1817 Priesterseminar St. Gallen; nach seiner Flucht 1817 Hauslehrer bei dem kath. Diplomaten Auguste de Talleyrand (1770-1832) in Bern; anschließend Lehrer am Fellenberg'schen Privatinstitut in Hofwil und bei dem Pädagogen Johann Heinrich Pestalozzi (1746-1827) in Yverdon; 1819 Privatdozent für Geschichte in Bern; wegen Beleidigung des russ. Hofrats Joseph Du Hamel (1768-1840) vom Berner Rat ausgewiesen; WS 1819/20 Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg i. Br.; 1820 aus politischen Gründen Ausweisung aus Baden; 1821-1823 Teilnahme am griechischen Freiheitskampf; 1823-1830 Hauslehrer in Rom und London; 1830 Führer der thurgauischen Verfassungsbewegung; 1831 Redaktor der „Thurgauer Zeitung“; 1831-1858 Thurgauer Regierungsrat (1831-1840 Finanzen, Justiz und Polizei, 1840-1850 Justiz und 1850-1858 Inneres, Erziehung), Mitglied des Kleinen Rates; Oberbibliothekar der Kantonsbibliothek. „S. entfernte sich immer mehr und mehr von den radikal-liberalen Ideen seiner Jugend“ (Salathé), votierte 1836 für die Nichtaufhebung der Klöster sowie 1847 für den Sonderbund und entwickelte sich neben Joseph Anderwert (1767-1841) zu einem Führer der kath. Minderheit.

Lit.: Albert Leutenegger, Rückblick auf die thurgauische Regenerationszeit 1 (1930), S. 91; Türler 6 (1931), S. 492; Hans Brauchli, J. S. St., in: Thurgauer Ahnengalerie (2003), S. 405-407. Internet (10.06.2020): Gundermann (o. J.), Historisches Lexikon der Schweiz (André Salathé), Matrikel der Universität Freiburg (1991), S. 134. P.K.

Staercke, Max, geb. 05.09.1880 in Güstebiese/Oder (Neumark), gest. 10.07.1959 in Berlin (Derendingia-Tübingen EM 1949). Nach Besuch einer Dorfschule ab 1895 einige Jahre Schriftsetzer und Buchdruckerlehrling bei der Fa. Gustav Humboldt in Blomberg/Lippe; 1901 Mitbegründer

der Lippisch-Liberalen Partei; 1905 Redakteur der „Lippischen Landes-Zeitung“ (LLZ), nach 1907 deren Leiter; 1912 Stadtverordneter in Detmold und Erwerb der Meyerschen Hofbuchhandlung, daneben weiterhin redaktioneller und geschäftlicher Leiter der LLZ; 1913-1920, 1925 und 1929-1933 Abgeordneter des Lippischen Landtags (seit 1919 DDP, seit 1925 DVP), Nov. 1918 bis Febr. 1919 Mitglied des Volks- und Soldatenrates des Freistaates Lippe; vertrat im Landtag die „Wirtschaftliche Vereinigung der Haus- und Grundbesitzer, Hypothekengläubiger und -sparer“ (WV). Zusammen mit Heinz Krekeler (1906-2003) führte er nach dem Zweiten Weltkrieg die beiden Kreisverbände der FDP im Kreis Lemgo und im Kr. Detmold zusammen und gründete am 06.09.1946 die Landesgruppe Lippe der FDP. 1920 Übergang der Druckerei und des Verlags der LLZ in eigenen Besitz; 1925-1929 Mitglied des Lippischen Landespräsidiums, 1927-1929 Stellv. Bevollmächtigter Lippes zum Reichsrat; 1933 Ende seiner kommunalen Tätigkeit; 1935 zwangsweise Abgabe der LLZ an den NS-Verlag „Lippische Staatszeitung“; Übersiedlung nach Berlin, Gründung des Maximilianverlags; 1945 Verhaftung in Güstebiese (Kr. Königsberg/Neumark), russische Gefangenschaft und Vertreibung durch die Polen; Ende 1945 Rückkehr nach Detmold; 1945 Aufbau der Organisation der Lippischen Haus- und Grundbesitzer, 1947 Vorsitzender des Landesverbandes der Haus- und Grundbesitzer Westfalen-Nord und Lippe; 1948-1956 Mitglied des Kreistags Detmold; 1955 Verleihung des BVK.

Lit.: MV Derendingia (1967) Nr. 947; Bernd Haunfelder, Nordrhein-Westfalen – Land und Leute. 1946-2006. Ein biographisches Handbuch (2006), S. 444; Andreas Ruppert, Publizist und Politiker – M. St. (1880-1959), in: Heimatland Lippe, Zeitschrift des Lippischen Heimatbundes und des Landesverbandes Lippe, 102. Jahr, Nr. 2, Febr. 2009; ders., M. St. (1880-1959) – Publizist und Politiker in Lippe, in: Rosenland, Zeitschrift für lippische Geschichte, Sept. 2011, S. 35 (auch digital); Jürgen Scheffler, in Rosenland, Zeitschrift für lippische Geschichte, Nr. 09/2009, Lokale Erinnerung im Schatten der Vergangenheit. Die Gedenkfeier für die lippischen Juden in Lemgo 1948. Eine Ausstellung zur Geschichtspolitik und Erinnerungskul-

tur in den frühen Nachkriegsjahren. Staercke hatte die Idee zur Gedenkfeier; Michael Stahl, 250 Jahre LZ: Die „Tellerwäscherkarriere“ des M. St., in: Lippische Zeitung v. 21.11.2016 (auch digital). Internet (11.01.2018): M. St., Tübinger Burschenschaft Derendingia (beide Wikipedia), Staercke, Max Hofrat, Politiker, Verleger, Publizist * 5.9. 1880 Berlin; BIOWEIL; Liste der Mitglieder des Landtags (Freistaat Lippe) (3. und 4. Wahlperiode); Zentrale Datenbank Nachlässe: Bundesarchiv; Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik „Online Edition“, BAK Kurzbiographien. H.D.

Steinacher, Hans (Ps. F. X. Holder), geb. 22.05.1892 in Kreuth-Bleiberg (Südkärnten) als Sohn eines Grubenvorstehers in Bleiberg, aus einer Familie Oberkärntner ev. Bergknappen und Bergbauern, gest. 10.01.1971 in Klagenfurt (Alldeutsche Burschenschaft Gothia am ev. Lehrerseminar in Bielitz/Österr.-Schlesien ca. 1907/08). Mit einem Stipendium des Gra-



zer Schulvereins Südmark Besuch der 1867 gegründeten ev. Lehrerbildungsanstalt in der zu über 80 Prozent deutschen Sprachinsel Bielitz (Österreichisch-Schlesien), wo vor allem Karl Volkmar Stoy (1815-1885) als erster in Österreich die Herbartsche Pädagogik lehrte und Lehrer der ganzen k. u. k. Monarchie ausgebildet wurden; gelangte dort als Mitglied der nicht zugelassenen alldeutsch ausgerichteten Burschenschaft „Gothia“ (Wahlspruch „Ohne Juda, ohne Rom, wird gebaut Germanias Thron“) und deren Nachfolgeorga-

nisation „Leyer und Schwert“ schon früh zur „Erkenntnis von der Eigenwertigkeit des deutschen Volkstums gegenüber anderen Völkern“, die auch in ihm ein „unverkennbares Überlegenheitsgefühl der Deutschen entstehen ließ“ (Elste (1997), S. 57) und ihn „zum treuen und opferbereiten Patrioten seines deutschen Volkstums“ (Malleben (1980), S. 21) werden ließ; nach der Matura 1911-1914 Lehrer an der ev. Schule in Meran; Lehramtsbefähigung für die Volksschule im Okt. 1913 und für die Bürgerschule im März 1916 jeweils mit Auszeichnung; als Lehrer in Südtirol Kampf gegen die „drohende Verwelschung“, denn Volkstumskampf bedeutete für ihn die „Abwehr der ‚zerstörerischen‘ Arbeiten der Slawen und Romanen“ (Elste ebd. S. 157); Juli 1914 Meldung als Freiwilliger im k. u. k. Inf.-Reg. „Graf von Khevenhüller“ Nr. 7; 1915 a. o. Beförderung zum Leutnant, 1917 zum Olt.; zahlreiche militärische Auszeichnungen für 38 Monate Frontdienst; nach Kriegsende im Volkstumskampf für seine Südkärntner Heimat, der empfindliche Gebietsverluste drohten; vom Landtag in geheimer Abstimmung mit der „Führung des Abstimmungskampfes“ beauftragt; auf seine Initiative im Aug. 1919 Gründung der Landesagitationsleitung (LAL, ab März 1920 Kärntner Heimatdienst/KHD, ab 1924 Kärntner Heimatbund/KHB), die dem Nationalpolitischen Ausschuss der Kärntner Landesversammlung angegliedert wurde; engagierte dafür als journalistischen Kopf den Lehrer und Schriftsteller → Josef Friedrich Perkonig; erwarb sich als einer der „führenden Kämpfer um Kärntens Freiheit“ und „geistiger Motor“ (Knaus) für die Vorbereitung und Durchführung der Kärntner Volksabstimmung (1920) bald den Ruhm als „großer Sohn seiner Heimat“; führte 1920-1921 die Geschäft des KHD; nach dem Abstimmungserfolg in Kärnten 1921 bei weiteren Abstimmungen im Gefolge der Friedensverträge über die künftige Gebietszugehörigkeit engagiert (u. a. in Oberschlesien, Tirol, Westungarn/Ödenburg); agierte im Ruhrkampf 1923 gegen die französisch-belgische Ruhrbesetzung sowie gegen die

Schaffung einer an Frankreich angelehnten Rheinischen Republik; parallel dazu 1922-1925 staatswissenschaftlich-volkswirtschaftliches Studium an der Universität Frankfurt a. M.; ebd. 1925 Dr. rer. pol. („Wirtschaft und Volksabstimmungen. Eine Untersuchung über den Einfluss wirtschaftlicher Faktoren auf den Ausfall der Volksabstimmungen in den deutschen Grenzgebieten, mit besonderer Berücksichtigung von Oberschlesien und Kärnten“); Juli 1925 Geschäftsführer des „Deutschen Schulvereins Südmark“ in Wien; Anfang 1926-30.06.1930 in Frankfurt a. M. Grenzlandreferent im Rang eines Ministerialrats des Preuß. Innenministeriums, Wirtschaftsberater deutscher Volksgruppen und Kontaktmann zur österreichischen Anschlussbewegung; daneben für eine halbamtliche Stiftung tätig, die deutsche Volksgruppen im Ausland finanziell und agitatorisch unterstützte; 1930 ins Außenministerium überstellt und mit der Leitung der Mittelstelle für deutsche Auslandsbüchereien in Berlin betraut und Geschäftsführer des Vereins von Freunden und Förderern der Mittelstelle (Vorsitzender: Konrad Adenauer); 1931 Vorstandsmitglied des VDA, Apr. 1933 formell dessen Stellv. Vorsitzender, faktisch aber bereits dessen Leiter. Im Mai 1933 führte St., der sich bis 1934 als „Reichsführer“ bezeichnete, im VDA das Rassenprinzip ein, wonach nur „Deutschstämmigen“ eine Mitgliedschaft möglich war. Ab 1933 für die Koordinierung der Volksdeutschen verantwortlich, sollten sämtliche Gebiete, in denen Deutsche lebten, wissenschaftlich betreut werden; gefordert sei „ein Frontkrieg um Wessenserhaltung und Boden“ (Fahlbusch (1999), S. 108); große Anstrengungen, um in Kärnten das dortige deutschnationale Lager (insbes. Landbund, Großdeutsche Volkspartei und völkische Vereine wie Kärntner Heimatbund und Wehrturner des Deutschen Turnerbundes) auf die Linie der NS-Österreichpolitik zu bringen. Österreich sei auf die Dauer nicht lebensfähig und müsse an Deutschland angegliedert werden; zunehmende Konflikte mit der Führung der NSDAP und der SS; erlebte

nach eigener Aussage infolge seines Widerstands gegen die Bevormundung oder sogar Übernahme des VDA durch die NSDAP Schikanen von Seiten der SS einschl. Ausreiseverbot und Verhaftungen in Leipzig und Regensburg. Von → Ernst Wilhelm Bohle, „Gauleiter“ der NSDAP-Auslandsorganisation, während eines Parteitages als „Staatsfeind Nr. 1“ bezeichnet, fühlte sich St. in seiner Amtsführung so behindert und unter Druck gesetzt, dass er schließlich „durch gesetzwidrigen Eingriff des Stellvertreters des Führers ... und durch ultimative Bedrohung mit Konzentrationslager gezwungen wurde“ (zit. nach Walzl 1992, S. 215 f. und 352), die Führung des VDA aufzugeben; lebte nach dem „Anschluss“ abwechselnd in Berlin und auf seinem Gut in Südkärnten; im Zweiten Weltkrieg Einberufung als Oblt. zum Gebirgsjägerregiment Nr. 137, zuletzt Oberstleutnant. Sept. 1940 rückwirkend ab 01.05. 1940 Aufnahme in die NSDAP (Nr. 77531917); Kriegseinsatz zuerst in Frankreich, 1941 in Rumänien und Griechenland; Ende 1941 nach Murmansk/Russland an die Eismeerfront überstellt; Juni 1942 Festungskommandant in Kirkenes/Norwegen; 1945 britische Gefangenschaft, 1946 entlassen; ab Mai 1947 Bewirtschaftung des Miklauzhofes; aktiv im neugegründeten „Bund heimattreuer Südkärntner“ und später im 1957 gegründeten „Kärntner Heimatdienst“ mit seinen Unterorganisationen; 1949 Leitungsmitglied der „Jungen Front“ des Grafen Ernst von Strachwitz, die sich offiziell auf eine Zusammenarbeit mit der ÖVP festgelegt hatte; 1952 zum Obmann-Stellv. der Kärntner ÖVP gewählt; nach der Kärntner Landtagswahl im Okt. 1949 als Landeshauptmann im Gespräch, jedoch von der Bundes-ÖVP wegen seiner NS-Belastung abgelehnt; 1953 erfolglose Kandidatur für den Nationalrat; 1953-1958 österreichischer Generalkonsul in Mailand, womit eine Art Beratertätigkeit für Südtirol verbunden war; 1958 Ruhestand; lebte zuletzt auf seinem Gut in Miklauzhof. Die Frage, ob St. formell Mitglied der NSDAP war, ist bis heute nicht geklärt. Zahlreiche Auszeichnungen, u. a.: EK I und II, Golde-

ne Tapferkeitsmedaille, Orden der Eisernen Krone 3. Kl. (Lombardischer Orden), Eiserner Kronenorden mit Schwertern, Militärverdienstkreuz mit Schwertern, Kärntnerkreuz für Tapferkeit, Oberschlesischer Adler 1. und 2. Kl., Bulgarischer und Finnischer Tapferkeitsorden, Großes Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich; St.-Denkmal in Völkermarkt (1976 von unbekanntem Tätern gesprengt). Veröffentlichungen (Auswahl): „Oberschlesien“ (1927), „Deutsches Volkstum, deutscher Lebensraum“ (1934), „Rede zur Saarbrücker Pfingsttagung des VDA, gehalten in Mainz am 19. Mai 1934“ (1934), „Volkstum jenseits der Grenze. Staat und Volk, Staatsbürger und Volksgenosse“ (1934, 9. Aufl. 1935), „Die Wiener Angriffe auf Dr. [Hans] Steinacher“ (1935), „Sieg in deutscher Nacht. Ein Buch vom Kärntner Freiheitskampf“ (1943), F. X. Holder (Ps.), „dass Kärnten eins und frei bleibe. Ziele und Organisation der Deutschtumsbewegung 1918-1933“ (1960), „In Kärntens Freiheitskampf. Meine Erinnerungen an Kärntens Ringen um Freiheit und Einheit in den Abwehrkämpfen 1918/19 und um die Volksabstimmung 1920“ (1970, 2. Aufl. 1976), Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), H. St. Bundesleiter des VDA 1933-1937. Erinnerungen und Dokumente (1970).

Lit. (Auswahl): Nachlass im BArch Koblenz, N 1184; Führerlexikon (1934), S. 442 f. (P); Wer ist's? (1935), S. 1543; Richard Wichterich, Volksdeutscher Kampf. Dargestellt am Lebensgang Dr. St.s (1936); Alfred Elste, Kärntens braune Elite (2. Aufl. 1997), S. 150-171, 248-251; Siegmund Knaus, Ein großer Sohn Kärntens: Dr. H. St. (1962); Michael Siegert, Die Randdeutschen. Am Beispiel H. St.s, des Gründers des Kärntner Heimatdienstes, in: Neues Forum, 12/1972, S. 35-38; Rössler/Franz 3 (1975), Sp. 2762 f.; Wolfram Mallebrein, H. St. Ein Kämpfer für Freiheit und Selbstbestimmung. Eine Biographie (1980); August Walzl, „Als erster Gau ...“. Entwicklungen und Strukturen des Nationalsozialismus in Kärnten (1992), S. 215 f. und 352; Alfred Elste, Kärntens braune Elite (2. Aufl., 1997), Karin Gradwohl-Schlacher, [©] Josef Friedrich Perkonig und H. St. in: Zur Geschichte der österreichisch-slowenischen Literaturbeziehungen. Hrsg. A. Brandtner und W. Michler (1998), S. 331-344; DBE 9 (1998), S. 482; Michael Fahlbusch, Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die

„Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931-1945 (1999), S. 108; Baur/Gradwohl-Schlacher 2 (2011), S. 246-251; Bernhard Weidinger, „Im nationalen Abwehrkampf der Grenzlanddeutschen“ Akademische Burschenschaften und Politiker in Österreich nach 1945 (2015), S. 407; Michael Fahlbusch/Ingo Haar/Alexander Pinwinkler (Hrsg.), Handbuch der völkischen Wissenschaften, Teilbd. 1 Biographien (2. Aufl. 2017), S. 788-794 (Hans-Werner Retterath). Internet (09.02.2019): H. St. (Wikipedia), Pressemappe 20. Jahrhundert, H. St.-Personenlexikon. Mitteilung von Jörg Mayer (Wien, mit Anlagen) und des BArch (Jana Blumberg) v. 25.04.2019. P.K.

Steiner, Peter (Lorenz, Lureng), geb. 03.06.1817 in Lavin, Kt. Graubünden/Schweiz als Sohn eines Landammanns und Konditoreibesitzers in Breslau, gest. 29.03.1862 in Lavin (Zofingia-Graubünden 1836,



Heidelberger und Breslauer Burschenschaft 1838 bzw. 1839, Jenaische Bur-

schenschaft 1839, dann Burschenschaft auf dem Fürstenkeller-Jena); in Jena Kneipname „Bampf“; aufgewachsen in Breslau, wo seine Eltern eine Konditorei besaßen; dort Besuch der Privatschule Bopp; Rückkehr der Familie nach Lavin; Zögling des damals sehr bekannten Instituts à Porta seines Onkels Andreas Rosius à Porta (1754-1838) in Fetan/Ftan im Unterengadin, an dem sich u. a. der Pädagoge Heinrich Pestalozzi orientierte; 1829 Besuch des Gymnasiums in Luzern, 1834 der ev. Kantonschule in Chur, 1837 wegen seines der strengen Schulordnung nicht angepassten Betragens wieder in Luzern, wo er seine Gymnasialzeit unter den ihm sehr wohlwollenden Lehrern Augustin Keller und Troxler abschloss; Studium der Rechtswissenschaften ab 1838 in Heidelberg (dort 09.09.1839 relegiert), Breslau und Jena; anschließend einige Zeit in Genf zur Ausbildung in der französischen Sprache; nach Rückkehr in die Schweiz 1841/42 erster Dorfvorsteher von Lavin, dort bis zu seinem Tod auch Schulrats-, Kreis- und Bezirksgerichtspräsident, 1848 Tagsatzungsgesandter; als solcher zuletzt nach Süs entsandt, um die dortigen Gemeinden zur Übernahme ihrer Verpflichtungen für den Straßenbau über den Flüela zu veranlassen; seit 1851 achtmal Mitglied des Großen Rat von Graubünden, 1851 dessen Vizepräsident, 1860 Präsident, 1851 und 1860-1861 Regierungsrat, 1860 und 1861 Mitglied des Kleinen Rates, 1856-1859 und 1860-1862 zum Mitglied des Kantongerichts gewählt. Die ihm neben diesen zeitweise stark belastenden offiziellen Tätigkeiten verbleibende Freizeit widmete er besonders seinem Beruf als Advokat bis in den letzten Tagen vor seinem Tod im Oberengadin. Verdienste um den Bau des neuen Zeughauses in Chur, die Unterengadiner Flüelpaßstraße und die Ziegelindustrie in Ardez; Mitgründer der Tarasper Badegesellschaft; betätigte sich auch als Sänger, Dichter, Sammler und Übersetzer von Volksliedern und Humoresken (z. T. von Franz Abt (1819-1885) vertont). St. gründete den Gesangsverein von Lavin und übersetzte für diesen Lieder ins Ladinische.

Lit.: Bündnerisches Monatsblatt, 13. Jg., Nr. 6, Juni 1862, S. 85-89 (Nachruf); Bündner Tagblatt, 1. April 1862 (Nekrolog); Einiges aus dem Leben mehrerer jüngst verstorbener Bündner, in: Bündner Kalender (1864); Il Grischunv. 3. 4. 1862; Josef Anton Müller, Zur Erinnerung an die schweizerischen Alpenbahn-Bestrebungen (1922), S. 45; Homens prominents et originals d'Engiadina Basse e Val Müstair dal temps passà (1933/1935), Nr. 45; Silvio Margadant, Die ersten zwanzig Jahre in der Geschichte der Lukmanier-Eisenbahn ... (1972), S. 11; Schneider (1897), S. 559; Türlér 6 (1931), S. 533; Develey (2010), S. 481, Lönnecker (2015), S. 394, Nr. 1803, und S. 648. Internet (12.12.2016): Historisches Lexikon der Schweiz Online (Paul Eugen Grimm), P. L. St.-Alfred Escher-Briefedition, Bisherige Standespräsidenten-Organisation-Parlament Graubünden. H.L./H.D.

Steller, Otto (Theodor Friedrich), geb. 22.07.1823 in Königsberg i. Pr., gest. 21.08.1894 in Neuhäuser/Samland (Pappenhemia-Königsberg). Studium der Rechtswissenschaften 1840-42 in Königsberg i. Pr. und 1842-43 in Berlin, ab 1849 Rechtsanwalt; Mitglied des Kränzchens der Pappenheimer; dieses „stand ganz im Rahmen der allgemeinen Burschenschaft“ (Koch 1915/16, S. 655); Rechtsanwalt, Notar und Kgl.-Preuß. Justizrat in Königsberg; Vorsitzender der Anwaltskammer; Juli 1878-Okt. 1881 Abgeordneter des Deutschen Reichstags (Deutsche Reichspartei, Wahlkreis Königsberg 3/Königsberg-Stadt). Veröffentlichungen: „Der Preussische Civil-Prozeß nach der Allgemeinen Gerichts-Ordnung und den Verordnungen vom 1. Juni 1833 und 21. Juli 1846“ (1848), „Die Preussischen Armen-gesetze vom 31. Dez. 1842 und 21. Mai 1855“ (1857).

Lit.: Deutscher Parlaments-Almanach (1878), S. 233; Fritz Specht/Paul Schwabe, Die Reichstags-wahlen von 1867 bis 1903 ... mit einem Verzeichnis der gewählten Abgeordneten (2. Aufl. 1904), S. 2; John Koch, Die alten Pappenheimer zu Königsberg, in: Deutsche Corpszeitung, 32. Jg. (1915/16), S. 655-657; BAK DB 9: Deutsche Burschenschaft, (1726) 1815-ca. 1960, M. Burschenschaftlerlisten, Königsberg, Pappenhemia. Internet (13.03.2019): O. St., Pappenhemia (beide Wikipedia), BIORAB-Kaiserreich, Datenbank der deutschen Parlaments-abgeordneten. Mitteilung von Harald Lönnecker (Koblenz) v. 11.09.2020. P.K.

Stinglwagner, Alois, geb. 19.02.1887 in Miesbach, gest. 23.07.1955 in Penzberg (Freiberger Burschenschaft Glückauf 1907). Nach Besuch des Progymnasiums in Schöffarn und des humanistischen Gymnasiums in Landshut Studium an der Bergakademie Freiberg/Sachsen; Dipl.-Ing., 1913 bergmännischer Assistent und Ingenieur, später Oberingenieur bei der Bergwerksdirektion Penzberg; 1919 ebd. Mitbegründer der Bayerischen Volkspartei; ab 1921 in der Hauptverwaltung der Oberbayerischen Aktiengesellschaft für Kohlenbergbau in München, 1945 Vorstandsvorsitzender; 1945 Mitbegründer der Ortsgruppe der CSU in Penzberg; 1946 für den Wahlkreis Oberbayern Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung; 01.12.1946-26.11.1950 (1. Legislaturperiode) für den Wahlkreis Oberbayern Abgeordneter des Bayerischen Landtags; 01.12.1953-23.07.1955 Mitglied des Bayerischen Senats, in dem er vor allem die Gruppe „Industrie und Handel“ vertrat; ebd. jeweils Mitglied zahlreicher Ausschüsse; 1946-1950 Mitglied des Europäischen Parlaments.

Lit.: Burschenschaftler-Stammrolle (1934), S. 485, 1029; Thomas Schlemmer/Hans Woller, Gesellschaft im Wandel 1949 bis 1973 (2011), S. 41 f. Internet (22.04.2020): A. St., Alte Freiberger Burschenschaft Glückauf zu Clausthal, Bekannte Mitglieder (beide Wikipedia), Parlamentsdatenbank beim Haus der Bayerischen Geschichte; BIOGRAFIEN Menschen in Bayern; Geschichte des Bayerischen Parlaments seit 1819 (P). P.K.

Stintzing, (Johann August) Roderich von (seit 1857), geb. 08.02.1825 in Altona bei Hamburg als Sohn eines Arztes, einer ursprünglich fränkischen Familie entstammend, gest. 13.09.1883 in Oberstdorf/Allgäu an den Folgen eines Sturzes (Jenaische Burschenschaft 1843-1845, Neckarbund-Heidelberg 1845, dann Teutonia-Heidelberg). Nach Besuch des Gymnasiums in Altona und des Akademischen Gymnasiums in Hamburg Studium der Rechtswissenschaften 1843-1845 in Jena, 1845 in Heidelberg, 1845/46 in Kiel und 1846/47 in Berlin; besonderer Einfluss auf ihn hatten Adolf von Vangerow (1808-1870) in Heidelberg, Karl Otto von Madai (1809-

1850) in Kiel und Friedrich Julius Stahl (1802-1861) in Berlin; 1848 Mitglied des Studenten-Freikorps in der Erhebung Schleswig-Holsteins gegen Dänemark; trotzdem 1848 juristisches Staatsexamen (mit Auszeichnung) beim Oberappellationsgericht in Kiel; dann Advokat und Notar in Plön/Holstein; nach Ende des



Schleswig-Holsteinischen Krieges 1851 in Heidelberg, dort 05.01.1852 Dr. iur. und Habilitation; nach kurzer Zeit als Privatdozent Ostern 1854 Berufung als o. Professor für Römisches Recht an die Universität Basel, ebd. Rektor; Herbst 1857 Ruf an die Universität Erlangen, ebd. 1864/65 Rektor; 1857 bayerischer Verdienstorden vom Hl. Michael und Verdienstorden der Bayerischen Krone (damit Erhebung in den persönlichen Adel); März 1870 als Nachfolger von Eduard Böcking (1802-1870) Wechsel an den Lehrstuhl für Römisches Recht der Universität Bonn, dort 1875/76 Rektor; Geh. Justizrat, Gemeinderat in Bonn; „gilt als der bedeutendste Historiograph der deutschen Rechtswissenschaft“ (Lönnecker). Veröffentlichungen u. a.: „Ulrich Zasius“ (1857, 2. Aufl. 1961), „Geschichte der populären Literatur des römisch-kanonischen Rechts in Deutschland ...“ (1867, Nachdruck 1967, auch digital), „Das

Sprichwort ‚Juristen böse Christen‘ in seinen geschichtlichen Bedeutungen“ (Rektorats-Antrittsrede 18. Okt. 1875), „Wendungen und Wandlungen der deutschen Rechtswissenschaft“ (Rede, 1879), „Geschichte der Deutschen Rechtswissenschaft. Hrsg. und fortgeführt von Ernst Landsberg“ (4 Bde., 1880-1910, Nachdruck 1978, auch digital).

Lit.: Adolf Wach, R. v. St., in: Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft 26 (1884), Sp. 161-180 (Nachruf mit Schriftenverzeichnis); Alberti 2 (1886), S. 298; Eckart (1891), S. 162 f.; ADB 36 (1893), S. 249-254 (Ernst Landsberg); Professoren der Universität Basel aus fünf Jahrhunderten, hrsg. von Andreas Staehelin (1960), S. 158 f. (Guido Kisch) (P); Guido Kisch, R. St. zum Gedächtnis, in: ders., Ausgewählte Schriften 3 (1980), S. 474 f.; Bosl (1983), S. 757; Bernd Müllenbach, Zum 100. Todestag von R. v. St., in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abt. 101 (1984), S. 312-316; Gerd Kleinheyer/Jan Schröder (Hrsg.), Deutsche Juristen aus fünf Jahrhunderten (3. Aufl. 19 1989), S. 366; Reiner Schulze, R. v. St., in: Adalbert Erler/Ekkehard Kaufmann (Hrsg.), Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte 4 (1. Aufl. 1990), S. 1094-97; DBE 9 (2008), S. 711; Lönnecker (2015), S. 397, Nr. 1820; ders., „... der deutschen Studentenschaft und unserem Rechtsleben manchen Anstoß geben“ – Zwischen Verein und Verbindung, Selbsthilfeorganisation und Studienvereinigung. Juristische Zusammenschlüsse an deutschen Hochschulen ca. 1870–1918, Aachen 2013, S. 432. Internet (12.03.2017): R. S. (Wikipedia), Wikisource (Quellen und Volltexte), Zeno.org (P), R. v. St.-Portal Rheinische Geschichte-LVR (P), Bosls Bayerische Biographie bavarikon. H.D.

Storz, Gerhard (Ps. Georg Leitenberger), geb. 19.08.1898 in Rottenacker (OA Ehingen) als Sohn eines Pfarrers, Vater des Filmmachers und Schriftstellers Oliver St. (1929-2011), gest. 30.08.1983 in Leonberg (Roigel / Königsgesellschaft-Tübingen 1919), Schriftsteller, Pädagoge, Literaturwissenschaftler, Schauspieler, Dramaturg, Politiker. Nach Besuch des humanistischen Gymnasiums in Esslingen a. N. und Kriegsdienst als freiwilliger Unteroffizier (1916-1918) Studium der Klassischen Philologie, Archäologie, Philosophie und Germanistik in Tübingen mit Abschluss durch das 1. Staatsexamen (1922) und gleichzeitig Unterricht an einer Schauspielschule; Referendariat am Eberhard-Ludwigs-Gym-

nasium in Stuttgart und Zweites Staatsexamen (1923); Promotion bei Wilhelm Schmid (1859-1951) zum Dr. phil. mit der ungedruckten Dissertation „Darstellung des Gebrauchs und der Begriffsentwicklung von ἀλήθεια (Wahrheit) und begriffsverwandten Wörtern in der griechischen Literatur vor Plato“. 1923-1925 Schauspieler an der Württembergischen Volksbühne Stuttgart, dann Spielleiter und Dramaturg beim Badischen Staatstheater Karlsruhe, seit 1927 Spielleiter am Nationaltheater Mannheim, 1932 Wechsel als Oberspielleiter und Leiter des Schauspiels nach Saarbrücken und schließlich 1934/35 Oberspielleiter des Stadttheaters Dortmund; bereits 1932 Eintritt in den Schuldienst als Studienassessor an der Oberschule in Biberach an der Riß; nach Abschluss seiner Theaterlaufbahn 1935 Studienrat für Deutsch und Latein an der Mergenthaler-Oberschule in Schwäbisch Hall; engagierter Lehrer (unter seinen Schülern Erhard Eppler), überzeugter Humanist, heimlicher Gegner des Nationalsozialismus, dennoch seit 01.06.1933 Mitglied des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB); vergewisserte sich indes vor allem mit Dolf Sternberger seiner Dissidenz; außerdem Tätigkeit für die renommierte „Frankfurter Zeitung“ bis zu deren Verbot (1943); 1944/45 Kriegsdienst, bis Nov. 1945 in Gefangenschaft, 1947-1958 Leitung der Oberschule in Schwäbisch-Hall als Direktor; ebd. Mitbegründer und erster Vorsitzender des Stadt- und Kreisverbands der CDU (23.03.1946) und Gemeinderat; am 21.07.1958 von Ministerpräsident Gebhard Müller (CDU) mit ausdrücklicher Unterstützung der Koalitionspartner gegen den von der CDU-Landtagsfraktion favorisierten Kandidaten zum Kultusminister einer Allparteienkoalition berufen; von Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger (CDU) bei dessen Amtsantritt am 17.12.1958 und bei der Bildung des zweiten Kabinetts Kiesinger, einer CDU/FDP/BHE-Koalition, am 23.06.1960 wieder berufen; als Kultusminister u. a. für die Reform der gymnasialen Oberstufe, die Gründung der Universitäten Konstanz und Ulm, den Ausbau der Päd-

agogischen Hochschulen sowie für bedeutende Kunsterwerbungen der Neuen Staatsgalerie in Stuttgart verantwortlich; 1964 Verzicht auf einen Ministerposten; grundsätzliches Einverständnis mit seinem von ihm vorgeschlagenen Nachfolger Wilhelm Hahn (1909-1996, CDU, VDSSt Tübingen 1929, Mitte der 1930er Jahre ausgetreten); 1978 gemeinsame Publikation über „Chancen und Grenzen des Bildungsföderalismus“; nach Aufgabe des Ministeramtes auf Anregung Wolfgang Schadewaldts (1900-1974) Honorarprofessor in Tübingen und Gastprofessor an verschiedenen Universitäten in den USA und Kanada; trotz seiner politischen Ämter stets als Schriftsteller tätig; Mitglied der Reichstheaterkammer, der Bühnengenossenschaft (bis 1934/35), der Deutschen Schillergesellschaft Marbach a. N. (1952, 1972-1980 Ausschussmitglied), der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt (1966-1972 Präsident) und der deutschen Sektion des PEN-Cubs (1957). Nach ihm benannt ist der von der Stiftung Humanismus vergebene G.-St.-Preis für Theatergruppen aus Schulen in Baden-Württemberg. Publikationen insbesondere zu literaturwissenschaftlichen Themen, insbesondere zu Friedrich von Schiller, auch im Theaterwesen aktiv, Herausgabe von Schulbüchern für den Deutschunterricht, Verfasser von Romanen, Reiseberichten und zwei autobiographischen Büchern („Im Lauf der Jahre. Ein Lebensbericht aus der ersten Jahrhunderthälfte“ (1973); „Zwischen Amt und Neigung. Ein Lebensbericht aus der Zeit nach 1945“ (1976). „Sein wichtigstes kulturpolitisches Werk ist wohl die Herausgabe eines neuen Deutschen Lesebuches für die höheren Schulen“ (Kutzbach (1950), S. 31 f.): Deutsches Lesebuch für höhere Schulen, 6 Tle, 1947-1950 (einzelne Teile in mehreren Aufl.). Weitere Veröffentlichungen, in der NS-Zeit teils unter dem Ps. Georg Leitenberger. Weitere Veröffentlichungen u. a.: „Das Theater in der Gegenwart. Eine zeitkritische Betrachtung“ (1927), „Laienbrevier über den Umgang mit der Sprache“ (1937), „Der Lehrer“ (Roman, 1937), „Musik auf dem Lan-

de“ (1939), „Das Drama Friedrich Schillers“ (1938), „Der immerwährende Garten. Eine Erzählung“ (1940), „Gedanken über die Dichtung“ (1941), „Die Verschwörung des Catilina. C. Sallustius Crispus“ (übersetzt und eingeleitet von G. St., 1942), „Die Einquartierung. Erzählung“ (1946), „Jeanne d’Arc und Schiller. Eine Studie über das Verhältnis von Dichtung und Wirklichkeit“ (1946), „Der Lehrer. Erzählung“ (1948), „Reise nach Frankreich. Erzählung“ (1948), „Umgang mit der Sprache“ (1948), „Stilfehler im Oberstufen-Aufsatz. Ein stilistisches Praktikum“ (1952), „Goethe-Vigilien oder Versuche in der Kunst, Dichtung zu verstehen“ (1953), „Kennst du das Land ...? Italien con amore bereist“ (1955), „Sprache und Dichtung“ (1957), „Aus dem Wörterbuch des Unmenschlichen“ (mit Dolf Sternberger und Wilhelm Emanuel Süskind 1957, neue erweiterte Ausgabe mit Zeugnissen des Streites über die Sprachkritik 1970, 3. Aufl. 1968), „Der Dichter Friedrich Schiller“ (1959, 4. Aufl. 1968), „Friedrich Schiller“ (Gedächtnisrede, 1960), „Figuren und Prospekte. Ausblicke auf Dichter und Mimen, Sprache und Landschaft“ (1963), „40 Jahre Freilichtspiele Schwäbisch Hall“ (Festschrift, 1965), „Schwäbische Romantik. Dichter und Dichterkreise im alten Württemberg“ (1967), „Der Vers in der neueren deutschen Dichtung“ (1970, 1988), „Heinrich Heines lyrische Dichtung“ (1971), „Sprachanalyse ohne Sprache. Bemerkungen zur modernen Linguistik“ (1975), „Das Spiel auf der Treppe. Freilichtspiele Schwäbisch Hall“ (1975), „Capriccios“ (1978), „Das Wort als Zeichen und Wirklichkeit. Von der Zwienatur der Sprache. Ein Essay“ (1980), „Karl Eugen. Der Fürst und das ‚alte gute Recht‘“ (1981), „Deutsch als Aufgabe und Vergnügen“ (1984); zahlreiche Ehrungen, u. a. Ehrensensator der Universität Tübingen (1956), Großes BVK (1963) mit Stern und Schulterband (1965), Dr. litt. (1965) und Dr. h. c. (Middlebury College of Modern Languages and Literatures, Vermont, USA), Konrad-Duden-Preis Mannheim (1966), Johann-Heinrich Merck-Ehrung Darmstadt

(1968), Schiller-Gedächtnispreis des Landes Baden-Württemberg (1971), Dr. h. c. Universität Stuttgart (1979), Schubart-Literaturpreis Aalen; Gerhard-Storz-Straße in Biberach an der Riß.

Lit. (Auswahl): UA Tübingen, Promotionsakten (131/538); BArch Berlin, Abt. Deutsches Reich, Reichskulturkammer; Burschenschaftler-Stammrolle 1934 (1934), S. 487 und 1099; BL 1 (1940), S. 153; Ernst Klett (Hrsg.), G. St. zum fünfzigsten Geburtstag 19. August 1948 (1948); ders., Zum 19. 8. 1973 (1973); ders., Über G. St. 1898-1983 (1984, mit Bibliographie); Kutzbach (1950), S. 371 f.; Wer ist’s? (1955), S. 1162; Der Spiegel v. 14.10.1959, G. St.; J. Eberle u. a., G. St. zum 70. Geburtstag, in: Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung, Jb. 1968, S. 140-149; Über Literatur und Geschichte. Festschrift für G. St. [zum 75. Geburtstag am 19. 8. 1973], hrsg. von Bernd Hüppauf und Dolf Sternberger (1973, mit Bibliographie); Clara Menck, G. St. – ein Therapeut der Sprache. Zum 80. Geburtstag von G. St., in: Jahrbuch der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung (1978), 2, S. 88 f.; Dolf Sternberger, G. St., in memoriam amicissimi, in: Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung, Jb. 1983, T 2, S. 119-124; Fritz Martini, G. St. zum Gedenken, in: Jahrbuch der Deutschen Schillergesellschaft 27 (1983), S. 562-567; In memoriam G. St., in: Neue Deutsche Hefte 30 (1983), S. 885 f.; Wilpert (1988), S. 776; Ulrich Keicher, „Schlummert sanft, ihr modernden Gebeine“ (1994), S. 96-98; Kosch ThL 4 (1998), S. 2347; Kürschner DLK Nekrolog 3 (1999), S. 606 f.; Kosch LL 20 (2000), Sp. 440-442; Internationales Germanistenlexikon 1850-1950, hrsg. von Christoph König, 3 (2003), S. 1823 f. (Andreas Thomasberger); Hans Dieter Haller, Pegasus auf dem Land (2006), S. 50-55; Bautz 27 (2007), Sp. 593-598 (Marc Zirlewagen und Wilhelm Hahn); Baden-Württembergische Biographien 4 (2007), S. 357-362 (Klaus-Jürgen Matz); DBE 9 (2008), S. 744 (Hans-Albrecht Koch); Hugo Menze, Die Kultusminister und Bildungspolitik in Baden-Württemberg 1945-2005 (2008), S. 145-179; Killy 11 (2011), S. 313 f. (Walter Olma); NDB 25 (2013), S. 450 f.; MV Tübinger Königsgesellschaft Roigel (Dez. 2015, ungedruckt), Nr. 1027. Internet (19.10.2020): G. St., Tübinger Königsgesellschaft Roigel. Bekannte Mitglieder (beide Wikipedia), LEO-BW, Mitglieder und Preisträgerinnen der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung, Munzinger-Archiv IBA, Zentrale Datenbank Nachlässe: BArch und Deutsches Literaturarchiv Marbach (beide mit detaillierter Beschreibung des literarischen Nachlasses und Aufzählung zahlreicher Korrespondenzpartner). Mitteilungen des StadtA Leonberg (Birgit Schneider) v. 02.09., von Marc Zirlewagens (VDSt) v. 08.09., des BArch Berlin (Heinz Fehlauer) v. 08.10.2014 und von Burckhardt Ludescher (Freudenstadt) v. 01.10.2019. K.O.

Straub, Sebastian, geb. 21.01.1810 in Unadingen, einer Müllerfamilie aus der Umgebung von Meßkirch entstammend, die im 19. Jhd. Zugang zur badischen und fürstenbergischen Beamtenschaft fand, gest. 11.12.1883 in Stockach (Euthymia-Freiburg 1829 Stifter). Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg i. Br., 1835 Rechtspraktikant, 1837 Rechtsanwalt in Stockach, 1844-1848 ebd. Bürgermeister; 1845-1848 liberaler Abgeordneter zur 2. Kammer des Badischen Landtags (als Nachfolger des Abgeordneten Dominikus Kuenzer bereits Teilnahme an den letzten Sitzungen des Landtags 1843-1845); gemäßigt Oppositioneller, Gegner des katholischen Fundamentalismus. In der Kammer Sitzung vom 29.01.1846 wandte er sich gegen die Formulierung einer Petition zugunsten der Deutschkatholiken. Zunächst mit → Friedrich Hecker eng befreundet, ging er dessen radikaldemokratischen Weg nicht mit, sondern erstrebte eine Verbesserung der politischen Verhältnisse auf legalem Weg. Briefe von Hecker, Johann Adam von Itzstein, → Johann Georg Alexander von Soiron u. a. belegen diesen Wandel, aber auch die Versuche S.s, nach der Revolution auf die Amnestie der verurteilten Revolutionäre hinzuwirken. Mit Hecker, → Christian Kapp, → Franz Joseph Richter, Soiron und Carl Theodor Welcker Unterzeichner einer „Einladung an das badische Volk“ vom 09.03.1848, in der „zum Schutz der öffentlichen Ordnung und der Rechte des Volkes“ zu einer Volksversammlung am 19.05.1848 nach Offenburg eingeladen wurde. 1848 gab er auf Verlangen seiner einstigen Wähler sein Karlsruher Landtagsmandat zurück und legte, bedrängt von radikaldemokratischen Mitbürgern Stockachs, am 26.04.1848 sein Amt als Bürgermeister nieder. Nach der gescheiterten Revolution verteidigte S. die wegen Hochverrats angeklagten Stockacher. 1870 und 1880 wird er als Rechtsanwalt in Stockach genannt. Sein Sohn Roderich (I) Straub (1847-1925), Verwaltungsjurist, war 1889-1901 nationalliberaler Landtagsabgeordneter und 1906-1918 Landeskommissar in Konstanz.

Lit.: LArch Baden-Württemberg, Generallandesarchiv Karlsruhe, Findbuch 69 Straub, Familienarchiv Straub; Hans Wagner, Aus Stockachs Vergangenheit, hrsg. vom Verein für Geschichte des Hegaus e. V., Hegau-Bibliothek Bd. 11 (1967), S. 281-301; Revolution im Südwesten. Stätten der Demokratiebewegung 1848/49 in Baden-Württemberg (2. Aufl. 1998), S. 330, 594 f., 662; Hans-Peter Becht, Badischer Parlamentarismus 1819 bis 1870. Ein deutsches Parlament zwischen Reform und Revolution (2009), a. m. O. Internet (23.01.2021): LeMo Biographie; Freiburgs Geschichte in Zitaten. 1848/49 oder die gescheiterte Revolution; Gundermann (o. J.). K.G./P.K.

Strecker, (Johann Friedrich) August, geb. 27.03.1802 in Darmstadt als Sohn eines Majors, gest. 09.09.1865 ebd. (Allgemeine Burschenschaft Germania-Gießen 1819). Studium der Rechtswissenschaften in Gießen und Heidelberg; 1825 Sekretär und Aktuar am Oberkriegsgericht Darmstadt, im gleichen Jahr Assessor mit Stimme am dortigen Stadtgericht; 1830 Stadtrichter am Stadtgericht Darmstadt; 1849 Mitglied und Rat des Hofgerichts Darmstadt; 1849-1850 Abgeordneter der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen in Darmstadt im 12. Landtag (Wahlbezirk Starkenburg 2 Darmstadt); 1851-1856 gewählter Abgeordneter der Ersten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen in Darmstadt im 14. Landtag Wahlbezirk 1 Starkenburg (Darmstadt, Gernsheim, Groß-Gerau, Zwingenberg); 1852 Stellv. des ständischen Mitglieds bei der Staatsschulden-Tilgungskasse; 1854-1859 Vizepräsident des Vereins für die Unterstützung und Beaufsichtigung entlassener Strafgefangener; 1862-1865 Abgeordneter und Erster Präsident der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen in Darmstadt im 17. Landtag (Wahlbezirk Stadt Darmstadt II); 1844 Ritterkreuz des Verdienstordens Philipps des Großmütigen.

Lit.: HStA Darmstadt, Nachweis S 1; BAK, DB 9, M. BL 2 (1942) Gießen, S. 56; Ruppel/Groß (1980), S. 250 Erg.bd. (1995), S. 125; Lengemann (1996), S. 375; Rack/Vielsmeier (2008), Nr. 892. Internet (27.12.2018): J. F. A. St. (Wikipedia), Hessische Biografie LAGIS Hessen. Mitteilung von Harald Lönnecker (Koblenz) v. 28.01.2019. G.Sch./P.K.

Streit, Arnold Edmund, geb. 10.05.1867 in Chemnitz als Sohn eines Kaufmanns, gest. 21.06.1940 in Dresden (Normannia-Leipzig 1887). Nach Besuch des Knabeninstituts des Kantors und Lehrers Carl Friedrich August Heyne (1824-1902) und der Landes- und Fürstenschule St. Afra in Meißen Militärdienst im sächs. 8. Inf.-Rgt. „Prinz Johann Georg“ Nr. 107 und 3. Inf.-Rgt. „Prinzregent Luitpold von Bayern“ Nr. 102, zuletzt als Hauptmann d. R.; 1887-



1891 Studium der Rechtswissenschaften in Leipzig, 1892 ebd. Dr. iur. („Die Bestechung nach dem Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich“); Referendarzeit an den Amtsgerichten Wurzen und Johanngeorgenstadt, beim Landwirtschaftlichen Kreditverein in Dresden, am Landgericht Dresden und ab 1894 in der inneren Verwaltung der Polizeidirektion Dresden; nach der Assessorenprüfung 1896-1903 im sächsischen Justizministerium, zuletzt bei den Amtshauptmannschaften Kamenz und Dresden-Altstadt, zuletzt als Regierungsrat; 1904 Wechsel zum Kgl. Ministerium des Innern, 1909 als Oberregierungsrat Amtshauptmann der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt; nach dem Ersten Weltkrieg 1917 als Geh. Regierungsrat und Vortragender Rat in das Ministerium des Innern berufen und Mitglied der Prüfungskommission für den höheren Verwaltungsdienst; ab 1923 Senatspräsident und 1929-1932 Präsident des Sächsischen Oberver-

waltungsgerichts in Dresden; mehrere Jahre im Kirchenvorstand der ev.-luth. Christuskirchgemeinde Dresden-Strehlen, zuletzt Vorsitzender des Direktoriums im Albertverein der Landfrauen des DRK. Als Kgl. Staatskommissar für die Weißnitztalsperren wirkte St. am Bau der Talsperren Malter (1908-1913) und Klingenberg (1908-1914) mit. 1913/14 ließ er von der Gemeinnützigen Stiftung der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt das nach ihm benannte „Dr. Streit Erholungsheim für schulpflichtige Kinder“ in Hintergersdorf (heute Kurort Hartha) errichten. Gedenktafeln in Hartha am Kinderheim (1995) und an der Grundschule Bernhard Hantzsch in Hartha (2013). Die von ihm verfasste erste Sächsische Gemeindeordnung wurde 1923 vom Sächsischen Landtag als Gesetz verabschiedet. Ab 1924 hielt er darüber an der Beamtenakademie Dresden Vorlesungen. Zahlreiche Auszeichnungen, u. a. Albrechts-Orden mit Krone, EK am weiß-schwarzen Band und Ehrenzeichen 1. Kl. des DRK. Veröffentlichungen u. a.: „Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen vom 1. Aug. 1923“ (1923), „Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen vom 1. Aug. 1923 in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Juni 1925“ (1925), „Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen vom 1. Aug. 1923 in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Juni 1925 und Gemeindevahlordnung vom 15. Oktober 1926“ (1928).

Lit.: UA Leipzig, Gerichtsamt/GA 14/D 34, Zeugnisse seit dem 19. Jahrhundert, Streit, Arnold Edmund (1887-1891; StA Chemnitz Bestand 30014, Amtshauptmannschaft Annaberg Nr. 7198, 1932. Burschenschaftler-Stammrolle (1934), S. 489, 1069; Harald Lönnecker (Bearb.), Stammrolle des Akademischen Turnvereins, der Turnerschaft, der Freien schlagenden Verbindung und der Burschenschaft Normannia zu Leipzig/Normannia-Leipzig zu Marburg 1868-2018, 2 Teile (Stand: 05.12.2018), SS 1887. Internet (29.03.2017): A. E. St. (Wikipedia), Burschenschaft Normannia-Leipzig zu Marburg, Berühmte Normannen. P.K./H. L.

Striegler, (Oscar) Richard, geb. 23.01.1850 in Wahnitz b. Lommatzsch i. Sa. als Sohn eines Ökonomen (Landwirts), gest. 05.10.1922 in Meißen (Normannia-Leipzig

1872/73). Nach Besuch des Gymnasiums in Dresden bis zur Einjährigen-Reife dort praktische Apothekerzeit in der Königl. Sächs. Militär-Apotheke, WS 1872/73 Studium der Pharmazie in Leipzig (21.10.1872 imm.), Apotheker, 1874 zeitweise in Konstanz a. Bodensee, vor Juli 1879 Apotheker in Porschütz(-Priestewitz) b. Meißen, 1887 in Glauchau i. Sa., 1891 in Cölln a. d. Elbe, 1901 Apotheker und Stadtrat in Meißen, ab Aug. 1914 Unterstützung der zivilen Kriegsanstrengungen, Anfang 1918 sächsisches und preußisches Kriegsverdienstkreuz, Juni 1918 Königl. Sächs. Albrechts-Orden 1. Kl.

Lit.: StA Meißen, 13.64.05. Nachlässe, Hildegard Bergmann geb. Berghold (1911-1995), Stammbaum der Familie Striegler; ebd., 14.2.07.01. Sammlungen, Personen/Verwaltungsbeamte (auch Stadträte), XIIIa-97: Striegler, Richard, Stadtrat u. Apotheker, o. L. Harald Lönnecker (Bearb.), Stammrolle des Akademischen Turnvereins, der Turnerschaft, der Freien schlagenden Verbindung und der Burschenschaft Normannia zu Leipzig/Normannia-Leipzig zu Marburg 1868-2018, 2 Teile (Stand: 05.12.2018), WS 1872/73. H.L.

Strössenreuther, (Georg) Christoph (Paul), geb. 02.02.1829 in Hütten bei Warmensteinach/Ofr., gest. 22.02.1908 in Fürth/Bay. (Concordia – „Die Grauen“ – Erlangen 1846/47, Burgkeller Jena 1848/49). Studium der Rechtswissenschaften 1846/47 in Erlangen, 1847/48 in Jena; danach Landrichter, Erster Staatsanwalt am Landgericht Bayreuth, Landgerichtsrat am OLG Bamberg; zuletzt Präsident des Landgerichts Fürth, Senatspräsident, 1901 i. R.; 1875-1881 (27. und 28. Landtag) Mitglied der bayerischen Kammer der Abgeordneten (Vereinigte Liberale) für Schweinfurt; Mitglied des Ausschusses für Petitionen, 28. Landtag auch Stv. Schriftführer.

Lit.: Ernst Höhne, Die Erlanger „Grauen“, in: *Bubenreuther-Zeitung* 1933, S. 99-104; *MV Arminia a. d. B.* (1934), S. 65; Höhne (1936), S. 385-387 Nr. A 32; Lönnecker (2015), S. 400, Nr. 1846. Internet (29.11.2016): *Bosls Bayerische Biographie bavarikon*, Parlamentsdatenbank im Haus der Bayerischen Geschichte. Mitteilungen von Bernd Preiß v. 02.12.2016 und von Helmut Christ v. 17.06.2020. H.L./K.O.

Susemihl, Gustav. geb. 09.01.1797 in Wien als Sohn des schon 1797 verstorbe-

nen luth. Konrektors, Predigers der schwedischen Gesandtschaft (ab 1782) und späteren Superintendenten in Wien Johann Joachim S., einer mecklenburgischen Pastorenfamilie entstammend, gest. 28.09.1862 in Davenport/Iowa (USA) (Teutonia-Halle 1816, Urburschenschaft-Jena 1817). Nach Besuch des Katharineums zu Lübeck (bis Ostern 1816) Studium der Rechtswissenschaften 1816 in Halle (imm. 16.05.), 1817 in Jena (imm. 02.05. als „Gustav. Susemihl, Holsat.“); Okt. 1817 Teilnehmer am Wartburgfest; Fortsetzung des Studiums 1818 in Kiel (imm. 22.04.), ebd. Studienabschluss; Eintritt in den Dienst der dänischen Regierung der Herzogtümer in Schleswig-Holstein; 1843 Zweiter Regierungsrat bei der Kgl. Regierung des Herzogtums Lauenburg in Ratzeburg; im Vertrag von Malmö (1848) als Mitglied der lauenburgischen Regierung bestätigt; 1851 Ernennung zum Ersten Regierungsrat; nach einem Zerwürfnis mit der dänischen Regierung über die Frage der inneren Verfassung des Herzogtums Lauenburg 1852 entlassen; 1856 mit Sohn und Tochter Auswanderung in die USA; 21.05.1856 mit der „Elbe“ Ankunft in New York und Übersiedlung als Farmer in seine neue Heimat Davenport/Iowa, wo bereits sein Sohn Gustav lebte. Dieser war kurzzeitig Pflegevater von Big Nose Kate (1850-1940), der langjährigen Begleiterin des Revolverhelden John Henry „Doc“ Holliday. 1843 Wirkl. Etatsrat, 1845 dän. Danebrogorden.

Lit.: Hermann Genzken, Die Abiturienten des Katharineums zu Lübeck (Gymnasium und Realgymnasium) von Ostern 1807 bis 1907, Beilage zum Jahresbericht 1907, Nr. 62 (auch digital); *MV Arminia a. d. B.* (1935), S. 15; Steiger (1963), S. 81 und 106; Gertrud Nordmann, Schleswig-Holsteinische Beamte 1816-1848 (1997), S. 385 (auch digital); *Stamm-Buch* (2005), S. 89, Nr. 363. Internet (06.02.2019): G. S. (Wikipedia, mit weiterführenden Belegen). P.K.

Tatschner, Rudolf, geb. 09.04.1864 in Prag als Sohn eines Magazinnerars, gest. 02.05.1946 in Klosterneuburg (Ghibellinia-Prag 1890, 1894 „honorig entlassen“, später Wiederaufnahme und SS 1896 AH). Nach Besuch des Gymnasiums am Graben in Prag Studium der Medizin in

Prag; 02.05.1896 Dr. med.; Arzt am Stefanshospital in Reichenberg, Sept. 1897 Prakt. Arzt in Asparn a. d. Zaya (Niederösterreich); 22.07.1900(-1915?) deutschnationales Mitglied des Gemeinderats in Asparn; 12.03.1903 Mitgründer und Schriftwart der VaB Mistelbach und Umgebung, 1905-1917 deren Obmann; 1907, 1910 und 1912 als Vertreter Ghibellinias Teilnehmer an den BdO-Burschentagen; 12.10.1911 Mitstifter des Wiener Ghibellinenabends; 01.04.1913 Teilnahme an der Bismarckfeier des Deutschnationalen Vereins für Österreich in Wien; Aug. 1914 Kriegsfreiwilliger, obwohl er „schon über die Altersgrenze hinaus“ war; Anfang 1915 „Chefarzt der Rekonvaleszenten Häuser des Roten Kreuzes im Stift Göttweig und in Furth“ (Bezirk Krems, Niederösterreich); außerdem ärztl. Dienst bei den in Furth und Umgebung dislozierten Truppen des Brückenkopfkommandos Krems; Apr./Mai 1915 am Reserve-Spital Linz I in Kolo-meja; Mitte Mai 1915 im Feldjäger-Btl. 8 (Villach) an der Ostfront; Herbst 1915 krank und in alter Verwendung in Furth und Fuchsberg; Signum laudis am Bande des Militärverdienstkreuzes, Juli 1916 Ehrenzeichen vom Roten Kreuz 2. Kl. mit Kriegsdekoration und Silbernes Signum laudis; bis 1918 Kriegsdienst; 1920 Prakt. Arzt in Furth; Pfingsten 1923 Gastgeber Ghibellinias anlässlich deren Pfingstfahrt nach Krems; Aug. 1927 Medizinalrat, 1930 Distriktsarzt in Furth, 31.10.1934 Ruhestand und Übersiedlung nach Klosterneuburg.

Lit.: Harald Lönnecker, „... das einzige, was von mir bleiben wird...“ Die Burschenschaft Ghibellinia zu Prag in Saarbrücken 1880-2005 (2009) 2: Album Ghibellinorum – MV (2. Aufl. 2018), S. 186 f. H.L.

Thierfelder, Rudolf, geb. 31.12.1905 in Schöneberg bei Berlin, als Sohn des Biochemikers Hans T. (1858-1930), gest. 21.07.1997 in Bonn (Derendingia-Tübingen 1923). Sein Vater und sein Bruder Hermann T. (Jurist, 1900-1962) waren Bundesbrüder. Nach Schulbesuch in Tübingen Studium der Mathematik und der Rechtswissenschaften in München und Tübingen; 1930 Zweite juristische Staatsprü-

fung, 1932 Dr. iur. in Tübingen („Objektiv gefasste Schuldmerkmale“); anschließend Wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Universitäten Marburg und Kiel; danach Gerichtsassessor in Württemberg, Landgerichtsrat am Landgericht Ellwangen und zuletzt Erster Staatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart; Mitglied der NSDAP und der SA; während des Zweiten Weltkriegs Kriegsdienst in der Wehrmacht und Mitarbeiter der von Generalrichter Hans Boetticher geleiteten Gruppe Justiz des Militärbefehlshabers in Paris; in dieser Funktion Mitarbeit an der Ausformulierung der sogenannten „Geiselrichtlinien“; 1946-1950 Mitarbeiter in der Staatskanzlei des Landes Württemberg-Hohenzollern; im Anschluss daran kurzfristig im Deutschen Büro für Friedensfragen in Stuttgart tätig; 1950 Eintritt in die Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten im Bundeskanzleramt, aus der 1951 das Auswärtige Amt wurde; dort 1951-1956 in der Abt. II (Politische Abt.) und anfangs Leiter des Referats Internationale Organisationen sowie seit Anfang 1952 Leiter des Referats IV (Europarat); in dieser Funktion 1954 Mitglied der deutschen Delegation bei der Londoner Neun-Mächte-Konferenz über die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland; daneben 1952-1956 Leiter des für allgemeine politische Fragen sowie Grenzfragen und damit auch für Saarfragen zuständigen Referats 217; 1956-1961 Generalkonsul in Genf, Seine ursprünglich geplante Entsendung als Gesandter Erster Klasse an die Pariser Botschaft 1960 wurde vom Auswärtigen Amt auf französischen Druck wegen seiner Tätigkeit im Zweiten Weltkrieg zurückgezogen; statt dessen 1961-1964 Gesandter an der Botschaft in London; 1964-1968 als Ministerialdirektor Leiter der Abt. V (Rechtsabteilung) des Auswärtigen Amtes; in dieser Funktion vom 27.03.-24.05.1968 Leiter der deutschen Delegation bei den Verhandlungen zum Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge; zuletzt 1968-1971 Botschafter in Ankara. Veröffentlichungen u. a.: „Normativ und Wert in der Strafrechtswissenschaft unserer Tage“ (1934).

Lit.: MV Derendingia (1967) Nr. 633; Burschenschaftler-Stammrolle 1934 (1934), S. 499; BL 1 (1940), S. 210; R. T., in: Der Spiegel v. 09.08.1961; Gustav Radbruch/Gerhard Haney, Feuerbach (1997), S. 121; Ulrich Herbert (Hrsg.), Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939-1945. Neue Forschungen und Kontroversen (1998); Tobias C. Bringmann, Handbuch der Diplomatie 1815-1963. Auswärtige Missionschefs in Deutschland und deutsche Missionschefs im Ausland von Metternich bis Adenauer (2001), S. 99; Bernhard Brunner, Der Frankreich-Komplex. Die nationalsozialistischen Verbrechen in Frankreich und die Justiz der Bundesrepublik Deutschland (2004), S. 125, 379; Ahlrich Meyer, Täter im Verhör. Die „Endlösung der Judenfrage“ in Frankreich 1940-1944 (2005), S. 466; Kristina Brümmer-Pauly, Desertion im Recht des Nationalsozialismus (2006), S. 95; Herbert Elzer, Konrad Adenauer, Jakob Kaiser und die „kleine Wiedervereinigung“. Die Bundesministerien im außenpolitischen Ringen um die Saar 1949 bis 1955 (2008), S. 307, 420, 501, 589, 984; Stefan Karner (Hrsg.), Prager Frühling. Beiträge (2008), S. 552; Eckard Conze/Norbert Frei/Peter Hayes/Moshe Zimmermann, Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik (2010), S. 684, 804; Andrea Wiegshoff, „Wir müssen alle etwas umlernen“. Zur Internationalisierung des Auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik Deutschland (1945/51-1969) (2013), S. 438. Internet (27.10.2018): Biographien BArch, Kabinettsprotokolle der Bundesregierung; Burschenschaft Derendingia. Bekannte Mitglieder (beide Wikipedia); Munzinger-Archiv IBA. P.K.

Topf, (Friedrich) August, geb. 02.05.1826 in Kranichfeld a. d. Ilm als Sohn eines Pfarrers, gest. 15.03.1885 in Exdorf/Sachsen-Meiningen (Burgkeller-Jena 1848). Nach Studium der ev. Theologie und Philosophie 1848 in Jena zunächst Hauslehrer; veröffentlichte noch als „stud. theol. et philos.“: „Die Herrschaften Ober- und Nieder-Kranichfeld. Geschichtlich dargestellt“ (1849, auch digital); 1860 Vikar in Großneundorf b. Gräfenthal, 11.12.1864 Pfarrer in Eicha b. Coburg, 11.10.1874 in Exdorf b. Grabfeld; 1867 und 1874 für den Kr. Saalfeld Abgeordneter des Landtags von Sachsen-Meiningen; Mitglied der Landessynode. Weitere Veröffentlichungen: „Fliegende Blätter zur Presbyterial- [und] Synodalfrage im Herzogthume Meiningen“ (1870), „Das Strafrecht der deutschen Volksschulen: gemeinverständlich dargestellt“ (1884, Neuausgabe 1887).

Lit.: Herzogl. Sachsen-Meiningen'sches Hof- und Staatshandbuch (1867 und 1874, auch digital); Lönnecker (2015), S. 407, Nr. 1895; Thüringer Pfarrerbuch, Bd. 7: Herzogtum Sachsen-Meiningen, bearb. von Christian Klingbeil (2017), S. 642. Internet (18.12.2017): Thüringen legislativ und exekutiv. Mitteilungen des Landeskirchenarchivs Eisenach (Margitta Köppe) v. 06.01. und des Thür. StA Meiningen (Katharina Witter) v. 18.12.2017. H.L./K.O.

Troxler, Theodat (Theodor), geb. 03.01.1822 in Beromünster, Kt. Luzern/Schweiz als Sohn des Arztes, Philosophen und Politikers Ignaz Paul Vital T. (1780-1866), gest. 27./28.10.1911 in San Carlos de Santa Fé/Argentinien (Fürstnkeller-Jena 1842/43, weitere Verbindung). Studium der Medizin 1842-1844 in Jena, dann in Wien; Promotion zum Dr. med. in Bern („Über das Wesen des Scheintodes und den durch Aether und Chloroform erzeugten Zustand“, Bern 1848); Prakt. Arzt in St. Immer (Saint-Imier, Kanton Bern); dort Mitglied des Großen Rats; 1849 nach San Carlos de Santa Fé (Argentinien) ausgewandert; dort vorbildlicher ärztlicher Einsatz insbesondere zu Gunsten der Armen, z. B. im Kampf gegen die Cholera; engagierter Laienschauspieler; Mitglied des Schulvorstandes in San Carlos. Goldene Ehrenmedaille der Republik Argentinien.

Lit.: Schneider (1897), S. 561; A. Schuster, Dr. med. Theodor Troxler † in San Carlos Sud, Argentinien, in: Neue Zürcher Zeitung v. 05.12.1911, S. 1; Türler 7 (1934), S. 61 f.; Lönnecker (2015), S. 408, Nr. 1900. Mitteilung des StA Bern (Stefan Boller) v. 21.07.2015. H.L./K.O.

Uhl, Hans-Peter, geb. 05.08.1944 in Tübingen, gest. 27.10.2019 in München nach langer schwerer Krankheit (Rhenania-München 1966, heute Arminia-Rhenania). Nach Abitur am Albert-Einstein-Gymnasium in Ravensburg zwei Jahre Zeitsoldat bei der Bundeswehr, Oblt. d. R.; ab 1964 Studium der Rechtswissenschaften in München; beide Staatsexamina; 1974 Dr. iur. („Die Konzentrationskontrolle in Großbritannien verglichen mit der deutschen Kartellrechts-Novelle“, 1973); 1975 Eintritt in den Dienst der bayerischen Finanzverwaltung, anschließend 1987-1998 als Kreisverwaltungsreferent Leiter der

Sicherheits- und Ordnungsbehörde der Landeshauptstadt München; seit 1998 Zulassung als Rechtsanwalt; seit 1970 Mitglied der CSU, neun Jahre ehrenamtlicher



Stadtrat, elf Jahre berufsmäßiger Stadtrat, Mitglied des Kreisvorstands der CSU München-West; 1999 kurzzeitig Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters; 1998-2017 Mitglied des Deutschen Bundestags, 1998 46,3 % Erststimmen im Wahlkreis München-West, 2002 44,3 %, 2005 42,7 %, 2009 36,8 %, 2013 42,6 % im Wahlkreis München West/Mitte; 2005 Vorsitzender des Visa-Untersuchungsausschusses, von Nov. 2005 bis Jan. 2014 Vorsitzender der Arbeitsgruppe Innenpolitik und damit auch innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; in der 18. Wahlperiode (2013-2017) seit Jan. 2014 Justitiar seiner Fraktion. In der 16. und 17. Wahlperiode (2005-2013) Mitglied des Parlamentarischen Gremiums zur Kontrolle der Nachrichtendienste (PKGr), in der 17. Wahlperiode (2009-2013) Mitglied des Innenausschusses des Bundestags. Obmann des Unterausschusses „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“; Ordentliches Mitglied des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung, des Ältestenrates, des Auswärtigen Ausschusses, des Wahlprüfungsausschusses sowie der Unterausschüsse „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“ und „Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln“; Stellv. Mitglied des Verteidigungsausschusses; Stellv. Mitglied des Gemeinsamen Ausschusses und der Interparlamentarischen Union. Bei der Bundestagswahl

2017 kandidierte U. nicht mehr. Stellv. Vorsitzender der German European Security Association, Träger des Bayerischen Verdienstordens. „Uhl galt in der Öffentlichkeit als streitbarer Konservativer und übte alle seine Ämter mit hohem Engagement und enormer Sachkenntnis aus“ (CDU-CSU Fraktion im Deutschen Bundestag). Bundesweite Bekanntheit erlangte U. auch als Kreisverwaltungsreferent durch die Abschiebung des 14-jährigen türkischen Intensivstraftäters „Mehmet“ 1998 in München und später im Bundestag als Befürworter der Vorratsdatenspeicherung. Die Trauerfeier (mit Chargierten seiner Burschenschaft) fand unter großer öffentlicher Anteilnahme (ca. 300 Teilnehmer und Teilnehmerinnen) sowie in Anwesenheit zahlreicher Bundesbrüder und prominenter Politiker in der Herz-Jesu-Kirche in München statt. Die anschließende Beisetzung erfolgte auf dem benachbarten Friedhof Neuhausen. Veröffentlichungen u. a.: „Wohnen im Münchner Westen. Privileg und Bürde“ (2013).

Lit.: Handbuch des Deutschen Bundestags, 18. Wahlperiode, 5. Erg. Lfg. 22. Febr. 2016, S. 586 f. (P). Internet (18.10.2020): H.-P. Uhl (Wikipedia), BUMAST-Online, Liste der korporierten Bundestagsabgeordneten, Listen der Mitglieder des Deutschen Bundestages (14.-17. Wahlperiode 1998-2017); Uhl, H.-P. – Deutscher Bundestag; Fraktion trauert um H.-P. Uhl | CDU/CSU-Fraktion; Bernd Haunfelder, Personalien, H.-P. Uhl gest., in: Das Parlament Nr. 46/11.11.2019; Deutscher Bundestag Abgeordnete; BUMAST-Online; Uhl, H.-P. – Deutscher Bundestag; zahlreiche Nachrufe, u. a. Dominik Hutter, CSU-Politiker H.-P. U. Münchens Sheriff ist gestorben, Süddeutsche Zeitung v. 29.10.2019; CSU-Politiker: H.-P. U. ist tot | Zeitonline – Die Zeit; CSU-Politiker H.-P. U. gestorben, in: Die Welt v. 29.10.2019; Stefan Dobner – Arminia-Rhenania München, Nachruf Dr. iur. H.-P. U., in: Der Burschenschafter 1/2020, S. 67 (P). Mitteilung Stefan M. Dobner (Augsburg) v. 04.02.2020. P.K.

Usinger, Julius (Wilhelm Philipp), geb. 20.05.1828 in Lampertheim als Sohn eines Lehrers, gest. 19.02.1902 in Darmstadt (Allemania-Gießen 1845/46). 1846 Studium der Rechtswissenschaften in Gießen; 1849 Dr. iur. Gießen und Akzessist; 1853 Gerichtsakzessist am Kreisamt Bensheim; ab 1859 Kreisassessor in Zwingenberg, Bensheim, Groß-Gerau und Offenbach

a. M.; 1872 Kreisrat in Bensheim; 1872-1878 Abgeordneter der Zweiten Kammer der Landstände (Wahlbezirk Starkenburg



16/Offenbach-Land); 1888 Wechsel nach Darmstadt als Ministerialrat im Ministerium des Innern und der Justiz; 1882 Ehrenbürger von Lampertheim, 1888 von Bensheim; 1896 Geheimrat, 1898 Geheimer Rat und pensioniert.

Lit.: Kalkoff (1917), S. 422; BL 2 (1942), L. Allemania, S. 87, Nr. 147; Paul Schnitzer, Verwaltungsbeamte im Gebiet des heutigen Kreises Bergstraße seit 1821 (1973), S. 14 f.; Ruppel/Groß (1980), S. 90; Lengemann (1996), S. 111. Internet (26.12.2018) J. W. P. U. (Wikipedia), Hessische Biografie LAGIS Hessen. P.K.

Versitsch, Georg, geb. 21.05.1902 in Straßgang bei Graz, gest. 03.03.1946 in russischer Gefangenschaft in Kuybischew im Ural (Carniola-Graz 1921). Studium der Rechtswissenschaften und der Philosophie, 1927 Dr. phil. („Studien zum elektrochemischen Verhalten des Aluminiums“), 1931 Dr. iur. (keine Dissertation, sondern mehrere Rigorosa), Rechtsanwalt in Murau/Steiermark, Mitglied der NSDAP (Nr. 6218332) auf Antrag v. 25.05.1938 rückwirkend zum 01.05.1938, 1940-1944 Bürgermeister von Murau; Teilnahme am

Zweiten Weltkrieg, eingerückt am 30.03.1944 zum Kraftfahrer-Fahrpark, Ausbildung bei der Kompanie 18 Graz; Gefallendenenkmal in Murau.

Lit.: Verzeichnis der Kriegsoffer der Akad. B. Carniola Graz. Internet (30.11.2016): Justizwesen-Findbuch. Mitteilungen des BArch Berlin (Heinz Fehlauer) v. 21.10.2015, des UA Graz (Alois Kernbauer) v. 28.03.2017 und von R. Jakse v. 10.01.2018. K.O.

Volkmar, Wilhelm (Johann Friedrich), geb. 17.11.1813 in Braunschweig als Sohn eines Hofrates und Privatsekretärs des Herzogs Friedrich Wilhelm von Braunschweig, gest. 14.10.1890 in Blankenburg i. Harz (Göttinger Burschenschaft 1832). Schon als Neunjähriger zu „dichterischen Äußerungen“ getrieben, waren seine Werke von „hoher Idealität, tiefen Gedanken und großem Wohlklang der Sprache“ getragen (Nachruf im Jahresbericht Blankenburg 1890-1891). Nach Besuch des Gymnasiums in Braunschweig und des dortigen Collegium Carolinum Studium der Rechtswissenschaften, dann der Philologie von Herbst 1832 bis 1834 in Göttingen, u. a. als Hörer von Friedrich Christoph Dahlmann (1785-1860) und Johann Friedrich Herbart (1776-1841), dessen Anhänger er lebenslang blieb; von Ostern 1834 bis 1836 studierte er in Jena, war dort Lehrer an der Knabenschule im Frommannschen Haus („Zenkersches Institut“), genoss aber auch das Studentenleben, das „noch manche Reste der alten burschenschaftlichen Herrlichkeit“ bewahrte (August Volkmar). 1836/37 in Berlin, schloss er sich als Historiker der Rankeschen Schule an. Nach bestandem Staatsexamen ein knappes Jahr Hauslehrer in Großalsleben/Kr. Ballenstedt/Anh.; 1838 Lehrer am Fellenbergischen Privatinstitut in Hofwyl b. Bern, 1840 Probejahr am Realgymnasium in Braunschweig, zugleich am Obergymnasium und an der Pott'schen Töchterschule; 1842 Kollaborator am Gymnasium in Blankenburg i. Harz, dort viele Jahre bis zu seinem Tode Stadtverordneter und Mitglied des Kirchenvorstands; seit 1848 mehrere Jahre Abgeordneter der Braunschweigischen Landesversammlung (Landtag),

zog sich jedoch spätestens im Frühjahr 1853 aus der Landespolitik zurück; 1853 Oberlehrer, 1863 Direktor, 1868 Professor, Mitglied der Oberschulkommission; 1876 braunschweigisches Ritterkreuz des Ordens Heinrichs des Löwen, 1881 Schulrat, 1885 Ruhestand. Veröffentlichungen: „Geschichte des Landes Dithmarschen bis zum Untergang des Freistaats“ (1851); Programm Blankenburg Gymnasium: „Über Vaterlandsgeschichte“ (1848), „Über die Stellung, welche dem Unterrichte in den neueren Sprachen am Gymnasium gebührt“ (1855), „Kurzer Leitfaden für den geschichtlichen Unterricht“ (1857), „Heinrich I., Gründer des deutschen Reiches“ (1862), „Otto I. und das Kaisertum“ (1871).

Lit.: Personalakten im StA Wolfenbüttel (12 Neu 5 Nr. 3095); dort außerdem lückenhaft überlieferter Lebenslauf aus der Feder von August Volkmar (Sammelmappe 27 Slg Nr. 2442) und Verhandlungen der Stände-Versammlung des Herzogthums Braunschweig. 1.-5. Landtag. Braunschweig 1833/53-1846/48. Nachrufe in der Zeitschrift des Harzvereins 24 (1891), S. 344 (auch digital) und im Jahresbericht über das Herzogliche Gymnasium Blankenburg am Harz Ostern 1890 bis Ostern 1891 (1891), S. 1-3; August Volkmar, Zur Erinnerung an Schulrat W. V. (1891); Adolf Klügel, W. V. Ein Gedenkblatt zum 17. November 1913, in: Blankenburger Kreisblatt v. 16.11.1913; Kössler Personenlexikon (2008); Lönnecker (2015), S. 416, Nr. 1949. Mitteilungen des StA Wolfenbüttel (Brage bei der Wieden) v. 20.11. und StadtA Blankenburg/Harz (Ingrid Glogowski) v. 24.11.2014. H.L./K.O.

Wallmann, Walter, geb. 24.09.1932 in Uelzen als Sohn eines Realschullehrers, gest. 21.09.2013 in Frankfurt a. M. (Burschenschaft Germania-Marburg 1952-1957). Nach Besuch des Herzog-Ernst-Gymnasiums in Uelzen 1952 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an der Philipps-Universität Marburg und Ablegung beider Staatsexamina in Frankfurt a. M. Ausschluss aus der Burschenschaft Germania u. a. auf Grund interner „Auseinandersetzungen“ um ein Verfahren gegen einen Bundesbruder wegen dessen Artikel im Nachrichtenblatt der Bonner Studentenschaft über die NS-Vergangenheit; später Beitritt zur Wissenschaftlichen Verbindung Hohenstaufen Königsberg zu

Marburg im Deutschen Wissenschaftler-Verband, jedoch auch an der Entwicklung der Deutschen Burschenschaft weiterhin interessiert. Bei Karl Alfred Hall (1906-1974) mit einer Dissertation („Zur strafrechtlichen Problematik des Züchtigungsrechtes der Lehrer: Unter besonderer Berücksichtigung des geltenden Verfassungsrechtes“, Marburg 1965) zum Dr. iur. promoviert; in seiner Richterlaufbahn bis 1967 an den Landgerichten Kassel und Gießen tätig. 1960 in die CDU eingetreten; 1968 bis 1977 Mitglied des Marburger Stadtrats und Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Marburg; 1966 Wahl in den Hessischen Landtag, 1967 Stellv. Landesvorsitzenden der CDU, drei Jahre später Stellv. Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender des Innenausschusses des Landtags. Im Febr. 1970 vom Marburger Stadtrat gegen Amtsinhaber Georg Gaßmann (SPD) mit Hilfe eines Bündnisses aus CDU, FDP und Wahlblock Marburg, einer örtlichen Nachfolgeorganisation der FDP-Abspaltung FVP, zum Oberbürgermeister von Marburg gewählt; Wahl ungültig. da einen Tag zu früh angesetzt; bei der Wiederholungswahl Erfolg des neuen Kandidaten der SPD, Hanno Drechsler, mit Hilfe von FDP-Stadtvorordneten. Bei aller Entschiedenheit seiner konservativen Grundhaltung im Landtag stets um ein gutes menschliches Verhältnis zu politisch Andersdenkenden bemüht, und auch von prominenten Sozialdemokraten wie Ministerpräsident Georg-August Zinn und Innenminister Heinrich Schneider geschätzt; 1972 Einzug über die Landesliste der hessischen CDU in den Deutschen Bundestag; bundespolitisch bekannt vor allem durch Leitung des Guillaume-Untersuchungsausschuss (1974-1975) zur Aufklärung der Hintergründe des Rücktritts von Bundeskanzler Willy Brandt; Respekt politischer Freunde und auch Gegner für seine Sachlichkeit und profunde Aktenkenntnis in dieser Sache wie auch in der von Bundesinnenminister Werner Maihofer (FDP) politisch zu verantwortenden Abhöraffaire Traube. Nach Wiederwahl in den Bundestag 1976 Stellv. Vorsitzender und einer der Parlamentari-

schen Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion. Bei den hessischen Kommunalwahlen vom 20.03.1977 mit W. als ihrem Spitzenkandidaten in Frankfurt a. M. 51,3 % der Stimmen für die CDU. Durch den Rücktritt von Oberbürgermeister Rudi Arndt Ende der seit 1945 währenden SPD-Herrschaft in der größten hessischen Stadt. W. sah sich als Oberbürgermeister aller Frankfurter. „Ich versicherte am Anfang meiner Amtszeit“, so in seiner Antrittsrede vor der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung am 15.06.1977, „dass ich mich gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern in der Verantwortung weiß. Ich werde das Amt des Oberbürgermeisters nicht als ein parteipolitisches Amt missverstehen. Ich will und werde der Oberbürgermeister aller Bürger sein.“ Über neun Jahre ruhiger und sachlicher Einsatz bei den Problemen der vorher als unregierbar geltenden Stadt: Bekämpfung der Kriminalität, Ausbau des Flughafens, Auflösung der autonomen Kindertagesstätten und Begrenzung des unkontrollierten Zustroms von Asylsuchenden. Kulturdezernent Hilmar Hoffmann (SPD) idealer Partner für das große Ziel, Frankfurt zu einer internationalen Kunst- und Museumsstadt umzugestalten: Wiederaufbau der Alten Oper, Neubauten am Museumsufer, Bau eines Kongresszentrums und einer Eissporthalle, Rekonstruktion der Fachwerkhäuser auf dem Römerberg sowie Sanierung der Innenstadt und des berüchtigten Bahnhofsviertels. Als Ausdruck des besonderen Anliegens der deutsch-israelischen Aussöhnung Partnerschaften mit Tel Aviv (1980) und auch mit Kairo (1979). 1980 Gründung der Initiative „Frankfurter Juden besuchen ihre Heimatstadt“, eines bis zur Gegenwart fortgeführten Besuchsprogramm für ehemalige jüdische Bürger. Enge Freundschaft mit Ignatz Bubis (FDP), dem Vorsitzenden des Zentralrates der Juden; 1981 Wiederwahl mit 54,2 % der Stimmen; nach der von Alfred Dregger knapp verlorenen Landtagswahl im Sept. 1982 zum neuen Vorsitzenden der hessischen CDU, 1985 zum Stellv. Bundesvorsitzenden der Partei gewählt. 1985-1986 in seiner Funktion als Oberbürger-

meister außerdem Präsident des Deutschen Städtetags. Auf Grund der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl von Bundeskanzler



Helmut Kohl am 03.06.1986 zum Leiter des neu errichteten Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit berufen; wenige Monate nach seinem Amtsantritt Vorlage eines Gesetzentwurfes zur Überwachung der Radioaktivität in der Umwelt und Forderung einer internationalen Regelung, Entwicklung eines bundesweiten Frühwarnsystems, aber Ablehnung eines raschen Ausstiegs aus der Kernenergie; Nachrüstung der deutschen Kernkraftwerke mit Sicherheitsventilen, den sogenannten Wallmann-Ventilen, aber auch Änderung des KfZ-Steuergesetzes zur Einführung schadstoffarmer Autos sowie Wasch- und Reinigungsmittelgesetz; nach dem Ende der ersten rot-grünen Koalition auf Landesebene durch den knappen Sieg von CDU und FDP bei der Landtagswahl im Febr. 1987 am 23.04.1987 Wahl zum – ersten christdemokratischen – Ministerpräsidenten von Hessen; Beginn der Umsetzung der Wahlversprechen: Gesetz zur Wiederherstellung der freien Schulwahl in Hessen mit Abschaffung der von der SPD eingeführten Förderstufe, Direktwahl der Landräte und Bürgermeister. Nach der Wende in der DDR leistete das Land Hessen 1989/90 Aufbauhilfe für das Nachbarland Thüringen. Andererseits Vertrauensschwund und starke Stimmenverluste der CDU bei den hessischen Kommunalwahlen auch durch die Vorgänge um den Störfall im Atomkraftwerk Biblis 1989; auch Kritik an W.s Führungsstil; zwei Jahre spä-

ter Verlust der schwarz-gelben Mehrheit bei den Landtagswahlen. Ausscheiden W.s aus der aktiven Politik; 1995 Übernahme des Vorsitzes der Frankfurter CDU für zwei Jahre zur Unterstützung der Oberbürgermeisterin Petra Roth; wegen schwerer Krankheit 1997 Rückzug ins Privatleben. Auszeichnungen u. a.: 1979 Ehrenpreis der Hermann-Ehlers-Stiftung, 1990 Großes Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband der Bundesrepublik Deutschland, 1996 Wilhelm-Leuschner-Medaille des Landes Hessen, 1996 Freiherr-von-Stein-Preis, 2007 Ignatz-Bubis-Preis für Verständigung, 2007 Hessischer Verdienstorden, 2009 als erstes Stadtoberhaupt der Nachkriegszeit Ehrenbürger der Stadt Frankfurt a. M. Veröffentlichungen u. a.: „Politische Parteien und Kommunalpolitik“ (1978), „Unsere Aufgabe. Eine Stadt mit menschlichem Gesicht“ (1982), „Investitionen helfen Arbeitsplätze zu erhalten“ (1983), „Der Preis des Fortschritts“ (1983 und 1988), „Strukturwandel der öffentlichen Meinung – Auswirkung auf Wirtschaft und Politik“ (1983), „Region – Nation – Europa“ (1999), „Die Gegenwart der Geschichte“ (2001), „Im Licht der Paulskirche. Memoiren eines Politischen“ (2002).

Lit.: Nachrichtenblatt der Bonner Studentenschaft 1957 im UA Bonn; Stellungnahme der Burschenschaft Germania Marburg v. 01.09.1957 zu dem von [→] Hans Zielinski (Hannovera-Göttingen) verfassten Artikel „Das Wort der Alten Herren“ (Der Spiegel v. 21.08.1957) als Beilage in den BBl 195 (1957); Margot Felsch, Aus der Chef-Etage des Römers (1981), S. 161-186; Jochen Lengemann, Das Hessen-Parlament 1946-1986. Biographisches Handbuch ... (1986), S. 149 und 419 f.; ders. (1996), S. 399; Petra Roth/Ernst Gerhardt/Bernhard Mihm (Hrsg.), Bewahren und Erneuern. W. W. zum 65. Geburtstag (1997); Peter Schindler, Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999. Gesamtausgabe in drei Bänden. Eine Veröffentlichung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages (1999); Klaus-Dieter Osswald und Barbara Peter, W. W., in: Udo Kempf und Hans-Georg Merz (Hrsg.), Kanzler und Minister 1949-1998 (2001), S. 721-723; Vierhaus/Herbst/Jahn 1 (2002), S. 917; Dirk Metz, Trägerinnen und Träger der Wilhelm-Leuschner Medaille (2004), S. 196; Hilmar Hoffmann, Die großen Frankfurter. Ehrenwürdige Bürger und Ehrenbürger (2012), S. 212-220; ders., Frankfurts Oberbürgermeister 1945-1995; ein Beitrag zur Kulturgeschichte der Stadt (2012), S. 371-450; Angela Keller-

Kühne, W. W., in: Geschichte der CDU (digital, 25.07.2014); Klaus Oldenhege, Burschenschafter im Deutschen Bundestag (1949-2015), in: Festschrift 2015 (= DuQ 21), S. 1143-1174, hier S. 1161, 1164 und 1168. Internet (21.10.2020): W. W., Kabinett W. und W.-Ventil (alle Wikipedia); Hessische Biographie (P); Bettina Tüffers, W. W., in: Frankfurter Personenlexikon; Munzinger-Archiv IBA; Zentrale Datenbank Nachlässe (ZDN)-BArch; Archiv für christlich-demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung; Hessische Biografie LAGIS Hessen; Dr. W. W. | Hessischer Rechnungshof (P); Nachrufe u. a.: Der Spiegel v. 22.09.2013, Hessische Niedersächsische Allgemeine (HNA) v. 22.09.2013, Die Welt v. 06.10.2013, Süddeutsche Zeitung v. 22.09.2013, Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 22.09.2013. Mitteilungen von Hans Saßenhausen (Germania-Marburg) v. 25.06. und 20.08. 2014 sowie von Henning Tegtmeier (Hannovera-Göttingen) v. 31.03.2017; persönliche Kenntnisse, u. a. aus Gesprächen mit W. im Winter Anfang 1970 in Marburg. K.O.

Walter, Karl, geb. 23.02.1901 in Düsseldorf, gest. 26.01.1957 in Essen (Alania-Aachen 1920); Besuch der Oberrealschule



in Saarbrücken, 1917/18 freiwilliger Hilfsdienst; nach dem Abitur 1920 zunächst Hilfsarbeiter und Werkstudent in der Eisen- und Stahlindustrie; 1920-Okt. 1923 Studium der Eisenhüttenkunde an der TH Aachen und 1923-1927 an der Sächs. Bergakademie Freiberg/Sachsen; während der Rheinlandbesetzung Beteiligung an den Separatistenabwehrkämpfen in Aachen

und im Okt. 1923 von den französischen Besatzungsbehörden aus Aachen ausgewiesen; Febr. 1925 (angeblich) Gründer der NSDAP-Ortsgruppe Freiberg; 19.06.1925 Eintritt in die NSDAP (Nr. 8137), im gleichen Jahr Mitglied der SA; 1925-1927 Propaganda- und Organisationsleiter des Bezirks Freiberg-Stadt der NSDAP; Apr. 1927 Studienabschluss als Dipl.-Ing. für Eisenhüttenwesen; 25.07.1927-31.03.1942 Ingenieur bei den Mannesmann-Röhrenwerken in Düsseldorf, ebd. 1936 Leiter der dortigen Versuchsanstalt; nach dem Wechsel nach Düsseldorf ebd. März 1932 Sektionsleiter der dortigen NSDAP; 10.09.1932-1934 Leiter der NSDAP-Ortsgruppe in Düsseldorf-Rath; nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten 12.03.1933-1935 Stadtverordneter bzw. Ratsherr der Stadt Düsseldorf; Beauftragter der NSDAP gem. § 118 der deutschen Gemeindeordnung für die Stadt Düsseldorf; 22.08.1934 bis Kriegsende NSDAP-Kreisleiter der Gauhauptstadt Düsseldorf; 1934 Mitglied der Deutschen Arbeitsfront, der NSV und des Nationalsozialistischen Bundes Deutscher Techniker (NSBDT); 08.03.1935-1945 Preuß. Provinzialrat der Rheinprovinz; März 1936-1945 Mitglied des z. Z. des Nationalsozialismus bedeutungslosen Deutschen Reichsrats (Wahlkreis 22); Sept. 1939-Mai 1940 u. k. gestellt, seit 04.06.1940 Mitglied der Waffen-SS; 04.06.-03.08.1940 SS-Regiment „Deutschland“ (München); Aug.-Dez. 1940 Einsatz in den Niederlanden; 02.11.1940 SS-Unterscharführer d. R. der Waffen-SS; 30.01.1941 SA-Standartenführer; 30.01.1941 SS-Oberscharführer d. R. der Waffen-SS; 20.04.1941-11.10.1943 Reserveführer der Waffen-SS im Ergänzungsamt der Waffen-SS; nach Lazarettaufenthalt in Freiburg i. Br. und Bad Gastein seit 05.08.1941 vom Dienst in der Waffen-SS freigestellt; ab 01.01.1942 hauptamtlich für den Parteidienst der NSDAP tätig, seit 01.04.1942 ebd. Oberbereichsleiter; 11.10.1943 aus der Waffen-SS entlassen; stellte, wie aus den Aktenbeständen der Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF) hervorgeht, 1943 oder 1944 bei dem damaligen Höheren SS-

und Polizeiführer Karl Gutenberger einen Antrag auf Überlassung von 20 KZ-Häftlingen für den Bau eines „Kreisleiterbunkers“; Mai 1945-Juli 1947 von den US-Amerikanern interniert; Juli 1947-14.08.1948 im Lager Fallingbommel; 06.08.1948 wegen Zugehörigkeit zum Korps der Politischen Leiter der NSDAP zu drei Jahren Haft (durch Internierungshaft verbüßt) und 500 RM Geldstrafe verurteilt; 14.08.1948 mit der provisorischen Einstufung in die Kategorie III (Minderbelasteter) aus der Internierungshaft entlassen; 07.03.1949 vom Spruchgericht Bielefeld in einem Revisionsverfahren zu zwei Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt (durch die Internierungshaft verbüßt); 07.03.1949 von der 10. Spruchkammer des Spruchgerichts Bielefeld wegen Zugehörigkeit zum Korps der Politischen Leiter der NSDAP zu zwei Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt (durch Internierungshaft verbüßt); 22.08.1949 vom Entnazifizierungsausschuss für den Stadtkreis Düsseldorf in Abwesenheit in die Kategorie III eingestuft; ab 1949 als Vertreter einer Lederwarenfabrik in Walsrode, ab 1953 in Essen tätig.

Lit.: Burschenschaftler-Stammrolle 1934 (1934), S. 524; Stockhorst (1967), S. 437; Lilla (2004), S. 707 f.; Peter Klefisch, Die Kreisleiter der NSDAP in den Gauen Köln-Aachen, Düsseldorf und Essen (2000), S. 227 f. Internet (05.01.2020): K. W. (Wikipedia), Liste der Reichstagsabgeordneten im Nationalsozialismus (3. und 4. Wahlperiode). Mitteilung von Dr. Holger Dux (Archivar der A. B. Alania) v. 05.01.2021 mit Angaben aus dem Adressverzeichnis der A.B. Alania 1950 und den Alanenblättern Nr. 49 vom Apr. 1957. P.K.

Weber, August (Wilhelm), geb. 31.01.1829 in Darmstadt als Sohn eines Generalstaatsprocurators, verheiratet mit der Tochter des Landtagsabgeordneten → August Emmerling (1797-1867), gest. 11.10.1900 ebd. (Allemania-Gießen 1846). Nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Gießen 1857 Landgerichtsassessor in Darmstadt; 1858 kurzzeitig am Landgericht Beerfelden; im gleichen Jahr zurück an das Stadtgericht Darmstadt; 1868 Hofgerichtsassessor und ab 1869 Hofgerichtsrat am Hofgericht der Prov. Starkenburg; 1868-1898 Vorsitzender des Landesvereins des

Roten Kreuzes; 1875 als Ministerialrat Eintritt in das großherzogl. hessische Innen- und Justizministerium; 1877-1884 Zweiter Regierungskommissär und juristischer Beirat bei der Hessischen Ludwigsbahn-Gesellschaft; 1878 und erneut 1881 Mitglied der landesherrlichen Einweiskommission für die 2. Kammer; 1879



und erneut 1894 Mitglied der Prüfungskommission für das Justiz- und Verwaltungsfach; 1884 von Großherzog Ludwig III. zum Leiter des Finanzministeriums ernannt (zunächst mit dem Titel eines Präsidenten des Finanzministeriums, ab 1890 mit dem eines Finanzministers); 1887 Ernennung zum Wirklichen Geheimen Rat; 1898 Rücktritt und Ruhestand. Orden und Auszeichnungen: 1869 preuß. Kgl. Kronen-Orden 3. Kl., 1871 EK 2. Kl., 1872 Bayer. Verdienstkreuz für die Jahre 1870 und 1871, Ritterkreuz des Königl. Sächs. Albrechtsordens, Württemberg. Olga-Orden, 1878 Ritterkreuz 1. Kl. des Verdienstordens Philipps des Großmütigen, 1883 Russisches Erinnerungszeichen vom Roten Kreuz, 1885 Komturkreuz 2. Kl. und 1889 1. Kl. des Verdienstordens Philipps des Großmütigen, 1886 Ritterkreuz 1. Kl. des Ludwigsordens, 1892 Großkreuz des Verdienstordens Philipps des Großmütigen,

1896 Russ. St. Annenorden 1. Kl., 1897 preuß. Kgl.-Kronen-Orden 1. Kl., 1898 Krone zum Großkreuz des Verdienstordens Philipps des Großmütigen.

Lit.: HStA Darmstadt, Bestand S 1 u. G 31 P in Nr. 4406; BL 2 (1942) Gießen, L. Allemannia, Nr. 154; Die Regierungen der deutschen Mittel- und Kleinstaaten 1815-1933 (1983), S. 303. Internet (17.02.2019): A. W. W (Wikipedia), Hessische Biographien LAGIS Hessen. P.K./G.Sch.

Wegnern, Anton (Pius Gustav Wilhelm) von, geb. 06.04.1809 in Preußisch Eylau als Sohn des Königsberger Tribunalpräsidenten und Kanzlers des Königreichs Preußen Carl v. W. und der Emilie Hedwig Gräfin zu Eulenburg, aus einer ursprünglich in der Prov. Sachsen ansässigen, im 16. Jhdt. nach Königsberg i. Pr. umgesiedelten, dort 1635 in den polnischen Adelsstand erhobenen und mit der Verleihung des preußischen Indignats versehenen Familie, gest. 14.11.1891 in Berlin (Littauerkränzchen innerhalb der burschenschaftlichen Allgemeinheit-Königsberg – Vorverbindung der Landsmannschaft bzw. des Corps Littuania – 1828, Mitstifter des Corps Littuania-Königsberg 1829); 1828-1831 Studium der Rechts- und Kameralwissenschaften in Königsberg und Berlin; 1831 Gerichtsreferendar; seit 1835 Mitglied der Freimaurerloge „Zu den drei Kronen“ in Königsberg i. Pr., in der sein Vater kurz zuvor für seine Verdienste als Meister vom Stuhl die Ehrenmeisterwürde erhalten hatte; 1838-1839 Oberlandesgerichtsassessor in Königsberg, 1839-1843 Regierungsassessor in Königsberg, 1843 Landrat in Lyck/Ostpr.; Apr. 1848 Teilnahme am Kölner Dombaufest; 31.05.1848-17.05.1849 Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung für den Wahlkreis 8 Prov. Preußen (Lyck), Café Milani, später Casino; wählte Friedrich Wilhelm IV. zum Kaiser der Deutschen; 1850 Abgeordneter des Erfurter Unionsparlaments, 1853-1856 Landrat des Kreises Königsberg; 1855-1856 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses; 1856-1871 Oberregierungsrat, Regierungsvizepräsident und Dirigent der Geistlichen Abt. bei der Regierung in Liegnitz; 1867-1871 auch Staatskommissar

der ständischen Landesarmendirektion der Regierung in Liegnitz; 1871-1873 Regierungsvizepräsident und Direktor des Provinzialschul- und des Medizinalkollegiums in Posen, 1873-1881 Regierungspräsident in Bromberg; 1881 Wirkl. Geh. Oberregierungsrat; seit 1881 Ruhestand in Berlin.

Lit.: Gothaisches Genealogisches Taschenbuch der Adeligen Häuser, Alter Adel und Briefadel (1928), S. 706; Biographische Umriss der Mitglieder der deutschen konstituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. (1849), S. 157; Hermann Niebour, Die Abgeordneten Westpreußens zur Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, in: Mitteilungen des Westpreußischen Geschichtsvereins 10 (1911), S. 63 ff.; Bernhard-Maria Rosenberg, Die ostpreußischen Abgeordneten in Frankfurt 1848/49. Biographische Beiträge zur Geschichte des politischen Lebens in Ostpreußen (1970), S. 162-170; Lothar Selke, Littauer in der Paulskirche, in: Festschrift 150 Jahre Littuania (1979), S. 42, 53; Koch (1989), S. 419; Weiß (1990), S. 45; Haunfelder (1994), S. 22; Best/Weege (1998), S. 351 f.; Kaupp (1999), S. 117 f.; Jochen Lengemann, Das Deutsche Parlament (Erfurter Unionsparlament) von 1850 (2000), S. 332; Bernhard Lindenblatt, Preußenland. Geschichte Ost- und Westpreußens 1701-1945 (2001), S. 133; Patrick Wagner, Bauern, Junker und Beamte. Lokale Herrschaft und Partizipation im Ostelbien des 19. Jahrhunderts (2005), S. 209. Internet (21.12.2018): A. P. G. W. v. W., Mitglieder des Preußischen Abgeordnetenhauses (beide Wikipedia); KCL (1910), S. 604; Protokolle des preußischen Staatsministeriums Bd. 6/II (digital); BIORAB-Frankfurt, territorial.de personen. P.K.

Welte, Ferdinand geb. 11.10.1806 in Altdorf/Baden, gest. 05.09.1878 (Academisch-Gesetzlicher Verein („Neutralia“) Freiburg i. Br. 1824); stud. phil., dann iur.; imm. Freiburg WS 1823/24; 1830 Rechtspraktikant; erhielt 1833 das Schriftverfassungsrecht mit Wohnsitz in Engen; 1842-1849 Wohnsitz in Engen; 1842-1849 Mitglied der Zweiten Kammer des Badischen Landtages (Wahlkreis: Ämter Villingen, Hüfingen); Motion des Abgeordneten Welte, die Allodification der Erb- und Schupflehen betreffend: Beilage Nr. 1 zum Protokoll der 10. öffentl. Sitzung v. 20. Mai 1846; 1848 Mitglied des Frankfurter Vorparlaments; 1850 Hofgerichtsadvokat in Konstanz.

Lit.: Internet (10.06.2020): Gundermann (o. J.), Liste der Mitglieder des Vorparlaments (Wikipedia); Digitale Sammlung badischer Landtagsprotokolle bei den Badischen Landesbibliotheken. Ver-

zeichnis der Mitglieder beider Kammern; Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main/Stenographische Berichte; Matrikel der Universität Freiburg (1991), S. 203. K.G./P.K.

Wendt, Gustav, geb. 02.08.1848 in Paderborn als Sohn eines Kreisbaumeisters, gest. 16.07.1933 in Hamburg (Alemannia-Bonn 1867/68). Nach Besuch des Gymnasiums in Paderborn und Hamm i. W. ab 1867 Studium der Philologie und Geschichte in Bonn und Berlin; als Einj.-Freiw. im Husaren-Rgt. „Fürst Blücher von Wahlstatt“ (Pommersches) Nr. 5, Teilnahme am Deutsch-Französischen Krieg 1870/71; 1873 Staatsprüfung für neuere Philologie in Bonn; Probejahr als Lehrer am Realgymnasium in Wiesbaden, dort zweites Jahr als wissenschaftlicher Hilfslehrer; seit Herbst 1875 Lehrer am Realgymnasium des Johanneums in Hamburg; 1876 Dr. phil. Jena („Die italienischen und französischen Bearbeitungen der Merope-Fabel“, auch digital); 1897 Wechsel an die Oberrealschule vor dem Holstentor ebd.; 1901 Direktor des neu gegründeten Mädchengymnasiums (auch „Wendtsches Gymnasium“ gen.); bei der Reichstagswahl 1881 im 2. Wahlgang für die Deutsche Fortschrittspartei im Wahlkreis Prov. Hannover 18 (Stade-Blumenthal) in den Reichstag gewählt (Ausschuss Unfallversicherung); März 1884 Austritt aus der Fraktion und in den letzten sechs Monaten fraktionslos; fast alljährlich Reisen nach England oder Frankreich, einmal in die USA; Ehrenbürger der Stadt Paderborn. Veröffentlichungen u. a.: „Lessing's Meisterdramen. Mit Illustrationen deutscher Künstler“ (Hrsg., 3 Bde., 1. Aufl. 1868-1869, 2. Aufl. 1881), „Goethe's Werke“ (Hrsg., 1. Aufl. 15 Bde., 1873, 2. Aufl. 1881, 34 Bde.), „Der Gebrauch des bestimmten Artikels im Englischen“ (Schulprogramm 1887), „England, seine Geschichte, Verfassung und staatliche Einrichtungen“ (1892, 7. Aufl. 1927), „Das Vokabellernen im französischen Anfangsunterricht. Ein Beitrag zur neusprachlichen Methodik“ (Schulprogramm 1901), „Grammatik des heutigen Englisch ...“

(1922), „Englische Grammatik für Oberklassen“ (1923); Mitarbeiter verschiedener pädagogischer u. a. Fachzeitschriften

Lit.: Deutscher Parlaments-Almanach, Bd. 14, 1881, S. 234; Programm des Hamburger Realgymnasiums des Johanneums (1876) und des Wiesbadener Realgymnasiums (1895); Hans Schröder, Lexikon der hamburgischen Schriftsteller bis zur Gegenwart (Bd. 5, 1879), S. 606 f.; Fritz Specht/Paul Schwabe, Die Reichstagswahlen von 1867 bis 1903. Eine Statistik der Reichstagswahlen nebst Programmen der Parteien und einem Verzeichnis der gewählten Abgeordneten (2. Aufl., 1904), S. 130; Wer ist's? (1905), S. 199, (1909), S. 1529, und (1914), S. 1832; Kürschner DGK (1931), Sp. 3231; Verzeichnis der Alten Burschenschaftler nach dem Stande vom Wintersemester 1927/28 (1928), S. 561; Bernd Haunfelder, Die liberalen Abgeordneten des deutschen Reichstags 1871-1918. Ein biographisches Handbuch (2004), S. 424; Kössler, Personenlexikon (2008). Internet (10.11.2018): G. W. (Politiker), Reichstagswahl 1881, Liste der Reichstagsabgeordneten des Deutschen Kaiserreichs (5. Wahlperiode), Liste der Persönlichkeiten der Stadt Paderborn (alle Wikipedia), BIORAB-Kaiserreich, Datenbank der deutschen Parlamentsabgeordneten. P.K.

Werne, Ferdinand, geb. (oder getauft?) 03.08.1800 in Recklinghausen als Sohn eines Richters, gest. 02.09.1874 in Berlin (Allgemeinheit-Bonn 1819, Landsmannschaft Guestphalia 1820, Gründungsbursche). Nach Kindheit in Recklinghausen und Besuch des Gymnasiums in Münster 1819-1821 Studium der Rechtswissenschaften in Bonn; 1822-1823 als Freiwilliger und „Philhellene“ Teilnahme am griechischen Freiheitskampf gegen die Türken; enttäuscht, Rückkehr nach Deutschland; während der großen Pest von 1836/37 in Konstantinopel; anschließend für kurze Zeit Kanzler bzw. Vizekonsul des preuß. Konsulats in Alexandria; 1840/41 im Rang eines Majors als Ingenieur des Vizekönigs von Ägypten Muhammad Ali Pascha (um 1770-1849) Teilnahme an den ersten beiden Expeditionen zur Entdeckung der Nilquellen (die erste zusammen mit seinem Bruder, dem Arzt Josef W.), die zwar scheiterten, aber zu wertvollen wissenschaftlichen Erkenntnissen führten; 1844 Rückkehr nach Berlin; dort bekannt durch vielbeachtete Vorträge und Schriften über seine zweite Nilexpedition. Sein Gönner

Alexander von Humboldt wollte den König bitten, ihm ein preuß. Konsulat im Orient anzuvertrauen. Zeitweise Gutsverwalter in Glogau; mit → Hoffmann von Fallersleben befreundet; musste sich nach einem Schlaganfall (1854) 1856-1859 in einem Hospital in Geseke bei Paderborn behandeln lassen, wurde jedoch nie wieder gesund und arbeitsfähig. Nach seiner Entlassung Rückkehr nach Berlin. W. gilt als Entdecker des Quellgebiets des Weißen Nils und beschrieb detailliert Geologie und Morphologie, Flora und Fauna, klimatische Verhältnisse der Region sowie ethnologische Erfassungen der dort lebenden Stämme. Seine umfassenden naturwissenschaftlichen und völkerkundlichen Sammlungen wurden 1842 vom Botanischen Garten Berlin und von Berliner Museen übernommen; Schriften u. a.: „Expedition zur Entdeckung der Quellen des Weißen Nils (1840/41)“ (1848, engl. Ausg. in 2 Bänden 1849), „Feldzug von Sennar nach Taka, Basa und Beni-Amer mit besonderem Hinblick auf die Völker von Bellad-Sudan“ (1851, engl. Ausg. 1852), „Reise durch Sennar nach Mandera, Nasub, Cheli im Lande zwischen dem blauen Nil und dem Athara“ (1852), „Beitrag zur Kunde des Innern von Afrika. Die Völker Ost-Sudans und der Feldzug der Türken von Sennar nach Taka, Basa und Ben-Amer“ (1860, P).

Lit.: Nachlass im Deutschen Literatur-Archiv Marbach; Friedrich Embacher, Lexikon der Reisen und Entdeckungen, 1. Abt.: Biographien der Forschungsreisenden von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart (1882), S. 295; Wilhelm von Freeden/Wilhelm Becker, Corpsregister der Guestphalia zu Bonn vom 5. Nov. 1827 bis zum 8. Febr. 1876 (1884), S. 2 f., Nr. 7; Conrad Weidmann, Deutsche Männer in Afrika (1894), S. 180; Alexander Pflüger, MV der alten Bonner Burschenschaft (1818-1833) (1895), S. 22; J. Fromm, F. und Josef W., in: Vestische Zeitschrift 43 (1936), S. 92-99 (P); Köseiner Corpslisten (1960), 10, 7; Richard Leslie Hill, A biographical dictionary of the Sudan (2. Aufl. 1967), S. 377; Hans-Jürgen und Jutta Kornrumpf, Fremde im Osmanischen Reich 1826-1912/13 (2. Aufl. 1998), S. 404; Wilhelm Schulte, Westfälische Köpfe. 300 Lebensbilder bedeutender Westfalen. Biographischer Handweiser (1977), S. 362-364, 3. Aufl. (1984, P); Richard A. Lobban and Carolyn Fluehr-Lobban, Historical dictionary of the Sudan (3. Aufl. 2002), S. 311; DBE 10 (2008), S. 554;

Kosch LL 31 (2012), Sp. 67 f.; Thomann (2015), S. 128, Anm. 139. Internet (13.03.2017): F. W. (Wikipedia), Internet-Portal „Westfälische Geschichte“, Lexikon Westfälischer Autorinnen und Autoren 1750-1950. H.D.

Wessel (auch Weßel), (Friedrich) August, geb. 07.07.1813 in Schötmar i. Lippe als Sohn eines Advokaten, Anwalts und späteren Schötmarer Amtmannes, Bruder von → Ludwig W., aus einer alten lippischen Pastoren- und Beamtenfamilie, gest. 05./06.03.1868 in Detmold (Jenaische Burschenschaft 1833). Studium der ev. Theologie 1833-1835 in Jena, dann ein halbes Jahr in Berlin; 1836 cand. theol., 1839 Konrektor in Salzuflen i. Lippe, 07.03.1842 „Hilfsprediger“ (Zweiter Pastor) in Oerlinghausen, 1843 „Gehülfe“ (Kollaborator) des Pastors Plesmann an der Kilianskirche in Schötmar, nach dessen Tod Vikar, 06.04.1844 Zweiter, 1864-1866 Erster Pastor; 08.03.1848 Gründer der Stiftung Grünau („Rettungs-Anstalt für verwairste Knaben“) nach dem Vorbild des von Johann Hinrich Wichern (1808-1881) gegründeten „Rauhen Hauses“ in Hamburg, 02.08.1849-11.02.1851 Abgeordneter des Landtags von Lippe(-Detmold); 1850-1854 Neubau der Kilianskirche in Schötmar; 1866 von Fürst Leopold III. zur Lippe zum Generalsuperintendent in Detmold berufen; große Verdienste um den Neubau der Kilianskirche.

Lit.: Wilhelm Butterweck, Die Geschichte der Lippischen Landeskirche (1926), S. 577; Stefan Wiesekopsieker, Wer war wer in Schötmar? Lebensbilder aus drei Jahrhunderten (2015), S. 18 f. (P); Lönnecker (2015), S. 427, Nr. 2018. Internet (01.12.2016): Wer war wer in Schötmar? Gesichter, Geschichten, Personen. Fortsetzungsreihe über historische Persönlichkeiten, die mit Schötmar verbunden sind (9). H.L./K.O.

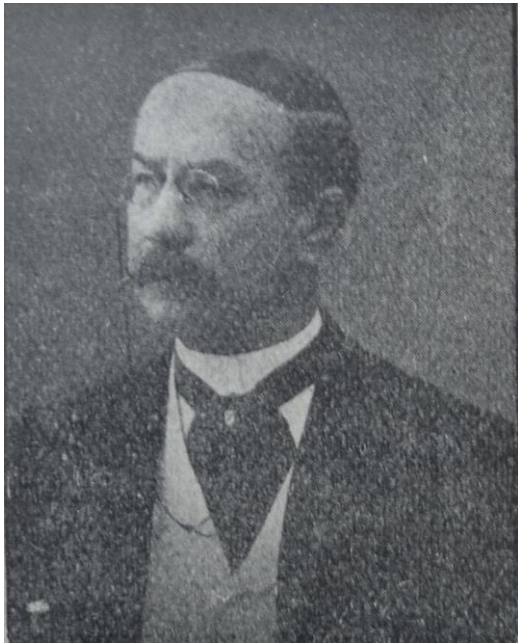
Weßel, (Johann Friedrich) Ludwig (Louis), geb. 16.09.1808 in Lage i. Lippe als Sohn eines Advokaten, Anwalts und späteren Schötmarer Amtmannes, Bruder von → August W., gest. 30.08.1871 in Schötmar i. Lippe (Jenaische Burschenschaft 1827). Studium der Rechtswissenschaften 1827-1830 in Jena; zunächst in Oerlinghausen als „Auditor“ (Richter) tätig; 1833 zur Entlastung seines Vaters als

„Hebungs- und Oekonomiebeamter“ nach Schötmar berufen; übernahm nach dessen Tod 1839 als Amtsrendant die „2. Beamtenstelle“ in der dortigen Amtsverwaltung; behielt diesen Posten bis zu seinem Ableben 1871; neben seiner Verwaltungstätigkeit vielfältiges Engagement für das dörfliche Gemeinwohl; beantragte am 01.09.1842 bei der Regierung in Detmold „die Errichtung einer Sparcasse für Schötmar und die Umgegend“. Dem Antrag wurde bereits fünf Wochen später mit nur wenigen Änderungswünschen entsprochen, er selbst übernahm das Amt des Vorstehers, Rechnungsführers und Rendanten (Liquidation der Bank im Sommer 1873); außerdem in Schötmar Gründer eines „Bezirksvereins des lippischen landwirtschaftlichen Hauptvereins“; 1848 Mitgründer des Schötmarer Volksvereins; 1851 im 13. Wahlkreis (Amt Schötmar) zum Abgeordneten des Lippischen Landtags gewählt.

Lit.: Schötmar und seine Sparkassen. Zum Werdengang der „Sparcassen-Gesellschaft“ des Amtsrendanten Louis Weßel und der Amts- bzw. Kreissparkasse Schötmar, in Franz Meyer (Hrsg.) „Den Bürgern der Stadt auf Dauer von Nutzen“. 150 Jahre Sparkasse Bad Salzuflen 1849-1999 (1999), S. 171-175; Lönnecker (2015), S. 427, Nr. 2019. Mitteilungen von Dr. Wolfgang Bender (LArch NRW Abt. OWL) v. 17. und von Arnold Beuke (StadtA Bad Salzuflen) v. 18.02.2020. H.L./K.O.

Wiegand, Wilhelm, geb. 05.11.1851 in Ellrich/Harz, gest. 08.03.1915 in Straßburg i. E. (Arminia-Leipzig 1871). Aufgewachsen in Schlesien; nach Besuch des Gymnasiums in Glogau 1870-1874 Studium der Geschichtswissenschaften in Berlin (u. a. bei Johann Gustav Droysen) und Leipzig, „wo er als Burschschafter dem Studententum mehr die heitere, gesellige Seite abzugewinnen trachtete“ (Nachruf Kaiser, S. 467); im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 freiwilliger Krankenpfleger in der Gegend von Metz; als einer der ersten Studenten ab 1872 Fortsetzung des Studiums an der neubegründeten Kaiser-Wilhelms-Universität in Straßburg (u. a. bei → Hermann Baumgarten, Julius Weizsäcker und Wilhelm Scherer); Sommer 1874 ebd. bei Baumgarten Dr. phil. („Die Vorreden Friedrichs des Großen zur Histoire de mon

temps“); inzwischen als Einj.-Freiw. im Kurmärkischen Dragoner-Rgt. Nr. 14 in



Colmar eingetreten, Winter 1874 philologische Staatsprüfung (Lehrbefähigung für Geschichte, Geographie und Deutsch); ab 1876 Bearbeiter des mittelalterlichen Teils des Urkunden und Akten der Stadt Straßburg; 1878 Habilitation („Bellum Waltharianum“) für das Fach Geschichte und geschichtliche Hilfswissenschaften; 1879 Direktor des Straßburger Bezirksarchivs; Berufung in die Kommission für das Elsass und Lothringen; Geschäftsführer in der Kommission zur Herausgabe elsässischer Geschichtsquellen; zum Ordentlichen Mitglied der Badischen Historischen Kommission ernannt, bald auch in den Redaktionsausschuss der traditionsreichen „Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins“ berufen und 1897 mit der Leitung des elsässischen Teils betraut; 1910 Abgabe der Redaktionstätigkeit; 1890 o. Honorarprofessor; 1906 als Nachfolger von → Friedrich Meinecke Berufung auf den Lehrstuhl für Neuere Geschichte an der Kaiser-Wilhelms-Universität Straßburg; 1911 von der Universität als Abgeordneter der Ersten Kammer des Landtags des Reichslandes Elsass-Lothringen entsandt; Mitgründer und Zweiter Vorsitzender des Landesvereins vom Roten Kreuzes in Elsass-Lothringen; Geh. Archiv-Rat. „Seine Auffassung

von den staatlichen Dingen und den Fragen der Gegenwart war unverkennbar getragen von einer preußischen Grundstimmung, die ihrerseits wieder zum guten Teil in der friderizianischen Zeit ihre Wurzeln fand“ (Nachruf Kaiser, S. 467). Veröffentlichungen (u. a.): „Friedrich der Große“ (1902, 3. Aufl. 1922, Neuausgabe 2013); „Urkundenbuch der Stadt Straßburg“, Bd. 1 „Urkunden und Stadtrecht bis zum Jahr 1266“ (1879), Bd. 2 „Politische Urkunden von 1266 bis 1332“ (1886); „Die internationalen Konferenzen vom Rothen Kreuz: Ein kurzer geschichtlicher Rückblick. Im Auftrag des Central-Komites vom Rothen Kreuz“ (1902), „Elsässische Lebenserinnerungen“ (autobiographisch, 1924); zahlreiche Beiträge in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins.

Lit.: Wer ist's? (1905), S. 209, (1914), S. 1850; Nachruf von Karl Johannes Neumann in: Historische Vierteljahrsschrift 17 (1914/15), S. 598; Nachruf von Hans Kaiser in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, NF Bd. 30 (1915, auch digital), S. 467-482 (mit Bibliographie); Weber (1984), S. 658 f.; Leesch (1992), S. 664; DbJ 1 1914-1915 (1925) TI 1915, S. 344; Nouveau dictionnaire de biographie alsacienne 40 (2002), S. 4232. Internet: W. W. (Wikipedia und Wikisource), Landtag des Reichslandes Elsass-Lothringen. Mitteilungen von Jérémy Arbogast (Archives départementales du Bas-Rhin Strasbourg) v. 05. und von Robert Spieweg (Leipzig) v. 12.03.2019. P.K.

Wilckens, Heinrich (Martin), geb. 15.04. 1834 in Bremen als Sohn eines Arztes, gest. 30.04.1882 ebd. (Hannovera-Göttingen 1855). Nach Besuch der Gelehrtenschule seiner Geburtsstadt Studium der Rechtswissenschaften in Heidelberg; in den Semesterferien – überwiegend zu Fuß – Reisen durch Süddeutschland und in die Schweiz (u. a. Besteigung des Rigi); SS 1855 Wechsel nach Göttingen, wo er mit Beendigung des Studiums 1858 zum Dr. iur. promoviert wurde und 1859 das juristische Staatsexamen am gemeinsamen Prüfungsamt der vier Freien Städte in Lübeck bestand. Niederlassung als Advokat in Bremen; vor Aufnahme der eigentlichen anwaltlichen Tätigkeit mit dem Geldgeschenk seines Vaters zum Examen längere Bildungsreise nach England, Schottland,

Irland und Frankreich; ab 1864 für zwei Jahre nebenamtlich Mitglied des Direktori- ums der Sparkasse Bremen; 1867 Eintritt in den Dienst der Freien Hansestadt Bre- men und Ernennung zum Polizeisekretär. Damit war er nach dem Senator der höch- ste Beamte der Polizeidirektion Bremen. Neben Aufgaben im Bereich Verwaltung und Organisation der Polizeibehörde oblag ihm insbesondere die polizeiliche Verneh- mung von Beschuldigten in allen bedeutsa- men Kriminalfällen. 1873 wieder Rechts- anwalt und zudem Notar; von 1874 bis 1878 – gewählt von der ersten Klasse, dem Gelehrtenstand – Mitglied der Bremer Bür- gerschaft Sein bemerkenswertes soziales Engagement kam u. a. dadurch zum Aus- druck, dass er sich ab 1873 auch zur unent- geltlichen Übernahme von Rechtssachen für Arme verpflichten ließ und auf sein Er- suchen hin die Genehmigung erhielt, wei- terhin Vorstandsmitglied der Witwenkasse für bürgerliche Beamte der Freien Hanse- stadt Bremen zu bleiben.

Lit.: Autograf von H. W. im Album der Burschen- schaft Hannovera Göttingen mit handschriftlichen Eintragungen über ihre Mitglieder 1848 bis 1861/62; Staats-Handbuch der Freien Hansestadt Bremen auf das Jahr 1874 (1874), S. 5; Tegtmeier (1998), S. 24. Internet (02.12.2016): Wilckens, Heinrich – B. Hannovera Göttingen. Mitteilungen des StArch Bremen (Monika Marschalck) v. 21. und des UA Göttingen (Angelika Handschuck) v. 24.10.2016 (mit Nachweis der Dissertation). H.T.

Wilson, Oscar, geb. 17.01.1910 in Vallen- dar (Kr. Koblenz) als Sohn eines Tongru- benbesitzers, gest. 09.12.1987 in Bonn (Hercynia-Marburg 1928, 1950 vereinigt mit Rheinfranken-Marburg). Nach Besuch der Gymnasien in Koblenz, Kiel und Kol- berg Studium der Rechts- und Staatswis- senschaften in Marburg und Greifswald; in Marburg Leiter des studentischen Woh- nungsamtes, Mitglied des Verwaltungsrat- es des Studentenwerks und 1933 Leiter des Amtes für Staatsbürgerliche Bildung; nach juristischer Staatsprüfung 1939 Rich- ter am Amtsgericht Bad Polzin, später Staatsanwalt; Teilnahme am Zweiten Welt- krieg, Gefangenschaft und Internierung; Verwundetenabzeichen in Schwarz, Infan- terie-Sturmabzeichen, Ostmedaille sowie

EK I und EK II; nach dem Krieg Justitiar der Apothekerkammer Schleswig-Holstein; 1952 Eintritt in das Ministerium für Wirt- schaft und Verkehr des Landes Schleswig- Holstein; 1953 Bevollmächtigter des Lan- des Schleswig-Holstein beim Bund; 1968 Ministerialdirigent; 1975 wegen Erreichens der Altersgrenze Eintritt in den Ruhestand; 1970 BVK 1. Kl., 1974 Großes BVK. Ver- öffentlichungen u. a: Apotheken- und Arz- neimittelrecht. Textsammlung mit Erläute- rungen, Bundesrecht und sämtliche Lan- desvorschriften (Loseblattsammlung, mit Günther Blanke und Herbert Gebler (Hrsg.), letzte Ausg. 2013).

Lit.: Personalakten im LArch Schleswig-Holstein (Abt. 691 Nr. 2137); Burschenschaft- Stammrolle 1934, S. 546. Internet (01.11.2018): Verzeichnis der verstorbenen Mitglieder der Marburger Bur- schenschaft Rheinfranken; Auskunft des LArch Schleswig-Holstein (Sven Schoen) v. 05.11.2018. P.K./K.O.

Würth von Würthenau, Friedrich Josef, geb. 09.01.1801 in Donaueschingen als Sohn des 1806 von Landgraf Joachim Egon zu Fürstenberg in den reichs- und erbländischen Adelsstand erhobenen Ge- heimen Rats und späteren Hof- und Regie- rungskanzlers Josef Franz Xaver W. v. W. (1744-1811), gest. 19.06.1837 in Donau- eschingen (Freiburger Burschenschaft 1818/19); imm. Freiburg WS 1817/18, stud. phil., dann stud. iur.; 1823 Rechts- praktikant, 28./29.10.1826-11.03.1828 Bürgermeister von Donaueschingen; nach seiner Amtszeit Sekretariatsgehilfe der Fürstlich Fürstenbergischen Domänen- kanzlei und später Domänenkanzleisekre- tär.

Lit.: Stamm-Tafeln des Adels des Großherzog- thums Baden (neu bearb., 1886), S. 549 (auch digi- tal). Internet (10.06.2020): Gundermann (o. J.), Do- naueschingen (Wikipedia); Matrikel der Universität Freiburg (1991), S. 112, Mitteilungen des StadtA Donaueschingen (Theresa Dressel) v. 06.12.2018 und des Fürstlich Fürstenbergischen Archivs Do- naueschingen (Andreas Witt) v. 26.02.2019. K.G./ P.K.

Zeitlin (Ps. L. Leinitz), Leon, geb. 23.02. 1876 in Memel als Sohn einer jüdischen Familie, gest. 22.06.1967 in London (Alsa- tia-Leipzig und Brandenburgia-Berlin, bei-

de im Burschenbunds-Convent). Studium der Nationalökonomie in Leipzig; ebd. 1902 Dr. phil. („Fürst Bismarcks social-, wirtschafts- und steuerpolitische Anschauungen. Darstellung und Kritik“); zunächst als Syndikus, später im Konsulatsdienst für die USA tätig, zuletzt in Frankfurt a. M.; seit 1907 Leiter von wirtschaftlichen Verbänden in Berlin, u. a. Präsidialmitglied des Hansa-Bundes, Vorstandsmitglied des Reichsverbands des Deutschen Groß- und Überseehandels und Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates; Mitglied der DDP, seit 1930 Deutsche Staatspartei (jeweils Mitglied des Vorstands), 1920-1932 Abgeordneter des Preußischen Landtags (DDP, dann DStP); daneben auch als Schriftsteller tätig; Präsidialmitglied des PEN-Clubs und der „Deutschen Gesellschaft 1914“; 1935 Emigration nach London, wo er als freier Mitarbeiter für verschiedene Zeitungen tätig war; 1939 Abkennung der deutschen Staatsbürgerschaft und seines Dokortitels; 1941-1952 Berater des britischen Institute of Export; Veröffentlichungen u. a.: „Wie studiert man Nationalökonomie?“ (1902), „Der Staat als Schuldner. 5 Volkshochschulvorträge“ (1908), „Börnes Werke“, Bd. 1, Jugendschriften, hrsg. von Ludwig Geiger und L. Z. (1911), „Die wirtschaftspolitische Interessenvertretung des deutschen Großhandels“ (1918), „Life's value and cash“ (1962).

Lit.: L. Z. Collection, 1930-1967, AR 4128, im Leo Baeck Institute, Center for Jewish History, New York (mit persönlicher und geschäftlicher Korrespondenz); Kurzbiographie in den Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Cuno Horkenbach (Bearb.), Das Deutsche Reich von 1918 bis heute (1931), S. 499 und 515; Reichshandbuch 2 (1931), S. 2084 f. (P); Wininger 6 (1933), S. 355; Wer ist's? (1935), S. 1778; Siegmund Kaznelson, Juden im deutschen Kulturbereich (1959), S. 569; Alphabetisches Verzeichnis alter BCer, in: Verzeichnis der Mitglieder des Altherrenverbandes des BC München e. V. und aller anderen ehemaligen BCer, sowie der Alten Herren des Wiener SC ... (1962), S. 73; Sternfeld/Tiedemann (1970), S. 562; Lexikon des Judentums (1971), Sp. 892; Ernst Feder, Heute sprach ich mit ... Tagebücher eines Berliner Publizisten 1926-1932 (1971), S. 431; Kürschner DLK Nekrolog 2 (1973), S. 762; Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933 1 (1980), S. 843; Lowenthal (1982), S.

250; Walk (1988), S. 396; Tetzlaff (1982), S. 366; Martin Schumacher (Bearb.), MdL. Das Ende der Parlamente 1933 und die Abgeordneten der Landtage ... (1995), S. 1451; DBE 10 (2008), S. 816. Internet (24.04.2019): L. Z., Burschenbunds-Convent/Mitglieder (beide Wikipedia), Liste der Mitglieder des Landtags (Freistaat Preußen) (3. Wahlperiode), Archiv für Geschichte des Buchwesens Bd. 46 (1997) a. m. O.; Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik „Online Edition“. Mitteilung des Instituts für Hochschulkunde Würzburg (Maximilian Kriwet) v. 07.05.2019. P.K.

Zeller, Johann Georg, geb. 14.04.1803 in Mauenheim (AB Engen), gest. 13.06.1863 als Pensionär in Barga (AB Engen) (Academisch-Gesetzlicher Verein („Neutralia“) Freiburg 1820/21). Studium der Philologie, dann der kath. Theologie in Freiburg i. Br.; Ordination 17.09.1828, Vikar in Hochsal, Kaplanvertreter in Steißlingen, Pfarrverweser in Mühlhausen, 1832 Kaplan in Untermettingen; 1835 Pfarrer in Fürstenberg, 1842 in Schluchsee; 1848/49 in die badi-sche Revolution verwickelt; 24.10.1849 vom Hofgericht Freiburg wegen Teilnahme am Hochverrat zu zwei Jahren Zuchthaus oder Arbeitshaus verurteilt, 06.02.1850 verhaftet; nach Bestätigung des Urteils durch das Oberhofgericht im Rekurs am 23.05.1850 Vollzug; 1850 im Korrek-tionshaus, 08.05.1851 begnadigt; unter spezieller polizeilicher Aufsicht stehend nach Freilassung Vikar in Sinzheim; in absentia 1858 Pfarrer in Hofgrund, Grafenhausen Ottenheim b. Lahr; zur Aushilfe in Lautenbach, Bleichheim u. a. Orten.

Lit.: Joseph König, Necrologium Friburgense. 1827-1877. Beitrag zur Personalgeschichte und Statistik der Erzdiözese (1885), S. 132; Raab (1998), S. 1035 f. Internet (10.06.2020): Gundermann (o. J.), Matrikel der Universität Freiburg (1991). S. 186. K.G./P.K.

Zeller, Karl (Carl) August, geb. 21.07.1898 in Stuttgart als Sohn eines Oberfinanzrates, gest. 27.07.1974 ebd. (Germania-Tübingen 1916). Nach Besuch des Karls-Gymnasiums in Stuttgart zunächst Artilleriefreiwilliger beim Heer, aber als nur „garnisonsdienstverwendungsfähig“ nicht im Feld, sondern bei der Militärpolizei-zentrale eingesetzt; 1920 am Ausmarsch nach der Ruhr, zuvor am Zug nach Mün-

chen beteiligt; 1918-1921 Studium der Rechtswissenschaften u. a. in Tübingen; nach der Ersten juristischen Staatsprüfung 1921 Gerichtsreferendar, nach der Zweiten juristischen Staatsprüfung Gerichtsassessor; 1923 Dr. iur. Tübingen („Die Rechtsstellung Dritter bei Nichtigkeit und Anfechtbarkeit der Ehe“); 01.12.1923 Eintritt in die württembergische Innenverwaltung; 1926 als Regierungsassessor in Vaihingen zum Amtmann im OA Laupheim (bei Ulm) ernannt; 1928 auf Ersuchen als Regierungsrat in das OA Freudenstadt versetzt; 1929 Amtsverweser in Neresheim; 1933 erst in der Ministerialverwaltung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung, dann Amtsverweser in Herrenberg und in Kirchheim/Teck; Nov. 1933 Landrat in Herrenberg, nach der Auflösung des Landratsamts 1937 erst komm., dann Landrat in Neukirch; 1938 verwendet bei der Landesversicherungsanstalt (LVA) Württemberg (Angerbauer: „politisch motivierte Abschiebung“), 1938 ebd. Oberregierungsrat; im Zweiten Weltkrieg als Soldat im Felde (schmerzhaftes Gelenkleiden); bis 1946 in französischer Kriegsgefangenschaft; als Beamter 1945 aus dem Amt entlassen; 1946-1948 private archivalisch-genealogische Forschungen; 1948 Angestellter am Versorgungsamt Ravensburg, 1949 beim Landesamt für Soforthilfe im Innenministerium Württemberg-Hohenzollern; 1951 ebd. wieder Regierungsrat, 1952 Oberregierungsrat; zuletzt als Regierungsdirektor Leiter des Personalreferats bei der Präsidialstelle des Regierungspräsidiums in Tübingen, 1963 Ruhestand. Verfasser des Gedenkbuches für die im Zweiten Weltkrieg gefallenen Bundesbrüder.

Lit.: Alfred Zeller, Zellerbildnisse und Zellerschicksale aus 3 Jahrhunderten, in: Blätter für württembergische Familienkunde 4 (1931), S. 78-84; Burschenschaftler-Stammrolle 1934 (1934), S. 1096; Michael Ruck, Korpsgeist und Staatstreue. Beamte im deutschen Südwesten 1928 bis 1972 (1994, auch digital), S. 55 f., 111, 255; Angerbauer (1996), S. 396; Raab (1998), S. 1035 f.; Germania Tübingen (2008), Nr. 1852; Nachruf von Otto v. Heider in Bixier-Nachrichten v. Apr. 1975, Nr. 40, S. 4. Internet (10.06.2010): Familienstiftungen Paul Wolfgang Merkel und Werner Zeller (P). P.K.

Zielinski, Hans, geb. 12.12.1913 in Aachen als Sohn eines Berufsoffiziers und späteren Kriminalbeamten, gest. 25.12.2004 in Berlin (Hannovera-Göttingen 1932-1997). Nach Abitur in seiner Heimatstadt 1932 Studium der ev. Theologie in Göttingen und Berlin. Mitglied der NSDAP seit 01.03.1932 (Nr. 827705). Als Student schrieb er bereits Artikel für die konservative „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (DAZ), die 1936 sogar seinen Leitartikel über ein ökumenisches Seminar in Genf abdruckte. Darin Verteidigung des Gebots der Liebe im Sinne des Neuen Testaments gegen die neue „Ethik der Volksgemeinschaft“. Auf Rat des Chefredakteurs 1938 zunächst Abschluss des Studiums mit dem ersten theol. Examen, dann jedoch sogleich Volontär bei der DAZ. Dort häufige Befassung häufig mit kirchenpolitischen Themen. 1939 eingezogen und kurzzeitig in Polen. Da ihn der Garnisonsdienst langweilte, Bitte um eine andere Verwendung. Zuteilung zu einer Propagandakompanie und später auch in Norwegen. Dort wegen kritischer Anmerkungen über den „Endsieg“ aus dem Kameradenkreis angezeigt; kriegsgerichtliche Verurteilung wegen wehrkraftzersetzender Äußerungen zum Dienst in einem Strafbataillon. Nach Kriegsende in Hamburg; dort lernte er Curt Emmrich (Ps. Peter Bamm) kennen, der dort als Feuilletonist tätig war und beim Radio Hamburg, dem späteren NWDR, arbeitete. Dieser beauftragte Z., für den Sender über die Nürnberger Prozesse zu berichten. Nach mehreren Zwischenstationen – u. a. Tätigkeit für die Zeitschrift „Hörzu“, die „Deutsche Welle“, die Nacht Ausgabe und den Abendteil der „Frankfurter Neuen Presse“ und das ev. „Sonntagsblatt“ – 1956 beim „Spiegel“ und zwei Jahre später Übernahme von dessen Berliner Büro. Ein Artikel im „Spiegel“ über die Volksarmee der DDR, der nicht von ihm stammte, führte zur Verärgerung der Machthaber in Pankow. Die Staatssicherheit reagierte mit Psychoterror: bei Z. läutete nachts ständig das Telefon, es meldeten sich nicht bestellte Handwerker, Babysitter und Kammerjäger, Zeitungen in

West-Berlin erhielten den anonymen Hinweis, er sei auf der Transitstrecke verunglückt. Rudolf Augstein verfasste eine Hausmitteilung über die Angriffe der DDR gegen seinen Mitarbeiter und bot ihm eine Beschäftigung außerhalb Berlins an. Z. wollte die Stadt jedoch nicht verlassen und wechselte daher zur „Welt“. Mit dem Kurs dieser Zeitung, welche die Bezeichnung DDR nur in Anführungszeichen verwandte, kam er alsbald nicht mehr zurecht. Die Chefredaktion lehnte etwa strikt das Passierscheinabkommen vom 17.12.1963 ab, wonach West-Berliner Verwandte im Ostteil der Stadt besuchen durften, während Z. dieser den Menschen dienenden Vereinbarung durchaus Sympathie entgegenbrachte. 1964 nahm Z. das Angebot an, zum Sender Freies Berlin zu wechseln. Bis 1978 dort im Amt des „Ersten politischen Redakteurs“. Häufig als Kommentator in Hörfunk und Fernsehen; meist Äußerungen zu deutschland- und kirchenpolitischen Themen. In den 1970er Jahren er an der Kirchlichen Hochschule Berlin Lehrauftrag für Publizistik. Lange Jahre, weit über das aktive Berufsleben hinaus, Inhaber eines bedeutsames Ehrenamts als Leiter der Berliner Landespressekonferenz. Die letzte von ihm geleitete Veranstaltung verlief besonders hektisch, denn der britische Außenminister Douglas Hurd versuchte kurze Zeit nach dem Fall der Berliner Mauer, den Medienvertretern zu erklären, welche Vorstellungen Großbritannien von der Zukunft Deutschlands hatte. Z., der nach dem Krieg ganz bewusst keiner politischen Partei angehörte, legte immer großen Wert darauf, korrekt und neutral zu berichten. Das hob auch der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen (CDU) (Saravia-Berlin), in einem Glückwunschsreiben zu seinem 80. Geburtstag hervor. 10 Jahre später würdigte der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin, Walter Momper (SPD), ihn als „Doyen“ der Berliner Medienvertreter und schrieb u. a.: „An Ihrem Ehrentag können Sie auf Jahrzehnte erfolgreichen journalistischen Wirkens zurückblicken. In Berichterstattung und Kommentar haben Sie Maßstäbe für seriösen,

sachlich fundierten und überzeugenden Journalismus gesetzt. Darüber hinaus haben Sie sich mit ehrenamtlichem Engagement in der Berliner Pressekonferenz und anderen Gremien große Verdienste erworben“ (Abgeordnetenhaus von Berlin – Glückwünsche für H. Z.). Von 1979 bis 1989 hatte Z. ein weiteres Ehrenamt inne: er war Vorsitzender der VaB Berlin; danach gehörte er noch vier Jahre dem erweiterten Vorstand an. Zum hundertjährigen Stiftungsfest der VaB Berlin 1982 gab er mit Frithjof Kubsch (Frankonia-Bonn) die Festschrift „100 Jahre Vereinigung alter Burschenschaftler Berlin“ heraus. An den Geschicken seiner Verbindung sowie der Deutschen Burschenschaft nahm er stets lebhaften Anteil. Wenn sich eine Tendenz abzeichnete, die seinem Verständnis vom „burschenschaftlichen Proprium“ – wie er sich ausdrückte – nicht entsprach, gab es mit geschliffenen Worten eine umfassende Kritik, die sich allerdings nicht immer durchzusetzen vermochte. So kam es, dass er – enttäuscht von einigen Entwicklungen sowohl in der Deutschen Burschenschaft als auch in der Burschenschaft Hannovera – 1997 das Band niederlegte, gleichwohl danach aber noch mit vielen ehemaligen Bundes- und Verbandsbrüdern in regem Gedankenaustausch über burschenschaftliche Ideale und Ideen stand.

Lit.: Landespressedienst Berlin, herausgegeben vom Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Nr. 239 (DO), v. 10.12.1993, „Glückwunsch an H. Z.“; Der Tagesspiegel, Berlin, vom 12.12.2003 „Zeitungszeuge – Der Journalist H. Z. wird 90 Jahre alt“; Bernd Matthies, „H. Z. geb. 1913, „Kein Eisen ist so heiß, dass man es nicht anfassen könnte“, in: Der Tagesspiegel, Berlin, v. 14.01.2005 (auch digital); Nachruf in: Germanenbrief Nr. 1/2005, S. 13 der Alten Herren der Berliner Burschenschaft Germania e. V.; Bundeszeitung der Grünen Hannoveraner zu Göttingen, Jg. 95 Nr. 1, Apr. 2005, S. 10 f. „In memoriam H. Z.“; Hans Zielinski/Frithjof Kubsch, „100 Jahre Vereinigung alter Burschenschaftler zu Berlin“ (1981). Rezension, in: BBl 97 1982, H. 6, S. 176; Norbert Frei/Johannes Schmitz, Journalismus im Dritten Reich (3. Aufl., 1999), S. 62. Internet (02.12.2016): Abgeordnetenhaus von Berlin-Glückwünsche für H. Z. Mitteilung des BArch Berlin (Heinz Fehlauer) v. 04.07.2016. H.T.

Zimmermann, (Justus Friedrich Georg Joseph) Carl, geb. 23.08.1803 in Darmstadt als Sohn des ev. Theologen, Hofpredigers und Direktors des Pädagogs in Darmstadt Johann Georg Z., gest. 12.06.1877 ebd. (Alte Germania-Gießen 1821, Alte Heidelberger Burschenschaft). Nach Besuch des Gymnasiums in Darmstadt (1813-1820) Studium der ev. Theologie 1821-1823 in Gießen und Heidelberg (imm. 29.04.1823); nach Studienabschluss Privatlehrer für Griechisch und Latein, dann Mitvorsteher einer Privatschule in Darmstadt; 1827-1833 Lehrer an der Darmstädter Realschule, gleichzeitig 1829-1832 ordinerter Hilfsprediger („Freiprediger“) an der Stadtkirche ebd.; 1832-1835 Hofdiakon (mit besonderem Auftrag des Religionsunterrichts für die Prinzessin Marie, der späteren Zarin von Russland) und 1833-1837 Geschichtslehrer an der großherzogl. Militärschule in Darmstadt; 1835 Zweiter und 1841 Erster Hofprediger ebd.; Dez. 1837 Dr. theol. h. c. der Universität Gießen; 1841 Mitbegründer und Schriftführer des Gustav-Adolf-Vereins, Redaktion des „Jahrbuchs der theologischen Literatur“ (1826 ff.); 1847-1872 Superintendent der Prov. Starkenburg sowie Oberpfarrer in Darmstadt, Erster Konsistorialrat; 1847 Berufung in das Kirchenregiment sowie Ernennung zum Prälaten und Superintendenten, womit zugleich die Stelle eines Oberpfarrers in Darmstadt und Predigers an der Schlosskirche verbunden war; 1848 Mitglied der Verfassungskommission der Ev. Kirche; einflussreicher Schriftleiter kirchlicher und theolog. Zeitschriften; Fortsetzung der von seinem Bruder Karl Z. 1822 gegründeten „Allgemeinen Kirchenzeitung“ und der „Allgemeinen Schul-Zeitung“, Hrsg. der homiletischen Zeitschrift „Die Sonntagsfeier. Wöchentliche Blätter für Kanzelberedsamkeit und Erbauung“ (1834-1871); Begründer des „Theologischen Literaturblatts“ (1841 ff.) und (mit Christian Gottlob Großmann) seit 1843 des „Boten des Gustav-Adolf-Vereins“; als Prälat 1847-1849 im 11., 1851-1872 im 14.-20. Landtag Abgeordneter der Ersten Kammer der Landstände des Großherzog-

tums Hessen in Darmstadt; 1848 Mitglied des Frankfurter Vorparlaments und der Verfassungskommission der ev. Kirche; 1872 pensioniert. Veröffentlichungen u. a.: „Die christliche Toleranz. 5 Predigten“ (1842, mehrere Aufl.), „Vorlesung über den Evangelischen Verein der Gustav-Adolf-Stiftung zum Besten der armen Spinner und Weber zu Schlitz und in Schlesien am 2. Mai 1844 gehalten“



(1844), „Dr. Martin Luthers Leben ...“ (1849, 2. Aufl. 1855), „Der Gustav-Adolf-Verein. Ein Wort von ihm und für ihn“ (1854, mehrere Aufl. unter z. T. veränderten Titeln), „Tabea oder die Frauenvereine des Evangelischen Vereins der Gustav-Adolf-Stiftung“ (1864), „Beiträge zur Vergleichenden Homiletik. Predigten an Gustav-Adolfs-Festen“ (1866), „Die Evangelische Diaspora und die Wirksamkeit der Evangelischen Kirche für dieselbe. Ein Beitrag zur Geschichte der evangelischen Kirche“ (3 Bde., 1868/1869), „Der Gustav-Adolf-Verein nach seiner Geschichte, seiner Verfassung und seinen Werken. Aus dem Nachlass des Verstorbenen herausgegeben von seinem Sohne Wilhelm Zimmermann“ (1878). Außerdem Veröffentlichung zahlreicher Predigtzyklen.

Lit.: Heinrich Eduard Scriba, Biographisch-literarisches Lexikon der Schriftsteller des Großherzogtums Hessen im ersten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts 1 (1831), S. 482 f., 2 (1843), S. 834-837; Carl Strack, Prälat Dr. K. Z. in Darmstadt, des-

sen Leben und Verdienste um den Gustav-Adolf-Verein (1878, 2. Aufl. 1891); ADB 45 (1900), S. 280-283 (Wilhelm Diehl); RGG 5 (2004), Sp. 1911 f. (H. Steitz); Deutsches Geschlechterbuch 69 (1930), S. 666 f.; Beiträge zur Geschichte der Gießener Urburschenschaft (1931), S. 78-84; BL 2 (1942), S. 62; Hessisches Schriftstellerlexikon, 2. Abt. Kössler (1976), S. 220; Ruppel/Groß (1980), Nr. 1025; Lengemann (1996), S. 425; Bautz 14 (1998), S. 504 f. (Burkard Krug); Stadtlexikon Darmstadt (2006), S. 1019 f. (Karl Dienst); Rack/Vielsmeier (2008), S. 1001 f. Internet (27.04.2020): K. Z. (Theologe), Hessische Biographie LAGIS Hessen. Mitteilung von Gernot Schäfer (Gießen) v. 27.04.2020. P.K.

Zimmermann, (Christian) Ludwig (Wilhelm), geb. 18.02.1806 in Gießen als Sohn eines Generalmajors, gest. 10.02.1881 in Darmstadt (Alte Germania-Gießen 1822/23). Studium der Rechtswissenschaften in Gießen; 1833 Assessor mit Stimme am Stadtgericht Gießen; 1835 Landgerichtsassessor in Schotten, 1844 in Ulrichstein, 1847 in Seligenstadt; 1852 Mitglied und Rat des Hofgerichts in Darmstadt; 1856-1862 im 15.-16. Landtag als Abgeordneter der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen in Darmstadt (Wahlbezirk Starkenburg 4 Seligenstadt); 1869 Geh. Hofrat; 1875 Pensionierung.

Lit.: BL 2 (1942) Gießen, F. Germania Nr.110; Ruppel/Groß (1980), S. 279 f.; Lengemann (1996), S. 424; Rack/Vielsmeier (2008), Nr. 1024. Internet (27.12.2018): Hessische Biografie LAGIS Hessen. G.Sch./P.K.

Zutt, Wilhelm (Willy) Philipp, geb. 18.06.1890 in Karlsruhe, gest. 11.05.1962 in Mannheim (Derendingia-Tübingen 1911/12). Studium der Rechtswissenschaften in Tübingen; Teilnahme am Ersten Weltkrieg als Vizefeldwebel, zum Leutnant d. R. befördert und schließlich schwer verwundet (mehrere Operationen); kurz nach Kriegsende Referendar-Examen an

der Universität Heidelberg, Dr. iur.; Syndikus bei der Rheinischen Creditbank. 1931 in Mannheim mit Rechtsanwalt Heinrich Kronstein Gründung einer auf Patentrecht spezialisierten Sozietät; 1933 Mitglied des Aufsichtsrates der Mannheimer Gummifabrik AG; kein Mitglied der NSDAP; Austritt aus dem „Stahlhelm“, als dieser der SA eingegliedert wurde; da er aufgrund seiner jüdischen Herkunft nicht mehr als Anwalt praktizieren durfte und den Schikanen der Nationalsozialisten ausgeliefert war, 1935 Emigration in die USA. Schon während des Krieges erscheint sein Name in einer von Allen Welsh Dulles, Vertreter des US-Geheimdienstes „Office of Strategic Services“ in Bern, verfassten Liste mit Namen potentieller hoher Beamter für ein Justizministerium im Nachkriegsdeutschland; galt als potentieller Funktionär für den Wiederaufbau der Verwaltung und der Wiederherstellung der Ordnung im zerstörten US-Sektor; 10.05-08.07.1945 Stellv. Oberregierungspräsident in Neustadt und Leiter der Abt. Wirtschaft und Verkehr; Herbst 1945 Angebot der US-Militärregierung, Ministerpräsident in Groß-Hessen zu werden, was er jedoch ablehnte, Empfehlung seines Soziums' Karl Geiler (1945-1946 erster Ministerpräsident nach dem Krieg). Von der Militäradministration zum Sprecher der Mannheimer Anwälte ernannt, machte er sich in der Nachkriegszeit auch als Wirtschaftsfachanwalt einen Namen. In den 1950er und frühen 1960er Jahren Mitglied zahlreicher Aufsichts- und Beiräte (u. a. Mitglied des Beirats der Deutschen Bank). Die von Z. mitgegründete Kanzlei besteht heute als Sozietät Schilling, Zutt und Anschütz fort.

Lit.: MV Derendingia (1967) Nr. 489; Burschenschaftler-Stammrolle 1934 (1934), S. 567. Internet (27.12.2020): Tübinger Burschenschaft Derendingia. Bekannte Mitglieder (Wikipedia), Geschichte-SZA Schilling, Zutt & Anschütz (P). P.K.

Literaturverzeichnis

- Acker, Isabella/Weissensteiner, Friedrich: Österreichisches Personenlexikon der ersten und zweiten Republik, Wien 1992.
- Alberti, Eduard (Hrsg.): Lexikon der Schleswig-Holstein-Lauenburgischen und Eutinischen Schriftsteller von 1829 bis Mitte 1866, 1. Abt. A-L, Kiel 1867, 1866-1882 im Anschluß an des Verfassers Lexikon von 1829-1866, 1. Bd., Kiel 1885.
- Ders.: Lexikon der Schleswig-Holstein-Lauenburgischen und Eutinischen Schriftsteller von 1829 bis Mitte 1866, 2. Abt., M-Z, Kiel 1868.
- Ders.: Lexikon der Schleswig-Holstein-Lauenburgischen und Eutinischen Schriftsteller von 1866-1882, 2 Bde., Kiel 1885-1886.
- Alemannen-Album: Mitgliederverzeichnis der Burschenschaft Alemannia zu Bonn vom 18. Juli 1844 bis April 1969 und der Burschenschaft Alemannia zu Münster 1919-1935, Dortmund 1969.
- Allgemeine Deutsche Biographie. Auf Veranlassung Seiner Majestät des Königs von Bayern, hrsg. durch die historische Commission bei der Königl. Akademie der Wissenschaften, 1.-56. Bd., Leipzig 1875-1912 (Nachdruck 1967; auch im Internet).
- Andreae, Julius/Grießbach, Fritz: Die Burschenschaft der Bubenreuther 1817-1967, Erlangen 1967.
- Angerbauer, Wolfram (Red.): Die Amtsvorsteher der Oberämter, Bezirksämter und Landratsämter in Baden-Württemberg 1810 bis 1972. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft der Kreisarchive beim Landkreistag Baden-Württemberg, Stuttgart 1996 (auch digital).
- Aspetsberger, Friedbert: Literarisches Leben im Austrofaschismus. Der Staatspreis, Königstein/Ts. 1980.
- Aula: Die Aula. Freie Monatsschrift für Kultur, Wirtschaft und Politik (Jg. 1-2 Der Freiheitliche Akademiker), Jg. 1 ff., Graz 1951 ff.
- Aurnhammer, Achim/Kühlmann, Wilhelm/Schmidt-Bergmann, Hansgeorg (Hrsg.): Von der Spätaufklärung zur Badischen Revolution. Literarisches Leben in Baden zwischen 1800 und 1850, Freiburg i. Br./Berlin/Wien 2010.
- Baden-Württembergische Biographien, hrsg. von Bernd Ottvad, Bd. 1 ff., Stuttgart 1994 ff.
- Badische Biographien, hrsg. von Friedrich von Weech (ab V. Teil mit A. Krieger, VI. Teil von A. Krieger und K. Obser), 1.-6. Teil, Heidelberg 1875-1935.
- Bauer, Adam: Badens Volks-Vertretung in der zweiten Kammer der Landstände von 1819-1891, Karlsruhe 1891.
- Baumgartner, Gabriele/Hebig, Dieter: Biographisches Handbuch der SBZ/DDR 1945- 1990, 2 Bde., München 1995-1996.
- Baur, Uwe/Gradwohl-Schlacher, Karin: Literatur in Österreich 1938-1945: Handbuch eines literarischen Systems, Wien/Köln/Weimar, Bd. 1 Steiermark 2008, Bd. 2 Kärnten 2011.
- Bautz, Traugott (Hrsg.): Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Herzberg, Bd. 1-14, 1975-1998, Ergänzungen I ff. 1998 ff.
- Beiträge zur Geschichte der Gießener Urburschenschaft. Festgabe zum 80. Stiftungsfest der Gießener Burschenschaft Germania, hrsg. von Herman Haupt und Hans Schneider, Gießen 1931.
- Benz, Wolfgang/Graml, Hermann (Hrsg.): Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, München 1988.
- Berka, Günther (Bearb.): 100 Jahre Deutsche Burschenschaft in Österreich 1859-1959. Die geistige Leistung ihrer bedeutenden Männer. Bearb. im Auftrage des Allgemeinen Delegiertenkonventes der Deutschen Burschenschaft in Österreich, Graz 1959.
- Best, Heinrich/Weege, Wilhelm: Biographisches Handbuch der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49 (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 8, ergänzte Taschenbuchausgabe), Düsseldorf 1998.
- Biographisches Jahrbuch und Deutscher Nekrolog 1 1896 (1897)-18 1913 (1917).
- Biographisches Lexikon des Aargaus 1803-1957, Redaktion Otto Mittler und Georg Boner, Aarau 1958.
- Biographisches Jahrbuch und Deutscher Nekrolog, hrsg. von Anton Bettelheim, 1.-19. Bd., Berlin 1897-1917.
- Bosl, Karl (Hrsg.): Bosl's Bayerische Biographie, 800 Persönlichkeiten aus 15 Jahrhunderten, Regensburg 1983.
- Breitkopf, Bernd: Die alten Landkreise und ihre Amtsvorsteher. Die Entstehung der Ämter und Landkreise im heutigen Landkreis Karlsruhe – Biographien der Oberamtmänner und Landräte von 1803 bis 1997, Ubstadt-Weiher 1997.
- Bremische Biographie des neunzehnten Jahrhunderts. Hrsg. von der Historischen Gesellschaft des Künstlervereins, Bremen 1912.
- Brümmer, Franz (Bearb.): Lexikon der deutschen Dichter und Prosaisten vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, 8 Bde., 6. Aufl. Berlin 1913 (Nachdruck 1975).
- Die Burschenschaft der Bubenreuther 1817-2017, hrsg. von Arnulf Baumann, Dieter Janson und Helmut Christ, Erlangen 2017.
- Burschenschafterlisten: Geschichte und Mitgliederverzeichnisse der burschenschaftlichen Verbindungen im großdeutschen Raum 1815-1936. Im Auftrag der Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung

- sung hrsg. von Paul Wentzcke. 1. Bd: Geschichte und Mitgliederverzeichnisse burschenschaftlicher Verbindungen in Alt-Österreich und Tübingen 1816-1936, von Max Doblinger und Georg Schmidgall mit einer Einführung von Paul Wentzcke, Görlitz 1940, 2. Bd: Geschichte und Mitgliederverzeichnisse burschenschaftlicher Verbindungen in Straßburg, Gießen und Greifswald 1814-1936, von Paul Wentzcke, Hans Schneider, Georg Lehnert, Otto Heinemann und Wilhelm Zimmermann, mit einer Einführung von Paul Wentzcke, Görlitz 1942, 3. Bd.: Geschichte und Mitgliederverzeichnisse burschenschaftlicher Verbindungen in Erlangen 1816 bis 1938, von Paul Wentzcke, Görlitz 1944.
- Burschenschafter-Stammrolle 1934. Verzeichnis der Mitglieder der Deutschen Burschenschaft nach dem Stande vom Sommer-Semester 1934. Hrsg. von Willy Nolte, Berlin 1934.
- Burschenschafter-Stammrolle 1991. Nach dem Stand vom 1. Januar 1991, o. O. und o. J. (1991).
- Burschenschaftliche Blätter, 1. Jg. ff., 1887 ff.
- Carl, Viktor: Lexikon Pfälzer Persönlichkeiten, 3. Aufl. Edenkoben 2004.
- Cerwinka, Günter: ... und heraus mit mut'gem Sang. Beiträge zur österreichischen Studenten- und Studentenvereinsgeschichte, Graz 2002.
- Czeike, Felix: Das Große Groner Wien Lexikon, Wien, München, Zürich 1974.
- Ders.: Historisches Lexikon Wien, 5 Bde., Wien 1992-1997, Ergänzungsband 2004 (auch digital).
- Danubia. Frei in Rede – kühn in Tat. Die Geschichte der Burschenschaft Danubia zu München. Bd. 1: Chronik von 1848 bis 1998, namhafte Danuben, Mitgliederliste (1998).
- Darstellungen und Quellen zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert, im Auftrag der Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung herausgegeben, Bd. 1-22, Heidelberg 1957-2019.
- Deutsche Biographische Enzyklopädie, 2. Aufl., hrsg. von Rudolf Vierhaus, Bd. 1-10, München 2005-2008.
- Deutsche Wirtschaftsführer. Lebensgänge deutscher Wirtschaftspersönlichkeiten, bearb. von Georg Wenzel, Hamburg 1929.
- Deutscher Parlaments-Almanach. Hrsg. von Georg Hirth, Berlin, Bd. 9 1871-Bd. 16 1887.
- Deutsches Biographisches Jahrbuch, hrsg. vom Verbands der Deutschen Akademien, Bd. 1-5 und 10, Berlin, Leipzig 1925-1931.
- Deutsches Geschlechterbuch, Bd. 31 ff. Görlitz 1919 ff., Bd. 120 ff. Glücksburg 1955 ff., Bd. 124 ff. Limburg 1960 ff.
- Deutschlands, Österreich-Ungarns und der Schweiz Gelehrte, Künstler und Schriftsteller in Wort und Bild, Leipzig 1908.
- Devey, Robert: Briefe von Schweizer Studenten an deutschen Universitäten im 19. Jahrhundert, Schopfheim o. J. (2010).
- Drüll, Dagmar: Heidelberger Gelehrtenlexikon 1803-1932, Berlin/Heidelberg/New York/Tokyo 1986.
- Eckart, Rudolf: Lexikon der Niedersächsischen Schriftsteller von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart, Osterwieck 1891 (Nachdruck Hildesheim 1974).
- Eisler, Rudolf: Philosophen-Lexikon. Leben, Werke und Lehre der Denker, Berlin 1912.
- Encyclopaedia Judaica, 15 Bände und Index, Jerusalem 1971-1972, 2. Aufl. 2007.
- Festschrift 2015. „Deutschland immer gedient zu haben ist unser höchstes Lob!“ Zweihundert Jahre Deutsche Burschenschaften. Eine Festschrift zur 200. Wiederkehr des Gründungstages der Burschenschaft am 12. Juni 1815 in Jena, hrsg. von Harald Lönnecker (= DuQ, Bd. 21), Heidelberg 2015.
- Frankonia (Gießen): 125 Jahre Gießener Burschenschaft Frankonia 1872-1997. Hrsg. von Gernot Schäfer und Rüdiger Fiedler, Gießen 1997.
- Führerlexikon: Das Deutsche Führerlexikon 1934/35, Berlin 1934.
- Gästealbum 1858. „Album der Gäste der Burschenschaft auf dem Burgkeller in den Tagen des dreihundertjährigen Jubiläums der Universität Jena [1858]“, hrsg. von Peter Kaupp, in: Einst und Jetzt, Jahrbuch des Vereins für corpsstudentische Geschichtsforschung, Bd. 53, Möhrendorf 2008, S. 331-363.
- Geißler, Max: Führer durch die deutsche Literatur des zwanzigsten Jahrhunderts, Weimar 1913.
- Burschenschaft Germania Tübingen. Gesamtverzeichnis der Mitglieder seit der Gründung 12. Dezember 1816. Neuauflage erstellt von Karl Philipp, Stuttgart 2008.
- Giebisch, Hans/Gugitz, Gustav: Bio-Bibliographisches Literaturlexikon Österreichs. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Wien 1964.
- Goldenes Buch der Burschenschaft Allemannia zu Heidelberg. Neubearbeitung zum 150. Stiftungsfest, Öffentliche Fassung, hrsg. von Wolf Reinbach, Heidelberg 2006.
- Grewolls, Grete: Wer war wer in Mecklenburg-Vorpommern, Das Personenlexikon, Rostock 2011 (DVD, ohne Seitenangaben).
- Gundermann, Karl: Die Mitglieder der alten Freiburger Burschenschaft 1816-1851 (Internet, Druck i. V.).
- Haan, Wilhelm (Hrsg.): Sächsisches Schriftsteller-Lexicon: alphabetisch geordnete Zusammenstellung der im Königreich Sachsen gegenwärtig lebenden Gelehrten, Schriftsteller und Künstler, nebst kurzen biographischen Notizen und Nachweis ihrer im Druck erschienenen Werke, Leipzig 1875 (Nachdrucke 1983 und 2016).

- Habermann, Alexandra u. a.: Lexikon deutscher wissenschaftlicher Bibliothekare 1925-1980, Frankfurt a. M. 1985.
- Hamburgische Biografie: Personenlexikon, hrsg. von Frank Kopitzch und Dirk Brietzke, 6 Bde., Hamburg 2001-2012.
- Hartkopf, Werner: Die Berliner Akademie der Wissenschaften. Ihre Mitglieder und Preisträger 1770-1990, Berlin 1992.
- Haunfelder, Bernd: Biographisches Handbuch für das Preußische Abgeordnetenhaus 1849-1867, Düsseldorf 1994.
- Haunfelder, Bernd/Pollmann, Klaus Erich: Reichstag des Norddeutschen Bundes 1867-1870. Historische Photographien und biographisches Handbuch (Photodokumente zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, hrsg. von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 2), Düsseldorf 1989.
- Heiduk, Franz: Oberschlesisches Literatur-Lexikon: biographisch-bibliographisches Handbuch, Tl. 1 A-H, Berlin 1990, Tl. 2 I-P, Berlin 1998, Tl. 3 Q-Z (mit Nachträgen zu Bd. 1 und 2), Berlin 2000.
- Herlemann, Beatrix unter Mitarbeit von Helga Schatz, Biographisches Lexikon niedersächsischer Parlamentarier 1919-1945, Hannover 2004.
- Hinrichsen, Adolf: Das literarische Deutschland, 1. Aufl. Berlin 1887, 2. Aufl. ebd. 1891 (auch im Internet).
- Hirth's Parlaments-Almanach. Hrsg. von Georg Hirth, Berlin, Bd. 1 1867- Bd. 13 1878 (auch im Internet).
- Höhne, Ernst: Die Bubenreuther, Geschichte einer deutschen Burschenschaft, Erlangen 1936.
- Jarck, Horst-Rüdiger/Scheel, Günter (Hrsg.): Braunschweigisches Biographisches Lexikon, 19. und 20. Jahrhundert, Hannover 1996.
- Jenewein, Hans: Das Silesenbuch 2016, 2 Tle., Wien 2016.
- Jüdisches Lexikon. Ein enzyklopädisches Handbuch des jüdischen Wissens in vier Bänden, Hrsg. Georg Herlitz und Bruno Kirchner: 4 Bde., Berlin 1927-1930 (Nachdruck Frankfurt a. M. 1987).
- Kalkoff, Hermann: Nationalliberale Parlamentarier 1867-1917 des Reichstages und der Einzellandtage. Beiträge zur Parteiengeschichte, Berlin 1917.
- Kaupp, Peter (Hrsg.): Burschschafter in der Paulskirche, hrsg. von der Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung, Dieburg 1999.
- Killy, Walter (Hrsg.): Literaturlexikon. Autoren und Werke des deutschsprachigen Kulturraums, 1. Aufl., 15 Bde., Gütersloh u. a., 1988-1991, 2. vollständig überarbeitete Aufl., 13 Bände, Gütersloh, 2008-2012.
- Klee, Ernst: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt a. M. 2003.
- Kleindel/Veigl: Das Große Buch der Österreicher. 4500 Personaldarstellungen in Wort und Bild, Namen, Daten, Fakten. Zusammengestellt von Walter Kleindel unter Mitarbeit von Hans Veigl, 1987.
- Klötzer, Wolfgang: Abgeordnete und Beobachter. Kurzbiographien und Literaturnachweise, in: Wentzcke, Paul: Ideale und Irrtümer des ersten deutschen Parlaments (= DuQ, Bd. 3), Heidelberg 1959.
- Koch, Rainer (Hrsg.): Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49. Ein Handlexikon der Abgeordneten der deutschen verfassungsgebenden Reichs-Versammlung, Frankfurt a. M. 1989.
- Kössler, Franz (Bearb.): Register zu den Matrikeln und Inscriptionsbüchern der Universität Gießen WS 1807/08-WS 1850 (Berichte und Arbeiten aus der Universitätsbibliothek Gießen, Bd. 25), Gießen 1976.
- Ders.: Personenlexikon von Lehrern des 19. Jahrhunderts. Berufsbiographien aus Schul-Jahresberichten und Schulprogrammen 1825-1918 mit Veröffentlichungsverzeichnissen. Universitätsbibliothek Gießen, Giessener Elektronische Bibliothek, digitaler Vorabdruck 2008 (ohne Seitenangaben).
- Kosch, Wilhelm: Biographisches Staatshandbuch. Lexikon der Politik, Presse und Publizistik. Fortgeführt von Eugen Kuri, Bd. 1 und 2, München 1963 (zit.: Kosch BStHB)
- Ders.: Deutsches Literatur-Lexikon, Biographisch-Bibliographisches Handbuch, begründet von Wilhelm Kosch, 3. Aufl., hrsg. von Bruno Berger, Heinz Rupp und Carl Ludwig Lang, hrsg. von Hubert Herkommer, Bd. 1-29, Bern/München 1968-2009, Erg.bde. 1994 ff. (zit.: Kosch LL).
- Ders.: Deutsches Literatur-Lexikon. Das 20. Jahrhundert, hrsg. von Wilhelm Kosch, Bd. 1 Bern/München 2000 ff., ab Bd. 14 hrsg. von Konrad Feilchenfeld, Berlin/New York 2014 ff. (zit.: Kosch LL 20. Jahrhundert).
- Ders.: Das Katholische Deutschland. Biographisches-Bibliographisches Lexikon, Augsburg, Bd. 1 1933, Bd. 2 1937, Bd. 3 1938 (mehr nicht ersch.) (zit.: Kosch KD).
- Ders.: Deutsches Theater-Lexikon. Biographisch-bibliographisches Handbuch, Bd. 1 (1953)-7 (2012) Klagenfurt/Bern/Berlin/Zürich (zit.: Kosch ThL).
- Kühne, Thomas: Handbuch der Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus 1867-1918. Wahlergebnisse, Wahlbündnisse und Wahlkandidaten, Düsseldorf 1994.
- Kürschner, Joseph: Deutscher Gelehrten-Kalender, 1.-16. Ausg., Berlin/Leipzig/(New-York) 1925-1992 (zit.: Kürschner DGK).
- Ders.: Deutscher Literaturkalender (nebst Nekrolog) 1901-1935 und 1936-1970, Jg. 1 ff., Berlin 1879 ff. (zit.: Kürschner DLK).

- Ders.: Deutscher Literaturkalender Nekrolog 1 1901-1935 (1936), 2 1936-1970 (1973), 3 1971-1998 (1999) (zit.: Kürschner DLK Nekrolog).
- Kutzbach, Karl August: Autorenlexikon der Gegenwart, Bonn 1950.
- Leesch, Wolfgang: Die deutschen Archivare 1500-1945, Bd. 2, Biographisches Lexikon, München 1992.
- Lengemann, Jochen: MdL Hessen 1808-1996. Biographischer Index, Marburg 1996.
- Ders.: Thüringer Pfarrer als Abgeordnete in Thüringer Parlamenten. Kurzbiographien von Pfarrern, die Mitglieder der gesamtthüringischen Volksvertretungen 1919/20 bis 1952 waren, und annotierte Auflistung der Pfarrer, die den Landtagen der thüringischen Einzelstaaten und den Gebietsvertretungen in der Verfassungszeit (1809-1923) angehört haben, in: Kirchen und kirchliche Aufgaben in der parlamentarischen Auseinandersetzung in Thüringen vom frühen 19. bis ins ausgehende 20. Jahrhundert (2005), S. 325-359.
- Lexikon des Judentums, Chefred. John F. Oppenheimer, Gütersloh 1971.
- Lilla, Joachim (Bearb.): Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933-1945. Ein biographisches Handbuch. Unter Einbeziehung der völkischen und nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten ab Mai 1924, Düsseldorf 2004.
- Lönnecker, Harald: Die Mitglieder der Halleschen Burschenschaft 1814-ca. 1850, in: DuQ 16 (2008), S. 82-311.
- Ders.: „Das Thema war und blieb ohne Parallel-Erscheinung in der deutschen Geschichtsforschung“. Die Burschenschaftliche Historische Kommission (BHK) und die Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung e. V. (GfbG) (1898/1909-2009) (= DuQ, Bd. 18), Heidelberg 2009.
- Ders.: Die Mitglieder der Jenaischen Burschenschaft ca. 1820-1849/50, in: DuQ 21 (2015), S. 147-472.
- Lowenthal, Ernst G: Juden in Preußen, biographisches Verzeichnis; ein repräsentativer Querschnitt, 2. Aufl., Berlin 1982.
- Die Matrikel der Universität Freiburg im Breisgau von 1806-1870, bearb. von Adolph Thomas. Freiburg Dez. 1991 (auch digital).
- Meo: Altherrenzeitung (Altherrenzeitschrift) der Burschenschaft Frankonia zu Heidelberg 1914-1919.
- Mitgliederverzeichnis der Burschenschaft Derendingia zu Tübingen 1877 bis 1967, herausgegeben vom Verein Altherrenschaft der Burschenschaft Derendingia zu Tübingen, Tübingen 1967.
- Nagl/Zeidler/Castle: Deutsch-österreichische Literaturgeschichte. Ein Handbuch zur Geschichte der deutschen Dichtung in Österreich-Ungarn. Nach dem Tod von Johann Willibald Nagel hrsg. von Jakob Zeidler und Eduard Castle, Wien, Bd. 1 1899, Bd. 2 1914, Bd. 3 1935, Bd. 4 1931-1937.
- Neue Deutsche Biographie, hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 1 ff., Berlin 1957 ff. (unter www.deutsche-biographie.de online frei zugänglich).
- Neues Lexikon des Judentums. Hrsg. Julius H. Schoeps, Gütersloh 1998.
- Österreich-Lexikon. In zwei Bänden, hrsg. von Richard und Maria Bamberger, Wien 1965-1966, 2. Aufl. hrsg. von Richard Bamberger, ebd. 1995.
- Österreichisches Biographisches Lexikon 1815-1950, hrsg. von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 1.-10. Bd., Wien (Graz/Köln) 1957-1994 (Online-Edition).
- Philo-Lexikon. Handbuch des jüdischen Wissens Berlin 1936, Nachdruck Frankfurt a. M. 1992.
- Quellen und Darstellungen zur Geschichte der Burschenschaft und der deutschen Einheitsbewegung, hrsg. im Auftrage der Burschenschaftlichen Historischen Kommission (der Gesellschaft für Burschenschaftliche Geschichtsforschung), Bd. 1-17, Heidelberg 1910-1940, Ergänzung: Beihefte 1-6, 1927-1936 (Neuaufgabe 1990).
- Raab, Heinrich: Revolutionäre in Baden 1848/49. Biographisches Inventar für die Quellen im Generallandesarchiv Karlsruhe und im Staatsarchiv Freiburg, Stuttgart 1998.
- Raberg, Frank: Biografisches Lexikon für Ulm und Neu-Ulm 1802-2009, Ostfildern 2010 (auch digital).
- Rack, Klaus Dieter/Vielsmeier, Bernd (Bearb.): Hessische Abgeordnete 1820-1933. Biografische Nachweise für die Erste und Zweite Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen 1820-1918 und den Landtag des Volksstaates Hessen 1919-1933, Darmstadt 2008.
- Reichshandbuch der Deutschen Gesellschaft. Das Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild, eingeleitet von Ferdinand Tönnies, 2 Bde., Berlin 1930-1931 (Mikrofiche-Ausgabe o. J.).
- Die Religion in Geschichte und Gegenwart, Handwörterbuch für Theologie und Religionswissenschaft, 5 Bände und Registerband, 2. Aufl., Tübingen 1927-1932, 3. Aufl. ebd. 1957-1965, 4. Aufl., 8 Bde. und ein Registerband, Tübingen 1998-2004.
- Renkhoff, Otto: Nassauische Biographie, Kurzbiographien aus 13 Jahrhunderten, Wiesbaden 1985, 2. Aufl., Historische Kommission für Nassau 1992.
- Rössler, Hellmut/Franz, Günther: Biographisches Wörterbuch zur deutschen Geschichte, München 1953, 2. Aufl. bearb. von Karl Bosl, Günther Franz und Hanns Hubert Hofmann, 3 Bde., München 1973-1975.
- Roth, Adolf/Thorbecke, Paul (Hrsg.): Die badischen Landstände, insbesondere die Zweite Kammer, Karlsruhe 1907.
- Ruppel, Hans Georg/Groß, Birgit (Bearb.): Hessische Abgeordnete 1820-1933. Biographische Nachweise für die Landstände des Großherzogtums Hessen (2. Kammer) und den Landtag des Volksstaates Hessen,

- Darmstadt 1980. Erg.bd.: Biographische Nachweise für die Erste Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen; Ergänzungen und Berichtigungen für die Zweite Kammer und den Landtag, bearb. von Hannelore Götz, Darmstadt 1995.
- Sautter, Udo (Hrsg.): Biographisches Lexikon zur deutschen Geschichte, München 2002.
- Schäfer, Gernot: Arminia Gießen (1885-1935) und Palatia Gießen (1927-1933). Geschichte und Mitglieder der Gießener Burschenschaften im Allgemeinen Deutschen Burschenbund (ADB), Bad Nauheim 2017.
- Schneider, Gustav Heinrich: Die Burschenschaft Germania zu Jena, Jena 1897.
- Schroeter, Bernhard: Leben und Streben dem Vaterland. Die Geschichte der Burschenschaft Germania zu Jena, Teil II: Von 1897 bis 1995 – Von Jena nach Jena, Bd. 1: Kaiserreich, Weimarer Republik und Drittes Reich, Bd. 2: Nachkriegszeit und Bundesrepublik, Anhang, Anlagen, Beilagen und Register. Festschrift zum 180. Stiftungsfest, Göttingen 1996.
- Schwarz, Max: M. d. R. Biographisches Handbuch der Reichstage, Hannover 1965.
- Selle, Götz von: Ostdeutsche Biographien: 365 Lebensläufe in Kurzdarstellungen, Würzburg 1955.
- Simon, Barbara (Bearb.): Abgeordnete in Niedersachsen 1946-1994. Biographisches Handbuch, Hannover 1996.
- Stamm-Buch der Jenaischen Burschenschaft. Die Mitglieder der Urburschenschaft 1815-1819, bearb. von Peter Kaupp, Köln 2005.
- Steiger, Günter: Die Teilnehmerliste des Wartburgfestes von 1817. Erste kritische Ausgabe der sog. „Präsenzliste“, in: DuQ 4 (1963), S. 65-133.
- Stern, Desider: Werke von Autoren jüdischer Herkunft in deutscher Sprache: eine Bio-Bibliographie, 3. Aufl., Wien 1970.
- Sternfeld, Wilhelm/Tiedemann, Eva: Deutsche Exil-Literatur 1933-1945, eine Bio-Bibliographie, 1. Aufl. 1962, 2. Aufl., mit einem Vorwort von Hanns W. Eppelsheimer, Heidelberg 1970.
- Stockhorst, Erich: Fünftausend Köpfe. Wer war was im Dritten Reich, Velbert 1967 (mehrere Nachdrucke).
- Stucken, Günther (Hrsg.): Göttinger Brunsvigen seit 1848. Festschrift zum 160. Stiftungsfest der Burschenschaft Brunsviga, Göttingen 2008.
- Taddey, Gerhard: Lexikon der deutschen Geschichte: Personen, Ereignisse, Institutionen; von der Zeitenwende bis zum Ausgang des 2. Weltkrieges, 1. Aufl. Stuttgart 1977, 2. Aufl. 1983, 3. Aufl. 1998.
- Tegtmeyer, Henning (Hrsg.): Mitgliederverzeichnis der Burschenschaft Hannovera zu Göttingen 1848-1998, Düsseldorf 1998.
- Teichl, Robert: Österreicher der Gegenwart. Lexikon schöpferischer und schaffender Zeitgenossen, hrsg. vom Österreich-Institut, Organisatorische Mitwirkung: Hertha Anders-Schober, Wien 1951.
- Tetzlaff, Walter: 2000 Kurzbiographien bedeutender deutscher Juden des 20. Jahrhunderts, Lindhorst 1982.
- Thomann, Björn: Gründung und Entwicklung der alten Bonner Burschenschaft 1818-1821, in: DuQ 21 (2015), S. 79-146.
- Türler: Historisch-Biographisches Lexikon der Schweiz, hrsg. von Heinrich Türler, Marcel Godet und Victor Attinger, 7. Bde., Neuenburg 1921-1934.
- Verzeichnis der Alten Burschenschafter nach dem Stande vom August 1893. Im Auftrage der Vereinigung alter Burschenschafter gesammelt und herausgegeben vom Vorort Marburg, Leipzig 1893.
- Verzeichnis der Alten Burschenschafter nach dem Stande vom Wintersemester 1911/12. Hrsg. von Hugo Böttger, Berlin 1912.
- Verzeichnis der Alten Burschenschafter nach dem Stande vom Wintersemester 1927/28, hrsg. von Ernst Elsheimer, Frankfurt a. M. 1928.
- Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf/Jahn, Bruno (Hrsg.): Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949-2002, 2 Bde., 2002.
- Waas, Oskar: Die Pennalie. Ein Beitrag zu ihrer Geschichte, Graz 1967.
- Walk, Joseph: Kurzbiographien zur Geschichte der Juden 1918-1945, München u. a. 1988.
- Weber, Wolfgang: Biographisches Lexikon zur Geschichtswissenschaft in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Die Lehrstuhlinhaber für Geschichte von den Anfängen des Faches bis 1970, Frankfurt a. M./Bern/New York/Nancy 1984.
- Weiß, Egbert: Corpsstudenten in der Paulskirche, in: Einst und Jetzt, Sonderheft, Verein für corpsstudentische Geschichtsforschung, 1990.
- Weiß, Hermann (Hrsg.), Biographisches Lexikon zum Dritten Reich, Frankfurt a. M. 1998.
- Wenig, Otto: Verzeichnis der Professoren und Dozenten der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1818-1968, Bonn 1968.
- Wer ist's? Zeitgenossenlexikon, enthaltend Biographien und Bibliographien. Begr. und hrsg. von Herrmann A. L. Degener, Ausg. 1-10 Leipzig 1905-1935, Fortsetzung: Wer ist wer?
- Wer ist wer? Das deutsche Who's who (vormals Degener's Wer ist's?, seit 1905), hrsg. von Walter Habel, Bd. 1 ff. Berlin (später Frankfurt a. M.) 1948 ff.
- Wilpert, Gero von: Deutsches Dichterlexikon, 3. erw. Aufl. Stuttgart 1988.
- Ders.: Lexikon der Weltliteratur. Biographisch-bibliographisches Handwörterbuch nach Autoren und anonymen Werken, 4. Aufl., Stuttgart 2004.

- Winger, S.: Große Jüdische National-Biographie. Ein Nachschlagewerk für das jüdische Volk und dessen Freunde, Cernáufi, 1 (1925), 2 (1927), 3 (1928), 4 (1929), 5 (1931), 6 (1933), 7 (1936) [dort Genannte nicht immer jüdischer Abstammung].
- Wistrich, Robert: Wer war wer im Dritten Reich. Ein biographisches Lexikon. Anhänger, Mitläufer, Gegner aus Politik, Wirtschaft und Militär, Kunst und Wissenschaft, Frankfurt a. M. 1993.
- Wurzbach von, Constant: Biographisches Lexikon des Kaisertums Österreichs, enthaltend die Lebensskizzen der denkwürdigen Personen, welche seit 1750 in den österreichischen Kronländern geboren wurden oder darin gelebt und gewirkt haben, 1.-60. Theil, Wien 1856-1891.
- Deutsches Zeitgenossenlexikon. Biographisches Handbuch deutscher Männer und Frauen der Gegenwart, Leipzig 1905.

Abbildungsverzeichnis

Ackermann, Oscar: Internet, Stammbaum von Elisabeth Ackermann. – **Aron**, Willy: Internet, www.willy-aron.de. – **Bachmann**, Bernhard: Archiv der Gießener Burschenschaft Franconia. – **Backhaus**, Hermann: Internet, Wikipedia. – **Baur**, Ludwig: Hessische Biografie, www.lagis-hessen.de/pnd/1125150076. – **Bernatzik**, Edmund: Archiv der Burschenschaft Silesia Wien. – **Bibra**, Berthold Freiherr von: Hessische Biografie, www.lagis-hessen.de/pnd/1181808324. – **Bindewald**, Friedrich, (Ludwig Julius Otto): Portrait von Hans Richard von Volkmann, aus Roland Demme: Vom Pfarrhaus in die antisemitische Politik, Kassel 2015. – **Borngässer**, Willy: Privatbesitz Eberhard Krause (Wiesbaden). – **Daumiller**, Oscar: Internet, Zur Geschichte der Himmelfahrtskirche München-Sendling, www.himmelfahrtskirche.de. – **Dehler**, Thomas: Internet, Wikipedia, Bundesarchiv B 145 Bild-F018867-0026 (CC BY-SA 3.0). – **Denicke**, Heinrich: Stadtmuseum Harburg (Bild von Hermann Müller-Vogelsang, 1929). – **Deninger**, Carl Franz Julius: Hessische Biografie, www.lagis-hessen.de/pnd/1102267171. – **Dietrich**, Martin: Klaus J. Loderer. – **Dreßler**, Wilhelm: Internet, Wikipedia. – **Engel**, Julius: Internet, Wikipedia. – **Filbert**, Alfred (falsch Albert) Karl Wilhelm: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, SSO/SS-Führerpersonalakten, VBS 286/6400010138, RuSHA-Akte Dr. Alfred Filbert. – **Finkenwirth**, Kurt: Internet, Wikipedia, Zeichnung von August Heitmüller um 1929. – **Fischer**, Walther: Archiv der Burschenschaft Franconia Freiburg. – **Fleissner**, Herbert: Bibliothek des Konservatismus, Berlin. – **Frick**, Joseph: Internet, Wikimedia. – **Fuchs**, Emil: Internet, Wikipedia. – **Grieshaber**, Franz Karl: Internet, Wikipedia. – **Gritzbach**, Erich: Internet, Wikipedia. – **Hellwig**, Fritz: Archiv der Burschenschaft Rheinfranken Marburg. – **Hepding**, Hugo: Nachruf von Wilhelm Rehmann aus den Nachrichten der Gießener Hochschulgesellschaft (<http://geb.uni-giessen.de>). – **Honsik**, Gerd: Umschlagbild seines Buches „Meineid für den Holocaust“. – **Jakumeit**, Heinz-Dieter: Die Rheinpfalz, „speyer artikel, ruhige-hand-klarer-kopf-gute-ergebnisse. – **Janßen**, Helmut: Bild von Uwe Janßen. – **Kann**, Siegfried (Siegbert): Internet, www.geni.com/people/Dr-Siegfried-Kann. – **Klausner**, Hubert: Internet, Wikipedia. – **Kleinschmidt**, Friedrich-Karl: Archiv der Burschenschaft Germania Jena. – **Klimke**, Reiner: Privatbesitz. – **Klug**, Carl: Internet, Wikipedia, Bild von Adolph Diedrich Kindermann, in: Bruns, Alken (Hrsg.): Neue Lübecker Lebensläufe, Wachholtz, 2009. – **Knyn**, Theodor Friedrich: Internet, Wikipedia. – **Köhler**, Wilhelm: Archiv der Gießener Burschenschaft Franconia. – **Kohlschütter**, Ernst Volkmar: Internet, Wikipedia. – **Kolb**, Georg Friedrich: Internet, Wikipedia. – **Kötter**, Heinrich: Foto- und Bildersammlung Stadtarchiv Gießen. – **Krämer**, August: Archiv der Burschenschaft Germania Jena. – **Küchler**, Friedrich August: in Hessische Biografie, www.lagis-hessen.de/pnd/1013800656. – **Lerchenfeld**, Gustav: Internet, Wikipedia. – **Lindemann**, Georg: Archiv der Burschenschaft Arminia Marburg. – **Lützelshwab**, Gregor: Internet, Wikipedia. – **Memminger**, Anton: Internet, Wikipedia. – **Neumark**, Moritz: Internet, Wikipedia. – **Oertel**, Richard: Internet, Wikipedia, Reichstags-Handbuch, I. Wahlperiode 1920, Berlin 1920. – **Pace von Friedensberg**, Anton: Internet, Wikipedia. – **Preuß**, Hugo: Internet, Wikipedia. – **Reiß**, Eduard: Internet, Wikipedia. – **Roloff**, Wilhelm: Internet, Wikipedia. – **Ryffel**, Johann Jakob: Internet, Wikipedia. – **Sallentien**, Heinrich: Internet, Wikipedia. – **Scherdin**, Georg (Karl Friedrich Wilhelm): Bundesarchiv Berlin, SS-Akte Scherdin (Kopie aus Matthias Bath: Der SD in Dänemark 1940-1945, Berlin 2015). – **Schönhals**, Heinrich: Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, R 4, Nr. 1413. – **Schönlein**, Peter Wilhelm: Internet, Wikipedia. – **Schrader**, Hermann: Internet, Wikipedia. – **Siegel**, Heinrich: Internet, Wikipedia. – **Simmer**, Nikolaus: Stadtarchiv Koblenz FA 1-100. – **Srbik**, Heinrich Ritter von: Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung e. V., www.burschenschaftsgeschichte.de/gfbg.htm. – **Steinacher**, Hans: Kärntner Tagblatt, 10.10.1930. – **Steiner**, Peter: Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung e. V. – **Stintzing**, Roderich von: Internet, Wikipedia. – **Streit**, Arnold

Edmund: Internet, Wikipedia. – **Uhl**, Hans-Peter: Internet, Wikipedia. – **Usinger**, Julius Wilhelm Philipp: Hessische Biografie, www.lagis-hessen.de/pnd/113283418X. – **Wallmann**, Walter: Bundesarchiv B 145, BildF063991-0019, Foto Wegmann, Ludwig; CC-BY-SA 3.0 DE, via Wikimedia Commons. – **Walter**, Karl: Archiv der Burschenschaft Alania Aachen. – **Weber**, August (Wilhelm): Internet, Wikipedia. – **Wiegand**, Wilhelm: Internet, Wikipedia. – **Zimmermann**, (Justus Friedrich Georg Joseph) Carl: Internet, Wikipedia [geb.1803].

Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung e. V. (GfbG)

Die Gesellschaft unterstützt Forschungen zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung, insbesondere der Deutschen Burschenschaft. Sie veröffentlicht wissenschaftliche Arbeiten ... (Satzung der GfbG, § 2 Abs. 2)

Vorstand:

Verwaltungsdirektor Ass. iur. Christian Oppermann, Berlin
Franz Egon Rode, Tauberbischofsheim
Dipl.-Ing. Dipl.-Kfm. (FH) Jörg Dreier, Bremen

Beirat:

Dr. Helma Brunck, Frankfurt a. M./Mainz
Prof. Dr. Günter Cerwinka, Graz
Prof. Dr. Peter Kaupp, Dieburg
Prof. Dr. Dr. Harald Lönnecker, Koblenz/Chemnitz
Prof. Dr. Dr. h. c. Klaus Malettke, Marburg
Dr. Klaus Oldenhage, Vizepräsident des Bundesarchivs a. D., Koblenz
Dr. Bernhard Reinhold Pilz, Salzburg
Prof. Dr. Klaus-Peter Schroeder, Heidelberg

Geschäftsstelle der GfbG e. V.

Franz Egon Rode
Postfach 1151
D-97931 Tauberbischofsheim
E-mail: burschenschaftsgeschichte@gmail.com
Internet: www.burschenschaftsgeschichte.de

Jeder Interessierte kann Mitglied der GfbG werden; der Jahresbeitrag beträgt 35,00 EUR bzw. 15,00 EUR für Studenten.

Archiv und Bücherei der deutschen Burschenschaften im Bundesarchiv, Koblenz

Die Bestände von Archiv und Bücherei umfassen mehrere Abteilungen, insgesamt etwa 500 laufende Meter. Die Archivabteilung reicht bis 1726 zurück und enthält nicht nur die Akten der Deutschen Burschenschaft und der in ihr aufgegangenen Verbände und Korporationen – Niederwald-, Binger und Rüdesheimer Verband, Burschenschaft der Ostmark, Deutsche Ingenieur-Burschenschaft usw. –, sondern auch Unterlagen zu Kameradschaften im Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund, der Vereinigung Alter Burschenschafter, der Akademischen Fliegerabteilung Deutscher Burschenschafter und anderen burschenschaftlichen Nebenorganisationen sowie Nachlässe und sonstige persönliche Papiere bedeutender Burschenschafter, Mitgliederlisten und Bundeszeitungen. Soweit es nicht gelang, die Akten oder Stammbücher im Original zu beschaffen, sind in großem Umfang Abschriften und Auszüge aus den Beständen öffentlicher Archive und Büchereien sowie der Archive der einzelnen Burschenschaften zusammengetragen worden. Diese sind heute besonders wertvoll, da die Originale vielfach vernichtet oder verlorengegangen sind.

Die Bücherei ist eine Spezialbibliothek mit über 10.000 Nummern. Bedeutendster Bestandteil ist die „Burgkeller-“ oder „Progreßbibliothek“ der Burschenschaft auf dem Burgkeller Jena, die einzig erhaltene Bibliothek einer Korporation aus dem Vormärz.

Archiv und Bücherei der deutschen Burschenschaften im Bundesarchiv

Prof. Dr. Dr. Harald Lönnecker
Potsdamer Straße 1
D-56075 Koblenz
Ruf: 0261-505472 u. 0172-4255965
E-mail: archiv@burschenschaft.de
Internet: www.burschenschaftsgeschichte.de

ISBN 978-3-00-067996-4